
Kaiser
Wilhelms des Großen
Briefe, Reden und Schriften
I. Band
1797–1860


EX LIBRIS
Dr. PIGGER



Aus Dankbarkeit u. zur freu-
Erinnerung Weihnachten 190-
Schatzalp. Ernst Fritsche.

Kaiser Wilhelms des Großen

Briefe, Reden und Schriften

Ausgewählt und erläutert
von
Ernst Berner

I. Band: 1797—1860

Erste bis dritte Auflage.

Berlin 1906
Ernst Siegfried Mittler und Sohn
Königliche Hofbuchhandlung
Kochstraße 68—71


LIBRARY
SEP 29 1971
UNIVERSITY OF TORONTO



Vorwort.

„Die Zeit wird es noch lehren, daß mein Herr das köstlichste Gut ist, was wir Preußen besitzen" — so schrieb ein Adjutant schon im August 1840 über den damaligen Prinzen von Preußen in sein verschwiegenes Tagebuch nieder, und niemals ist einem kühnen und hochgegriffenen Wort in dem Maße Erfüllung geworden, wie diesem. Kaiser Wilhelm wurde nicht nur die Verkörperung der preußischen, sondern auch der neuen deutschen Geschichte. Zu ihm sah ganz Deutschland auf mit liebender und bewundernder Ehrfurcht als zu dem nationalen Heros, den die deutsche Geschichte in dieser Art noch nicht ihr eigen genannt hatte. Die Welt beneidete uns um ihn als um einen Herrscher, wie ihn in so fürstlicher und zugleich so schlichter Art die Geschichte nicht gekannt hat, und Besseres, das war bei seinem Tode die allgemeine Überzeugung des deutschen Volkes, Besseres könne niemand für das Vaterland tun, sicherer könne niemand den täglich wechselnd und neu hervortretenden Bedürfnissen des Reichs genügen, als indem man die Wilhelmschen Ziele nach ihrem Geist und Charakter fortsetze, als indem man in den Bahnen wandele, die Kaiser Wilhelm gewiesen, als indem man handele und wirke im Andenken an ihn.

Nichts aber kann offenbar dies Andenken wirksamer und lebhafter unter uns erhalten, als das eigene geschriebene und gesprochene Wort. Nun sind zwar bisher von den schriftlichen Arbeiten, Briefen und selbst Reden des Kaisers verhältnismäßig nur außerordentlich wenige bekannt geworden, und diese wenigen auch nur gelegentlich meist in gelehrten Arbeiten, die anderen Aufgaben und anderen Zwecken dienen. Sie sind daher zerstreut in großen Werken, in Zeitschriften und Zeitungen und weiteren Kreisen unseres Volkes nur schwer oder gar nicht zugänglich. Sehr viel günstiger liegt das Verhältnis bei den großen Paladinen des Kaisers. Für Moltke und Roon haben wir in einer Reihe von Bänden ihre Gedanken, Aufzeichnungen und Briefe gesammelt vor uns liegen, und vor allem der Fürst Bismarck hat bei seinen Lebzeiten und auch für die Zeit nach seinem Tode selbst dafür gesorgt, daß seine Berichte, seine Briefe, seine Anschauungen über Politik und Personen, soweit es ihm möglich war, bekannt geworden sind. Bei ihnen ist kaum ein Zweifel oder Mißverstehen ihrer Worte und Taten möglich.

Da schien uns der Gedanke ein fruchtbarer, ein für die Erkenntnis von Geist, Charakter und Gemüt unseres alten Kaisers richtiger und sogar notwendiger, von den eigenen Äußerungen des Kaisers, soweit sie uns vorliegen, die wichtigsten zu sammeln und im Zusammenhange dem deutschen Volk zugänglich und durch Erläuterungen verständlich zu machen.

Die Auswahl war nicht immer ganz leicht und gern hätten wir noch das eine und das andere an sich wichtige Stück aufgenommen. Doch die Beschränkung ergab sich ohne weiteres aus dem Gesichtspunkt, in der Hauptsache nur solche Stücke aufzunehmen, die einmal die herrlichen und großen, zum Herzen sprechenden Eigen-

schaften des Kaisers zum Ausdruck bringen, und zweitens solche, die seine politischen und militärischen Anschauungen und Tätigkeiten in ihrer Entwicklung zeigen. Sie sind, soweit sie uns bekannt sind, vollständig und ohne Auslassungen wiedergegeben. Es sind auch nur solche Stücke aufgenommen worden, die vom Kaiser persönlich niedergeschrieben sind, einige ganz wenige Ausnahmen sind bei solchen amtlichen, besonders wichtigen Schriftstücken gemacht worden, auf deren Fassung der Kaiser unzweifelhaft einen bestimmten persönlichen Einfluß geübt hat. Sonst sind alle amtlichen Schreiben, Briefe und Erlasse, wie Thronreden, Landtags-Abschiede, Kriegsdepeschen und dergleichen, fortgelassen. Von den zahlreichen Briefen an O. v. Manteuffel und an Bismarck, besonders den Dank- und Anerkennungsschreiben, haben wir geglaubt, da sie vielfach bekannt und leichter zugänglich sind als andere, nur eine Auswahl geben zu sollen, und von den militärischen Schriften sind ebenfalls nur einige, auch dem Laien verständliche, abgedruckt, da sie auf Befehl des Kaisers in zwei Bänden gesammelt vorliegen.

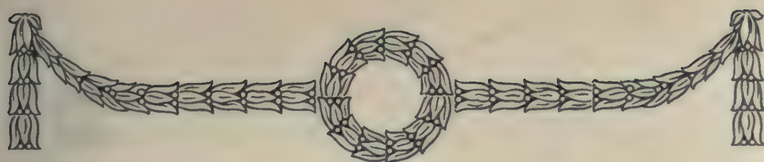
Es waltete die Absicht vor, nur den Kaiser selbst zum Wort kommen, ihn selbst wirken zu lassen; daher sind zwar zu den einzelnen Abschnitten kurze Einleitungen gegeben worden; diese enthalten aber ihrem Zwecke nach fast lediglich anspruchslose, nüchterne und tatsächliche Hinweise auf die Briefe selbst, und auch die Anmerkungen bringen nicht viel mehr als die Angabe der Veranlassung und der äußeren Verhältnisse. Doch wird das Gebotene genügen.

Hoffen und vertrauen wir, daß das deutsche Volk, wie es auf die Worte Kaiser Wilhelms zu lauschen pflegte, da er noch lebte, so auch jetzt hören und beachten wird, was Er uns hier

zu sagen hat. Immer werden diese Worte jene Gesinnung des Dankes und der Verehrung erzeugen, von der er selbst am 70. Geburtstage des Fürsten Bismarck rühmte: „Es ziert die Nation in der Gegenwart und es stärkt die Hoffnung auf ihre Zukunft, wenn sie Erkenntnis für das Wahre und Große zeigt und wenn sie ihre hochverdienten Männer feiert und ehrt“.

Berlin, Anfang Oktober 1905.

Ernst Berner.



Verzeichnisse der Briefe, Reden und Schriften.

		Seite
I.	In zeitlicher Ordnung	VII—XVI
II.	Nach den Empfängern geordnet	XVI—XX
III.	Nach den wichtigsten Quellen geordnet	XX—XXIII

I. Verzeichnis in zeitlicher Ordnung.

Erster Abschnitt.
Prinz Wilhelm von Preußen. 1797—1840.

1. Kindheit. Befreiungskriege. Einsegnung. 1797—1815.

Jahr	Mon. Tag	Ort	Empfänger	Lfd. Nr.	Seite
1809	28. 12.	Berlin	Direktor Zeller	1	4
1811	21. 12.	Berlin	Prinz Karl von Preußen	2	4
1813	9. 11.	Lützen	Derselbe	3	5
1814	1. 1.–27. 2.	?	Aus dem Tagebuch	4	6
1814	2. 3.	Chaumont	Prinz Karl von Preußen	5	17
1814	16. 3.	Troyes	Derselbe	6	19
1814	4. 4.	Paris	Derselbe	7	20
1814	12./13. 4.	Paris	Derselbe	8	21
1814	30. 6.	Paris	Derselbe	9	25
1815	2. 8.	Paris	Derselbe	10	28
1815	8. 6.	Charlottenburg	Glaubensbekenntnis	11	29
1815	8. 6.	Charlottenburg	Lebensgrundsätze	12	40

2. Unter König Friedrich Wilhelm III. 1815—1840.

Jahr	Mon. Tag	Ort	Empfänger	Lfd. Nr.	Seite
1817	15. 7.	St. Petersburg	Oberst v. Seydlitz	13	48
1821	30. 1.	Berlin	General v. Natzmer	14	49

Jahr	Mon. Tag	Ort	Empfänger	Lfd.Nr.	Seite
1821	20./21. 9.	Berlin . . .	General v. Natzmer	15	50
1821	29. 10.	Berlin . . .	Derselbe	16	54
1821	25. 12.	Potsdam . .	Derselbe	17	55
1822	9. 3.	Berlin . . .	Derselbe	18	57
1822	21. 4.	Haag . . .	Derselbe	19	60
1822	21. 5.	Düsseldorf . .	Generalmajor v. Block	20	62
1822	29. 5.	Coblenz . .	General v. Natzmer	21	63
1824	22. 2.	Berlin . . .	Derselbe	22	64
1824	31. 3.	Berlin . . .	Derselbe	23	65
1824	31.3./2.4.	Berlin . . .	Derselbe	24	66
1824	18. 5.	Berlin . . .	Derselbe	25	67
1825	8. 1.	Berlin . . .	Friedrich Wilhelm III.	26	68
1825	1. 4.	Potsdam . . .	General v. Natzmer	27	70
1825	April	?	Derselbe	28	71
1825	2. 7.	Teplitz . . .	Derselbe	29	73
1825	16. 12.	Berlin . . .	Derselbe	30	74
1826	12. 5.	Berlin . . .	Derselbe	31	77
1826	23. 6.	?	Friedrich Wilhelm III.	32	79
1826	29. 7.	Teplitz . . .	General v. Natzmer	33	80
1826	21. 12.	Berlin . . .	Derselbe	34	82
1826	21. 12.	Berlin . . .	Derselbe	35	83
1829	28. 8.	Berlin . . .	Generalleutnant v. Brause	36	83
1831	20. 10.	Neues Palais .	Unbekannt	37	85
1832	26. 1.	Berlin . . .	Oberbaurat Schinkel	38	85
1832	März	?	General v. Grolman	39	86
1832	9. 4.	Berlin . . .	Kriegsminister v. Hake	40	86
1832	Oktbr.	Berlin . . .	Friedrich Wilhelm III.	41	99
1833	24. 2.	Berlin . . .	Derselbe	42	108
1833	1. 4.	?	General v. Natzmer	43	112
1835	1. 4.	Berlin . . .	Derselbe	44	113
1835	15./16. 4.	Berlin . . .	Derselbe	45	116
1837	23. 2.	Berlin . . .	Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg	46	119
1837	4. 3.	Berlin . . .	Großherzog Paul Friedrich . . .	47	122
1837	23. 3.	Berlin . . .	Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg	48	123
1837	26. 6.	Schloß Babelsberg	Konsistorialrat Wunster	49	125
1837	9. 12.	Berlin . . .	General v. Natzmer	50	126
1838	18. 4.	Berlin . . .	Derselbe	51	127
1838	4. 11.	Berlin . . .	Leutnants v. Hiller und v. Gersdorff	52	129
1840	7. 1.	?	General v. Grolman	53	130

Zweiter Abschnitt.
Der Prinz von Preußen. 1840—1857.

1. Unter der unbeschränkten königlichen Herrschaft. 1840 (Juni) bis 1850 (Januar).

Jahr	Mon. Tag	Ort	Empfänger	Lfd.Nr.	Seite
1840	18. 6.	Schloß Babelsberg	Unbekannt	54	136
1840	7. 9.	?	Oberpräsident v. Schön	55	137
1841	18./24.12.	Berlin	Kriegsminister v. Boyen	56	137
1841	?	?	Erklärung für den Freimaurer-Orden	57	140
1842	6. 6.	?	Oberst v. Schuckmann	58	141
1843	4. 4.	Berlin	General v. Natzmer	59	142
1843	?	?	Jüdische Freimaurer	60	143
1844	31. 1.	Berlin	Sekondleutnant v. Waldersee	61	144
1845	27. 1.	?	Alle Freimaurerlogen in Preußen	62	144
1845	31. 1.	?	Gespräch mit General v. Gerlach	63	145
1845	13. 6.	Berlin	Generalleutnant A. v. Tümpling	64	147
1845	20. 11.	?	Friedrich Wilhelm IV.	65	148
1846	17. 12.	?	Aus einer Denkschrift über die preußische Verfassungsfrage	66	150
1846	?	?	Gespräch mit Major v. Vincke-Olbendorf	67	155
1847	11. 1.	Berlin	Major v. Roon	68	155
1847	Jan.	?	Ausspruch nach erfolgtem Befehl zur Einberufung des Vereinigten Landtags	69	156
1847	1. 2.	Berlin	Minister v. Bodelschwingh	70	156
1847	23. 3.	?	Derselbe	71	157
1847	16. 4.	?	Reden des Prinzen von Preußen im Vereinigten Landtag 1847	72	157
1847	18. 7.	Babelsberg	Prinz Adalbert von Preußen	73	170
1848	16. 2.	Weimar	Hauptmann v. Boyen	74	171
1848	13. 3.	Berlin	Unbekannt	75	172
1848	19./20.3.	?	König Friedrich Wilhelm IV.	76	172
1848	22. od. 23.3.	Hamburg	Gespräch mit Major v. Vincke-Olbendorf	77	173
1848	28. 3.	London	Kaiserin Alexandra Feodorowna von Rußland	78	173
1848	7. 4.	London	Freiherr v. Manteuffel	79	176
1848	2. 5.	London	Belgarder Kreistag	80	177
1848	4. 5.	London	Gutachten über den Verfassungsentwurf des Professor Dahlmann für das Deutsche Reich	81	178

Jahr	Mon. Tag	Ort	Empfänger	Lfd.Nr.	Seite
1848	16. 5.	London . . .	General v. Gerlach	82	181
1848	18. 5.	London . . .	Generalleutnant v. Tümpling . .	83	182
1848	30. 5.	Brüssel . . .	Friedrich Wilhelm IV.	84	183
1848	30. 5.	Brüssel . . .	Preußischer Gesandter v. Bunsen	85	183
1848	4. 6.	Wesel . . .	Ansprache an den Magistrat und die Offiziere der Garnison Wesel .	86	184
1848	8. 6.	Berlin . . .	Rede in der Nationalversammlung	87	185
1848	15. 7.	Schloß Babelsberg	St. Johannesloge in Iserlohn . .	88	186
1848	1. 8.	Schloß Babelsberg	Herzog von Sachsen-Altenburg . .	89	187
1848	3. 8.	Stettin . . .	Ansprache an die zu Stettin versammelten Krieger und Freiwilligen aus den Befreiungskriegen . .	90	187
1848	6. 8.	?	Oberpräsident der Provinz Pommern	91	188
1848	22. 9.	Schloß Babelsberg	Oberst v. Doering	92	189
1848	17. 10.	Schloß Babelsberg	Pastor Behrens	93	190
1848	18. 10.	Schloß Babelsberg	Hofgärtner Fintelmann	94	190
1848	5. 11.	Schloß Babelsberg	Major v. Roon	95	191
1848	31. 12.	Berlin . . .	Derselbe	96	192
1849	?	?	Bemerkungen zu dem Gesetzentwurfe über die deutsche Wehrverfassung	97	193
1849	Febr.	?	Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin	98	199
1849	12. 2.	?	Derselbe	99	200
1849	3. 5.	Potsdam . .	Ansprache an das 1. Garde-Regiment zu Fuß	100	201
1849	20. 5.	Berlin . . .	General v. Natzmer	101	202
1849	26. 5.	Berlin . . .	Freiherr v. Stillfried	102	203
1849	27. 5.	?	Artikel in der Wehr-Zeitung, Nr. 81	103	205
1849	19. 6.	Babelsberg . .	Major v. Orlich	104	208
1849	28. 6.	?	General v. Natzmer	105	209
1849	11. 7.	Freiburg . .	Großherzog Leopold v. Baden . .	106	210
1849	Aug.	Freiburg i. B. .	Friedrich Wilhelm IV.	107	214
1849	11. 9.	Frankfurt a. M.	Preußischer Gesandter v. Bunsen .	108	215
1849	8. 10.	Karlsruhe . .	General v. Doering	109	217
1849	13. 10.	Berlin . . .	Antwort an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses	110	217
1849	5. 12.	Berlin . . .	Preußischer Gesandter v. Bunsen .	111	218
1849	11. 12.	?	Denkschrift des Prinzen von Preußen	112	220
1850	7. 1.	Karlsruhe . .	Friedrich Wilhelm IV.	113	226
1850	13. 1.	Karlsruhe . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	114	228

2. In dem Verfassungsstaat König Friedrich Wilhelms IV. 1850—1857.

Jahr	Mon. Tag	Ort	Empfänger	Lfd.Nr.	Seite
1850	29. 1.	Karlsruhe . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	115	241
1850	14. 2.	Frankfurt a. M.	Prinz Adalbert v. Preußen . . .	116	242
1850	17. 2.	Schloß Babelsberg	Preußischer Gesandter v. Bunsen .	117	243
1850	7. 3.	Coblenz . . .	Derselbe	118	245
1850	30. 3.	Coblenz . . .	General v. Radowitz	119	246
1850	März	?	Friedrich Wilhelm IV.	120	247
1850	9. 4.	Coblenz . . .	General v. Natzmer	121	248
1850	19. 5.	Berlin . . .	Denkschrift des Prinzen von Preußen	122	249
1850	29. 9.	Baden-Baden .	General v. Radowitz	123	255
1850	31. 10.	Sanssouci . .	Derselbe	124	256
1850	4. 11.	Schloß Babelsberg	Derselbe	125	258
1850	22. 11.	Berlin . . .	Herzog Ernst II. von Sachsen-Koburg und Gotha	126	258
1850	11. 12.	Berlin . . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	127	259
1850	23. 12.	Berlin . . .	Preußischer Gesandter v. Bunsen .	128	261
1851	7. 1.	Potsdam . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	129	263
1851	15. 1.	?	Kriegsminister v. Stockhausen . .	130	264
1851	28. 1.	Berlin . . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	131	266
1851	3. 2.	Berlin . . .	An die Versammlung der Freiwilligen aus den Kriegsjahren 1813 bis 1815	132	268
1851	20. 2.	Berlin . . .	Denkschrift über die politische Lage Preußens	133	269
1851	16. 3.	Coblenz . . .	Preußischer Gesandter v. Bunsen .	134	275
1851	23. 3.	Coblenz . . .	Baumeister Fritze	135	276
1851	24. 3.	Coblenz . . .	Prinz Adalbert v. Preußen . . .	136	277
1851	25. 3.	Coblenz . . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	137	278
1851	4. 4.	Coblenz . . .	General v. Natzmer	138	280
1851	10. 4.	Coblenz . . .	Preußischer Gesandter v. Bunsen .	139	281
1851	16. 4.	Coblenz . . .	Derselbe	140	283
1851	19. 4.	Coblenz . . .	Unbekannt	141	284
1851	23. 4. Düsseldorf, 22. 5. London		Major v. Orlich	142	284
1851	26. 4.	Cöln	Preußischer Gesandter v. Bunsen .	143	286
1851	26. 6.	Berlin . . .	Preußischer Gesandter v. Bunsen .	144	287
1851	11. 7.	Frankfurt a. M.	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	145	289
1851	9. 9.	Baden . . .	Hofrat Schneider	146	291
1851	Herbst	?	Verbesserungen in der Landwehr .	147	292
1851	12. 12.	Coblenz . . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	148	294
1851	17. 12.	Coblenz . . .	Hauptmann v. Doering	149	295
1852	6. 1.	Coblenz . . .	Hofrat Schneider	150	296
1852	14. 1.	Coblenz . . .	Generalmajor v. Wangenheim . .	151	297

Jahr	Mon. Tag	Ort	Empfänger	Lfd. Nr.	Seite
1852	März	Berlin . . .	Denkschrift über die Bildung der Ersten Kammer	152	298
1852	5. 4.	Coblenz . . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	153	303
1852	8. 4.	Coblenz . . .	General v. Natzmer	154	303
1852	9. 4.	?	Major v. Boyen	155	305
1852	13. 4.	Coblenz . . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	156	305
1852	April	?	Graf v. Münster	157	307
1852	22. 4.	Saarlouis . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	158	308
1852	18. 5.	Berlin . . .	Derselbe	159	310
1852	24. 7.	Karlsruhe . .	Preußischer Bundestagsgesandter v. Bismarck	160	310
1852	4. 9.	Berlin . . .	Divisionspfarrer Kremer in Trier	161	311
1852	8. 9.	?	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	162	312
1852	8. 9.	Berlin . . .	Derselbe	163	312
1852	11. 9.	Schloß Babelsberg	General v. Radowitz	164	313
1852	11. 11.	?	Artikel in der Preußischen Wehr-Zeitung, Nr. 39	165	315
1852	14. 12.	Coblenz . . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	166	322
1852	15. 12.	Coblenz . . .	Derselbe	167	325
1852	27. 12.	Coblenz . . .	Promemoria über die preußische Wehrkraft	168	326
1852	29. 12.	Coblenz . . .	Major v. Orlich	169	328
1853	29. 1.	Coblenz . . .	Bundestagsgesandter v. Bismarck .	170	330
1853	19. 2.	Coblenz . . .	Derselbe	171	331
1853	9. 3.	Coblenz . . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	172	332
1853	5. 4.	Coblenz . . .	Derselbe	173	335
1853	5. 4.	Coblenz . . .	Derselbe	174	337
1853	5. 4.	Coblenz . . .	Bundestagsgesandter v. Bismarck .	175	339
1853	12. 4.	Coblenz . . .	Unbekannt	176	340
1853	3. 6.	Berlin . . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	177	340
1853	16. 6.	Solingen . .	Ansprache in der Solinger Loge .	178	341
1853	8. 8.	Ostende . . .	Hofrat Schneider	179	341
1853	Aug.	Ostende . . .	Gespräch zwischen dem Prinzen und O. v. Bismarck	180	342
1853	16. 8.	?	Prinz Adalbert von Preußen . .	181	344
1853	21. 8.	?	General v. Reiche	182	344
1853	25. 8.	?	Artikel in der Preußischen Wehr-Zeitung, Nr. 524	183	345
1853	27. 11.	?	Artikel in der Preußischen Wehr-Zeitung, Nr. 551	184	348
1853	30. 12.	Coblenz . . .	Frau v. Radowitz	185	351
1854	5. 1.	?	Prinz Adalbert von Preußen . .	186	351

Jahr	Mon. Tag	Ort	Empfänger	Lfd.Nr.	Seite
1854	29. 1.	Berlin . . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	187	352
1854	8. 2.	Berlin . . .	Derselbe	188	353
1854	12. 2.	Berlin . . .	Derselbe	189	354
1854	14. 2.	Berlin . . .	Derselbe	190	355
1854	14. 2.	Berlin . . .	Derselbe	191	356
1854	22. 2.	?	Schreiben, betreffend die allgemeine Landesstiftung als Nationaldank zur Unterstützung der Vaterländischen Veteranen und invaliden Krieger	192	356
1854	6. 3.	Berlin . . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	193	359
1854	8. 3.	Berlin . . .	Derselbe	194	360
1854	27. 3.	Berlin . . .	Ansprache an die Generalität . .	195	362
1854	12. 4.	Berlin . . .	General v. Natzmer	196	363
1854	13. 4.	Berlin . . .	Regierungsbezirks-Kommissarius zu Breslau	197	364
1854	28. 4.	Berlin . . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	198	365
1854	5. 5.	Berlin . . .	Derselbe	199	366
1854	10. 5.	Berlin . . .	Ein Lehrer	200	367
1854	19. 5.	Baden . . .	Herzog Ernst II. von Sachsen-Koburg und Gotha	201	368
1854	27. 5.	Baden . . .	Oberst v. Roon	202	370
1854	12. 6.	Schloß Babelsberg	Danksagung nach der Silbernen Hochzeit	203	371
1854	25. 10.	Berlin . . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	204	371
1854	29. 10.	Coblenz . . .	Prinz Adalbert von Preußen . .	205	372
1854	Herbst	?	Bundestagsgesandter v. Bismarck .	206	373
1854	26. 11.	Berlin . . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	207	374
1854	7. 12.	Coblenz . . .	Derselbe	208	375
1855	Jan.	?	Aus einem Gespräch mit dem Bundestagsgesandten v. Bismarck . .	209	378
1855	26. 1.	Berlin . . .	Herzog Ernst II. von Sachsen-Koburg und Gotha	210	379
1855	Febr.	?	Landrat v. Berg d. Ä.	211	382
1855	6. 3.	Berlin . . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	212	383
1855	16. 3.	Berlin . . .	Herzog Ernst II. von Sachsen-Koburg und Gotha	213	384
1855	26. 3.	Berlin . . .	Major v. Orlich	214	388
1855	27. 3.	?	Prinz Adalbert von Preußen . .	215	389
1855	1. 4.	Coblenz . . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	216	390
1855	28. 4.	Berlin . . .	Herzog Ernst II. von Sachsen-Koburg und Gotha	217	391
1855	5. 7.	Berlin . . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	218	392

Jahr	Mon. Tag	Ort	Empfänger	Lfd.Nr.	Seite
1855	12. 10.	Mainz . . .	Ansprache in der Mainzer Loge .	219	393
1855	15. 10.	Berlin	Ansprache an König Friedrich Wilhelm IV.	220	394
1856	6. 1.	Coblenz . . .	Major v. Orlich	221	395
1856	2. 4.	Coblenz . . .	General v. Natzmer	222	397
1856	7. 4.	Coblenz . . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	223	398
1856	15. 4.	Coblenz . . .	Derselbe	224	399
1856	29. 4.	Coblenz . . .	Major v. Orlich	225	400
1856	6. 5.	?	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	226	402
1856	15. 12.	Coblenz . . .	Derselbe	227	402
1856	18. 12.	Coblenz . . .	Derselbe	228	403
1856	21. 12.	Coblenz . . .	Diplomat in München	229	404
1857	1. 1.	Berlin . . .	Antwort an König Friedrich Wilhelm IV.	230	405
1857	7. 1.	Berlin . . .	General v. Natzmer	231	405
1857	31. 1.	Berlin . . .	Generalmajor v. Doering . . .	232	406
1857	13. 3.	Bonn . . .	Major v. Wostrowsky	233	407
1857	21. 3.	Coblenz . . .	General v. Natzmer	234	408
1857	31. 3.	Coblenz . . .	Oberstleutnant Quednow	235	409
1857	10. 4.	Coblenz . . .	Letztwillige Aufzeichnung	236	409
1857	15. 4.	Coblenz . . .	Major v. Orlich	237	411
1857	2. 9.	Cöln	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	238	413
1857	16. 9.	Berlin . . .	Derselbe	239	416

Dritter Abschnitt.

Die Regentschaft. 1857—1861.

Jahr	Mon. Tag	Ort	Empfänger	Lfd.Nr.	Seite
1857	22. 10.	Sanssouci . .	Herzog von Sachsen-Altenburg . .	240	423
1857	28. 10.	Sanssouci . .	Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin	241	423
1857	21. 11.	Berlin . . .	Regierungspräsident Schnitt zu Mainz	242	424
1857	14. 12.	?	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	243	425
1858	30. 1.	Berlin . . .	Ansprache an die städtischen Behörden Berlins	244	425
1858	15. 2.	Berlin . . .	Kaiser Franz Joseph von Österreich	245	426
1858	28. 3.	Berlin . . .	Herzog von Sachsen-Altenburg . .	246	430
1858	1. 5.	?	Gespräch zwischen dem König und Th. v. Bernhardi	247	431
1858	12. 5.	Berlin . . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	248	431
1858	17. 5.	Berlin . . .	General v. Roon	249	432

Jahr	Mon. Tag	Ort	Empfänger	Lfd.Nr.	Seite
1858	17. 5.	Berlin . . .	General v. Natzmer	250	432
1858	18. 7.	Baden-Baden .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	251	433
1858	18. 7.	Baden-Baden .	Derselbe	252	434
1858	1. 8.	Coblenz . . .	Kuratorium der Universität Jena .	253	436
1858	15. 9.	Liegnitz . . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	254	437
1858	6. 10.	?	Derselbe	255	437
1858	7. 10.	?	Prinzessin von Preußen	256	439
1858	7. 10.	?	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	257	439
1858	Okt.	?	Antwort auf eine Adresse der Behörden der Stadt Berlin . . .	258	440
1858	26. 10.	Berlin . . .	Ansprache an den Landtag vor der Eidesleistung auf die Verfassung	259	440
1858	28. 10.	Berlin . . .	Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin	260	441
1858	2. 11.	Berlin . . .	Generalleutnant v. Tümpling . .	261	442
1858	3. 11.	Berlin . . .	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	262	442
1858	3. 11.	Berlin . . .	Derselbe	263	443
1858	7. 11.	?	Derselbe	264	444
1858	8. 11.	Berlin . . .	Ansprache an das neuernannte Staatsministerium	265	445
1858	Novbr.	?	Königin Elisabeth von Preußen .	266	449
1859	25. 1.	?	Ansprache an die Deputation des Abgeordnetenhauses	267	450
1859	26. 1.	?	Gespräch mit dem Gesandten v. Bismarck	268	452
1859	Jan.	?	Gespräch mit König Johann von Sachsen	269	452
1859	2. 2.	Berlin . . .	Prinz-Gemahl von England . . .	270	453
1859	22. 3.	?	Freiherr O. v. Manteuffel . . .	271	454
1859	26. 3.	Berlin . . .	Generalleutnant v. Steinmetz . .	272	455
1859	April	?	Gespräch mit dem Erzherzog Albrecht von Österreich	273	455
1859	26. 4.	Berlin . . .	General v. Natzmer	274	456
1859	Mai	?	Gespräch mit Graf Eberhard Stolberg	275	457
1859	8. 6.	?	General-Feldmarschall v. Wrangel .	276	458
1859	27./30. 9.	Baden . . .	Herzog Ernst II. von Sachsen-Koburg und Gotha	277	458
1859	3. 12.	Berlin . . .	Vortrag über die Reorganisation der Armee	278	461
1859	?	?	Notiz über die Thronbesteigung des Kaisers Nikolaus von Rußland .	279	478
1860	21. 1.	Berlin . . .	Aus einer Denkschrift über die Reform der Bundes-Kriegsverfassung .	280	479
1860	Febr.	Berlin . . .	Dasselbe	281	480

Jahr	Mon. Tag	Ort	Empfänger	Lfd. Nr.	Seite
1860	1. 3.	Berlin . . .	Prinz-Gemahl von England . . .	282	482
1860	März	?	Gespräch mit dem Herzog von Koburg	283	486
1860	15. 3.	?	Gespräch mit Th. v. Bernhardi . . .	284	486
1860	11. 4.	?	Major v. Orlich	285	487
1860	12. 4.	?	Aus einem Gespräch mit Th. v. Bernhardi	286	488
1860	15. 4.	?	Aus einem Gespräch mit dem Abgeordneten v. Saucken-Tarputschen	287	489
1860	25. 5.	?	Auf dem Bahnhof St. Johann-Saarbrücken	288	490
1860	13. 6.	?	Gespräch mit L. v. Ranke . . .	289	490
1860	18. 6.	Baden-Baden .	Ansprache an die deutschen Fürsten auf dem Fürstentag	290	491
1860	19. 6.	Baden-Baden .	Gespräch mit König Max von Bayern	291	493
1860	17. 7.	Gastein . . .	Herzog Ernst II. von Sachsen-Koburg und Gotha	292	502
1860	Oktbr.	?	Bei der Jubelfeier der Kgl. Universität zu Berlin	293	502
1860	3. 12.	Berlin . . .	Frau v. Bunsen	294	503

II. Verzeichnis nach den Empfängern geordnet.

(Die beigefügten Zahlen geben die Seiten an.)

Briefe.

An Prinz Adalbert von Preußen 170. 242. 277. 344. 351. 372.

„ Kaiserin Alexandra Feodorowna von Rußland geb. Prinzessin Charlotte von Preußen 173.

„ Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg 119. 123.

„ Pastor Behrens 190.

„ den Belgarder Kreistag 177.

„ Landrat v. Berg d. Ä. 382.

„ den Preußischen Bundestagsgesandten v. Bismarck 310. 330. 331. 339. 373.

„ Generalmajor v. Block 62.

„ Minister v. Bodelschwingh 156. 157.

„ Hauptmann v. Boyen 171.

„ Kriegsminister v. Boyen 137.

„ Major v. Boyen 305.

An Generalleutnant v. Brause 83.
„ den Preußischen Gesandten in London v. Bunsen 183. 215. 218. 243. 245. 261. 275. 281. 283. 286. 287.
„ Frau v. Bunsen 503.
„ einen Diplomaten in München 404.
„ Brigadekommandeur Oberst v. Doering 189.
„ General v. Doering 217. 406.
„ Hauptmann v. Doering 295.
„ Königin Elisabeth von Preußen 449.
„ Herzog Ernst II. von Sachsen-Koburg und Gotha 258. 368. 379. 384. 391. 458. 502.
„ Hofgärtner Fintelmann 190.
„ Kaiser Franz Joseph von Österreich 426.
„ eine Anzahl jüdischer Freimaurer 143.
„ alle Freimaurerlogen in Preußen 144.
„ Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin 199. 200. 423. 441.
„ König Friedrich Wilhelm III. von Preußen 68. 79. 99. 108.
„ König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen 148. 172. 183. 214. 247.
„ Baumeister Fritze 276.
„ General v. Gerlach 181.
„ General v. Grolman 86. 130.
„ Kriegsminister v. Hake 86.
„ Leutnants v. Hiller im 1. Garderegiment und v. Gersdorff im Gardeschützen-Bataillon 129.
„ die ehrwürdige St. Johannesloge zur deutschen Redlichkeit in Iserlohn 186.
„ Prinz Karl von Preußen 4. 5. 17. 19. 20. 21. 25. 28.
„ Divisionspfarrer Kremer in Trier 311.
„ das Kuratorium der Universität Jena 436.
„ einen Lehrer 367.
„ Großherzog Leopold von Baden 210.
„ Direktor im Ministerium des Innern Freiherrn O. v. Manteuffel 176.
„ Minister des Innern Freiherrn O. v. Manteuffel 228. 241.
„ Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel 259. 263. 266. 278. 289. 294. 303. 305. 308. 310. 212. 322. 325. 332. 335. 337. 340. 352. 353. 354. 355. 356. 359. 360. 365. 366. 371. 374. 375. 383. 390. 392. 398. 399. 402. 403. 413. 416. 425. 431. 433. 434. 437. 439. 442. 443.
„ Ministerpräsidenten a. D. Freiherrn O. v. Manteuffel 444. 454.
„ Flügeladjutanten Graf v. Münster 307.
„ General v. Natzmer 49. 50. 54. 55. 57. 60. 63. 64. 65. 66. 67. 70. 71. 73. 74. 77. 80. 82. 83. 112. 113. 116. 126. 127. 142. 202. 209. 248. 280. 303. 363. 397. 405. 408. 432. 456.
„ Oberpräsidenten der Provinz Pommern 188.

An Major v. Orlich 208. 284. 328. 388. 395. 400. 411. 487.
„ Großherzog Paul Friedrich 122.
„ Prinzessin von Preußen 439.
„ Prinz-Gemahl von England 453. 482.
„ Oberstleutnant Quednow 409.
„ General v. Radowitz 246. 255. 256. 258. 313.
„ Frau v. Radowitz 351.
„ Regierungsbezirks-Kommissarius zu Breslau 364.
„ General v. Reiche 344.
„ v. Roon, Major 155. 191. 192; Oberst 370; General 432.
„ Herzog von Sachsen-Altenburg 187. 423. 430.
„ Oberbaurat Schinkel 85.
„ Hofrat Louis Schneider 291. 296. 341.
„ Großherzoglich Hessischen Territorialkommissar und Regierungspräsident Schnitt zu Mainz 424.
„ Oberpräsidenten v. Schön 137.
„ Oberst v. Schuckmann 141.
„ Oberst v. Seydlitz 48.
„ Generalleutnant v. Steinmetz 455.
„ Freiherrn v. Stillfried 203.
„ Kriegsminister v. Stockhausen 264.
„ Generalleutnant v. Tümpling 147. 182. 442.
„ Unbekannt 85. 136. 172. 284. 340.
„ die Versammlung der Freiwilligen aus den Kriegsjahren 1813 bis 1815 am 3. Februar 1851 in Berlin 268.
„ Sekondleutnant v. Waldersee 144.
„ Generalmajor v. Wangenheim 297.
„ Major v. Wostrowsky, Kommandeur des 7. Husaren-Regiments 407.
„ General-Feldmarschall v. Wrangel 458.
„ Konsistorialrat Wunster in Breslau 125.
„ Direktor Zeller 4.

Reden, Ansprachen, Gespräche.

Ansprache an die eine Adresse überreichende Deputation des Abgeordnetenhauses 450.
„ an die städtischen Behörden Berlins 425.
„ an den König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen 394.
„ an die deutschen Fürsten auf dem Fürstentag in Baden-Baden 491.
„ an das 1. Garde-Regiment zu Fuß 201.
„ an die Generalität 362.
„ an die zu Stettin versammelten Krieger und Freiwilligen aus den Befreiungskriegen 187.

Ansprache an den Landtag vor der Eidesleistung auf die Verfassung 440.
„ an den Magistrat und die Offiziere der Garnison Wesel 184.
„ in der Mainzer Loge 393.
„ an die Solinger Loge 341.
„ an das neuernannte Staatsministerium 445.
Antwort an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses 217.
„ auf eine Adresse der Behörden der Stadt Berlin 440.
„ an den Rektor Professor Dr. Boeckh beim 50jährigen Jubiläum der Universität Berlin 502.
„ an König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen 405.
Ausspruch auf dem Bahnhof St. Johann-Saarbrücken 490.
„ nach erfolgtem Befehl zur Einberufung des Vereinigten Landtages 156.
Rede in der Nationalversammlung zu Berlin 185.
Reden des Prinzen von Preußen im Vereinigten Landtage 1847. 157.
Vortrag über die Reorganisation der Armee, gehalten im Staatsministerium am 3. Dezember 1859 461.

Gespräch mit dem Erzherzog Albrecht von Österreich 455.
„ zwischen dem König und Th. v. Bernhardi 431. 486. 488.
„ zwischen dem Prinzen und O. v. Bismarck 342. 378. 452.
„ mit dem General v. Gerlach 145.
„ mit dem König Johann von Sachsen 452.
„ mit dem Herzog von Koburg 486.
„ mit König Max von Bayern 493.
„ mit L. v. Ranke 490.
„ mit dem Abgeordneten v. Saucken-Tarputschen 489.
„ mit Graf Eberhard Stolberg 457.
„ mit dem Major v. Vincke-Olbendorf 155. 173.

Veröffentlichungen durch die Presse, Denkschriften, Gutachten.

Artikel in der Preußischen Wehr-Zeitung Nr. 39, 11. November 1852. Dank der Nation 315.
„ in der Preußischen Wehr-Zeitung Nr. 524, 25. August 1853, Die Flottenrevue bei Spithead 345.
„ in der Preußischen Wehr-Zeitung Nr. 551, 27. November 1853. „Ohne Tritt oder mit Tritt — nur gut.“ 348.
„ in der Wehr-Zeitung über Kadettenanstalten, Nr. 81, 27. Mai 1849 205.
Bemerkungen zu dem Gesetzentwurf über die deutsche Wehrverfassung 193.
Denkschrift über die Bildung der Ersten Kammer 298.
„ über die Reform der Bundes-Kriegsverfassung 479. 480.
„ des Prinzen von Preußen über die deutsche Frage 249.

Denkschrift über die politische Lage Preußens 269.
„ über die Revision der preußischen Verfassung vom 5. Dezember 1848 220.
„ über die preußische Verfassungsfrage 150.
Gutachten über den Verfassungsentwurf des Professors Fr. Chr. Dahlmann für das Deutsche Reich 178.
Schreiben, betreffend die allgemeine Landesstiftung als Nationaldank zur Unterstützung der Vaterländischen Veteranen und invaliden Krieger 356.
Verbesserungen in der Landwehr 292.

Verschiedenes.

Danksagung nach der Silbernen Hochzeit 371.
Erklärung für den Freimaurer-Orden 140.
Glaubensbekenntnis 29.
Lebensgrundsätze 40.
Letztwillige Aufzeichnung 409.
Notiz über die Thronbesteigung des Kaisers Nikolaus von Rußland 478.
Promemoria über die preußische Wehrkraft 326.
Aus dem Tagebuch des Prinzen 1814 6.

III. Verzeichnis nach den wichtigsten Quellen geordnet.

(Die beigefügten Zahlen geben die laufenden Nummern an.)

Adami, Friedr. Das Buch vom Kaiser Wilhelm. Ein Lebensbild. Bd. I: Die Jugendzeit. Bielefeld 1888. Velhagen & Klasing. 1.

Batsch. Admiral Prinz Adalbert von Preußen. Ein Lebensbild mit besonderer Rücksicht auf seine Jugendzeit und den Anfang der Flotte. Berlin 1890. Brachvogel & Ranft. 73. 116. 136. 181. 186. 205. 215.

Bernhardi, Th. v. Aus dem Leben Th. v. Bernhardis. Die Anfänge der neuen Ära. Tagebuchblätter aus der Zeit der Stellvertretung und Regentschaft des Prinzen von Preußen. Leipzig 1894. S. Hirzel. 247. 275. 283. 284. 286. 287.

Bismarck, Otto Fürst v. Gedanken und Erinnerungen. Bd. 1. Stuttgart und Berlin 1901. J. G. Cottasche Buchhandlung Nachf. 180. 209. 268.

Bleich, Ed. Der Erste Vereinigte Landtag in Berlin 1847. Zweiter Teil. Berlin 1847. Karl Reimarus (Gropiussche Buch- und Kunsthandlung). 72.

Bratuscheck, E. Kaiser Wilhelms Verdienste um die Einigung der deutschen Freimaurerei. Leipzig 1878. Rich. Eckstein. 57. 60. 178. 219.

Cohn, Alexander Meyer. Briefe Kaiser Wilhelms des Großen aus den Jahren 1811 bis 1815 an seinen Bruder, den Prinzen Karl von Preußen. Berlin 1897. 2. 3. 5. 6. 7. 8. 9. 10.

Cohns Autographen-Katalog, Nr. 191. Berlin 1891. Albert Cohn Nachf. 38. 54. 75. 141.

Conrady, E. v., Leben und Wirken des Generals d. Inf. und kommandierenden Generals des V. Armeekorps Carl v. Grolman. Teil 3. Berlin 1894—1896. E. S. Mittler & Sohn. 39. 53.

Deines, A. v. Das Königs-Husaren-Regiment (1. Rhein.) Nr. 7 von der Formation des Stammregiments bis zur Gegenwart. Berlin 1876. E. S. Mittler & Sohn. 233.

Deutsche Revue 1897. Herausgegeben von Fleischer. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt. 85. 108. 111. 117. 118. 128.

Deutsche Revue 1895. 134. 139. 140. 143. 144. 294.

Deutsche Rundschau. Herausgegeben von Julius Rodenberg. Heft 5. Berlin 1890. Gebrüder Paetel. 18. 19. 21. 22. 23. 27. 29. 32. 33.

Deutscher Reichs-Anzeiger und Königlich Preußischer Staats-Anzeiger. Jahrgang 1888. 236.

Egloffstein, H. Frhr. v. Kaiser Wilhelm I. und Leopold von Orlich. Berlin 1904. Gebrüder Paetel. 104. 142. 169. 214. 221. 225. 237. 285.

Ehrenberg, Friedr. Glaubensbekenntnis Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Friedrich Wilhelm Ludwig von Preußen nebst der Konfirmationshandlung, der Predigt bei der ersten Kommunion und den Lebensgrundsätzen des Prinzen. 2. Aufl. Berlin 1822. E. S. Mittler. 11. 12.

Ernst II., Herzog von Sachsen-Koburg und Gotha. Aus meinem Leben und aus meiner Zeit. Bd. 1—3. Berlin 1877—1889. Wilhelm Hertz (Bessersche Buchhandlung). 126. 201. 210. 213. 217. 277. 290. 292.

Gerlach, L. v. Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold v. Gerlachs, Generals der Inf. und Generaladjutanten König Friedrich Wilhelms IV. Nach seinen Aufzeichnungen herausgegeben von seiner Tochter. Bd. 1 und 2. Berlin 1891. Wilh. Hertz. 63. 82. 107. 157. 211. 266.

Hirschfeld, L. v. Friedrich Franz II., Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und seine Vorgänger. Bd. 1 und 2. Leipzig 1891. Duncker & Humblot. 46. 47. 48. 98. 99. 241. 260.

Kaiser Wilhelm I. und Bismarck (Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen von Otto Fürst v. Bismarck Bd. 1). Stuttgart und Berlin 1901. J. G. Cottasche Buchhandlung Nachfolger. 160. 170. 171. 175. 206.

Kaiser Wilhelms I. politische Korrespondenz. Bd. 1. Berlin 1890. Hugo Steinitz. 49. 200. 270. 282.

Kohl, Horst. Dreißig Jahre preußisch-deutscher Geschichte 1858/88 in amtlichen Kundgebungen. Gießen 1888. J. Ricker. 259.

Krieg, Thilo. Wilhelm v. Doering, Königlich Preußischer Generalmajor. Ein Lebens- und Charakterbild. Berlin 1898. E. S. Mittler & Sohn. 92. 109. 149. 232.

Krosigk, H. v. General-Feldmarschall v. Steinmetz. Aus den Familienpapieren dargestellt. Berlin 1900. E. S. Mittler & Sohn. 272.

Lasker, Jul. Der Prinzregent von Preußen Friedrich Wilhelm Ludwig und seine Zeit. Berlin 1860. Sacco. 13. 58. 62. 80. 84. 87. 90. 91. 100. 182. 192. 195. 197. 203. 220. 230. 242. 244. 253. 258. 265. 267.

Liepmannssohns Autographensammlung XX. Berlin 1897. Leo Liepmannssohn. 20.

Meerheimb, F. v. Graf v. Wrangel, Königlich Preußischer General-Feldmarschall. Berlin 1877. E. S. Mittler & Sohn. 276.

Militärische Schriften weiland Kaiser Wilhelms des Großen Majestät. Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs herausgegeben vom Königlich Preußischen Kriegsministerium. Bd. 1 u. 2. Berlin 1897. E. S. Mittler & Sohn. 26. 36. 40. 41. 42. 56. 97. 106. 113. 120. 168. 278.

Militär-Wochenblatt. Beihefte 1897. Berlin 1897. E. S. Mittler & Sohn. 4.

Nationalzeitung 1897. 119. 123. 124. 125. 164. 185.

Natzmer, G. E. v. Unter den Hohenzollern. Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generals Oldwig v. Natzmer. Bd. 1—4. Gotha 1887. Friedrich Andreas Perthes. 14. 15. 16. 17. 24. 25. 28. 30. 31. 34. 35. 43. 44. 45. 50. 51. 59. 101. 105. 121. 138. 154. 196. 222. 231. 234. 250. 274.

Oncken, Wilhelm. Unser Heldenkaiser. Festschrift zum hundertjährigen Geburtstage Kaiser Wilhelms des Großen. Berlin 1898. A. Schall. 52. 61. 88.

Petersdorff, H. v. König Friedrich Wilhelm IV. Stuttgart 1900. J. G. Cottasche Buchhandlung Nachf. 78.

Petzholdt, Jul. Aus dem Nachlasse des Königs Johann von Sachsen. Dresden 1880. W. Baensch. 269.

Poschinger, Heinrich v. Preußens auswärtige Politik 1850—1858. Unveröffentlichte Dokumente aus dem Nachlasse des Ministerpräsidenten Otto Frhrn. v. Manteuffel. 3 Bde. Berlin 1902. E. S. Mittler & Sohn. 131. 133. 137. 153. 159. 163. 166. 167. 172. 173. 177. 187. 190. 193. 198. 207. 208. 212. 216. 223. 238. 239. 251.

Poschinger, H. v. Unter Friedrich Wilhelm IV. Denkwürdigkeiten des Ministers Otto Frhrn. v. Manteuffel. 3 Bde. Berlin 1901. E. S. Mittler & Sohn. 79. 112. 114. 115. 129. 130. 145. 148. 156. 158. 162. 174. 188. 189. 194. 199. 204. 224. 226. 227. 228. 243. 248. 252. 254. 255. 257. 262. 263. 264. 271.

Preußische Jahrbücher. Herausgegeben von H. v. Treitschke und H. Delbrück. Bd. 63. Berlin 1889. G. Reimer. 70. 71.

Preußische Wehr-Zeitung. Jahrg. 1, 5, 6. 103. 165. 183. 184.

Roon, v. Denkwürdigkeiten aus dem Leben des General-Feldmarschalls, Kriegsministers Grafen v. Roon. Sammlung von Briefen, Schriftstücken und Erinnerungen. Bd. 1. 4. Auflage. Breslau 1897. Ed. Trewendt. 68. 95. 96. 202. 249.

Schneider, L. Aus dem Leben Kaiser Wilhelms. 1849—1873. Berlin 1888. Otto Janke. Bd. 1 u. 2. 146. 147. 150. 279.

Schneider, L. König Wilhelm. Militärische Lebensbeschreibung. Erstes Heft. Berlin 1869. E. S. Mittler & Sohn. 132.

Springer, Ant. Friedrich Christoph Dahlmann. Teil 2. Leipzig 1870. S. Hirzel. 81.

Stargardts Katalog von 1903. Berlin J. A. Stargardt. 37.

Stillfried-Alcántara, Graf R., und B. Kugler. Die Hohenzollern und das Deutsche Vaterland. Leipzig 1901. F. A. Berger. 102.

Sybel, H. v. Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Bd. 2. München 1901. R. Oldenbourg. 256. 291.

Sybel, H. v. Historische Zeitschrift 1897. München 1897. R. Oldenbourg. 122. 280. 281.

Treitschke, H. v. Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert (Staatengeschichte der neuesten Zeit Bd. 24/28). 5. Buch (1840—48). 3. Aufl. Leipzig 1895. S. Hirzel. 65. 66.

Tümpling, Wolf v. Erinnerungen aus dem Leben des General-Adjutanten Kaiser Wilhelms I. Hermann v. Boyen. Berlin 1898. E. S. Mittler & Sohn. 74. 152. 155.

Tümpling, W. v. Geschichte des Geschlechts v. Tümpling. 3 Bde. Weimar 1888/94. H. Böhlau. 64. 83. 261.





Erster Abschnitt.

Prinz Wilhelm von Preußen. 1797—1840.

1. Kindheit. Befreiungskriege. Einsegnung. 1797—1815.

Am 22. März 1797 wurde im kronprinzlichen Palais zu Berlin der Prinz Friedrich Wilhelm Ludwig von Preußen, der spätere Kaiser Wilhelm I., geboren. Über seine Jugend sind wir gut unterrichtet, da die schweren Ereignisse dieser Zeit oft durchforscht sind, und nicht zuletzt, weil seine Mutter die als Preußens Schutzgeist viel gefeierte Königin Luise war. Schon frühzeitig erkannte die Mutter Charaktereigenschaften des Vaters, der einige Monate nach der Geburt dieses seines zweiten Sohnes als Friedrich Wilhelm III. den preußischen Königsthron bestiegen hatte, in dem Knaben und rühmt ihn als „einfach, bieder und verständig". Sie hätte eine Reihe von Eigenschaften und nicht nur solche des Herzens anführen dürfen, die der Prinz von ihr geerbt hatte. Der Kaiser selbst hat bekanntlich oft und viel über seine Knabenzeit, über den Zusammenbruch des Staates und über die Mutter, vor allem über ihren Verlust, ebenso aber über das ihm vom Vater bewiesene Vertrauen mit der pietätvollsten Dankbarkeit gesprochen. Aber von eigenen Äußerungen des Prinzen aus der Kindheit können wir dem Leser nur einen Brief (Nr. 1) vorlegen, der zwar erst aus Berlin am 28. Dezember 1809 an einen Schulmann in Königsberg geschrieben ist, der uns aber doch zugleich die Leidenszeit vergegenwärtigt, die das Königshaus im fernen Osten der Monarchie durchgekämpft hat, wie er das Maß des Einflusses zeigt, das die für Pestalozzis

Erziehungskunst begeisterte Königin dieser, die pädagogische Welt damals aufrüttelnden Methode auf die Erziehung der eigenen Kinder gestattete. Wir sehen aber in diesem Brief zugleich jene innige Dankbarkeit, die noch dem 90jährigen Greis die ehrfurchtsvolle Bewunderung der Mitwelt eintrug, und sehen in der Aufzählung der einzelnen Personen, denen er seine Grüße sendet, jene sorgsame Genauigkeit angedeutet, die immer einer der charakteristischen Züge des Kaisers geblieben ist.

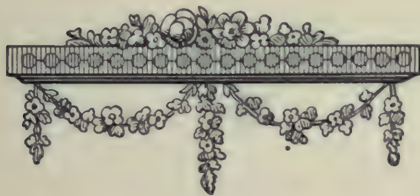
Die glücklichste Erinnerung bis in das späteste Alter blieben indessen dem Kaiser die Befreiungskriege, blieb ihm die Zeit, da Preußen das Joch Napoleons abwarf und er selbst mit in das Feld ziehen durfte. Die Briefe, die er an seinen Bruder, den Prinzen Karl, aus Frankreich geschrieben hat (Nr. 5—10), zeigen schon jene gesunde Mischung von sachlichem Ernst und unbefangener Heiterkeit, jene scharfe Beobachtung des einzelnen und jene einfache und natürliche Darstellungskunst, die so viele Briefe des Kaisers auszeichnet. Sie zeigen jene unbefangene Bereitwilligkeit, die der Prinz bis in das höchste Alter sich bewahrt hat, jede Gelegenheit zu benutzen, um unbekanntes und neues zu lernen, und sie zeigen zugleich den Grundton, der seine Seele bis zum letzten Atemzuge erfüllte, seine Liebe zum preußischen Vaterlande. (Vgl. besonders Nr. 6 den Jubelruf über das Gefecht bei Laon: „Lauter Preußen haben es gemacht".)

Den Höhepunkt des Krieges aber bildete im gewissen Sinne auch noch für den Kaiser die Schlacht bei Bar sur Aube, an der er teilgenommen, in der er sich das Eiserne Kreuz und den russischen Georgsorden verdiente, und die recht eigentlich die ihm angeborene Liebe für das preußische Heer, auch für das russische, begründete (S. 15ff.). Darüber handelt das bisher veröffentlichte Stück des Tagebuchs (Nr. 4), das der Prinz neben seinem reichen Briefwechsel führte, ausführlich, und man hört das preußische Herz des Prinzen pochen, wenn er es als „unbeschreiblich seligen Moment" preist, daß wir „eine ungeheure Ladung Gewehrkugeln bekommen", daß er, wie der Gewissenhafte in zweiter Fassung des Tagebuchs etwas später und sich berichtigend schreibt, „die ersten kleinen Kugeln gehört hat, und so recht warm aus dem Laufe".

Immer bleiben die Briefe und das Tagebuch selbstverständlich Zeugnisse eines 16- und 17jährigen Prinzen, der nicht die Entscheidung fällt, der aber mit so jugendfroher, frischer Einsicht Sachen und Personen schildert, daß man das Gebotene ohne Zweifel mit steigendem Interesse lesen wird.

Den ersten Religionsunterricht hat der Kaiser durch seinen

und seines Bruders, des damaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm, Erzieher, den späteren Superintendenten Delbrück erhalten. Später, als die Königlichen Kinder in Schlesien in Sicherheit gebracht waren, während der König mit dem Kronprinzen zu Felde zog, hat ihm der Konsistorialrat Wunster in Breslau Religionsunterricht gegeben, doch wurde dieser dadurch unterbrochen, daß der Prinz nach der Schlacht bei Leipzig die bisher vergeblich ersehnte Erlaubnis erhielt, den Krieg mitzumachen. Die Folge war, daß der Prinz erst am 8. Juni 1815 in Charlottenburg eingesegnet wurde. Die vom Prinzen bei dieser Gelegenheit aufgesetzten Lebensgrundsätze (Nr. 12) atmen ganz und gar den Geist des Prinzen. Aber auch das, wie ausdrücklich und einwandfrei bezeugt ist, vom Prinzen selbst, wenn auch natürlich unter Einwirkung der ihm vom Geistlichen gegebenen Unterweisungen, verfaßte Glaubensbekenntnis (Nr. 11) verdient aufmerksam gelesen zu werden, weil es einen gesunden und einfachen Glauben ausspricht, der ohne philosophisches Grübeln ebenso fest auf Gott vertraut, wie er zumal in dem, was er nicht ausspricht, den vorsichtigen rationalistischen Zug aufweist, den der Geistliche ihn gelehrt hat. Tiefer als dessen Lehren haben indessen, obwohl der Prinz sie offenbar mit ernster Aufmerksamkeit in sich aufgenommen hat, auf sein von Natur warm religiös angelegtes Herz ohne Zweifel die Zeitereignisse, die Leidenszeit in Preußen, die Zeit der Erhebung und vornehmlich die Mutter, und sie sowohl durch ihr Leben wie durch ihren Tod eingewirkt.





1] An Direktor Zeller.

Berlin, 28. Dezember 1809.

1809. 28. 12. Lieber Vater Zeller![1]) Wie befindest Du Dich? Ich danke Dir sehr für das Gute, das Du mir erwiesen hast, und was ich von Dir gehört habe. Ich werde mich bemühen, alles dieses zu befolgen. Behalte mich in Deinem lieben Andenken und grüße die Herren Griebe, Funk, Kolbe und das ganze Institut. Adieu, lieber Vater! Vergiß nicht Deinen Sohn Willi.

2] An den Prinzen Karl von Preußen.

Berlin, 21. Dezember 1811.

1811. 21. 12. Lieber Karl![1]) Ich zeige Dir hiermit an, daß Du weiße leinewandten Hosen zur Parade mit nach Potsdam nehmen mußt, weil die Parade wahrscheinlich in weißen Hosen sein wird. Fritz[2]) soll Dir seine Schärpe leihen, hat Papa befohlen. Auch weiße lange tuchen Hosen mußt Du mitnehmen, weil Du sie der Kälte wegen wohl unter die andern ziehen wirst, wie wir es tun. Es wird gepudert. Du auch hat Papa befohlen. Du hast Dich also hiernach zu richten. Dein Bruder Wilhelm.

Zu 1) [1]) Zeller, ein Anhänger Pestalozzis, Direktor des Waisenhauses in Königsberg. Der Prinz wird das Waisenhaus — die genannten Männer waren wohl als Lehrer an ihm angestellt — besucht, vielleicht auch gelegentlich Unterweisung von Zeller empfangen haben.

Zu 2) [1]) Prinz Karl, dritter Sohn König Friedrich Wilhelms III. von Preußen, geb. 29. Juni 1801, gest. 21. Januar 1883. — [2]) Fritz, Kronprinz, geb. 15. Oktober 1795, als Friedrich Wilhelm IV. König von Preußen 1840 bis 1861, gest. 2. Januar 1861.

3] An den Prinzen Karl von Preußen.

Lützen, 9. November 1813.

Wir[1]) sind glücklich bis hierher gekommen, wie auch gestern nach Aken; unser gestriger Weg ging über Brandenburg, Ziesar, Zerbst nach Aken, wo General Hirschfeld[2]) sich befand; unterwegs hörten wir eine Kanonade; es war Bennigsen,[3]) welcher einen avancierten Posten vor Magdeburg angriff und warf. In Aken war der Herzog von Dessau[4]) angekommen, um Papa zu sehen; ein sehr guter alter Mann. Wir dinierten um 5 Uhr und um ½9 tranken wir Tee und aßen dicke saure Milch. Heute früh um 6 Uhr reisten wir ab, und über Köthen, Radegast, Zörbig, Leipzig hierher. In Leipzig hielten wir uns eine Stunde auf. General Tauentzien[5]) war dort und sehr wohl; auch Thielmann,[6]) Minister Stein,[7]) Prinz Repnin[8]) und Jomini[9]) waren dort. Letzterer ist russischer Generaladjutant. — Die Schlachtfelder sind zwar von Toten gänzlich gereinigt, indes Pferde, Tschakos, Patronentaschen usw. sieht man noch in großer Anzahl. Leipzig ist eine recht hübsche Stadt; in den Vorstädten sind die Häuser wie besät mit viel Kugellöchern, mehrere sind ganz verwüstet. Ich habe die Stelle gesehen, wo Poniatowsky[10]) ertrunken ist. Hier in Lützen sind wir denn wieder auf einem klassischen Boden. 1813. 9. 11.

Den Gustav-Stein[11]) habe ich gesehen, ein ganz gewöhnlicher

Zu 3) [1]) Eine Erinnerung an die Konvention von Tauroggen von 1812 und den Eindruck, den Yorcks Verhalten auf König Friedrich Wilhelm III. gemacht hat, hat Kaiser Wilhelm später mitgeteilt. — Am 30. Oktober 1813 erhielt der damals 16 jährige Prinz Wilhelm von seinem Vater König Friedrich Wilhelm III. die Erlaubnis, auf sechs Wochen den Krieg gegen Frankreich mitzumachen. Am 4. November reiste er zur Armee ab. — [2]) Generalleutnant v. Hirschfeld führte eine Division des VI. Preuß. Armeekorps. — [3]) General v. Bennigsen, damals Führer der polnischen Reserve-Armee, beobachtete die Elbe bis Hamburg. — [4]) Leopold Herzog von Anhalt-Dessau, geb. 1740, gest. 1817. — [5]) General v. Tauentzien kommandierte das VI. preuß. Korps. — [6]) General v. Thielmann war zu den Verbündeten mit dem sächsischen Korps übergetreten. — [7]) Der Freiherr v. Stein leitete damals die Zentralverwaltung der von den Verbündeten besetzten Länder, deren Herrscher dem Bunde noch nicht beigetreten waren. — [8]) Fürst Repnin, russischer Generalleutnant, damals General-Gouverneur von Sachsen. — [9]) Jomini, russischer General, bekannter Militärschriftsteller, war nach der Schlacht bei Leipzig aus französischem in russischen Dienst getreten. — [10]) Fürst Poniatowsky, französischer General, war am 19. Oktober in der Elster ertrunken. — [11]) Gustav-

1813. 3 Fuß hoher flacher spitzer Feldstein; das Schlachtfeld von Görschen[12]) sah ich nur von weitem. Morgen gehen wir bis vor Erfurt, welches sich dieser Tage ergeben wird.[13])

In Weimar werden wir anhalten; die beiden Großfürstinnen[14]) sind dort. Den 11. nach Eisenach, den 12. nach Fulda, den 13. nach Frankfurt am Main. Also wenn Du diesen Brief erhältst, sind wir schon dort. Ich werd' auch allen etwas schicken; Kaiser Franz[15]) ist den 5. angekommen — Alexander[16]) gestern. Da werden recht viele große Herren zusammenkommen.

Prinz Louis von Homburg[17]) ist Generalleutnant geworden; Onkel Karl,[18]) den ich mehreremal sah, hat für Wartenburg den Orden Pour le mérite mit Eichenlaub erhalten.

— Wie steht's in Breslau; noch immer beim alten?

Viele Empfehlungen an Herrn v. Menü[19]) und alle übrigen.

Dein Bruder Wilhelm.

4] Aus dem Tagebuche des Prinzen 1814.

1814. Zum 1. Januar 1814.[1]) Bald nach 5 Uhr fuhr der König mit mir ... nach Mannheim, wo wir ankamen, als es eben anfing hell zu werden. Während dem Fahren sahen wir beständig das Blitzen der Kanonen. Wir setzten uns zu Pferde und ritten an den Rhein, wo das Sackensche Korps[2]) hinter einem Damme

Stein, zum Andenken an den Sieg unter König Gustav Adolf von Schweden bei Lützen (1632). — [12]) Schlacht bei Groß-Görschen oder Lützen, 2. Mai 1813. — [13]) S. S. 18 Anm. 4. — [14]) Maria Paulowna, Schwester des Kaisers von Rußland, war mit dem Großherzog Karl Friedrich von Weimar vermählt, die beiden Großfürstinnen werden ihre Schwestern Katharina, verwitwete Prinzessin von Oldenburg, spätere Königin von Württemberg, und Anna, spätere Königin der Niederlande, sein. — [15]) Franz II., deutscher Kaiser 1792—1806, Kaiser von Österreich bis 1835. — [16]) Kaiser Alexander I. von Rußland 1801—1825. — [17]) Prinz Louis von Hessen-Homburg führte die 4. Division im Bülowschen (IV.) Korps. — [18]) Prinz Karl von Mecklenburg-Strelitz, Bruder der Königin Luise von Preußen, kommandierte die 2. Brigade im Yorckschen (I.) Korps. — [19]) Major Menü v. Minutoli, Gouverneur der Prinzen Wilhelm und Karl von Preußen.

Zu 4) Die Stücke des Tagebuchs, die bisher veröffentlicht sind, geben wir hier nach Vergleichung mit dem Original, von dem der anderwärts gedruckte Text mehrfach abweicht. — [1]) Rheinübergang. — [2]) Russisches Korps im Heer des Feld-

auf der Wiese lagerte. Eben als wir ankamen, hörten wir von drüben ein Hurra, welches die Erstürmung der Schanze bezeichnete. Dies Hurra wurde sogleich durch das ganze Korps wiederholt. Man sah nur noch einzelne Schüsse fallen, es war die sich zurückziehende Besatzung. Gleich darauf kamen schon die Gefangenen und Blessierten zurück über den Rhein.... Nachdem noch einige Truppen, vorzüglich Kosaken, zur Verfolgung übergesetzt waren, fuhr auch der König mit uns und dem Sackenschen Generalstab über. Ein herrlicher Augenblick! Als man landete, und der König zuerst auf dem linken Rheinufer ausstieg, wünschte ihm alles Glück sowohl zum neuen Jahre, als auch zu dem glücklich vollbrachten Rheinübergang. Wir gingen jetzt nach der Schanze, welche gerade der Neckarmündung gegenüberliegt. Es war eine viereckige Redoute mit verschanztem Eingange mit Palisaden und Sturmpfählen und einem natürlichen Verhack verstärkt. Durch den Graben waren nur einzelne Leute gekommen... die Erstürmung des Einganges hatte entschieden. Es hatte ziemlich viel Menschen gekostet.... Das Übersetzen der Truppen dauerte unaufhörlich unter beständigem Hurra und Musizieren fort. Es war herrlich. Auch die Schiffe zur Brücke kamen nun aus dem Neckar. Nachdem wir ungefähr eine Stunde drüben gewesen waren, kehrten wir nach Mannheim zurück. . . . Nach dem Diner besahen wir das Schloß nebst Sammlungen. Aus dem Schloßgarten konnte man dem Schlagen der Brücke zusehen, welches langsam ging, weil es an manchem fehlte. . . . Noch ehe wir nach Mannheim gefahren waren, hatte der Major Rothenburg von General Tauentzien[3]) die Nachricht der Einnahme von Torgau überbracht. Lauter glückliche Vorbedeutungen beim Eintritt ins neue Jahr. 1814.

Vielleicht hätte man die Schanze mit weniger Verlust nehmen können, wenn man die Besatzung durch die am rechten Ufer aufgefahrene russische Artillerie so mürbe gemacht hätte, daß an keine Verteidigung mehr zu denken gewesen wäre.

30. Januar. [Der König] hatte die Meldung von der

marschalls Blücher. — [3]) Torgau kapitulierte am 26. Dezember 1813. —

1814. gestrigen Affäre bei Brienne[4]) bekommen, sie lautete . . . günstig, ungefähr so: Napoleon hatte Blücher ... um 3 Uhr angegriffen. Um Brienne wurde lange gestritten, der Feind wollte unseren rechten Flügel umgehen, dadurch entstand ein Faible in seiner rechten Flanke. Dies benutzt General Wassiltschikow,[5]) stürzt sich mit der Kavallerie drauf und wirft den Feind nach langer Gegenwehr. Brienne blieb uns. Sacken und Langeron[6]) haben mit 30 000 Mann gegen 50 000 Mann gefochten. . . .

31. Januar. Während demselben [Diner] wurde im Geheimen schon von dem eigenen Ausgang der Affäre vom 29. gesprochen. Endlich kam dann auch die Meldung. Als Blücher mit dem Hauptquartier im Schloß Brienne ruhig sitzen, entsteht mit einemmal Lärm, der Feind war schon da und im Hof. Alles rettete sich so gut wie möglich. Der Kapitän von der Bedeckung Hayden blieb auf der Stelle, sonst ging kein Wagen verloren und gar nichts, Major Hardenberg wurde gefangen.[7]) Die Armee ging zurück in die Position von Trannes. . . . Morgen Schlacht. Wie mir bei dieser Nachricht zu Mute wurde, kann ich nicht beschreiben; der langersehnte Augenblick war endlich gekommen.

Die große Armee sollte sich am 1. Februar vor Brienne konzentrieren, und so die erste Hauptschlacht in Frankreich[8]) selbst liefern. Die beiden Korps der Blücherschen Armee, Langeron und Sacken, stießen natürlich dazu. Nach früheren Berechnungen glaubte man diese Konzentration erst den 3. bewerkstelligen zu können, der Brief, in welchem General Knesebeck[9]) dies dem Feldmarschall Blücher anzeigte, ward aufgefangen. Vielleicht fußte Napoleon auf dieser Nachricht und war deshalb den 1. Februar noch nicht ganz vorbereitet.

[4]) Vom 29. Januar. Obgleich Blücher das Schlachtfeld verlassen mußte, hatte er doch entschiedene Vorteile gewonnen. — [5]) Russischer Generalleutnant und Generaladjutant, kommandiert das Kavalleriekorps im Korps Sacken. — [6]) General der Infanterie Graf Langeron befehligte ein zweites russisches Armeekorps unter Blücher. — [7]) Am Abend nach Beendigung des Gefechts bei Brienne. Blücher sowohl wie Sacken gerieten in Gefahr, gefangen zu werden. — [8]) Schlacht bei La Rothière. — [9]) Preußischer Generaladjutant, vielfach im

Zum 1. Februar, Bar sur Aube. Um 8 Uhr fuhr der König mit mir von Chaumont fort nach Bar sur Aube. Alles war im Marsch. In Colombey les deux Eglises, wo wir frühstückten, trafen wir die Garden. Um 1/2 1 Uhr kamen wir hier an. Ein Offizier meldete, daß der Kaiser schon vor sei nach Trannes. Wir setzten uns also gleich zu Pferde und ritten vor. Die Kanonade war ziemlich lebhaft, es hieß, daß alles gut ginge. Nach vielem Suchen fanden wir den Kaiser auf einer kleinen Höhe, von wo man ziemlich alles übersehen konnte. Von diesem Fleck rührten wir uns den ganzen Tag nicht, der Boden war grundlos. Feldmarschall Blücher und Schwarzenberg waren auch dort. . . . Letzterer hatte ersterem das Kommando an diesem Tage überlassen.[10]) . . . 1814.

Da ich alle Rapports mit anhörte, so konnte ich dem ganzen Gang der Schlacht recht gut folgen. . . . Die erste Schlacht war mitgemacht, aber leider in großer Entfernung, ohne eine Kugel gehört zu haben. . . . Luischens[11]) Geburtstag war also durch eine siegreiche Schlacht gefeiert, also auf ewig unvergeßlich!

2. Februar. Bei Brienne war noch ein kleines Gefecht . . . der Feind verließ es eben, und wir ritten nun rauf ins Schloß. Hier fand sich alles zusammen, Blüchers Hauptquartier. Eine Menge Champagner wurde herbeigeschafft und auf Blüchers Wohl getrunken. (Die Bouteillen wurden mit dem Degen geköpft.) Von der Terrasse des Schlosses konnte man den sich zurückziehenden Feind sehen. Das Schloß war ziemlich wüste schon. . . . Wir ließen uns noch das Haus zeigen, wo Napoleon in der Akademie von Brienne erzogen worden war. Dann ritten wir auch vor. Bei Lassicourt führt eine Brücke über die Voire, welche weiter links unweit Lesmont in die Aube fließt. Vor Lassicourt stand Wrede,[12]) bei Lesmont der Kronprinz von Württemberg.[13])

---

diplomatischen Dienst verwendet. — [10]) Kaiser Alexander hatte im Einverständnis mit König Friedrich Wilhelm III. dem Oberkommandierenden der Hauptarmee, österreichischen Feldmarschall v. Schwarzenberg, diesen Wunsch ausgesprochen. — [11]) Jüngste Tochter König Friedrich Wilhelms III. und der Königin Luise, spätere Prinzessin Friedrich der Niederlande. — [12]) General der Kavallerie, kommandierte das V. Armeekorps der Hauptarmee. — [13]) Feldmarschall, kom-

1814. Die übrigen Korps folgten. Wrede attackierte mehrere Male die Brücke, konnte sie aber nicht emportieren, die französische Arrieregarde verteidigte sie. Ein Kroaten-Regiment, welches die Brücke stürmen sollte, versagte, der Feind hatte eine Batterie am jenseitigen Talrande etabliert und bestrich die Brücke und die Chaussee recht ordentlich. Hier hörte ich die ersten Kugeln, die Suite mußte sich zerstreuen, was dann nur einige Augenblicke dauert, dann ist gleich wieder alles da. Der König ritt durch Lassicourt durch zu einem bayerischen Bataillon, was aufmarschiert war etwas links von der Brücke; sie wollten Honneurs machen, was schnell untersagt wurde, weil sonst der Feind von drüben uns wohl möchte eine kleine Salve zugeschickt haben. — Österreichische Husaren waren durch eine Furt gegangen und dem Feinde in den Rücken, sie waren aber nur wenige und hatten müssen schneller zurückkommen, als sie gegangen waren. — Wir mochten etwa zwei Stunden uns hier aufgehalten haben, als wir fortritten, weil nichts Ernsthaftes unternommen wurde. Dieser Ritt war einer der schrecklichsten. Es schneite so unbändig, daß wir trotz des beständigen starken Reitens händedick Schnee auf uns hatten, dabei ein enormer Sturm und recht kalt. Das Wetter hatte sich seit gestern total geändert, die Chaussee war heute ganz trocken und nun schon fußhoch voll Schnee. In Arsonval stieg ich mit dem König ... auf die Droschke und fuhren [wir] hierher. Ich hatte keinen Mantel, saß oder huckte vielmehr nach [der] Windseite, konnte mich nirgends festhalten, und so kamen wir denn an. Ich war in einen Schneeball verwandelt. Zehnmal lieber wäre ich zu Pferde geblieben.... Durch und durch naß. . . .

15. Februar. Es hatte sich das Gerücht verbreitet, in der Konferenz[14]) wolle man den Frieden abschließen und Napoleon zur Unterschrift schicken. Das wäre mir nicht lieb, da ich noch so wenig vom Kriege gesehen habe. . . . Der König erzählte, daß Blücher, und zwar York und Sacken bei Montmirail geschlagen

mandierte das IV. Armeekorps der Hauptarmee. — [14]) Kongreß zu Châtillon.

worden wäre.[15]) Es war der erste bedeutende Echec, den wir in Frankreich erleiden. . . . 1814.

16. Februar. [Über die Unglücksfälle bei der Blücherschen Armee] wurde natürlich viel gesprochen, man war freilich etwas niedergeschlagen, aber noch war ja nichts verloren. Teils begegnen ja in jedem Kriege einem Echecs, teils kommen auch in diesen Tagen Bülow[16]) und Woronzow[17]) mit frischen Korps aus den Niederlanden an, und so wird alles schon wieder gut werden. Nur nicht den Mut verloren! . . . Der König, welcher gern schwarz sieht, ließ sich sehr weitläufig über alles aus. Er meinte, die Tage von Auerstedt wären wieder da, und wir würden nun wohl ruhig bis über den Rhein zurückgehen und, wenn man dann Frieden schlösse, so wäre es unverzeihlich, so viele Menschen geopfert zu haben und nichts weiter dadurch bewirkt, als was man im November 1813 hätte in Frankfurt a. M. erlangen können. . . . In dieser Art sprach der König fast täglich, so daß es uns zuweilen ganz unglücklich machte, wenn wir auch bessere Hoffnungen hatten.

Als der König fort war, blieben wir Herren noch zusammen und sprachen vielerlei hin und her; das Resultat war, daß man ganz ruhig in die Zukunft sehen könne, binnen wenigen Tagen muß etwas entschieden sein.

17. Februar. Der König sagte mir, daß Wittgenstein[18]) auch bei Provins[19]) geschlagen sei, ich solle aber nicht von sprechen, und daß wir morgen wirklich den Rückzug antreten würden. . . . Nach Tisch . . . [kam] wegen der Nähe von Paris natürlich die Rede auf dasselbe und . . . um so mehr, als wir jetzt keine Aussicht hatten, hinzukommen.

— [15]) Am 11. Februar. Napoleon übertrieb seinen Erfolg bis zur Behauptung, die schlesische Armee existiere nicht mehr. Der russisch-preußische Verlust betrug im ganzen noch nicht 4000 Mann. — [16]) Generalleutnant, Kommandeur des preußischen III. Armeekorps. — [17]) Generalleutnant, Kommandeur des Infanteriekorps im russischen Korps Wintzingerode. — [18]) General der Kavallerie des 6. russischen Armeekorps in der Hauptarmee. — [19]) Am 17. Februar

1814. 18. Februar ... kam die Nachricht, daß der Kronprinz von Württemberg die mehrmaligen Angriffe des Feindes bei Montereau[20]) zurückgewiesen habe. ...

19. Februar ... war die Nachricht eingegangen, daß der Kronprinz von Württemberg dem von neuem wiederholten, noch heftigeren Angriff bei Montereau nicht länger hatte widerstehen können und bereits den Rückzug angetreten habe.

20. Februar ... trafen wir den General Gneisenau[21]) [in Troyes] vor. Der König empfing ihn gleich mit den Worten: „Es sind ja schöne Geschichten bei Ihnen vorgegangen!" Gneisenau schob alles auf die zu große Bravour der Truppen.... So unangenehm diese Vorfälle natürlich waren, so konnte man doch nicht anders als mit Erstaunen auf die raschen Manöver der Napoleonischen Armee sehen. Die Schnelligkeit hatte diesmal alles entschieden, denn nachdem er[22]) York[23]) und Kleist[24]) geschlagen hatte, ging er trotz der schrecklichen Wege nach der Seine, um die große Armee vorzunehmen. Diese ging in verschiedenen Kolonnen und Wegen ruhig vorwärts, an keine Konzentration denkend, da man Napoleon hinlänglich mit Blücher beschäftigt glaubte, dem man durch den ununterbrochenen Marsch der Schwarzenbergischen Armee Luft zu machen hoffte. So fand Napoleon also jedes Korps dieser Armee einzeln, schlug erst Wittgenstein und dann den Kronprinzen von Württemberg, und so mußte die allgemeine Retraite angetreten werden. Wrede war der einzige, welcher eigentlich nicht geschlagen worden war. ... Hier erwarten wir nun eine Schlacht, der König wünschte sie jetzt sehr, um den Truppen wieder Mut zu geben.

21. Februar. ... Man scheint keine Schlacht liefern[25]) zu

Gefecht bei Marmont. Wittgenstein zog sich über Provins zurück. — [20]) Die Angriffe hatte der Kronprinz tapfer zurückgeschlagen. — [21]) Damals Generalleutnant und Generalstabschef Blüchers. — [22]) Napoleon. — [23]) Kommandierender General des I. preußischen Armeekorps im schlesischen Heere. — [24]) Kommandierender General des II. preußischen Armeekorps. — [25]) Die österreichische Diplomatie wünschte aus verschiedenen Gründen die Schlacht zu

wollen. Der Feind folgte heute etwas mehr als die früheren Tage, er mag freilich auch fatiguiert genug sein. . . . 1814.

22. Februar, Troyes. . . . Um 12 Uhr dinierten wir etwas und ritten dann vor bis gegen Pavillon. Die ganze Reservekavallerie . . . nebst der des Generals Frimont[26]) war auf der Ebene in vier oder fünf Treffen aufmarschiert, jedoch verdeckt in den sanften Schluchten. Der Feind zeigte auch bedeutende Kavalleriemassen auf den Höhen von Pavillon. Fürst Schwarzenberg fanden wir hier. Man beschloß, einen Kavallerieangriff zu machen, der gewiß mit Vorteil unternommen werden konnte, da wir eine bedeutende Masse hatten. General Frimont sollte mit seiner Kavallerie in der rechten Flanke attackieren, während die Reservekavallerie gerade vorging. Es dauerte enorm lange, ehe diese Disposition gegeben wurde. Während der Zeit waren Luck[27]) und Orloff Denisoff etwas vorgeritten und waren auf den französischen General gestoßen, der hier kommandierte. Sie konversierten zusammen in einer der sanften Schluchten, so daß er nichts von unseren Truppen sehen konnte. Er hatte u. a. gesagt: „Vous avez fait diablement peur à nos dames à Paris, étant si près, maintenant vous ne le ferez plus.“ . . . Fritz, Paul Esterhazy und ich hatten uns zusammengetan und freuten uns königlich auf den Angriff, aber es war über das lange Deliberieren dunkel geworden, und obgleich die Frimontsche Kavallerie schon das Gewehr aufgenommen hatte, so wurde der ganze Angriff doch kontremandiert.[28]) . . .

23. Februar, Vendoeuvres. Beide Kaiser kamen früh zum Könige und gingen dann nach Vendoeuvres. Man will einen Waffenstillstand unterhandeln. . . . Der König blieb noch bis

vermeiden, und der Oberbefehlshaber Fürst Schwarzenberg richtete sich völlig danach, zur Verzweiflung der Preußen und Russen. — [26]) Führte das österreichische Korps im Heere des bayerischen Generals v. Wrede (V. Armeekorps). — [27]) Der Gouverneur des Kronprinzen von Preußen. — [28]) Das Verlangen der Österreicher nach Frieden war durch einen an diesem Tage angekommenen Brief Napoleons an Kaiser Franz Josef aufs neue bestärkt worden.

1814. zum Mittag, indem er sagte: „Es ist nicht meine Art, gleich fortzurennen, ohne daß es not tut." . . .

25. Februar. Wir bleiben in Bar sur Aube. Es wurde eine Generalkonferenz gehalten, sie mußte in Knesebecks[29]) Zimmer sein, weil er krank war. . . . Während dieser Konferenz trieben wir uns im Garten herum; wir bedachten, wie ein jeder ungefähr aussehen müßte, wenn sie herunterkämen, um daraus den Ausgang der Konferenz zu beurteilen. Doch wurden wir nicht viel klüger, als wir auch alle Physiognomien studierten. . . . Der Kaiser Alexander weiß zu gut sein Gesicht zu verstellen. . . . Wir begegneten [bei Ailleville] dem Oberst Bock, der bei Wittgenstein Adjutant ist. Er war außer sich, daß es noch immer zurückging, und sagte, daß es den Truppen sehr mißfiele. Der König tröstete ihn, indem er sagte, daß Blücher bereits im Vorgehen wäre und wir wohl folgen würden. . . .

26. Februar. ... General Haak[30]) kam [in Colombey les deux Eglises] zum Könige. Dieser fragte ihn sehr ernsthaft, wie lange das Retirieren noch dauern sollte. Er antwortete dann zu unserer größten Freude, daß morgen die Offensive ergriffen werden sollte. Der König beschloß sogleich hier zu bleiben, um dem morgenden unausbleiblichen Gefecht beizuwohnen. Auch die Herren vom Hauptquartier, welche schon voraus nach Chaumont waren, wurden ... herberufen.... Als wir eben angekommen waren, standen mehrere russische Reserve-Bataillone aufmarschiert, die zu Wittgenstein stoßen sollten. Der König besah sie, sie waren noch in Rekrutenjacken.

27. Februar.[31]) Um 7 Uhr vormittags ließ der König Fritz und mich mit Luck zu sich kommen. Er sagte uns, wir sollten voranreiten, um dem Gefechte beizuwohnen, wir sollten

[29]) Feldmarschall Knesebeck sah stets schwarz und drängte zum Frieden. Beschlossen wurde die Fortsetzung des Rückmarsches der Hauptarmee, zugleich aber Blücher gestattet, mit seiner Armee die Offensive zu ergreifen. — [30]) Österreichischer General? — [31]) Schlacht bei Bar sur Aube. Am 25. November 1856 gab der Prinz dem Hofrat Schneider nochmals eine Beschreibung der Schlacht.

uns aber nicht unnütz exponieren, und befahl Luck, darauf zu 1814.
sehen. Wir ritten mit den übrigen Herren des Hauptquartiers also ab. Kaum hatten wir den halben Weg zurückgelegt, so kam uns der König schon nach. Wrede war gestern abend aus Bar sur Aube geworfen worden, hatte es wieder genommen, aber nur die äußersten Häuser behaupten können. Sein Korps stand einige tausend Schritt diesseits der Stadt, auf beiden Seiten der Chaussee, das Wittgensteinsche Korps stand auf dem rechten Flügel der Bayern. Alles stand zum Angriff bereit. Gerade als wir ankamen, wurde die Disposition ausgegeben. General Wrede sollte Bar sur Aube angreifen und stürmen, Wittgenstein sollte sich verdeckt rechts ziehen und dem Feinde in die linke Flanke und durch eine Umgehung unter dem General Pahlen über Levigny bis Arsonval in den Rücken fallen.

An den äußeren Gärten der Stadt engagierte sich ein Tirailleurgefecht. Wir sahen demselben zu von Weinbergen, welche rechts von Bar ziemlich mit den ersten Häusern desselben in einer Höhe liegen. Es wurde ein französischer Sergeant gebracht, der übergegangen war, mißvergnügt darüber, daß er als ein alter Soldat nicht die Ehrenlegion erhalten hatte, da Napoleon sie nach den letzten glücklichen Gefechten zu hundert[en] an die neuen Truppen verteilt hatte. Der Offizier von den russischen Tirailleurs wurde eben blessiert und zurückgebracht. Der Feind zeigte sich auf der Höhe jenseits der Aube, wo der kurze Weg nach Vendoeuvres führt, im Biwak, in einzelnen Trupps auf der Chaussee von Dieuville, und am stärksten stand er auf dem Plateau von Ailleville.

Als das Tirailleurgefecht eine Zeitlang gedauert hatte, zogen sich die zwei russischen Jäger-Regimenter, bei denen wir solange gestanden hatten, noch mehr rechts auf die Weinberge, dem Plateau gegenüber, welches der Feind inne hatte. Getrennt waren wir durch eine sehr große Schlucht, die beinahe senkrechte Abhänge hat. Am Rande dieser Schlucht stellten sich die Jäger-Regimenter auf. Vom Ende dieser Schlucht an bis an einen Wald in der rechten Flanke war eine Ebene. Das Wittgensteinsche Korps langte eben an und stellte sich hier auf, im Zentrum

1814. das Korps des Prinzen Gortschakow.[32]) Das Korps des Prinzen Eugen von Württemberg[33]) sollte mit der Kavallerie unter General Pahlen die Umgehung machen. Wir waren bis Maisons geritten und kehrten nun zum Zentrum zurück. . . .

Während dieser Anordnungen entstand auf dem linken Flügel bei den Jägern eine Füsilade. Der Feind rückte nämlich mit einer Kolonne von 4 oder 6 Bataillonen den steilen Abhang der Schlucht hinauf trotz des heftigsten Kartätschfeuers in der Flanke und des Kleingewehrfeuers in der Front mit einer Unerschrockenheit, die auffallend war. Sie glaubten wahrscheinlich, daß sie nur vorzugehen brauchten, um uns den Rückzug, wie gewöhnlich bis jetzt, antreten zu lassen. Da sie auch wirklich die Jäger zurückwarfen und man nicht wußte, ob nicht stärkere Massen folgten, die dann das Wittgensteinsche Korps vom Wredeschen gänzlich getrennt haben würden, so waren schnelle Maßregeln nötig. Der König ließ gleich das Pskowsche Kürassier-Regiment und das Kalugasche Infanterie-Regiment,[34]) welche die nächsten waren, herbeiholen. Das Kürassier-Regiment attackierte zuerst mit einem enormen Hurra und warf den Feind hinter die Weinbergsmauern (übereinandergelegte Steine). Diese Attacke machten wir auf dem rechten Flügel des Regiments bis auf 60 Schritt im stärksten Kleingewehrfeuer mit, da ritt aber Thile[35]) dem König vor und bat ihn, zurückzureiten. Wir jagten ein Eckchen zurück, aber nicht außer dem Schuß, denn nun flogen die kleinen Kugeln uns immer zwischen und unter die Pferde. Dies war ein unbeschreiblich seliger Moment . . ., die ersten kleinen Kugeln gehört zu haben und so recht warm aus dem Laufe. Das Kaluga-Regiment war nun auch herangekommen, und in Gemeinschaft mit den Jägern wurde noch ein Hurra gemacht und dem Feinde

[32]) Kommandeur der Kavallerie-Division im Wittgensteinschen (russischen) Korps der Hauptarmee. — [33]) Kommandierender General des 1. und 2. russischen Armeekorps in der Hauptarmee. — [34]) Der Prinz wurde bekanntlich demnächst Chef dieses Regiments und hat ihm zeitlebens besonderes Wohlwollen und Interesse erwiesen. — [35]) Preußischer Oberst und Flügeladjutant.

dann einige Ladungen nachgeschickt. Dieser zog sich auch in aller Eile zurück. 1814.

[Eine erste Niederschrift des Tagebuchs lautet an dieser Stelle:]

... Bei dieser Kavallerieattacke ritt der König mit uns fast ganz dicht heran, wo wir eine ungeheure Ladung Gewehrkugeln auf uns bekamen, noch recht warm aus dem Laufe. Eine Musik, als wenn Bremsen und Mücken durcheinander pfeifen. Es war das erstemal, daß ich die Bekanntschaft machte, und Fritz versicherte, so toll noch nicht darin gewesen zu sein. Als wir ... zurückritten, schlugen die Kugeln immer neben uns ein. Es ist ein wahres Wunder, daß wir alle gesund geblieben sind, besonders da auch in der Suite nichts traf. Als diese Attacke glücklich abgeschlagen war, ritten wir ins Zentrum.

5] An den Prinzen Karl von Preußen.

Chaumont, 2. März 1814.

Vielen Dank für Deine beiden Briefe vom 1. und 12. Februar. Ich habe sie unmöglich früher beantworten können. Die Rechnung von Henoch für die Achselbänder habe ich nicht gefunden, da ich doch alle Quittungen gesammelt habe. Mithin kann ich nicht sagen, ob sie quittiert ist. Mein Tagebuch setz' ich noch fort, aber nur sehr kurz. Anliegende kleine Relation von dem letzten Gefecht bei Bar sur Aube gehört in das Tagebuch;[1] ich bitte also sehr, nachdem Du sie den übrigen mitgeteilt hast, sie mir zurückzuschicken. Es ist das Format meines Tagebuchs. In den letzten Tagen haben wir ziemlich starke Fatiguen gehabt. Den 27. waren wir von 7 Uhr morgens bis ½8 abends im Freien und fast beständig zu Pferde. Um ½7 abends tranken wir Kaffee in Bar sur Aube. Den ganzen Tag hatte ich nichts als zwei Butterbrote gegessen, mich hungerte aber auch fast gar nicht. Denn in der Spannung, in welcher man während des Gefechts ist, vergißt man alles übrige. Papa war von den drei Regenten der einzige bei der Affäre; die beiden andern waren schon 1814. 2. 3.

Zu 5) [1]) S. Nr. 4.

1814. am 25. hierher gegangen. Papa wollte es aber abwarten. Bei dieser Affäre habe ich zum erstenmal die Bekanntschaft der kleinen Kugeln gemacht. Wir erhielten eine Ladung voll auf 80 Schritt. Nachher waren wir wieder sehr exponiert, als die Kavallerie geworfen wurde; wir waren sehr nahe dabei. Der schönste Augenblick des Gefechts war, als der Feind auf einem Punkt, 8 Bataillone stark, Reißaus nahm. Den 28. beritten wir das Schlachtfeld; es war sehr belegt mit Toten. Einige waren fürchterlich zerschossen. Auch lag ein einzelner Fuß da. Von dort ritten wir über die Brücke bei Arsonval gegen Vendoeuvres, wo wir dem Flankieren zusahen. Auch hier pfiffen uns die kleinen Herren einzeln um die Ohren.

Morgen oder übermorgen gehen wir wieder vor. Gestern ist Wittgenstein in Vendoeuvres eingerückt. Blücher[2]) stand am 28. in Meaux; heute oder morgen vor Paris. Vor sich hat er Marmont und Mortier,[3]) 8000 Mann. Er selbst ist ganz konzentriert mit York, Kleist und Sacken. Bülow geht von Soissons gerade auf den großen Sündenpfuhl. Blücher will, wenn er hinkommt, nicht in die Stadt, weil er voraussieht, gleich raus zu müssen, da Napoleon ihm mit angeblich 40 000 Mann folgt (wahrscheinlich mehr) und er ihm Bataille geben wird. General Jagow mit dem Blockadekorps von Erfurt,[4]) 12 000 Mann, vereinigt sich mit St. Priest,[5]) 6000 Mann, und folgt Napoleon. Wenn wir hier rasch nachgehen, so kann das sehr gut werden.

Nun adieu. Empfehlungen an Menü und die übrigen. Wie gefallen Dir die beiden Großfürsten?[6]) Dein Wilhelm.

---

[2]) Das Heer des Feldmarschalls Blücher vereinigte damals in sich die preußischen Korps York, Bülow und Kleist, sowie die russischen Langeron, Sacken und Wintzingerode. — [3]) Marschall Marmont, Herzog von Ragusa, führte das 6. französische Armeekorps, Marschall Mortier, Herzog von Treviso, die alte Garde. — [4]) Erfurt fiel im Dezember 1813 nach hartnäckiger Verteidigung durch die Franzosen den Preußen in die Hände. Zur Einschließung war Generalmajor v. Jagow vom Kleistschen Korps detachiert. — [5]) Generalleutnant Graf St. Priest führte im russischen Korps Langeron das 8. Interimskorps. — [6]) Großfürst Nikolaus von Rußland, der spätere Kaiser, und Großfürst Michael hielten sich auf dem Wege zur Armee am Berliner Hofe auf.

6] An den Prinzen Karl von Preußen.

Troyes, 16. März 1814.

Da wären wir ja einmal seit gestern wieder in Troyes. Vor allem meinen herzlichen Dank für Deinen Brief vom 27. Februar. Das Messer von einem Fuß Länge bin ich neugierig zu sehen. Vorgestern kam dann endlich in Bar sur Aube Major Brunneck mit der bestätigenden Nachricht des Sieges von Laon an. Blüchers Armee hatte in der Nacht vom 8. bis 9. die Position von Laon bezogen. Des Morgens am 9. griff Napoleon, begünstigt durch einen starken Nebel, der unsere Position ihm verbarg, leicht an, hoffend, daß wir unsern Rückzug fortsetzen würden. Der Nebel fällt; Napoleon sieht die Armee, kann aber das Gefecht nicht mehr abbrechen. Es kommt die Meldung, daß sich der Feind in starken Kolonnen auf der Straße von Reims in unserer linken Flanke zeigt. York[1]) und Kleist, die beiden Helden, marschieren dorthin ab; Sacken und Langeron zum Soutien. (Wintzingerode und Bülow hielten die Stadt und die Position), York kam mit dem 2. Korps erst spät abends gegen den Feind, er gab sogleich den Befehl zum Angriff. Onkel Wilhelm[2]) (den man nicht aufhört zu loben) griff mit seiner Brigade zuerst an. General Jürgas greift den Feind mit den Neumärkischen Dragonern und Brandenburgischen Husaren an, und sogleich ist alles über den Haufen. 1814. 16. 3.

Blücher kann York nicht genug loben, dieser Kleist nicht genug usw. Wer eine solche Armee kommandiert unter solchen Generalen, der ist wahrlich glücklich zu preisen. Unser Verlust besteht in 6 Offizieren und 100 Mann, und ist kein Schuß geschehen, alles mit dem Bajonett. Es soll wunderschön gewesen sein in der mondhellen Nacht, das Schreien, Trommeln, Blasen der Hornisten, die alle Signale wie auf dem Exerzierplatz gaben, und die Musiken. Schade, daß wir nicht dort waren!

Zu 6) [1]) Die Mitteilungen des Prinzen beziehen sich hauptsächlich auf den Überfall des Marmontschen Korps durch General v. York. — [2]) Prinz Wilhelm von Preußen, Bruder des Königs, der seit dem Januar 1814 die Avantgarde des Yorckschen Korps befehligt hatte, führte die 25. Division, Generalmajor v. Jür-

1814. Lauter Preußen haben es gemacht. Wir nahmen 45 Kanonen und mehrere tausend Gefangene. Wintzingerode nahm 8 Kanonen außerdem. Einige Tage vorher hat Thümen[3]) durch Kapitulation (durch Mertens[4]) die Festung La Fère genommen, bei Laon, mit 100 Kanonen, außer denen, die auf dem Wall standen, 3 Millionen Flintensteine, 1000 Säbel, 1000 Gewehre, ein Ponton Trains, wollene Decken usw. usw. Alles in allem wird auf 5 bis 6 Millionen Taler angeschlagen. Ein schöner Fang. Mertens wird beständig gelobt. (Wintzingerode hat bei Laon ungefähr 1000 Mann verloren.)

Nun etwas Unangenehmes. Der Feind hat Reims[5]) wieder genommen und marschiert auf Châlons; wenn man sich hier ordentlich nimmt, so kann ihm das übel zu stehen kommen. Nun adieu. Verzeih dies rasende Geschmiere, ich habe aber nicht viel Zeit.

Empfehlungen an Herrn v. Menü und alle andern.

Dein Wilhelm.

7] An den Prinzen Karl von Preußen.

Paris, 4. April 1814.

1814. 4. 4. Da wären wir ja in dem großen Sündenpfuhl,[1]) wo ich unter solchen Umständen nie herzukommen glaubte. Ich lege hierbei die Journale, in welchen alles viel detaillierter ist, als ich es auch[2]) schreiben könnte, um so mehr, da der Kurier in diesem Augenblick abgeht. Die Journale sind sehr wahrhaft. Von dem Jubel bei unserem Einzug macht man sich keinen Begriff; ich verweise auf Graf Schwerin.[3]) Besehen haben wir die Hauptsachen schon alle, wie die Tuilerien mit einer orientalischen Pracht, den

---

gaß die Reserve-Kavallerie im Blücherschen Heere. — [3]) Generalmajor v. Thümen, Chef der 4. Brigade in der Armee Bülows, der Laon besetzt hatte. — [4]) Mertens, ein sonst nicht weiter bekannter Offizier, vielleicht Major Baron v. Martens. — [5]) Napoleon zog, nachdem er das Korps des Grafen St. Priest völlig zerstreut hatte, am 14. März in Reims ein.

Zu 7) [1]) Am 31. März Einzug der Verbündeten in Paris. — [2]) Wird für „auch" „euch" zu lesen sein. — [3]) überbrachte als Kurier die Siegesnachricht nach Berlin.

Louvre, die 1400 Fuß lange wunderschöne Bildergalerie, das Antikenkabinett (Apollo und Laokoon waren verpackt), die Invalidenanstalt, Le Jardin des Plantes mit dem Naturalienkabinett und wilden lebendigen Tieren. Ein Elephant unter anderm. Das Schloß Luxemburg, Petits Augustins, eine Sammlung von Monumenten und Statuen seit dem 14. Jahrhundert, sehr interessant, das Pantheon, das Atelier von Gerard, das Corps Legislatif, Palais Royal, in welchem alles, alles zu haben ist. Ein andermal mehr, heute keine Zeit mehr. Nein, eine solche Stadt!!! Man kann sich keinen Begriff von machen, Berlin ist mir indes doch lieber. Napoleon Bonaparte ist abgedankt. Welch eine merkwürdige Zeit!!!!! 1814.

Empfehlung an alles. Dein treuer Bruder Wilhelm.

Cousin[4]) ist immer bei uns; wir wohnen in einem Hause. Die Armee steht gegen Melun, wo Napoleon noch mit einem Teil verirrter Schafe rum irrt. Marmont geht heute mit 18 000 Mann über.

Nein, die himmlischen Balletts der großen Oper!!! Göttlich!!! Die Vestalin wurde gegeben —.

8] An den Prinzen Karl von Preußen.

Paris, 12.—13. April, morgens 1/2 10 Uhr, 1814.

Lieber Karl! Nimm meinen innigen Dank für Deine teuren Wünsche zum Geburtstage und den Kreuzen.[1]) Dein Brief hat mich sehr erfreut, auch dank ich sehr für die Zurücksendung des Tagebuchs. 1814. 12./13. 4.

---

[4]) Cousin ist Prinz Friedrich, Sohn des 1796 verstorbenen Bruders König Friedrich Wilhelms III., des Prinzen Ludwig von Preußen.

Zu 8) [1]) Am 5. März hatte der Prinz den russischen St. Georgsorden 4. Klasse und am 10. März, dem Geburtstag seiner Mutter, der Königin Luise, das Eiserne Kreuz für seine Teilnahme an der Schlacht bei Bar sur Aube erhalten. — Napoleon wandte sich nach den Schlachten von Laon und Arcis nach den östlichen Provinzen Frankreichs. Die Verbündeten folgten ihm aber nicht, sondern brachen am 25. März nach Paris mit 170000 Mann auf und lieferten an demselben Tage den Marschällen Marmont und Mortier die Gefechte bei La Fère Champenoise, deren letztes, das gegen die Division Pacthod, der Prinz

1814. Die Uhrkette ist sehr hübsch, und besonders eine schöne Idee, auch gefällt sie allgemein. — Wie sehr richtig bemerkst Du, wie sich seit einem tatenvollen Jahr alles geändert hat. Aber gottlob, daß wir endlich so weit sind. — Es war Zeit! Dies menschliche Unglück so in der Nähe zu sehen, ist schrecklich, nicht bloß das Elend, welches die Menschen zu erdulden haben, sondern auch so auf den Schlachtfeldern.[2]) Besonders war es mir fürchterlich bei Fère Champenoise, wo wir so ganz mitten drin waren und alles recht früh sahen!!!!!

Dies war überhaupt ein merkwürdiger Tag; es war der erste Marsch, welchen wir nach Paris machten, indem wir Napoleon seinem Schicksal überließen und laufen ließen. Daß gerade dieser erste Tag so glücklich war, mochte wohl keine üble Vorbedeutung sein. Wir marschierten von Vitry ab um 11 Uhr. Das Wetter war abwechselnd regnerisch, bis wir auf eine Anhöhe kamen, wo es sich aufklärte und wir etwas von dem Gefecht sahen, obgleich sehr weit. Als wir von der Anhöhe fortritten, schien gleichsam das schöne Wetter bestellt zu sein; denn es blieb von nun an so, und alle 10 Minuten kamen Meldungen, daß 2, 4, 5, 6 und 10 Kanonen genommen waren. Dies dauerte bis Fère Champenoise. Vor uns her und schon weit über diesen Ort hinaus warf der Kronprinz von Württemberg den Feind. Rechts von Epernay her warf ihn Sacken und Langeron. Wir glaubten, daß diese den Feind bereits weit geworfen hätten, als mit einemmal große Massen sich zeigten, die, nachdem man hingeschickt hatte, für feindliche erkannt wurden. Eine Menge von r[ussischer] Artillerie[3]) wurde unter Rauchs Leitung sogleich placiert und, sobald der Feind à portée war, bedient. Dieser Feind war durchaus umstellt. Von hinten drängten ihn Sacken und Langeron, von vorne Rajefsky.[4])

(Kronprinz von Württemberg wurde gar nicht gebraucht, sondern er verfolgte seinen Feind für sich.) Thile[5]) wurde rüber=

hier erzählt. — [2]) Prinz Wilhelm leistete in der Schlacht wiederholt Adjutantendienste. — [3]) Es waren russische Batterien, die unter den Befehl des Generalmajors v. Rauch gestellt wurden. — [4]) Generalleutnant Rajefsky, kommandierender General des Grenadierkorps im Korps der russischen und preußischen Garde und Reserve unter dem Grafen Barclay de Tolly in der Hauptarmee. — [5]) Oberst v. Thile I, Flügeladjutant des Königs.

geschickt, um den Feind aufzufordern. Leider wurde aber gerade angefangen zu schießen. Der feindliche General hält Thile fest, und erst als die Truppen, durchs gute Schießen kirre gemacht, zu wanken anfangen und die Offiziere alles mögliche anwenden müssen, um die Soldaten zu halten, findet Thile einen glücklichen Augenblick zum Entkommen. Unsere Artillerie sollte näher fahren, um noch wirksamer zu schießen. Niemand war da zum Kommandieren. Der Kaiser ritt also selbst vor und kommandierte, und nun ging es immer weiter vor, bis wir neben der Kavallerie waren, pêle mêle mit den Kosaken, die ein paarmal abgeschlagen waren, und gerade auf ein Karree los. Dies warf die Gewehre fort. Alles rief gleich stoy, stoy, dies half auf einen Augenblick, aber als der Kaiser und König nun vorritten und auch stoy riefen, glaubte die Kavallerie, die Herren riefen Hurra! Hatten sie also noch nicht geschrieen, so ging's nun noch viel doller los. Indes wir brachten sie doch zum Stehen. — Nun ging's auf die noch übrige große Masse los. Diese schlug sich mit ungeheurer Bravour. Schritt vor Schritt lagen Tote oder Blessierte. Unsere Kavallerie konnte nicht recht rein, russische nämlich. Der Kaiser befahl Natzmer,[6]) Hand ans Werk zu legen. Dies ließ er sich nicht zweimal sagen, und also rein. 1814.

Was nicht niedergemacht wurde, warf im letzten Augenblick endlich die Gewehre fort. Von diesem Spektakel hat man keine Idee. Die Sieger also mit den Besiegten durcheinander. Das Ausziehen und Austauschen der Kleider dauerte nicht fünf Minuten. Und da waren die beiden Herren mitten drunter. Es war fürchterlich!!! Man unterhielt sich eine Weile mit dem kommandierenden General Pacthod.[7])

Als wir zu Hause ritten, kamen alle Augenblicke von allen Seiten gefangene Generale. Die Nacht blieben wir in Fère Champenoise, wo wir recht sehr schlecht mit Natzmer, Fritz und Luck lagen, immer auf Streu, was man zuletzt gewohnt wird, denn wir haben es gar sehr oft getan. Was mir sehr angenehm

[6]) Flügeladjutant Oberst v. Natzmer (s. S. 49 Anm. zu 14) war dem Prinzen Wilhelm zu militärischen Aufklärungen beigegeben. — [7]) General Pacthod, der eine vor kurzem neu formierte Division führte, hatte sich mit ungewöhnlicher, vom König von Preußen und Kaiser von Rußland sehr anerkannter Bravour ver-

1814. war, war, daß ich mitten in diesem Gewühl Krusemarck[8]) nach so langer Zeit zum erstenmal wiedersah, wie auch das übrige Blüchersche Hauptquartier. Den anderen Tag marschierten wir, natürlich immer zu Pferde, über Sezanne nach Trettau.[9]) Gegen hier war es die vorige Nacht gülden gewesen. Wir mußten zu 9 in einer kleinen Bauernstube liegen. Längs den Fenstern lagen auf einer Streu 6, nämlich Fritz, Luck, Brauchitsch,[10]) Rauch, Natzmer und ich. In einer Nische lag Jagow in einem alten Bette, zu seinen Füßen auf Streu Thile und Stolberg. Nun konnte auch kein Mensch mehr rein, und wir mußten immer zu 2 und 2 aufstehen, um Platz im Zimmer zur Toilette zu haben. Den andern Tag (17.) marschierten wir nach Coulommiers, einer Stadt, wo wir denn mal wieder ordentlich wohnten. Bis dahin war in ganz Frankreich die Gegend egal häßlich. Den 28. marschierten wir nach Quinzey, der ganze Weg war wunderschön. Quinzey ist ein Dorf mit einem großen Schloß, wo wir wohnten, mit einem englischen Park; die Aussicht aus meinem Eckzimmer in der dritten Etage war wunderschön. Den 29. marschierten wir über Meaux nach Claye; hier sahen wir Cousin und überhaupt die ganze preußische Armee wieder, bis auf Bülow. Das Wiedersehen von allen Bekannten war unbezahlbar, besonders so nahe vor unserm Ziel! Wir blieben die Nacht in Bondy. Am anderen Tag, 30., begann die entscheidende Affäre. Ein ungeheurer Jubel war, als die Truppen bis an die Mauern des Sündenpfuhls gedrungen waren. Nichts als Hurra hörte man die ganze Nacht und den anderen Tag. Hier schließ ich, denn von nun an wißt ihr alles. Ich habe, ohne zu wollen, den ganzen Marsch von Vitry hierher erzählt, indes dies ist die wichtigste Epoche der ganzen Kampagne, da sie uns von Tag zu Tag mit Riesenschritten der Entscheidung und dem Ende näher brachte. Wir sind entsetzlich marschiert, immer 4 bis 7 Meilen. Indes die Truppen waren immer guter Dinge, denn es ging vorwärts.

teidigt. — [8]) v. Krusemarck, Generalleutnant, vor dem Kriege mehrfach als Gesandter in Paris tätig, bei Beginn des Krieges zu Bernadotte als preußischer Bevollmächtigter kommandiert, starb als Gesandter in Wien 1822. — [9]) Trettau ist verlesen für Trestaux. — [10]) Oberstleutnant v. Brauchitsch, Flügeladjutant des Königs.

Und so stehen wir denn nun am Ziele!!! 1814.

Die Großfürsten sind noch nicht angekommen. Sie wurden durch den Marsch Bonapartes damals von uns abgeschnitten, unterdessen ist alles vollbracht, und von der Kampagne werden sie wohl nichts mehr sehen.

Danke dem Herrn v. Menü recht herzlich für seine Wünsche, ich werde ihm nächstens schreiben. Er hat doch schon eine Antwort von mir? Nun adieu. In kurzem, denk' ich, sehen wir uns wieder. Welch eine Wonne! Auf ewig Dein Wilhelm.

9] An den Prinzen Karl von Preußen.

Paris, 30. Juni 1814.

Teuerster Karl! Empfange meine innigsten, herzlichsten 1814. 30. 6.
Wünsche zu Deinem gestrigen Festtage.[1]) Gott erhalte Dich uns allen lange, und sei glücklich. — Die Messer aus London[2]) mögen die vorläufigen Geschenke sein. Cousin und ich bringen Dir aber noch ein[3]) [Geschenk] mit, welches Du Dir einmal bei uns bestellt hast. Sagen will ich es Dir nicht, errätst Du es, desto besser.

Leider konnte ich Dir am gestrigen Tage nicht selbst schreiben, weil wir auf der Reise hierher waren. Auf Dein Wohl hat Papa und ich aber hier getrunken. — Eine kurze Beschreibung der letzten Tage wird Dir vielleicht nicht unangenehm sein. Den 22. verließen wir London und gingen nach Portsmouth, nachdem wir unterwegs beim Lord Liverpool dejeuniert hatten. Den Abend, als wir ankamen, gingen wir nicht mehr aus. Den 23. embarkierte man sich und fuhr auf die Reede, um die Flotte zu betrachten. Es lagen 15 Linienschiffe, Zwei- und Dreidecker, und einige 20 Fregatten auf der Reede. Auf dem Linienschiff „Impregnable", mit welchem wir nach England gekommen waren, debarkierten wir, um zu dejeunieren. Die Schiffe taten mehrere Salven, die sich außerordentlich schön machten. Papa erhielt von einem Admiral

Zu 9) [1]) Geburtstagsbrief. — [2]) Nach dem Friedensschluß besuchten der König und der Zar, begleitet vom Kronprinzen, dem Prinzen Wilhelm, Blücher und Gneisenau u. a. den Prinz-Regenten von England. Während des Aufenthalts (6.—22. Juni) brachte das Volk den Befreiern Europas stets erneute, stürmische Ovationen. — [3]) „Eins", wie die Vorlage hat, wird verschrieben oder verlesen

1814. ein kleines Boot[4]) geschenkt, welches wie eine Fregatte ausgerüstet ist, ganz allerliebst, mit 3 Masten, Kanonen usw. Es kommt nach der Pfaueninsel. — Als man dejeuniert hatte, embarkierte man sich wieder in die kleinen Boote und fuhr ans Land. Die Garnison, welche auf dem Wall aufmarschiert war, gab 6 schöne Salven mit Geschütz und Kleingewehr. Um 7 Uhr war Diner beim Prinzregenten. Den Abend die Stadt sehr schön erleuchtet.

Den 24. des Morgens wurden die herrlichen Fabriken besehen. Die Maschinen, welche angewandt werden, um alles, was zum Schiffe gehört, zu verfertigen, sind einzig. Ancillon[5]) sagte sehr gut: Die Maschinen sind die Menschen und die Menschen die Maschinen. Dann sahen wir die ungeheuren Ankerschmieder, welches ein fürchterliches Geschäft ist. Man glaubt, man käme in die Hölle. Ich habe einen ganz kleinen geschenkt erhalten. Dann fuhren wir wieder auf Booten nach einer Königlichen Jacht, die außerordentlich schön eingerichtet ist.

Auf derselben fuhren wir bei allen Linienschiffen vorbei, die en parade aufmarschiert standen. Dann ging's wieder auf den „Impregnable", und das Manövrieren begann. Man stellte sich nämlich in Ordre de Bataille, fuhr vorwärts, rückwärts, seitwärts usw. Es war sehr amüsant. Natürlich wurde wieder geschossen und Hurra gerufen. Diner war wieder beim Prinzregenten.

Wellington[6]) war angekommen, und da hab' ich ihn dann ordentlich kennen gelernt. —

Den 25. war Manöver von den Truppen. Sie sind recht schön. Einzig sehen die Bergschotten mit den Dudelsäcken aus. Nach dem Manöver nahm ich Abschied von Fritz und Cousin, die auf zwei Tage nach London gehen; wir alle sehen uns an einem Tage wieder. — Welcher Tag wird das sein! — Dann fuhren wir zum Lord Egermond, der ein herrliches Landgut hat. Wir besahen den schönen Park, seine herrlichen Pferde, dinierten

sein. — [4]) Das kleine Boot wurde nach der Havel gebracht und dort von der Königlichen Familie benutzt. Als es nicht mehr brauchbar war, schenkte König Wilhelm IV. von England 1832 eine neue Jacht, die nach der Königin Luise genannte „Royal Louise". — [5]) Ancillon, früher Geistlicher, von 1831—37 Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, war damals Erzieher des Kronprinzen. — [6]) Feldmarschall Herzog von Wellington kam aus Spanien, wo er den Kampf gegen

um 9 Uhr, schlummerten alsdann etwas und fuhren um 2 Uhr nachts munter nach Dover, denn wir hatten 120 Meilen (englisch) bis hin. 1814.

Um 5 Uhr kamen wir den 26. an unter großen Freudenbezeugungen. Den 27. gingen wir zum Kaiser und Großfürsten, wo wir dejeunierten und Abschied nahmen. Es wurde viel über das schöne England gesprochen; ein jeder von uns verläßt es gewiß ungern. Um 11 Uhr embarkierten wir uns und verließen das himmlische Land.[7]) Ich war ordentlich traurig! Schreiben will ich nichts weiter von England, weil sich das alles viel besser erzählt. — Die Überfahrt nach Calais war sehr glücklich. Wir waren nur 2 Stunden unter Segel, dinierten aber auf dem Schiff, was uns lange aufhielt, ich nahm indes an demselben nicht teil, denn ich wurde krank. Leider. Alle übrigen Male war es gut gegangen, und das letztemal nicht. Die See ging ziemlich hoch. Das kleine Bot, auf welchem wir debarkierten, wurde tüchtig von den Kippwellen geschaukelt, und da [wurde ich] zum zweitenmal unwohl. Der Unterschied zwischen allem in England und Frankreich ist nicht zu glauben und zu beschreiben. Als wären es zwei verschiedene Weltteile; ich ziehe London Paris vor. England ist fast ein Garten. Alle Gemälde, die man sieht, sind nicht übertrieben. In den Parks laufen Pferde, Vieh, Hirsche, Kaninchen usw. alles durcheinander. Und der englische Rasen! Man sinkt immer ein, so weich. Nun nur still, ich bekomme sonst Heimweh nach England.

Den 28. kamen wir nach Amiens, und gestern im tiefen Inkognito hier an. Wir haben heute der Königlichen Familie[8]) im Frack unsere Aufwartung gemacht —.

Nun adieu. Zwischen dem 20. bis 27. sehen wir uns wieder. Auf ewig Dein treuer Bruder Wilhelm, Oberstwachtmeister.[9])

Hahahahaha!

Viele Empfehlungen an Herrn Menü und alle übrigen.

---

die Franzosen geführt hatte, nach England zurück. — [7]) Während der Kronprinz und Prinz Friedrich von Preußen direkt über Brüssel und den Haag reisten, ging der König mit dem Prinzen Wilhelm nach der Schweiz und Neuchatel, von wo er erst am 3. August nach Potsdam zurückkehrte. — [8]) Schon Anfang Mai waren die Bourbonen nach Frankreich zurückgekehrt und Ludwig XVIII. war als König von Frankreich anerkannt worden. — [9]) Am 30. Mai war der Prinz

10] An den Prinzen Karl von Preußen.

Paris,[1]) 2. August 1815 im Bett.

1815. 2. 8. Recht böse bin ich auf Euch alle, denn kein Mensch schreibt mir; wenn ich es auch nicht so viel getan habe, so wißt ihr den Grund — Fatiguen und aufgefangene Kuriere. Heute sind viele Briefe vom 24. angekommen; hattet Ihr damals meine Geschenke noch nicht? Jetzt schreib ich mit jedem Kurier, ohne von Euch auch nur eine Zeile seit langer Zeit zu haben.

Ich schreibe Dir aus meinem Bett, denn ich bin zur Veränderung wieder unwohl. Ich war vorgestern ausgegangen, hatte mich zu sehr angegriffen und bekam gestern einen Rückfall, der mich den ganzen [Tag] im Bette hielt, jetzt ist es 11 Uhr, gegen Mittag hoffe ich aufzustehen. Wegen morgen, den 3.,[2]) will mir Winkel[3]) keine tröstlichen Aussichten geben, er meint, ich würde nicht ausgehen können, überdem will Papa, glaube ich, nicht hier bleiben, sehr unangenehm für mich.

Neulich schrieb ich Dir von den abgeänderten Knöpfbeinkleidern; sie haben noch eine Veränderung erlitten, die neuen nämlich sollen die Farbe wie die der Gemeinen haben und wie die russischen besetzt sein, also ein Vorstoß in der Mitte, doch die Streifen nicht zu breit.

Brause[4]) kommt eben vom König, der einen Brief von Charlotte[5]) erhalten hat und [die] abermals klagt, daß ich nicht schreibe; ich sehe mich aber gerechtfertigt durch meinen 10 Seiten langen

---

zum Major befördert worden, am 30. März 1817 wurde er Oberst. Oberstleutnant, wofür im Verkehr lange die Anrede „Oberstwachtmeister" üblich war, ist der Prinz nicht gewesen; denn die Prinzen des Königlichen Hauses pflegen, seitdem Friedrich der Große als Kronprinz und Oberstleutnant 1730 den bekannten Fluchtversuch unternommen hatte, diese Stufe zu überspringen, so daß die durch das „Hahahahaha" als Scherz bezeichnete Unterschrift sich nur auf einen gelegentlichen Spaß beziehen wird.

Zu 10) [1]) Im Jahre 1815 war der Prinz mit dem Hauptquartier von Ligny über Sezanne und Lagny nach Paris marschiert und dort am 13. Juli eingetroffen. — [2]) 3. August Geburtstag König Friedrich Wilhelms III. von Preußen. — [3]) Der Arzt. — [4]) Oberst v. Brause war am 4. August 1814 zum Gouverneur des Prinzen ernannt. — [5]) Charlotte, älteste Schwester des Prinzen, geb. 13. Juli 1798, Gemahlin des auch hier genannten Großfürsten Nikolaus, späteren Kaisers von Rußland.

Brief vom 14. bis 17. und die Geschenke. Fritz ist auch etwas unwohl, er geht aber aus, ist jetzt zur Parole. Morgen früh versammelt sich das ganze Gardekorps auf dem Champs de Mars en parade zum Gebet. Schreibe mir doch, wie Ihr den morgenden Tag feiern werdet. 1815.

Die Großfürsten haben mir aufgetragen, Dir und allen recht viele Empfehlungen zu machen. Sie denken mit vielem Vergnügen noch immer an Berlin. Wir sehen [sie] alle Tage und sie werden mir immer lieber; ich mache jetzt zwischen keinem mehr einen Unterschied, denn Michael, den ich sonst wegen seines lustigen Humors vorzog, ist stiller geworden und dagegen Nicola munterer. Wir waren neulich mit Nicola (er fuhr Fritz und mich in seinem Kabriolett und machten rasenden Lärm beim Platzrufen) in einem Laden „Le petit Duterque", wo ganz charmante Sachen zu haben sind, fast alles englisch. Ich habe manches gekauft. Die Großfürsten kaufen sehr viel; Nicola hat schon für 50 000 Franks gekauft; er hat aber auch zu dieser Kampagne extra 60 000 Franks geschenkt bekommen, außer seinen gewöhnlichen 120 000 Franks. So viel kann ich [nicht] daranwenden. Nun lebe wohl. Viele Empfehlungen an Herrn Menü und die Lehrer. Dein treuer Bruder Wilhelm.

11]

Glaubensbekenntnis

abgelegt

vor der Einsegnung

in der Königl. Schloßkapelle zu Charlottenburg

am 8. Juni 1815.

Ich lege hier ein Bekenntnis[1]) meiner Überzeugungen von den erhabensten Wahrheiten, die die Vernunft fassen kann, ab. Ich tue dies in dem Gefühl, daß Gott mich in diesem Augenblicke sieht, und in der Zuversicht, daß er mich stärken werde, diesen Überzeugungen treu zu bleiben. 1815. 8. 6.

Zu 11) [1]) Glaubensbekenntnis und Lebensgrundsätze (S. 40 ff.) sind vom Königlichen Hofprediger Friedrich Ehrenberg 1816 veröffentlicht. Beide sind, wie dieser versichert, vom Prinzen selbst aufgesetzt.

1815. Es ist die Religion Jesu Christi, der ich, so wie ich sie in unsern heiligen Schriften finde, meine Zustimmung gebe, und in der ich allezeit Licht für meinen Verstand, Kraft zur Erfüllung aller meiner Pflichten und zum Wachstum im Guten, Trost für mein Herz in allen Unfällen des Lebens suchen will.

Zuvörderst bekenne ich mich zu denjenigen Wahrheiten, die aller Religion zugrunde liegen, zu deren Erkenntnis schon eine erleuchtete Vernunft durch sich selbst gelangen kann, die uns indes durch die Lehre Jesu bestätigt und mehr aufgehellt worden sind.

Es ist ein höchstes Wesen.

Der Mensch ist bestimmt, der höchsten Vollkommenheit nachzustreben.

Der Geist des Menschen ist unsterblich und soll einst in ein höheres Leben, in ein Leben der Vergeltung und Vollendung übergehen.

Ich glaube an ein höchstes Wesen, das, ewig unveränderlich, allgegenwärtig, allmächtig, heilig, gütig, gerecht, allwissend und weise, die sichtbare und unsichtbare Welt aus nichts erschaffen hat, durch welches alle Dinge bestehen und fortdauern, und nach dessen oft unerforschlichem, aber immer gnädigem Willen alles geschieht, was auf Erden sich zuträgt, von dem auch ich in Ansehung meines ganzen Lebens und aller meiner Schicksale mich abhängig erkenne und mit Freuden abhängig fühle. Gott sendet das Angenehme und das Widerwärtige in meinem Leben — beides mir zum Glücke; sein bin ich im Leben und im Sterben. Auch im höchsten Stande muß ich mich beugen vor dem Herrn der Welt.

Von dem Dasein eines solchen Wesens bedarf es für mich keines Beweises; die Welt in ihrer Größe, in ihrer bewundernswürdigen Einrichtung, in ihren zweckmäßigen Verknüpfungen, in ihrer Pracht und Schönheit, wie die Mannigfaltigkeit der Wesen, die sie bewohnen, zeugt von ihm allenthalben; und auch mein Herz zeugt von ihm. Mein Herz hat eine Sehnsucht nach Gott; in meinem Herzen sind Wünsche und Bedürfnisse, die allein

Gott befriedigen kann. Gedanken meines Herzens weisen auf Gott hin, und in den edelsten Gefühlen desselben gibt Gott sich mir zu erkennen. Um an Gott zweifeln zu können, müßte ich mein Auge dem, was um mich her ist, verschließen, und das beste in mir zerstört haben: und dann wäre ich ein höchst unglückliches Wesen; denn für ein denkendes und fühlendes Wesen gibt es nichts Schrecklicheres, als ohne Gott in der Welt zu leben. 1815.

Ich darf nur einen Blick auf meine Natur werfen, um meine große Bestimmung wahrzunehmen. Ich bin nämlich nicht bloß ein körperliches, sondern auch ein geistiges Wesen. Meinem Geiste hat Gott die edelsten Anlagen verliehen. Mein Geist besitzt die Fähigkeit, die erhabensten Gedanken zu denken, von allem Großen, Schönen und Guten innig berührt zu werden, und nach den würdigsten und herrlichsten Dingen zu streben. Durch diese Anlagen erhebt sich der Mensch weit über alle andere Geschöpfe der Erde. Sie können ihm zu keinem andern Zwecke mitgeteilt sein, als daß er sie ausbilde, und sich dadurch immer mehr der höchsten Vollkommenheit nähere. Dies erkenne ich für meine Bestimmung. Unaufhörlich soll ich an der Entwickelung und Erhöhung meines menschlichen Wesens arbeiten, und nur dann mache ich einen würdigen Gebrauch von meiner Lebenszeit, wenn ich sie hierzu anwende.

Die Vernunft ist die vornehmste dieser Anlagen; sie ist das Gottähnliche meines Geistes. Durch sie gelange ich zur Erkenntnis der Wahrheit, durch sie aber auch bin ich imstande, Tugend zu üben. In ihr hat mir Gott ein Gesetz gegeben, wonach ich meine Handlungen einrichten und meine Neigungen bilden soll. Dieses Gesetz immer vor Augen zu haben und es zu befolgen, ist meine heiligste Pflicht. In der Übereinstimmung meiner Gesinnungen und Taten mit demselben besteht meine Tugend. Je eifriger ich nach Wahrheit strebe und mich in der Tugend vervollkommne, desto mehr werde ich Gott ähnlich. Wahrheit und Tugend erkenne ich daher für das Wichtigste meiner Bestimmung, und von beiden ist die Tugend das Vornehmste. Die Tugend allein gibt dem Menschen wahren und unvergänglichen Wert und führt ihn zur Seligkeit des Himmels. Meine

1815. Tugend kann aber nur dann eine reine, feste und freudige sein, wenn sie von echter Frömmigkeit, d. h. vom Glauben an Gott, von Ehrfurcht vor Gott und von Liebe zu Gott, beseelt ist.

Ich glaube ferner an die Unsterblichkeit meines Geistes. Mein Geist ist ein vom Körper verschiedenes Wesen, ein Wesen höherer Art und Abkunft, ein Gott ähnliches Wesen und kann daher nicht mit dem Körper zerstört werden. Wäre der Geist nicht unsterblich, so müßte hier auf Erden schon jeder glückselig sein. Aber hier auf Erden ist keiner glückselig; jeder hat seinen Anteil an ihren Beschwerden und Leiden, es gibt sogar Menschen, die ihr ganzes Leben in großen Mühseligkeiten und heftigen Schmerzen zubringen, für die das Leben fast nichts als Elend hat. Dies können wir mit der Güte Gottes nicht anders vereinigen, als durch die Annahme eines künftigen Lebens, für welches die Schmerzen der Erde erduldet werden, und das uns einst für dieselben Ersatz gibt.

Ich sehe überdies, daß es auf Erden dem Guten oft übler ergeht als dem Bösen. Über den Freund Gottes und der Tugend werden schwere Leiden verhängt, während die Verächter Gottes und der Tugend sich häufig eines glänzenden Glückes zu erfreuen haben. Dies würde mit der Gerechtigkeit Gottes durchaus unverträglich sein, wenn uns nicht ein andres Leben bevorstünde, wo einem jeden das verdiente Schicksal zuteil wird.

Ich fühle mehr als ein Verlangen nach den besten und edelsten Dingen in meinem Herzen, das mein Schöpfer selbst in mich gelegt hat, und welches die Erde nicht befriedigen kann. Hier auf Erden wird die vollkommene Erkenntnis der Wahrheit, die reine Tugend und der ungestörte Friede nicht angetroffen, wonach mein Herz sich ohne Aufhören sehnen muß.

Die Anlagen, die Gott mir mitgeteilt hat, sind einer unendlichen Entwickelung fähig. Bei dem höchsten Alter und unter den glücklichsten Umständen könnte ich sie hier auf Erden doch nur bis zu einem sehr niedrigen Grade ausbilden. Nicht umsonst aber kann sie mir Gott verliehen haben, es muß ein anderes Leben sein, in dem ich die hier begonnene Entwickelung meiner Anlagen fortsetzen werde.

Hier finde ich überall Rätsel und Unbegreiflichkeiten. Mir begegnen überall Erscheinungen und Begebenheiten, die ich mit der Weisheit, Güte und Heiligkeit Gottes nicht in Übereinstimmung zu bringen weiß. Aufschlüsse hierüber kann ich nur von einem andern Leben erwarten. 1815.

Ich bekenne mich zweitens zu den Belehrungen, die wir außerordentlichen göttlichen Offenbarungen zu verdanken haben. Auch durch die Vernunft offenbaret sich uns Gott; aber er hat sich uns noch näher auf eine außerordentliche Art durch Personen geoffenbaret, die wir als seine Gesandten verehren. Ich nehme an, daß sich uns Gott durch Jesum und seine Apostel zuletzt und am vollkommensten geoffenbaret habe. Jesus erklärt sich für einen Gesandten Gottes; er behauptet, Gott selbst rede durch ihn. Daß sich das wirklich so verhalte, davon überzeugt mich die Beschaffenheit dessen, was er lehrte; so hatte noch nie ein Mensch über göttliche Dinge geredet, so würdig, so einfach, so klar und einleuchtend. Ich kann die Lehre Jesu nicht betrachten, ohne von Ehrfurcht gegen sie durchdrungen zu werden, und je sorgfältiger ich sie in Erwägung ziehe, desto lebhafter fühle ich, daß hier göttliche Wahrheit ist. Eine menschliche Lehre könnte auch die Wirkungen nicht hervorbringen, welche die Lehre Jesu in allen Gemütern hervorbringt, die sie auf sich wirken lassen.

Ebensosehr überzeugen mich von der Göttlichkeit der Lehre Jesu die Tatsachen, die diese begleiteten; er sagte nämlich zufällige künftige Dinge vorher, die auch wirklich genau eintrafen, und er verrichtete Wunder, welches beides er nicht ohne außerordentliche Kräfte, die ihm von Gott zu diesem Zwecke verliehen sein mußten, konnte. Überdies haben die Begebenheiten, die sich mit Jesu zutrugen, das Eigene, daß sie seine wichtigsten Belehrungen sinnbildlich darstellen, was nur durch eine absichtsvolle Anordnung Gottes möglich war.

Seinen Aposteln hatte er den Geist der Wahrheit versprochen, welchen sie auch am ersten Pfingsttage empfingen; wir sind daher berechtigt, auch ihre Lehre als eine göttliche zu betrachten.

1815. Die Belehrungen, die wir Jesu und seinen Aposteln zu verdanken haben, sind Fortsetzungen von früheren göttlichen Offenbarungen, die wir in den Schriften des Alten Bundes finden.

Durch die göttlichen Offenbarungen und durch die Lehre Jesu insbesondere sind mir nun zuvörderst jene Wahrheiten, welche die Vernunft durch sich selbst erkennen kann, teils bestätigt und teils mehr entwickelt worden.

Durch das Evangelium erkenne ich Gott als den weisen und gütigen Vater der Menschen, der mich väterlich liebt, der mich väterlich leitet und mir zur Erreichung meiner Bestimmung auf alle Weise behilflich ist, der seine väterliche Güte durch unzählbare rührende Wohltaten an mir verherrlicht, von dem ich getrost alles erwarten kann, was zu meinem zeitlichen und ewigen Wohl erfordert wird, dem ich daher auch kindliche Ehrfurcht, kindliche Liebe und kindlichen Gehorsam schuldig bin.

Für alles, auch für das Kleinste, sorgt Gott väterlich, nach der Lehre Jesu; kein Sperling fällt vom Dache und kein Haar von unserm Haupte ohne den Willen des Vaters. Alles, was mir begegnet, begegnet mir nach seinem Willen, und mit ruhigem Herzen kann ich ihm die Leitung meiner Schicksale überlassen. Alles Gute, was ich besitze, kommt aus der väterlichen Hand meines Gottes; darum will ich es mit einem demütigen und dankbaren Herzen annehmen und genießen. Aber auch alle Leiden, die mich treffen, sind väterliche Schickungen, die nichts als mein Bestes beabsichtigen, sie sollen mich zu höheren Freuden geschickt machen; darum will ich sie geduldig und gottergeben ertragen und dafür sorgen, daß sie mir einen reichen Gewinn bringen.

Über meine Bestimmung gibt mir die Lehre Jesu die nähere Erläuterung, daß ich durch Weisheit und Tugend für den Himmel gebildet werden soll. Sie fordert von mir, mit Verleugnung der Welt und meiner selbst, zu trachten nach dem ewigen Leben, mir die Güter zu erwerben, in deren unvergänglichem Besitze ich dort selig sein werde. Reinheit des Herzens und Liebe, auf echte Frömmigkeit gegründet, sind das Wesen der christlichen Tugend. Das Evangelium lehrt mich, Gott im Geist und in der Wahrheit

anbeten, aus meinem Herzen alle sträflichen Gedanken und Be- 1815.
gierden entfernen, alle meine Absichten läutern, daß sie Gott wohlgefällig sein können, in allen Menschen, mögen sie in Rücksicht ihres Standes noch so weit unter mir stehen, meine Brüder erkennen und sie mit herzlichem Wohlwollen umfassen, gegen niemand Haß hegen, jedem, wo ich kann, Gutes erweisen, selbst meine Feinde gerecht und gütig behandeln, denen wohl tun, die segnen, die mich hassen und verfolgen, mäßig, keusch, sanftmütig und demütig sein und in frommer Gelassenheit alles Ungemach des Lebens ertragen.

In Ansehung des Zukünftigen verheißt mir das Evangelium eine Wiederherstellung meines Körpers, bei welcher alle Mängel, die demselben in seinem gegenwärtigen Zustande ankleben, hinwegfallen; es verkündigt mir ein gerechtes Gericht, welches Gott über alle Menschen halten wird. Den beharrlich Bösen erwarten dort die verdienten Strafen; sein Zustand wird ein äußerst unglückseliger sein. Dem Frommen aber sollen die herrlichsten Belohnungen zuteil werden; frei von Sünde und Schmerz, soll er zu immer höhern Stufen der Erkenntnis und der sittlichen Vortrefflichkeit gelangen, mit großen Kräften in einem weiten Kreise wirken, mit Gott, mit Jesus, mit den edelsten Wesen der Schöpfung und auch mit seinen vollendeten Freunden in eine selige Verbindung treten.

Das Evangelium enthält auch Belehrungen, die ihm eigentümlich sind. Jeder Blick auf die menschliche Natur überzeugt mich, daß in ihr eine gewisse Verdorbenheit herrscht. Es finden sich in ihr böse Neigungen, welche böse Handlungen hervorbringen; alle übertreten Gottes Gesetz, und auch die Besten fehlen mannigfaltig. Das Evangelium macht mich mit Anstalten bekannt, die Gott getroffen hat, die Menschen von ihrem Verderben zu befreien und sie zu einem ihm wohlgefälligen Sinn und Leben zu bilden. Die Sendung Jesu ist die wundervollste und segensreichste dieser Anstalten. In Jesu erkenne ich den Sohn Gottes, d. h. ein Wesen, in dem göttliche Weisheit, göttliche Kraft und göttliche Liebe

1815. wohnte, von dem also gesagt werden konnte: die Fülle der Gottheit sei in ihm, er sei der Glanz der Herrlichkeit Gottes und das Ebenbild seines Wesens. Er selbst sagt von sich: Wer mich siehet, der siehet den Vater.

Ich glaube, daß seine Lehre den vollkommensten Unterricht über Gott und göttliche Dinge, die vollkommenste Anweisung zur Verehrung Gottes und zur wahren Tugend und die kräftigsten Antriebe zur Ausübung alles Guten enthält, daß ich also durch die Befolgung derselben zu meinem höchsten Heile gelangen kann. Ich glaube, daß uns Jesus das vollkommenste Beispiel der Tugend gegeben, daß er von der Sünde frei geblieben ist und alle die edeln Eigenschaften, welche er von seinen Verehrern verlangt, in sich vereinigt hat. Ich bewundere ihn und verehre ihn als den Vortrefflichsten unter den Menschen und will mich unablässig bestreben, ihm ähnlich zu werden. Allezeit soll das erhabene Muster mir vor Augen schweben, daß es mich stärke im Kampfe mit den Versuchungen des Lebens, meiner Pflicht getreu zu bleiben.

Ich glaube, daß sein freiwilliger Tod nicht bloß seine Lehre bestätigt hat, sondern mir auch Vergebung meiner Sünden zusichert, wenn ich dieselben aufrichtig bereue und mich ernstlich bemühe, von denselben frei zu werden. Ich finde in diesem Tod zugleich ein Beispiel, wie ich des Lebens Leiden sanft und geduldig ertragen und einst Gott ergeben, mit einem versöhnten Herzen und freudiger Zuversicht das Leben verlassen soll. Ich erkenne seinen Tod für eine Wohltat von unschätzbarem Werte; ich bin ihm dafür die innigste Dankbarkeit schuldig, die ich ihm allein dadurch beweisen kann, daß ich nach seiner Lehre lebe.

Ich glaube, daß Jesus von den Toten auferstanden ist; dies befremdet mich bei ihm nicht, da ich so viel Außerordentliches an ihm wahrnehme und sein Leben eine so große Bestimmung hatte. Ich glaube an seine Wiederbelebung auf das Zeugnis seiner Jünger, die dieselbe unter Druck, Verfolgung und den härtesten Mißhandlungen bis an ihren Tod behauptet haben und wohl davon unterrichtet sein konnten, ob Jesus wirklich gestorben und wieder ins Leben zurückgekehrt sei.

Ich glaube, daß Jesus, nachdem er sein Werk auf Erden vollführt hatte, sich zur höchsten Herrlichkeit des Himmels erhoben hat; er sitzet zur rechten Hand Gottes. In diesem seinem jetzigen herrlichen Zustande wirkt er unablässig auf diejenigen, die sich seiner Lehre unterwerfen; den Seinigen hat er verheißen, bei ihnen zu sein bis an der Welt Ende. 1815.

Es war der Zweck Jesu, eine Gesellschaft zu stiften, die, im Glauben und in der Liebe vereint, ihm und Gott geweihet, die Heiligung der Seele zu ihrer vornehmsten Angelegenheit machte. Sie ist das Reich Gottes, welches im Himmel vollendet werden soll und deswegen auch das Himmelreich genannt wird.

Zu diesem Zweck haben ihm seine Jünger eine Kirche gesammelt, zu welcher alle gehören, die sich auf dem Erdboden für Jesum bekennen.

Durch die Taufe werden wir, nach der Anordnung Jesu, in die christliche Kirche aufgenommen. Wir bekennen uns bei derselben zur Religion Jesu Christi und verpflichten uns, ihren Glauben zu bewahren, ihre Gesinnungen anzunehmen und immer mehr auszubilden, wofür uns dann die erhabenen und seligen Verheißungen des Evangeliums zuteil werden. Da nun aber bei Kindern noch nicht die volle Bedeutung der Taufe eintreten kann, so ist zur Bestätigung des Taufgelübdes die Konfirmation angeordnet. Gleichwohl erkenne ich die Taufe der Kinder für eine sehr ehrwürdige und bedeutungsvolle Handlung. Das Besprengen mit Wasser ist ein Sinnbild von der Reinigung der Seele, welche Verehrer Jesu Christi für ihre vornehmste Angelegenheit halten müssen.

Jesus stiftete das heilige Abendmahl zu seinem Gedächtnis. Wir sollen dabei zunächst des Todes gedenken, den er für uns am Kreuze starb, und uns dadurch zur innigen Dankbarkeit gegen ihn erwecken. Aber auch seiner Belehrungen und des erhabenen Beispiels, das er uns gegeben hat, sollen wir gedenken, und uns dadurch stärken, sein Wort zu halten und ihm in frommer Verehrung nachzuahmen.

Jesus stiftete das Abendmahl zugleich zu einem Mahle des Bekenntnisses und des feierlichen Gelübdes, zu einem Mahle der

1815. Liebe ordnete er es an, daß wir durch den gemeinschaftlichen Genuß und durch das Andenken an den gemeinschaftlichen Erlöser in brüderlichem Wohlwollen miteinander vereinigt würden und immer besser befolgen möchten das Gebot des Herrn: Liebet euch untereinander, gleichwie ich euch geliebt habe.

Ich will oft an dem Abendmahl des Herrn teilnehmen, innig und andachtsvoll, aus Achtung und Dankbarkeit gegen Jesum, der es zu seinem Gedächtnis gestiftet hat. Ich freue mich, dadurch meine Ehrfurcht und Liebe gegen ihn öffentlich an den Tag legen zu können. Ich weiß, daß ich auch um meiner selbst willen das nicht versäumen darf; denn das Abendmahl Jesu ist ein überaus wirksames Mittel, mich im Glauben an ihn zu stärken, alles Gute bei mir zu befestigen und zu beleben, mich in der Tugend weiter zu bringen und sowohl bei den Leiden des Lebens, als bei den Vorwürfen des Gewissens mein Herz zu beruhigen. Ich will aber auch darauf denken, daß ich es mit einem demütigen und reuevollen Sinne und mit einem versöhnten Herzen genieße; ich will mich jedesmal sorgfältig, durch Nachdenken über Jesum und meine Bestimmung, durch Erforschung meines Herzens und Lebens und durch Entfernung alles Unwürdigen aus meinem Gemüte darauf vorbereiten, und will bei der Handlung selbst alle meine Gedanken auf den Sinn und Zweck derselben richten.

Endlich belehrt mich das Evangelium noch von einer besondern Hilfe zum Guten, die mir Gott durch seinen heiligen Geist angedeihen läßt; durch diesen seinen Geist nämlich gibt er mir mancherlei Erweckungen und Antriebe zum Guten, unterstützt und bekräftigt er die Vorsätze, die ich gefaßt habe, und hilft mir, dieselben im Kampfe mit den widerstrebenden Neigungen meines Herzens und den zahlreichen Versuchungen der Welt glücklich ausführen.

Zwei Hauptforderungen richtet Jesus an diejenigen, welche an seinen Wohltaten teilhaben wollen. Die erste ist, daß man ihm und seinem Evangelium einen lebendigen Glauben schenke. Der lebendige Glaube an Jesum ist die Grundlage des wahren Christentums und die Seele der christlichen Tugend, darum sind an ihn große Verheißungen geknüpft. An diesem Glauben hat

das Herz ebensoviel Anteil als der Verstand. Man erkennt und empfindet die höhere Würde Jesu, man hält ihn für seinen Erlöser, seine Lehre für göttliche Wahrheit, man verehrt ihn, liebt ihn und bemüht sich, nach seinen Vorschriften zu handeln. Diesen Glauben besitze ich; ich freue mich seiner als des köstlichsten Gutes meines Lebens. Ihm verdanke ich mein Glück in Zeit und Ewigkeit. Ich fühle seinen hohen Wert, ich preise Gott, daß er ihn mir hat lassen zuteil werden, ich bin fest entschlossen, ihn treu zu bewahren. Ich will dahin arbeiten, daß er mir immer mehr eigen werde, daß er immer mehr mein Herz für das Gute erwärme und in meinen Handlungen sich zeige. In diesem Glauben will auch ich meinem Erlöser Verehrung, Liebe und Gehorsam beweisen. 1815.

Die andere Hauptforderung des Evangeliums ist Besserung des Herzens und Lebens. Diese beginnt in der Sinnesänderung und wird in der Heiligung fortgesetzt. Zur Sinnesänderung gehört, daß man seine Fehler erkenne und von Herzen bereue, sie demütig vor Gott bekenne, ihn um Gnade und Vergebung bitte und den festen Entschluß fasse, sich in Zukunft vor ihnen zu hüten. Die Heiligung besteht in den Bemühungen, wodurch wir von dem uns noch anklebenden Bösen immer mehr frei und im Guten immer mehr gebildet werden.

Ich habe mein Herz erforscht, ich erkenne meine Fehler; ich fühle aufrichtige Reue über dieselben, es ist mein ernstlicher Vorsatz, mich immer mehr von denselben loszumachen und unablässig an meiner Veredlung zu arbeiten; ich hoffe zu Gott, er werde die Bemühungen segnen, die ich zur Verbesserung meines Herzens und Lebens anwende.

So werde ich meiner Bestimmung immer näher kommen. Oh, wohl mir dann! Ich werde ein gutes Gewissen haben, mit dem ich stets mich zu Gott freudig erheben kann; ich werde den Beifall Gottes besitzen und von ihm alles getrost erwarten. Andere Menschen werden meiner sich freuen und einst mein Andenken segnen. Vorzüglich aber werden diejenigen meiner sich freuen, mit denen ich durch die heiligsten Bande der Natur verbunden bin. Viel Gutes wird mir von der väterlichen Huld meines

1815. Gottes zuteil werden, und ich werde jedes Gute mit einem frohen und dankbaren Herzen genießen. Die Übel der Zeit, durch die mich Gott vielleicht prüfen wird, werde ich mit Ergebung und Gelassenheit tragen, die Versuchungen zum Bösen glücklich überwinden; den Tod darf ich nicht fürchten, ja ich kann ihm heiter und mutvoll entgegengehen.

Ich flehe zu Gott, daß er meine Seele in der Wahrheit befestige, mich immer mehr mit ihrem Lichte erleuchte und mit ihrer Kraft erfülle und mich in den ihm wohlgefälligen Gesinnungen bis in meinen Tod erhalte. Heute fühle ich recht lebhaft und mit innigem Danke gegen Gott das erhabene Glück, ein Christ zu sein. Gott wird mir helfen, als Christ zu leben und zu sterben.

12] Lebensgrundsätze.

1815. 1. Ich erkenne es mit dankbarem Herzen für eine große Wohltat, daß mich Gott in einem hohen Stande hat lassen geboren werden, weil ich in demselben mehr Mittel, meinen Geist und mein Herz zu bilden, ein reiches Vermögen, außer mir Gutes zu stiften, besitze. Ich freue mich dieses Standes — nicht um der Auszeichnung willen, die er mir unter den Menschen verleiht, auch nicht um der Genüsse willen, die sich mir in demselben darbieten, sondern um deswillen, daß ich in demselben mehr wirken und leisten kann. Ich freue mich meines Standes in Demut und bin weit entfernt zu glauben, Gott habe mir hier einen Vorzug vor andern geben wollen, auch weit entfernt, mich meines höhern Standes wegen für besser zu halten. Mein fürstlicher Stand soll mich immer an die größern Verpflichtungen, die er mir auflegt, an die größern Anstrengungen, die er von mir fordert, und an die größern Versuchungen, mit denen ich zu kämpfen habe, erinnern.

2. Ich will nie vergessen, daß der Fürst doch auch Mensch — vor Gott nur Mensch ist und mit dem Geringsten im Volke die Abkunft, die Schwachheit der menschlichen Natur und alle Be-

Zu 12) Vgl. Nr. 11.

dürfnisse derselben gemein hat, daß die Gesetze, welche für andre 1815.
gelten, auch ihm vorgeschrieben sind, und daß er, wie die andern, einst über sein Verhalten wird gerichtet werden.

3. Mir soll alles heilig sein, was dem Menschen heilig sein muß.

4. Ich will dem Glauben der Christen, für den ich mich in diesen Tagen bekenne, immer getreu bleiben, ihn jederzeit in Ehren halten und mein Herz immer mehr für ihn zu erwärmen suchen.

5. Dem höchsten Wesen bin ich die tiefste Ehrfurcht schuldig. Ich will sie in meinem Herzen bewahren, in meinen Worten und Werken blicken lassen. Mein Fürstenstand soll mich nicht verhindern, demütig zu sein vor meinem Gott.

6. Bei allem Guten, welches mir zuteil wird, will ich dankbar auf Gott blicken, und bei allen Übeln, die mich treffen, will ich mich Gott unterwerfen, fest überzeugt, daß er überall mein Bestes beabsichtige.

7. Auf Gott will ich unerschütterlich vertrauen, ihm alles anheimstellen und mir im Glauben an seine Vorsehung einen getrosten Mut zu erhalten suchen.

8. Meines Gottes will ich überall gedenken, an ihn will ich in allen Angelegenheiten mich wenden, und es soll mir eine süße Pflicht sein, im Gebete mit ihm meine Seele zu vereinigen. Ich weiß, daß ich ohne ihn nichts bin und nichts vermag.

9. Ich will mich vor allem hüten, wodurch ich mich als Mensch erniedrigen würde; als Fürst würde ich mich dadurch noch weit mehr erniedrigen. Vorzüglich will ich die Sünden der Unmäßigkeit und Wollust, welche die tiefste Erniedrigung der menschlichen Natur sind, vermeiden. Nie aber will ich glauben, mich durch eine edle Handlung zu erniedrigen.

10. Ich will an meiner Geistes- und Herzensbildung unablässig arbeiten, damit ich als Mensch und als Fürst einen immer höhern Wert erlange.

11. Ich weiß, was ich als Mensch und als Fürst der wahren Ehre schuldig bin. Nie will ich in Dingen meine Ehre suchen, in denen nur der Wahn sie finden kann.

1815. 12. Vor Geiz und Verschwendung will ich mit gleicher Sorgfalt mich hüten.

13. Die Vergnügungen des Lebens will ich in Unschuld genießen und mich durch den Genuß derselben stärken zu des Lebens Pflichten, nie aber diesen Genuß mir zu einer wichtigen Angelegenheit machen oder als ein fürstliches Vorrecht ansehen.

14. Ich will mich bemühen, immer heitern Geistes zu sein und alles, was die Seele verdüstern könnte, von mir zu entfernen.

15. Meine Kräfte gehören der Welt, dem Vaterlande. Ich will daher unablässig in dem mir angewiesenen Kreise tätig sein, meine Zeit auf das beste anwenden und so viel Gutes stiften, als in meinem Vermögen steht.

16. Ich will ein aufrichtiges und herzliches Wohlwollen gegen alle Menschen, auch gegen die Geringsten — denn sie sind alle meine Brüder — bei mir erhalten und beleben.

17. Mein Herz soll frei bleiben von Neid, Haß und Erbitterung.

18. Ich will keinem Menschen Unrecht tun, keinem hart sein, keinen kränken oder demütigen und wo ich darin fehlen sollte, es eingestehen und auf alle Weise wieder gut zu machen suchen.

19. Ich will mich meiner fürstlichen Würde gegen niemand überheben, niemand durch mein fürstliches Ansehen drücken und, wo ich von andern etwas fordern muß, mich dabei herablassend und freundlich zeigen und ihnen die Erfüllung ihrer Pflicht, soviel ich kann, zu erleichtern suchen.

20. Überhaupt will ich mich bemühen, durch Gefälligkeit, Dienstfertigkeit und Freundlichkeit alle Herzen zu gewinnen. Ich achte es viel höher, geliebt zu sein, als gefürchtet zu werden oder bloß ein fürstliches Ansehen zu haben.

21. Nie will ich mich an denen rächen, die mich beleidigen, sondern ihnen von Herzen vergeben, auch nie meinen Einfluß benutzen, jemand[em] zu schaden.

22. Doch will ich, meiner Pflicht gemäß, alles aufbieten, daß das Werk der Heuchelei und Bosheit zerstört, das Schlechte und Schändliche der Verachtung preisgegeben und das Verbrechen zur

verdienten Strafe gezogen werde; davon darf mich kein Mit- 1815.
leiden zurückhalten. Aber ich will wohl zusehen, daß ich nicht den Unschuldigen verurteile, es soll mir vielmehr ein teures Geschäft sein, die Unschuld zu verteidigen.

23. Jeder, der in meine Nähe kommt, soll von mir Gutes empfangen, jedem will ich das Erfreuliche erweisen, was ich ihm zu erweisen imstande bin.

24. Ich will das Verdienst aufmuntern und belohnen — und besonders das bescheidene und verborgene an das Licht ziehen.

25. Gegen die Bedürftigen will ich wohltätig sein in dem reichen Maße, worin Gott mir gewährt hat; ich will mich darin von keinem, der weniger besitzt, übertreffen lassen.

26. Den Unglücklichen, die meinen Beistand suchen oder von denen ich sonst erfahre, vornehmlich Witwen, Waisen, Bejahrten, Männern, die dem Staate treu gedient und ihren in Armut Zurückgelassenen will ich Helfer und Fürsprecher sein, wie ich es vermag.

27. Nie will ich des Guten vergessen, das mir von Menschen ist erwiesen worden. Mein ganzes Leben sollen mir die wert bleiben, die sich um mich verdient gemacht haben.

28. Für den König, meinen Vater, hege ich eine ehrfurchtsvolle und zärtliche Liebe. Ihm zur Freude zu leben, will ich mich auf das angelegentlichste bemühen. Seinen Befehlen leiste ich den pünktlichsten Gehorsam. Den Gesetzen und der Verfassung des Staates unterwerfe ich mich in allen Stücken.

29. Die Tugenden der Königin, meiner vollendeten Mutter, sollen mir unvergeßlich sein, und das Andenken der Verklärten soll bei mir stets in einem gerührten und dankbaren Herzen wohnen.

30. Meinen Geschwistern gelobe ich zärtliche Liebe und allen Mitgliedern der Familie, welcher ich angehöre, eine treue Ergebenheit.

31. Den Pflichten des Dienstes will ich mit großer Pünktlichkeit nachkommen und meine Untergebenen zwar mit Ernst zu

1815. ihrer Schuldigkeit anhalten, aber ihnen auch mit freundlicher Güte begegnen.

32. Ich will unablässig an der Verbesserung meines Herzens und Lebens arbeiten.

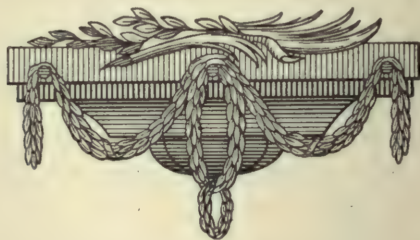
33. Jeden Tag will ich mit dem Andenken an Gott und meine Pflichten beginnen und jeden Abend mich über die Anwendung des verflossenen Tages sorgfältig prüfen.

34. Ich will mit großer Vorsicht auf mich selbst achten, daß ich nicht fehle.

35. Ich will mich in keine Verbindung einlassen, die ich nicht für eine unschuldige und würdige erkannt habe.

36. Verderbte Menschen und Schmeichler will ich entschlossen von mir weisen. Die Besten, die Geradesten, die Aufrichtigsten sollen mir die liebsten sein. Die will ich für meine wahren Freunde halten, die mir die Wahrheit sagen, wo sie mir mißfallen könnte.

37. Jeder Versuchung zum Bösen will ich kräftigen Widerstand leisten und Gott bitten, daß er mich stärke.





2. Unter König Friedrich Wilhelm III.

1815—1840.

Eine Sturm- und Drangperiode hat der Prinz nicht durchgemacht. Das lag nicht in seinem Charakter, der von Natur mit dem Vorzug der Einfachheit und Klarheit ausgestattet war. Aber zwei Umstände haben bestimmenden Einfluß auf seine Entwicklung ausgeübt.

Es ist einmal die Nötigung, der tiefen und reinen Liebe zu entsagen, die er mit der ganzen Kraft und aller Zartheit seines Herzens zur Prinzessin Elise Radziwill gefaßt hatte, und die von ihr mit der ganzen Innigkeit des deutschen Mädchens erwidert wurde. Hier brauchen wir nicht auf die Gründe einzugehen, die die Ehe unmöglich machten, brauchen nicht zu untersuchen, ob sie für ebenbürtig — was sie nicht war — erklärt werden konnte oder ob ungekannte Gründe hindernd dazwischen traten. Das Entscheidende für die Charakterentwicklung des Prinzen lag in der Art, wie sie behandelt wurde, indem man ihn sechs Jahre hinhielt, ihn bald die sichere Erfüllung seiner Hoffnungen in kürzester Zeit mit Sicherheit erwarten ließ, bald ihn mit Bedenken quälte, und wenn diese beseitigt schienen, andere und wieder andere Bedenken vorbrachte, bis man ihm endlich, als er dessen am wenigsten gewärtig war, die endgültige Entsagung aufnötigte. Von diesen Kämpfen gibt der Prinz seinem vertrauten Freunde Oldwig v. Natzmer, der bei des Prinzen Eintritt in die Armee die Leibkompagnie des Garde-Regiments zu Fuß kommandierte und in den Befreiungskriegen ihm als Berater zur Seite gestanden hatte, offene Kunde. (Vgl. Nr. 14, 18 bis 23, 27, 29, 33). Nicht alle Phasen des Kampfes, der seine Seele bis in die Tiefen erschütterte, hat er Natzmer dargelegt, doch aber die wichtigsten, und ohne Zweifel gehören diese Briefe sowohl nach dem Sinn, mit dem sie geschrieben, als auch nach ihrer Fassung, selbst da, wo etwa die Leidenschaft den Prinzen zu einem nicht ganz klaren Ausdruck hinreißt, zu den schönsten Denkmälern unserer Literatur. Das Bezeichnende bleibt aber der freudige Gehorsam, den der Prinz,

obwohl er innerlich gebrochen ist, dem Vater leistet (vgl. Nr. 32); und bleibt die Tatsache, daß er, und zwar lebendig, fühlt, wie arg ihm in dieser Angelegenheit mitgespielt ist, wie Intriguen und Kabalen in ihr obgewaltet haben, daß er trotzdem keinen Groll, keine Verbitterung in seinem Herzen gegen die Widersacher aufkommen läßt. Es sind ihm vielmehr die Beschlüsse Gottes, denen er sich einfach und gläubig unterwirft, und es ist die Erkenntnis, die sein ganzes Leben durchzieht, die er schon jetzt ausspricht: Gott ist es, der sich der Menschen als seiner Werkzeuge bedient, durch die er nach seinem Willen unsere Schicksale lenkt.

Das zweite Moment, das auf die Entwicklung des Prinzen wesentlich eingewirkt hat, ist die frühzeitige und eindringende Ausbildung als Soldat. Diese ungewöhnlich gründliche Ausbildung in einem Fach führte den Prinzen keineswegs zur Einseitigkeit, sondern gerade sie war es, die ihn lehrte, auch über andere Fächer nicht anders als nach sorgfältiger Orientierung durch Fachmänner, dann aber auch mit voller Sicherheit zu urteilen. Ungewöhnlich früh wurde der Prinz zu verantwortlichen Stellungen befördert, längere Zeit hindurch mußte er sogar zwei Stellen, die eines Kommandeurs der Garde-Division und zugleich des kommandierenden Generals des III. Korps versehen, er war gleichzeitig Mitglied des Kriegsministeriums, er hatte Inspizierungen aller Art vorzunehmen und er wurde vornehmlich auch theoretisch herangezogen zur Entscheidung der Fragen, die für die Neuschöpfung des Heeres nach dem Kriege von grundlegender Bedeutung waren. Er war Vorsitzender der Kommissionen zur Prüfung des Exerzierreglements für die Infanterie, zur Aufstellung und Verwendung größerer Kavallerieabteilungen, zur Prüfung der so einschneidenden Frage über die Beförderungen zu Stabsoffizieren bei der Infanterie und Kavallerie, u. a. Und überall war er selbst zur Hand, die Fragen praktisch zu prüfen und theoretisch in ausführlichen Gutachten, die zum Teil einen lehrbuchartigen Charakter tragen, zu erörtern. Nur einige wenige können wir hier mitteilen. Gewiß aber ist, daß ein jugendfrischer Prinz, der mit solchem Verständnis, so froher Arbeitslust und so gewissenhafter Sorgfalt an die gestellten Aufgaben herantrat, eine vollkommene Sachkunde sich erwerben mußte.

Es konnte aber nicht fehlen, daß der Prinz in seiner Stellung auch lebhaften Anteil an der politischen Lage seines Staates nahm, vor allem lag ihm naturgemäß das Ansehen Preußens im Ausland am Herzen, und mit der ganzen Lebendigkeit des preußischen Empfindens schreibt er 1824 seine Anklage nieder, als er zu

sehen glaubt, daß die Erwartungen der Befreiungskriege in keiner Weise sich erfüllt haben. Abhilfe sieht er nur in der Hebung der intellektuellen Kräfte (Nr. 17) und in der geweckten und beförderten Intelligenz (Nr. 24).

Mit dem Tode des Kaisers Alexander von Rußland, zu dem er ein besonders nahes Verhältnis hatte, trat ein Ereignis ein, dessen Bedeutung für Europa der Prinz voll würdigte. Zum Teil war er sogar in die Geheimnisse bei diesem Thronwechsel von Alexander selbst eingeweiht worden und wurde jetzt nach Petersburg geschickt (vgl. Nr. 30) zur Beisetzung des Kaisers.

Am 11. Februar 1829 hatte sich Prinz Wilhelm zu Weimar mit der Prinzessin Augusta von Sachsen-Weimar verlobt, am 11. Juni zu Berlin vermählt. Damit beginnt ein neuer, und nicht nur äußerlich neuer Abschnitt in seinem Leben. Ein Jubelruf des glücklichen Vaters über die Geburt eines Prinzen (des späteren Kaisers Friedrich) am Jahrestage der Schlacht bei Leipzig gibt auch hier davon Kunde (vgl. Nr. 37).

Die Julirevolution in Paris hatte eine Mobilmachung zur Folge gehabt, und diese hatte alle Schäden aufgedeckt, die die aus dringender finanzieller Not des Staates hervorgerufene unvollständige und sehr mangelhafte Ausführung des Gesetzes von 1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienst nach dem Friedensschluß gezeitigt hatte. Von nun an bildet die wirkliche Ausführung der dreijährigen Dienstzeit, die kriegsgemäße Erziehung zum Soldaten und damit eine den Zweck auch wirklich verbürgende Ausbildung der Landwehr und der sie führenden Offiziere recht eigentlich das Grundthema des militärischen Denkens des Prinzen. Mußte dadurch aber seine Aufmerksamkeit, praktisch wie er war, von selbst auf die finanziellen Verhältnisse des Staates geleitet werden, so gewahren wir den offenen Blick, den der Prinz für die auswärtige Politik und für das Ansehen des Staates im Auslande schon früher gezeigt hatte, auch jetzt. Vornehmlich beschäftigten ihn die Folgen des Juliaufstandes für Europa und für die Geltung der legitimistischen Idee, die nicht nur in Frankreich, sondern auch in Belgien, das sich von Holland trennte, und anderwärts in Frage gestellt war. Der Tod des zweiten Mitgliedes der heiligen Allianz, des Kaisers Franz von Österreich (1835), führte Erschütterungen für den Kaiserstaat herbei, und der Prinz durfte sich sagen, daß mit der schleunigen Anerkennung seines Nachfolgers durch Preußen, die er selbst nach Wien überbrachte, und durch sein Erscheinen Österreich ein wesentlicher Dienst geleistet sei.





13] An den Obersten v. Seydlitz.

St. Petersburg, 15. Juli 1817.

1817. 15. 7. Die Auszeichnung der Ernennung zum Chef[1]) Ihres unterhabenden 7. Infanterie- (2. Westpreußischen) Regiments ist mir die ehrenvollste und angenehmste Überraschung gewesen, welche Se. Majestät der König mir konnte zuteil werden lassen. Es ist mir ein wahrer Stolz, mich an der Spitze eines Regiments zu sehen, welchem der König, seinem eigenen Ausspruche gemäß, stets gewogen gewesen ist, teils wegen seines Wohlverhaltens im Frieden, als auch seines ausgezeichneten Benehmens vor dem Feinde. Diesen seinen ehrenvollen Ausspruch stets vor Augen habend, wird es uns gelingen, uns ferner seiner Gnade würdig zu zeigen. Ich ersuche Sie daher, dem Regimente bekannt zu machen, wie sehr ich mich freue, mit demselben in ein näheres Verhältnis getreten zu sein, wie ich hingegen bedaure, daß sich dieses Jahr nicht die Gelegenheit findet, ihm bekannter zu werden.

Zugleich danke ich Ihnen, Herr Oberst, sowohl für den ersten überschickten Rapport, als auch für die mir bei dieser Gelegenheit dargebrachten Gesinnungen aller Ihrer Untergebenen, welche mich sehr gefreut haben. Mit Ungeduld sehe ich dem Augenblick entgegen, in welchem ich mit dem Regiment zusammen sein werde, um mündlich zu wiederholen, wie sehr ich mich der Ehre freue, ihm ganz anzugehören.

Wilhelm, Prinz von Preußen.

Zu 13) [1]) Der Prinz war am 6. Juni 1817 zum Chef des Regiments ernannt worden.

14] An General O. v. Natzmer.

Berlin, 30. Januar 1821.

In welchem Trubel wir seit 14 Tagen waren,[1]) begreifen Sie, da Sie öfters Präparatifs zu Quadrillen erlebten; doch ist fast niemals eine so allgemeine Lebendigkeit in der Stadt gewesen, als diesmal, da alles sehr rasch beschafft werden mußte. Die Equipagen rollten den ganzen Tag von einem Laden zum andern; nur hier fand man die beau monde, nirgends auf den Promenaden. Das war einzig, aber das Resultat dieser großen Anstrengungen würdig. Der Maskenzug war magnifik, sowie die ganze Fete wahrhaft königlich. Die Zeitung liefert das Programm zur Quadrille. Die Idee, Tableaux bei einer solchen Gelegenheit darzustellen, war neu und entsprach überaus den gehegten Erwartungen. Was in der Zeitung über das Tableau der Peri und des Ghebern gesagt wird, ist sehr wahr. Ersteres ward durch Prinzeß Elisa (Peri) und 1821. 30. 1.

Zu 14) General v. Natzmer, der als Oberst dem Prinzen in den Befreiungskriegen nahe getreten war, durfte sich wie bei allen Mitgliedern des Königlichen Hauses, besonders dem König, dem Prinzen Wilhelm (Bruder des Königs), der Prinzessin Charlotte, Kaiserin von Rußland, so auch beim Prinzen eines freundschaftlichen Vertrauens erfreuen, das über das Grab hinaus gedauert hat. Von den zahlreichen Briefen, die für das Vertrauen des Prinzen zum Charakter wie zur militärischen Einsicht Natzmers zeugen, können wir hier nur einen Teil geben. — [1]) Zu Ehren der Anwesenheit des Großfürsten Nikolaus von Rußland und seiner Gemahlin, der ältesten Tochter König Friedrich Wilhelms III., Charlotte, wurde am 27. Januar 1821 das orientalische Festspiel Lalla Rûckh nach einem Gedicht Moores, komponiert von Spontini, von den Mitgliedern des Hofes im Berliner Schloß aufgeführt. Prinz Wilhelm stellte den Dschehander Schah vor, Prinzessin Elise v. Radziwill, Tochter des Fürsten Anton v. Radziwill und seiner Gemahlin Luise (Tochter des Prinzen Ferdinand von Preußen), die Peri. Schon damals fing die zarte und reine Liebe des Prinzen Wilhelm zur Prinzessin Elise an sich zu entwickeln, von der eine Reihe der folgenden Briefe Zeugnis gibt. Der von beiden sehnsüchtig erstrebten Verbindung traten jedoch Hindernisse entgegen, so namentlich die behauptete Unebenbürtigkeit des Hauses Radziwill, das die für Ehen von Mitgliedern eines regierenden Hauses mit Mitgliedern eines nicht regierenden Hauses erforderliche ehemalige, mit dem Besitz eines reichsunmittelbaren Territoriums verbundene Reichsstandschaft nicht besessen hatte. Man versuchte mancherlei, die Hindernisse zu beseitigen, und jahrelang ließ man den Prinzen bald fürchten, bald hoffen. Schon glaubte er sich mit Erlaubnis des Königs verlobt, als im Juni 1826 dessen nunmehr unerwarteter Befehl die Verbindung endgültig abschnitt. —

1821. Gräfin Mathilde Voß[2]) (Engel des Lichts) dargestellt; letzteres durch Bojanowsky,[3]) der sich von der Zinne eines Turmes ins Feuer, und Gräfin Brühl,[4]) die sich ins Meer stürzt, während Prinz Radziwill (Vater) und noch mehrere wütend den Turm erstürmen. In dem mimischen Tableau spielten Frau v. Perponcher[5]) und der Herzog Karl [von Mecklenburg],[6]) unser Feldherr, die Hauptrollen. Ich werde Ihnen nachträglich das vollständige Programm mit den Dichtungen schicken. Überhaupt ist Berlin sehr brillant dies Jahr; auch sind eine Menge vornehmer Gäste gekommen: Putbus[7]) nebst Frau, Sulkowsky,[8]) Fürst Lynar[9]) nebst Frau. Chateaubriand[10]) ist angekommen; er gefällt. In seinem Äußeren sieht man ihm nicht den ausgezeichneten Kopf an. Nikolaus hat uns verlassen. Er denkt zum 30. März von Petersburg zurückzukommen, wo das Monument[11]) auf dem Tempelhofer Berge eingeweiht werden soll.

15] An General O. v. Natzmer.

Berlin, 20. bis 21. September 1821.

1821. 20./21. 9. Aus den Mitteilungen Schönings[1]) weiß ich, daß Sie alle Dispositionen und Anordnungen kennen.[2])

---

[2]) Gräfin Mathilde Voß, Tochter des Grafen August, Enkelin der Oberhofmeisterin der Königin Luise, vermählte sich mit dem Grafen Lynar. — [3]) v. Bojanowsky, Flügeladjutant des Königs. — [4]) Gräfin Brühl, Gemahlin des Intendanten der Kgl. Theater, geb. v. Pourtalès. — [5]) Frau v. Perponcher, Gemahlin des niederländischen Gesandten. — [6]) Herzog Karl von Mecklenburg, Kommandeur des Gardekorps. — [7]) Fürst Walter Putbus, mit Luise Freiin von Lauterbach vermählt. — [8]) Fürst Anton v. Sulkowsky. — [9]) Fürst Rochus v. Lynar, Gemahlin geb. Gräfin v. Bose. — [10]) Chateaubriand, französischer Royalist, Gesandter in Berlin. — [11]) Denkmal für die Befreiungskriege auf dem Kreuzberge, wie er jetzt heißt, bei Berlin, am Gedenktage der Einnahme von Paris enthüllt.

Zu 15) [1]) v. Schöning ist wohl der spätere Militär-Historiker und Hofmarschall des Prinzen Karl. — [2]) Die Abhaltung der hier geschilderten Übung größerer Kavalleriemassen, die General v. Borstell kommandierte, und bei der Prinz Wilhelm und General v. der Marwitz die Divisionen führten, war durch größere Mißstände in der Führung der Kavallerie hervorgerufen. Sie veranlaßte den Prinzen zu eingehender Beschäftigung mit dieser Waffe und war der Grund, daß er mehrere Denkschriften an den König über die Aufstellung und taktische

Die Feststellung der gewählten Schlachtordnung hat manches 1821.
für sich, manches gegen sich; die Einteilung des Korps in zwei Divisionen und drei Brigaden und drei Treffen am Tage der Schlacht und zwei Brigaden von beiden Divisionen zusammengeworfen, scheint mir manche Nachteile zu haben, denn jeder Treffenführer hat nur eine seiner eigenen Brigaden nebst einer fremden unter seinem Befehl; beim leichten Treffen tritt der älteste Brigadier als Treffenführer und der älteste Regimentskommandeur als Brigadeführer ein. Letzteres sind Dinge, die allerdings in jedem Gefechte vorkommen können, durch Blessuren usw. und daher nicht so wichtig wie ersteres, wo der Kommandierende im entscheidenden Augenblicke nicht an der Spitze seiner eigenen Truppen ist, welches gewiß nicht vorteilhaft ist. Ich würde die Einteilung des Korps in drei Divisionen à zwei Brigaden zweckmäßiger finden, und zwar eine Kürassier-, eine Ulanen- und eine leichte Division formieren. Jeder Divisionär hätte unter jedem Verhältnisse stets seine eigenen Truppen und nicht, wie jetzt, wo er im Geschäftsverbande mit sechs Regimentern zu tun hat und auf dem Schlachtfelde nur mit zwei von diesen nebst zwei ihm fremder Regimenter.

Die Ordre de Bataille gewährt eine Avantgarde, ein Kürassiertreffen zum Chok und ein Ulanentreffen zum Verfolgen des Feindes oder zu Flankierungen desselben beim Verfolgen oder beim Aufnehmen der etwa geschlagenen Kürassiere. Als Reserve sind dann wieder beide oder eine leichte Brigade vorhanden, welche nach den entscheidendsten Punkten vorgesandt werden können und daher auf die große Entfernung von 800 bis 1000 Schritt folgen, um ganz disponibel zu bleiben.

Ein Übelstand, den ich immer hier gefunden habe, ist der, daß man die Treffen Vordermann aufeinander nehmen läßt. Wird das vordere geworfen, so wird unter zehnmal neunmal das parallel folgende mit umgerissen, da die Zurückeilenden gewiß ganz gerade zurückstürzen. Die Formation en échelon scheint mir daher für Kavallerie zweckmäßiger.

Verwendung größerer Kavalleriemassen aufsetzte. Zu der beabsichtigten Instruktion darüber kam es damals nicht.

1821. Man kann einwerfen, daß man selten Terrain findet, wo man vier und vier Regimenter en échelon aufstellen kann; aber ich glaube, daß auch ein schwächeres Echelon, dessen Wirkung natürlich flankierend auf den verfolgenden Feind sein wird, ebenso viel, wenn nicht mehr effektuieren wird, als ein parallel gefolgtes Treffen, welches von gleicher Stärke mit dem geworfenen ist.

Da man aber nun einmal für jetzt die parallele Treffenstellung gewählt hat, so muß man wenigstens die größtmöglichste Sicherheit für die hinteren Treffen aufsuchen. Ich finde diese nur vorhanden bei bedeutender Distanz von 600 bis 800 Schritt und in der Größe der Massen, in welcher die nachfolgenden Regimenter formiert sind. Zu diesem Ende scheinen mir unsere Regiments-Divisionskolonnen noch zu wenig konsistent, und ich würde vorziehen, die Regimenter in den nachfolgenden Treffen in der Kolonne nach der Mitte in halben Eskadrons zu formieren (wo der 3. und 4. Zug der 2. Eskadron und der 1. und 2. Zug der 3. Eskadron die Tete bilden); in welcher Art das Garde-Landwehr-Kavallerie- und das 3. Ulanen-Regiment hier stets formiert waren. Der Aufmarsch einer solchen Kolonne ist rasch und die Masse groß genug, um von den Flüchtlingen nicht umgerissen zu werden, welche überdies größere Intervalle finden, um durchzukommen.

Ein dritter Punkt ist die Art der Formierung des Kürassier- und Ulanentreffens, wenn die leichten Brigaden detachiert sein sollten. Mehrmals habe ich um eine Bestimmung hierüber gebeten, sie aber nie erhalten, welches mich um so mehr wundert, da der König eigentlich annimmt, daß diese leichten Brigaden sehr selten beim Korps sein werden; nur einmal äußerte er, daß die Ulanen die Avantgarderolle übernehmen müßten, wenn Husaren und Dragoner fehlten. Die Formation der Ulanenkolonne hinter den Kürassierflügeln müsse dann fortfallen, weil man sonst gar keine Reserve mehr haben würde.

Meiner Ansicht nach würde man eine Ulanen-Brigade zur Avantgarde bestimmen, welche, wenn man mit den Kürassieren zum Chok vorgeht, auf 800 bis 1000 Schritt als Reserve denselben in Regimentskolonne folgt. Die andere Ulanen-Brigade

würde ich hinter einem Flügel der Kürassiere en échelon formieren (auf ca. 300 Schritt). Da man nun nicht wissen kann, auf welchem Flügel dieselbe nötig wird, so könnte man der Reserve-Ulanen-Brigade in großer Entfernung schon, vielleicht von Hause aus, ihre Stellung auf der entgegengesetzten Seite, als der, wo die Echelon-Brigade steht, geben. Dieser Punkt verdient eine reifliche Überlegung. 1821.

21. September.

Was die Formation der leichten Brigade zur Deckung des sich hinter ihr entwickelnden Korps betrifft, so glaube ich, könnte man die Sache leichter und einfacher machen, wenn man die 1. und 4. Eskadron statt der 1. und 2. vorschickte und dagegen die 2. und 3. statt der 3. und 4. Eskadron hinter der Mitte jener als Reserve hielte. Auch ist die Flankeurlinie, aus ganzen acht Zügen auf die Front von vier Kavallerie-Regimentern bestehend, etwas sehr dicht; teils ist die freie Bewegung der einzelnen Flankeurs gehindert, teils ist die Dichtigkeit der Linie und deren Unbeweglichkeit eine sichere Zielscheibe für das feindliche Feuer. Da haben Sie mein Räsonnement über den so viel jetzt besprochenen und gewiß sehr wichtigen Gegenstand. Ich bin neugierig auf Ihr Urteil und wünsche nur, daß L[a] R[oche],[3]) dieser Kavallerieheld, Ihre Meinung nicht leiten möge.

Über die Übung selbst wird Ihnen wohl schon so manche Kunde zugegangen sein. Nach langen Instruktionen debütierten wir mit den ersten drei Tagen, welche fast ohne Fehler gingen. Das himmlische und königliche Wetter war sehr günstig.

Bei dem großen Kavalleriemanöver am 4. Tage erfolgten die ersten Allerhöchsten Nasen, indem sich beim Formieren der leichten Brigade einige Fehler zeigten. Am 5. ging's böse her; auch ich erhielt eine kleine Nase, weil ich eine schon sehr kurze Linienattacke, der Ansicht des Königs zufolge, zu lang gemacht hatte, denn mein linkes Flügel-Regiment stieß auf ein unglückseliges Kartoffelfeld beim Halten und verhinderte dadurch die Reserve-Ulanen durchzubrechen und zu schwärmen; ich steckte ein, was ich nicht ändern konnte.

[3]) So wird das L. R. der Vorlage aufzulösen sein.

1821. Die Hauptpointe war die Bewegung des Kavalleriekorps in einer großen Masse im Trabe, vom linken nach dem rechten Flügel der Infanterie, auf welchem Flügel angekommen, dasselbe sich rasch in Linie in der Flanke des Feindes entwickeln sollte, um durch einen Chok der Schlacht den Ausschlag zu geben. Die Regimenter waren in Regimentskolonnen in Eskadrons links abmarschiert, woraus hervorging, daß man rechts deployieren sollte. Der General hatte aber die Idee eines Alignementstrabes, wozu ihn eine Brachstelle zwischen zu passierenden Kartoffelstücken noch mehr bewog. Wie disponiert er? Es wird in der ganzen Masse mit Zügen rechts geschwenkt, darauf trabt die 1. Eskadron Garde du Corps an über das Brachstück; die andern Eskadrons hängen sich sukzessive an, und so sollte ein Regiment dem andern folgen und daraus ein Alignementstrab entstehen. Die Schwierigkeit der Bewegung leuchtet ein. Da während dem Exerzieren schon eine Menge Kartoffelfelder abimiert waren, ritt ich zu ihm und ersuchte ihn, die ominöse Kartoffelrücksicht auf dem Fleck aufzugeben. Nicht möglich, und die Reise geht los. Da kommt der König und sagt: „Die Bewegung käme zu spät." — — —

Der Herr und alles konnte sich keinen Begriff machen, warum man nicht mit der ganzen Masse in die Direktion gegen die Flanke des Feindes geschwenkt war und rechts deployiert habe!

Sie werden tausend Geschichtchen hören, an denen $^2/_3$ zugedichtet worden. So sind nun einmal die Menschen, das Lächerliche greifen sie mit offenen Händen auf; des Guten wird kaum gedacht, dem Witze nicht Abbruch zu tun.

Nun will ich Sie aber nicht länger ennuyieren, denn mein Schreiben ist lang geworden. Leben Sie wohl und gedenken Sie zuweilen Ihres Freundes Wilhelm.

16] An General O. v. Natzmer.

Berlin, 29. Oktober 1821.

1821. 29. 10. Dieser Brief hätte eine lange Reise machen können, hätte Schöning mir nicht gesagt, daß Sie auf Urlaub sind und aus Posen einen Brief an ihn geschrieben hätten.

Empfangen Sie meinen aufrichtigen Dank für Ihr gütiges 1821.
Schreiben vom 2. d. Mts. Dasselbe enthält zwar auch von Ihrer Seite einige Komplimente über meine ausgespielte Kavalleristenrolle, jedoch gründen sich dieselben nur auf Hörensagen, so daß ich zweifle, ob Sie ganz so einverstanden sein würden, hätten Sie dem Stück beigewohnt. Von den so zu nennenden geborenen oder wie es eigentlich heißt, von den stets bei der genannten Waffe gedienten Kavalleristen, muß ich mein Lob, au risque schamrot zu werden, oft hören; indessen diese Louanges sollen hauptsächlich den Zweck haben, mich zum Proselyten zu machen. Da verfehlten sie nun in allen Beziehungen ihren Zweck, denn ich denke über diesen Punkt genau so wie Sie und sehe demnach in der Infanterie stets die Hauptwaffe, bei deren Führung man sich auch in den kleinsten Abteilungen fortbilden kann, indem man dem Terrain angemessen sich bewegt und Ideen, auf den Feind berechnet, zugrunde legt.

Bei der Kavallerie hingegen kann man, wenn man auch täglich exerzieren wollte und täglich etwas Neues erfinden, doch nicht weiter kommen, als Aufmärsche und Attacken auf der möglichsten Ebene zu machen. Den kleinen Krieg würde ich immer nur womöglich mit der Infanterie gemischt üben lassen.

17] An General O. v. Natzmer.

Potsdam, 25. Dezember 1821.

Schon längst wollte ich Ihnen antworten und für Ihren 1821.
Brief aus Vellin danken, aber Unterbrechungen und Beschäfti- 25. 12.
gen mancherlei Art hinderten mich bisher daran, zu welchen die leidigen Konduitenlisten das ihrige beitrugen. Dies schwierige Werk ist glücklich vollbracht, und ich habe nun wieder mehr Zeit, an andere Dinge zu denken.

Auch jetzt haben Sie wahrscheinlich wieder, wie bei der Hinreise nach Pommern, einige angenehme Tage in Posen zugebracht. Die Prinzeß Luise[1]) schrieb mir, daß Sie drei Tage dort

Zu 17) [1]) Fürstin v. Radziwill s. Nr. 14 Anm. 1.

1821. geblieben wären. Sie spricht mir aber auch von Skrupeln, welche Sie haben, diesen Winter nach Berlin Urlaub zu nehmen; könnte ich etwas dazu beitragen, diese schwinden zu machen, so sollte es mir sehr lieb sein. Kommen Sie aber nicht, so möchte ich Sie um so mehr schelten, uns auf der Rückreise nicht besucht zu haben. Die Radziwillsche Familie wird Sonnabend in Berlin erwartet. Ob sie kommt, daran zweifle ich, denn noch kam dieselbe niemals an dem bestimmten Tage; übrigens ist die Prinzeß leidend, wie ich höre.

Es sieht im Orient jetzt wieder sehr nach Krieg aus,[2]) wenngleich sich das Gerücht der Ermordung des Großherrn nicht bestätigt hat, welches Ereignis von unberechenbarem Einfluß gewesen sein würde. Haben Sie etwas davon gehört, daß Österreich und England ein Offensiv- und Defensiv-Bündnis gegen jede weitere Länderausdehnung Rußlands geschlossen haben? Mir kommt es unglaublich vor. Wollen sie einen Krieg Rußlands gegen die Türkei unmöglich zu machen suchen? Wenn es zu diesem Kriege kommt, den Rußland vermutlich allein führen wird, und derselbe glücklich ausfällt, so ist es doch begreiflich und gerecht, daß es sich einen Teil der Eroberungen aneignet, wenn auch, gesetzt den Fall, daß das türkische Reich ganz unterginge, mit dem größeren Teil des Landes andere Projekte en vue wären. Wenn also Rußland diese wahrscheinlichen Eroberungen einverleibt, will alsdann Österreich und England sich dagegen opponieren? Das scheint mir gefährlich, und eine noch so große Länderstrecke in jenen Gegenden ist nicht halb so wichtig, als die Akquisition Polens im Jahre 1813[3]) gewesen ist. Damals hätte man sich mehr vorsehen sollen! Was soll also jene Allianz? Ich finde sie unwürdig.

---

[2]) Kaiser Alexander von Rußland gefiel sich damals in dem Gedanken an eine Befreiung der geknechteten Griechen und lehnte jede ihm zugetraute Absicht einer Gebietserweiterung für Rußland demnächst ab. Das Gerücht von dem englisch-österreichischen Bündnis war nur ein Gerücht. Auch zum Kriege kam es schließlich nicht. — [3]) Das Zugeständnis, das Preußen über Polen an Rußland im Kalischer Vertrage vom Februar 1813 gemacht hatte, hatte für Preußen, obwohl es damals nicht wohl zu vermeiden war, viele Weiterungen im Gefolge gehabt. Die Betrachtungen des Prinzen über „unsere körperliche Schwäche" waren bei der damaligen geographischen Lage Preußens sehr richtig, und es bezeichnet ihn, daß er schon damals sie „durch intellektuelle Kräfte" ersetzen will. Auch darin zeigt sich

Übrigens bin ich ganz mit Ihnen einverstanden, daß eine Teilnahme Preußens an diesem Kampfe für uns und unser System sehr glücklich wäre; denn gewiß ist uns nichts gefährlicher, als ein langer Frieden. Man sehe unsern politischen Standpunkt an: unsere körperliche Schwäche ist erschreckend, wenn man die Nachbarstaaten dagegen betrachtet. Wir müssen dieser Schwäche also durch intellektuelle Kräfte zu Hilfe kommen, und diese müssen vornehmlich in dem Heere geweckt und erhalten werden. Bei einem langen Frieden wird dies Erhalten aber sehr schwer und daher wäre der genannte Krieg ein sehr erwünschtes und passendes Mittel, sich aufzufrischen; denn ein jeder andere Krieg geht zu leicht gleich auf Gefährdung der Existenz bei unsern Verhältnissen. 1821.

18] An General O. v. Natzmer.

Berlin, 9. März 1822.

Welch eigenes Zusammentreffen! Ich hatte mir beim Erwachen fest vorgenommen, Ihnen zu schreiben, um das von meiner Seite so lange beobachtete Stillschweigen zu brechen, und als ich in mein Arbeitszimmer trat, finde ich einen Brief von Ihnen vor; ich öffnete denselben zitternd, denn ich erwartete mit Recht einige Vorwürfe, daß ich Ihnen noch nicht auf Ihren Brief vom Dezember geantwortet hatte; doch ich fand nichts von dem, sondern immer nur Ihre alte Freundschaft, die mir so wert ist. Erhalten Sie mir dieselbe stets und vorzüglich an diesem für mein ganzes Leben vielleicht entscheidendsten und unglücklichsten Tage! Wenige Worte werden Ihnen alles erklären. Es betrifft nochmals meine Herzensangelegenheit, der Sie im vergangenen Jahre schon so viel Teilnahme schenkten! Sie wissen, daß ich mir vornahm, mich zurückzuziehen, aus eigener Wahl, ohne 1822. 9. 3.

bereits, daß solche Worte, wie sie der Prinz hier und anderwärts über den Krieg als ein ihm erwünschtes und passendes Mittel zur Erhaltung des soldatischen Sinns und zur Aufrechterhaltung der Ehre und Macht seines Staats braucht, nicht etwa als Kriegslust zu deuten sind, sondern als das dem Soldaten natürliche Streben, der auch im Ernstfall sein Können beweisen und vor allem die Stellung seines Vaterlandes durch seine Dienste verbessern will. Die praktische Folgerung daraus zu ziehen, war natürlich etwas ganz anderes. Das mag hier ein für allemal gegen falsche Deutungen bemerkt sein.

1822. höhern Befehl. Ich fing dieses Benehmen an — sah aber bald ein, daß es nur eine Komödie war, die ich der Welt gab, denn mein Herz schlug von Tag zu Tag heftiger, und ist dies nicht begreiflich? — So schied ich diesen Sommer mit stärkeren Gefühlen als jemals! Meine Traurigkeit, die darauf vorherrschend in mir ward, konnte während der folgenden sechs Monate nicht unbemerkt bleiben. Als Radziwills aus Posen erwartet wurden, schickte der König zu mir und ließ mich fragen, wie es mit mir stände? Ich mußte frei gestehen, daß meine Neigung nur zugenommen habe, und daß ich trotz Vorsatz und Kampf nicht die Kraft in mir fühle, freiwillig zu entsagen, wo ich so tief fühlte und verstanden wurde! Der König versprach darauf, alles anzuwenden, was sich tun ließe, um zu sehen, ob es möglich sei, eine Verbindung zu schließen, die er wünschte, da er Prinzeß Elise sehr gut ist. Dies Versprechen fiel in die Tage der Ankunft Radziwills! Sie können denken, mit welchen Hoffnungen ich nun in die Zukunft sah und einige recht glückliche Wochen verlebte! Bis nun die schweren Tage folgten!

Die Recherchen des Hausministeriums in den Archiven hatten ergeben, daß nach allen Stipulationen und Rechtsgründen die Verbindung unstandesgemäß sein würde;[1]) — das hatte ich nun gar nicht erwartet, sondern immer nur an die Unannehmlichkeiten der Familienbande gedacht, in welche ich treten würde.[2]) Der König forderte nun also eine vollständige Entsagung meiner Aussichten und Wünsche!! — In welchem Kampfe ich während einiger Tage war, ehe ich zur Entscheidung kam, kann kein Mensch sich denken; öfters hatte ich mir die böse Katastrophe vorgestellt; daß sie mich aber so überwältigen würde, ahnte ich kaum! — Alle, die ich um Rat fragte, konnten mir jetzt keinen andern mehr geben, als dem Verlangen des Königs zu willfahren; dies sagte Prinzeß Wilhelm,[3]) Brause[4]) und der Großherzog von Strelitz,

Zu 18) [1]) Vgl. S. 49. — [2]) Darüber liegt nur diese Andeutung vor. Das katholische Glaubensbekenntnis der Familie Radziwill scheint nicht gemeint zu sein. — [3]) Die vielverehrte Schwägerin des Königs, „Prinzeß Minnetrost" in der Familie genannt. — [4]) Damals Kommandeur der 5. Division in Frankfurt a. O.

den ich sehr schätzen gelernt habe. — So entschloß ich mich also, 1822.
zum Könige zu gehen; er sprach herzlich und gerührt mit mir, mußte aber bei seiner Forderung bleiben; — es war am 16. Februar.

So stand ich also von dem Tage an wieder verwaist in der Welt, die mir öde und freudenleer vorkommt. Was Teilnahme und Mitgefühl guter, teurer Menschen in solchem Augenblicke sagt, habe ich in vollem Maße empfunden; aber Trost gewährt das alles nicht, ja es macht das gebrachte Opfer nur noch schwerer, da alles nur eine Stimme für den für mich verlorenen Gegenstand hat!! — —

Ich sollte reisen. Eine Einladung von Prinz Friedrich[5]) nach Düsseldorf langte vorige Woche an; es war mir anheimgestellt, abzugehen, wann ich wollte. Noch war immer nichts der Familie Radziwill über das Vorgefallene mitgeteilt, und man mußte sich scheuen, es zu tun, da Prinzeß Luise so sehr leidend diesen Winter ist. Meine Reise in dieser Jahreszeit mußte natürlich Eklat machen, und den wünschte ich zu vermeiden und glaubte und hoffte auch, die Kraft zu haben, in Prinzeß Elisens Nähe den Kampf zu bestehen, so lange sie von nichts wußte; ja sie ahnte von nichts; im Gegenteil, je ernster und verstimmter sie mich sah, je freundlicher war sie gegen mich! Was mußte ich also nicht leiden.

Indessen vorgestern hat Prinzeß Luise selbst die Enträtselung herbeigeführt, denn sie schrieb mir einen so unendlich herzlichen, liebevollen Brief, in welchem sie mich aufforderte, ihr Vertrauen und Mitteilung in dem an mir bemerkten Kummer zu schenken, denn sie ahne ihn zum Teil und wußte schon manches!! was mich schmerzte. — Wie vom Schlage war ich gerührt. Gerade am selbigen Tage hatte ich an Wilhelm Radziwill geschrieben; zufolge einiger ihm entfallener Worte, welche ich auf diese Angelegenheit bezog, und mit Zustimmung der Vertrauten meines Herzeleids hatte ich ihm alles gestanden. Er kam darauf zu mir. Und gestern habe ich ihm die Antwort an seine Mutter

[5]) Prinz Friedrich von Preußen kommandierte die 14. Division in Düsseldorf.

1822. übergeben! So bin ich heute nun in banger Erwartung, ob sie mich noch sprechen wollen oder nicht. Auf alle Fälle reise ich, hoffentlich schon Montag, nach Düsseldorf und dem Haag, bis Mitte April vorläufig. Nach der Rückkehr wird sich dann, nach überwundenem ersten Schmerz, ein neues Verhältnis zwischen uns bilden. Denken Sie sich in meine Lage, und Sie werden sich vorstellen, in welcher Stimmung und in welchem Zustande ich bin.

Nun auch genug davon. Auf Ihre Freundschaft rechnend, konnte ich diese lange Leidensgeschichte aufsetzen. Kummer macht selbstsüchtig, dann spricht man sich gern ganz aus, denkend, andere fühlen mit!!

Leicht werden Sie sich nach dem Gelesenen überzeugen, daß ich wohl nicht daran denke, die zweite Prinzeß von Bayern ihrer vielleicht herkommenden älteren Schwester[6]) nachzuführen. Die kronprinzliche Angelegenheit ist noch immer nicht so weit, als die Gerüchte sie ausschreien; doch ist die Möglichkeit noch vorhanden, indem man keineswegs gebrochen hat, sondern die Unterhandlungen wegen der Religion noch fortwährend gehen.

Halb 7 Uhr abends. Ich eile zum Schluß, denn ich soll zu Prinzeß Luise kommen!! Ich bin nicht mehr imstande, ein Wort zu schreiben. Also Lebewohl! Ihr Freund Wilhelm.

19] An General O. v. Natzmer.

Haag, 21. April 1822.

1822. 21. 4. Ihr lieber Brief, bester Natzmer, vom 15. vorigen Monats hat mir eine große Freude gemacht und mich innig gerührt. Ihre treue Teilnahme bei dem über mich so schwer vom Himmel verhängten Geschick spricht sich so freundschaftlich und offen aus, daß ich Ihnen diesen neuen Beweis Ihrer Anhänglichkeit nicht genug danken kann! Wie oft habe ich daran gedacht, wären Sie in Berlin gewesen, Sie zum Reisebegleiter zu erbitten! Aber so war die Entfernung von Ihnen zu groß und die Abreise zu schleunig.

[6]) Auch die Verlobung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm mit Prinzessin Elise von Bayern kam wegen der Verschiedenheit der Religion erst nach mehrjährigen Verhandlungen zustande.

Die Reise bekommt mir zwar wohl, doch kann ich trotz der treuen Freundschaft, welche ich vorzüglich hier[1]) gefunden habe, noch keine Fröhlichkeit wieder in mir verspüren; ich bin den Vergnügungen abgestorben, und da ich ohne angestrengte Beschäftigung bin, so schwelge ich in den glücklichen und unglücklichen Augenblicken der Vergangenheit. 1822.

Jawohl ist der Krieg ein erwünschtes Ereignis in diesem Augenblick für mich. Schon lange hatte ich die Idee in mir befestigt, den König zu bitten, mir die Kampagne mitzumachen[2]) zu erlauben. Jetzt, wo die Sachen zum Spruch gekommen zu sein scheinen, habe ich meine Bitte dem Könige vorgetragen; morgen muß er sie erhalten. Ich habe ihm so aufrichtig geschrieben, daß ich hoffen darf, die Erlaubnis zu erhalten. Meine jetzige Lage und das Interesse eines Krieges sprechen zu deutlich und zu sehr für mich, als daß ich nicht die Erfüllung meines Wunsches erwarten könnte; eben dies schrieb ich auch dem Könige.

An Brause schrieb ich vorläufig, daß ich ihn beauftrage, Witzleben[3]) zu sagen, daß, wenn von meinem Projekte die Rede sei, ich Ihnen das Versprechen gegeben, — welches hiermit geschieht — Sie in meiner Begleitung mitzunehmen, wenn anders dies noch Ihr Wunsch geblieben ist. Ich wünsche nichts mehr als dies und freue mich sehr auf die Realisierung dieser Pläne. Der Oberst Roeder[4]) hat ein ähnliches Versprechen schon lange von mir. Liebhaber werden sich gewiß genug finden, doch würde man etwas wählen müssen unter ihnen.

Über meine Rückkehr ist noch nichts bestimmt. Werden die kriegerischen Pläne akzeptiert, so eile ich zurück, so bald und so rasch als nötig ist. Sonst habe ich den König bitten müssen, mein Ausbleiben bis nach Alexandrinens Vermählung[5]) zu vertagen, denn Sie begreifen, daß es zu viel von mir verlangt sein würde, diesen Tag in Gemeinschaft mit Prinzeß Elise begehen zu müssen. Wie überhaupt jedes öffentliche Erscheinen mit ihr mir höchst

Zu 19) [1]) Bei der Schwester des Königs, Königin Wilhelmine der Niederlande. — [2]) Den von Rußland geplanten Krieg gegen die Pforte. — [3]) v. Witzleben, Generaladjutant des Königs, seit 1818 Chef des Militärkabinetts. — [4]) Kommandeur des 1. Garde-Regiments. — [5]) Fand am 25. Mai

1822. penibel jetzt noch sein würde; doch sehne ich mich unendlich danach, sie noch einmal zu sehen, ehe wir uns auf wohl lange Zeit trennen werden, jedoch wünsche ich dies Wiedersehen nicht vor der Welt. Vielleicht gibt Fürstenstein[6]) dazu Gelegenheit. — Doch der Krieg kann alles anders gestalten.

Mein hiesiger Aufenthalt in dem mir bisher unbekannt gewesenen Holland gewährt manches Interesse, Schönheit der Natur aber keineswegs. Es ist aber wahrlich ein merkwürdiges Land und Volk. Der Haag ist sehr wenig belebt, im Genre von Potsdam; dagegen hat mir Amsterdam sehr gefallen, obgleich ich daselbst fünf Tage an heftigen Zahnschmerzen litt. Auch war ich nach dem Texel, eine wahre Wüstenei ist daselbst der sogenannte Helder.[7])

Für Ihre treuen Wünsche zu meinem Geburtstage noch tausend Dank. Das war ein trauriger Tag diesesmal für mich! Die Gemütsstimmung übermannte mich so an demselben, daß ich krank ward und recht leidend am Fieber während zweier Tage. Ich vertraue dem Himmel und baue auf ihn; er hat mich nicht verlassen und mir Kraft und Stärke verliehen, seinen unerforschlichen Willen zu tragen, und in selbiger Art hat er auch seine Segnungen über den mir entrissenen teuren Gegenstand ergossen! Antworten Sie, so adressieren Sie Ihren Brief am sichersten nach Düsseldorf. Ich gebe Ihnen gleich Kunde, sobald ich etwas über meine kriegerischen Pläne erfahre.

Ihr treuer Freund **Wilhelm**.

20] An den Generalmajor v. Block.[1])

Düsseldorf, 21. Mai 1822.

1822. 21. 5. Aber ein Opfer der Art[2]) steht ja in keinem Verhältnisse mit dem Gewinne, den ich und andere von meinem Entferntsein

1822 mit Herzog Paul von Mecklenburg statt. — [6]) Schloß in Schlesien, wo die Familie Radziwill, aber auch Mitglieder der Königlichen Familie oft verweilten. — [7]) Flecken an der Meerenge zwischen der Insel Texel und dem Festlande.

Zu 20) [1]) Der Brief ist nur unvollständig bekannt. Adressat war Kommandeur der 1. Garde-Landwehr-Brigade. — [2]) Es ist wohl das Opfer gemeint, das der Prinz durch Fernbleiben an den Frühjahrsübungen seiner Division durch

zu ziehen hoffen. Wer schon so viel, ja das ganze Glück seines Lebens geopfert hat — dem ist, fast möchte ich's glauben, — nichts mehr zu schwer! Genug davon! ... Von Sonnabend abend an beginnen nun die Freuden und Feste in Berlin.[3]) Ich werde von weitem mich ergötzen, wenn ich höre, daß man recht froh und heiter war; recht lieb ist es mir, daß meine Gegenwart niemand stören wird, was gewiß der Fall sein würde, müßte ich den Feten beiwohnen; denn meine Laune paßt nicht zu den Parkettfreuden, und so wird meine Abwesenheit weniger störend sein, als meine Anwesenheit mit einem kummervollen Gesicht! 1822.

21] An General O. v. Natzmer.

Coblenz, 29. Mai 1822.

Welche Freude haben Sie mir durch Ihren Brief vom 12. d. Mts. gemacht, indem Sie sich so gern meinen Wünschen fügten. Aber seitdem ist alles wieder anders geworden, und die schönen kriegerischen Aussichten sind verschwunden. Auch hat der König, wie es scheint, meine Bitte nicht sehr gnädig aufgenommen, warum, weiß ich nicht, weil er mir die wenigen Worte nur schrieb: Es gibt keinen Krieg. Wie mich das betroffen und erschüttert hat, können Sie sich denken, denn meine Hoffnung hatte ich auf diese großartige Zerstreuung gelegt, — und außerdem, daß diese verschwand, mußte ich noch gar fürchten, die Ungnade des Königs auf mich gezogen zu haben. Es war fast zu viel für mich in meiner schon so großen Wehmut. 1822. 29. 5.

Seit einigen Tagen habe ich nun die Aussicht, nach Berlin zurückzukehren, wo ich die wehmütige Freude haben werde, meine letzte Zusammenkunft mit der Radziwillschen Familie zu haben. Ich hatte dies Wiedersehen an dem Orte in Schlesien gewünscht, an welchem sich Radziwills diesen Sommer aufhalten wollen, um den Unannehmlichkeiten zu entgehen, welche die große Stadt für eine solche Zusammenkunft hat! Doch auch dies ist mir

die Reise bringen muß. — [3]) Zur Vermählung der Prinzessin Alexandrine, späteren Großherzogin von Mecklenburg. Nr. 19 Anm. 5.

1822. abgeschlagen worden, und ich soll nach Berlin kommen. Zum Glück sind die Festlichkeiten dann vorbei. Diese letzte Zusammenkunft vor einer dann gewiß langen und entscheidenden Trennung gewährt mir einen hohen Trost, wenngleich es noch schwere Augenblicke geben wird! —

Ende Juni oder Anfang Juli werde ich nach Teplitz gehen. Wäre es Ihnen vielleicht nicht unangenehm, mich dort zu besuchen? Wie lieb würde mir dies sein. Sollte etwa von einer Begleitung in diesem ausländischen Bade die Rede sein, so habe ich, auf Ihre Nachsicht und Einwilligung rechnend, mir Ihre Gesellschaft vom Könige erbeten. So werden wir uns also, hoffe ich, doch vereinigen, wenn auch nicht zum Kriege. Natürlich erfahren Sie noch das Nötige, sobald etwas entschieden ist. Vieles wird sich dann besser mündlich erzählen und mitteilen lassen, als es schriftlich möglich ist. Bis dahin spare ich mir also auch alle Beschreibungen meines Aufenthalts in Holland, der Bereisung der befestigten Grenze usw. auf. Ich muß jetzt schließen, die Post gebietet es. Also auf Wiedersehen.

Ihr Freund Wilhelm.

22] An General O. v. Natzmer.

Berlin, 22. Februar 1824.

1824. 22. 2. Vor einigen Tagen hat mir Brause Ihre Empfehlungen gemacht, für welche ich Ihnen herzlich danke. Auch sprachen Sie ihm von meiner früheren Idee, mich in Schlesien anzukaufen. Alle Ideen der Art habe ich mir vorderhand aus dem Sinne geschlagen, einmal, weil ich allein keine Freude an solchen Besitzungen finden würde, anderenteils aber auch Ihre Provinz gerade diejenige ist, wo sich die Personen und Gegenstände ansässig machen wollen, welche ich noch stets vermeiden muß. Denn meine Angelegenheit steht in einer Krisis.

Der König, den ich früher verstanden hatte, als wünsche er nur die Hindernisse hinweggeräumt zu sehen, die sich meinem Glück entgegenstellen, um seine Einwilligung geben zu können,[1])

Zu 22) [1]) Das war wohl auch der Fall.

hat sich vor zwei Monaten in einer sehr heftigen Unterredung 1824.
mit mir so ausgesprochen, daß ich jede Hoffnung mir habe schwinden sehen! Ein entsetzlicher Zustand bemeisterte sich meiner, aus dem ich mich nicht anders rauszureißen wußte, als indem ich dem Rat des Kronprinzen und des Prinzen von Oranien[2]) folgte und dem Könige schrieb, daß nach jener Unterredung, in der ich sein Inneres erkannt und seinen Willen gelesen hätte, mir keine Hoffnung mehr bliebe, und ich ihn daher fragen müsse, ob er nun endlich seine Entscheidung geben wolle, die ich bereits in ihm erkannt hätte. Auch Prinzeß Luise, der ich schrieb, wie hoffnungslos meine Lage sei, schrieb dem Könige, gleichfalls auf Entscheidung drängend. — Aber auch diese Mittel haben noch nicht zum Ziele geführt; denn seit drei Wochen sind jene Briefe beim Könige, der sie sehr gut aufgenommen hat — aber noch keine Entscheidung treffen will! Er will noch nach diesem fragen und nach jenem, kurzum nur Aufschub; aber das entsetzlich Peinliche meiner hoffnungslosen Lage wird nicht berücksichtigt. Es ist kaum zu ertragen.

Ein Blick in unsere äußere Lage gereicht gewiß auch nicht zur Aufheiterung; alles, was wir so oft zusammen besprachen und mit Leidwesen sahen, scheint mir nur noch immer schlimmer seitdem geworden zu sein, und das deshalb, weil man, wie in meiner Privatangelegenheit, aus Mangel an Energie zu keinen Entschließungen und kräftigen Maßregeln kommt! Gott weiß, wie das noch endigt! Aber wir lassen uns nicht abschrecken. Wirke ein jeder, der es rechtlich meint, so tätig, als er es vermag; denn, wenn selbst die Besten sich aus Überdruß zurückziehen, dann fällt alles zusammen. Leben Sie wohl und schreiben Sie bald Ihrem treuen Freund Wilhelm.

23] An General O. v. Natzmer.

Berlin, 31. März 1824.

Empfangen Sie meinen herzlichsten Dank, bester Natzmer, 1824. 31. 3.
für Ihre beiden lieben Schreiben, von denen letzteres Ihre

[2]) Sohn der Schwester der Königin Wilhelmine der Niederlande.

1824. gütigen Wünsche zum 22. enthält. Der Tag ist für mich, wie nun schon öfter, als ein Tag banger Erwartungen, aber nicht erfüllter Hoffnungen dahingegangen. Alles, was mich und mein Schicksal betrifft, ist wieder auf die lange Bank geschoben; der König konnte sich nicht entschließen, auf meinen Brief ein „Nein“ auszusprechen. Da er es diesmal nicht vermochte, so weiß ich gar nicht mehr, was ich von seiner Ansicht denken soll! Die Zukunft wird es lehren. Seien Sie überzeugt, daß alles, was Sie mir teilnehmend zurufen, Eingang bei mir fand, indem es die Ansichten eines echt religiösen Sinnes sind, der sich auf der weisen Mittelbahn zwischen Freigeisterei und Frömmelei zu erhalten weiß. Traurig nur, daß unser Zeitalter diese schöne Mittelstraße nicht wandeln will und sich so gewaltig zu letzterem Extreme neigt.

24] An General O. v. Natzmer.

Berlin, 31. März u. 2. April 1824.

1824. 31. 3. u. 2. 4. Empfangen Sie meinen herzlichsten Dank, bester Natzmer, für Ihre beiden lieben Schreiben. Was die äußere Lage unseres Staats betrifft, so muß ich leider ganz Ihrer Ansicht beitreten.[1]) Hätte die Nation Anno 1813 gewußt, daß nach elf Jahren von einer damals zu erlangenden und wirklich erreichten Stufe des Glanzes, Ruhms und Ansehens nichts als die Erinnerung und keine Realität übrig bleiben würde, wer hätte damals wohl alles aufgeopfert, solchen Resultates halber? Es ist dies eine gewichtige, aber schmerzlich zu beantwortende Frage. Sie wissen aus unseren Unterredungen, wem ich die Schuld unseres Rück-

Zu 24) [1]) Der besondere Anlaß zu dieser patriotischen Klage, den der Prinz damals gehabt hat, ist nicht recht klar. Eben in jenen Wochen suchte Rußland in der orientalischen Frage, wovon aber der Prinz vielleicht nicht unterrichtet war, Anschluß an Preußen. Doch in der Friedenszeit war die Anschauung von der Bedeutung der preußischen Armee in den europäischen Kabinetten gesunken, die preußische Politik suchte ängstlich jedes Anstoßen zu vermeiden, und England, Rußland, namentlich aber Österreich waren die führenden Mächte. Auch wem der Prinz die Schuld am Niedergang des Staats zuschreibt, wird sich mit Sicherheit schwer sagen lassen. Man könnte an die nähere Umgebung des Königs, den Fürsten v. Wittgenstein oder den Prinzen Karl von Mecklenburg denken, doch mag es auch wohl sein, daß er den verstorbenen Staatskanzler Fürsten v. Hardenberg im Auge hat.

schritts in allen Staatsverhältnissen beilegen muß; geholfen haben 1824.
freilich viele, aber wenn die Gehilfen kräftige Naturen und Geister waren, so würden sie es nicht dahin haben kommen lassen.

Die einzige Aufstellung jener Frage verpflichtet auf das heiligste, einem Volk von elf Millionen den Platz zu erhalten und zu vergewissern, den es durch Aufopferungen erlangte, die weder früher noch später gesehen wurden, noch werden gesehen werden. Aber hieran will man nicht mehr denken; im Gegenteil, man muß hören, daß es lächerlich sei, mit elf Millionen eine Rolle zwischen Nationen von 40 Millionen spielen zu wollen! Man vergißt aber dabei, daß drei Millionen jene Ereignisse begründeten und sich im Verbande mit einer sehr geschwächten alliierten Armee dem lang gefürchteten Koloß entgegenstellten. Und was damals bei drei Millionen der Enthusiasmus tat, muß jetzt bei elf Millionen die geweckte und beförderte Intelligenz tun.

Wenn man das lächerlich findet, schwindet selbst den Tüchtigsten und Kühnsten der Mut! Auch Alliierte wird in bedrängten Fällen eine Nation nicht mehr finden, die freiwillig ihren Rang aufgibt und daher den Auswärtigen ein Rival weniger ist, für dessen Wiederaufleben keine Partei Interesse hat und fühlt.

Und wenn man nichts mehr sein will, warum noch etwas scheinen wollen und deshalb mit ungeheuren Kosten eine Armee halten?

2. April 1824.

Erst heute las ich diese Zeilen über und sehe, daß Folianten folgen müßten, wollte ich alles aufführen, was aus dieser unserer Lage hervorgeht und was für Betrachtungen darüber anzustellen sind. Erfreulich sind sie nicht und machen böses Blut; ich schließe daher diesmal.

25] An General O. v. Natzmer.

Berlin, 18. Mai 1824.

Was das Gerücht[1]) schon länger verbreitet hatte, bestätigt 1824.
mir heute Ihr gütiger Brief! Seien Sie ganz von der Teilnahme 18. 5.

Zu 25) [1]) Verlobung Natzmers mit Luise Freiin v. Richthofen.

1824. meines Herzens überzeugt, das Sie als das eines Freundes seit lange kennen. Sie können sich daher lebhaft die Freude denken, welche mir das für Sie so wichtige und glückliche Ereignis gemacht hat. Glück braucht man Ihnen nicht mehr zu wünschen, da Sie es bereits gefunden haben, und kann man Sie nur glücklich preisen, daß Sie es fanden. Möge der Himmel Ihnen eine schöne Zukunft schenken, welche zu erwarten Sie berechtigt sind!

Daß Sie meiner sogleich gedachten in Ihrem Glück, ist ein zweiter Punkt, über den ich mich lebhaft freue. Mir fällt dabei ein, daß Sie ein solches zu tun in einer Unterredung mir versprachen, welche wir mit meiner Schwester Charlotte in Alexanders Palais bei Zarskoe-Selo im Jahre 1817 hatten. Also herzlichen Dank, daß Sie meiner gedachten, ein Beweis mehr, daß ich auf Ihre Freundschaft fortdauernd rechnen kann.

Wenngleich ich Ihre Braut nur als Kind gesehen habe, so ersuche ich Sie doch, mich derselben angelegentlichst zu empfehlen, welches sie gewiß entschuldigen wird, wenn Sie ihr sagen, daß einer Ihrer treuesten Freunde diesen Schritt sich untersteht zu tun. Möge der herzliche Wunsch, mit dem Sie Ihren Brief schließen, bald in Erfüllung gehen, und ich bald so glücklich sein, wie Sie es jetzt sind! Leben Sie wohl und „glücklich" ist wohl kaum nötig hinzuzufügen.

Stets Ihr treuer Freund Wilhelm.

NS. Ich werde reinen Mund halten, bis der Konsens da ist. Meine Schwester Alexandrine ist gestern abend sehr glücklich von einer Tochter entbunden.[2])

26] An König Friedrich Wilhelm III. von Preußen.

Berlin, 8. Januar 1825.

1825. 8. 1. Bei Überreichung des anliegenden Gutachtens[1]) über den Vorschlag, wie in der Folge beim Avancement zum Stabsoffizier

— [2]) Das zweite Kind aus der Ehe mit dem Herzog Paul Friedrich von Mecklenburg, Herzogin Luise, vermählt 1849 mit dem Fürsten Hugo v. Windischgrätz.

Zu 26) [1]) Der Prinz stand an der Spitze einer Kommission, die ein Gutachten ausarbeiten sollte über den Vorschlag des Generals v. Witzleben zur Neuregelung der Beförderung zu Stabsoffizieren, bei der bisher sowohl das Dienstalter wie auch die Ansicht der Vorgesetzten entscheidend waren.

zu verfahren sei, wage ich es, diese Zeilen mitzusenden, die mir 1825. einzig und allein das wahre Beste der Armee und danach einst das Wohl des Vaterlandes abdringen. Bei den Beratungen über den vorliegenden wichtigen Gegenstand ist vor allem ein Punkt in die Augen springend gewesen und von allen Mitgliedern der Kommission einstimmig als Hemmnis für die Möglichkeit der Erlangung des vorgesteckten Ziels anerkannt worden. Doch durfte die Kommission dieses Punktes in ihrem Bericht ehrfurchtshalber nicht erwähnen. Dagegen darf ich auf Ihre Gnade und Nachsicht rechnen, wenn ich das Betreffende jetzt erwähne.

Alle Vorschriften an die Vorgesetzten, wie sie ihre Untergebenen zu beurteilen haben, um daraus deren Qualifikation für höhere Posten abzuleiten, werden unzureichend sein, sobald diese Vorgesetzten selbst nicht ihrer ganzen Individualität nach ausgezeichnet dastehen und zu der bestimmten Voraussetzung Anlaß geben, daß man auf ihr Urteil fest bauen könne. Es ist daher ein Haupterfordernis, daß die Posten in der Armee vom Regimentskommandeur (inklusive desselben) aufwärts nur mit in allen Beziehungen ausgezeichneten Offizieren besetzt sind. Unsere Armee kann sich in dieser Beziehung gewiß nur glücklich schätzen, wenn sie sieht, wie dieses Erfordernis stets bei Besetzungen berücksichtigt worden ist. Aber dennoch sind viele höhere Offiziere in der Armee angestellt, die nur mittelmäßig, um nicht mehr zu sagen, ihre Posten ausfüllen. Es war bisher schwer, selbst hart, Leute der Art zu entlassen, weil man sie bei den kleinen Pensionssätzen einer traurigen Zukunft preisgeben mußte.

Jetzt aber, wo die Pensionen eine solche Höhe erreichen werden, daß man sich nicht mehr zu scheuen braucht, einen sonst gut gedienten Offizier, der sich aber nicht im Stande befindet, einen hohen Wirkungskreis auszufüllen, in den Ruhestand zu versetzen, da scheint mir der Augenblick gekommen zu sein, zum Wohl und Besten der Armee die Entlassungen eintreten zu lassen, die als erforderlich wirklich in die Augen springen. Ein günstigerer Augenblick kann sobald nicht wieder eintreten, denn gewiß ist es, daß viele einer solchen Entlassung unter den zu

1825. erwartenden Umständen der Pensionserhöhungen sich gewärtigen. Bleibt dagegen so mancher auf seinem hohen Posten, der nicht die völlige Qualifikation zu demselben hat, so ist er auch unstreitig das Hemmnis der Beförderung seiner Untergebenen, indem er das Talent nicht zu erkennen und zu beurteilen vermag. Jeden, der mit ihm auf gleicher Bildungsstufe steht, wird er natürlich für qualifiziert zur Beförderung finden, und so wird es klar, daß man unter solchen Umständen niemals den Zweck erreichen wird, der vorgesteckt ist, nämlich nur wirklich ganz geeignete Individuen höher zu poussieren. Denn der Beurteilende vermag nicht richtig zu urteilen.

Ich muß untertänigst um Verzeihung bitten, wenn ich unaufgefordert diesen Schritt tue. Aber das Wohl der Armee liegt mir zu sehr am Herzen, und der Augenblick, derselben einen Dienst zu leisten, scheint mir zu günstig, als daß ich es nicht hätte wagen sollen, das Gesagte auszusprechen. Der jetzige Augenblick genutzt — und die Armee wird sehen, welche Art von Offizieren ihr vorleuchten sollen.

Ihr gehorsamer Sohn Wilhelm.

27] An General O. v. Natzmer.

Potsdam, 1. April 1825.

1825. 1. 4. Endlich komme ich dazu, Ihnen, mein bester Natzmer, meinen herzlichsten Dank für Ihren lieben Brief zum 22. März und für alles, was er Freundschaftliches mitteilt, zu sagen. Wenngleich Ihr Wunsch, daß ich an jenem Tage mich zugleich am lang ersehnten Ziele[1]) sicher angelangt sehen möchte, freilich nicht in Erfüllung gegangen ist, so stehe ich nichtsdestoweniger demselben sehr nahe, indem der König nur befohlen hat, das Fest[2]) abzuwarten, um bei seiner Rückkehr nach Berlin seine endlichen Bestimmungen mir bekannt zu machen, womit dann die Sache auch wohl wird offiziell werden dürfen. Über die Art,[3]) auf welche

Zu 27) [1]) Der Verlobung mit Prinzeß Elise Radziwill. — [2]) Der Vermählung der jüngsten Schwester Luise mit dem Prinzen Friedrich der Niederlande 21. Mai 1825. — [3]) Es war die Adoption der Prinzessin Elise

wir an dies Ziel gelangt sind, sage ich Ihnen weiter nichts, als daß ich sie nicht zugegeben haben würde, wenn sie nicht gänzlich ohne mein Vorwissen geschehen wäre, so daß ich erst benachrichtigt wurde, als bereits alles in Richtigkeit und die Einwilligung aus Posen auch schon angelangt war. So konnte ich also nur das Opfer annehmen, was die Radziwillsche Familie gebracht hatte! 1825.

Wie glückselig ich in Posen war, brauche ich jemandem, der erst seit wenigen Monaten in den Ehestand getreten ist, wohl nicht umständlich auseinanderzusetzen. Es genüge Ihnen, wenn ich versichere, daß ich glücklicher mich fühle, als ich es mir nur hätte träumen können![4])

Ihre liebevolle Teilnahme an dem mir zugestoßenen Unfall[5]) hat mich gerührt! Die Sache ist gefährlicher als schmerzhaft gewesen und vorzüglich durch die Rückreise verschlimmert worden. Aber gereist zu sein, werden Sie mich nicht tadeln; mein Urlaub war um, und jedes längere Ausbleiben hätte aus der Entfernung einen anderen Schein als den der Notwendigkeit getragen, unter so bewandten Umständen. Wie schwer es mir jedoch ward, mit der Überzeugung zu reisen, daß es besser sei, zu bleiben, bedarf unter solchen Verhältnissen keiner Versicherung! Ich muß mich noch sehr schonen, eine Sache, die ich bisher kaum kannte, deren Notwendigkeit ich aber leider einsehe, indem mir alles leicht Kopfschmerzen zuzieht; ich soll morgen zum erstenmal das Pferd besteigen.

28] An General O. v. Natzmer.

April 1825.

Sie wünschen mir Glück zu meiner Promotion zum kommandierenden General,[1]) und gerne nehme ich diesen Glückwunsch 1825. April.

---

durch den Prinzen August von Preußen geplant worden. — [4]) Der Prinz hatte mit Erlaubnis des Königs die Familie Radziwill in Posen besuchen und also die Einwilligung des Königs zur Verlobung voraussetzen dürfen. — [5]) In Posen war er bei einem Sturz von der Treppe schwer auf den Kopf gefallen, kehrte indessen trotz seines sehr leidenden Zustandes zur rechten Zeit nach Berlin zurück, um dem Argwohn keine Nahrung zu geben.

Zu 28) [1]) Der Prinz war unter Beibehaltung seiner Stellung als Kommandeur der 1. Garde-Division am 22. März 1824 interimistisch und am

1825. an, da ich in der Ernennung einen hohen Beweis der Gnade und des Vertrauens des Königs sehe. Niemand konnte aber diese Beförderung überraschender kommen, als mir; auch glaubte ich, wie Sie, mir würde das Gardekorps zuteil werden, und diese Veränderung am 30. März erfolgen. Nun denken Sie sich mein Erstaunen, als mir am 22. der König die Kabinettsorder selbst übergab, welche die Bestallung enthielt; ich war halb versteinert.

Daß das Kommando eines Provinzial-Armeekorps bei weitem interessanter als das der Garde ist, unterliegt keinem Zweifel; doch würde ich, wäre ich befragt worden, die Erteilung der Garde vorgezogen haben, weil es mir noch an der Routine im Führen der Truppen fehlt, welche ich bei dem zusammenstehenden Gardekorps leichter erlangt haben würde, da hingegen ich gerade beim III. Armeekorps selten in den Fall komme, das Korps zusammenziehen zu können. Dies ist also eine große Annehmlichkeit, die ich entbehren werde. Außerdem wäre ich gern länger in dem bisherigen Verhältnis geblieben. Ich fühlte mich höchst glücklich und zufrieden und hatte ausgezeichnete Untergebene, die mich verstanden, gegenseitiges Vertrauen war eingetreten, und die Maschine ging recht gut auf diese Art. Diesen Wirkungskreis binnen kurzem ganz aufgeben zu müssen, wird mir unendlich schwer, um so mehr, da ich gerade in der jetzigen Zeit so viele Beweise der Anhänglichkeit meiner alten Untergebenen erhalte, und da ich weniger als irgend jemand ehrgeizig sein kann, so fühle ich in dem erwarteten Wirkungskreise kaum Ersatz für das, was ich aufgebe. Die Gnade und das Vertrauen des Königs entschädigen freilich für alles.

Mein Nebenmann, Herzog Karl, wird mir das Leben viel saurer in meiner jetzigen Stellung machen, als in der alten untergebenen. Schon jetzt macht er eine Vorstellung nach der andern, um eine isolierte Stellung zu erhalten, und will sogar eine neu erschienene Instruktion des Königs nicht anerkennen. Seine Tendenz, isoliert und ganz oben zu stehen, verleugnet sich

22. März 1825 definitiv zum Kommandeur des III. Armeekorps ernannt worden. Herzog Karl von Mecklenburg, Bruder der Königin Luise, kommandierte das Gardekorps.

nie. Natürlich kann ich mir dies nie gefallen lassen, und so werden wir wohl bald aneinander geraten. Auch will er das Tauentziensche Haus[2]) für sich haben, was mir schon überwiesen ist und ich zu beziehen gedenke, wenn er es nicht auch noch davonträgt. 1825.

Nun leben Sie wohl. Im Herbste, denke ich, sehen wir uns bei der interessanten Revue von Leuthen! Möchte doch der klassische Boden alle Geister, vor allem die schwachen beleben!

Ihr treuer Freund Wilhelm.

29] An General O. v. Natzmer.

Teplitz, 2. Juli 1825.

Teplitz ist in diesem Augenblicke schon so besucht und selbst von der Gesellschaft so zahlreich, wie sonst nur Mitte Juli. Ich bin wieder hergekommen — ich weiß kaum wie? Ich sollte in ein Schwefelbad am Rhein; das war mir wegen der Herbst-Rheinreise zu viel, da ich Ende August in Frankfurt a. O. zur Übung wieder sein muß. Da ward Warmbrunn vorgeschlagen und vom König akkordiert; ich hielt es aber für meine Pflicht, den König zu fragen, ob er an die Nähe von Ruhberg[1]) gedacht habe, daher ich ohne spezielle Erlaubnis wohl nicht nach Warmbrunn zu gehen glauben durfte. Der König hatte dies außer acht gelassen, und da sich meine Angelegenheit noch immer trainiert, so befahl der König, daß ich wieder hierher gehen und Prinzeß Luise und Elise noch vermeiden möchte. So bin ich denn hier, ohne vom Bade sonderlichen Effekt mir zu versprechen, da jetzt mehr meine Nerven als mein Rheumatismus aufgeregt sind. 1825. 2. 7.

Was sagen Sie zu dem Trainieren meiner Angelegenheit? Kaum bin ich hergestellt, so schickt mir Wittgenstein[2]) ein Memoire, was alles aplaniert und arrangiert, aber zugleich neue Bedenken gegen das Memoire; ich dachte, ich sollte aus der

---

[2]) Das bekannte spätere Palais des Kaisers in Berlin Unter den Linden.

Zu 29) [1]) Schloß der Familie Radziwill in Schlesien. „Der Engel von Ruhberg" war eine im Lande übliche Bezeichnung für Prinzeß Elise. — [2]) Fürst v. Wittgenstein, langjähriger Hausminister.

1825. Haut fahren. Er hatte seit fünf Jahren diese Adoptionsidee gehabt, endlich setzt er sie durch, und als alles richtig ist, läßt er gegen seinen eigenen, seit fünf Jahren als Hausminister überdachten Plan Schwierigkeiten aufstellen. Gibt es etwas Unwürdigeres? Darf ich, darf Prinzeß Luise und Elise, selbst der König so das Spielwerk der Intriguen und Kabalen sein? Er fühlte dies auch und zog sich zurück, scheinbar, indem er alles an Müffling[3]) übertrug, aber hinter den Kulissen bleibend. Müffling ist früher ein acharnierter Gegner gewesen. Seitdem er alles revidiert, ist er zu andern Ansichten gekommen, vollkommen unparteiisch und hat alles von neuem arrangiert. Da man sich in ihm geirrt und keinen Opponenten gefunden hat, so ist auch nicht möglich, daß seine Vorschläge ins Leben treten.

Wer kann nun noch an Intriguen, Kabale zweifeln, die Müffling auch ganz durchschaut. Setzen Sie sich in meine Lage, welche Geduld muß ich zusammensuchen! Wüßte ich nicht, daß diese allein mir helfen kann, so hätte ich längst schon einen von den saubern Herrn umgerannt. Der König hat neulich geäußert, in sechs Wochen würde wohl alles sich entscheiden. Gott gebe es! Nun adieu! Ihrer Frau viel Schönes, stets

Ihr treuer Freund Wilhelm.

30] An General O. v. Natzmer.

Berlin, 16. Dezember 1825.

1825. 16. 12. Was sagen Sie zu dem entsetzlichen Unglück, was Europa getroffen hat![1]) Konnte man etwas Unerwarteteres sich denken, konnte ein größerer Verlust jetzt wohl eintreten! Ich gestehe, mein Innerstes ist wie umgekehrt, ich kann es noch immer nicht fassen, daß dieser herrliche Mann, diese großartige Seele, dieser Herrscher im wahren Sinne des ganzen Wortes, nicht mehr ist! Und was verliere ich persönlich nicht im Kaiser! Sie selbst waren Zeuge, mit welcher Gnade und Liebe er mich

---

[3]) Generalstabschef der Armee.

Zu 30) [1]) Tod Kaiser Alexanders I. von Rußland.

überhäufte; bei jedem neuen Zusammensein steigerten sich die Beweise seiner Gnade, so daß die hohe Verehrung, die ich stets für ihn hatte, nun auf den höchsten Punkt stieg, da ich so ganz in dem edlen Herzen lesen konnte. 1825.

Der König hat mir befohlen, nach Petersburg zu gehen, sobald die Nachricht über den Regierungsantritt eines der Großfürsten erfolgt ist. Welch ein Wiedersehen mit meiner Schwester wird das sein, überhaupt mit allen Gliedern der Familie! Ich kann mir ganz Petersburg unter diesen schrecklich veränderten Umständen gar nicht denken! Es wird mir ein wahrer Traueraufenthalt sein. Wären Sie doch jetzt hier gewesen, wie gern würde ich Sie zu meinem Begleiter gewählt haben! Es wird nun der kleine Thile mich begleiten, er hat zwar stark wegen seiner Unkenntnis der französischen Sprache remonstriert, aber der König hat doch für ihn gestimmt, denn sein Verstand kann mir vielleicht von Nutzen sein. Auch Brause hatte ich mit vorgeschlagen, aber seine Gesundheit erlaubt es nicht. Außerdem geht Major Gerlach[2]) noch mit.

Was für Fragen liegen jetzt vor Europa zur Entscheidung! Zuerst, wer wird Thronfolger sein? Aus allem scheint hervorzugehen, daß Konstantin[3]) resigniert und Nikolaus den Thron besteigt. Was wird aus der griechischen Angelegenheit werden, die fast bis zum Losschlagen gediehen war beim seligen Kaiser? Wie leicht kann für ganz Europa Krieg daraus entstehen! Unberechenbar sind die Folgen, und zunächst scheint mir für Preußens Politik eine bedeutende Veränderung bevorstehen zu müssen. Das wird immer klarer werden, wenn der neue Kaiser uns auch noch so ergeben ist.

Was die kriegerischen Aussichten betrifft, so wären mir diese, als Soldat gesprochen, im höchsten Grade erwünscht. Durch Schöning habe ich Ihnen das Avancement bekannt machen lassen, zu welchem ich Sie im Kriege bestimmen möchte. Sie werden

---

[2]) Major v. Gerlach, damals im Generalstab des III. Korps, hat in seinen Denkwürdigkeiten über diese Reise kurz berichtet. — [3]) Konstantin, der nächstälteste Bruder Alexanders, hatte verzichtet, die Thronfolge war dem dritten Bruder Nikolaus übertragen.

1825. vielleicht einwenden, daß es im allgemeinen mit einer Division mehr zu tun gibt als mit einem Kavallerie-Reservekorps; das gebe ich zu, aber, wenn dieses zur Handlung kommt, dann muß es auch geführt werden, und das kann nicht jeder, daher ließ ich Sie umsatteln! Schöning hat mir gesagt, Sie wünschten zu wissen, was ich sonst für Einteilungen traf. Diese meine Phantasie, welche niemandem schadet, will ich Ihnen gern mitteilen.

Die Garden müssen mit ihrem Herzog auch hinfüro vorlieb nehmen. Die andern 8 Korps gebe ich: dem Kronprinzen, den Prinzen Wilhelm, August und Friedrich, den Generalen v. Jagow, Ryssel I, Brause und meiner Wenigkeit, da ich mich doch nicht degradieren kann. Die beiden Reserve-Kavalleriekorps gehören Ihnen und Marwitz; schade, daß wir nur zwei formieren können, aber ich wäre auch sehr embarassiert um den dritten Führer. Die 16 Divisionen habe ich wie folgt besetzt: Karl und Alvensleben bei der heiligen Schar,[4]) 1. Graf Lottum, 2. Müffling, 3. Zepplin, 4. Bor[cke], 5. Thile I, 6. Krauseneck, 7. Pfuel, 8. Rüchel-Kleist, 9. Grolman, 10. Hiller II, 11. Thile II, 12. Luck,[5]) 14. Block, 15. Löbell II, 16. Brandenburg (letzterer, weil er gewiß bei der Infanterie mehr auf seiner Stelle ist, wie er selbst fühlt und wünscht). Bei dem Kavalleriekorps zu Divisionären: Generalleutnant v. Lützow die Gardekavallerie, die Generale Borstell, Sohr, Graf Dohna, Prinz von Hessen.[6])

---

[4]) Heilige Schar ist scherzhafte Bezeichnung des Gardekorps. — [5]) 13 fehlt. — [6]) Der Kronprinz war Kommandeur des 2. Korps — Generalleutnant Prinz Wilhelm (Bruder des Königs) Chef des 2. Dragoner-Regiments — Prinz August (Brudersohn König Friedrichs II.) Chef der Artillerie — Prinz Friedrich (Brudersohn König Friedrich Wilhelms III.) führte die 14., v. Jagow die 8. Division, v. Ryssel die 1., v. Brause die 5., v. Natzmer die 11. Division, v. Marwitz die 5. Kavallerie-Brigade, Prinz Karl von Preußen die 2. Garde-Infanterie-Brigade, v. Alvensleben die 2. Garde-Division, Graf Lottum die 1. Division, v. Müffling war Chef des Generalstabes, v. Zepplin führte die 3. Division, v. Borcke die 4., v. Krauseneck die 6. Division, v. Pfuel die 7. Landwehr-Brigade, v. Rüchel-Kleist die 3. Infanterie-Brigade, v. Grolman war Ende Oktober wieder in die Armee als Kommandeur der 9. Division aufgenommen, v. Hiller die 10. Division, v. Thile II die Garde-Landwehr-Brigade, v. Luck die 13. Division, v. Block die 1. Garde-Landwehr-Brigade, v. Loebell die 8. Kavallerie-Brigade, Graf Brandenburg die 1. Garde-Kavallerie-Brigade, v. Lützow die 13. Ka-

Alle nicht genannten und übergangenen hohen und niederen 1825.
Generale erhalten die Generalkommandos in den Provinzen, werden mit der Formation der Reserven betraut oder bleiben in ihrem Posten bei der mobilen Armee.

Nun bitte ich Sie, einen Rotstift zu nehmen und zu korrigieren, denn ich kenne viele nicht genau genug, um zu wissen, ob sie taugen oder noch bessere sind. Nach Petersburg bitte ich aber Ihre Veränderungen und Vorschläge nur durch einen preußischen Kurier mir zukommen zu lassen, denn, da man alles dort liest, so möchte eine so bedeutende Veränderung gegen die Rangliste auffallen.

Nun leben Sie wohl und folgen Sie mir in Gedanken nach dem fernen Norden. Ihrer lieben Frau meine angelegentlichsten Empfehlungen. Ihr Weyrach wird schwer zu ersetzen sein.

Ihr Freund **Wilhelm**.

31] An General O. v. Natzmer.

Berlin, 12. Mai 1826.

In doppelter Schuld stehe ich gegen Sie, denn Ihren Brief 1826.
vom Dezember ließ ich unbeantwortet, und nun erhielt ich vor 12. 5.
einigen Tagen wiederum einen so gütigen Brief von Ihnen. Für beide sage ich Ihnen meinen besten Dank. Auf den ersteren wollte ich Ihnen aus Petersburg antworten, wo Sie Lokalitäten und Personalitäten so genau kennen, aber — für eine Unwahrheit werden Sie halten, wenn ich Ihnen sage, daß ich in den drei Monaten des dortigen Aufenthalts keine Zeit erübrigen konnte. Nächst allen erhabenen Eigenschaften seines zu früh entschlafenen Bruders hat der jetzige Kaiser aber auch dessen Ihnen wohlbekannte Inexaktitude, womit ein enormer Zeitverlust verbunden ist; dann waren alle meine Augenblicke meiner Schwester gewidmet, wie Sie leicht denken können, und drittens war meine

vallerie-Brigade, v. Borstell das VIII. Armeekorps (ein zweiter v. Borstell die 6. Kavallerie-Brigade), v. Sohr die 4., Graf Dohna die 14., Prinz von Hessen die 11. Kavallerie-Brigade, v. Thile I hat damals wohl keine aktive Dienststellung bekleidet. An dieser Liste änderte Natzmer nur wenige Namen.

1826. Korrespondenz an den König etwas sehr zahlreich und voluminös, denn es gab gar viel zu berichten aus jenem eigentümlichen Lande, in einem so merkwürdigen Moment. Wohl 30 Briefe erhielt der König von mir und keinen unter 8, viele zu 16 und 20 Seiten, so daß selbst alle Geschwister etwas aufsässig gegen mich sind, daß ich ihrer so wenig mit Schreiben gedenken konnte. Also, nun auch Ihre Verzeihung zu erhalten, mußte ich diese Einleitung vorausschicken.

Ja, das war ein merkwürdiger Aufenthalt! Aber wie Sie sehr richtig bemerken, ich habe die Überzeugung gewinnen können, daß sich alles sehr konsolidiert hat, so daß ich Rußland mit der Überzeugung verlassen habe, daß nach menschlichen Ansichten alles geschehen ist, um die Ruhe herzustellen und zu sichern. Freilich, sollten noch schwerere Ereignisse jenen Zaren treffen, so sind dies Wege der Vorsehung, gegen die freilich keine irdische Polizei etwas vermag. Die Scham über alles Vorgefallene und Entdeckte ist ungemein groß in Rußland in allen Klassen.[1]) Aber eine merkwürdige Äußerung hört man oft, die entweder von geringer Geschichtskenntnis zeugt oder eine eigentümliche Naivität und Illusion voraussetzt, nämlich die, wie traurig dies Ereignis für den Adel sei, pour notre noblesse, qui jusqu' à présent a été si pure. Widersprechen ging da nicht, weil es Wahrheiten zu Tage gefördert hätte, die lieber ungesagt bleiben, doch wahr sind.

Des Kaisers herrliches Benehmen in jenen verhängnisvollen fünf Stunden des 26. Dezember hat für ihn, für Rußland, für Europa entschieden. Nichts in der Welt konnte ihm im ersten Moment seiner Regierung so das Vertrauen des Volkes und Europas gewinnen. Und dieses zu gewinnen, war von der höchsten Wichtigkeit für den Nachfolger Alexanders.

Sein ganzes Benehmen nun auch fortwährend in administrativer und politischer Hinsicht zeigt von ungemein großen Eigenschaften; Festigkeit, Bestimmtheit und Scharfblick sprechen sich in allem aus, und sein Volk sieht mit großem Vertrauen und großer

---

Zu 31) [1]) Der bei dem Thronwechsel ausgebrochene Dekabristen=Aufstand ist gemeint.

Verehrung auf seinen jungen Herrscher, da er die inneren Angelegenheiten des Landes aus den Klagen kennt, die er als Großfürst hörte, und woher er denn sehr emsig auf Besserung der Administration denkt, aber selbst sagt: Diese kann ich nur von der Besserung der Menschen gründlich erwarten; also ist seine jetzige Arbeit nur Gründung dessen, was einst spätere Geschlechter erleben werden. Seine Tätigkeit ist sehr erhebend anzusehen. 1826.

Die Folgen meines Sturzes, wonach Sie sich erkundigen, sind seit einigen Tagen erst ganz geheilt, indem ich nun wieder ohne Schmerzen reiten kann; es war eine Quetschung am Rückgrat.

Sehen wir Sie nicht auf Ihrer Reise nach dem Bade hier? Warum wählen Sie nicht Teplitz, wo ich trotz meines Sträubens auch wieder hin soll, denn ich habe in Rußland rasend an rheumatischen Beschwerden gelitten.

Daß Ihrer Frau das Geschenk meiner Schwester Freude gemacht hat, wird Charlotte sehr lieb sein; legen Sie mich der Exzellenz Gemahlin zu Füßen.

Über die Kavallerieführung ist noch nichts entschieden; ich bleibe aber bei meiner Ansicht über mich, sehr gern würde ich eine Division führen. Nun adieu, Ihr Freund Wilhelm.

32] An König Friedrich Wilhelm III. von Preußen.

23. Juni 1826.

Sie haben, teuerster Vater, die Entscheidung für mein Schicksal gegeben, die ich ahnen mußte, aber mich zu ahnen scheute, solange ein Strahl von Hoffnung mir noch blieb. 1826. 23. 6.

Lesen Sie in meinem Herzen, um in demselben den unaussprechlichen Dank zu finden, der es belebt für alle die unzähligen Beweise Ihrer Gnade, Liebe und Langmut, die Sie mir in diesen bewegten fünf Jahren gaben, vor allem aber noch für den unbeschreiblich tief mich ergriffen habenden Brief vom gestrigen Tage. Welchen Eindruck er mir gemacht, bin ich nie imstande zu schildern. Ihre väterliche Liebe, Gnade und Milde, Ihre liebevolle Teilnahme bei dem schweren Geschick, das mich trifft, das

1826. Vorhalten meiner Pflichten in meinem Stande, die Anerkennung der Würdigkeit des Gegenstandes, dem ich meine Neigung geschenkt habe, die Erinnerung an alle Versuche, welche Ihre Liebe zu Ihren Kindern Sie unternehmen ließ, um die Wünsche meines Herzens zu erfüllen — alles, alles dies in den Zeilen zu finden, die mein Schicksal entschieden, mischte in mein erschüttertes Herz so viel Trost und so unaussprechliches Dankgefühl, daß ich nur durch die kindlichste Liebe und durch mein ganzes Verhalten in meinem künftigen Leben imstande sein werde, Ihnen, teuerster Vater, meine wahren Gesinnungen zu bestätigen. Ich werde Ihr Vertrauen rechtfertigen und durch Bekämpfung meines tiefen Schmerzes und durch Standhaftigkeit in dem Unabänderlichen diese schwere Prüfung bestehen. Gottes Beistand werde ich anrufen. Er verließ mich in so vielen schmerzlichen Augenblicken meines Lebens nicht, er wird mich auch jetzt nicht verlassen. So schließe ich diese wichtigen Zeilen zwar mit zerrissenem Herzen, aber mit einem Herzen, das Ihnen, teuerster Vater, inniger denn je anhängt! Denn Ihre väterliche Liebe war nie größer als in der Art der schweren Entscheidung!

33] An General O. v. Natzmer.

Teplitz, 29. Juli 1826.

1826. 29. 7. Sie werden bereits durch Brause in Kenntnis gesetzt worden sein, bester Natzmer, welch ein hartes Los mich nun endlich doch getroffen hat! Es gehört eine seltsame Kraft dazu, seine teuersten, ja die höchsten Wünsche aufopfern zu müssen! Aber in welchem Grade muß sich bei mir diese Kraft steigern im Aufgeben einer Verbindung, die von allen Seiten der zunächst Interessierten gewünscht ward, — und die nur äußere Verhältnisse lösen, — und in welcher ich nun so viele, viele Jahre lang mein ganzes Glück träumte und seit den letzten vier Jahren in unausgesetzter Spannung erhalten ward, und sogar [mich] bis völlig ans ersehnte Ziel auch gelangt sah! Ich darf es wohl aussprechen, daß mir durch menschliche Verwicklung in dieser langen Zeit arg mitgespielt worden ist; doch deswegen kommt kein Groll gegen

dieselben in mein Herz. Gott bedient sich der Menschen auf 1826.
Erden als seiner Werkzeuge, durch die er unsere Schicksale leiten läßt nach seinem Willen. Da ist also auch nur frommes und geduldiges Unterwerfen unter höhere Beschlüsse angebracht; der, der so schwer prüft, gibt uns auch die Wege des Trostes und der Stärke an, die wir in solchen Zeiten einzuschlagen haben! Fest werde ich daran halten, aber das Herz ist tief erschüttert, und der Menschen Trost und Teilnahme tut ihm zwar unendlich wohl, aber diese vermögen es nicht zu heilen! Im Innern die Ruhe herzustellen, die demselben nötig ist, um nach gewohnter Art tätig zu sein und durch Beruf und Pflichterfüllung sich entschädigt oder zufriedener zu sehen, dazu bedarf es der Zeit!

In den ersten Tagen war ich zerschmettert, — jetzt nagt an mir, trotz allem Kampf dagegen ein anderer Schmerz, der der Leere in mir, der entsetzlich ist. Der Kontrast ist zu arg zwischen den Gefühlen, die mich sonst bei dem Gedanken an den nun verlorenen Gegenstand durchglühten und denen, die mich jetzt bei demselben erstarren, da alles hoffnungslos geworden ist! Der König war bei der schweren Entscheidung unendlich gnädig und liebevoll für mich — und daß ich ihm so gegenüberstehe, nach solchen Ereignissen, halte ich für das größte Glück.

Ich bin in dieser ganzen Angelegenheit nie blind gewesen; ich habe mir nie verheimlicht, wie ungewöhnlich diese gewünschte Verbindung wäre, und wie viel sich gegen dieselbe sagen ließ. Da ich sie aber nie für unmöglich hielt und ich hierin meine Ansicht auch nicht ändern kann, wenngleich mich dieses niemals verleiten wird, irgend eine Hoffnung ferner zu nähren, so konnte ich sie auch nicht so leichten Kaufes abgeben — bei dem Gedanken an das Wesen, welches der Gegenstand des Kampfes war! Immer habe ich Entscheidung verlangt, und immer kam man, meine Ansichten zu befragen. Diese sind nun stets diametralement denen entgegengesetzt gewesen, die man mir mitteilte. Jetzt nun erfolgte das Verlangte, — eine Entscheidung ohne Befragen, — und jetzt mußte sie mich um so mehr überraschen und erschüttern, da ich gar nicht ahnte, daß sie erfolgen würde, und noch, als ich die Papiere öffnete, glaubte, den alten Gang befolgt

1826. zu sehen. Versteinert stand ich da, als ich die endliche Entscheidung gelesen hatte.

Ihrer Teilnahme war ich stets versichert: in diesem schweren Augenblick bin ich es mehr denn jemals! Wir sehen uns diesen Herbst, dann mündlich mehr. Wie hätte ich gewünscht, Sie hier zu finden. Der hiesige Aufenthalt, so kontrastierend mit meiner Stimmung, ist mir durch seine Zerstreuungen doch wohltätig gewesen, so schwer auch mancher Augenblick war. Ich ängstige mich ordentlich für das Einsame in meinem Berliner Zimmer, und doch sehne ich mich nach Hause. Also auf Wiedersehen! Ihrer Frau tausend Schönes. Stets Ihr treuer Freund Wilhelm.

34] An General O. v. Natzmer.

Berlin, 21. Dezember 1826.

1826. 21. 12. Zuvörderst danke ich Ihnen, bester Natzmer, für Ihr gütiges Schreiben; demnächst melde ich mich mit gleicher Dekoration. Wir beide verdanken diese Auszeichnung[1]) dem Herzog von Cumberland, der, während wir für Hannover im Zelt zu Quatre-Bras[2]) froren, an unserer Ausschmückung arbeitete. Ihre Brust panzert sich nachgerade ganz gehörig, und mich freut es, daß ich mittelbar habe die Veranlassung sein können, Ihnen eine so viel verdiente öffentliche Auszeichnung angedeihen zu lassen.

Sie werden gewiß recht erschreckt gewesen sein über das Unglück, das dem armen König begegnet ist, Gott sei Dank geht es den Umständen nach wundersam gut. Im Fuß sind keine Schmerzen, außer am ersten Tage einige heftige Wadenkrämpfe. Gestern noch sagte der König, daß, wenn er nicht wüßte, daß er einen gebrochenen Fuß habe, die Empfindung es ihm nicht verraten würde. Der Humor ist im allgemeinen merkwürdig gut; das Liegen ist für jemand, der so lebendig und beweglich [ist], wie der König, eine gewaltige Geduldsprüfung. Die Ärzte sind mit

Zu 34) [1]) Der Prinz und Natzmer hatten den hannöverschen Guelphen-Orden erhalten. — [2]) Im Herbst 1826 hatten beide den Manövern der hannöverschen Armee beigewohnt und mit dem Herzog von Cumberland in einem Hause Aufenthalt genommen.

allem sehr zufrieden, vermuten eine rasche Heilung und in sechs 1826.
Wochen das erste Aufstehen.[3])

Von meinem hannöverischen Sturz habe ich lange Nachwehen, indem ich noch Einreibungen brauchen muß, da eine Schwäche zurückgeblieben ist.[4]) Leben Sie wohl. Ihrer Frau empfehle ich mich angelegentlich; Brause ist enchantiert von ihr, wie ein jeder. Viel Schönes dem Prinzen von Hessen.[5])

Stets Ihr treuer Freund Wilhelm.

35] An General O. v. Natzmer.

Berlin, 21. Dezember [1826].

In Weimar habe ich eine sehr angenehme Zeit verlebt, ob- 1826.
gleich es Momente gab, die mir sehr schmerzlich sein mußten, da 21. 12.
ich ein Glück entstehen sah, wie ich es erst vor wenigen Monaten verloren hatte. Der Befehl zu dieser Reise ist ein Beweis, daß mir das Leben nicht leicht gemacht wird. Abgesehen hiervon war der Aufenthalt charmant. Wir erhalten einen herrlichen und dignen Zuwachs zu unserer Familie.[1])

Meine Jagdpassion habe ich gehörig befriedigen können: siebzig Hasen, dreißig Fasanen und zwei Hirsche auf einen Schuß sind meine Trophäen von sieben Jagden.

36] An den Generalleutnant v. Brause.[1])

Berlin, 28. August 1829.

Vielfältige Erfahrungen und noch die neuerdings bei der 1829.
Detachementsübung Eurer Exzellenz Division haben gelehrt, daß 28. 8.

[3]) Durch die treue Pflege des Königs erwarb sich die Fürstin von Liegnitz, zweite (morganatische) Gemahlin des Königs, damals die Zuneigung des Königlichen Hauses und Hofes. — [4]) Von diesem Sturz ist uns nichts bekannt. — [5]) Prinz Friedrich von Hessen-Kassel war Kommandeur der 11. Kavallerie-Brigade unter Natzmer.

Zu 35) [1]) Prinzessin Marie von Sachsen-Weimar, mit der sich Prinz Karl von Preußen am 26. Mai 1827 vermählte.

Zu 36) [1]) Kommandeur der 3. Division in Frankfurt.

1829. die Truppen den Fatiguen der Märsche, wenn sie etwas angestrengter als gewöhnlich sind, leicht unterliegen und eine Masse von Ermatteten (Maroden) hinter sich zurücklassen. Es kann dies seinen Grund nur haben 1. in der Jugend unserer Soldaten, 2. in der Ungewohntheit und 3. im üblen Beispiel. Da es aber eine der Haupttugenden des Soldaten ist, Fatiguen im hohen Maße zu ertragen, und zwar während noch so fatiguanter Märsche immer beisammen zu bleiben, um am Ende derselben sich noch mehrere Stunden mit dem Feinde schlagen zu können, so ist es durchaus unerläßliches Erfordernis, die Mannschaften durch mehr Übung an das Ertragen solcher Anstrengungen zu gewöhnen. Ich gebe Eurer Exzellenz daher auf, die unterhabende Infanterie, denn von dieser ist hier hauptsächlich nur die Rede, dahin zu instruieren, daß sie jahraus jahrein wenigstens alle 14 Tage Märsche von zwei bis drei Meilen und darüber mit völligem Gepäck mache. Es versteht sich, daß die Tornister bei diesen Märschen wirklich gepackt sind oder wenigstens eine Schwere haben, die der wirklichen Packung gleichkommt. Es ist mit diesen Märschen stets eine Manöveridee zu verbinden, damit die Mannschaft in Anspannung unterhalten werde.

Was das erwähnte üble Beispiel betrifft, so ist es sehr oft der Fall, daß, wenn erst einige Marode zurückgeblieben sind, sich deren bald mehrere finden, weil die Schande, der erste zu sein, überstanden ist, und so nun mancher liegen bleibt, der es noch gar nicht nötig hätte. Aus diesem Grunde muß es dem Soldaten zur Ehrensache gemacht werden, sich in Ertragung von Fatiguen zu üben, und die Offiziere und Unteroffiziere müssen es an dahin zweckenden Aufmunterungen nicht fehlen lassen. Auch muß den schwächeren Leuten aufgegeben werden, durch eigene Übung außer dem Dienst Abhärtung gegen Fatiguen zu gewinnen.

Ich brauche wohl kaum zu erinnern, daß bei dergleichen Übungen, die freilich nur auf Ertragung von Anstrengungen und Überwindung von Müdigkeit gerichtet sind, die möglichste Schonung des einzelnen und individuelle Berücksichtigung eintreten muß, und daß dies namentlich bei der erst eingetretenen Ersatzmannschaft nötig ist, damit nicht von Anfang an zu viel

gleich verlangt wird, wodurch nicht nur Unlust verbreitet wird, sondern auch der Gesundheit des jungen Soldaten sehr leicht Nachteil gestiftet werden kann. Es werden daher anfänglich für die junge Mannschaft Märsche ohne Gepäck angeordnet werden müssen und mit Tragung desselben gradatim fortgeschritten werden. 1829.

In den Monaten April und Mai, wo die gründliche Ausbildung der Ersatzmannschaften die ganze Tätigkeit der Truppen in Anspruch nimmt, können diese Marschübungen modifiziert werden, worauf dann aber die heiße Jahreszeit bis zu den Herbstübungen vorzüglich zu diesen Märschen genutzt werden muß. Indem ich diesen wichtigen Teil der Ausbildung der Truppen den Herren Befehlshabern dringend empfehle, vertraue ich bei der Ausführung derselben auf deren Umsicht und gerechte Berücksichtigung der zu Schonenden.

Wilhelm, Prinz von Preußen.

37] An Unbekannt.

Neues Palais, 20. Oktober 1831.

Ja! der Himmel hat es sehr wohl mit uns gemeint, indem er uns einen Sohn schenkte, und somit alle unsere Wünsche in Erfüllung gingen! Der Tag, den sich der Kleine zur Geburt wählte,[1]) zeigt von vielem Verstand und Weltkenntnis. Möge er diese Eigenschaften Zeit seines Lebens dokumentieren! Die Prinzeß ist sehr angegriffen, denn die Entbindung war gar schwer! ... Mit Gottes Hilfe wird alles gut vorübergehen. Der Kleine ist kräftig und gesund, aber auch stark und schwer. ... Er mißt 20 Zoll und wiegt 11 Pfund. ... 1831. 20. 10.

38] An den Oberbaurat Schinkel.

Berlin, 26. Januar 1832.

Ihr kolossaler Plan frappierte mich neulich so, daß ich gar nicht dazu kam, Ihnen den projektierten Plan des Sackenschen 1832. 26. 1.

Zu 37) [1]) Geburtstag des späteren Kaisers Friedrich am Schlachttage von Leipzig, 18. Oktober 1813.

1832. Palais[1]) zu zeigen usw. (Ausführliche Details über den geplanten Umbau.) Die Bleistiftprojekte sind die jüngsten Kinder meiner Laune.

Nachschrift: Auch sende ich Ihnen die Pläne des Sackenschen Palais, welche H. Reimer gehören. Ich wünsche aber, daß R. nichts davon erfährt, daß wir uns mit seinem Hause beschäftigen.

39] An General v. Grolman.

31. März oder Anfang April 1832.

1832. März — — Möge es Ihnen gelingen, die vielfachen Anforderungen, die gerade Ihre Stellung[1]) in Posen an Sie macht, glücklich zu lösen. Unstreitig gehört sie zu den schwierigsten in der Armee und in der Monarchie, da dort die richtige Mittelstraße schwieriger als irgendwo zu wandeln ist.

40] An den Kriegsminister v. Hake.

Berlin, 9. April 1832.

1832. 9. 4. Euer Exzellenz überreiche ich anliegend meine Ansichten[1]) über die Einteilung der Dienstzeit des Infanteristen, falls die Kassen nicht imstande sind, jahraus jahrein per Bataillon den Gardeetat zu bestreiten, und um demungeachtet die Ausbildung von

Zu 38) [1]) Unvollständig. Betrifft den beabsichtigten Ankauf des Hauses Wilhelmstraße 73. Das Nähere ist nicht bekannt oder doch nicht recht deutlich.

Zu 39) [1]) General v. Grolman war am 30. März 1832 zunächst interimistisch zum kommandierenden General des V. Korps in Posen ernannt.

Zu 40) [1]) Der Geldmangel nach den Befreiungskriegen hatte dahin geführt, daß den Vorschriften des Gesetzes von 1814 in keiner Weise genügt werden konnte. Um nur mit dem geringen Etat auszukommen, zog man weder die gesamte waffenfähige junge Mannschaft ein, noch hielt man sie drei Jahre bei der Fahne fest. Man half sich mit ausgedehnten Beurlaubungen, der Ausbildung von Kriegsreserven und Landwehrrekruten in sehr verschiedenen, immer aber stark abgekürzten Dienstzeiten. Natürlich mußte dieser längst schwer empfundene Übelstand bei der Mobilmachung nach der Pariser Julirevolution von 1830 allerseits grell in die Augen fallen, und es begreift sich, daß vornehmlich auch der Prinz Wilhelm seine Ansichten zur Geltung zu bringen suchte. Der Erfolg aller Bemühungen war aber, da der Finanzminister die erforderlichen zwei Millionen Taler nicht aufbringen zu können erklärte, schließlich im Jahre 1837 ein ganz ungenügender, den der König „nur im Drang der Umstände" genehmigte.

Landwehrrekruten gänzlich und die der Kriegsreserve teils gleichfalls gänzlich verschwinden zu sehen, oder wenigstens doch in einer Art auszuführen, die einigermaßen dem Zweck entspricht. Ohne Kosten ist natürlich in dieser wichtigen Angelegenheit nichts auszuführen möglich, und wenn man daher einmal den Gedanken eines nötigen Zuschusses gefaßt hat und dann die jetzigen Kosten von vier- und sechswöchigen Rekruten der Landwehr und Kriegsreserve in Anrechnung bringt, so wird im Vergleich zu dem zu stiftenden Vorteil das Geldopfer auch gar nicht so groß erscheinen. Danken wir dem Himmel, daß die Verhältnisse derart sind, dergleichen Maßregeln noch in Ruhe ins Gleis bringen zu können. Ich wünschte wohl, daß Sie dem König dereinst meine Ansicht vorlegten. 1832.

Oberst v. Legat[2]) sagte mir neulich, auf einen momentanen höheren Etat im Jahre als den der Garden könnte nicht eingegangen werden, weil der König es nicht gern sehen würde, wenn die Linien-Bataillone stärker wie die der Garde wären. Diese Ansicht kann ich unmöglich so hingehen lassen, denn wie kann man annehmen, daß der König aus solchem Grunde eine Maßregel verwerfen werde, die der ganzen Armee zum Heil gereicht, und die die Landwehr wieder so organisiert, wenigstens so nahe wie möglich kommend, wie sie gedacht ist! Sie werden aus der Anlage sehen, worauf sich diese Äußerung bezieht. — Die Sache kann nicht reiflich genug überlegt werden!

Ihr Wilhelm, Prinz von Preußen.

Anlage 1.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn die Staatskassen imstande sind, jahraus jahrein den Gardeetat von 678 Mann zu bezahlen, der Vorschlag, nach welchem in diesem Falle ein Winteretat von 558 Mann und ein Sommeretat von 798 Mann bestehen soll, der allervorzüglichste ist.

Sollten jedoch die Staatskassen diesen Gardeetat nicht zu zahlen imstande sein, so ist allerdings zum Wohle der Landwehr

---

[2]) Kommandiert zum Kriegsministerium.

1832. es sehr vorzuziehen, daß lieber die Dienstzeit im stehenden Heere von drei auf zwei Jahre herabgesetzt werde (durch Beurlaubung), als daß die Kriegsreserve- und Landwehrrekruten-Ausbildung fortdauere. Es darf und kann jedoch nicht geleugnet werden, daß durch diese verkürzte Dienstzeit das wahre Militärische immer mehr aus der Armee verschwinden wird. Nicht, daß man etwa nicht in zwei Jahren einen Mann völlig zum Soldaten ausexerzieren könnte, will ich damit sagen, sondern, daß durch eine so kurze Dienstzeit der Mann noch mehr wie bisher gewöhnt wird, auf seinen sehr baldigen Entlassungstermin hinzusehen und daher den Militärstand als einen so vorübergehenden betrachtet, daß er es gar nicht der Mühe wert halten wird, ja selbst nicht einmal auf den Gedanken kommt, denselben als einen Stand zu betrachten, in welchem man länger ausdauern könnte. Da aber gerade das Ausdauern in demselben erst den Geist des Soldaten schafft, so bedarf es keiner weiteren Auseinandersetzung, um zu beweisen, daß, je kürzer die Dienstzeit des Soldaten ist, je mehr auch der Soldatengeist aus einer Armee verschwinden muß. In enger und unzertrennlicher Verbindung hiermit steht der bald zum Unüberwindlichen steigende Mangel an Subjekten zu Unteroffizieren. Nach eineinhalb bis zwei Jahren Dienstzeit wird sobald natürlich niemand den Dienst so lieb gewonnen haben, daß er sich zum Fortdienen entschließen wird. Schon jetzt nach dreijähriger Erfahrung, wie es im Soldatenstand zugeht, finden sich nicht einmal die vorschriftsmäßigen 30 Kapitulanten per Kompagnie. Man erwidere nicht, daß, wer nach drei Jahren kapituliert, es auch nach zweien schon tut; auch beschönige man eine verkürzte Dienstzeit nicht mit dem Einwand, daß dasjenige, was hier für die dreijährige oder zweieinhalbjährige Dauer des Dienstes angeführt ist, auch noch volle Anwendung auf die zweijährige hat. Man könnte dann leicht weiter gehen und sich mit einer einjährigen Dienstzeit begnügen wollen. Nein, ich behaupte, jeder Tag länger im Dienst ist ein Gewinn, so daß ein halbes Jahr länger oder kürzer bei der Fahne einen bedeutenden Unterschied auf den Geist des Mannes ausübt, denn der Mensch ist einmal ein Gewohnheitstier! Wenn aber

jetzt schon es zu den Ausnahmen gehört, die sogar angezeigt 1832.
werden müssen, wenn Leute unter dreijähriger Dienstzeit zu Unteroffizieren ernannt werden, so werfe man nun einen Blick in die Zukunft und frage: Wie wird es in 10 Jahren mit dem Unteroffizierkorps aussehen? Einige werden antworten: Sie werden dann ebenso komplett wie jetzt sein, und die Kommandeurs werden selbst sagen, daß sie exzellente Unteroffiziere haben. Ich aber erwidere, daß allerdings die Anzahl von Unteroffizieren gewiß vorhanden sein wird, aber daß sie exzellent sind, das werde ich bezweifeln, und wollte man mich überreden es zu glauben, so könnte ich nur antworten: daß, weil man nach und nach ganz den Maßstab verloren hat, was ein tüchtiges Korps Unteroffiziere sein soll, so überredet man es sich selbst, daß man mit der vorhandenen Qualifikation schon sehr zufrieden sein könne. Wie wird es aber über kurz oder lang mit einer Armee stehen, in welcher wegen einer zu kurzen Dienstzeit Leute Unteroffiziere werden müssen, die kaum dem Namen nach Soldaten sind, also nicht einmal in sich einen wahren militärischen Geist tragen und fortpflanzen, und noch viel weniger also auf eine Mannschaft übertragen werden, die vom Tage ihres Eintritts nur an den nahe bevorstehenden Termin des Wiederaustritts denkt.

Eine hiermit in Verbindung stehende Abschweifung finde hier ihren Platz. Die Tendenz der revolutionären oder liberalen Partei in Europa ist es, nach und nach alle die Stützen einzureißen, welche dem Souverän Macht und Ansehen und dadurch im Augenblicke der Gefahr Sicherheit gewähren. Daß die Armeen die vornehmlichsten dieser Stützen noch sind, ist natürlich; je mehr ein wahrer militärischer Geist dieselben beseelt, je schwerer ist ihnen beizukommen. Die Disziplin, der blinde Gehorsam sind aber Dinge, die nur durch lange Gewohnheit erzeugt werden und Bestand haben und zu denen daher eine längere Dienstzeit gehört, damit im Augenblick der Gefahr der Monarch sicher auf die Truppe rechnen könne. Dieser blinde Gehorsam ist es aber gerade, was den Revolutionären am störendsten entgegentritt. Direkt können sie und dürfen sie diesem Geist nicht entgegentreten;

1832. daher haben wir aber in allen Staaten, wo Konstitutionen und Kammern existieren, gesehen, welcher Weg von jener Partei eingeschlagen wurde, um zu ihrem Zweck, der Untergrabung des militärischen Geistes, zu kommen. Überall wurden die heftigsten Debatten über das Militärbudget erhoben, und obgleich es gewöhnlich schon sehr gering in den Konstitutionen angenommen worden, um sich nur „liebes Kind" bei den Kammern zu machen, so wurde es doch gewöhnlich noch modifiziert und damit in jeder neuen Ständeversammlung noch fortgefahren. Dadurch wurde allenthalben nicht nur die Anzahl des zu haltenden Militärs stets verringert, sondern auch die Dienstzeit so kurz festgesetzt, daß an die Aufrechterhaltung oder Erzeugung eines militärischen Geistes gar nicht zu denken ist. Durch dies Verfahren ist in allen konstitutionellen Staaten der Militärstand untergraben worden und die neuesten Erfahrungen liefern dazu den Beweis. —

Wenn also jetzt auch unserer Armee eine nur zweijährige Dienstzeit zugemutet werden soll, so fürchte ich, daß wir uns dadurch einen Kriegerstand erziehen, der weit entfernt ist, ein gediegener und zuverlässiger im Augenblick der Gefahr zu sein! Wir werden zwar eine Masse dressierter und exerzierter Männer haben, aber keine Armee, die ein Soldatengeist belebt. Wer weiß, was wir uns dadurch dereinst bereiten! —

Aus allem Gesagten kann also nur der Schluß gezogen werden, daß alles aufgeboten werden müßte, um den eingangs erwähnten Etat (von resp. 558 und 798 Mann) bezahlen zu können. Bleibt dies aber den Landeskassen unmöglich und muß zu dem traurigen Mittel der auf zwei Jahre zu verringernden Dienstzeit der Infanterie geschritten werden, so gibt es nur ein Mittel, wie diesem großen Übelstande einigermaßen ein Gegengewicht entgegengesetzt werden kann, und dies besteht darin, daß man sich einen Stamm von länger dienenden Unteroffizieren und Soldaten bildet, in welchem der Kriegergeist sich fortpflanzt und durch welchen derselbe auf die junge Mannschaft übertragen wird. Dazu gehört also:

1. daß man den Unteroffizierstand noch besser dotiert als bis jetzt und 1832.
2. daß die vorschriftsmäßigen 30 Kapitulanten per Kompagnie jedenfalls stets komplett erhalten werden müssen, was auch nur durch eine Erhöhung der Kapitulantenzulage möglich ist.

Ohne Geldopfer sind diese unumgänglich notwendigen Einrichtungen nicht zu erreichen. Die bisherigen Erfahrungen haben gelehrt, daß die jetzt üblichen Zulagen für Unteroffiziere und Kapitulanten nicht hinreichen, um sich die nötigen Subjekte zu erhalten und zu verschaffen. Die Erhöhung dieser Zulage für die Unteroffiziere muß denselben die Möglichkeit verschaffen, sich in eine Lage zu versetzen, die sie, selbst verheiratet, vor Mangel und Nahrungssorgen schützt.

Außerdem scheint es aber durchaus notwendig, daß man ihnen auch eine Erleichterung im Dienst verschafft, da ihre Kräfte jetzt schon, wie viel mehr also bei einer noch zu verkürzenden Dienstzeit, zu sehr in Anspruch genommen werden. Diese Erleichterung kann aber nur dadurch erreicht werden, wenn man die Etatszahl der Unteroffiziere vermehrt. Es mag paradox erscheinen, wenn früher gezeigt ward, daß jetzt schon die etatsmäßige Zahl von Unteroffizieren schwer zu beschaffen ist und man nun diese Zahl noch vermehren will. Aber die Paradoxe verschwindet, wenn man bedenkt, daß die höchst kümmerliche Lage und der übermäßige Dienst unserer Unteroffiziere es ist, der bisher abschreckte und das Kapitulieren hinderte. Verbessert man nun aber die Lage derselben und verschafft ihnen durch Etatsvermehrung Erleichterung im Dienst, so werden sich auch bald mehr Individuen finden, die sich ganz dem Soldatenstande widmen werden.

Die Kapitulanten, deren Zahl man per Kompagnie um so viele verringern könnte, als man per Kompagnie mehr Unteroffiziere kreieren will, müssen aber gleichfalls besser gestellt werden, damit es ein Reizmittel wird, den jungen Soldaten dem Dienst zu erhalten, da, wie gezeigt ist, bei so kurzer Dienstzeit es der militärische Geist nicht sein kann und wird, der ihn zum Fortdienen antreibt.

1832. Wenn eine zweijährige Dienstzeit eingeführt würde, so fragt es sich, wann soll der Termin zur Einstellung der Ersatzmannschaft sein? Im Herbst oder im Frühjahr? Bei dem einen wie dem anderen Termin scheint es mir unerläßlich, daß die ausgediente Mannschaft noch so lange bei den Fahnen verbleibt, bis die Rekruten so weit ausgebildet sind, um den Wachtdienst versehen zu können. Denn wenn dies nicht geschieht, so müßte der Wachtdienst mit der Mannschaft eines Jahrganges geleistet werden, was eine physische Unmöglichkeit ist. Denn bisher schon (d. h. bis zur Erhöhung des Etats auf den Gardeetat) war in allen großen und Festungsgarnisonen der Wachtdienst auf das Minimum beschränkt worden; der Dienst ward mit den Mannschaften von zwei Jahrgängen geleistet, und doch schon waren selten die vorschriftsmäßigen fünf wachtfreien Nächte zu erzielen. Wie ist es also möglich, mit einem Jahrgang denselben Dienst zu verrichten? Und daß der Dienst nicht noch mehr beschränkt werden kann, als geschehen, ohne Sicherheit und Anstand zu verletzen, davon wird sich ein jeder überzeugen, der eine unserer Festungen jemals passierte.

Wenn nun aber auch das Unerläßliche zugestanden würde und die abzugehende Mannschaft noch wenigstens zwei Monate bei der Fahne nach Ankunft der Rekruten behalten würde, so ist doch nicht zu verkennen, wie selbst in diesem Fall, wenn nun die Kriegsreserven abgehen, der Dienst für den zurückbleibenden Dienststand unbeschreiblich beschwerlich werden muß. Denn während jetzt zwei Jahrgänge den Garnisondienst leisten und die Rekruten währenddem ihre Ausbildung erhalten und nur nach und nach zur Anlernung beim Garnisondienst zuweilen eingestellt werden, außerdem ihre vielseitige Ausbildung aber ungestörten Fortgang hat, so würden nun die Rekruten nach zwei Monaten allen Wachtdienst mitleisten müssen, da der einzige vorhandene Jahrgang dies allein nicht vermag. Die bisher nur oberflächliche Ausbildung der Rekruten muß aber währenddem vervollständigt werden, Felddienst und Scheibenschießen tritt noch hinzu usw., und so zeigt es sich, in welchem Grade die Kräfte der Mannschaften in Anspruch genommen werden müssen.

Anlage 2.

Über die Dienstzeit der Infanterie.

Berlin, im April 1832.

Wenn die Landwehr einst im Kriege den gehegten Erwartungen entsprechen soll, so muß sie auf die Basis zurückgeführt werden, auf welcher ihre Existenz beruht, sie muß nämlich aus lauter Leuten bestehen, welche ihre völlige Ausbildung in der Linie erhalten haben und durch diesen Dienst zu Soldaten geworden sind, und nicht bloß zu exerzierten Menschen. Die Dienstzeit bei der Linie muß daher eine solche Dauer haben, daß jener Zweck auch erreicht wird, weil sonst der ganze Sinn verloren geht, in welchem die preußische Landwehr gedacht ist. Daß die Landwehr in diesem Moment aber schon nicht mehr in jenem Sinne existiert, ist klar, indem die Hälfte derselben aus Landwehr- und Kriegsreserve-Rekruten besteht. Diese Art der Ausbildung zur Komplettierung der Landwehr ist also eine Hauptstörung des ganzen Instituts. Diese Störung ist entstanden aus der Verringerung der Etatsstärke der Bataillone, als Folge finanzieller Rücksichten. 1832. April

Es entsteht also jetzt die Frage, wie ist ohne bedeutenden Zuschuß aus den Staatskassen (denn ohne allen Zuschuß ist gar keine Änderung möglich) die Ausbildung einer größeren Anzahl von Infanteristen in der Linie möglich, um dadurch die Ausbildung von Landwehr- und Kriegsreserve-Rekruten überflüssig zu machen.

Die Antwort wäre sehr einfach, wenn die Staatskassen es möglich machen könnten, jahraus jahrein per Bataillon den Etat von 600 Gemeinen (den Gardeetat) zu bezahlen. In diesem Falle würden die wenigen Mann, welche selbst bei diesem Etat noch zur Komplettierung der Landwehr notwendig werden, durch eine sechsmonatliche Dressurzeit im ersten Jahre und in den zwei folgenden Jahren durch Einziehung auf zwei Monate während der Herbstübungen eine Ausbildung erhalten, die genügend erscheint, da die Anzahl dieser Mannschaften nur

1832. gering sein würde und daher bei der Masse völlig ausgebildeter Soldaten leicht zu übertragen sein dürfte.

Da jedoch die Finanzverhältnisse es nicht gestatten sollen, diesen Etat (den Gardeetat) in der Kontinuation erhalten zu können, so wird man zu anderen Mitteln seine Zuflucht nehmen müssen. Es scheint zu diesem Ende kein anderes Mittel übrig zu sein, als die Dienstzeit durch Beurlaubungen im Winter auf das Minimum, was der Garnisondienst nur zuläßt, zu vermindern und dagegen die dadurch erwachsenden etwaigen Ersparnisse und den disponibel zu machenden Zuschuß aus den Staatskassen dazu zu verwenden, einen erhöhten Sommeretat erhalten zu können.

Sollte sich der Winteretat nicht verringern lassen (unter 320 Gemeine), so würde eine Ersparnis noch dadurch zu bewirken sein, wenn man die Rekruten statt am 1. April am 1. Mai erst stellen ließe.

Da bei einem dergleichen starken Beurlaubungssystem, wie es bereits in der Armee existiert und nun noch vielleicht vermehrt werden dürfte, es durchaus und notwendig darauf ankommt, tüchtige Unteroffiziere sich zu erhalten und zu verschaffen, und die Pflanzschule für dieselben nur die Kapitulanten sein können, so dürfen bei allen Berechnungen die letzteren nicht außer acht gelassen werden, deren Zahl etatsmäßig auf keinerlei Weise einer Verringerung unterworfen werden darf. Nur da, wo die Etatszahl von 120 per Bataillon nicht erfüllt ist (wie dies fast leider allenthalben der Fall ist), muß das Manquement berechnet werden und ihre Zulagen den Staatskassen in Einnahme zufließen, um wieviel sich dann daher der Etat eines jeden Bataillons an Kapitulanten verringert, dagegen muß die Zahl der mankierenden Kapitulanten durch Mehreinziehung von Rekruten zur Erfüllung des Bataillonsetats erfolgen, wie dies gezeigt werden wird.

Wenn aus diesen ersparten Zulagen leider stets den Staatskassen ein Vorteil erwachsen wird, solange keine Veränderung in der Gehaltskompetenz der Unteroffiziere und Kapitulanten eintritt, so fragt es sich auf der anderen Seite, ob dies eine

Ersparnis ist, die erfreulich erscheint. Ich kann darauf nur mit 1832.
Nein antworten. Denn bei jedem ausgedehnten Beurlaubungssystem kommt es darauf an, einen Stamm zu haben, in welchem sich der militärische Geist fortpflanzt, und aus welchem er auf die junge Mannschaft übertragen werden muß. Dieser Stamm kann aber nur aus den Unteroffizieren und Kapitulanten bestehen. Je weniger der letzteren aber den ersteren zur Seite stehen, um so viel vermindert sich auch der Stoff, in welchem jener Geist fortleben soll, und in demselben Grade vermindert sich auch dieser Geist selbst, der eine Armee beseelen soll.

Weit entfernt also, mich zu freuen, daß den Staatskassen eine Ersparnis aus der nicht Kompletterhaltung der Kapitulanten erwächst, würde ich es für durchaus notwendig halten, daß ein Zuschuß aus jenen Kassen verlangt würde, um die Kapitulantenzulage zu erhöhen und um dadurch ihre Kompletterhaltung möglicher zu machen, da hierdurch der Reiz zum Kapitulieren erhöht würde. In enger Verbindung hiermit steht die andere Ansicht noch, daß auch die Unteroffizierstellen durch eine erhöhte Zulage eine bessere Stellung erhielten, die ihnen eine sorgenfreie Existenz verschafft; und wenn man zugleich ihren Etat noch erhöhte (um soviel Köpfe man die Kapitulantenzahl verringern könnte), so würde man dadurch ihnen eine Erleichterung in ihrem beschwerlichen Dienste verschaffen können durch öfteres Abwechseln in ihren Dienstobliegenheiten — und somit die Lust zum Unteroffiziersavancement und dadurch wieder die zum Kapitulieren vermehren. Der jetzige Etat von Unteroffizieren und Kapitulanten würde also fortwährend als die Stammannschaft erhalten werden müssen, um welchen sich Rekruten und Beurlaubte sammeln (60 Unteroffiziere und 120 Kapitulanten). Zu diesem Stamm werden jährlich 280 Rekruten eingezogen, welche am 1. April (Mai) eintreffen und bis zum 1. Oktober des folgenden Jahres unausgesetzt bei der Fahne blieben, 18 (17) Monate. Am 1. Oktober werden sie beurlaubt und kommen im dritten Jahre ihrer Dienstzeit nur zur Herbstübung auf zwei Monate (August und September) ein, worauf sie zur Kriegsreserve entlassen werden. Die Zahl von 280 Rekruten ist mehr, als der

1832. eigentliche Bedarf zur jährlichen Komplettierung der Landwehr erfordert, der sich auf 250 bis 260 Mann belaufen dürfte. Indessen wird sich diese Zahl um so viel Mann verändern, als viel oder wenig Kapitulanten vorhanden sind, da ein Winteretat von 320 Gemeinen inklusive Kapitulanten nicht überschritten werden soll, 120 Kapitulanten aber und hierzu 280 Rekruten gibt die Summe von 400 Mann, also 80 Mann zu viel. Da indessen die Kapitulanten leider nirgends vollzählig sind, so würden jährlich so viel Rekruten eingezogen, daß sie mit den vorhandenen Kapitulanten die Etatszahl von 320 Gemeinen bilden.

Sind bei einem Bataillon alle Kapitulanten vorhanden, so würde dann es notwendig sein, die überschießenden 80 Mann als Kriegsreserve-Rekruten doch noch zu behandeln. Sie würden aber im ersten Jahre auf sechs Monate (vom April bis Oktober), im folgenden Jahre aber noch einmal während der Herbstübungen auf zwei Monate einzuziehen sein (August und September). Die Zahl dieser Kriegsreserve-Rekruten würde also in dem Maße abnehmen und dem wirklichen Ersatze zutreten, als die Zahl der Kapitulanten gering ist. Sollten weniger als 40 Kapitulanten bei einem Bataillon vorhanden sein, in welchem Falle die Zahl von 280 Rekruten noch vermehrt werden müßte, um den Etat von 320 Mann Winterstärke zu erfüllen, so dürfte diese Vermehrung unterbleiben, wenn es der Garnisondienst nicht etwa erfordert, und die vakanten Gehälter würden als erspart zu berechnen sein.

Zu dem Winteretat treten am 1. April (Mai) die im Oktober ausgehobenen, aber mit Urlaubspässen in ihre Heimat entlassenen Rekruten, resp. (wie eben gezeigt) 200 bis 280 Mann. Hierdurch ergibt sich also ein Sommeretat, vom 1. April (Mai) bis 1. Oktober, von 600 Gemeinen (60 Unteroffiziere, 120 Kapitulanten, 200 Mann, die ein Jahr bereits dienen, 200 Rekruten, 80 Kriegsreserve-Rekruten) auf sechs Monate. (Die Zahl der letzteren vermindert sich und tritt den bei der Fahne verbleibenden Rekruten hinzu in dem Maße, als sich die Zahl der Kapitulanten nicht komplett vorfindet.) Am 1. August jeden

Jahres treffen die im dritten Jahre dienenden, seit dem 1. Oktober des vorigen Jahres aber beurlaubten Mannschaften zu einer zweimonatlichen Übung (zu dem Herbstmanöver) ein, wonach also ein Herbstetat von 800 bis 880 Gemeinen entsteht (diese während zwei Herbstmonaten einzuziehenden Mannschaften würden pp. 180 000 Taler in der ganzen Infanterie kosten). 1832.

Wenn die hierdurch entstehenden Kosten auch bedeutend sein mögen, so bin ich zu sehr überzeugt, daß es vom allerwesentlichsten Nutzen ist, die Mannschaft noch einmal im dritten Jahre der Dienstzeit auf auch nur zwei Monate einzuziehen, als daß ich davon ablassen könnte. Die ganze Dienstzeit des Soldaten beschränkt sich nach den hier aufgestellten Grundsätzen auf 20 Monate in drei Jahren. Ich ziehe es sehr vor, bei einer so kurzen Anwesenheit bei der Fahne, daß dieselbe so, wie angeführt, geteilt wird, damit sich der Soldat während dreier Jahre wirklich der Truppe angehörig fühlt und sieht. Ohne dies Einkommen im dritten Jahre würde er nicht nur mit einer 18monatlichen Dienstzeit loskommen, sondern dieselbe auch in eineinhalb Jahren abgetan haben, ein viel zu kurzer Zeitraum, der ihn kaum zum Soldaten gemacht hat. Und wenn er nun freilich auch während zehn Monaten beurlaubt wird, so fesselt ihn der Gedanke, noch einmal sich bei der Fahne stellen zu müssen, doch noch während dieses Zeitraumes an seine Truppe und beschäftigt ihn fortwährend, worauf ich einen großen Wert lege und dadurch einigermaßen den Verlust an wirklicher Dienstzeit ersetzt sehe.

Die Verpflichtung des Mannes zum Dienst bleibt also auf drei Jahre festgesetzt. Davon ist er:

1. beurlaubter Rekrut vom Oktober bis 1. April . . . . = 6 Monat,
2. bei der Fahne anwesend vom 1. April bis 1. Oktober des nächsten Jahres . = 18 Monat,
3. Beurlaubter vom 1. Oktober bis 1. August des dritten Jahres . . . . . = 10 Monat,

1832. 4. bei der Fahne anwesend vom 1. August bis 1. Oktober des dritten Jahres . = 2 Monat,
also in 36 Monaten Dienstverpflichtung dient er effektiv nur 20 Monate.

Die Etatsstärke eines Bataillons würde nun nach dem hier Entwickelten folgende nach den drei Abstufungen sein:

1. Winteretat
vom 1. Oktober bis 1. April — 6 Monate.

1. Unteroffiziere . . .	60 (runde Summe)	
2. Kapitulanten . . .	120	
3. Mannschaften im ersten Dienstjahre	200	
Summa exkl. Spielleute	380 Mann	Diese Zahl wächst in dem Maße, als die der Kapitulanten gering ist, da für jeden mankierenden Kapitulanten ein Mann mehr bei der Fahne behalten wird, um stets 320 Gemeine im Dienst zu haben.
oder Gemeine	320 „	

2. Sommeretat
vom 1. April bis ultimo Juli — 4 Monate.

1. Unteroffiziere . . .	60 (s. oben)	
2. Kapitulanten . . .	120	
3. Mannschaften im zweiten Dienstjahre .	200 (s. oben)	
4. Rekruten	200 (s. oben)	
5. Kriegsreserve-Rekruten	80	Diese Zahl verringert sich nach dem Manquement bei den Kapitulanten, da für jeden mankierenden Kapitulanten ein Kriegsreserve-Rekrut dem wirklichen Ersatz zutritt.
Summa exkl. Spielleute	660 Mann	
oder Gemeine	600 „	

3. Herbstetat
vom 1. August bis 1. Oktober — 2 Monate.

1. bis 5. Wie der Sommeretat	660 Mann
6. Die im dritten Jahre dienende, seit dem Ok-	

tober letzten Jahres beurlaubte Mannschaft	200 Mann	Beide Zahlen ändern sich nach obigen Bemerkungen in sich, die Summe beider bleibt aber 280, welche alljährlich ausgebildet werden muß.
7. Kriegsreserve=Rekruten des vorigen Jahres .	80 „	
Summa exkl. Spielleute	940 Mann	
oder Gemeine	880 „	

1832.

Wilhelm, Prinz von Preußen.

41] An König Friedrich Wilhelm III. von Preußen.

Berlin, im Oktober 1832.

In der Anlage habe ich eines Projektes erwähnt, welches 1832. Oktbr. ich dem Kriegsminister auf sein Ersuchen einreichte und das, wenn einmal nur Palliativmittel angewendet werden sollen, vielleicht manches für sich hat, da meine Truppen[1]) sich sämtlich mit demselben einverstanden erklärt haben. Ich wage, es in der zweiten Anlage abschriftlich beizufügen, falls Sie einen Blick darauf werfen wollten. Aber empfehlen kann ich dieses Projekt auch nicht, da einzig und allein nur Heil für die Infanterie möglich ist, wenn sie so wie die Garden organisiert wird.

Schließlich erlaube ich mir, nur noch aufmerksam zu machen, daß der Kriegsminister wegen der Ersparnisse von dem Grundsatz ausgeht, daß der Winteretat eines jeden Linien=Bataillons sich nach dessen Garnisondienst richten soll, so daß es also Bataillone geben wird, die nicht 200 Mann bei der Fahne behalten werden. Wie soll da sich aber ein militärischer Geist erhalten, auf den doch alles ankommt!

Möchten Sie in dieser Eingabe nur das hohe Interesse erkennen, welches ich an dem Wohl der Armee nehme und die ich, wenn es einst gilt, auch so auftreten sehen möchte, wie Sie, wie das Land, ja wie das Ausland sie erwartet zu sehen. Ich

Zu **41)** [1]) Hier liegt wohl ein Irrtum der Lesart vor. Von einer Befragung der Truppen kann natürlich nicht die Rede sein, sondern nur von der der Unterbefehlshaber.

1832. habe daher es nicht gescheut, die ganze Wahrheit über die jetzigen Dienstverhältnisse auszusprechen.

Ihr gehorsamer Sohn Wilhelm.

Anlage.

Als vor zwei Jahren infolge der Juliempörung die Mobilmachung der preußischen Armee bearbeitet ward und dabei die Komplettierung der Linien- und Landwehrtruppen zur Sprache kam, ergab sich in Zahlen in einem höchst ungünstigen Verhältnis die Masse der sogenannten Landwehr- und Kriegsreserve-Rekruten, welche statt gedienter Soldaten bestimmt sind, die Reihen der Truppen zu füllen. Vor zwölf Jahren, als aus finanziellen Rücksichten die Verringerung der Etatszahl der Bataillone und Eskadrons, demnächst noch bei der Infanterie die Beurlaubung befohlen ward und jene erwähnte Klasse von Rekruten dagegen geschaffen wurde, sah man mit Bangigkeit auf das einstige Resultat dieser Maßregel, da sie den ganzen Sinn, in welchem die preußische Armeeverfassung gedacht und geschaffen ist, durchlöcherte und fast unausführbar machte. Jedes Beurlaubungssystem, wenn es zu einem Resultate führen soll, das den gehegten Erwartungen entspricht, muß von dem Grundsatze ausgehen, daß der Soldat wenigstens so lange bei der Fahne unausgesetzt bleibe, daß er während seiner Beurlaubung das Erlernte nur wenig vergißt und es ihm möglich ist, das etwa Vergessene in kurzer Zeit sich wieder geläufig zu machen.

Wenn man sich nun das preußische Landwehrsystem als eine Beurlaubung im ausgedehntesten Sinne denkt, so erscheint eine dreijährige Dienstzeit bei der Fahne als das Minimum, um sicher sein zu können, daß das Erlernte auch so sicher eingeprägt sei, daß es nur einer kurzen Übung bedarf, um denen auf Jahre[2]) beurlaubten Mannschaften das Vergessene wieder geläufig zu machen. Aber es tritt bei dieser langen Beurlaubung der Landwehrmänner auch noch ein anderer Umstand hinzu, der es notwendig macht, daß dieses Minimum der Dienstzeit un-

[2]) Die Vorlage schiebt „lang" ein.

verkürzt bleibe, und das ist der: daß der einstige Landwehrmann 1832.
nicht allein als Liniensoldat seine Ausbildung in den nötigen Kunstfertigkeiten erlange, sondern daß er auch den Soldatengeist in sich aufnehme und trotz seiner jahrelangen Beurlaubung in sich bewahre, da ohne diesen Geist eine wohldisziplinierte und schlagfertige Armee nicht gedacht werden kann. Daß aber dieser Soldatengeist während einer dreijährigen Dienstzeit kaum geschaffen wird, beweist die Erfahrung; wie viel weniger wird es also eine noch kürzere Dienstzeit vermögen.

Durch die seit zwölf Jahren getroffenen obenerwähnten Maßregeln ist aber effektiv die Dienstzeit des Infanteristen von 3 Jahren auf 23 Monate reduziert worden, also um 13 Monate verkürzt. Denn statt am 1. Oktober jeden Jahres treffen die Rekruten erst am 1. April des nächsten Jahres bei den Truppen ein, also später um 6 Monate. Nach achtzehnmonatlicher Dienstzeit, also am 1. Oktober des folgenden Jahres, werden sie bis zum 1. Mai des nächsten Jahres beurlaubt, also während 7 Monaten. Im dritten Jahre werden sie am 1. Oktober zur Kriegsreserve entlassen, nachdem sie also noch 5 Monate gedient haben, was im ganzen 23 Monate macht. Es ist augenscheinlich, wie nachteilig eine so verkürzte Dienstzeit auf die Ausbildung und Erschaffung des Soldatengeistes bei den Mannschaften wirken muß. Der andere, bereits angedeutete Übelstand, der aus jener Maßregel seit zwölf Jahren entstanden ist, ist der der Schaffung der sogenannten Kriegsreserve- und Landwehr-Rekruten (erzeugt durch die Verringerung der Etatsstärke der Bataillone). Durch diese Maßregel ist das Fundament der ganzen preußischen Militärverfassung miniert worden. Den Stoff nämlich, die dienstpflichtige Mannschaft, den sonst die Linie während drei Jahren bearbeiten sollte, um ihn dann noch während sieben Jahren brauchbar der Landwehr zu überliefern, muß nun die Landwehr selbst und zwar nur auf 4 Wochen im ersten und auf 14 Tage im zweiten Jahre bearbeiten und der Linie während 6 Wochen. Daß aber ein sechswöchentlicher Kriegsreserve- und ein vierwöchentlicher Landwehrrekrut kein dreijährig gedienter Soldat ist, ist ohne weitere Bemerkung klar. Wenn zwar nur ein Teil

1832. der Mannschaften, welche die Landwehr bilden, auf diese Weise ausgebildet ist, so haben die Zusammenstellungen der Listen zur Komplettierung der Landwehr für den Fall der Mobilmachung ergeben, daß weit über ein Drittel der Bataillone, bei vielen die Hälfte, aus solchen vierwöchentlichen Rekruten bestehen werden. Und nimmt man hierzu noch, daß der andere Teil des Bataillons aus Leuten besteht, die statt 3 Jahren nur 23 Monate gedient haben, so zeigt es sich nur zu deutlich, welchen empfindlichen Stoß das ganze Landwehrinstitut erhalten hat, seitdem die Etatszahl der Linien-Bataillone von 600 auf 560 Mann verringert und die Dienstzeit des Infanteristen verkürzt worden ist.

Bei dieser Sachlage drängt sich die Frage von selbst auf, wie es mit den Führern, den Offizieren der Landwehr bestellt sei?

Als bei Erscheinung des Landwehredikts vom Jahre 1815 gewiß ein jeder über die Großartigkeit dieser Schaffung erstaunte, bemerkte man jedoch allgemein einen großen Übelstand, nämlich den, daß, da die Landwehrmannschaften aus lauter altgedienten Soldaten bestehen würden, dieselben viel routinierter und orientierter in allen Dienstobliegenheiten sein würden, als ihre Offiziere, die nach dem Edikt aus dem Zivilstande und den Angesessenen gewählt werden sollen und daher sehr wenig militärische Bildung besitzen könnten. — Durch das Vorhandensein vieler früher gedient habender und kriegserfahrener Offiziere ward dieser Übelstand in der Ausführung anfänglich nicht so fühlbar, indem die Unerfahrenen durch die Erfahreneren übertragen[3]) wurden. Jedoch von Jahr zu Jahr ändert sich dies Verhältnis zum Nachteil, indem die früher gedienten Offiziere alters- und invaliditätshalber ausscheiden, und somit bleiben nur die jungen unerfahrenen Offiziere zum Dienst in der Landwehr übrig. Da nun aber nach dem geschilderten minierten Zustande des Landwehrinstituts die Mannschaften großenteils nicht mehr ausexerzierte Soldaten sind, so erwächst daraus nun der

[3]) Soll wohl heißen: „indem die Zahl der Unerfahrenen durch die der Erfahreneren übertroffen wurde".

doppelte Übelstand, daß diese unroutinierten Mannschaften von 1832.
ebensowenig routinierten Offizieren befehligt werden sollen. Aus dem Gesagten folgt daher nur zu deutlich, wie wenig in diesem Augenblick das Landwehrinstitut noch dem Sinne ähnlich sieht, in welchem es gedacht und geschaffen ist. Es erscheint der Einwand sehr natürlich, daß nach einer so zur Allerhöchsten Zufriedenheit ausgefallenen Revue als die eben beendigte, in welcher namentlich die Landwehr einen rühmlichen Platz einnahm, alles oben Gesagte weniger haltbar erscheine.

Es gibt hierauf zwei Bemerkungen zur Antwort:

1. ist es wohl noch ein großer Unterschied, ob man auf vier Wochen alle Kräfte des Menschen in Anspruch nimmt, um zu dem möglichst befriedigenden Resultate einer Revue zu gelangen oder ob man während einer Kampagne eine so schwierig gebildete Truppe zu führen hat, wo durch Länge der Zeit und durch die Macht der Verhältnisse ein so rastloses Inanspruchnehmen aller Kräfte nicht durchführbar ist. Dies Inanspruchnehmen der Kräfte bezieht sich hier natürlich nicht auf die Ertragung von Fatiguen und Entbehrungen, welche natürlich im Kriege unausgesetzt gefordert werden müssen, sondern auf die Erhaltung der taktischen Ordnung und der Disziplin. Aber das beständige Anfeuern zur Ertragung jener Verhältnisse wird so alle Kräfte der Vorgesetzten in Anspruch nehmen, daß für die Aufrechterhaltung der letzteren beiden Gegenstände wenig Muße übrig bleiben wird. Welche unausgesetzte Aufmerksamkeit aller Vorgesetzten dazu gehört, um die in Rede stehenden Verhältnisse im Gang und Zug zu erhalten bei so ungeübten Mannschaften, wenn deren Geist und Wille auch noch so herrlich ist, wissen diejenigen, welche eine Übungszeit durchgemacht haben. Daß die Vorgesetzten daher mit Bangigkeit unter solchen Verhältnissen einer Kampagne entgegensehen, ist nicht zu verwundern. Die Banden des Gehorsams in einer so zusammengesetzten Truppe, wie unsere Landwehr-Bataillone es jetzt sind, sind unendlich locker, und die ungewohnten Offiziere wissen sie nicht anzuziehen. Wie wankend und schwankend die innere taktische Ordnung dieser Bataillone ist, kann, wenn sie auch alles leisten, was sie unter den gegebenen Verhältnissen

1832. nur zu leisten imstande sind, niemandem entgangen sein, der sie auf dem Exerzier- und Manöverplatz sieht. Wie steigern sich aber alle diese Verhältnisse im Kriege!

2. ist es gerade bei dieser großen Revue klar geworden und daher wohl niemandem entgangen, auf wieviel höherer Stufe der Ausbildung die Garde-Landwehr-Bataillone gegen die der Provinzial-Landwehr stehen, und wie die Landwehrkavallerie trotz aller zu besiegender Schwierigkeiten verhältnismäßig viel mehr leistet, als die Provinzial-Landwehrinfanterie. Der Grund hiervon ist sehr einfach der, daß in den Garde-Linientruppen sowohl als in der ganzen Linienkavallerie die dreijährige Dienstzeit als die Basis der ganzen Militärverfassung unverkürzt durchgeführt wird. Es geben daher die Garde-Landwehr-Bataillone und die Landwehrkavallerie den Beweis, „wie richtig berechnet und gedacht und wie völlig ausführbar und praktisch das ganze System der preußischen Linien- und Landwehrverfassung ist, wenn es in seiner Reinheit durchgeführt wird". Unbemerkt kann hierbei nicht bleiben, daß die Garde-Landwehr-Bataillone nur von Linienoffizieren ausgebildet werden, und daß bei der Landwehrkavallerie sich unstreitig die besseren Offiziere befinden, da ihre Zahl gering ist und sie den gebildeteren Ständen angehören, die aus Überzeugung eifrig und tätig in ihrem Wirkungskreise sind.

Aus allem bisher Gesagten dürfte nun also folgender Schluß zu ziehen sein:

daß, wenn einst im Kriege die Landwehrinfanterie das leisten soll, was man sich bei deren Schaffung von ihr versprach, es unumgänglich nötig ist, die Dienstzeit des Linieninfanteristen unverkürzt auf drei Jahre bei der Fahne wiederherzustellen und in Besetzung der Offizierstellen eine wesentliche Veränderung eintreten zu lassen.

Von allen Seiten ist es eingesehen worden, daß diese Angelegenheit nicht so fortbestehen kann, wie sie jetzt geht. Der Kriegsminister hat Vorschläge verlangt, wie dem beregten Übelstande abzuhelfen sei, jedoch von der Basis ausgehend, daß die

Finanzen es nicht erlaubten, jahraus jahrein alle Mannschaften 1832.
nach dem Gardeetat (600 Gemeine) bei der Fahne behalten zu können, und daß demnach eine bedeutende Beurlaubung beibehalten werden müsse, indem sonst die Mehrkosten jährlich über eine Million betragen würden. Es ist demzufolge auch diesseits ein Projekt eingereicht worden, in welchem jedoch die Dienstzeit des Infanteristen sogar auf 20 Monate in 3 Jahren in zwei Abstufungen durch eine Beurlaubung hat herabgesetzt werden müssen, um wenigstens die doch noch beizubehaltenden Kriegsreserve-Rekruten auf 6 bis 8 Monate ausbilden zu können und die Klasse der Landwehrrekruten ganz verschwinden zu lassen.

Wie wenig jedoch dieses Projekt, was sich in bezeichneten Grenzen bewegen mußte, dem in Rede stehenden Übelstande abhilft, ist in die Augen springend. Soll ihm also abgeholfen werden, so bleibt nichts übrig, als sich zu einem Zuschuß zum Militäretat aus den Staatskassen zu entschließen.

So schwierig die finanziellen Verhältnisse auch sein mögen und sich seit der Juliempörung gesteigert haben, so ist mir doch nicht unbekannt geblieben, daß in allen Jahren und selbst im verflossenen sich stets Überschüsse von vielen Millionen ergeben haben, so daß man vor jener Empörungszeit mit der Absicht umging, vom Jahre 1833 ab einen bedeutenden Abgabeerlaß eintreten zu lassen. Welche sehr wichtigen Zwecke übrigens in allen Jahren mit jenen genannten Überschüssen verfolgt worden sind, ist mir gleichfalls nicht unbekannt geblieben.

Trotz aller Kenntnis dieser Verhältnisse halte ich es für meine Pflicht, mit meiner Ansicht nicht zurückzuhalten, sondern mit folgender Frage frei hervorzutreten:

> Ist es wichtiger, die Überschüsse des Finanzetats bloß in der bisherigen Art zu verwenden und die Armeeorganisation ferner in der jetzigen minierten, auf Täuschung beruhenden Lage zu belassen, oder ist es wichtiger, einen Teil jener Überschüsse zum Militäretat zu bringen, um das Heer wiederum in die Verfassung zu versetzen, daß es einst im Kriege das leiste, was man bei Schaffung seiner Organisation von ihr zu erwarten berechtigt war?

1832. Wenn, wie ich nicht bezweifeln kann, man sich für die zweite Alternative dieser Frage entscheiden wird und demnach die vom Kriegsminister auf über eine Million berechnete Summe zum Militäretat geschlagen wird (exkl. der Summe, welche die Augmentation der anderen Waffen bereits kostet), so würden die Infanterie-Bataillone der Linie gleich denen der Garde jahraus jahrein 600 Gemeine bei der Fahne behalten, inkl. der auf keinerlei Weise zu verringernden Zahl von 120 Kapitulanten und exkl. der gleichfalls beizubehaltenden 60 Unteroffiziere und 17 Spielleute.

Da jedoch dieser Etat auch noch nicht ausreicht, um die Kriegsreserve und Landwehr komplett zu erhalten, sondern noch ungefähr 50 bis 70 Mann mehr erforderlich sind, so würden diese wenigen Mannschaften nur auf 6 Monate zu ihrer ersten Ausbildung einzuziehen sein und späterhin noch ein- oder zweimal während ihrer dreijährigen Dienstverpflichtung auf 2 Monate während der Herbstmanöver einzukommen haben. (Die Garde-Landwehr-Bataillone erhalten jetzt jährlich sogenannte Kontingentsmannschaften von den Provinzial-Landwehr-Bataillons, um das beregte Manquement zu decken, und die Erfahrung lehrt, daß so wenige nicht völlig ausexerzierte Mannschaften durch die Masse völlig ausgedient habender vollständig übertroffen werden.)

Ein Linien-Bataillon würde also bestehen fortwährend aus . . . . 600 Gemeinen.

Hiervon werden am 1. Oktober jeden Jahres usw. 200 Mann entlassen zur Kriegsreserve und dagegen noch im Herbst wiederum 200 Rekruten eingestellt. Am 1. April würden 50 Mann Kriegsreserve-Rekruten gestellt, die bis zum 1. Oktober 6 Monate bei der Fahne bleiben, so daß ein Bataillon also während 6 Monaten vom 1. April bis 1. Oktober stark ist 650 Gemeine.

Hierzu treten am 1. August auf 2 Monate die vorjährigen Kriegsreserve-Rekruten, so daß während der Herbstübung das Bataillon stark wäre . . . . 700 Gemeine.

Durch diese Maßregeln würde das Landwehrinstitut auf 1832. seine Reinheit zurückgeführt und in einigen Jahren allen Anforderungen genügen können.

Der zweite noch zu erörternde Punkt ist der der Veränderung der Besetzung von Offizierstellen in der Landwehr.

Wie bereits gesagt ist, so verliert die Landwehr jährlich mehr und mehr gediente kriegserfahrene Offiziere. Es ist dieserhalb bereits notwendig geworden, einen großen Teil der Kompagnieführer aus der Linie zu kommandieren, sowie auch bereits bestimmungsmäßig die Kavallerie-Stammoffiziere, die gewöhnlich zugleich Eskadronsführer sind, und die Bataillonsadjutanten aus der Linie entnommen werden sollen. Diese anfänglich aus Not angeordneten Maßregeln haben sich jedoch als außerordentlich zweckmäßig erwiesen, und ist gewiß bei jeder Landwehrübung die Abteilung zu erkennen, die von einem Linienoffizier geführt wird. Es geben daher diese Maßregeln von selbst den Weg an, der einzuschlagen ist, um eine wesentliche Verbesserung in der Besetzung der Offizierstellen und namentlich der Kompagnieführerstellen in der Landwehr herbeizuführen. Es müßte nämlich verordnet werden, daß von nun an obgenannte Stellen bei eintretender Vakanz durch Abgang eines Landwehroffiziers stets nur durch einen auf drei Jahre zu kommandierenden Linienoffizier, der Premierleutnant oder einer der ältesten Sekondeleutnants sein muß, besetzt werden dürfen. Eine Ausnahme würde nur zu gestatten sein bei völlig anerkannter Brauchbarkeit eines Landwehroffiziers, der disponibel wäre, wie dies sich finden wird unter solchen tüchtigen Linienoffizieren, die nur ihrer Verhältnisse in der Heimat wegen den Liniendienst verlassen mußten.

Um solchen Offizieren im Avancement fortzuhelfen, ist immer das Mittel vorhanden, die weniger brauchbaren Vorderleute in das 2. Aufgebot zu versetzen, wie dies jetzt schon zu Zeiten geschieht, wobei man selbst ab und zu eine Charaktererhöhung eintreten lassen könnte. Die Maßregel einer zeitweiligen Kommandierung von Linienoffizieren zur Landwehr hat jedoch für die Linien-Regimenter den großen Nachteil, daß ein bedeutender Teil ihrer Premier- und ältesten Sekondleutnants dem Dienst

1832. entzogen werden, was permanent nicht statthaft ist, da die genannten Offiziere es gerade sind, welche die nächste Stütze der Kompagnie- und Eskadronschefs sind und dieselben bei Abwesenheit vertreten müssen; sie sind daher notwendig bei ihren Regimentern. Diesem Übelstand ist jedoch dadurch abzuhelfen, wenn per Infanterie-Regiment 6 Premierleutnants- und 6 Sekondleutnantsstellen mehr zum Etat gebracht würden. Hierdurch würden, selbst wenn alle 12 Landwehr-Kompagnien des gleichnamigen Landwehr-Regiments mit Linienoffizieren besetzt würden, nur 3 Sekondleutnants (die Adjutanten) aus dem Dienst des Linien-Regiments ausfallen, ein Ausfall, der selbst permanent stattfinden kann, da er nicht die ältesten Offiziere zu treffen braucht. Bei den Linien-Kavallerie-Regimentern würde gleichfalls eine Erhöhung des Etats um 2 Premierleutnants und 2 Sekondleutnants eintreten und somit auch bei dieser Waffe der Übelstand des Ausfallens zu vieler kommandierter Offiziere verschwinden. Eine Verbesserung der Besetzung der Leutnantsstellen in der Landwehr erscheint bei der großen Anzahl derselben nicht möglich, und wird man sich nur darauf beschränken müssen, sie im Frieden soviel als möglich für ihr Militärverhältnis auszubilden. Bei ausbrechendem Kriege aber wird es unerläßlich, mehrere Subalternoffiziere der Linie zur Landwehr und dagegen ebenso viele der ungeübtesten Landwehroffiziere zur Linie zu kommandieren, damit die letzteren den Dienst rascher kennen lernen und die Linienoffiziere den Landwehrtruppen mehr inneren Halt geben. Ohne diese Maßregel dürfte im Kriege von den jüngeren Landwehroffizieren wenig Nutzen zu erwarten sein, der schon bei den Friedensübungen sehr gering ist, weshalb während derselben die Aushilfe von der Linie niemals fortfallen kann und darf.

Wilhelm, Prinz von Preußen.

42] An König Friedrich Wilhelm III. von Preußen.

Berlin, 24. Februar 1833.

1833. 24. 2. Es ist ein schwer zu beschreibendes Gefühl, mit welchem ich diesen Augenblick die Feder ergreife, da ich weiß, daß ich mich

über die ganze Zukunft der preußischen Armee aussprechen soll! Vom Generalleutnant v. Witzleben bin ich heute früh aufgefordert worden, mich über die künftige Dienstzeit des Infanteristen nach den mitgeteilten Plänen auszusprechen. — 1833.

Früh schon hat mich Ihre Gnade und Ihr Vertrauen an die Spitze höherer Truppenkommandos berufen, so daß ich bereits aus den gesammelten Erfahrungen mir ein Urteil zutrauen darf. Wahrscheinlich berufen, dereinst noch die mir anvertrauten Truppen zur Erhaltung Ihres Thrones und des Vaterlandes gegen den Feind zu führen, muß ich auch wissen, wie die Truppen beschaffen sind, mit denen ich so hohe Güter verteidigen soll. Eine Vernachlässigung meiner heiligsten Pflicht würde es sein, wenn ich in einem Augenblick schweigen wollte, wo es darauf ankommt, die Beschaffenheit dieser Truppen zu untergraben, so daß deren Führer dereinst nicht mehr wissen können, ob sie sich für deren Disziplin und Gehorsam verbürgen können. Eine schwere Verantwortlichkeit würde ich auf mich nehmen, wenn ich in diesem entscheidenden Moment nicht auf das aufmerksam machte, was die Armee bedroht, und wenn ich in ein System willigte, von dem ich nur Übles erwarte und vielleicht in einer ferneren Zukunft — wenn es zu spät ist — hören müßte: warum hat man damals gewilligt, warum hat man nicht gesprochen, als es Zeit war!

Im Monat Oktober habe ich es gewagt, Ihnen über den fraglichen Gegenstand meine Ansicht ganz in extenso vorzulegen.[1]) Wenn jenes Memoire es nicht vermochte, die Beschließungen abzuwenden, von deren Anwendung ich heute unterrichtet werde, so wird es freilich dieses Schreiben noch viel weniger vermögen, wo ich mich nur auf jenes Memoire beziehen kann. Aber verwahren muß ich mich gegen alle Folgen, die aus dem beabsichtigten Schritt entspringen müssen, und dies hiermit zu tun, halte ich für meine Pflicht.

Wohl weiß ich, daß gewichtige Stimmen und namentlich die des Generalleutnants v. Grolman[2]) keinen Übelstand in der

Zu 42) [1]) Vgl. S. 99 ff. — [2]) Vgl. Nr. 39.

1833. verkürzten Dienstzeit des Infanteristen sehen wollen; noch heute sprach ich mit ihm davon, aber wie künftig Unteroffiziere zu beschaffen sein werden, daran hatte er nicht gedacht; gleichfalls nicht, wie nach sechzehnmonatlicher Dienstzeit sich noch Kapitulanten finden werden, die Pflanzschule der Unteroffiziere. Er sagt, in 16 Monaten könne man einen Menschen vollkommen ausexerzieren und felddienstfähig machen. Ich versichere, dies in 8 bis 10 Monaten tun zu wollen. Aber weder in 8, 10 noch 16 Monaten erzieht man einen Soldaten, der es dem Geist nach ist, d. h. einer, der nicht aus Furcht vor Strafe, sondern aus innegewordener Überzeugung handelt, wie es ihm gelehrt ist. Wie will man Vertrauen auf einen Soldaten auf Vorposten haben, der kaum unter dem Auge des Vorgesetzten das Befohlene tut, weil er das Befohlene noch nicht innehat und haben kann! Wie wird im Kriege die Disziplin in einer Truppe zu erhalten sein, die sie in 16 Monaten kaum der Idee nach kennen gelernt hat, dem Geiste nach aber gar nicht; — wie wird diese Disziplin in der Landwehr bei der Komposition ihrer Offiziere aussehen, da sie in 16 Monaten nicht erlernt ist, geschweige denn nach 10 Jahren der Beurlaubung! Es gibt deutsche Armeen, die bei ihrer kurzen Dienstzeit weder das Vertrauen des In- noch Auslandes haben, die aber wohl ein Renommee haben, — das der Indisziplin. Die preußische Armee zeichnete sich von jeher durch das Gegenteil aus; sie besitzt, und mit Recht, das Vertrauen des In- und Auslandes, weil ein jeder fühlt, daß sie allein noch in Deutschland auf richtigen Prinzipien gegründet ist, daß ihre Glieder zu wirklichen tüchtigen Kriegern erzogen werden, weil ihnen die Zeit dazu vergönnt ist. Wie wird sich das alles ändern, wenn nun die Dienstzeit des Soldaten denen der anderen Heere gleichkommt, auf die gerade dieserhalb man kein Vertrauen setzt!?

Wenn wirklich die Reduzierung der Dienstzeit von 36 Monaten auf 16 Monate stattfinden soll, so wird man sich vor [einer] Haupttäuschung zu wahren haben, nämlich der, daß man nicht mehr die Ansprüche an die Armee und die Landwehr einst beim Ausbruch eines Krieges macht, die man an sie zu machen berechtigt war, als das Edikt von 1814 erschien. Durch die Reduzierung der

Dienstzeit tritt die Infanterie auf die Linie der anderen kleinen deutschen Armeen und man ist nicht berechtigt, mehr von der unsrigen als von jenen zu verlangen. Das Edikt vom Jahre 1814 zeigte eine Armee von Linientruppen beim Beginn des Krieges, in welcher eine feste soldatische Ausbildung möglich war, und daneben die Landwehr, welche durch jene feste soldatische Ausbildung gegangen war und daher imstande sein konnte, trotz der langen Beurlaubung jener Ausbildung in allen Teilen Ehre zu machen! — Jetzt nun soll der Vordersatz schwinden — was soll aus dem Nachsatz werden!? Die schöne Haltung der Armee gibt am meisten Stoff für die Laien, um die Behauptung der verkürzten Dienstzeit aufzustellen. Man kehre den Satz um: Gesetzt, es wäre nicht gelungen, die Armee so schön zu erhalten, sondern das Gegenteil, würden die Laien nicht selbst behaupten, die Dienstzeit müsse verlängert werden, denn es sähe die Truppe zum Erbarmen aus? 1833.

Ganz einfach und schlagend ist der Satz: da ein Soldat drei Jahre dienen muß, um dem Geist nach Soldat zu sein, so kann er auch so gut aussehen, wie der preußische Soldat aussieht, aber nicht um so gut auszusehen, soll er drei Jahre dienen. — Schließlich kann ich nicht unbemerkt lassen, daß ich aus sicherer und sehr wohl unterrichteter Quelle weiß, daß auch das Jahr 1832 wieder Überschüsse im Jahresabschluß liefert, die den früheren nicht nachstehen. Ich muß daher noch einmal auf die in meinem Memoire vom Oktober ausgesprochene Ansicht zurückkommen. Man zweige 1½ Millionen von diesen nun seit 8 Jahren konstant sich bleibenden Überschüssen zum Militäretat ab, lege das andere in den Schatz nieder und Erlassung von Steuern möge eintreten, wenn jener gefüllt ist; — aber ehe jene Millionen nicht zum Militäretat gebracht sind, darf kein Steuererlaß eintreten. Ist dieser erst eingetreten und die Dienstzeit verkürzt, wer kann dann jemals daran denken, eine Steuererhöhung und eine verlängerte Dienstzeit wieder vorzuschlagen?! — So stehen wir am Wendepunkt dieser ins tiefste Innerste mich erschütternden Frage, deren Lösung das Schicksal des Vaterlandes und des Thrones in sich schließt!

1833. Tief ergriffen und schmerzlich bewegt, verbleibe ich Ihr gehorsamer Sohn Wilhelm, Prinz von Preußen.

43] An General O. v. Natzmer.

1. April 1833.

1833. 1. 4. Ich spreche mich nicht gern über die Politik[1]) jetzt aus, weil es eine Klippe für mich ist, indem ich unmöglich den Gang loben kann, den sie seit 3 Jahren geht. Vorderhand ist jede Aussicht zum Kriege geschwunden — und, wie ich glaube, nicht zum Heile der Menschheit! Das erscheint wie ein Paradoxon und ist doch keins. Denn die Irrlehren, die man durch Erhaltung des Friedens in den Augen der Menge sanktioniert, dürften leichter verderblich für die Völker werden, als ein Krieg zur Bekämpfung derselben. Und doch wird es zum Kampf kommen; je länger er aber hinausgeschoben wird, je mehr konsolidiert sich die Streitkraft des Gegners; das muß er ja gerade wünschen, daß man ihm dazu Zeit läßt. So tut also Europa geradezu dasjenige, was dessen allbekannter Gegner sehnlichst wünscht. Gestehen Sie, daß das eine neue Art ist, sich auf einen Krieg zu präparieren. Natürlich wäre es unsinnig, jetzt einen Aggressivkrieg zu beginnen, da 1833 kein Grund dazu vorhanden ist, nachdem man ihn im Juli 1830 nicht fand, folglich wird Frankreich auch ruhig sein und erst den Kriegsgrund seinerseits aufsuchen, wenn es ganz Herr seiner Streitkräfte sein wird. Der Kampf wird dann um so blutiger werden, — die Irrlehren werden um so ausgebreiteter sein. Und siegen wir auch, das heißt Europa, gegen die Revolution — was wird der Erfolg sein in den nächsten Friedensjahren? Wohl kein besserer, als der nach zweimaligem Einzuge in Paris, denn trotz dieses zweimaligen Einzugs, trotz der Bekämpfung der Revolution in den neunziger Jahren, trotz deren zweifacher Besiegung

Zu 43) [1]) Bezieht sich auf die Folgen der französischen Revolution von 1830, durch die nach Abdankung Karls X. König Louis Philipp auf den Thron kam, sowie auf die Anerkennung der Losreißung Belgiens von Holland. Dadurch, meint der Prinz, sei die Revolution als solche anerkannt, und da dies vom Thron geschehen, so würde in den Massen der Irrtum erzeugt, als sei die Revolution als solche berechtigt.

1814 und 1815 waren es gerade die darauf folgenden 1835.
15 Friedensjahre von 1815 bis 1830, welche die Ausbreitung der Revolution in Deutschland bewirkten. Was ist also zu erwarten selbst nach einem dritten Einzug in Paris, da man zuvor nicht, wie in den neunziger Jahren, die Revolution zu bekämpfen suchte, sondern sie anerkannte? Diese beispiellose Anerkennung ist unauslöschlich aus der Geschichte, und die jetzt lebenden Souveräne haben wohl nicht daran gedacht, welch eine Zukunft sie ihren Nachfolgern durch dieses aufgestellte Beispiel bereiten! Dies aufgestellte Beispiel wird für die Revolutionspartei ein Panier werden, das [einmal] gezeigt, ohne sonderliche Anstrengung die Massen in Bewegung setzen wird. Dies sind meine Befürchtungen für die Zukunft; rosig sind sie nicht.

44] An General O. v. Natzmer.

Berlin, 1. April 1835.

Sie haben mich durch Ihre freundschaftlichen Zeilen zu 1835.
meinem Geburtstage aufs angenehmste überrascht, bester Natzmer, 1. 4.
empfangen Sie für dies Zeichen Ihrer alten fortdauernden Gesinnungen meinen wärmsten Dank.

Wohl haben Sie recht, daß meine Sendung nach Wien[1]) von größtem Interesse war, und gewiß ist selten ein Beschluß von solcher Anerkenntnis belohnt worden als dieser rasche Entschluß des Königs zu dieser Mission. In ganz Österreich ist eine wahre Begeisterung für den König dadurch rege geworden, und in Wien namentlich war es belohnend für uns Preußen, den Ausspruch des Dankes und der Anerkenntnis der wohlwollenden Absicht des Königs entgegenzunehmen.

Es war der Tod des verehrten Kaisers eine gefährliche Krisis, die unter des Himmels Beistand glücklich vorüberging. Die auf allen Österreichern schwer lastende Persönlichkeit ihres jetzigen Kaisers drohte für ganz Europa gefährlich zu werden,

Zu 44) [1]) Die Sendung des Prinzen nach Wien hatte den Zweck, zur Befestigung der unglücklichen Verhältnisse Österreichs nach dem Tode des Kaisers Franz I. (März 1835), dessen Nachfolger Ferdinand schwachsinnig war, bei-

1835. da man in der Besorgnis war, daß Kabalen und Intriguen im Verborgenen gearbeitet hätten, um beim Regierungswechsel Resignations- oder Infirmations-Erklärungen und Einsetzung von Regentschaft ans Licht zu fördern. So muß man es nun aber dem seligen Kaiser und Metternichs[2]) Scharfblick Dank wissen, daß sie, trotz der geistigen Mängel, den legitimen Erben sukzedieren ließen, ein Entschluß, der allerdings wohl erst seit vier Jahren feststehen mag und mit der Krönung zum König von Ungarn und mit der Vermählungsakkordierung des jetzigen Kaisers zusammenfällt. Hiermit waren alle etwa vorhandenen Intriguen rompiert und die mehrfachen Ermahnungen, die der selige Kaiser zuletzt noch auf dem Sterbebette feierlich wiederholte, daß die Familienglieder aufs innigste einig sein und ihrem legitimen neuen Herrn treu sein und treu dienen sollten, wie ihm — hat wohl die letzte Spur von Kabale in der Familie erstickt. Denn von dem heiligen Entschluß, einig bleiben zu wollen, in der Familie sowohl als unter den jetzigen Faiseurs, habe ich mich aufs bestimmteste überzeugt; denn jeder fühlt es auch, daß Einigkeit aller allein jetzt die Monarchie erhalten kann.

Metternich fürs Äußere (aber wohl auch für vieles andere), Graf Kolowrat fürs Innere, Graf Clam für die Armee sind das Triumvirat, welches, tranchons le mot, den Regentschaftsrat bildet, der durch die Stellung des Erzherzogs Ludwig neben dem Kaiser zusammengehalten wird und die Brücke zum Souveränen macht, dem gewissenhaft alles vorgelegt wird, aber wohl sehr komprimiert, um ihn nicht zu sehr zu fatiguieren, und dem es auch wohl so leicht nicht einfallen wird, anderer Meinung zu sein als der hier vorgelegten.

Solange nun die jetzigen vortrefflichen Faiseurs an der Spitze sind und einig bleiben, ist alles, unter den gegebenen Verhältnissen, aufs beste geordnet. Aber wo mehr als einer regiert, da ist auch immer die Gefahr der Uneinigkeit mit vorhanden, und somit liegt die Garantie für die Sicherheit und Ruhe der österreichischen Monarchie nur in der Einigkeit dieser Per-

zutragen. Sie erfüllte ihn vollständig. — [2]) Langjähriger österreichischer Staatskanzler.

sonen. Ein, wie Sie einsehen werden, prekärer Zustand und 1835.
dennoch das beste, was sein kann! Wenn solche Zustände schwer auf allen Österreichern lasten, wie muß sich das in Europa nachempfinden! Welchen Stoß erhielt die moralische Kraft und Stellung Österreichs dadurch, und wie emsig wird die Propaganda sein, um Zerwürfnis in Österreichs heterogene Landesteile zu schleudern.

So war denn nun das schnelle Erscheinen eines preußischen Prinzen das erfreulichste, was Österreich, Preußen und ganz Europa, dem wohlgesinnten nämlich, geschehen konnte. Offener und glänzender konnte es wohl nicht ausgesprochen werden, daß wenn selbst solcher Herr Kaiser sei, alle Verhältnisse zu ihm unverändert bleiben würden. Daß Preußen dies zuerst so aussprach, ist von unberechenbaren Folgen für Deutschland im besondern und für ganz Europa, wie nun auch alles auf unsern König sieht als den letzten der drei hohen Männer, die Europa retteten. Wenn man von dem Thema durchdrungen ist, so schwatzt man gern davon. So ist's mir eben geschehen, und somit haben Sie ein kurzes aperçu, wie es jetzt in Österreich aussieht, gut nach Umständen, aber prekär! —

Wie ist der 30.[3]) März diesmal überraschend gewesen. Ich vor allem kann noch nicht recht zur Besinnung kommen, von wegen der siamesischen Zusammensetzung des Garde- und III. Armeekorps! General Röder[4]) und ich waren vollkommen wie vom Schlage getroffen, denn daß er eine Division erhalten würde, lag außer allem Kalkul; selbst die kühnsten, die wir seit Prag aufstellten, wo wir die Verabschiedungen erfuhren, reichten nicht so weit.

Die Posten, die ich, Röder und Albrecht[5]) diesen Moment bekleiden, werden mit Kalisch[6]) wohl endigen, jeder mit einem sich

[3]) Die großen Avancements im Heere wurden damals am 30. März, als am Tage der zur Kapitulation führenden Schlacht von Paris bekannt gegeben. — [4]) General v. Röder, vom Prinzen als sein bester Freund bezeichnet, hatte die 1. Garde-Infanterie-Brigade geführt. — [5]) Der jüngste Bruder des Prinzen, Prinz Albrecht von Preußen. — [6]) Bei Kalisch fand im Herbst 1835 ein viel bewundertes gemeinschaftliches Manöver preußischer und russischer Truppen statt.

1835. begnügen müssen und dann die Vakanzen endlich zum Wohl des Avancements zugehen.

Sie haben von mir eine Perle bekommen, den Major Bequignolles, einen ganz ausgezeichneten Offizier, den ich schmerzlich verliere. Er ist in 7⅓ Jahren vom Premierleutnant zum Major avanciert, da er 1827 mit einem Patent von 1823 Kapitän war. Ich hoffe, er wird sich stets so zeigen wie bisher. Leben Sie wohl, bester Natzmer, empfehlen Sie mich Ihrer Frau angelegentlichst. Auf Wiedersehn in Schlesien.

Stets Ihr treuer Freund Wilhelm.

45] An General O. v. Natzmer.

Berlin, 15.—16. April 1835.

1835. 15./16. 4. Auf Ihr Schreiben vom 11. d. Mts. eile ich Ihnen zu antworten. Ich hatte mich kaum von meinem Erstaunen über diesen Reisebeschränkungserlaß[1]) erholt, als ich auch schon am Schreibtische saß, um Witzleben[2]) zu bitten, das Reiseregulativ nicht ändern zu lassen, bevor ich ihn nicht ausführlich gesprochen hätte. Wenn Sie sich mit mir verabredet, hätten wir nicht gleichmäßiger über diesen Erlaß urteilen können. Statt dem Abus abzuhelfen durch Einschreitungen in die unnötigen Reisen, gießt man das Kind mit dem Bade aus, ja noch mehr, man stellt in unserer Armee, bei Gelegenheit einer Rechnungsrevision, ein neues Prinzip über die Stellung der untersten selbständigen Untergebenen zu ihren Vorgesetzten auf!

Daß übrigens die Veränderung eines Prinzips bezweckt wird, wird mir stündlich klarer. Den Kriegsminister,[2]) den ich nicht zu Hause fand, hörte ich noch nicht sich äußern, aber Lindheim[3]) habe ich bereits vors Messer genommen und gerade auch ihn,

Zu 45) [1]) Man wollte die Selbständigkeit der Regimentskommandeure erhöhen und auch wohl sparen und beschränkte deshalb die Inspizierungsreisen der höheren Vorgesetzten, überließ sogar den Regimentskommandeuren die Prüfung selbst schon bestätigter kriegsrechtlicher Urteile. — [2]) Generalleutnant und Generaladjutant v. Witzleben, einer der vertrautesten und arbeitsamsten Ratgeber des Königs auch in politischen Dingen, der seit 1818 die Personal-Angelegenheiten der Armee bearbeitete, hatte 1833 die Leitung des Kriegsministeriums übernommen. — [3]) Oberstleutnant v. Lindheim, Flügeladjutant

diesen sonst so praktischen Menschen und Soldaten, ganz im neuen Prinzip schwelgend gefunden. Er sagte, daß, je selbständiger man die Regimentskommandeure stelle, je mehr würde man sich überzeugen, was man an ihnen hätte, und ob sie brauchbar seien. Meine Erwiderung war Ihre Äußerung, daß alsdann die höheren Vorgesetzten überflüssig und von aller Verantwortlichkeit entbunden sein müßten; dann möge man als System einführen, alle Generale en disponibilité zu stellen und zu dieser und jener Inspektion à tour de rôle bald hier bald dort kommandieren. Bei der jetzigen Armeeverfassung sei das Durcheinanderwürfeln von Selbständigkeit unten und Verantwortlichkeit von oben, ohne die Möglichkeit und Erlaubnis einer Kontrolle, ein Unding, und ich würde für solche Stellung danken. 1835.

Reyher[4]) hat den Kriegsminister gesprochen und ihn ganz in Lindheims Sinne gefunden; Reyher hat ihm alles mögliche gesagt, auch meine Ansicht noch auseinandergesetzt, so daß Witzleben endlich versichert hat, er werde die Sache nochmals in Überlegung nehmen und Vortrag dem König machen, der übrigens ganz für die Sache wäre!! Sollte ich mich davon überzeugen, so muß ich privatim dem König schreiben!

Leider haben die Herren hier immer das Gardekorps im Kopf. Wenn wir anderen kommandierenden Generale unsere Korps so disloziert hätten wie die Garden, so würden wir natürlich uns auch nicht mit Eskadronsinspektionen aufhalten und uns mit Regimentsbesichtigungen begnügen. Aber man denke sich nun einmal das neue Prinzip eingeführt; die Landwehrreise findet also statt, man berührt alle Liniengarnisonen, sieht aber prinzipmäßig nichts von den Linientruppen; — was soll das für einen Eindruck machen, teils auf den Geist der Truppen, daß man sich nicht um sie bekümmert, teils auf den Ausbildungstrieb! Ja, man könnte es erleben, daß, wenn man nun doch einen Linientruppenteil sehen möchte, der Kommandeur es als prinzipwidrig verweigerte, und so würde man ihm zuletzt noch gute Worte geben müssen, um seine Truppenteile besichtigen zu dürfen.

des Königs. — [4]) Oberstleutnant v. Reyher, der spätere Chef des Generalstabes, 1830 Chef des Generalstabes des III. Korps.

16. April.

1835. 16. 4. So weit war ich gestern gekommen, als sich Witzleben melden ließ. Unsere Unterredung war die Wiederholung dessen, was diese Zeilen enthalten, und leider sehe ich, daß er wirklich ein neues Prinzip bezweckte. Als ich ihm die Konsequenzen auseinandersetzte, erwiderte er, daß dies falsch sei, denn es bliebe jedem unbenommen, seine Truppen bei Gelegenheit zu inspizieren; darauf mußte ich ihn jedoch auf sein neues Prinzip zurückführen und ihm bemerken, daß, wenn selbiges eingeführt werden sollte, er ja zuerst darauf halten und wachen müsse, daß es in der Armee, und namentlich von den höchsten Vorgesetzten, befolgt werde und nicht umgangen, damit die vielgepriesene Selbständigkeit der Regimentskommandeure auch wirklich bestehe und sich erweise, wie man es beabsichtige!

Dieses Räsonnement und mehrere andere, die nicht schwer wurden, ihm schlagend vorzutragen, erregten einige Verlegenheit, und ich sah deutlich, was auch Reyher bemerkte, daß er die Sache mit ihren Konsequenzen sich nicht durchdacht hat. Er versprach mir ganz bestimmt, die Angelegenheit nochmals zum Vortrag zu bringen und einen Zusatz zu veranlassen, damit nicht alle Detailinspizierungen inhibiert werden. Ihr Brief, aus dem ich ihm die betreffende Stelle vorlas, hat mir herrliche Dienste geleistet. Ich ließ mir vom Intendanten ausziehen, was ich voriges Jahr liquidiert. Ich wäre begierig zu wissen, was Sie jährlich verreisen mit Ihren Generalen, da Ihr Bezirk größer ist, wogegen Sie aber vier und vier Bataillone in einer Garnison haben, ich aber lauter einzelstehende. Die Berechnung in Zahlen wird hoffentlich die Augen öffnen. Was die Verfügung betrifft wegen der Revision ergangener Erkenntnisse auf Antrag der Regimentskommandeure, so habe ich dieselben nicht so beeinträchtigend gefunden wie Sie, indem es nicht der Regimentskommandeur ist, der auftritt, sondern er nur in Aufforderung des Verurteilten, welchem letzteren durch seine Verfügung eine Appellation zugestanden werden soll, die ihm gerechterweise doch auch zukommt. Unangenehm ist es freilich, daß nicht, wie im Zivil, diese Appellation vor Bestätigung des Erkenntnisses eingelegt werden kann, sondern erst nachher,

und werde ich dies im Auge behalten und zusehen, ob in diesem 1835.
Verfahren eine Änderung möglich ist, die nicht beeinträchtigend für das vereidete Kriegsgericht und für den Bestätigenden ist.

Leben Sie wohl und hoffen wir gemeinschaftlich auf Einsicht des Kriegsministers. Witzleben hat mir versichert, General Schmidt[5]) sei zum Divisionär noch designiert.

Ihr treuer Freund Wilhelm.

46] An die Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg.[1])

Berlin, 23. Februar 1837.

Des Himmels reichsten Segen über Dich und die lieben 1837. 23. 2.
Deinigen! Wie viele Gefühle müssen Dich an dem heutigen Festtage bewegen, den Du zum erstenmal in der Stellung begehst, die Dir der Himmel verlieh! Dies Ereignis, der heutige Tag, die nahe Osterfeier — wie viele Veranlassungen zu ernsten und wichtigen Betrachtungen! Mögen dieselben Dir und Paul zum wahren Segen werden, nur dann erfüllen solche Veranlassungen ihren wahren Zweck, indem sie uns an das mahnen, was allein unseren Wert bestimmt! Gottes Segen sei mit Euch!

Hoffentlich wird unser Familiengeschenk[2]) wohlbehalten und zur rechten Zeit diesmal eingetroffen sein und Deinen kleinen Pavillon nicht entstellen. Die Möbelform ist ganz eigentümlich erdacht.

Ich muß nun einen Gegenstand berühren, den ich durch Dein Vertrauen in seinem ganzen Umfange erfuhr, wofür ich Dir herzlichen Dank sage. Die Onkel Georg und Karl[3]) haben mich von allem au fait gesetzt.

Was ich über die ganze Sache denken muß, brauche ich wohl kaum erst auszusprechen! In zwei Worten ist es zusammenzufassen — es bekümmert mich in jeder Hinsicht sehr, sehr tief! — Es ist immer ein schmerzliches Gefühl, wenn man sich in der hohen Meinung, die man von Menschen gefaßt hatte, getäuscht

---

[5]) Bisher Kommandeur der 2. Landwehr-Brigade.

Zu 46) [1]) Schwester des Kaisers, deren Gemahl Großherzog Paul Friedrich von Mecklenburg soeben zur Regierung gekommen war. — [2]) S. Nr. 48[1]. — [3]) Brüder

1837. sieht. Wieviel wehmütiger aber wird ein solches Gefühl, wenn es Personen betrifft, die einem nahestehen, ja, die man sich aus Gleichgestimmtheit so gerne nahegestellt hatte und mit denen man ein solches Verhältnis, als zu den liebsten Begegnissen gehörend, gern unterhielt! Das ist nun mein Fall vis-à-vis von Helene! — Wie habe ich mich aber in ihr getäuscht! Weder die deutsche Fürstin erkenne ich in ihr wieder, noch die besonnene, verständige Freundin.[4])

Was die deutsche Fürstin betrifft, also den politischen Teil der ganzen traurigen Geschichte, so bin ich mit dem, was Onkel Georg namentlich in seinem ersten Brief an den König und Onkel Karl in dem seinigen an Dich sagt, so vollkommen einverstanden, daß ich Dich auf diese Briefe verweise, wenn Du meine Ansicht kennen willst. Man mag die Dinge ansehen, von welcher Seite man will, so bleibt doch Louis Philipp ein Thronräuber und er und seine Nachfolger tragen unrechtmäßigerweise eine Krone. Seine Dynastie mag sich nun jahrhundertlang erhalten oder nicht — die Art, wie er zur Krone gelangte, wird die Geschichte mit unauslöschlichen Buchstaben als ein Unrecht verzeichnen. Er ist nun anerkannter König. Das ist alles, womit man sich begnügen muß. Es ist aber ein himmelweiter Schritt zwischen der Anerkennung des momentan unabwendbaren Faktums und der Alliierung eines so zum Thron gelangten Hauses mit den anderen ehrenvoll und rein dastehenden Fürstenhäusern Europas. Schon die vorjährige Visite[5]) war ein Schritt, der seine Folgen haben mußte; wir sehen sie jetzt in der begangenen Kühnheit eines Eheantrages. Das ganze legitime Europa hat diese Anträge bisher zurückgewiesen, Österreich, Rußland, Neapel, Württemberg haben im Gefühle ihrer Ehre eine solche Allianz auf eine sehr eklatante Art ausgeschlagen, daher waren wir auch

der Königin Luise von Preußen. — [4]) Die Vermählung der Herzogin Helene von Mecklenburg mit dem Herzog von Orleans war den fürstlichen Kreisen deshalb so widerwärtig, weil der Vater des Prinzen, König Louis Philipp, durch die Julirevolution von 1830 sich auf den Thron hatte heben lassen, obwohl der entthronte König Karl X. legitime Erben hatte. Die Orleans wurden 1848 durch die Revolution vertrieben, der Gemahl der Herzogin Helene starb schon 1842. — [5]) Der Söhne Louis Philipps in Berlin.

sicher, was Ihr tun würdet, und Ihr habt unsere Erwartungen glücklicherweise nicht getäuscht. Wie konnte man aber vermuten, daß Helene das alles aus den Augen setzen und ein Gefühl als deutsche Fürstin verleugnen werde, welchem zu folgen sie so erhabene Beispiele bereits vor sich hatte. 1837.

Außer jenem politisch-fürstlichen Gesichtspunkt aber auch noch Besonnenheit und Charakterstärke zu vermissen, ist fast noch schmerzlicher! Was treibt sie zu einem Ehebündnis, von dem mit Ausnahme sehr weniger Stimmen alle ihr abraten? Wenn sie den ihr Bestimmten kennte, liebte, — so ließe sich die Sache erklären; und demungeachtet würden in diesem Fall ihre Freunde ihr auch nur abraten können. Das Motiv der Liebe ist nun aber nicht vorhanden. Was sind es also für Triebfedern? Helene sagt, sie habe nach reiflicher, gründlicher Überlegung ihren Entschluß gefaßt. Es kann also nur die Überzeugung einer höheren Bestimmung vorliegen; denn der Glanz einer Krone, und nun gar solcher Krone, kann ihr Herz und ihren Verstand nicht gefesselt haben. Es muß also das Gefühl ihrer Bestimmung sein, was sie so handeln läßt, und der Glaube, daß sie dort Gutes stiften werde. Aber wie ist es möglich, das zu glauben?? Das Interieur des Orleanshauses wurde als ein sehr religiöses und glückliches Familienleben geschildert. Hat dies Beispiel den geringsten Einfluß auf Frankreich geübt? Geht dort trotz der Religiosität des vertriebenen Stammes der Bourbons und des jetzt regierenden die Irreligiosität, die Auflösung aller sozialen Verhältnisse nicht mit reißenden Schritten vorwärts? Wo eine Nation in allen Klassen so völlig in der Auflösung sich befindet, da bringt ein noch so erhabenes Beispiel keinen Stillstand hervor.

Daß der junge Orleans nicht der Mann ist, der Demoralisation seines Landes kräftig entgegenzutreten, ist genügend bekannt. Ein Volk, was moralisch so tief gesunken ist wie das französische, kann sich erst zum Bessern wenden, wenn Katastrophen über dasselbe eingebrochen sein werden; oder aber es ermannt sich nie wieder, wie wir es in Italien sehen. — Wenn diese Illusion es also sein sollte, welche Helene vorschwebt, so wäre es um so schmerzlicher, weil sie schrecklich enttäuscht werden

1837. wird. — Aber eine andere Annahme als die, welche ich hier aufstellte, kann doch nicht vorhanden sein, welche Helene so opiniatre an diesem Phantom hängen macht! Eitelkeit, der Wunsch, eine große Rolle spielen zu wollen, kann in Helenes Herz nicht aufkommen, sollte ich glauben.

Und doch nötigt ihr Benehmen zu der Annahme, daß in ihrem sonst so reinen, sanften Gemüt sich eine betrübende Änderung zugetragen hat, die sie der Eitelkeit unterwirft. Ihr klarer Verstand ist dadurch gefesselt, wie denn aus einem Übel immer andere entspringen. Ihre Besonnenheit ging verloren aus demselben Grund, und alle Freundschafts- und Liebesvorstellungen, sich keinen Illusionen hinzugeben, werden der vorgefaßten Meinung untergeordnet und aufgeopfert.

Dies ist das wehmütige Bild, was ich mir jetzt von Helene machen muß. Wie schmerzlich ist der Gedanke für mich, sie künftig an einer Stelle zu wissen, von der gestürzt zu werden nach wie vor alle Aussicht vorhanden ist, wenn Recht und Gerechtigkeit noch in der Welt existieren und der kleine Heinrich[5]) leben bleibt! — Als ich zuerst von der Angelegenheit hörte, war ich entschlossen, mich nicht gegen Dich zu äußern, getreu dem Grundsatz: niemals Ehen stiften noch hintertreiben zu wollen, wenn man nicht zur Abgabe seiner Ansicht aufgefordert wird. Tags darauf aber schon ward mir die Mitteilung in Deinem Namen, und somit sah ich mich auch verpflichtet, Dir diese Zeilen zu senden.

Des Menschen Wille ist sein Himmelreich, sagt das Sprichwort; möchte Helene wider alles Erwarten ein Himmelreich auf Erden finden.

Sollte sie nach meiner Ansicht fragen, so teile ihr hieraus mit, was Du für gut findest. . . .

47] An den Großherzog Paul Friedrich.

Berlin, 4. März 1837.

1837. 4. 3. Herzlichen Dank, bester Paul, für Deinen letzten Brief, in welchem Du mir von der Angelegenheit sprichst, die Euch und uns

[5]) Heinrich Prinz von Bourbon.

gleich peinlich ist! Wie schmerzlich es ist, daß dies alles von da[1]) 1837.
kommt, wo man sonst nur mit Liebe und Vertrauen hinblickte, es ist doppelt hart! Wir sind daher auch in einer sehr peinlichen Lage, da unsere Ansicht diametralement der entgegengesetzt ist, die unser Haupt aufgestellt hat. Wir unterwerfen uns seiner Ansicht, ohne jedoch unsere aufgeben zu können. Wohl uns, daß wir in der Sache nichts zu tun und uns also nur privatim zu äußern haben! Dies gibt uns die Möglichkeit, die eigene Ansicht frei auszusprechen.

Sehr leid tat es mir, im Briefe Deiner Mama an Herzog Karl die Stelle zu finden, wo sie sich gegen Legitimitätsverhältnisse ausspricht. Wenn so etwas von Fürsten laut wird, so kann man sich nicht wundern, wenn Liebe, Verehrung und Ehrfurcht verloren gehen. So weit geht aber auch der König nicht. Wenn er auch jetzt sich für die Mariage interessiert, so täte er es gewiß nicht, wäre nicht Orleans ein legitimer Prinz, der nur Erbe eines illegitimen Thrones ist. — In eine Familie hineinzuheiraten, die so zum Thron gelangt, ist Geschmacks- und Gefühlssache. Bei mir sträubt sich beides dagegen, abgesehen von der Würde unserer Häuser! Daß Du fest bleibst trotz aller Minen, die man springen läßt, ist mir eine große Beruhigung, gerade bei Deinem Regierungsantritt.

48] An die Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg.

Berlin, 23. März 1837.

Tausend herzlichen Dank für Deinen lieben Brief zum gestri- 1837.
gen Tage sowie für Deinen Teil am superben Pokal, den ich en 23. 3.
famille erhielt.[1]) Es war ein gewöhnliches Dejeuner bei uns,

---

Zu 47) [1]) Von König Friedrich Wilhelm III. von Preußen, der, wie sein Hausminister Fürst v. Wittgenstein, für die Vermählung war, die übrigens auch durch den französischen Gesandten in Berlin, Grafen Bresson, zuerst angeregt war.

Zu 48) [1]) Es war Sitte unter den Kindern Friedrich Wilhelms III., sich an den Geburtstagen durch ein gemeinsames Geschenk aller übrigen Geschwister

1837. inklusive des 3. Armeekorps, abends Soiree, aber ohne Papa, Marie[2]) und Albrecht, da sie heute schon kommunizierten.

Über die unglückliche Mariage bei Euch habe ich mich in meinem Brief an Dich und Paul völlig ausgesprochen, und, wie natürlich, konnten unsere Gefühle über die Sache selbst nur ganz dieselben sein!! Du fragst mich, ob Paul nicht eigentlich Helene bei ihrer Passion für den usurpierten Thron ziehen lassen muß — auch ohne seine Einwilligung. Da ich Eure Familien- und Landesgesetze nicht kenne, daher nicht weiß, ob man sich ohne Einwilligung des Familienchefs verheiraten darf, so kann ich Deine Frage nicht von hier entscheiden. Meiner Ansicht nach muß sich in fürstlichen Familien ein jedes Mitglied dem Willen des Chefs bei Heiratsangelegenheiten unterwerfen, wenn der Chef auch nicht Vater der Heiratslustigen ist. Und sprechen sich die Gesetze darüber auch nicht aus, so scheint es mir mit dem Gewissen der Heiratswollenden unverträglich, eine Verbindung gegen den Willen des Chefs der Familie zu vollziehen. Ich wenigstens würde dies über mein Gewissen nicht bringen können. Bei der hohen Meinung, die ich bisher von Helene hatte, würde es mir nie in den Sinn gekommen sein, daß sie je anders handeln könnte, als ich es hier andeute. Aber der Juli[3]) hat alles, wie es scheint, untergraben, auch die schönsten und besten Grundsätze. Wenn ich heute, wo ich wahrhaftig heilig, versöhnend, milde gestimmt bin, mich so ausspreche, so ist es gewiß von der innersten Überzeugung diktiert. Ich kann auch Helenes Ansicht, daß sie sich als eine Heldin in diese Gefahr begeben will, nicht begreifen! Wozu sich in dieselbe begeben, da kein Mensch es ihr rät, ihr Familienchef es ihr vielmehr verbietet. Aber freilich, wenn man Gefahr gerade haben will und liebt, dann ist der jetzige Moment in Frankreich besonders geeignet, denn selbst nach Humboldts Ansicht hat es seit 1830 noch nicht so schlecht dort gestanden als eben jetzt seit sechs Monaten. Die Dinge gehen reißend bergab, fast schneller, als man wünscht.

zu erfreuen. — [2]) Prinzessin Karl von Preußen. — [3]) Revolution vom Juli 1830.

49] An Konsistorialrat Wunster in Breslau.[1])

Schloß Babelsberg bei Potsdam. Zum 26. Juni 1837.

Mit dem Gefühl der innigsten und herzlichsten Teilnahme 1837.
ergreife ich die Feder, um Ihnen am heutigen Festtage nahe zu 26. 6.
sein. Eine seltene Feier vergönnt Ihnen die allgütige Vorsehung! Wie muß der Rückblick auf Ihre schöne Laufbahn Ihnen doch ein so tröstlicher sein, da ja gerade Ihr Stand es ist, der die Menschen zu dem einzigen, wahren Heile leitet! Und mit welcher Liebe, mit welcher Wärme Sie Ihrem Berufe sich unterzogen, davon weiß mein Herz Kunde zu geben. Nächst Ehrenberg[2]) verdanke ich ja Ihnen einen großen Teil meiner religiösen Bildung und von Ihnen noch dazu in jener denkwürdigen Zeit der Wiedergeburt des Vaterlandes, wo Sie es ja auch waren, der mich mit segnenden Worten entließ, als ich vom Könige berufen ward, ins Feld zu ziehen. — Mögen alle Herzen, die sich gleich mir Ihrer Leitung erfreuten, Ihnen heute gleich dankbar wie das meinige entgegenschlagen! Wenn wir alle wohl nicht das Ziel erreicht haben mögen, zu welchem Sie uns mit so vieler Wärme leiten wollten, so wird Ihre Milde die Fehlenden deshalb nicht verwerfen. Möchte dies mein Fall vor Ihnen sein.

Sollte ich so glücklich sein, dem Vaterlande zu nützen, und der Sinn, in welchem ich zu wirken suche, Anerkennung finden, so möge meine Versicherung, daß dies mit Ihr Werk ist, Ihnen den heutigen Tag wenigstens nicht trüben und mein dankerfülltes Herz sich Ihnen vergegenwärtigen.

Wie freute es mich, aus Ihrem Schreiben zu ersehen, daß Sie jüngst erst die schöne Rheingegend besuchten, die auch wir bald nach Ihnen wiedersahen. Aber leid tut es mir sehr, daß Sie mich nicht besuchten bei Ihrem kurzen Aufenthalte in Berlin. — Wenn Sie von meinem Palais Lobendes hörten, so wird die Versicherung, daß zu demselben alles im Inlande gefertigt ist, demselben einen doppelten Wert in jedes Preußen Auge geben, und somit auch die Summe, die es kostete, eine wohltätige Zirkulation in der arbeitenden Klasse verursacht haben. Möge

Zu 49) [1]) Adressat hatte in Breslau im Anfang des Jahres 1813 dem Prinzen Unterricht erteilt. — [2]) Vgl. die Anmerkung auf S. 29. —

1837. der Friede des Herrn auf Ihrem Hause und seinen Bewohnern ruhen! Hoffentlich wird der heutige Tag Ihnen beweisen, daß ich Ihre Einlage richtig zu meiner ältesten Schwester Händen befördert. — So leben Sie denn wohl, kräftig und tüchtig und gesegnet nach wie vor in Ihrem Amte. Dazu sende Ihnen der Herr seinen Segen! Ihr Wilhelm.[3])

50] An General O. v. Natzmer.

Berlin, 9. Dezember 1837.

1837. 9. 12. Aus meinem gestrigen Schreiben als Garde-Stellvertreter[1]) werden Sie ersehen, wie eine Mitteilung von Konduitenlisten seitens des Lehrbataillons nicht stattfinden soll, daß ich daher Ihrem desfallsigen Antrag offiziell nicht nachkommen konnte.

Die gewisse Garde-Stellvertretung scheint unserm gnädigsten König in meiner Person sehr bequem zu sein, indem alles noch beim alten ist. Daß mir diese Stellvertretung ebenso bequem, könnte ich nicht behaupten, denn unter mindestens 2½ Stunden Vortrag komme ich keinen Tag jetzt fort, und war der 1. Dezember ein krueller Tag für jemand, der die Eingaben von einer Division und zwei Korps zu machen hatte, wobei der mir auch befohlene Stabsoffizierbericht von zwei Generalkommandos eine angenehme Perspektive bis zum 31. d. Mts. eröffnet. Die mir übertragene Kommission zur Ausarbeitung des längst als hohes

---

[3]) Ein sehr bezeichnendes einzelnes Wort aus einem Briefe des Prinzen an König Friedrich Wilhelm III. vom 18. Februar 1837, das H. v. Treitschke, Deutsche Geschichte IV, 505 zitiert, wollen wir hier wenigstens in der Anmerkung anführen. Es bezieht sich auf den infolge seiner Ermordung durch den Frankfurter Pöbel 1848 auch weiterhin bekannten, von Treitschke treffend als den „schönen übermütigen Wildfang" bezeichneten Fürsten Lichnowsky. Der Prinz bat seinen Vater „daß man jugendlichen Leichtsinn nicht ungerügt hingehen lassen dürfe, dagegen aber deshalb einen jungen Mann nicht ganz fallen lassen dürfe, sondern ihm Anleitung zum Ergreifen eines besseren Lebenswandels gäbe".

Zu 50) [1]) Dem Prinzen war außer dem Kommando über die 1. Garde-Division und das III. Armeekorps nach dem Tode des Prinzen Karl von Mecklenburg-Strelitz auch die Führung des Gardekorps interimistisch übertragen worden. Die Arbeitslast, die dem Prinzen dadurch aufgebürdet war, zeigte sich zum Beispiel darin, daß er täglich die Vorträge von allein vierzehn Adjutanten erledigen mußte,

Bedürfnis gefühlten Dienstreglements[2]) ist eine angenehme Zu- 1837.
gabe; doch inkommodiert sie mich bis jetzt noch nicht sehr, indem erst die Vorarbeiten durch einzelne Mitglieder und Hilfsarbeiter nach den Beschlüssen unserer ersten Konferenz geschehen. Es wird nämlich zuvörderst recherchiert, was in dem Wust von Bestimmungen als Befehl existiert. Dann soll ein Skelett der Ausarbeitung entworfen und in Pleno beraten werden, dann ein Reglementsprojekt.

Die ganze Arbeit ist in drei Abteilungen zerlegt: 1. Disziplin und Subordination, Major Rudloff;[3]) 2. Begrenzung der Wirkungskreise, Oberst Unruh;[4]) 3. Inneres und Garnisondienst, die vier Regimentskommandeure.[5])

Ich glaube nicht, daß das Plenum vor künftigem Herbst seine Arbeit beginnen wird, indem die Vorarbeiten sich bis zum Frühjahr trainieren dürften; dann kommen die Inspektions- und Herbstmanöver, Reisen und so ist der Herbst da. Leben Sie wohl und empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin angelegentlichst.

Ihr treuer Freund **Wilhelm.**

51] **An General O. v. Natzmer.**

Berlin, 18. April 1838.

Es ist heute gerade ein Monat, daß Sie meiner in Freund- 1838. 18. 4.
schaft zum 22. März gedachten. Aber ich war völlig außerstande früher zur Antwort und zum Dank für alles Liebe und Freundliche, was Sie mir sagen, zu schreiben. Möge dieser Dank hiermit, wenn auch verspätet, aber doch gewiß recht herzlich und aufrichtig Ihnen zukommen. Die Masse der Geschäfte, welche bis zum 30. März auf mir lastete, und seitdem die Entwirrung und Konstituierung der neuen Verhältnisse, namentlich im Gardekorps,

sie führte aber auch zu unhaltbaren Widersprüchen. — [2]) Diese durch Order vom 2. November 1837 gebildete Kommission hat Jahre hindurch unter dem Vorsitz des Prinzen bestanden, ihre Aufgaben wurden schließlich meist durch Erlaß besonderer Verfügungen gelöst. Am 14. November 1837 hatte die erste Sitzung stattgefunden. — [3]) Vom Kriegsministerium. — [4]) Adjutant beim Generalkommando des III. Armeekorps. — [5]) Die Obersten v. Tümpling, v. Sydow, v. Werder und Major v. Erhardt, die jeder für seine Waffe über den inneren Dienst und Garnisondienst die Bearbeitung übernahmen.

1838. haben meine Zeit dermaßen in Anspruch genommen, daß ich kaum zu mir selbst kam.[1])

Die Revolution des 30. März ist stärker gewesen, als wohl irgend jemand erwartete, und ich bin von allem überrascht worden. So ersah ich meine doppelte Ernennung zuerst aus der lithographierten Liste, indem die unendlich gnädige Kabinettsorder an meine Person zufällig ganz unten in dem Paket lag. Ich erkenne die mir widerfahrene Gnade mit dankbarem und gerührtem Herzen, aber mit ebenso schwerem bin ich von meinem Korps geschieden, in dem ich 14 so glückliche Jahre verlebte und so unendlich viel Veranlassung zur Freude fand! Möge ich so viel Vertrauen hier wiederfinden, als ich hinter mir lasse, und zur Zufriedenheit des Königs meine jetzige Stellung ausfüllen!

Unsere Inspektionsstellung ist für unsere Person von unendlichem Interesse und Nutzen. Mögen die kommandierenden Herren Generale uns nur nicht zu ungnädig einwirken sehen! Dem Prinzipe, welches am 30. März hinsichtlich der Besetzung der höheren Stellen sich herausstellt, kann ich nur meine Zustimmung geben. Für die Übersprungenen bleibt die Sache zwar immer dieselbe; aber wenn es so viele gleichmäßig trifft, gibt es auch eher eine Beruhigung, und tritt diese nicht ein, so ist die zu verlangende Pension so auskömmlich, daß niemand zu scheuen braucht, sie zu verlangen.

Sie haben sehr recht zu sagen, daß mir eine schwere Aufgabe zum Mai bevorsteht. Teils ist die Ausbildung der Truppen durch den harten Winter bei weitem nicht so gefördert, wie früher, teils sind so viele neue Führer in das Korps gekommen, ich à la tête, daß mir ganz bange wird; dann noch die unglücklichen Saatfelder, denen ich bereits den unerbittlichen Tod geschworen habe, sollte ich zuletzt selbst bezahlen müssen. Übrigens wird das Feldmanöver sehr unbedeutend ausfallen, da das noch „niemals betretene Plateau von Charlottenburg" das champ d'honneur werden soll, dem sich eine Brückenschlagung bei Pichelswerder und ein Sturm auf Spandau am andern Tage anschließen soll.

Zu 51) [1]) Der Prinz hatte unter Entbindung von dem Kommando des III. Korps das des Gardekorps erhalten und war gleichzeitig zum General-

Sie berühren in Ihrem Schreiben einen Sturm anderer Art,[2]) der diesen Augenblick die Welt in religiöser Beziehung bewegt und rufe ich mit Ihnen aus: Der Himmel bewahre uns vor einem Kriege um solcher Ursachen! Während man alle politischen Verhältnisse mit eingestecktem Schwerte hat sich umgestalten und alle Traktate mit Füßen hat treten lassen, wird man doch nicht zum Kriege schreiten, um die Lehre des Friedens zu verteidigen?! Religionskriege würden uns völlig ins Mittelalter versetzen, weil der Fanatismus unausbleiblich sein würde und mit ihm alle damaligen Greuel! Mit Ruhe und Konsequenz wird sich alles wieder ausgleichen, aber freilich nicht in so kurzer Zeit, wie viele träumen möchten. Nur keine Gewaltschritte gegen Rom! Sollte das dortige Haupt hors de saison sein, so wird dies die Zeit lehren, aber darauf hinarbeiten darf man nicht, wenn man eben nicht Religionskriege herbeiführen will. 1838.

Leider gibt es Personen, die dies wohl möchten, und das sind unsere Frömmler à la tête und warum? Weil sie sich gern an die Spitze der evangelischen Kirche und somit auch über die Gouvernements stellen möchten. Von diesen Leuten droht uns stets Gefahr.

Mich Ihrer Frau angelegentlichst empfehlend, sowie Fritz Hessen,[3]) bleibe ich stets Ihr Freund Wilhelm.

52] An die Leutnants v. Hiller im 1. Garderegiment und v. Gersdorff im Gardeschützen-Bataillon.

Berlin, 4. November 1838.

Aus Ihrem Schreiben vom gestrigen Tage ersehe ich, daß der Generalleutnant v. Hiller a. D. sich direkt an Se. Majestät gewendet hatte, um Ihren Wunsch[1]), den Krieg im Kaukasus zu 1838. 1. 14.

Inspekteur der 4. Armee-Abteilung ernannt. — [2]) Streitigkeiten und Wirren, die nach der Erhebung des Erzbischofs Droste v. Vischering auf den Kölner Stuhl ausbrachen. — [3]) Kommandeur der 11. Kavallerie-Brigade.

Zu 52) [1]) Dieser bei den, wie es schien, wieder ausbrechenden orientalischen Wirren geäußerte Wunsch war im Grunde der des Prinzen selber, und wie begründet er in der langen Friedenszeit war, zeigt das Verhalten von Offizieren wie Moltke, der das türkische Heer reorganisierte, und Goeben, der im spanischen Karlistenkriege kämpfte.

1838. machen, zur Allerhöchsten Kenntnis und Genehmigung zu bringen; — daß Se. Majestät aber für den Moment darüber noch keinen Beschluß zu fassen vermöchten. Wenngleich ich mit Ihnen dennoch die Hoffnung nicht aufgebe, daß die Allerhöchste Intention Ihrem Wunsche künftig nicht entgegen sein wird, so fürchte ich doch, daß die einseitige Vorstellung dieses Antrages der Sache selbst nicht ganz günstig gewesen sein mag, weil mein allgemeiner, motivierter Antrag noch nicht abgegangen war. Da ich jedoch auf jede nur mögliche Art die Wünsche derer meiner Untergebenen zu unterstützen beschlossen habe, welche den Krieg kennen lernen wollen, als das einzige Mittel bei einem langen Frieden, den Ernst unseres Berufs wieder aufzufrischen, wenn dies auch immer nur durch einzelne Individuen sein kann, so werde ich nach wie vor Ihrer Wünsche mich annehmen und alles, was in meinen Kräften steht, anwenden, um deren Erfüllung zu erlangen.

Beharren Sie nur in Ihrem kriegerischen Sinn, den ich nur loben und unterstützen kann!

Ihr Wilhelm, Prinz von Preußen.

53] An den General der Infanterie v. Grolman.

7. Januar 1840.

1840. 7. 1. Mit dem größten Interesse habe ich die beifolgenden Papiere gelesen[1]) und kann nur mit Ihnen bedauern, daß den gemachten Vorschlägen kein Gehör gegeben ward, da der mir heute von Ihnen mitgeteilte Weg auf keinerlei Art zum Ziele führend erscheint, und ich somit keinen Ausweg aus dem Labyrinth sehe, in das man fast absichtlich immer tiefer sich verwirrt. Daß die Stimmung unter den unteren Volksklassen sich noch so erhält, ist ebenso glücklich, als beinah unbegreiflich, aber zu lange darf man den Bogen auch nicht gespannt halten! Also ist es die höchste Zeit zum beruhigenden Handeln; das Handeln muß daher energisch sein! Ihr Wilhelm, Prinz von Preußen.

Zu 53) [1]) Beziehen sich wahrscheinlich auf den Konflikt, der zwischen der Regierung und dem Erzbischof Dunin von Posen ausgebrochen war. Grolman erwarb sich durch große Energie, ebenso wie Flottwell, der gleichzeitige Oberpräsident von Posen, die wesentlichsten Verdienste um das Deutschtum in der Provinz.





Zweiter Abschnitt.

Der Prinz von Preußen.
1840—1857.

1. Unter der unbeschränkten königlichen Herrschaft.
1840 (Juni)—1850 (Januar).

Kurz nach dem Tode König Friedrich Wilhelms III. von Preußen wurde Prinz Wilhelm zum Prinzen von Preußen ernannt, wie es die von König Friedrich dem Großen für den Thronfolger, der nicht Sohn des regierenden Königs war, eingeführte Sitte mit sich brachte. Er wurde im Herbst 1840 zum General der Infanterie befördert, zugleich aber an die Spitze des Staatsministeriums gestellt und war nunmehr auch dienstlich mit allen politischen Angelegenheiten beschäftigt, soweit sie der Beurteilung der höchsten Staatsbehörde unterlagen.

Von der militärischen Tätigkeit als kommandierender General des Gardekorps (seit 1838) und an der Spitze verschiedener militärischer Kommissionen, wie zur Führung größerer Kavalleriemassen, zur Ausarbeitung eines Exerzier- und Dienstreglements, für Bekleidung und Ausrüstung der Kavallerie und Infanterie, Einjährig-Freiwilligen-Dienst, Offiziersersatz, Zündnadel- und Minié-Gewehr, können wir hier, da alles, was wir davon wissen, einen mehr amtlichen als persönlichen Charakter trägt, nur einen für den Prinzen selbst wie für den Empfänger ungemein bezeichnenden Brief an den Kriegsminister v. Boyen (vgl. Nr. 56) abdrucken. Über die Landwehr kam der Prinz mit Boyen, dessen Verdienst um sie er sehr hoch ver-

anschlagte, bald in einen sachlichen Gegensatz. Er machte ihm zum Vorwurf, daß seine vorgefaßte Meinung für die Landwehr die Linie und ihre Offiziere herabsetze, überall in ihr Mißbräuche entdecke und alles, was Soldatendressur im Gegensatz zur Bauernhaltung sei, als Drill bezeichnet. Er betonte dagegen, daß eine in Gehorsam, Disziplin und Subordination anders als die Linie behandelte Landwehr eine revolutionäre Truppe werden müsse, und daß die Linie und ihre Offiziere die Erzieher der Landwehr seien. Namentlich an der Notwendigkeit, die Landwehr durch Linienoffiziere kommandieren zu lassen, hielt der Prinz fest. Allemal hatte er nur die Sache im Auge und äußerte sich über die zu weit gehende Beachtung von Nebendingen auch im Militärischen, für die man gerade ihm eine Vorliebe zuschrieb, sehr unzufrieden (vgl. auch Nr. 59).

Bald nach dem Thronwechsel gingen die Wogen des Patriotismus sehr hoch in Deutschland, und dem französischen Übermut gegenüber erscholl im ganzen Deutschland einmütig der Ruf nach Krieg. Mächtig ergriff dieser Ruf den Prinzen von Preußen, und er mahnte, wie H. v. Treitschke uns berichtet, die Offiziere der Garde, den vaterländischen Sinn im Heere, „der Schöpfung des seligen Königs", aufrecht zu erhalten, schrieb sich auch selber das Sturmlied von Nikolaus Becker ab: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein." Ein Gedicht mit der Tendenz der Rückforderung von Elsaß und Lothringen, das der Prinz damals gedichtet haben soll, drucken wir hier jedoch nicht ab, da jeder Nachweis dafür fehlt, daß der Prinz der Verfasser ist, und wir unbeglaubigte Stücke dem Leser nicht bieten wollen.

Von den Fragen der inneren Politik gewann er für die Ehegesetzgebung ein besonderes Interesse. Sie stand damals im Vordergrunde, da der König die Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts als unchristlich verabscheute, anderseits die Forderungen, die die Anhänger der positiven Religion aufstellten, mit dem wirklichen Leben in Widerspruch standen. Der Prinz suchte auch hier wie überall die weise Mittelstraße zu finden (vgl. Nr. 59). Ebenso bekämpfte er die Versuche des Königs, den ganzen preußischen Adel nach englischem Muster umzugestalten (vgl. Nr. 63).

Die wichtigste Aufgabe aber, die sich König Friedrich Wilhelm IV. in diesen Jahren gestellt hatte, war der Ausbau der ständischen Verfassung. So wie der König sich die Staatsverfassung in seinen Idealen von den christlichen und ständischen Einrichtungen des Mittelalters vorstellte, stieß sie mit der immer härter herantretenden Notwendigkeit, die Zusagen von 1815 zu

erfüllen und eine Volksrepräsentation mit Anteil an der Gesetzgebung zu gewähren und mit dem Gesetz von 1820 über das Staatsschuldenwesen ebenso hart zusammen, wie mit der Ansicht des verstorbenen Königs, er habe, soweit es für Preußen möglich sei, durch die Provinzialverfassungen und Städteordnungen, sowie durch die musterhafte Verwaltung allen Ansprüchen genügt. In treuer persönlicher Verehrung für den Vater und überzeugt von der sachlichen Richtigkeit der vom Vater getroffenen Maßregeln mußte der Prinz, zumal, soweit er dienstlich als Chef des Staatsministeriums dazu berufen war, seine warnende Stimme vor dem König laut werden lassen; er hat es auch dann getan, als der König den unbequemen Warner nicht mehr fragte. Dazu fühlte sich der Prinz um so mehr verpflichtet, als der verstorbene König ihn und die anderen Prinzen in einem vom Könige anerkannten Testamentsentwurf ausdrücklich dazu berufen hatte (vgl. Nr. 63 und 66). Nur schwer hat der Prinz sich schließlich bestimmen lassen, als Vorsitzender des Staatsministeriums seine Unterschrift zur Einberufung des Allgemeinen Landtags zu geben (vgl. Nr. 66 und 70), hat dann aber das bestehende Gesetz als solches voll anerkannt und in diesem ersten preußischen Parlament, dessen Mitglied er als Prinz des Hauses war, treulich und erfolgreich die Politik des Bruders in einer Anzahl von Reden und durch die Debatte hervorgerufenen Gegenreden verteidigt. So sprach er z. B. über Fragen der Verfassung, der Periodizität des Landtags, des Zolltarifs, über die Judenfrage und andere Gegenstände der Debatte stets knapp, klar und sachlich, und allemal das oberste Recht der Krone wahrend (vgl. Nr. 72).

Es kam das Jahr 1848. Der Prinz wollte festhalten an dem soeben erlassenen Gesetz. Allmählich aber hatte er sich von der Notwendigkeit der allgemein verlangten Verfassungsänderung überzeugt, und nunmehr bewies er sich in noch höherem Grade als vor Jahresfrist als ein politischer Kopf und Charakter, da er vor der Macht der Tatsachen seine eigensten durch Erziehung und Gewohnheit lieb und teuer gewordenen Ansichten zurücktreten ließ und in der Nacht vom 17. zum 18. März das Patent unterzeichnete, durch das der König dem Lande eine Konstitution und Preßfreiheit verhieß. Trotz dieser Zusicherungen brach bekanntlich die Revolution aus (vgl. Nr. 76, 78), und der Prinz, geschmäht und verdächtigt, begab sich nach England. Über diese Reise fehlen eigenhändige Aufzeichnungen leider noch, nur einige Dankesbriefe für geleistete Hilfe können wir beibringen (vgl. Nr. 92 ff.). Von London aus hat der Prinz

eine Reihe von Schreiben (vgl. Nr. 79 ff.) an Freunde gesandt, die mit voller Deutlichkeit zeigen, daß er seine politischen Ansichten ganz dem wirklichen Bedürfnis der Zeit angepaßt hatte. Nicht die Einsicht von der Vortrefflichkeit englischer Einrichtungen, nicht der Rat englischer Staatsmänner hatte seine Ansichten umgewandelt, sondern die Erkenntnis, daß unter den gegebenen Verhältnissen auch Preußen in die Reihe der konstitutionellen Staaten eintreten müsse, sowie vor allem die Tatsache, daß der König die neue Verfassung nun einmal gegeben habe, sie also Gesetz sei, und die Überzeugung, daß er seinem preußischen Staat, wie immer er auch gestaltet sei, und unter allen Umständen dienen müsse, hatte noch vor der Abreise (vgl. Nr. 77) bestimmend auf ihn eingewirkt, bestimmend sowohl auf seine Ansichten über die preußische Verfassung, wie über die nun in hellen Flammen auflodernde deutsche Frage.

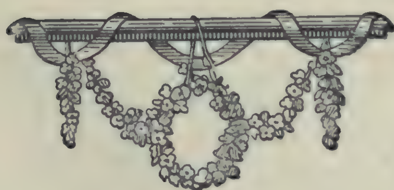
Über die deutsche Frage liegen eigene Äußerungen des Prinzen aus früherer Zeit nicht vor. Jetzt zog ihn naturgemäß die militärische Seite, die gerade verhandelt wurde, vornehmlich an, und er legte seine Anschauungen über die künftige deutsche Wehrverfassung in einem besonderen Buche nieder (vgl. Nr. 97). Aber auch auf die Frage nach der deutschen Einheit an sich ist er mit patriotischer Lebendigkeit, zugleich aber mit eindringendem Verständnis (vgl. besonders Nr. 97) eingegangen. Erfüllt von friderizianischem Stolz auf seinen Staat und durchdrungen von der Aufgabe Preußens, an die Spitze Deutschlands zu treten, erkannte er vornehmlich, daß die deutsche Frage eine Frage der Macht, nicht der Besprechungen und Beratungen sei (vgl. Nr. 101), und wenn er zunächst auch geneigt gewesen wäre, dem Könige anzuraten, die ihm von der Nationalversammlung zu Frankfurt angebotene Kaiserkrone anzunehmen, so lehnte doch auch er sie sofort ab, als sich zeigte, daß die damit verbundene Verfassung die kaiserliche Macht bis zur Bedeutungslosigkeit beschränkte (vgl. Nr. 102). Nach der Ablehnung der Kaiserkrone durch König Friedrich Wilhelm IV. und bei der Unfähigkeit Österreichs, etwas zur Einigung Deutschlands zu leisten, besann sich indessen Preußen darauf, daß dies seine Aufgabe sei. Mit voller Zustimmung schloß sich daher der Prinz der vom König in die Wege geleiteten Union an, und es ist gewiß sehr bemerkenswert, daß der Prinz mehrfach schon damals Pläne entwickelt, wie sie weit später in der deutschen Reichsverfassung zum Ausdruck gekommen sind. So verlangte er das Ausscheiden Österreichs aus Deutschland, um

alsdann in ein freies, zugleich aber sehr nahes Bundesverhältnis mit ihm zu treten (vgl. Nr. 98).

Die an Preußen ergangene Aufforderung, im Interesse der Sicherheit und Ruhe Deutschlands die Aufstände zu dämpfen, die in Sachsen und namentlich in Baden ausgebrochen waren, rief den Prinzen im Jahre 1849 an die Spitze der preußischen Truppen zur Unterdrückung des badischen Aufstandes. Die hier gestellten Aufgaben löste er glücklich (vgl. Nr. 106) und glaubte, daß diese kriegerische Episode die einzige sei, die ihm zu erfüllen obliegen würde.

Nicht minderen Anteil aber als an der deutschen Frage nahm er, wie sich versteht, an der der preußischen Verfassung. Er kümmerte sich sogar eindringlich um sie und verfolgte alle Phasen, die sie durchmachte, mit seinen Gutachten (vgl. Nr. 112). Seit der Annahme der revidierten Verfassung und ihrer Beschwörung durch den König (6. Februar 1850) hatte der Staat endgültig seine neue Verfassung erhalten, und es ist bemerkenswert, mit einem wie großen Maß freudiger Genugtuung der Prinz die konstitutionelle Gestaltung des Staatswesens begrüßt.

Am 22. Mai 1840 war der Prinz in den Freimaurerorden eingetreten. Er, der alle Heuchelei in der Religion ehrlich haßte, hat die Bestrebungen des Ordens als wahrhaft religiöse erkannt und mit Hingebung gepflegt (vgl. Nr. 62).





54] An Unbekannt.

Schloß Babelsberg, 18. Juni 1840.

1840. 18. 6. Ihre Teilnahme an dem unersetzlichen Verlust,[1]) der uns getroffen hat, ist mir wert und teuer. Nächst dem Blick zu Gott ... ist der Gedanke tröstlich für uns, daß er[2]) nicht litt in seinen letzten Tagen, daß ihm nach menschlicher Annahme jetzt wohler ist als hier auf Erden, und daß allen seinen Kindern vergönnt war, sein Kranken- und Sterbelager in der letzten Stunde zu umstehen, und daß er uns alle noch erkannt hat, zwei Stunden vor seinem Tode! Schön wie sein Leben war auch sein Hinscheiden! Ohne allen Schmerz schlief er so sanft ein, daß wir kaum den letzten Atemzug bemerkten!

Außer dem Vater und König verliere ich in ihm noch den Dienstherrn, dem zu dienen die größte Glückseligkeit meines Lebens ausmachte! Dies ist für mich ohne allen Ersatz.

Ihre Glückwünsche zu meiner neuen Stellung[3]) vermag ich

Zu 54) [1]) Dank für Teilnahme beim Tode König Friedrich Wilhelms III. Über die letzten Lebensstunden des Königs hat der Prinz im Jahre 1856 dem Hofrat Louis Schneider folgende kurze Schilderung gemacht: „Die Worte, die der König dem Kaiser [Nikolaus] gesagt haben soll, sind ganz unverständlich gewesen. Die Fürstin Liegnitz glaubte aber, er hätte sagen wollen: Ça va mal! Erkannt hat der König den Kaiser vollkommen, denn als die Kaiserin dem Könige gesagt hatte: ‚Nik ist auch hier', drehte er sich im Bette um, sah den Kaiser an, der ihm schon die Hand geküßt hatte, und, ihn erkennend, lallte er jene Töne und hob dabei die beiden zusammengefalteten Hände auf gegen die Brust, wie überrascht und verbindlich danken wollend. Er erkannte uns übrigens alle beim letzten Abschiede. Es war vielleicht 12½ Uhr. Mich sah er fest an, lallte ungefähr fünf bis sechs Worte, die aber nicht zu verstehen waren, und mir kam es dabei in den Sinn, als sagte er der Garde Lebewohl. Wir Kinder, Kaiser und Thronfolger waren von 1 Uhr an im Nebenzimmer, die Schwiegerkinder im anderen Zimmer, bis es aus war." — [2]) Der verstorbene König. — [3]) Als Prinz von Preußen.

nicht anzunehmen. Einmal ist solche Stellung kein Glück, und zweitens wird der Himmel es mir ersparen, einen Tag zu erleben, wie der 7. Juni[4]) für meinen teuren Bruder gewesen ist! 1840.

55] An den Oberpräsidenten v. Schön.

7. September 1840.

Es ist in meinen Augen die höchste Illoyalität, einem neuen Souverän beim Antritt seiner Regierung Garantien abzufordern,[1]) und wenn selbst der selige König 1815 solche in Aussicht stellte, so blieb es seiner Weisheit sowohl als der seiner Nachfolger vorbehalten, die Zeit zu bestimmen, wann sie in Ausführung kommen sollten. Daß der selige König außerdem seit Einführung der Provinzialstände an jener weiteren Ausdehnung der ständischen Verhältnisse nicht gearbeitet hat, beweist wohl, wie in allem sein tiefer und richtiger praktischer Blick, der ihn in der Modernität solcher Institutionen ringsum im Auslande nur Nachteil, Unruhe, Unzufriedenheit erblicken ließ. . . . Anklang würde es bei allen finden, die Umsturz des Bestehenden wollen, die Selbstsuchtsnährer sind und ihrer Eitelkeit fröhnen. Bei solchen Menschen populär zu sein, ist nicht meine und nicht der wahren Patrioten Sache. 1840. 7. 9.

56] An den Kriegsminister v. Boyen.

Berlin, 18. bis 24. Dezember 1841.

Eurer Exzellenz Schreiben vom heutigen Tage habe ich zu Dank erhalten und kann ich mich nur aufrichtig freuen über die offene, wohlwollende und herzliche Art, mit der Sie zu mir sprechen. Nach Ihrem vorgestrigen Privatschreiben konnte ich mir bereits sagen, daß Sie eine dienstliche Antwort auf meine 1841. 18./24. 12.

---

[4]) Todestag König Friedrich Wilhelms III.

Zu 55) [1]) Der Königsberger Provinzial-Landtag hatte die Absicht laut werden lassen, den König durch einen Beschluß an die verheißene Bildung einer Versammlung von Landesrepräsentanten zu erinnern. Die Kunde davon hatte in Berlin stark verstimmt. Der Beschluß kam an dem Tage zustande, da der Prinz diese, seine Ehrfurcht vor der politischen Einsicht des Vaters kennzeichnende Anschauung an Schön niederschrieb.

1841. Eingabe umgehen wollten, und somit konnte ich mir sofort sagen, wie Ihre dienstliche Antwort lauten würde. Diese meine Vermutung bestätigt Ihr heutiges Schreiben. Ich vermag aber nicht einzusehen, warum ich eine solche Antwort scheuen sollte oder geheim halten müßte, weder als kommandierender General noch als Prinz von Preußen? Als ersterem steht es mir zu, meine gewissenhafte Überzeugung stets auszusprechen; in wieviel höherem Grade steht mir aber das Recht zu und wird es mir zur Pflicht, wenn ich in meiner Überzeugung von allen meinen untergebenen Befehlshabern einstimmig unterstützt werde? Die königlichen und kriegsministeriellen Erlasse vom April d. Js. befehlen nicht ausdrücklich die Einführung der Rohrschen[1]) Methode, sondern bestimmen nur, daß dieselbe nach den besonderen Verhältnissen berücksichtigt werden solle. Aus diesem Grunde durfte ich mit meiner Eingabe hervortreten und aus demselben Grunde glaube ich auch, daß Sie über dieselbe beim König Vortrag machen konnten, um die Allerhöchste Entscheidung einzuholen, ob unter den angeführten Umständen die Einführung im Gardekorps dennoch in ihrer ganzen Ausdehnung befohlen würde. Ja, dieser Vortrag scheint mir um so unerläßlicher, als Sie im Schreiben vom 16. d. Mts. sagen: daß am Schluß des Jahres von der Armee Bericht erstattet werden solle über die Resultate der neuen Methode, wovon in der Kabinettsorder und im kriegsministeriellen Erlaß vom April d. Js. gar nicht die Rede ist. Es ist daher unerläßlich, daß der König wisse, was für Ansichten und Hindernisse sich der Einführung im Gardekorps entgegengestellt haben, damit derselbe nicht die Truppen der Garde nach der Methode ausgebildet glaubt. Wenn

Zu (56[1]) Die Frage, ob „die Rohrsche Methode" die möglichst baldige und gleichmäßige Ausbildung der Körper- und Geisteskräfte des Soldaten erreiche, war seit den zwanziger Jahren vielfach erörtert. Der Prinz verhielt sich ablehnend. Auch jetzt sollte sie zwar nicht als Vorschrift gelten, aber ihre Gesichtspunkte und allgemeinen Grundsätze sollten, im rechten Sinn aufgefaßt, die leitenden sein. Im Zusammenhang damit sollte auch das Bajonettfechten in der Armee eingeführt werden, das der Prinz ebenso wie Hanteln, Schlangenlauf, equilibristische Bewegungen und Stellungen als völlig nutzlos und die Zeit für Felddienst und Tiraillieren beschränkend erkannt hatte, da es vor dem Feinde niemals gebraucht werde.

selbst bereits im April der Allerhöchste Befehl bestimmt aus- 1841.
gesprochen gewesen wäre, so würde ich mich dennoch unterfangen haben, dem Könige meine alleruntertänigsten Gegenvorstellungen zu machen. Bei einem alsdann erteilten Befehl würde ich alsbald gehorcht haben. Da ich aber zu denen gehöre, die den Grundsatz festhalten, daß man nur dann freudig dienen könne, wenn man nicht gegen seine gewissenhafte Überzeugung zu handeln braucht, so würde in dem Falle dies auch für meine künftige Dienstleistung bezeichnend sein.

Aus dem eben Gesagten folgt die Antwort auf Ihre Bemerkung, was ich als Prinz zu tun schuldig sei, und wie ich der Disziplin und den Nachkommen Beispiel zu geben berufen sei! Indisziplin und Ungehorsam werde ich nie in meinem Leben zeigen, das beweist das eben Gesagte; aber indem ich der Armee und den Nachkommen das Beispiel des Gehorchens gäbe zu ihrem Wohl, würde ich auch beiden das Beispiel geben, wie man freimütig seine gewissenhafte Überzeugung aussprechen müsse und dürfe, wenn man das Wohl des Ganzen gefährdet sieht. Daß ich nach diesen Grundsätzen eine zurückweisende Antwort des Kriegsministers nicht scheue und deren Geheimhaltung auch für gar nicht nötig erachte, ergibt sich von selbst. Es bleibt mir immer noch der Weg zum König übrig, d. h. der dienstliche, und Seiner Majestät Entscheidung wird über meine Stellung und mein Wirken entscheidend sein.

Daß Sie auf die Bemerkung über die Kompagniechefs eingegangen sind, sehe ich mit Freuden. Es wäre aber sehr wichtig, dies der Armee bekannt zu machen, wie denn überhaupt das wochen-, tage- und stundenweise Vorschreiben der Übungen, wie dies der Armee im April mitgeteilt ist, einen Pedantismus und eine Beengung des Handelns verrät, den wir in der Garde und ich sonst im III. Armeekorps nicht geahnt haben und vom II. Armeekorps nicht erwartet hätten! und ebensowenig vom Generalleutnant v. Rohr! Es ist bisher weder mir als kommandierendem General noch meinen untergebenen Generalen in den Sinn gekommen, solche Einmischungen in Dinge zu üben, die durchaus Sache des Regimentskommandeurs und so fort

1841. nach unten sind. Dennoch habe ich jetzt, nur um zu beweisen, daß ich nicht ein blinder Verfolger der Rohrschen Methode bin und das einzelne Gute derselben durchblicke, im Widerspruch mit meinem Nichteinmischungsprinzip, auch dem Generalleutnant v. Roeder meine oft genug mündlich gegebenen Bemerkungen als Befehl im Oktober wiederholen lassen, daß bei der Rekrutenausbildung kein Gegenstand bis zur Ermüdung des Mannes getrieben werden soll und das Tiraillement im Terrain zu beginnen, sobald die feste erste Ausbildung des Mannes beendigt, die Kenntnis des Gewehrs erfolgt ist und die Witterung und Zeit dies erlaubt.

Somit sehe ich Ihren ferneren Schritten entgegen, hätte aber freilich eine Widerlegung meines offiziellen Schreibens gewünscht, da ich auf Berücksichtigung des Aufgeführten rechnen konnte. Triftige Gründe zurückweisen, ohne Gegengründe anzuführen, wird der General v. Boyen nicht offiziell tun, da er hoffentlich zu gerecht und rücksichtsvoll ist und nicht wissentlich zur Selbsttäuschung seiner und anderer wird beitragen wollen!

Ihr Prinz von Preußen.

57] Erklärung für den Freimaurer-Orden.[1])

Ende 1841.

1841. — daß er gern der Freimaurerei Schutz gewähren und ihre Fahne halten wolle, daß er dies auch in bezug auf äußere Feinde und äußere Bedrängnisse mit Erfolg tun zu können glaube, nicht aber ebenso in bezug auf Spaltungen im Innern des Bundes, welche zu verhüten das Bestreben der Brüderschaft sein müsse, indem er in seiner Stellung nie eine vielen Brüdern liebgewordene Form irgend eines Systems aufheben oder beseitigen oder ein bestehendes als das allein gültige erklären würde.

Zu 57) [1]) Diese Erklärung ist nur in indirekter Form bekannt. Eine frühere lautet: „Ich habe bei meinem Eintritt in den Orden großen Streit der Systeme vorgefunden und erst aus dem wahren Geist des Ordens die Bruderliebe vernehmen müssen, die sich vielfach in den Vorträgen vernehmen ließ, aber sich nicht in den Herzen der Brüder zeigte.“ Über die Spaltungen im Orden sind wir nicht unterrichtet.

58] An den Obersten v. Schuckmann.[1])

[6. Juni 1842.]

Es sind heute 25 Jahre verflossen, seitdem die Gnade meines hochseligen Vaters, des Königs Friedrich Wilhelm III. glorreichen Andenkens, mich als Chef an die Spitze des heute von Ihnen befehligten 7. Regiments stellte. Stolz durfte ich darauf sein, einem Regimente zu gehören, welches der verblichene Monarch als ein solches bezeichnete, das bis dahin durch Wohlverhalten seine besondere Zufriedenheit erworben hatte. In wie jungem Andenken waren 1817 noch die Erinnerungen an die eben errungenen Lorbeeren der preußischen Armee; in wessen Munde erklangen nicht die Namen: Groß-Görschen, Culm, Leipzig, Paris, Ligny, Königswartha, Hellendorf, Champ-Aubert, Sevres — auch die Heldentaten, welche das damalige 2. westpreußische Regiment an jenen denkwürdigen Tagen vollführte. Ein 27 jähriger Friede ist jener großen Zeit Folge gewesen. 1842. 6. 6.

Eingedenk der Worte, mit welchen des hochseligen Königs Majestät mir mein nunmehriges Regiment verlieh: „Er hoffe, zu den Erwartungen berechtigt sein zu können, daß dasselbe hinfort durch innere Ordnung in jeder Hinsicht sich auszeichnen werde", hat mein Regiment in dieser langen und selten langen Friedensperiode die schwerste Aufgabe bisher glücklich gelöst, nämlich die, in einem so langen Frieden sich stets schlagfertig zu halten. Daß dieses Ziel ihm immer vorschwebe, solange der Frieden besteht, — daß es die vorgenannten denkwürdigen Tage sich zum Beispiel nehme, wenn des Königs Majestät uns zum Kampfe aufrufen sollte — das sind die Wünsche, welche ich an dem heutigen Ehrentage für mich meinem tapferen Regimente zurufe, und ich weiß es, daß jedes Mitglied desselben, dem dereinst der Ruf zum Kampfe ertönen wird, mit gewohnter Hochherzigkeit und mit dem gekannten Mut Blut und Leben für König und Vaterland freudig zu opfern bereit sein wird. Solche Zeiten mit meinem Regimente zu bestehen, wäre ein neuer Stolz für mich! Zur bleibenden Erinnerung des heutigen

Zu 58) 1) Kommandeur des 7. Grenadier-Regiments.

1842. Tages übergebe ich dem 7. Infanterie-Regiment mein Bild, mit der Bestimmung, daß es bei dem jedesmaligen Kommandeur aufgestellt werden möge. Prinz von Preußen.

59] An General O. v. Natzmer.

Berlin, 4. April 1843.

1843. 4. 4. Tausend herzlichen Dank für Ihre freundschaftlichen Zeilen zum 22. März. Von wenigen empfange ich so gern solche Zeilen des Andenkens, als von Ihnen. Lieber aber wäre es mir gewesen, dies mündlich zu hören, denn alsdann hätten Sie den Winter bei uns zugebracht, und wir hätten über so manches sprechen können. Auch Ihre Mitwirkung im Staatsrat wäre erfreulich und nützlich gewesen, in welchem wir uns nun schon drei Monate mit dem Ehescheidungsgesetz[1]) herumschlagen! Dies Gesetz, in seiner allgemeinen Tendenz so edel, in seinen Einzelheiten aber so verwerflich, ist eine wahre Kalamität geworden, da es Parteiungen erzeugt, die höchst beklagenswert sind. Der König selbst sagt immer, das Gesetz enthalte zu viel und mehr auf einmal, als der Magen des Volkes jetzt noch vertrüge. Das ist das Treffendste, was man sagen kann! Aber warum handelt er nicht danach?! Weil die Frömmler ihm immer predigen, der Magen des Volkes müsse verdauen, was man ihm bietet! Eine vortreffliche, aber naive Heilmethode, zu deren Fahne ich nicht schwöre! Die Presse,[1]) Posen,[2]) Herwegh[3]) haben auch endlich einige Kraftäußerungen hervorgebracht, die die Gutgesinnten sammeln können. Schlimm nur ist es, daß alle drei Sachen nötig wurden, während man sie vermeiden konnte, wenn man nicht selbst die Opposition durch das Vorhergegangene herbeigeführt hätte.

Zu 59) [1]) Der Gesetzentwurf über die Ehescheidung sollte der allzu großen Leichtigkeit, mit der sie das Allgemeine Landrecht gestattete, entgegenwirken. Er schloß die Möglichkeit der Ehescheidung nahezu aus und erregte daher, als er veröffentlicht wurde, einen Sturm der Entrüstung in den Zeitungen, ebensowohl aber im Staatsrat, und selbst der König war mit ihm nicht so einverstanden, wie man annahm. — [2]) Der Posener Landtag hatte sich in einer Adresse gegen die Führung des Namens „Preußen" ausgesprochen. — [3]) G. v. Herwegh, phantastischer politischer Freiheitsdichter, war, nachdem er wegen eines neuen Journals an den König geschrieben, im Dezember 1842 aus

Im Militär weiß man vor Angst nicht wohin, weil täglich 1843.
neue Ideen über Kostüme[4]) auftauchen, so daß man mit nichts ins Reine kommt. Major v. W[?] hat mir vorgestern einen Vortrag gehalten, um zu beweisen, daß die Kopfbedeckungen ohne Schirm, wie die Husaren sie bekommen, besser sind als die mit Schirmen, wie wir sie jetzt haben!!! Wenn es so fortgeht, so weiß ich nicht, wo die Theoretiker noch hinkommen werden! Das habe ich ihm geantwortet. Um die großen Korpsübungen wohlfeiler zu machen, soll nicht mehr gelagert werden, die Landwehr-Bataillone sollen nur vier Tage operieren für sich, kurzum, die aufs höchste bereits gespannte Maschine soll zum Platzen gebracht werden. Ich habe vorgeschlagen, die Revuen ganz auszusetzen, statt sie so zu verstümmeln.

Indem ich Ihrer Frau mich angelegentlichst empfehle, bleibe ich Ihr Prinz von Preußen.

60] An eine Anzahl jüdischer Freimaurer.

1843.

Mit der Übernahme des Protektorats über die preußischen 1843.
Freimaurerlogen ist mir auch die Verpflichtung überkommen, den Bund in seinen Fundamentalbestimmungen zu schützen und ihn vor Neuerungen zu bewahren, die nur dazu dienen können, die Erreichung des ursprünglichen Zweckes zu erschweren oder zu vereiteln. Ich darf voraussetzen, daß Ihnen die Grundsätze, von denen bei der Aufnahme der Mitglieder der preußischen Freimaurerlogen nach den Statuten des Bundes ausgegangen werden muß, nicht unbekannt sind, und wenn danach nur die Aufnahme christlicher Glaubensgenossen statthaft ist, so folgt daraus, daß auch nur diesen der Zutritt zu den preußischen Freimaurerlogen eingeräumt werden kann. Wollte ich versuchen, an den Fundamentalbestimmungen eine Änderung vorzunehmen, so würde dies — wie ich im voraus überzeugt bin — die Folge haben, Unzufriedenheit bei den diesen Grundsätzen

Preußen ausgewiesen. — [4]) Uniform und Ausrüstung der Infanterie waren damals mehrfach Gegenstand der Beratung.

1843. treu anhängenden Brüdern zu erwecken, wodurch dem Zwecke, der mich allein bestimmen konnte, das Protektorat zu übernehmen, entgegengewirkt werden würde. Ich wünsche, daß Sie bei unbefangener Erwägung der obwaltenden Verhältnisse zu der Überzeugung gelangen mögen, daß nicht Mangel an Teilnahme, die ich Ihnen sonst gern betätigt hätte, sondern nur die Rücksichten, die ich dem bestehenden Bunde schuldig bin, es mir unmöglich machen, zur Erreichung des von Ihnen beabsichtigten Zweckes, wie achtbar derselbe auch ist, meinerseits mitzuwirken.

61] An den Sekondleutnant v. Waldersee.

Berlin, 31. Januar 1844.

1844. 31. 1. Ich mache mir die Freude, Ihnen anliegend ein Exemplar des Faksimiles des ewig denkwürdigen Schreibens Friedrichs des Großen vom 10. Januar 1757 zu übergeben als Erinnerung daran, daß Sie so gütig waren, dasselbe am 24. Januar d. Js. für mich in die militärische Gesellschaft zu überbringen.

Dies erhebende Dokument gibt einen Beweis wie kein anderes, welch edle und große Seele in dem unvergeßlichen König lebte, der, an die Möglichkeit denkend in feindliche Gefangenschaft zu geraten, befiehlt, in einem solchen Falle nichts für ihn zu tun, sondern den Krieg zu betreiben, als habe er nie in der Welt existiert!

Dies sind die Gesinnungen, welche Regenten groß und unvergänglich in die Geschichte hinstellen und ihnen die Liebe ihrer Untertanen, vor allem aber die der Soldaten zu ihrem Kriegsherrn, erwerben. Ihr Prinz von Preußen.

62] An alle Freimaurerlogen in Preußen.

27. Januar 1845.

1845. 27. 1. — — — Er (der Freimaurer) weiß, daß er nicht allein den Bundesbrüdern die freudigste Hilfe schuldig ist, er weiß, daß alle Menschen seine Brüder sind, daß er das Wohl aller, soviel an ihm ist, in der besten Weise fördern soll. Die Vereine,

welche sich aller Orten für das Wohl der arbeitenden Klassen[1]) zu bilden im Begriff sind, bieten hierzu eine reiche und den Brüdern gewiß willkommene Gelegenheit dar. Wir empfehlen daher allen geliebten Brüdern der vaterländischen Logen recht dringend, diesen Vereinen beizutreten, an der Verfolgung ihrer lobenswerten Zwecke, ohne daraus eine Bundesangelegenheit zu machen, jedoch im Geiste der Maurerei, tätigen Anteil zu nehmen und im Sinne des Ordens besonders dahin zu wirken, daß die Tätigkeit der Vereine auf das nächste, gewiß hochwichtige Ziel unverrückt gerichtet bleibe, geistige und leibliche Hilfe überall dahin zu bringen, wo man ihrer bedarf; zugleich aber durch die Art, wie dies geschehe, und durch ihr Beispiel den Sinn der Ordnung, der Pflicht und der Nächstenliebe zu wecken und zu verbreiten. Möge auch hier die Welt die belebende Wärme des Bruderbundes empfinden, ohne zu wissen, woher sie strahlt. 1845.

63] Gespräch mit dem General v. Gerlach.[1])

31. Januar 1845.

Ich ging heute zum Prinzen von Preußen und sagte ihm, 1845.
daß ich den König gesprochen hätte. Der Prinz erkannte an, daß 31. 1.

Zu 62) [1]) Diese Vereine suchten damals durch freiwillige Tätigkeit die Lage der arbeitenden Klassen zu heben.

Zu 63) [1]) Der Inhalt dieses Gesprächs, des folgenden Briefes und der sich daran schließenden Denkschriften bilden die Ansichten des Prinzen über die Verfassung. Sie wichen von den Plänen des Königs wie von den Forderungen der Liberalen im Lande weit ab, sie waren im Gegensatz zu denen des Königs wesentlich praktisch gedacht und liefen im Gegensatz zu den Liberalen vor allem auf die volle Aufrechterhaltung der königlichen Machtvollkommenheit hinaus. Im übrigen modifizierten sie sich, als der Prinz sah, daß der König an seinen Plänen festhielt. Die Berechtigung des Prinzen, seine Stimme auch gegen den unumschränkt regierenden Bruder zu erheben, folgte nicht nur aus seiner Stellung als Thronfolger, auch nicht nur aus seiner Stellung an der Spitze des Staatsministeriums („Conseil", wie es damals genannt wurde), sondern auch aus dem Testament des Vaters, das zwar als nicht unterschrieben eine Rechtskraft nicht besaß, das aber die Söhne Friedrich Wilhelms III. anerkannt hatten und das die Zuziehung der Prinzen des Hauses bei einer Änderung der Staatsverfassung anordnete. — Ob irgend eine Persönlichkeit auf die Ansichten des Prinzen eingewirkt hat, wissen wir nicht. Wahrscheinlich ist es nicht. Mit seinem früheren Adjutanten L. v. Gerlach, der während der Regierung Friedrich Wilhelms IV. als

1845. der König sich an das Gesetz von 1815[2]) nicht zu kehren brauche, das von 1820[3]) modifizieren und das von 1823[4]) erfüllen müßte. Er warf dem König vor, 1. daß er durch das den Ständen einzuräumende Bewilligungsrecht, sowohl der Abgaben als der Anleihe, einer Konstitution vorarbeite und dieser notwendig zur Beute fallen müßte, 2. daß er den versammelten acht Landtagen nicht würde widerstehen können, 3. daß er, wenn er die Provinzialstände nur alle vier Jahre und die Ausschüsse ebenfalls alle vier Jahre versammelte, die Provinzialstände vernichtete, 4. daß die Ausschüsse mit ihrem Petitionsrechte bei jeder Gelegenheit auf die Reichsstände dringen würden. Dann machte der Prinz ein Konterprojekt: Wahl von etwa 150 Deputierten aus den Provinziallandtagen, die als Reichsstände anerkannt werden sollten ohne Petitions- und ohne Bewilligungsrecht. Dieselben sollten ein Kollegium von acht erwählen, welches die neuen Schulden verwaltete, mit der Verwaltung der alten Schulden bliebe es wie bisher. Dann ging der Prinz zu der Pairskurie des Königs

---

dessen Generaladjutant die größte politische Rolle gespielt hat, führte er darüber nur Gespräche wie das obige, ohne dessen Ansichten anzunehmen, und der König selbst fragte, da er keinen einflußreichen Ratgeber des Prinzen wußte, den Minister v. Rochow: „Wer influiert Wilhelm?" Den General Gerlach hatte der Prinz im November 1844 gerufen, um sich über die Pläne des Königs orientieren zu lassen. Denn damals waren sie schon so weit gediehen, daß er sie wohl dem Fürsten Metternich und dem Kaiser Nikolaus, nicht aber seinem Bruder mitteilte. Dagegen protestierte der Prinz in einem 30 Seiten langen Brief, von dem in obigem Gespräch die Rede ist, und der eigene Vorschläge des Prinzen enthält, aber noch unbekannt ist. Der König lehnte den Protest als unberechtigt scharf ab und zog den Prinzen nicht mehr zu den Beratungen zu. Wenige Wochen später klärte der Prinz den General v. Natzmer über die Pläne des Königs auf und äußerte, daß, wenn einmal etwas der Art geschehen müßte, es noch besser sei, mit zwei Kammern zu regieren, als mit den versammelten etwa 700 Köpfe starken Reichsständen. Von den Ministern seien zwar Boyen, Bülow, Bodelschwingh für eine repräsentative Verfassung, für die Ideen des Königs aber keiner. Auch stimmte er Natzmers Ansicht zu, daß von den Ministern vielleicht nur Arnim und Bodelschwingh geeignet wären, mit Reichsständen zu regieren; der König aber sei es am allerwenigsten, er sei nicht geschaffen, die Geschäfte parlamentarisch zu führen, er sei zu sehr an einen absoluten Willen gewöhnt.. — [2]) Verordnung über die Gewährung einer Repräsentativ-Verfassung. — [3]) Über das Staatsschuldenwesen, das die Aufnahme von Anleihen und die Erhöhung der Steuern an die Zustimmung von Reichsständen knüpft. — [4]) Über die Provinzialstände.

über und meinte, wenn so etwas sein sollte, so wäre das Zweikammersystem besser. Er führte aus, durch die 24 Bürgermeister der Reichsstädte, die Deputierten der Universitäten würden die Stände nicht nur mehr demoralisiert, sondern auch von dem Grundprinzip unserer auf Besitz gegründeten ständischen Verfassungen würde abgegangen. Der Prinz berief sich darauf, wie Wellington, Peel und Aberdeen ihm gesagt, er möchte den König vor einem Nachahmen englischer Verhältnisse und vor demokratischen Elementen in der Verfassung warnen, mit denen sie jetzt in England zu kämpfen hätten. Dieses und noch vieles andere hat der Prinz in dem von der Prinzeß abgeschriebenen Briefe dem Könige gesagt, den er mir ganz vorlas. Mir kam es zunächst darauf an, den Prinzen von übereilten Schritten abzuhalten. Er hatte nämlich gesagt, er wartete ab, bis der König seine Projekte an das Konseil bringen würde, dann wollte er seine Erklärung abgeben, worauf ich ihm bemerkte, daß er es dahin nicht dürfe kommen lassen, er müßte das, was an das Konseil zu bringen wäre, selbst vorbereiten helfen. 1845.

64] An den Generalleutnant A. v. Tümpling.

Berlin, 13. Juni 1845.

Soeben kommt mir die anliegende Kabinettsorder[1]) zu, mit dem Auftrage, Ihnen dieselbe am 15. d. Mts., als Ihrem Dienst-Jubiläumstage, zuzustellen, welches ehrenvollen Auftrags ich mich hiermit entledige und Ihnen meine Freude über den Beweis der Königlichen Gnade ausspreche. 1845. 13. 6.

Zugleich statte ich Ihnen aber meinen ebenso aufrichtigen als herzlichen Glückwunsch zu dem Ehrentage ab, der ein doppelt erfreulicher für Sie ist, als Sie ihn in einer Rüstigkeit begehen, die uns noch lange Ihre Tätigkeit verheißt, welche mir das Allererwünschteste ist, was ich mir im Gardekorps denken kann. Mögen also unsere Wünsche in Erfüllung gehen und Sie uns noch lange erhalten werden!

Zu 64) [1]) Ernennung Tümplings zum Generaladjutanten gelegentlich seines 50jährigen Dienstjubiläums.

1845. Bei Ihrer Rückkehr werde ich Ihnen zur Erinnerung des 15. Juni 1845 und der Truppen, an deren Spitze Sie dieser Tag trifft, ein Andenken[2]) übergeben, was Sie an diese Ihre Truppen erinnern soll. Mit unwandelbarer Gesinnung

Ihr Prinz von Preußen.

65] An König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen.[1])

20. November 1845.

1845. 20. 11. Du wirst es natürlich finden, daß ich in Erfahrung gebracht habe, wie Du in diesem Sommer eine Kommission ernannt hast, welche Deine ständischen Pläne ausarbeiten mußte. . . . Mehr als ich darin[2]) gesagt, erlaubt mir mein Gewissen nicht nachzugeben. Ich glaube es in meiner Stellung verlangen zu können, daß mein Plan geprüft werde. Er gibt kein Recht der Krone aus den Händen; er bezeichnet jeder Korporation ihre Rechte und vermeidet, die Finanzfrage, die gefährlichste von allen, in regelmäßiger Wiederkehr zu agitieren. Zugleich gewährt er, unter Beibehaltung des jetzigen ständischen Fundaments, die Provinzialstände, gewährt in den Ausschüssen die verheißene Generalberatung des Gesetzes von 1823 und löst die Schwierigkeit des Gesetzes der Staatsschulden von 1820. Brüderlichst lege ich diese große Angelegenheit Dir ans Herz, das tief ergriffen davon ist, daß es sich Deinen Plänen nicht anschließen kann.

Aus der dem Briefe beiliegenden Denkschrift des Prinzen.[3])

„Preußens politische und geographische Lage als Großmacht im europäischen Staatenbunde und zugleich als Teil des deutschen

[2]) Ein Krügersches Aquarell.

Zu 65) [1]) Vgl. Nr. 63 Anm. 1. — [2]) In dem erwähnten Protestbrief vom Januar 1845. — [3]) Diese Denkschrift überreichte der Prinz dem Könige mit dem voranstehenden Briefe. Sie ist nur bruchstückweise aus den Auszügen Treitschkes bekannt, und da diese zum großen Teil nicht den Wortlaut, sondern nur den Gedankengang des Prinzen enthalten, so müssen wir diese Stücke nach dem Wortlaut Treitschkes geben. Die eigenen Worte des Prinzen sind in Anführungsstriche gesetzt, die Worte Treitschkes ohne solche. Dasselbe gilt von Nr. 66.

Bundes erlaubt nicht, daß dessen Monarch durch konstitutionelle 1845. Institutionen in seinem freien Bewegen behindert werde. Aber auch alle Institutionen, die den konstitutionellsten sich nähern oder in diese überzugehen drohen, sind daher für Preußen nicht annehmbar." Um dieser Gefahr vorzubeugen und zugleich die Verheißungen der Jahre 1820 bis 1823 zu erfüllen, hält der Prinz für nötig, daß die gesetzgeberische Tätigkeit der Stände und die Beratung der Finanzfragen streng voneinander getrennt und verschiedenen ständischen Körperschaften zugewiesen werden. Der Allgemeine Landtag soll mithin ausschließlich über den Staatshaushalt, die Vereinigten Ausschüsse ebenso ausschließlich über die Entwürfe neuer Gesetze beraten. Werden also „die Attributionen scharf auseinandergehalten", dann kann die Beratung der Steuervorlagen nicht zum Erzwingen neuer Gesetze mißbraucht werden oder umgekehrt. Demnach sollen bestehen: Eine reichsständische Versammlung, aus etwa 150 Abgeordneten der Provinzialstände gebildet, mit der Befugnis, über neue Steuern und Anleihen zu beraten; ferner die bisherigen Vereinigten Ausschüsse mit dem Rechte der Gesetzesberatung, das weiterer Ausdehnung fähig ist und doch unschädlich bleibt, „da die gefährliche Geldfrage ihnen entzogen ist"; endlich als Fundament der ständischen Verfassung die Provinziallandtage.

Dann erörtert die Denkschrift noch, wie es in Kriegszeiten mit den Anleihen zu halten sei. Diese Frage erschien bekanntlich den Räten des Königs sehr schwierig. Der Prinz fand sie ganz einfach, weil er seine Preußen kannte. Er meinte: Bei einem bevorstehenden Kriege kann man allerdings des notwendigen Geheimnisses wegen die Reichsstände nicht um eine Anleihe angehen; für diesen Fall genügen der Staatsschatz und Revirements mit den großen Geldinstituten des Staates. „Wird aber im Laufe des Krieges eine Anleihe notwendig, so hat es nicht das geringste Bedenken, die Reichsstände zu berufen." In Friedenszeiten dürfen Anleihen nur im äußersten Notfall abgeschlossen werden, so daß jeder die Notwendigkeit einsieht und die Schande auf den Verneinenden fällt. Kostspielige große Unternehmungen wie die Eisenbahnen überlasse man den Privaten. Unverbrüchlich

1845. hält die Denkschrift daran fest, daß der verstorbene König jederzeit nur beratende Stände in Aussicht gestellt hatte. Sie schließt mit den Worten: „Alle Beratungen aller drei ständischen Versammlungen sind durchaus konsultativ, von einem Bewilligungsrecht irgend einer Art darf nie die Rede sein.“

66] Aus einer Denkschrift über die preußische Verfassungsfrage.[1])

17. Dezember 1846.

1846. 17. 12. Der Prinz hob an mit dem schmerzlichen Geständnis, daß er in den beschlossenen Institutionen „nicht das Heil des Thrones und des Vaterlandes erblicken könne“, und faßte alsdann seine Bedenken in vier Hauptpunkten zusammen. Zum ersten wendete er sich gegen die verfehlte Zusammensetzung des Vereinigten Landtages; und wer mag heute noch bezweifeln, daß diese unförmliche Versammlung von mehr als 600 Köpfen als dauernde Institution unmöglich fortbestehen konnte? Der Prinz erhob dawider einen gewichtigen Einwand, der, so nahe er lag, seltsamerweise noch von keinem der vielen Mitratenden bemerkt worden war; er sagte einfach: „Diese ständische Versammlung ist teils unlenksam, teils unauflöslich.“ Allgemeine Wahlen im ganzen Königreiche — Urwahlen, wie man damals sagte — wollte der König unter allen Umständen vermeiden. Er hielt sie — hierin mit dem Bruder ganz übereinstimmend — für einen Fieberzustand, wovor man das Volk bewahren müsse, und rühmte als einen Vorzug seines Vereinigten Landtages, daß dieser nicht aus allgemeinen Wahlen, sondern aus den Provinzialständen hervorgehe. Nun wies der Prinz schlagend

Zu 66) [1]) Vgl. Nr. 65. Vom März bis Dezember verhandelte die für die Verfassungsfrage eingesetzte Kommission gemeinschaftlich mit dem Staatsministerium, so daß der Prinz als dessen Vorsitzender wieder amtlich mit ihr beschäftigt war. Der Mehrheit der Staatsminister, die die Notwendigkeit der zentralständischen Versammlung zugestand, weil sie vom König befohlen sei, gab der Prinz in der Sitzung vom 11. März zwar nach, erstattete aber am Ende der Beratungen das obige Sondergutachten an den König, das wir in derselben Form wie Nr. 65 nach dem Auszuge Treitschkes mitteilen.

nach: Der Vereinigte Landtag solle ja nicht aus gewählten 1846.
Deputierten der Provinzialstände bestehen, dann könnte „aufgelöst und in den Provinziallandtagen neu gewählt werden"; er solle vielmehr die Gesamtheit der acht Provinziallandtage selber umfassen und könne folglich nie aufgelöst werden, wenn man nicht in allen acht Provinzen zugleich Neuwahlen ausschreiben wolle. „Somit steht diese neue beratende preußische Ständeversammlung weit mächtiger da als die konstitutionellen Kammern anderer Staaten, welche alle sich für extreme Fälle die Auflösung und Neuwahlen vorbehalten haben."

Eine solche Versammlung, so fuhr die Denkschrift fort, lasse sich nur dann in Schranken halten, wenn ihr ein Herrenstand als selbständige, gleichberechtigte Macht gegenüberstehe. Der Plan, die Spitzen der Aristokratie zu einer besonderen ständischen Bank zu vereinigen — unzweifelhaft einer der glücklichsten politischen Gedanken Friedrich Wilhelms IV. — war leider nicht zur vollen Reife gelangt; der König hatte bisher, zum lebhaften Unwillen der Ritterschaft des Ostens, nur eine kleine Anzahl erblicher Herren berufen und behielt sich noch vor, über die Organisation des Herrenstandes weiteres zu bestimmen. Dem praktischen Sinne des Prinzen war dies Zaudern unbegreiflich. Er sagte: „Es will nicht einleuchten, wie es in irgend einer Weise zu rechtfertigen wäre, wenn eine ganz neue ständische Ära geschaffen wird, man diese Institutionen nicht gleich ganz und komplett schafft, sondern in einem Paragraphen sich die wichtigste Einrichtung zu kreieren noch vorbehält." Auch fand er es ungerecht, den treuen Adel der alten Provinzen durch Zurücksetzung zu kränken. Sein Rat war, der König möge sogleich ein geordnetes Zweikammersystem einführen, etwa 82 Fürsten und Grundherren in das Oberhaus berufen und diese nach freiem Ermessen durch Virilstimmen verstärken: Ein solcher Herrenstand würde ein starkes Gegenwicht bilden gegen die zweite Bank.

Zum zweiten wendet sich die Denkschrift gegen das Recht des Vereinigten Landtags, neue Steuern zu bewilligen. Das Steuerbewilligungsrecht der alten Stände ist nach und nach untergegangen, „weil es die Notwendigkeit so mit sich brachte.

1846. Preußen wäre seit dem Großen Kurfürsten nie das geworden, was es ist, wenn es von diesem Rechte abhängig geblieben wäre." Darum erklärt das Allgemeine Landrecht das Besteuerungsrecht für ein Majestätsrecht; auch die Gesetze von 1815 und 1823 verheißen den Landständen nur die Beratung, nicht die Bewilligung der Steuergesetze. „Ich halte die Aufgabe des Steuererhebungsrechts durch die Krone für eine solche Beeinträchtigung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Thrones, daß ich mich nicht für ermächtigt halte, allein in die Aufgabe dieses Majestätsrechtes zu willigen."

Zum dritten mißbilligt die Denkschrift, daß der Staatshaushaltsplan auch den Vereinigten Ausschüssen vorgelegt werden solle. Dies kann nur zum Mißbrauch des Petitionsrechtes führen; „daher werden Konzessionen des Gouvernements unerläßlich werden, selbst gegen die bessere Überzeugung desselben". Alle Finanzsachen gehören vielmehr ausschließlich vor den Vereinigten Landtag.

Zum vierten wird das dem Landtage wie den Ausschüssen gewährte unbeschränkte Petitionsrecht angefochten. Petitionen über Finanzfragen erregen nur Unzufriedenheit; „niemand räumt ein, daß er zu viel des Geldes besitzt; jeder räumt ein, daß er dessen zu wenig habe." Auch höhere Politik, die innere wie die auswärtige, eignet sich nicht für ständische Petitionen. Sie wird ohnehin erschwert durch Preußens Doppelstellung als europäische und als deutsche Macht. Schon mehren sich in der Presse die Ausfälle gegen die anderen deutschen Staaten. Wie bald kann auch „das enge Band zwischen Preußen, Rußland und Österreich, welches durch seine Macht bisher den Frieden aufrecht hielt", durch Angriffe der Stände gefährdet werden!

Am allerwenigsten darf sich das Petitionsrecht der Stände auf das Heerwesen erstrecken. In allen Ländern strebt die Bewegungspartei nach Abschaffung der stehenden Heere; sie sucht ihr Ziel auf Umwegen zu erreichen, verlangt Schwächung der Armeen, Kommunalgarden statt der Truppen. Für Preußen sind diese Bestrebungen besonders gefährlich wegen unserer Landwehr. „Daher ist die Neigung unverkennbar, die Landwehr auf

Kosten der Linie zu erheben und ihre Trennung von der Linie 1846.
immer greller zu machen, und zu beweisen, daß die strenge militärische Form und Disziplin ihr nicht nötig sei und sie vielmehr die Stelle einer Nationalgarde einzunehmen habe." Die Bewegungspartei wird also versuchen, die Dienstzeit der Linie zu verkürzen und leicht eine Mehrheit finden, da alle Welt Ersparnisse verlangt; selbst die Konservativen werden den versteckten Plan nicht erkennen. Dieser Plan geht dahin, daß der Soldat die strenge Subordination sich nicht mehr fest einprägen, die Übungen der Landwehr möglichst selten stattfinden sollen. Dazu die Feindseligkeit gegen die Offiziere, die Auflockerung der Standesehre, namentlich bei den Offizieren der Landwehr. „Wenn Diskussionen und Petitionen gedachter Natur dem Vereinigten Landtage preisgegeben werden und die Presse noch mehr als bisher schon geschehen entfesselt wird, ist das Bestehen der preußischen Landwehr, wie sie zur wahren Ehre, zur Wohlfahrt und zum Ruhme des Vaterlandes vor 32 Jahren geschaffen wurde, eine völlige Unmöglichkeit!!" Kann aber Preußen nicht mehr seine Armee im Kriege verdoppeln oder verdreifachen, „so tritt Preußen auch von der Stufe, auf welche seine Armee es gestellt hat, herab." — So lebendig stand dem Prinzen schon vor Augen, was er nach 15 Jahren selbst erleben und durchkämpfen sollte.

Auch das Petitionsrecht über ständische Verhältnisse wollte er den Landständen versagen: Zu nahe liege die Gefahr, daß sie dies Recht mißbrauchten, um beständig überzugreifen und, von der Presse unterstützt, die Erweiterung ihrer Befugnisse zu verlangen. Werde die Regierung dann widerstehen können? „Somit steht das ganze Gebäude der ständischen Verfassung in Frage — eine Lage, die gewiß niemand wollen kann, und der zu entgehen man heute noch vollkommen die Macht hat." Im wesentlichen wollte die Denkschrift also die Tätigkeit der Stände auf die Beratung der vorzulegenden Gesetzentwürfe beschränken.

Nach alledem erklärt sich der Prinz „zu seiner tiefsten Betrübnis" außerstande, das Patent über die Berufung des Vereinigten Landtages zu unterzeichnen. Er sei nicht gegen die Fort-

1846. entwicklung der ständischen Gesetzgebung, denn die alten Verheißungen müßten erfüllt werden; er sei auch nicht gegen den gewählten Augenblick, nur gegen die Art und Weise der Erfüllung. Er sehe „die Rechte, die Würde und die Macht der Krone gefährdet", er ahne die Gefahr, daß demnächst eine Konstitution ertrotzt werde. „Da Ew. Majestät es oft ausgesprochen haben, daß eine Konstitution für Preußen unmöglich sei, weil es mit derselben aufhören würde, Preußen zu sein, so müssen auch alle Mittel und Wege vermieden werden, welche unfehlbar zu diesem Ziele führen müßten."

Dann fuhr er fort — denn an die Möglichkeit seiner eigenen glorreichen Regierung hat er in jenen Tagen nie gedacht: — Es ist meine Pflicht, auf die Gefahren aufmerksam zu machen. „Aber noch eine andere Pflicht nötigt mich dazu, es ist der Blick auf meinen Sohn! Nach dem unerforschlichen Ratschluß Gottes scheint es bestimmt zu sein, daß die Krone sich in meiner Linie vererben soll! Da ist es denn meine heilige Pflicht, darüber zu wachen, daß der Nachfolger auf dem Throne die Krone mit ungeschmälerten Rechten und mit der Würde und mit der Macht überkomme, wie ich sie heute vor mir sehe." Endlich bittet er den Bruder, die volljährigen Prinzen zu einer Beratung zu berufen, wie sie durch das Testament des Vaters vorgeschrieben und vom Könige selbst im Jahre 1840 beabsichtigt worden sei. Sollten die Agnaten seine Bedenken nicht teilen, so behalte er sich weitere Überlegung vor. So schließt er „mit tiefbewegtem Herzen, Gottes gnädigen Beistand wünschend."

Am 4. Januar 1847 fügte er eine Nachschrift hinzu, da die Entwürfe mittlerweile noch einige Änderungen erlitten hatten. Auf Befehl des Königs hatte die Kommission den Zusatz angenommen, daß auch die Königlichen Prinzen in den Vereinigten Landtag eintreten sollten. Der Thronfolger fand dies nur dann unbedenklich, wenn man den Herrenstand selbständig, für sich allein tagen ließe; den Stürmen einer großen Versammlung, wo „alle Wirren der politischen Leidenschaften sich zügellos Luft machen" würden, dürfe man die Prinzen nicht aussetzen. Auch die inzwischen beschlossene Verstärkung der Herrenkurie genügte

ihm nicht: Man muß die Aristokratie ganz gewinnen, indem man sie ehrt; „denn nur wenn bei ständischen Institutionen, wie sie jetzt geschaffen werden sollen, das Zweikammersystem angenommen wird, ist Heil und Segen noch für die Zukunft des Vaterlandes zu erwarten.“ 1846.

67] Im Gespräch mit dem Major v. Vincke-Olbendorf.

[Etwa 1846.]

„Wer in dem Streben der Völker, ihre Zustände zu verbessern, Revolutionen sieht, der macht erst Revolutionen; es ist Pflicht der Regierung, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und sie zu leiten“[1]) — nur über das dieser Bewegung zu gebende oder ihr anzunehmende Maß herrsche Unbestimmtheit. 1846.

68] An Major v. Roon.

Berlin, 11. Januar 1847.

Der offiziellen Einladung an meinen Neffen,[1]) bis zum 20. in Berlin zu sein, um als majorenner Prinz an den Beratungen eines ständischen Gesetzes teilzunehmen, füge ich diese Zeilen für Sie bei. Es ist durchaus nötig, daß der Grund der Reise verschwiegen bleibe, und daß nur das Ordensfest als Ursache angegeben werde. Vielleicht könnten Sie meinen Neffen etwas präparieren auf die Fragen, die in den Gesetzen vom 17. Januar 1847. 11. 1.

Zu 67) [1]) Worte des Prinzen, angeführt in einer in der zweiten Hälfte des Jahres 1848 öffentlich abgegebenen Erklärung des liberalen Abgeordneten v. Vincke.

Zu 68) [1]) Prinz Friedrich Karl, der damals in Bonn studierte und dessen Gouverneur Roon, der spätere Kriegsminister, war. Der Prinz sollte nach der Bestimmung König Friedrich Wilhelms III. über die Teilnahme der Agnaten bei einer Verfassungsänderung zugegen sein bei den Beratungen über die Einberufung des Allgemeinen Vereinigten Landtages. Wie gut der Prinz unterrichtet war, zeigte ein Brief des Prinzen von Preußen an die Mutter Friedrich Karls, Prinzessin Marie von Preußen, vom 3. Februar: „Ich bin mit Eurem Fritz in der Konferenz sehr zufrieden gewesen; er war völlig orientiert in den Gesetzen und hatte über die Dinge nachgedacht. Er sprach ohne Leidenschaft, ruhig, sachgemäß.“ (Roon, Denkwürdigkeiten I, 123.)

1847. 1820 und 5. Juni 1823 wegen der Stände angeregt sind, im Vergleich mit dem Gesetz vom 22. Mai 1815, wo von Volksrepräsentation die Rede ist. Die Richtung des Gesetzes vom 22. Mai 1815 nicht zu verfolgen, d. h. keine Konstitution zu geben, hatte der selige König schon ausgesprochen, und der jetzige König hat dies bei der Königsberger Huldigung der Stände am 7. September bestätigt. Dagegen liegt es in der Notwendigkeit, die Bestimmung II des Gesetzes vom 17. Januar 1820 und die Nr. III 2 des Gesetzes vom 5. Juni 1823 auszuführen. Es soll der Moment zu dieser Ausführung gekommen sein, und das ist es, was den majorennen Prinzen vorgelegt werden soll, zur Kenntnisnahme. Es ist also genau ins Auge zu fassen, daß wir keine Volksrepräsentation, sondern Vertreter der Stände haben und behalten werden. Inwieweit diese provinziellen Stände zeitweise zu vereinigen und ihnen neue Gerechtsame beizulegen sind, darüber sprechen die neuen Gesetze. Ein mehreres kann und darf ich nicht sagen. Ihr Prinz von Preußen.

69] Ausspruch nach erfolgtem Befehl zur Einberufung des Vereinigten Landtages.[1])

Ende Januar 1847.

1847. Ein neues Preußen wird sich bilden. Das alte geht mit Publizierung dieses Gesetzes zu Grabe. Möge das neue ebenso erhaben und groß werden, wie es das alte mit Ruhm und Ehre geworden ist!

70] An den Minister v. Bodelschwingh.

Berlin, 1. Februar 1847.

1847. 1. 2. Hierbei erfolgen die Unterzeichnungen![1]) Es ist geschehen! Gott gebe seinen Segen! Daß mein Name darunter steht, ist

Zu 69) [1]) Gesprochen in der Kommissionssitzung zur Beratung der ständischen Pläne des Königs, als dessen Wille, den Vereinigten Allgemeinen Landtag zu berufen, unwiderruflich feststand.

Zu 70) [1]) Zur Einberufung des Vereinigten Landtages und zu den Verordnungen über seine Zusammensetzung, die der Prinz als Vorsitzender des Staatsministeriums unterzeichnen mußte. Ernst v. Bodelschwingh, bis 1844

Ihr Werk! Gott segne Sie dafür! Ich habe dem König aus der Fülle des Herzens sofort gedankt über Ihre heutigen Mitteilungen,[2]) und diese günstige Wendung verdanke ich wiederum nur Ihnen. Ihr treu ergebener Prinz von Preußen. 1847.

71] An den Minister v. Bodelschwingh.

23. März 1847.

Daß die Stunden, welche Sie mir durch Ihre Vermittelung im Laufe meines verflossenen Lebensjahres bereiteten,[1]) die wichtigsten desselben waren, wissen Sie, aber es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen heute nochmals meinen tiefgefühlten Dank für die Freundschaft auszusprechen, welche Sie mir bei der Gelegenheit an den Tag legten! Die Beweise der Anerkennung meines Benehmens, die meinem Herzen wohltun, treffen Sie ebenso gut als mich, der Sie es verstanden, eindringlich, überzeugend, aber doch mild auf mich einzuwirken. Das werde ich Ihnen ewig danken. 1847. 23. 3.

Ihr Prinz von Preußen.

72] Reden des Prinzen von Preußen im Vereinigten Landtag 1847.[1])

a. Sitzung der vereinigten Kurien am 16. April 1847.

Wir haben gehört, daß gesagt[2]) worden ist, die vorliegenden Verordnungen seien aus dem Mißtrauen der Räte des Königs 1847. 16. 4.

Finanzminister, dann an Graf Alvenslebens Stelle Minister des Innern und demnächst Kommissar im Vereinigten Landtag, hatte die Pläne zu dessen Einberufung ausgearbeitet und den Prinzen beraten. Im März 1848 trat er von seinem Amt zurück. — [2]) Unbekannt.

Zu 71) [1]) Vgl. Nr. 70[1]).

Zu 72) [1]) Der Erste Vereinigte Landtag, aus den acht Provinziallandtagen der Monarchie bestehend, tagte in zwei Kurien, der der Fürsten, Grafen und Herren und der der Abgeordneten der Ritterschaft, Städte und Landgemeinden, zu Berlin vom April bis Juli 1847. Von den dem Gedächtnis der heutigen Generation ganz entschwundenen Reden, die der Prinz damals in öffentlicher Debatte gehalten hat, geben wir hier wenigstens einige wieder. — [2]) Abg. Haußmann hatte gesagt, die Räte der Krone hätten die Verordnungen mit dem Mißtrauen geschaffen, daß die Abgeordneten ihre Rechte mißbrauchen

1847. hervorgegangen. Vermöge meiner Geburt bin ich der erste Untertan des Königs, vermöge des Vertrauens des Königs sein erster Ratgeber. Als solcher gebe ich die heilige Versicherung in meinem und der übrigen Ratgeber Namen (die Minister erheben sich), daß kein Mißtrauen einen von uns beschlichen hat, als diese Verordnungen beraten worden sind. Aber eine Voraussicht haben wir gehabt, daß die Verordnungen, die zum Besten des Vaterlandes gegeben wurden, Freiheiten und Rechte der Stände niemals auf Unkosten der Rechte und Freiheiten der Krone gewähren sollten. Das ist der Grundsatz, nach welchem ich an diesem Werke teilgenommen habe, und einen Vorwurf des Mißtrauens lasse ich auf die Krone und ihre Räte nicht kommen.

b. Sitzung der Herrenkurie am 8. Mai.

8. 5. Was[3]) in bezug auf den exzeptionellen Stand gesagt worden ist in Beziehung auf den Ehrenpunkt, so erkenne ich vollkommen an, daß der Offizierstand in dieser Beziehung ein exzeptioneller ist; aber in welcher Art! Hinsichtlich des Ehrenpunktes nur insofern, als er die Ehrenhaftigkeit als auf das höchste Stadium getrieben darstellt. Es fragt sich also, ob eine ständische Versammlung sich damit begnügt, ein Mitglied unter sich zu haben, dem dieser höchste Grad der Ehrenhaftigkeit abgeht. Meiner Überzeugung nach muß eine ständische Versammlung, gerade so wie der Offizierstand, den höchsten Grad der Ehrenhaftigkeit ihrer Mitglieder verlangen. Darum behaupte ich gerade, weil es einen Stand gibt, der bereits durch seine Institutionen (Ehrengerichte) zu dem höchsten Stadium der Ehre hingetrieben wird, daß jemand, der von seinen Standesgenossen nicht für würdig gefunden wird, in ihrer Mitte zu bleiben, ein Mitglied einer ständischen Versammlung nicht sein kann.

---

würden. Der Prinz sah darin seiner Natur nach den Vorwurf der Feigheit zugleich wie den der Unehrlichkeit — wohl mit Recht, obwohl Haußmann daran nicht gedacht haben wird. — [3]) Zur Frage, ob bescholtene Personen Mitglieder der Versammlung sein dürfen.

Zur Erläuterung dessen,[4]) was ich geäußert habe, erwähne 1847.
ich, daß ich ausdrücklich gesagt habe: Alle diejenigen, die durch Ehrengerichte aus der Mitte der Offiziere entfernt worden sind, halte ich nicht für aufnehmbar. Daß die anderen Punkte noch nicht darunter begriffen sind, versteht sich von selbst; ich habe darüber mich nicht ausgesprochen, weil diese Kategorien noch nicht zur Sprache gebracht worden sind. Ich habe aber — die stenographischen Aufzeichnungen werden das auch enthalten — gesagt, daß der Offizier, der von seinen Standesgenossen aus ihrer Mitte ausgeschlossen worden ist, nicht Mitglied einer ständischen Versammlung sein kann. Dies nur zur Erläuterung, damit kein Mißverständnis über den Sinn meiner Worte besteht.

Ich will aus dem Vortrage des letzten Redners[5]) eine andere Stelle hervorheben. Ich stimme ganz darin bei, daß zu hoffen sei, daß niemals eine Kurie ein Individuum in ihre Mitte aufnehmen werde, das durch ehrengerichtlichen Spruch aus dem Offizierstande entfernt oder entlassen ist. Wie gesagt, diese Hoffnung teile ich vollkommen; aber Hoffnungen sind keine Gewißheit. Ich stelle also die Frage: Wie jemand, der die Uniform trägt, die mit gutem altpreußischen Ausdrucke der Rock des Königs heißt, sich zu benehmen hat, wenn er einen früheren Kameraden, über den er selbst vielleicht den Urteilsspruch gefällt hat, infolgedessen er den Dienst hat verlassen müssen, als Stand in der Versammlung neben sich erblickt? Diese Frage stelle ich an jeden von Ihnen. Meine Herren! Es sind viele unter Ihnen, welche den Rock des Königs tragen. Kann einer von uns mit einem solchen Entlassenen in der ständischen Versammlung sitzen?

---

4) Nach einem Einwand des Domdechanten v. Krosigk. — 5) Des Kriegsministers v. Boyen.

1847. Zur[6]) Aufklärung eines Faktums, was den Passus der Entlassung aus dem Dienste betrifft. Die Entlassung aus dem Dienste schließt nicht aus, wieder in denselben eintreten zu können. Se. Majestät hat sehr vielen Offizieren, welche aus dem Dienste entlassen worden waren, den Eintritt als Gemeine in die Armee gestattet, und ohne Examen arbeiten sie sich bei guter, ehrenhafter Aufführung zum Offizier herauf. Sobald sie wieder Offiziere sind, ist die frühere Schuld abgetan. Das Mitleid, was die Versammlung leiten möchte, ist auf junge Offiziere gerichtet, die nach einer Entlassung nicht mehr wissen, was aus ihnen werden soll. Für diese ist der Fall gedacht, den ich anführte, daß sie von unten wieder zu dienen anfangen und sich selbst rehabilitieren. Was die höheren Offiziere betrifft, muß ich bemerken, daß, solange ich die Ehre habe, der Armee anzugehören, mir kein einziger Fall bekannt [geworden] ist, wo Ehrengerichte sich über den Leutnantsstand hinaus erstreckt hätten. Sollte das Unglück sich ereignen, daß sich höhere Offiziere dem Ehrengerichte unterwerfen müssen, so gehören sie einer Altersklasse an, wo man über dieselben ein festes Urteil hat, und da wird das Mitleid kaum in Anspruch genommen werden. Weil diese Männer in vorgerücktem Alter sind, so bedarf es für solche nicht der Rehabilitation, die bei jüngeren Offizieren ange[bracht] ist, welche für einen Jugendstreich gerechte Strafe erlitten. Nun, glaube ich, würde eine mildernde Rücksicht für diese darin liegen, daß ausgesprochen würde: Solange sie nicht auf irgend eine Art eine Rehabilitation sich erworben haben, müssen sie von der Standschaft ausgeschlossen werden.

c. Sitzung der Herrenkurie vom 17. Mai.[7])

17. 5. Ich werde über das allgemeine System, welches unserem Zollverein zugrunde liegt, über den sogenannten Freihandelsverkehr, einige Bemerkungen mir erlauben. Ich glaube, die hohe Kurie davor bewahren zu müssen, der Ansicht zu sein, daß, wenn eine Änderung von uns beliebt würde und sie eintreten

---

[6]) Nach weiteren Reden des Grafen Dyhrn, Zieten, Arnim u. a. — [7]) Bei den Verhandlungen über einen Antrag zur Revision des Zolltarifs.

sollte, deshalb das ganze Zollsystem geändert würde. Meiner Ansicht nach, glaube ich, daß das Freihandelssystem, was unseren Zollverhältnissen zugrunde liegt, durchaus beibehalten werden müsse. Aber wir haben uns, seitdem es besteht, leider in seinen Wirkungen getäuscht, indem das Ausland nicht in gleichem Maße uns entgegengekommen ist, oder mit anderen Worten: Wir haben keine Reziprozität gefunden. Deshalb glaube ich, daß der Wunsch so allgemein geworden ist, es möge etwas geschehen, um diejenigen Artikel, die notorisch bei uns leiden, zu schützen, daß auf diese ein Schutzzoll gelegt werde, damit aber ihre Produktion nicht leide, auch ein Rückzoll bei der Ausfuhr stattfinde. Wenn dies nur auf einzelne Artikel angewendet wird, so kann ich darin nicht ein Aufgeben unseres Systems, sondern nur einen Weg, einzelne Fabrikzweige zu heben, erblicken, die effektiv bei uns leiden. Das ist also die Ansicht, die ich von der Sache habe, so daß ich nicht annehmen kann, daß unser allgemeines Zollsystem durch solche Ausnahmefälle verändert werde. 1847.

Was die Differenzialzölle betrifft, so stimme ich ganz den Rednern bei, welche über diesen Gegenstand gesprochen haben, daß er nämlich zu denjenigen Gegenständen gehört, zu denen, wie ich glaube, wir gelangen müssen, weil er namentlich ein Unterhandlungsmittel ist, anderen Staaten bei Handelsverträgen Begünstigungen einzuräumen und uns selbst Begünstigungen zu erwerben, ohne welche wir aber keinen Anknüpfungspunkt haben, weil wir ihnen nichts bieten können. Durch dieses System, wie es angedeutet worden ist, kommen wir aber dazu, Vorteile uns gegenseitig verschaffen zu können, und daher wird die Einführung dieses Systems sehr günstig wirken. Ich glaube auch, daß wir es einführen können, um diejenigen Landesteile, die noch nicht zu dem Zollvereine gehören, heranzuziehen, und ich halte daher diesen Gegenstand für einen höchst wichtigen, damit endlich die allgemeine Einigung Deutschlands in dem Zollverbande erreicht werde. Jeder Schritt, der zu diesem Ziele gegangen wird, scheint mir von äußerster Wichtigkeit, ja für so wichtig, daß kein Opfer dafür zu scheuen ist. Ich glaube, daß das Differenzialsystem namentlich in das Auge gefaßt werden

1847. müsse, um zu den Folgen zu gelangen, die ich vorher angeführt habe, und aus diesen Gründen schließe ich mich dem Antrage, wie er in der Petition abgedruckt ist, an, daß auf die genannten Gegenstände ein Schutzzoll eintrete und Rückzölle in der Art stattfinden, wie sie in dem Gutachten vorgetragen worden sind.

Außerdem aber trete ich auch der Ansicht bei, daß, ehe weitere Beschlüsse in der Sache gefaßt werden, nochmals, und sobald als möglich, Sachverständige einberufen werden mögen. Ich habe vor einigen Tagen in einer Zeitung einen Artikel gefunden, wo es hieß, daß keine Fragen vorlägen, die für die industriellen Verhältnisse von Wichtigkeit wären, so daß auch keine Veranlassung zu einem Zollkongreß in diesem Jahre vorhanden sei. Ich weiß nicht, ob der Herr Finanzminister vielleicht darauf antwortet, ob das wirklich der Fall, oder ob das nur ein verlorener Zeitungsartikel ist, wie ich es hoffe.

d. Sitzung der Herrenkurie vom 31. Mai.[8])

31. 5. Ich habe die Ehre gehabt, vermöge meiner Stellung an der Ausarbeitung des Gesetzes teilzunehmen, das die jetzige Versammlung ins Leben gerufen hat. Ich glaube, daß alles, was ich heute in Beziehung auf den uns vorliegenden Paragraphen gesprochen habe, in keinerlei Beziehung angegriffen werden kann, aus den Gesichtspunkten, die soeben uns vorgetragen worden sind. Ich glaube, daß niemand mehr wie ich davon durchdrungen ist, wie sehr es darauf ankommt, daß beide Kurien Hand in Hand gehen. Die ersten Worte, welche ich in diesem Saale gesprochen, haben dies bewiesen; ich glaube dies bewiesen zu haben durch den ganzen Gang der Verhandlungen der Herrenkurie. Wenn ich also jetzt hier aufgetreten bin und einen Satz verteidige, den ich hier aufgestellt habe, so geschieht es, weil ich den vorgeschlagenen Passus für unzweckmäßig halte; und wenn gesagt worden ist, die Zweckmäßigkeit allein müsse uns leiten, so kann ich wohl sagen,

[8]) In derselben Sitzung hatte der Prinz schon mehrfach gesprochen. Es handelte sich um die Frage, ob eine Änderung der Geschäftsordnung bei der Ernennung der Sekretäre des Landtags wünschenswert oder gar notwendig sei.

daß, wenn ich etwas unzweckmäßig finde, ich es auch aus diesem 1847.
Gesichtspunkte verwerfen werde; und da nun bisher in der langen Reihe der Provinziallandtage kein Beispiel vorhanden ist, daß der bisherige Wahlmodus der Sekretäre als ein unzweckmäßiger sich gezeigt hat, so bleibe ich fest bei meiner Erklärung, daß ich den Antrag der Abteilung verwerfe.

e. Sitzung der Herrenkurie vom 4. Juni.[9])

Mit dem Grundsatze des soeben Vernommenen bin ich ganz 4. 6.
einverstanden. Darüber, daß die Zeiten der Monopole vorbei sind, ist keine Frage, und ich trete also auch dem vollkommen bei, daß das, was in dieser Beziehung besteht, nach und nach abgeschafft werden soll. Daß das Gouvernement auf diesem Wege gern vorschreiten wird, ist ganz gewiß und schon daraus abzunehmen, daß bereits vor vier Jahren die Steuerermäßigung gerade das Salz getroffen hat. Ich bin also überzeugt, daß der Vorschlag bei dem Gouvernement ein williges Gehör finden werde, der von dem Herrn Referenten gemacht worden ist, daß die Beschränkung des Monopols nach und nach fortgesetzt werde, und daß eine Ermäßigung der Salzpreise eintrete, so daß wir am Ende an das Ziel gelangen, was wir uns vorgezeichnet haben. Wie viel Zeit wir brauchen werden, um dahin zu gelangen, muß freilich der Zukunft überlassen werden. Ich trete also aus den angegebenen Gründen dem Herrn Referenten bei.

f. Sitzung der Herrenkurie vom 17. Juni.[10])

Da der jedesmal regierende König der Gesetzgeber ist, so 17. 6.
hat er also auch wohl das Recht, das Gesetz seines Vorgängers nach seinem besten Wissen und Gewissen anders auszulegen. Wenn also der jetzige König es anders interpretiert hat, als

[9]) Betrifft den Antrag auf Aufhebung des Salzmonopols. — [10]) Zum Antrag der Abgeordneten der Stadt Berlin auf Itio in partes, auf Sonderung der Stände, wenn ihr Interesse an dem Gegenstand der Beratung ein verschiedenes ist.

1847. der hochselige König, so muß die letztere Interpretation als die gesetzliche betrachtet werden. Darum glaube ich, daß sie vollkommen zu recht besteht und nicht, weil sie abweichend von dem früheren ist, nicht richtig ist. Ich glaube vielmehr, daß sie die richtige ist, weil sie sagt: es soll die Itio in partes eintreten, wenn eine Petition zum Beschluß des Landtages erhoben wird und durch diesen Beschluß sich ein Stand prägraviert fühlt. Die frühere Auslegung sagte aber: Wenn eine Petition nicht zum Beschluß erhoben wird, d. h. wenn die Majorität, also der gesamte Landtag, beschließt, daß die Sache nicht Sr. Majestät vorgelegt werde, so soll doch der Widerspruch einesteils eintreten dürfen. Ich muß mich aber für die Interpretation von 1843 aussprechen.

g. Sitzung der Herrenkurie vom 18. Juni.

18. 6. Ich trete dem Amendement des Grafen v. Landsberg[11]) aus voller Seele bei. Mir kommt es vor allem darauf an, daß die Art und Weise, wie die Anträge zu den Stufen des Thrones gelangen, eine solche sei, die Se. Majestät den König als höchsten Gesetzgeber nicht in die Notwendigkeit versetzt, in Widerspruch mit einer eben nur erlassenen Gesetzgebung zu treten. Die Summe der uns vorliegenden Petitionen der Kurie der drei Stände läßt aber nichts von den Hauptinstitutionen der Gesetzgebung vom 3. Februar übrig. Die Annahme derselben in dieser Kurie würde aber gerade zu dem zu vermeidenden Widerspruch des Gesetzgebers mit seiner früheren Gesetzgebung führen. Von dieser Ansicht ausgehend, komme ich zur Periodizitätsfrage selbst. Daß die Periodizität ständischer Zentralversammlungen bei Institutionen, wie sie die Gesetzgebung vom 3. Februar geschaffen hat, eine Notwendigkeit sei, ist durch das Gesetz selbst anerkannt. Sie ist dem Vereinigten Ausschusse zugewiesen. Die Notwendigkeitsfrage ist somit erledigt. Es fragt sich also nur: Ist es besser,

[11]) Nach diesem Amendement sollte nicht die von den Liberalen beabsichtigte Bitte um periodische Wiederkehr des Vereinigten Landtages, sondern nur die Ansicht, daß diese Wiederkehr zur Erreichung der Allerhöchsten Absicht zweckmäßig sei, vor dem Thron ausgesprochen werden.

daß die Ausschüsse eine solche Periodizität erleben oder der Vereinigte Landtag? Wird für den Vereinigten Landtag entschieden, so fallen die Ausschüsse von selbst. Somit fallen also schon zwei Hauptbedingungen der Gesetzgebung vom 3. Februar. Die Kurie der drei Stände hat diese Frage der Periodisierung des Allgemeinen Landtages bejaht. In diesem Ja liegt die höchste Anerkennung für die Institution der Herrenkurie, da bei Verneinung dieser Frage die Herrenkurie nur selten in den Fall gekommen sein würde, ihren hohen und schönen Beruf gegen König und Vaterland zu erfüllen. Aus diesem letzteren Grunde scheint es unzweifelhaft, daß auch die Herrenkurie dieses Ja aussprechen werde. Indessen für jetzt bewegt sich die Beantwortung dieser Frage, mit den dafür angeführten anderweitigen Gründen, für mich nur auf dem Felde der Theorie; denn wir haben erst die praktische Erfahrung eines Vereinigten Landtages. Die Ausschüsse, wie sie seit dem 3. Februar d. Js. geschaffen sind, sind noch gar nicht zusammen gewesen, also fehlt deren Erfahrung ganz. Es scheint mir voreilig, über die Unzweckmäßigkeit der Ausschüsse sofort abzusprechen. Die Erfahrung aber walten zu lassen, ist eine goldene Regel. Zu zwei Malen hat des Königs Majestät diese goldene Regel uns ins Gedächtnis gerufen, in der Thronrede und in der Allerhöchsten Botschaft vom 22. April, als Se. Majestät die junge Gesetzgebung vom 3. Februar Allerhöchstselbst für bildungsfähig erklärten und unseren Wünschen zuvorkamen, indem uns die Wiedereinberufung des Vereinigten Landtages nach vier Jahren verheißen wurde, gerade um Erfahrungen zu sammeln. Diese Verheißung verlangt ebenso untertänige, als dankbare Anerkennung. Wie können wir diese schöner beweisen, als wenn wir beschließen, mit unserem Könige den Weg der Erfahrung zu betreten. Dieser Weg ist der Weg der Vorsicht, also auch der Weg der Weisheit. Aus diesen Gründen, und weil ich eine bestimmte Bitte an Se. Majestät zu richten nicht für zeitgemäß halte, schließe ich mich der Ansicht an, daß die Herrenkurie zwar ihre Wünsche über Periodisierung des Allgemeinen Landtages vor den Stufen des Thrones ausspreche, aber die Erledigung dieser Frage der Erfahrung und Weisheit Sr. Ma-

1847. jestät völlig anheimstelle, und daß wir dem Könige mit Vertrauen lohnen, durch dessen Vertrauen wir allein hier sind. Bezeichnen wir den heutigen Tag eines ewig glorreichen Sieges, wo Tausende von Vaterlandssöhnen für König und Vaterland stritten und ihr Leben zum Opfer brachten, und Blut in Strömen floß; bezeichnen wir diesen Tag, sage ich, durch einen zweiten Sieg, durch einen Sieg über uns selbst, indem wir die Art und Weise wohl erwägen, in der wir Sr. Majestät unsere Wünsche vortragen, indem wir den Drang nach zu raschem Handeln in uns bekämpfen und dem Gefühle Raum geben, daß wir Se. Majestät bei einer so jungen Gesetzgebung nicht drängen dürfen, die Er ja selbst als bildungsfähig bezeichnet hat. Nicht Worte noch Gefühle sollen unsere Beratungen und Beschlüsse leiten; wenn aber Worte und Gefühle eine tiefe Gesinnung in sich schließen, dann lassen Sie dieselben bei uns Eingang finden und auf uns einwirken, damit wir durch Handlungen und Taten uns des Vertrauens Sr. Majestät des Königs würdig zeigen. Ich stimme für den Antrag des Grafen Landsberg.

Der Redner [12]) hat die Beantwortung meines Vortrages mit der Bemerkung begonnen, daß er für sich und jeden in dieser Versammlung die Unabhängigkeit seines Urteils und Votums in Anspruch nehme. Ich erinnere mich nicht, daß ich irgend jemandem in diesem Saale diese Unabhängigkeit abgesprochen hätte; wenn ich das nicht getan habe, so muß ich auch im voraus diese Unabhängigkeit für mich in Anspruch nehmen, und so wie jeder von Ihnen, meine Herren, sein Votum ausspricht, so spreche auch ich es aus. Wenn der Redner gesagt hat, die Erfahrung stehe uns bereits zur Seite, so ist dies eine individuelle Ansicht, die ich nicht teile; ja selbst, wenn ich sie teilte, würde ich dessenungeachtet bei meinem vorigen Votum stehen bleiben, daß wir es Sr. Majestät dem König anheimstellen, diesen wichtigen Beschluß

[12]) Graf Arnim hatte nach der Rede des Prinzen für das Aussprechen der Bitte um periodische Wiederkehr und gegen das vom Prinzen befürwortete Amendement des Grafen Landsberg plädiert.

erst nach weiteren Erfahrungen zu fassen, und daß der zu stellende 1847.
Antrag in einer Form beliebt würde, die nicht verletzte und den Gesetzgeber nicht in Widerspruch mit sich selbst brächte. Gegen diesen Widerspruch ist bemerkt worden, er bestände nicht. Ich habe mir erlaubt, den Redner bereits zu unterbrechen[13]) und zu sagen, daß, wenn er diesen Widerspruch nicht fände, es eben darauf ankomme, in welcher Form dieser Antrag gestellt wird, den wir zu fassen im Begriff sind. Wenn zuletzt bemerkt worden ist, daß, wenn nicht eine bestimmte Bitte ausgesprochen, sondern nur die Worte des Amendements gebraucht würden, nämlich, daß nur ein Wunsch ausgesprochen wird, so weiß ich nicht, warum des Königs Majestät nicht auf diesen ausgesprochenen Wunsch ebensowohl einen Erlaß basieren können, als auf eine ausgesprochene Bitte. Wenn Se. Majestät als höchster Gesetzgeber binnen hier und vier Jahren eine Änderung in Allerhöchstdero Gesetzen vornehmen wollen, so werden Sie es von selbst tun, wir mögen darum gebeten oder nur einen Wunsch ausgesprochen haben. Warum Se. Majestät aber eine Änderung solcher Gesetze nicht vornehmen sollen, weiß ich nicht. Das Gesetz sagt ausdrücklich, daß Allerhöchstdieselben Sich vorbehalten, den Rat der Vereinigten Stände über die Änderung ständischer Gesetze zu hören, aber das „Muß“ ist nicht ausgesprochen. Sollten also Se. Majestät geruhen, auf unsere Bitte, auf unseren Wunsch eine Veränderung der Gesetze eintreten zu lassen, so wird Allerhöchstderselbe befehlen, ob der Rat der Versammlung zu hören ist oder nicht. Sie werden dies in dem einen, wie in dem anderen Falle tun, der Antrag mag dieserhalb als eine Bitte oder nur als ein Wunsch ausgesprochen worden sein.

h. Sitzung der Herrenkurie vom 19. Juni.

Ich muß mir erlauben, einige Worte[14]) zu sagen. Der hohen 19. 6.
Kurie wird vielleicht schon öfter das Gefühl innegewohnt und

[13]) Durch eine Zwischenbemerkung. — [14]) Zur Frage, ob die Krone verpflichtet werden solle, Verfassungsänderungen nur mit Zustimmung der Stände vorzunehmen.

1847. sich ihr die Bemerkung aufgedrängt haben, in welch eigentümlicher Lage ich mich oft persönlich bei der Diskussion befinde; keiner der Diskussionspunkte ist indessen für mich ergreifender, als der vorliegende. Es handelt sich hier um eine neue Schmälerung der Rechte der Krone, ich sage neue Schmälerung. Ich trete dem Mitgliede aus der Provinz Posen darin bei, daß, wenn Se. Majestät der König es für gut befinden, in Ihrer Weisheit ein Recht der Krone Sich selbst zu schmälern, kein Untertan, ich also am wenigsten, darüber Bemerkungen machen darf; wenn es aber darauf ankommt, daß die Versammlung darauf antragen will, Rechte der Krone zu schmälern, wozu ich ihr übrigens das Recht absprechen müßte, ich mich diesem Antrage entschieden widersetzen muß. Es scheint indes, daß der Antrag auf „Zustimmung" wenig Anklang gefunden hat; ich übergehe ihn daher und komme zu dem Worte „Beirat". Das Gesetz vom 3. Februar d. Js. im zweiten Absatz § 12 schreibt vor: „Sollten Wir uns bewogen finden, den ständischen Beirat über solche Abänderung der ständischen Verfassung zu erfordern, welche nicht, als die Verfassung einer einzelnen Provinz betreffend, von dem Landtage dieser Provinz zu beraten sind, so werden Wir ein solches Gutachten nur von dem Vereinigten Landtage einfordern und bleiben diesem alle auf dergleichen Änderungen bezüglichen ständischen Verhandlungen ausschließlich vorbehalten."

In diesem weisen Vorbehalte scheint mir zugleich alle Gewähr geleistet zu sein, die der Landtag von seinem Monarchen verlangen kann, und wenn es je einen König von Preußen geben könnte, der diesen Passus so auslegte: mit der größten Willkür oder ohne die augenscheinlichste Notwendigkeit die ständischen Gesetze ändern zu können, so glaube ich es mit Stolz sagen zu können, daß ein solcher König nicht seiner Ahnen würdig dastehen würde. Daß ich diese Gesinnungen meinem Sohne einprägen und sie auf ihn vererben werde, diese Versicherung glaube ich geben zu können, und so Gott will, wird es so weiter gehen. Deshalb stimme ich dafür, daß der § 12 unverändert stehen bleibt.

i. Sitzung der Herrenkurie vom 21. Juni.

Ich glaube, daß hauptsächlich in das Auge zu fassen ist,[15]) was unter dem Worte „innere“ in dem Gesetze vom 3. Februar verstanden worden zu sein scheint. Wenn Umstände vorkommen können, wo äußere Verhältnisse mit inneren kollidieren, so hat allerdings die Erfahrung gelehrt, daß auf Provinzial-Landtagen kein Hemmnis von seiten des Gouvernements gemacht wurde; wenn aber das Wort „innere“ fortgestrichen werden soll, so ist, wie die Erfahrung gezeigt hat, keine Schranke gegeben, daß nicht auch die höhere äußere Politik Sr. Majestät zur Beratung und Begutachtung gestellt wird. Das sollte durch das Wort „innere“ ausgeschieden werden, so daß, wenn das Wort „innere“ fortfällt, dann dem Vereinigten Landtage das Recht zugesprochen würde, alle Verhältnisse, auch die äußere und höhere Politik, vor sein Forum zu ziehen. Das wäre ein Antrag, welcher weder von der Kurie der drei Stände, noch von dieser, nach dem, was hierüber geäußert worden ist, beabsichtigt wurde. Wenn das nicht die Absicht ist und sie nicht sein kann, so muß auch das Wort „innere“ stehen bleiben, weil sonst ein Schluß daraus gezogen werden würde, der nicht im Sinne der Versammlung liegen kann und, wenn ich so sagen soll, nicht liegen darf. 1847. 21. 6.

k. Sitzung der Herrenkurie vom 22. Juni.

Es kommt mir eigentümlich vor, daß ein König von Preußen gebeten werden soll, daß Christen in Seinen ständischen Versammlungen Aufnahme finden mögen. So heißt der Antrag der Kurie der drei Stände.[16]) So hingestellt, könnte man glauben, es sei fraglich geworden, ob Christen überhaupt aufnehmbar seien, woran man aber natürlich niemals gedacht hat. Es handelt sich nun aber davon, daß es Christen gibt, die sich in Verhältnissen bewegen, aus denen hervorgeht, daß sie sich nicht zu einer anerkannten Kirche halten. Dies ist allein der Grund des Antrages. Wir haben anerkannte Religionsgesellschaften: dies 22. 6.

[15]) Bei der Einreichung von Bitten und Beschwerden, die das Interesse des ganzen Staats oder mehrerer Provinzen betreffen. — [16]) Antrag auf Erteilung der ständischen Rechte an alle Bekenner der christlichen Religion.

1847. sind die evangelische und die katholische Kirche, und wir haben geduldete Religionsgesellschaften: Herrnhuter, Altlutheraner usw. Wenn also jemand sagt: Ich bin Christ, so fragt man: Zu welcher Kirche hältst Du Dich? — Er antwortet: Ich gehöre zu keiner Kirche, sondern zu einer Religionsgesellschaft, Mennoniten, Herrnhuter usw. oder zu den neuen, denen noch keine Namen beigelegt sind. Nun ist die erste Frage, ob man Individuen, welche sich zu geduldeten Religionsgesellschaften zählen, als Stände aufnehmen soll oder nicht? Ich glaube, daß sie unbedingt aufgenommen werden können. Es handelt sich aber auch von denen, die sich von einer der anerkannten Kirchen offiziell losgesagt haben und zu einer noch nicht geduldeten Religionsgesellschaft übergetreten sind, und da fragt es sich zweitens, ob auch diesen, sozusagen kirchlich umherschwimmenden Personen die Rechte der Standschaft erteilt werden sollen. Den Angestellten sind ihre Rechte und Ämter durch die Kabinettsorder, die dem Gesetze vom 30. März gefolgt ist, ausdrücklich vorbehalten, so daß alle, die sich in jener kirchlichen Übergangsperiode befinden, in ihren Stellungen nicht gefährdet sind; sie bleiben unbeschadet in ihren Ämtern. Es kann sich aber wohl fragen, ob einer, der in der quästionierten Zwischenperiode sich befindet, während dieser Zeit zu einer ständischen Funktion gewählt werden darf, oder ob die Wahlfähigkeit ruhen soll, bis die Duldung der neuen Religionsgesellschaft ausgesprochen ist? Wenn der Minister des Kultus gesagt hat, daß diese Zwischenperiode so bezeichnet werden könne, als ignoriere man den Austritt aus der anerkannten Kirchengesellschaft, so ist die zweifelhafte Frage, die uns vorliegt, so gut wie entschieden und kein weiterer Antrag zu formieren, am allerwenigsten aber ein Antrag so nackt wie der vorliegende.

73] An den Prinzen Adalbert von Preußen.[1])

Babel[sberg], 18. Juli 1847.

1847. 18. 7. Du bist zu gut, uns noch eine Entschuldigung wegen Deines Nichtkommens zu machen. Als ich nach der Nachricht des Un=

Zu 73) [1]) Vetter des Prinzen, Sohn des Bruders König Friedrich Wilhelms III., Prinzen Wilhelm von Preußen.

glücks (durch einen Premierleutnant der 7. Artillerie-Brigade, 1847.
dem ich zufällig in meinem Park begegnete) zur Unglücksstätte[2]) jagte, sagte ich mir gleich, daß Du gewiß nicht kommen könntest. Und wie langsam die Expedition geht, erfuhren wir durch Radziwills, die statt um 3 Uhr um 1/4 5 Uhr zum Diner hier eintrafen.

Wir wünschen Dir eine glückliche Reise[3]) und Zufriedenheit mit der Truppe. Ich glaube, Du wirst durch Deine Äußerungen im Lande über den Landtag[4]) im allgemeinen Gutes wirken, wenn Du es aussprichst, daß im ganzen man mit der entwickelten Intelligenz zufrieden sein müßte, und daß es nur schade sei, daß sich diese Fähigkeiten mehr mit Politik und Theorie, als mit der Praxis beschäftigt hätten; und daß die Ehrfurcht für den König sich überall ausgesprochen habe, daß aber die Wahlverweigerung der 60[5]) ein schweres Beispiel des Ungehorsams sei, dessen Folgen unberechenbar sind. Ob die 60 Strafe treffen wird, wisse man noch nicht (ich auch nicht); daß die Wahl sonst geschehen sei, sei ein preußisches Moment von Patriotismus, da viele contre coeur gewählt haben, aber der Gehorsam entschied! — Verzeih diese kurze Andeutung.

Dein treuer Vetter Wilhelm.

74] An den Hauptmann v. Boyen.

Weimar, 16. Februar 1848.

Soeben erhalte ich Ihren Brief von gestern mit der Trauer- 1848. 16. 2.
botschaft des Ablebens[1]) Ihres hochverehrten Vaters! Ein großer Mann, ein großer Name ist mit ihm dem Vaterlande entrückt; aber auf ewige Zeiten ist sein Andenken in den Annalen Preußens verzeichnet; und wenn diese Wahrheit auch die Hinterbliebenen

---

[2]) Ein Eisenbahnunfall hatte den Weg verlegt. — [3]) Zu Truppeninspizierungen. — [4]) Den Ersten Vereinigten Landtag. — [5]) Zu den ständischen Ausschußwahlen, die die Liberalen nicht vornehmen wollten, weil sie fürchteten, daß die also Gewählten späterhin als die geforderten Reichsstände würden gelten sollen.

Zu 74) [1]) Beim Ableben des Feldmarschalls v. Boyen, der neben Scharnhorst den größten Anteil an der Armee-Reorganisation und der Schöpfung der Landwehr hatte.

1848. nicht trösten kann — da dieser Trost nur von oben kommt, wo er allein gesucht werden muß — so ist diese Wahrheit doch ein schöner Gedanke für die Seinigen und wird beitragen helfen, in Verbindung mit der allgemeinen Teilnahme, Ihren und der Ihrigen Schmerz zu lindern! Ich preise die Zeit, die mich mit dem Verewigten in seinen letzten Lebensjahren in nähere Stellung brachte, da ich, bei oft divergierender Ansicht, immer den glühenden Patrioten in ihm erkannte und wir immer Freunde blieben und als solche schieden! Friede seiner Asche!

Ihr Prinz von Preußen.

75] An Unbekannt.

Berlin, 13. März 1848.

1848. 13. 3. Die Deputation[1]) ist sehr gnädig vom König empfangen worden, und ich habe mit ihr à coeur ouvert gesprochen. Aber was aus dem allen noch werden soll, weiß der Himmel. Deutschland ist durch unblutige Revolution und Fürstenschwäche dahin gekommen, wo Louis Philipp 1830 anfing. Wohin wird es noch kommen? Jetzt zeigt es sich, wie konsequent die Radikalen gearbeitet haben. . . . Und nun gar Nationalgarde; diese und die freie Presse bringen in wenig Zeit Deutschland zur Republik.

76] An König Friedrich Wilhelm IV.[1])

[In der Nacht vom 19. zum 20. März 1848.]

1848. 19./20. 3. Kann ich Dir mit meinem Hierbleiben und meinem Verzicht auf die Thronfolge helfen, so sage es mir; ich tue es; kann ich Dir aber damit nicht helfen, so gehe ich fort.

Zu 75) [1]) Des Breslauer Magistrats, der sich für die bewilligte Periodizität des Allgemeinen Landtages bedankte und um baldige neue Einberufung sowie um Preßfreiheit bat. Die Antwort des Königs wurde nicht bekannt, die Weserzeitung teilte als solche indessen mit, der König habe erwidert, es seien zurzeit keine Vorlagen zu einem Landtage vorhanden; er lasse sich nicht drängen, was er gebe, gebe er freiwillig.

Zu 76) [1]) Nach einer Erinnerung des Kaisers Friedrich; Wortlaut unsicher.

77] Gespräch mit dem Major v. Vincke-Olbendorf.

Hamburg, 22. oder 23. März 1848.

Vincke erzählt,[1]) „Eine wunderbare Fügung leitete mich zu einer mehrere Stunden langen Unterredung mit ihm (dem Prinzen) unmittelbar vor seiner Einschiffung in Hamburg. Dort sprach er es tiefbewegt aus, wie er stets nach seiner innersten Überzeugung und tiefem Pflichtgefühl gehandelt, daß er aber vollkommen anerkenne, daß die Zeit eine andere, daß das alte System unmöglich geworden, daß er offen und ehrlich allem dem beitreten würde, was der König im Interesse der Volksfreiheit, der neuen Zeit tun und vereinbaren würde, auch bereit sei, bei geeigneter Gelegenheit dieses öffentlich auszusprechen. Er äußerte den Wunsch, an diesem neuen Werk mitzuarbeiten, und den Vorsatz, an dem Neuen dann ebenso festzuhalten, als er das Alte verteidigt. Psychologisch ist es mir sehr erklärlich, wenn er die neue Zeit wahrhaft erkannt hat, daß ein fester, ehrenhafter Charakter dieser neuen Richtung sich mit derselben Energie und Aufrichtigkeit hingeben kann, wie er bisher an der alten gehangen. Lebhaft steht mir noch der Unwille vor Augen, mit welchem der Prinz den Gedanken zurückwies, daß er jemals gleich den Stuarts oder den Bourbons die Waffen gegen sein Vaterland führen oder fremde Mächte dazu aufmuntern könnte." 1848. 22./23.3.

78] An Kaiserin Alexandra Feodorowna von Rußland geb. Prinzessin Charlotte von Preußen.[1])

London, 28. März 1848.

... Endlich blieb man bei dem Entschluß stehen, daß die Proklamation des Königs von der Nacht in Ausführung kommen 1848. 28. 3.

Zu 77) [1]) In der schon Nr. 67 erwähnten öffentlichen Erklärung. Vincke setzt dieser kurz vor der Einschiffung des Prinzen nach England stattgefundenen Unterredung hinzu: „Nach meiner überzeugung wird der Prinz, nachdem er mit gewohntem Fleiß und Ausdauer die neue Verfassung und das neue Verhältnis des konstitutionellen Königtums aufgefaßt hat, in seiner ganzen Gewissenhaftigkeit der kräftigste, sicherste Träger desselben sein.

Zu 78) [1]) Bericht über die Ereignisse am 19. März an die Schwester.

1848. sollte, daß nämlich da, wo eine Barrikade von den Bürgern eingeebnet würde, man dies als einen Beweis des Friedensantrags betrachten werde und vis-à-vis derselben die Truppen zurückziehen würde. Mit dieser Antwort, die unter den vielen Deputationen völligen Anklang zu finden schien, entfernten sich die Mitglieder derselben, die Proklamation in vielen Exemplaren mit sich nehmend, nach allen Stadtteilen sie verbreiten wollend. Es herrschte Ruhe, kein Schuß fiel mehr um diese Zeit. Desto unruhiger war es im Schloß, unberufene Leute kamen und gingen, um Rat zu erteilen. . . . Es mochte 11 Uhr sein. Minister Graf Arnim[2]) kam, dem der König schon am 18. das Präsidium des Konseils angetragen hatte. — Da kam eine Deputation unbekannter Leute (Bürgermeister[3]) Naunyn war zugegen), um anzuzeigen, daß jenseits der Königstraße drei Barrikaden vom Volke eingeebnet würden. (Es ergab sich späterhin, daß diese Anzeige eine vollständige Lüge war.) Ich schlug vor, durch Offiziere die Sache konstatieren zu lassen; es entstand aber sofort eine Art Siegestaumel, daß die Befehle des Königs durch die Bürger sofort respektiert würden, so daß man mich nicht hörte, obgleich ich noch sagte, daß wenn das Faktum sich bestätigte, natürlich die Truppen von der Stelle, nach dem Wortlaut der Proklamation des Königs zurückgehen müßten. Mit einem Male kam der Minister v. Bodelschwingh ins Zimmer (Speisezimmer), wo die Deputationen vertreten und wir alle versammelt waren, und rief mit lauter Stimme und rotem Kopfe: „Da die Barrikaden verschwinden, so befehlen Seine Majestät, daß die Truppen von allen Straßen und Plätzen zurückgezogen werden sollen." Ich nahm sofort das Wort und sagte, das stehe ja im Widerspruche mit den Worten der Königlichen Proklamation, wo es nur heißt, daß da, wo eine Barrikade verschwinde, die vis-à-vis stehenden Truppen zurückgezogen werden sollen. Der Minister donnerte mir aber entgegen: „An den Worten des Königs darf nichts geändert noch gedeutet werden." Ich

---

Aus einer Abschrift, nur teilweise bekannt. — [2]) Graf Heinrich Adolf v. Arnim-Boytzenburg, einer der besonnensten Politiker der Zeit vom 19. bis 29. März, Ministerpräsident. — [3]) Von Berlin.

fuhr fort, fragte, ob unter allen Plätzen auch die Schloß- 1848.
plätze zu verstehen seien, da dies doch die einzigen seien, wo die rückkehrenden Truppen sich aufstellen konnten. Der Minister B[odelschwingh] donnerte mir aber nochmals dieselben Worte entgegen und befahl dann: „Und nun laufen und reiten Sie, meine Herren, um die Befehle des Königs zu überbringen, die Truppen sollen mit klingendem Spiel abziehen.“ —

Seit dem Moment sah ich den Minister v. B[odelschwingh] nicht wieder; es waren die letzten Worte, welche er als Minister sprach. Ich suchte den König im ehemaligen ersten Zimmer der Gräfin Reden,[4]) fand ihn aber nicht, fand aber Graf Arnim schreibend, ich fragte ihn, wo ist der König, was machen Sie denn? Er erwiderte: „Ich formiere das neue Ministerium!“ und ich las die Namen Auerswald, Schwerin.[5]) — Ich sagte aber: „Das ist ja ganz wie in Paris, wie Guizot, Thiers, warten Sie doch damit noch.“ „Nein,“ war die Antwort, „es ist die höchste Zeit.“

Als ich ins Hallenkabinett des Königs trat, fand ich ihn auch dort nicht, zurückkehrend ins Speisezimmer, trat er auch eben ein; er sah die allgemeine Konsternation, und wir erzählten ihm den Bodelschwinghschen Auftritt. Er versicherte, keinen anderen Auftrag und keinen anderen Befehl gegeben zu haben, als den, der in der Proklamation enthalten sei, und es müßte das sofort noch geändert werden. In demselben Moment kam aber schon das Füsilier-Bataillon 1. Garde-Regiments tambour battant über die Kurfürstenbrücke, darauf das vom Regiment Alexander, und die Menschenmasse stürzte nach. Der König befahl, die Brücke sollte besetzt und gesperrt bleiben; es war zu spät und unmöglich. Die Truppen rückten auf die Schloßhöfe und auf den Domplatz. Als die Brücke unbesetzt blieb, sagte ich zu Arnim: „Nun sind wir verloren!“ denn ich sah alles vorher, was nun folgen würde.

Ich ging hinunter zu den Truppen. . . . Als ich zurückkehrte in die Zimmer der Königin, beruhigte ich die desolierten

[4]) Früher Oberhofmeisterin der Kaiserin Elisabeth. — [5]) Liberale Politiker, die 1859 vom Prinzen in das Ministerium berufen wurden.

1848. Anwesenden damit, daß alle Truppen noch da seien und vom besten Sinn beseelt. Mit einemmal höre ich trommeln; ich stürze an das Fenster und sehe — das 1. Garde-Regiment aus dem Portal Nr. 1 abmarschieren über den Schloßplatz unter dem Zujauchzen des Volkes! Zugleich kommt von allen Seiten der Ruf: „Die Truppen verlassen die Plätze!" Ich frage den Kriegsminister v. Rohr, ob er es befohlen; er sagt: „Im Gegenteil, ich hatte befohlen, daß die Truppen um das Schloß biwakieren sollten." Da tritt jemand ein und sagt, Graf Arnim soll es befohlen haben, indem er erklärt, halbe Maßregeln taugen nichts, also es müssen die Truppen in die Kasernen rücken. Der p. v. Rohr nahm seinen Hut, warf ihn auf den Tisch und rief: „Das mag der Graf Arnim verantworten!" und ich rief ihm zu: „Nun ist alles verloren!" —

Daß Graf Arnim jenen Befehl und jene Äußerungen nicht getan, hat er mir bald nach meiner Rückkehr angezeigt.

79] An den Direktor im Ministerium des Innern Freiherrn O. v. Manteuffel.[1])

London, 7. April 1848.

1848. 7. 4. Tausend Dank für Ihr gütiges Schreiben vom 27. v. Mts. Was erlebten wir, seitdem wir uns nicht sahen! Hin ist hin! Man kann darüber noch lange in preußischen Herzen trauern, aber zurückzubringen ist nichts; möge man jeden Versuch der Art aufgeben! Getrost das neue Preußen anzuschauen und wieder aufbauen helfen, das ist die Aufgabe jedes Patrioten, wenngleich es viel Überwindung kostet, einen Staat zweiter Größe aufbauen zu helfen, der sonst einer erster Größe und selbständig war! Dem Vaterlande in dieser Krisis nicht nutzen zu können, und durch die Tat noch mehr als durch meinen gekannten Charakter beweisen zu können, daß ich auf das schändlichste verleumdet wurde und einer miserablen Intrigue erliegen muß, — das ist ein großer Schmerz für mich!

Zu 79) [1]) O. v. Manteuffel war dem Prinzen als vortragender Rat

Wenn ich als Repräsentant des alten Systems erscheine und bezeichnet werde, so ist das mein Stolz, denn ich kannte keine andere Aufgabe, als Preußen auf der Stufe erhalten zu sehen, auf die die Geschichte und seine Monarchen es gestellt hatten. Daß es auf dieser Stufe nicht stehen bleiben sollte, ist ausgesprochen, da es in Deutschland aufgehen soll. Jetzt passen also auch für Preußen Institutionen, die sonst, meiner Überzeugung nach nie für dasselbe paßten. Daß ich auch unter diesen neuen Formen meinem Vaterlande alle meine Kräfte widmen werde, wird die Zukunft lehren, wenn man mich überhaupt noch wieder haben will; in einem verantwortlichen Ministerium[2]) ist freilich keine Stelle mehr für mich! Ihr Prinz von Preußen. 1848.

80] An den Belgarder Kreistag.

London, 2. Mai 1848.

Mit Freude und Rührung habe ich die Adresse der zum Belgarder Kreistage versammelt gewesenen Stände, welche an mich die Aufforderung enthält, in Ihre Mitte zurückzukehren, entgegengenommen. Sie war mir ein neuer Beweis jener Liebe und Anhänglichkeit, welche die treuen Pommern gegen das königliche Haus und gegen mich so oft betätigt haben. 1848. 2. 5.

Ihre Adresse hat meinem Herzen wohlgetan, und ich spreche Ihnen für dieselbe meinen Dank aus, um so mehr, als ich vollkommen Ihre in derselben ausgesprochene Gesinnung teile: Daß Sie die in eine konstitutionelle Monarchie verwandelte Verfassung des Staates mit ihren notwendigen Folgen annehmen, und daß Sie entschlossen sind, wie in früheren Tagen, Gut und Blut auch heute noch für denselben zu opfern. So gern ich aber Ihrem Wunsche gleich nachkommen möchte, so muß ich mir die Freude für jetzt untersagen, weil mich ein besonderer Auftrag Sr. Majestät des Königs zurzeit noch in England festhält. Zugleich lassen mir die besonderen Verhältnisse, in welchen Preußen sich befindet,

für die politischen Sachen früher nahe getreten. — [2]) D. h. einem Parlament verantwortlichen; einem solchen hätte der Prinz nicht mehr wie früher vorsitzen können.

1848. die Konstituierung der neuen Rechtszustände, sowie meine eigene Stellung zu dieser Reorganisierung der Monarchie die unmittelbare Rückkehr in die Hauptstadt Berlin unerläßlich erscheinen.

Sie wissen, daß ich als Mitglied des damaligen Staatsministeriums das Patent Sr. Majestät des Königs vom 18. März d. Js., durch welches dem preußischen Volke die vorgenannte konstitutionelle Verfassung verheißen worden ist, mit voller Übereinstimmung unterzeichnet und mich dadurch zu deren einstiger Aufrechterhaltung verpflichtet habe. Sie kennen mich auch hinreichend, um zu mir das Vertrauen zu hegen, daß ich meinem gegebenen Worte mich treu erweisen werde. Da aber in letzter Zeit über meinen Charakter böswillige und vollkommen unbegründete Gerüchte verbreitet worden sind, so wünsche ich vor allem durch mein persönliches Erscheinen in Berlin denselben bald entgegentreten zu können. Später werde ich dann freudig in Ihre Mitte eilen! Indem ich Sie schließlich ermächtige, meine Herren, von dieser Erklärung den Gebrauch zu machen, der Ihnen für Ihren im Auge gehabten Zweck angemessen erscheinen mag, verbleibe ich

Ihr wohlgewogener **Prinz von Preußen.**

81] Gutachten über den Verfassungsentwurf des Professor Fr. Chr. Dahlmann für das Deutsche Reich.

London, 4. Mai 1848.

1848. 4. 5. Zuvörderst wiederhole ich, wie ich das Ganze des Verfassungswerkes[1]) als eine großartige Erscheinung unserer Zeit begrüße und dasselbe wegen seiner Klarheit, Gediegenheit und Kürze als meisterhaft anerkenne. Die Grundsätze, auf welchen

Zu 81) [1]) Der Vertrauensmann der preußischen Regierung, Professor **Dahlmann** in Göttingen, „der Vater der deutschen Nationalität", hatte dem Parlament in Frankfurt einen Verfassungsentwurf für ganz Deutschland vorgelegt, der der preußischen Königskrone die erbliche deutsche Kaiserwürde zusprach, aber die Rechte der einzelnen deutschen Fürsten gewissenhaft wahrte. König Friedrich Wilhelm IV. verwarf den Entwurf, ebenso aber der Prinz-Gemahl von England; wenn also der Prinz von Preußen im Gegensatz zu dessen Ansicht in dem Maße wie oben geschieht zustimmt, so wird dadurch zugleich die Unabhängigkeit seines Urteils von dem des Prinz-Gemahls bewiesen.

das Ganze beruht, sind diejenigen, welche zur wahren Einheit Deutschlands führen werden; es sind dieselben, welche jeder einzelne Staat in Deutschland zu den seinigen machen muß, wenn diese Einheit erstrebt werden soll. Daß auch ich die Annahme dieser Grundsätze für Preußen unerläßlich fand, beweist meine Unterschrift unter dem Patent des Königs vom 18. März, und daß ich hier in England nicht anderen Sinnes geworden bin, ist mehr wie begreiflich. 1848.

Zu den Diskussionspunkten übergehend, bemerke ich zuvörderst also, daß ich nicht erwartete, daß ein erbliches Oberhaupt Deutschlands vorgeschlagen werden würde, sondern immer nur an eine Oberhauptswahl gedacht hatte, weil es meist so war und dies vielfache Interessen beschwichtigt haben würde; indessen erkenne ich vollkommen die Motive an, welche für die Erblichkeit entwickelt worden sind.

Ein Hauptbedenken habe ich jedoch gegen die Art, wie das Oberhaus konstruiert werden soll. Wenn die Monarchen Deutschlands, durch die Zeiteingriffe und den Wunsch gedrängt, ein einiges Deutschland zu erzielen, — vielfache Opfer ihrer Macht und Selbständigkeit bringen werden, so muß dies anerkannt werden; man darf ihnen aber dieserhalb nicht auch noch zumuten, sich in eine Lage zu versetzen, in welcher sie mit ihren eigenen Untertanen in persönliche Konflikte treten würden, was meines Erachtens unvereinbar mit ihrer beizubehaltenden Stellung als Souveräne ihrer Länder sein würde. Dieser Konflikt ist aber unerläßlich, wenn der Vorschlag angenommen würde, daß die Monarchen Deutschlands, nicht nur als Mitglieder des Oberhauses, in welchem sie selbst sitzen sollen, Individuen aus ihren Untertanen zu wählen haben, sondern auch sogar Mitglieder ihnen beigesellt werden sollen, welche aus freier Wahl der ständischen Versammlungen der einzelnen Bundesstaaten hervorgehen. Es soll also der Souverän mit seinen Untertanen öffentlich deliberieren, sich also der Möglichkeit aussetzen, von letzteren öffentlich überstimmt zu werden. Dies halte ich für durchaus unzulässig. Meiner Ansicht nach kann das Ober- und Unterhaus ganz so konstruiert werden, wie es der Vorschlag

1848. angibt, jedoch mit Fortlassung der regierenden Herren aus dem ersteren. Diese Herren müssen eine Fürstenbank für sich bilden. Das Reichsoberhaupt würde mit derselben in Verbindung sich zu setzen haben, bevor dem Parlament allgemeine Reichsgesetze vorgelegt werden. Nach erfolgter Beratung solcher Gesetze, und derer, welche aus dem Parlament selbst hervorgehen, würden sie der Fürstenbank vorgelegt, welche sie dem Oberhaupt zur Annahme und äußerstenfalls selbst zur Verwerfung zu empfehlen hätte; dem Oberhaupt verbleibt natürlich die Entscheidung. Ebenso könnte eine Beratung mit der Fürstenbank eintreten bei Besetzung der Stelle eines Reichsfeldherrn und auch anderer erster Reichswürden. — Auf diese Art würde den regierenden Herren (oder deren Stellvertretern) eine ihrem Range, ihrer Würde und ihrem Ansehen gemäße Stellung in dem konstitutionellen Deutschland angewiesen und sie vor den bedauerlichen Konflikten bewahrt, die oben berührt wurden.

Demnächst scheint mir die Bestimmung, daß bei Auflösung des Parlaments der Wiederzusammentritt schon nach drei Monaten geschehen soll, eine solche zu sein, über die sich handeln läßt, hinsichtlich der sehr kurzen Frist.

Schließlich glaube ich die Anordnung nicht haltbar, daß das Reichsoberhaupt alle Offiziere der Linie und die Stabsoffiziere der Landwehr ernennen soll. Ich glaube, daß sich das Oberhaupt des Reiches nur die Ernennung der kommandierenden Generale der deutschen Armeekorps vorbehalten sollte, bis zu diesen Stellen aber die Ernennungen und Beförderungen wie bisher den einzelnen Staaten zu überlassen wäre. Dagegen müßten jährliche Inspizierungen der Bundeskorps durch ihre Kommandierenden, oder vom Oberhaupt auch ausnahmsweise durch zu ernennende Inspekteure, speziell veranlaßt werden und jährlich direkt dem Oberhaupt über den Befund der Heeresabteilungen berichtet werden. Da bei Organisierung des Heeres unsere preußische Landwehrverfassung vorzuschweben scheint, so mache ich nur beiläufig darauf aufmerksam, daß aus der Anordnung, daß das Oberhaupt des Reiches nur die Stabsoffiziere der Landwehr ernennen sollte, gefolgert werden

könnte, als sollten alle übrigen Landwehroffiziere etwa von dieser selbst gewählt werden, daß in dieser Zuversicht in Preußen zwar die Landwehroffiziere sich durch eigene Wahl ergänzen, daß diese Wahl aber der Bestätigung des Monarchen unterliegt, und auch unbedingt nötig ist, wenn man des Geistes und der Disziplin eines Heeres sicher sein will. Es könnte dem deutschen Vaterlande einst teuer zu stehen kommen, wenn es bei Kriegsereignissen erst einsähe, daß es sich ein indisziplinierte Heer organisiert hätte! 1848.

Abgesehen von diesen Diskussionspunkten gebührt Dahlmann ein unbedingtes Lob für die Großartigkeit der Auffassung der neuen deutschen Verhältnisse, die aus nur echt deutschem Herzen entsprungen sein kann und die Anerkennung des Gesamtvaterlandes verdient, wie nicht minder die ganz ausgezeichneten Einleitungsworte, welche den Verfassungsvorschlag begleiten.

82] An General L. v. Gerlach.

London, 16. Mai [1848].

Herzlichen Dank für Ihren lieben Brief vom 5. d. Mts. Jawohl, was ist aus Preußen geworden, seit wir uns zuletzt bei jener Batterie sprachen am Kandelaber![1]) Wer konnte ahnen, daß zwölf Stunden später das alte Preußen begraben sein würde, ein ganz neues entstehen sollte. Wie meine Stellung zu diesem neuen sein wird, ist noch nicht abzusehen; ihm zu widerstreben, ihm meine Dienste nicht zu weihen, scheint unmöglich, unter welchen Bedingungen ich es tun kann, muß die Zeit auch lehren. Wenn die Konstitution wie die Konstituante gemacht und der König beschränkt ist, wie kann ich da zurückbleiben, wenn ich überhaupt je in das Vaterland zurückkehren will? Es ist eine sonderbare Lage, in der ich mich befinde, aber ich sehe keinen Ausweg, wenn Gott nicht ganz besondere Ereignisse sendet. Meine Verbannung, wenn man sie so nennen will, trage ich mit allem Mut und aller Kraft meines reinen Gewissens. Daß man mich verfolgt als 1848. 16. 5.

Zu 82) [1]) Auf dem Schloßplatz in Berlin, doch wohl am 18. März.

1848. den Träger des alten Preußens und der alten Armee, rechne ich mir zur Ehre an, denn ich kannte und träumte nur ein selbständiges Preußen, eine Großmacht des europäischen Staatensystems, und für dies Preußen paßte keine andere Konstitution; für das neue, in Deutschland aufgehende Preußen ist eine Konstitution sogar nötig. Ob das Aufgehen [in Deutschland] für eine Großmacht, wie wir am 19. März früh noch waren, nötig ist, weiß ich nicht, es ist aber ausgesprochen, und seitdem wird von 50 Leuten in Frankfurt a. M. regiert, die sich selbst konstituiert haben. So steht also alles auf dem Kopfe. Unser Landtag[2]) war vernünftig, wenngleich recht viele Herzen dabei brachen. Schreiben Sie doch zuweilen Ihrem Prinz von Preußen.

83] An den Generaladjutanten Generalleutnant A. v. Tümpling.

London, 18. Mai 1848.

1848. 18. 5. Empfangen Sie meinen innigsten Dank für Ihr liebes, teilnehmendes Schreiben. Was liegt alles hinter uns, seitdem wir uns nicht mehr sahen! Gott sei Dank, daß unsere Truppen mit Ehren aus der Katastrophe hervorgingen. Das ist ein Lohn für Ihre und unsere Dienste, die wir bei Erziehung der Truppen leisteten! Jetzt scheinen freilich die Machthaber zu glauben, daß man Truppen in acht Tagen erziehen kann — ich vermute aber, daß diese Art Erziehung den Erziehern wenig Genugtuung gewähren wird, und daß es vorkommen dürfte, daß die Machthaber solche Erzogenen auch wohl gegen sich agieren sehen könnten! Jede räsonierende Truppe, sagt der alte Wellington sehr richtig, ist keine Truppe mehr, sondern ein bewaffneter, undisziplinierter Haufe. Diese Ansicht hat denn auch Reyher[1]) beseelt, als er die Diskussionsversammlungen untersagte! Wenn sein Nachfolger nur auch so denkt!

Die Einlage Ihres Briefes hat mich sehr erfreut wegen des Geistes, der sie diktierte; noch mehr aber hat es mich gefreut,

— [2]) Vom 2. bis 10. April hatte der Zweite Vereinigte Landtag getagt.
Zu 83) [1]) Vgl. S. 117.

daß ich sie nicht offiziell erhielt, weil es ja gerade sonst ein 1848.
Ausfluß des vorstehenden verwerflichen Beginnens gewesen wäre! In wenig Tagen sehen wir uns, so Gott will, wieder, wenn sich der Berliner Tumult erst etwas gelegt hat.

Ihr Prinz von Preußen.

84] An König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen.

Brüssel, 30. Mai 1848.

Ew. Majestät zeige ich untertänigst an, daß ich dem mir 1848.
erteilten Befehle[1]) gemäß London verlassen und den Kontinent 30. 5.
wieder betreten habe. Ich halte diesen Zeitpunkt für den passendsten, um meine Ew. Majestät schon bekannten Gesinnungen, mit denen ich in die Heimat zurückkehre, nochmals offen auszusprechen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die freien Institutionen, zu deren festerer Begründung Ew. Majestät jetzt die Vertreter des Volkes berufen haben, unter Gottes gnädigem Beistande sich zum Heile Preußens mehr und mehr entwickeln werden. Ich werde dieser Entwickelung mit Zuversicht und Treue alle meine Kräfte widmen und sehe dem Augenblicke entgegen, wo ich der Verfassung, welche Ew. Majestät mit Ihrem Volke nach gewissenhafter Beratung zu vereinbaren im Begriffe stehen, die Anerkennung erteilen werde, welche die Verfassungsurkunde für den Thronfolger festsetzen wird.

Prinz von Preußen.

85] An den preußischen Gesandten in London v. Bunsen.

Brüssel, 30. Mai 1848.

Hierbei, bester Bunsen,[1]) die zwei versprochenen Briefe für 1848.
die zwei Königinnen. Dank, herzlichen Dank für die unvergeß- 30. 5.
liche Zeit, die ich in Ihrem Hause zubrachte und für die Unter-

Zu 84) [1]) Der Zurückberufung war ein Staatsministerial-Beschluß vorangegangen. Besonders der Minister v. Camphausen betrieb sie, auch O. v. Bismarck beabsichtigte, für sie in der Kammer einzutreten.

Zu 85) [1]) Der Prinz hatte im Hause der Gesandtschaft, Carlton Terrace in London, das später für sie angekauft wurde, bei der Familie Bunsens, des intimen Vertrauten Friedrich Wilhelms IV., besonders in kirchlichen Angelegen-

1848. stützung, den Rat, den Trost, die Stärkung, die ich bei Ihnen so oft fand. So schwer die Zeit war, so ist doch gewiß kein Land in der Welt imstande, in solchen Augenblicken Ruhe und Stärkung zu gewähren, als England! — Das habe ich in vollem Maße empfunden! Mögen die dort gefundenen Güter mir in der bewegten Zeit, der ich entgegengehe, zinstragend sein; dann war dieser unfreiwillig gemachte Aufenthalt keine verlorene Zeit. Ihre Unterstützung mit Rat und Tat wird Früchte tragen.

Tausend Grüße allen Ihrigen, denen ich zeitlebens verpflichtet bin; mögen sie mir ein liebevolles Andenken bewahren. Die herzlichsten Grüße an Löwenstein.[2])

Ihr treu ergebener Prinz von Preußen.

86] Ansprache an den Magistrat und die Offiziere der Garnison Wesel.[1])

4. Juni 1848.

1848. 4. 6. Sagen Sie Wesel meinen Dank für den freundlichen Empfang, der mir hier zuteil geworden. Es ist immer ein wohltuendes Gefühl, wenn man in das Vaterland zurückkehrt, und es wird mir immer eine glückliche Erinnerung bleiben, daß Wesel die erste Stadt ist, wo ich mich habe aussprechen können. Den Herren ist bekannt, daß vieles über mir gewaltet hat. Es ist schmerzlich, verkannt zu werden; nur mein reines Gewissen hat mich über diese Zeit hinweggeführt, und mit reinem Gewissen kehre ich in mein Vaterland zurück. Ich habe immer gehofft, der Tag der Wahrheit werde anbrechen — und er ist angebrochen. Es hat sich seitdem vieles in unserem Vaterlande verändert. Der König hat es gewollt; des Königs Wille ist mir heilig;

---

heiten, gewohnt. — [2]) Prinz Löwenstein gehörte zur Gesandtschaft. Der Brief bestätigt, daß der Prinz wie stets in seinem Leben auch jetzt in England gelernt hat. Die Änderung seiner politischen Ansicht über die preußische Verfassung und die deutsche Einheit hat er aber nicht durch die Betrachtung englischer Zustände gewonnen, sondern er kam, wie Bunsen ausdrücklich bezeugt, mit dieser Sinnesänderung schon in England an.

Zu 86) [1]) Nach der Rückkehr aus England wurde der Prinz in Wesel festlich empfangen.

ich bin sein erster Untertan und schließe mich mit vollem Herzen 1848.
den neuen Verhältnissen an; aber Recht, Ordnung und Gesetz müssen herrschen, keine Anarchie; dagegen werde ich mit meiner ganzen Kraft streben, das ist mein Beruf. Wer mich gekannt hat, weiß, wie ich immer für das Vaterland geglüht habe. — Sie können sich denken, daß ich mit erschüttertem Herzen vor Ihnen stehe, um so wohltuender ist mir dieser herzliche Empfang.

87] Rede in der Nationalversammlung zu Berlin.

8. Juni 1848.

Vermöge der auf mich gefallenen Wahl[1]) bin ich berechtigt, 1848.
in Ihrer Mitte zu erscheinen. Ich würde bereits gestern hierher 8. 6.
geeilt sein, wenn es nicht der Jahrestag unauslöschlicher Trauer gewesen wäre, der mich im Schoße meiner Familie zurückgehalten hätte; heute aber ergreife ich die Gelegenheit, um zuvörderst meinen Dank für das Vertrauen auszusprechen, welches mich in Ihre Mitte berief, und wodurch es mir möglich wird, Sie, meine Herren, welche aus allen Provinzen des Landes und allen Ständen hier versammelt sind, herzlich willkommen zu heißen. Nicht nur die Blicke Preußens, die Blicke der Welt sind auf unsere Versammlung gerichtet, da durch Sie eine Vereinigung mit unserem Könige herbeigeführt werden soll, welche für lange Zeit die Schicksale des preußischen Volkes und seiner Könige feststellen soll! Welch ein hoher Beruf! Je heiliger dieser Beruf ist, je heiliger muß der Geist und die Gesinnung sein, welche unsere Beratungen leiten. Die konstitutionelle Monarchie ist die Regierungsform, welche unser König zu geben

Zu 87) [1]) Im Kreise Wirsitz in Posen war der Prinz zum Abgeordneten für die Nationalversammlung gewählt worden. Nach seiner Rückkehr aus England widmete er den ersten Tag in Potsdam mit der Königlichen Familie dem Andenken an den Todestag König Friedrich Wilhelms III. Am nächsten Tage fuhr er mit einem Adjutanten nach Berlin und besuchte sogleich die Nationalversammlung, bestieg hier, nachdem er in einer persönlichen Angelegenheit das Wort erbeten und erhalten hatte, die Tribüne und erzielte mit seiner Ansprache, nach der er den Sitzungssaal verließ, allgemeine Anerkennung. Doch nahm die Linke Anstoß daran, daß der Prinz in Generalsuniform erschienen war.

1848. uns vorgezeichnet hat. Ich werde ihr mit der Treue und Gewissenhaftigkeit meine Kräfte weihen, wie das Vaterland sie von meinem, ihm offen vorliegenden Charakter zu erwarten berechtigt ist. Dies ist die Pflicht eines jeden Vaterlandsfreundes, vor allem also die meinige, als des ersten Untertanen des Königs. So stehe ich jetzt wieder in Ihrer Mitte, um mitzuwirken, daß die Aufgabe, welche uns gestellt, zu einem glücklichen Ziele geleitet werde. Möge die Gesinnung, welche ich ausgesprochen habe, von uns allen geteilt und festgehalten werden, dann wird unser Werk gelingen und zum Wohl und Heil des geliebten Vaterlandes gereichen. Möge mein Erscheinen unter Ihnen in dieser Beziehung ein günstiges sein; mögen wir vereint die Tätigkeit entwickeln, welche von uns erwartet und gehofft wird. Meine übrigen Geschäfte werden mir nicht erlauben, regelmäßig an Ihren Sitzungen teilzunehmen; ich ersuche daher den Präsidenten, meinen Stellvertreter einberufen zu lassen. Uns alle aber, meine Herren, leite der Ruf und der Wahlspruch der Preußen, der sich oft bewährt hat: Mit Gott, für König und Vaterland!

88] An die ehrwürdige St. Johannesloge zur deutschen Redlichkeit in Iserlohn.

Schloß Babelsberg, 15. Juli 1848.

1848. 15. 7. Die treuen und anhänglichen Gesinnungen, welche mir die ehrwürdige St. Johannesloge zur deutschen Redlichkeit in Iserlohn bei Gelegenheit meiner Rückkehr in das Vaterland dargebracht hat, sind meinem Herzen um so wohltuender gewesen, als leider nicht in allen Bruderkreisen[1]) dergleichen laut geworden sind. Empfangen Sie mit meinem verbindlichsten Dank zugleich die erneute Versicherung der allen Brüdern stets gewidmeten echten Bruderliebe.

Der Protektor sämtlicher Freimaurerlogen in den preußischen Staaten Prinz Wilhelm.

Zu 88) [1]) Ähnlich wie sich Geistliche in Preußen berechtigt gehalten hatten, in dem sonntäglichen Kirchengebet die vorgeschriebene Fürbitte für den Prinzen auszulassen, waren auch in Freimaurerkreisen Zeichen der Feindseligkeit gegen den Prinzen hervorgetreten; doch ist uns näheres darüber nicht bekannt.

89] An den Herzog von Sachsen-Altenburg.

Schloß Babelsberg, 1. August 1848.

Ich soll Dich benachrichtigen, daß vom nächsten Sonnabend an ein Detachement von 1600 bis 1800 Mann in Zeitz unter dem General v. Schack, auf Requisition des reußischen Fürsten, aufgestellt sein wird, welches zugleich in Deine Disposition gestellt werden wird. Da aber die Reußischen ihre Requisition durch die Frankfurter neuen Behörden haben an den König gelangen lassen, die Deinige aber nur privatim durch mich gegangen ist, so wünscht der König, daß Du in Frankfurt a. M. eine ähnliche Requisition anbringst wie die Reußischen, damit die Sache legal werde. Sollte en attendant bei Dir Gefahr eintreten, so wird General v. Schack wohl schon instruiert sein, auch ohne Frankfurt a. M. Deiner Requisition Gehör zu geben. 1848. 1. 8.

Auf Deinen Wunsch, daß ich jemand in Altenburg stationieren möge, der le cas échéant unsere Truppen riefe und diese noch näher aufstellte, konnte ich nicht eingehen, weil ich eine sehr passive Rolle spielen muß, um mich nicht zu kompromittieren. Auf den Überbringer, meinen Adjutanten Graf Goltz, den ich inkognito sende, kannst Du Dich ganz verlassen, wenn Du mir antworten willst oder sonst Wünsche aussprichst.

Dein treuer Vetter Wilhelm.

90] Ansprache an die zu Stettin versammelten Krieger und Freiwilligen aus den Befreiungskriegen.

Stettin, 3. August 1848.

Er freue sich,[1]) in dem Kreise von Männern zu sein, die ihre Liebe zum Könige und Vaterlande längst schon bewährt hätten, deren eben wieder ausgesprochene Gesinnungen er mit dem größten Wohlgefallen entgegennehme, um bei Sr. Majestät der beste Verkündiger derselben zu sein. Es sei dieser Verein der pommerschen Krieger der erste im Vaterlande, und möge derselbe auf immer das schöne Vorbild der Ergebenheit, der treuen 1848. 3. 8.

Zu 90) [1]) Uns nur in indirekter Form bekannt.

1848. Anhänglichkeit an den Thron, der unwandelbaren Liebe zum Vaterlande bleiben. Se. Majestät wolle die Wiedergeburt des Vaterlandes in einer neuen staatlichen Verfassung, aber derselbe wolle auch, daß in demselben forthin wieder Ordnung und Recht, Gesetz und Gehorsam walten. Er danke auf das herzlichste für die Liebe, Ergebenheit und Freude, mit welcher er hier sowie gestern in der Stadt, überall empfangen worden sei, und bedauere, daß der heutige Tag, der für ihn und die ganze königliche Familie nicht ein Tag der lauten Freude, sondern der stillen Wehmut[2]) sei, ihn behindere, an dem Festmahle der Kameraden teilnehmen zu können. Er bitte, die Gesinnungen, welche ihm hier kundgegeben seien, ferner treu zu pflegen!

91] An den Oberpräsidenten der Provinz Pommern.

6. August 1848.

1848. 6. 8. Die vielen Beweise wahrer Anhänglichkeit und warmer Teilnahme, welche mir in der jüngst verflossenen ernsten Zeit aus allen Teilen der Provinz Pommern zugekommen sind, machen es mir zu einer angenehmen Pflicht, die ersten freien Tage nach meiner Rückkehr ins Vaterland zu benutzen, um durch einen Besuch in der Hauptstadt Pommerns der ganzen Provinz meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Sehr gegen meinen Wunsch hat sich die Ausführung meines Vorsatzes bis jetzt verzögert; endlich konnte ich erscheinen. Der herzliche Empfang, den mir Stettin bereitete, in einem Augenblicke, wo es schwere Opfer zu bringen[1]) hat, wird mir unvergeßlich bleiben! Unendlich wohl hat es meinem Herzen getan, das Herzuziehen aus nah und fern und aus allen Ständen zu bemerken, um den Statthalter Pommerns zu begrüßen.

Wenn die treuen Stimmen, welche mir vor Monaten über das Meer folgten, mir persönlich gelten, so erkenne ich in den ungeheuchelten und aufrichtigen Äußerungen der Liebe, Treue und Anhänglichkeit, welche ich in diesen Tagen entgegennahm,

---

[2]) Geburtstag König Friedrich Wilhelms III.

Zu 91) [1]) Infolge des Krieges gegen Dänemark.

den unveränderten Sinn der Pommern für ihren König und sein Haus! Treu und wahr werde ich meinem königlichen Bruder und Herrn diese unveränderte Gesinnung der ihm so teuren Provinz überbringen. Mir sei es aber gestattet, hier nun meinen gefühltesten und gerührtesten Dank der Provinz Pommern auszusprechen für alles, was sie mir Liebes in dieser ernsten Zeit und in diesen letzten Tagen erwiesen hat! Meinem Dank schließt sich der meiner Gemahlin, der Prinzessin von Preußen, an, der ich die Freude und das Glück bereiten mußte, Zeugin so schöner Augenblicke zu sein. Auch meinen Sohn ließ ich Zeuge derselben sein, damit er frühzeitig lerne, wie seine Ahnen es gewußt und verstanden haben, sich ein treues und dankbares Volk zu gewinnen. 1848.

Prinz von Preußen, Statthalter von Pommern.

92] An den Brigadekommandeur Oberst v. Doering.[1])

Schloß Babelsberg, 22. September 1848.

Sie werden glauben, daß ich Sie vergessen habe, da ich Ihnen nicht für Ihre Meldung dankte. Der Schein ist gegen mich, nicht so die Sache! Ihre Beförderung hat mich sehr gefreut, wenngleich ich damals noch ungern Sie von — uns — scheiden sah! Denn damals rechnete ich mich noch zu unserem[2]) Korps! — Auch das ist nun anders! — 1848. 22. 9.

Unser gegenseitiges Andenken erlischt nicht und bedarf keines äußeren Zeichens. Wohl aber hat das Schicksal uns in jener verhängnisvollen Nacht zusammengeführt, wo Sie mir Beistand leisteten, sowie den ganzen Tag über. Freilich sucht man nur angenehme und schöne Augenblicke des Lebens durch Andenken der Erinnerung aufzubewahren; indessen Momente des Trübsals, die durch Treue und Anhänglichkeit erhellt werden, sind für mich

Zu 92) [1]) v. Doering, im Jahre 1848 Kommandeur des Garde-Reserve-Infanterie-Regiments in Spandau, hatte als solcher Gelegenheit, dem Prinzen von Preußen nach der Abreise von Berlin am 19. März in der Nacht vom 20. zum 21. die Fahrt über die Havel nach der Pfaueninsel zu ermöglichen. — [2]) Dem Gardekorps. Der Prinz hatte jetzt keine militärische Dienststellung.

1848. ebenso wichtig! Daher sende ich Ihnen beifolgenden einfachen Dienstdegen, dem ich aber das verhängnisvolle Datum und meine Chiffer gesellte, damit er Sie erinnern möge an jene Stunden, wo die Teilnahme eines tapferen Offiziers und eines hochgeschätzten Untergebenen mir Stärkung gewährte!

Gott möge uns schützen und Sie vor Unglück bewahren!

Ihr Prinz von Preußen.

93] An den Pastor Behrens.[1])

Schloß Babelsberg, 17. Oktober 1848.

1848. 17. 10. Die Dankbarkeit an die Bereitwilligkeit, mit welcher Sie mir am 23. März d. J. beistanden, wird nie in meinem Herzen erlöschen, und niemals werde ich den prüfenden Blick vergessen, mit welchem Sie mich ansahen, als ich ungekannt zu Ihnen ins Zimmer trat, und Sie mir dennoch sofort Glauben schenkten, als ich mich nannte.

Die Erinnerung und das Andenken an Ihre Tat wünsche ich bei Ihnen zu erhalten, und zu dem Ende sende ich Ihnen meine Büste, bei deren Anblick Sie sich erinnern mögen

Ihres dankbaren Prinzen von Preußen.

94] An den Hofgärtner Fintelmann.[1])

Schloß Babelsberg, 18. Oktober 1848.

1848. 18. 10. Die Bereitwilligkeit und Freundlichkeit, mit welcher Sie mich in jener unglücklichen Nacht aufnahmen und zwei Tage mit den Meinigen beherbergten, wird nie aus meiner dankbaren Erinnerung verschwinden. Um diese Handlung bei Ihnen und den

Zu 93) [1]) Adressat hatte den Prinzen, als ihn in Perleberg die Bewohner an dem „P. v. P." (Prinz von Preußen) gezeichneten Koffer erkannten und ihn veranlaßt hatten, zu Fuß in die Wohnung des Pastors in Ludwigslust zu gehen, mit seinem Wagen bis nach Stavenow gefahren.

Zu 94) [1]) Fintelmann hatte den Prinzen und die Prinzessin in seiner Wohnung auf der Pfaueninsel, wohin sie in der Nacht vom 20. zum 21. März von Spandau aus zu Schiff gekommen, aufgenommen und bis zur Abreise (22. März) geborgen.

Ihrigen im Gedächtnis zu erhalten, sende ich Ihnen meine Büste, 1848.
bei deren Anblick Sie sich erinnern mögen

Ihres dankbaren Prinzen von Preußen.

95] An Major v. Roon.

Schloß Babelsberg, 5. November 1848.

Durch den General v. Unruh[1]) sind Sie vorläufig benachrichtigt, in welcher Absicht ich diese Zeilen an Sie richte. Die Eltern eines, wenn es nach den bisherigen menschlichen Kombinationen in der Welt zugeht, für hohe Zwecke bestimmten Sohnes, wollen dessen Übertritt aus den Kinderjahren in die des Jünglings und somit in das praktische und bewegtere Leben Ihrer Führung anvertrauen! Unser Vertrauen ist unbedingt auf Sie gefallen, und ich brauche natürlich Ihnen kein Bild von Ihnen selbst zu entwerfen, um den Grund dieses Vertrauens zu rechtfertigen. Dagegen habe ich lange mit mir gekämpft, ob ich Ihnen dies Anerbieten machen sollte, nur zu wohl fühlend, daß nach einer zweijährigen ähnlichen Stellung als die ist, die ich jetzt für Sie beanspruche, es Ihnen schwer werden muß, eine fast für Sie ausgesuchte Anstellung der schönsten und wichtigsten Wirksamkeit eines wahren Soldaten[2]) aufzugeben. Indessen der Hinblick auf die Wichtigkeit, welche die ganze Zukunft des Vaterlandes an die Persönlichkeit meines Sohnes knüpft, durfte den obigen Ansichten nicht das Übergewicht verleihen, und somit stand der Beschluß, Ihnen die Stelle als Gouverneur meines Sohnes anzutragen, unbedingt fest bei uns Eltern. Der König ist mit unserer Wahl ganz einverstanden, wenngleich auch er die Schwere Ihres Verlustes auf Ihrem jetzigen Posten ganz fühlt. 1848. 5. 11.

Sollten wir Krieg haben, so ist mein Sohn in dem Alter, um ihm beizuwohnen, so daß auch Sie demselben nicht entzogen

Zu 95) [1]) Bisher Gouverneur des damaligen Prinzen Friedrich Wilhelm, späteren Kaisers Friedrich. — [2]) Nach Beendigung des Kommandos als Gouverneur des Prinzen Friedrich Karl war Roon zum Chef des Generalstabes des VIII. Armeekorps in Coblenz ernannt worden.

1848. werden würden. Somit vertraue ich auf Ihre Bereitwilligkeit, die in wahrer Vaterlandsliebe wurzeln wird, bedenkend, wie Sie durch Ihre Führung und Leitung meines Sohnes die Wohlfahrt von Millionen begründen können!

Ihr Prinz von Preußen.

96] An Major v. Roon.

Berlin, 31. Dezember 1848.

1848. 31. 12. Die Korrespondenz, welche zwischen Ihnen, ... meiner Frau, dem General v. Unruh und mir geführt worden ist, hat uns leider bewiesen, daß Sie nicht mit der Freudigkeit das Amt, welches Ihnen unser Vertrauen zudachte, übernehmen konnten, welche wir vor allem wünschen müssen, wenn es zur Gedeihlichkeit gebracht werden soll. Ich muß es anerkennen, daß Sie eine Stelle bekleiden, welche gleichfalls besonderes Vertrauen Ihnen zuwies, und ich sagte es Ihnen deshalb in meinem Briefe, daß ich vermuten müsse, daß dies einen Hauptgrund abgeben möchte, der Sie abhalten könnte, zu uns zu kommen; doch glaube ich nicht, daß die Armee es Ihnen verdacht hätte, wenn Sie unserem Rufe gefolgt wären. Daß Ihre politischen Ansichten wenig mit unseren jetzigen Zuständen harmonieren,[1]) ist bei der Übernahme des Ihnen zugedachten Amtes bedenklicher; indessen ich glaubte, Sie würden sich wie wir alle in das Unvermeidliche fügen und in dieser Hinsicht gerade nur gut wirken können, da es darauf ankommt, das Pflichtgefühl zu heben, wenn man auch schwer nur sich fügt. Die Conditio sine qua non, welche Sie stellten wegen Entfernung meines Sohnes vom Hofe und von den Eltern, ist jedoch das Schlimmste. Wenn es sich um Beziehung einer Universität handelte, so würde sich das gefunden haben mit der Zeit; da Sie indessen selbst meinten, daß dies vorläufig nicht gut

Zu 96) [1]) Roon fürchtete nach seinem an die Prinzessin gerichteten Schreiben, daß der, wie er es ausdrückte, ihm eigene Anflug von reaktionärem Wesen den Prinzen Friedrich Wilhelm nachteilig beeinflussen könnte, und daß in der Atmosphäre des Hofes die Erziehung der Fürstensöhne überhaupt nicht eine zweckentsprechende sein könne.

angehen dürfte, dagegen anführen, man werde auch in anderen 1848.
Städten gute Lehrer finden, so geht daraus hervor, daß Sie die Hofluft an und für sich schädlich halten. In diesem Punkte weichen nun unsere Ansichten ganz voneinander ab, und wir würden, namentlich in jetziger Zeit, unseren Sohn nicht von uns lassen, aus diesem Grunde.

Somit müssen wir einen Plan aufgeben, in dessen Erfüllung wir Eltern das Glück unseres Sohnes gesehen hatten. Es sollte nicht sein! Empfangen Sie unseren Dank für Ihre Offenheit, die Sie uns nur noch werter macht und Ihnen unsere Achtung sichert.

Ihr Prinz von Preußen.

97] Bemerkungen zu dem Gesetzentwurfe über die deutsche Wehrverfassung.[1])

Vorwort.

Welcher deutsche Militär hätte nicht mit Spannung dem Erscheinen des verheißenen Entwurfes einer Wehrverfassung für Deutschland entgegengesehen? — einer Verfassung, welche dem ersehnten Zweck der größeren Einheit und Selbständigkeit des gesamten Vaterlandes das bereiteste Mittel, ein schlagfertiges, kriegstüchtiges Heer bieten, und durch eine wohlgeleitete Kraftentwickelung der Nation — für welche man das einstige Reichsheer doch halten muß — die Sicherheit im Innern und

Zu 97) [1]) Das Werk erschien im Dezember 1848 (mit der Jahreszahl 1849) ohne Angabe des Verfassers. Doch ist auch diese Schrift des Prinzen von Preußen zu seinen Lebzeiten im Buchhandel nicht erschienen, sondern nur unter der Hand verteilt worden. Den Druck hatte Louis Schneider besorgt. Hervorgerufen war die Schrift durch den Entwurf zu einem Gesetze über die deutsche Wehrverfassung, den der Wehrausschuß dem Parlament in Frankfurt am 25. September 1848 vorgelegt hatte, und den auch andere preußische Offiziere bekämpften. Noch bedeutender als andere Denkschriften des Prinzen aus dieser Zeit, widerlegt sie, wie E. Marcks (Kaiser Wilhelm I. S. 83) zutreffend bemerkt, den Entwurf „in schlicht monumentaler Art". Wir müssen uns des Raumes wegen auf die Wiedergabe des Vorwortes beschränken und verweisen im übrigen auf die Militärischen Schriften Kaiser Wilhelms des Großen, in denen die Schrift II, 1 ff. abgedruckt ist.

1848. das Ansehen nach außen wahren sollte. Diese Spannung war durch verschiedene Vorschläge, welche, durch den Druck veröffentlicht, bei jedem erfahrenen Soldaten Zweifel und entschiedenen Widerspruch hervorriefen, noch gesteigert worden, und in der Tat durfte sich niemand die Schwierigkeiten verhehlen, die einer solchen Aufgabe entgegenstanden.

Ein einheitliches Heer sollte hergestellt und doch die Sonderbedingungen der einzelnen Staaten berücksichtigt, — die gering möglichste Störung des einzelnen Individuums in seinen bürgerlichen Verhältnissen, mit einer für den Krieg völlig und ausreichend vorbereitenden Organisation in e i n e m Wehrsystem vereinigt werden! —

Leider scheint uns der am 25. September 1848 der verfassunggebenden Reichsversammlung in ihrer 85. öffentlichen Sitzung von dem Wehrausschusse vorgelegte Entwurf zu einem Gesetze über die deutsche Wehrverfassung diesen Anforderungen nicht zu entsprechen, und wenn derselbe nicht wesentliche Modifikationen erleidet, so können wir uns bei den mancherlei Verstößen und Mißgriffen der vorliegenden Arbeit einer bangen Besorgnis über die einstige Tüchtigkeit des deutschen Heeres nicht erwehren.

Auch wir erkennen

1. in der Herstellung eines einheitlichen deutschen Heeres bei notwendiger Beachtung der Sonderbedingungen einzelner Staaten und
2. in der erstrebten Vereinigung der möglichst tüchtigen Vorbereitung für den Krieg mit der geringsten Störung des Individuums in seinen bürgerlichen Verhältnissen die Hauptaufgabe für das künftige Gesetz, bezeichnen damit aber auch zugleich den Standpunkt, von dem aus wir unsere Bemerkungen an das vom Wehrausschusse Gebotene knüpfen.

In Beziehung auf den ersten Punkt tritt der Gesetzentwurf teils zu befehlend auf, teils verliert er sich in Detailbestimmungen, statt deren er sich besser auf die Aufstellung allgemeiner Grundsätze beschränkt hätte. Da noch mehr dergleichen Detailbestim-

mungen durch spätere Gesetze in Aussicht gestellt werden, so hat man offenbar die Sonderstellung der Einzelstaaten zu wenig im Auge gehabt. Ist es wohl denkbar, daß Großmächte, wie Österreich und Preußen, ihre Armeen im Falle eines Krieges ausschließlich der Zentralgewalt unterordnen, ja im Frieden die Dislokation ihrer Truppen sich vorschreiben lassen werden? Ist es andererseits aber auch wohl gerecht, kleineren Staaten die notwendige Einwirkung auf ihre Kontingente zu entziehen und diese vollständig der Zentralgewalt zu übertragen, da man ihnen schon das Opfer zumutet, durch die an und für sich praktisch gerechtfertigte Zusammenlegung ihrer Kontingente zu größeren Ganzteilen einen Teil ihrer Souveränität aufzugeben? Diese Einwirkung auf Detailbestimmungen darf ihnen oder demjenigen größeren Staate unter ihnen, der den naturgemäßen Oberbefehl über einen so gebildeten Heerteil übernimmt, nicht entzogen werden. 1848.

Gerade weil wir keinen Augenblick die wirkliche Einheit Deutschlands aus den Augen verlieren und sie als den gemeinsamen Strebepunkt erkennen, wollen wir sie nicht durch eine Opposition gefährdet wissen, die zuverlässig entstehen wird, wenn nicht billige, gleichzeitig aber auch würdige und angemessene Rücksichten auf die Lebensbedingungen der einzelnen Staaten genommen werden. Eben weil wir nicht wollen, daß eine solche Opposition das Zustandekommen einer wirklich deutschen Wehrverfassung überhaupt in Frage stellen könnte, müssen wir wünschen, den gegründeten Anforderungen der Einzelstaaten Rechnung getragen zu sehen.

Hinsichtlich des zweiten Punktes gestehen wir gern, durch den Bericht des Ausschusses, daß man die preußische Wehrverfassung — weil bewährt — zum Vorbilde gewählt, angenehm — desto unangenehmer aber durch einzelne Paragraphen des Gesetzentwurfs selbst überrascht worden zu sein, der zwar die Einteilung der preußischen Wehrkraft in Linie (erster Heerbann) Landwehr ersten und zweiten Aufgebots (zweiter und dritter Heerbann) und Landsturm, neuerdings inklusive Bürgerwehr (vierter Heerbann) annimmt, das Grundprinzip aber ver-

13*

1848. wirft, durch welches diese Einteilung überhaupt möglich und das ganze System einer Dauerwirkung fähig ist.

Dies Grundprinzip ist aber kein anderes als:

Die ununterbrochene dreijährige Dienstzeit der Wehrpflichtigen bei der Fahne. — Nicht nur Abrichtung, sondern Erziehung zum Soldaten. — Keine Störung dieser ersten Erziehung durch Berechtigung des Soldaten auf Urlaub.

Wir werden später zu beweisen suchen, daß nur dadurch allein eine so gründliche Erziehung des Soldaten ermöglicht werden kann, um während der zweijährigen Beurlaubung zur Reserve (als nächste Einziehungsbereitschaft für die Kriegsstärke der Truppenteile des ersten Heerbannes) und weiterhin während der siebenjährigen Beurlaubung im ersten Aufgebot der Landwehr mit mehrmaliger kurzer Übungszeit die Mannschaften so kriegsbereit und militärisch gewöhnt zu erhalten, daß sie sich über diese neun Jahre hinaus den soldatischen Sinn bis in das zweite Aufgebot hinein bewahren.

Dies Prinzip nun sehen wir, wie gesagt, von dem Wehrausschusse gänzlich verworfen, indem sein Entwurf die Dienstzeit des ersten Heerbannes bei der Fahne auf ein unhaltbares Minimum (bei der Infanterie auf sechs Monate) verkürzt und dann das System einer fünfjährigen Beurlaubung mit mehrmonatlicher Einziehung zur Wiedereinübung annimmt.

Das ist nicht das preußische System! Und wenn man dessenungeachtet die Versicherung an die Spitze des Entwurfs gestellt [hat], daß man sich das preußische System zum Vorbilde genommen habe, so kann es nur in der Absicht geschehen sein, einen guten Eindruck damit hervorzubringen, wenn man eine der preußischen ähnliche Wehrhaftigkeit als das zu erreichende Ziel aufstellte, weil Deutschland seit langer Zeit mit Vertrauen und das Ausland mit Anerkennung auf eine Wehrbereitschaft sieht, in welcher Preußen das Problem gelöst, mit den geringsten Kosten und unverhältnismäßig schwachem Friedensstande doch eine nicht allein

zahlreiche, sondern auch wohlgeübte und vollständig disziplinierte 1848.
Armee für den Krieg aufzustellen.

Wer aber den Zweck will, muß auch die bewährten Mittel wollen! —

Der Gesetzentwurf will aber diese bewährten Mittel nicht, welche allein das preußische Linien- und Landwehrsystem auf seinem bisherigen allgemein gewürdigten Standpunkt zu erhalten imstande waren; wenn aber trotzdem der Wehrausschuß dieses System als ein zu erreichendes Vorbild anerkennt, so können wir nur annehmen, daß er die Menge glauben machen will, durch andere, und zwar seine Mittel sei dies Vorbild unverfälscht zu erreichen.

Wir gehen weiter und behaupten, daß auch das preußische Heer sich auf der Stufe seiner jetzigen Ausbildung und Wehrhaftigkeit nicht erhalten kann, wenn man ihm die notwendigen Mittel nehmen wollte, durch welche sie bis jetzt erreicht wurde.

Weicht nun der Gesetzentwurf hinsichtlich der kurzen Dienstzeit und des Beurlaubungssystems von dem preußischen „Vorbilde" wesentlich ab, so stellt er durch die veränderten Bestimmungen über viele andere Gegenstände, die bisher dazu beigetragen haben, die preußische Armee zu dem zu machen, was sie ist, eine Reihe von nirgends bewährten, ja teilweise sogar noch nirgends versuchten Grundsätzen auf, für die man, in dem preußischen Systeme wenigstens, vergebens nach einem Vorbilde sucht. Dazu gehören:

Die Beförderung außer der Tour durch Wahl der gleichgestellten Kameraden.

Die Wahl der Vorgesetzten bei der Landwehr durch die Untergebenen.

Die Aufhebung aller militärischen Erziehungsanstalten und der Kriegsschule.

Die Abschaffung der Ehrengerichte.

Die Überweisung der Soldaten an die Zivilgerichte wegen Bestrafung während des Friedens verübter gemeiner Verbrechen.

Die Aufhebung der Bildungsanstalten für Militärärzte.

Nur wenn man glaubt, daß alle diese Einrichtungen, jede

1848. nach ihrem Teile, nichts zu dem beigetragen haben, was die preußische Armee im Laufe der Zeit geworden — nur dann würde eine Aufhebung oder wesentliche Modifizierung derselben gerechtfertigt sein. Wir erheben uns aber entschieden gegen eine solche Annahme und erkennen vielmehr in der geordneten und sorgfältig überwachten Zusammenwirkung aller dieser Einzelheiten, sowie in dem ungestörten Ineinandergreifen derselben als Mittel zum Zweck den einzigen Grund, welcher dieser Armee die so schmeichelhafte Anerkennung des Wehrausschusses überhaupt verschaffen konnte, ihrer Organisation als einem Vorbilde nachzustreben.

Wer diese Mittel ändert, erdrückt den echten militärischen Geist des Heeres und überläßt sich Illusionen, über die er dereinst und dann wahrscheinlich zu spät — weil auf dem Schlachtfelde — enttäuscht werden dürfte!

Aus den hiermit angedeuteten Gesichtspunkten haben wir den ganzen Gesetzentwurf einer Umarbeitung unterworfen, dabei aber den ursprünglichen Text soviel als möglich beizubehalten versucht. Um für den Leser eine leichtere Übersicht zu gewinnen, ließen wir dem Wortlaut jedes Paragraphen unseren Vorschlag zur Abänderung desselben (jede abweichende Fassung durch andere Schrift erkennbar) und diesem die Anführung unserer Gründe folgen.

Feind aller Theorien, die sich noch durch keine Praxis bewährt, hoffen wir in diesen Blättern unser Scherflein zu dem hochwichtigen Werke beigetragen zu haben, auf dessen Vollendung Deutschland mit Hoffnung und Besorgnis hinsieht. Darum erwarte man auch nur die Sprache des Praktikers, der seine auf lange Erfahrung und glückliche Erfolge gestützten Ansichten zum Wohl des Ganzen hier niederlegt.

Sollte es diesen Ansichten gelingen, Einfluß auf die definitive Feststellung der deutschen Wehrverfassung zu gewinnen, sollte durch Beachtung derselben das deutsche Vaterland dereinst ein ebenso mutiges als geistig und körperlich durchgebildetes, vor allem aber fest diszipliniertes Heer entstehen sehen, so würden wir darin den schönsten Lohn für unsern redlichen Willen erkennen.

98] An den Großherzog
Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin.[1])

Februar 1849.

Wenn ich immer zögerte, Dir auf Deinen Brief vom 29. v. Mts. zu antworten, so geschah es, weil wir von Tag zu Tag der Gegenerklärung Österreichs auf unsere Note vom 23. Januar[2]) entgegensahen. Nun ist sie eingetroffen, und wird allerdings die ganze Sachlage durch dieselbe etwas schwieriger, wie vorherzusehen war. Indessen unser Zweck ist erreicht, Österreich hat sich ausgesprochen. Wir haben nie daran gedacht und denken auch heute noch nicht daran, uns gegen Österreich zu stellen. Es wird also nun darauf ankommen, in welcher Art bei den ferneren Verhandlungen in Frankfurt a. M. wir zwei Großmächte uns begegnen und nähern werden. Mir scheint dazu alle Gelegenheit vorhanden, wenn nur die zweite Lesung der Verfassung, die vorläufig auf nächsten Montag angesetzt ist, etwas hinausgeschoben wird. Deine Bemerkung über die Stellung Österreichs neben Deutschland erscheint mir die ganz richtige. Wenn aber Österreich erklärt, in Deutschland bleiben zu wollen, wird es sich durch die Verhandlungen in Frankfurt erst ergeben, wie es dies versteht und auszuführen gedenkt, und was die übrigen Staaten dazu sagen werden. Hierzu wird freilich eine Verständigung der Fürsten nötig sein. Ob ein Königskollegium zustande kommt, muß sich gleichfalls aus den bei Camphausen[3]) eingehenden Vorlagen ergeben. Wäre Österreich auf die Stellung eingegangen, sich neben Deutschland zu stellen — die ich als die allein richtige betrachte —[4]) so wäre es gewiß dazu gekommen, Preußen, wenn auch nur als Reichsverweser, vorläufig zeitlebens, dann später vielleicht erblich, an die Spitze des engeren Deutschlands zu stellen. 1849. Febr.

Zu 98) [1]) Neffe des Prinzen, Sohn seiner Schwester Alexandrine. — [2]) Unbekannt. Die nach Frankfurt gerichtete Note, die jeden Bundesstaat ohne Österreich ablehnt, wird ungefähr denselben Inhalt, etwas höflicher in der Form, gehabt haben. — [3]) Preußischer Bevollmächtigter in Frankfurt, bei dem die Antworten der einzelnen Staaten erwartet wurden. — [4]) Mit voller Sicherheit ist hier das später verwirklichte Verhältnis, die Ausscheidung Österreichs aus dem Deutschen Bund und enges Bündnis des neuen Reichs mit Österreich, als das allein richtige bezeichnet.

1849. Doch hätte dies auch wiederum von den Fürsten abgehangen, da der König nur von ihnen und niemals allein von der Nationalversammlung eine solche Stellung annehmen würde. — Käme eine solche Nebeneinanderstellung Deutschlands und Österreichs noch zustande, so muß dahin gestrebt werden, daß ein so enges Bündnis zwischen ihnen erzielt wird, daß sie zusammen nach außen als eins erscheinen und in bezug auf das ius belli et pacis in das engste, untrennbarste Bündnis treten. Eine gegenseitige Garantie des Besitzstandes, im Fall eines Angriffs, wäre wohl kein zu hoher Preis für eine solche Nebeneinanderstellung! Daß Österreich seine besondere Diplomatie behält, erscheint unter allen Umständen in der Natur der Dinge zu liegen. Wenn ich soweit Deine Fragen beantwortet habe, so siehst Du doch ein, daß es eigentlich noch zu früh war, zu antworten, weil alles noch schwankt.

99] An den Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin.[1])

12. Februar 1849.

1849. 12. 2. Ich sollte glauben, die Erfahrungen, die wir gemacht haben, würden jeder anderen Regierung die Augen öffnen, wohin Schwäche des Gouvernements führt, und wie sich sofort alles zum Guten umgestaltet, sobald von demselben Kraft, Energie und Konsequenz gezeigt wird. Nicht nur bei uns, sondern überall zeigt es sich, daß die Regierungen sich vor einer Handvoll miserabler Menschen beugen, die nicht einen Funken Courage haben, wenn sie auf diese irgendwo stoßen; ihre Parole ist eben: tout oser, unsere Parole muß sein: oser davantage. Also nur Kraft Mut und Ausdauer! Dazu hast Du doch eine zu schöne und gute Geschichte Deines Landes und Deiner Familie, um wohlfeilen Kaufs Dein Ansehen preiszugeben.

Vor allem löse Deinen Landtag nicht auf, wie Du es im Schilde führst; der ist ein Anker, den Du nicht lösen darfst. Auch

Zu 99) [1]) Betrifft die mecklenburgischen Verfassungspläne des Großherzogs, von denen König Friedrich Wilhelm IV. durch Gerlach hatte abraten lassen. —

wir haben unseren Provinziallandtag noch nicht aufgelöst. Das kann erst geschehen, wenn die neuen Verhältnisse vollständig reguliert sind. Handelt man anders, so heißt das, absichtlich die Schiffe hinter sich abbrennen. Das tut man, wenn man einen edlen Zweck vor sich hat, wo es heißt: siegen oder sterben. So etwas darf man aber nicht tun, wenn man sich im Zustande der Notwehr gegen unberechtigte Übergriffe befindet. Du und Dein Minister[2]) haben bisher weder auf die Ansicht von Strelitz[3]) noch auf die unseres Königs gehört. Ich habe es demungeachtet für zu wichtig gehalten, Dir auch meine Ansicht auszusprechen, damit Du siehst, daß auch ich von einem gewiß ruhigen und unparteiischen Standpunkt aus dieselben Vorstellungen Dir machen muß, wozu mir Dein im letzten Brief bewiesenes Vertrauen von neuem ein Anrecht gab. 1849.

100] Ansprache an das 1. Garde-Regiment zu Fuß.[1])

Potsdam, 3. Mai 1849.

Meine Herren! Ich kann mir die Freude nicht versagen, 1849.
Ihnen persönlich meinen Sohn als Rekruten zuzuführen. Sie 3. 5.
mögen sich denken, mit welchen Gefühlen ich das tue. Ich empfehle ihn Ihrer Kameradschaft! Er ist in einer schweren Zeit dem praktischen Leben entgegengewachsen. Er hat im vorigen Jahre zum ersten Male einen Kampf — auch den seines eigenen Regimentes — gesehen, der, wenn auch siegreich, doch gegen einen unehrlichen Feind geführt ward. Er hat es gesehen, was es heißt, wenn eine Truppe, eine siegreiche Truppe, in schweigendem Gehorsam und mit Schmach bedeckt, unter den schwersten Verhältnissen festhält an der Disziplin und Ordnung, wenn eine Armee unerschütterlich bleibt in ihrer Treue. Und er wird vielleicht bald Gelegenheit haben, es von neuem zu sehen. Denn, meine Herren, wir stehen in einer bedeutenden Krisis, und wenn wir sie glücklich durchmachen, wird es wieder die Armee sein, die

[2]) v. Lützow — [3]) Der Großherzog von Strelitz hatte sehr dringend abgeraten.

Zu 100) [1]) Bei der Einstellung des Prinzen Friedrich Wilhelm, späteren Kaisers Friedrich in die Armee.

1849. das Vaterland rettet, wie sie und der gesunde Teil des Volkes es schon einmal gerettet haben. Und so übergebe ich ihn Ihnen in der Hoffnung, daß er Gehorsam lernen wird, um einst befehlen zu können. Ich hoffe, er wird seinem Namen und seiner Armee Ehre machen. Dafür bürgt mir der Geist, den Gott in ihn gelegt hat — nicht wir!

101] An General O. v. Natzmer.

Berlin, 20. Mai 1849.

1849. 20. 5. Was werden Sie von mir denken, daß ich zwei Monate lang Ihren Brief zu meinem Geburtstage unbeantwortet ließ? Eine Entschuldigung liegt darin, daß ich gleich nach dem 22. März eine rosenartige Entzündung der rechten Hand hatte, die mich vier Wochen am Schreiben hinderte; dann aber sind die Zeiten derart, daß, obgleich ich nichts zu tun habe, dennoch zu nichts Zeit habe, so wird man überlaufen mit guten und schlechten Ratschlägen. Ein Glück, wenn man den Kopf klar sich dabei erhält und besonnen bleibt.

Nun also tausend Dank für Ihr Andenken in dieser schweren Zeit. Die neue Krisis,[1]) in der wir uns befinden, ist gewaltiger als die des Novembers, und doch bin ich nicht so besorgt als ich es damals einige Zeit lang war, bevor man es sah, was ich immer geglaubt hatte, — daß es noch Treue und Anhänglichkeit an das Königstum bei uns gebe. Auf diese Gesinnung stütze ich mich jetzt! Obgleich wir furchtbare Erfahrungen bereits gemacht haben, so kehrt die Vernunft teilweis von selbst, teils durch die Bajonette zurück. Nach der errungenen sogenannten Freiheit befinden wir uns in der Lage, durch Ausnahmemaßregeln den unglücklichen Zustand ortsweise wieder herzustellen, unter dem

Zu 101)[1]) Die durch die Ablehnung der von der Nationalversammlung in Frankfurt dem Könige von Preußen angebotenen Kaiserkrone geschaffene Lage. Der Prinz war anfänglich in der Hoffnung auf Verstärkung der preußischen Machtmittel, und in der Erkenntnis, daß mit Österreich eine Verständigung unmöglich sei, für die Annahme der Kaiserkrone, aber die Lektüre der in Frankfurt angenommenen Verfassung, die dem Kaiser selbst das Recht des Einspruchs gegen Beschlüsse der Versammlung nahm, veränderte seine Ansicht, wie sich versteht, voll-

wir sonst geschmachtet haben sollen, und dabei befindet sich dann jeder wohl! Es muß der alte Zustand also doch nicht so übel gewesen sein! — Jetzt wünsche ich nur, daß die westfälischen Gegenden und Baden, die Pfalz usw. noch länger den Zustand genössen, in den sie sich aus sogenannter Deutschtümelei versetzt haben, d. h. in die Republik, damit sie von selbst diesen Alp abzuwälzen wünschen möchten. Wer Deutschland regieren will, muß es sich erobern; à la Gagern[2]) geht es nun einmal nicht. Ob die Zeit zu dieser Einheit schon gekommen ist, weiß Gott allein! Aber daß Preußen bestimmt ist, an die Spitze Deutschlands zu kommen, liegt in unserer ganzen Geschichte, — aber das Wann und Wie darauf kommt es an. 1849.

Daß ich bei meiner ledernen Natur, die man vielleicht praktisch nennen könnte, viel Anstoß in der phantastischen Professorenzeit gebe, können Sie denken. Wir wollen nur abwarten, wer zuletzt recht behält.

Dem Himmel sei Dank, daß der blaue Rock, wo er sich zeigt, bisher immer noch siegte, manchmal nur durch sein Erscheinen. Möge es so bleiben und die Schmach der Westfalen[3]) getilgt werden. Ernste Tage stehen uns bevor; wir ziehen eine Armee gegen rheinseits zusammen à tout événement. Nun Gott mit uns! Ihrer Frau viel Herzliches.

Ihr treuer Prinz von Preußen.

102] An den Freiherrn von Stillfried.[1])

[Berlin], 26. Mai 1849.

Ihr Schreiben vom 16. d. Mts. ist mir richtig zugegangen, 1849. 26. 5.
und erkenne ich aus demselben Ihre Anhänglichkeit an den König und sein Haus. Wenn Sie sagen, daß die deutsche Einheitsidee auch

kommen (vgl. Nr. 102). — [2]) H. v. Gagern, bisher Präsident der Nationalversammlung, war unter dem Reichsverweser Erzherzog Johann von Österreich Reichsminister. Die Nennung seines Namens an dieser Stelle bedeutet, durch Reden und Beschlüsse lasse sich die Einheit Deutschlands nicht erreichen. Es ist derselbe Gedanke, dem Bismarck viel später den berühmten Ausdruck der Eroberung ferro et igni gab (vgl. Nr. 104). — [3]) Widersetzlichkeiten der Landwehr.

Zu 102) [1]) Der spätere Ober-Zeremonienmeister Graf v. Stillfried-Rattonitz.

1849. in Pommern Anklang findet und man die Annahme der deutschen Verfassung wünsche, wie sie aus zweiter Lesung hervorgegangen ist, so bin ich von dem Wunsche jener Einheit ebenso durchdrungen wie irgend jemand. Aber gerade darum bin ich ganz entschieden gegen die Annahme jener Verfassung und kann nur die Weisheit des Königs loben, daß er sie so, wie sie ist, nicht annahm. Ich ersuche Sie, die Personen, welches Ranges und Standes sie sein mögen, die sich für Annahme der Verfassung aussprechen, zu fragen, ob sie dieselbe Paragraph für Paragraph gelesen haben, und wenn dies geschehen, ob sie die Paragraphen genau geprüft haben und sich davon überzeugt halten, daß die Stellung, die man dem sogenannten Kaiser gegeben hat, eine solche ist, die Macht und Kraft verleiht, um dem gesamten Deutschland zum Heile zu gereichen? Eine solche Prüfung wird ergeben, daß alle Macht dem Parlamente gegeben ist und das Oberhaupt nur zum Schein besteht, dessen man sich bei Gelegenheit entledigen kann, um zur Republik zu gelangen. Die Republikaner wissen sehr wohl, daß Preußen aus diesen Gründen die Krone ablehnte; daher haben sie schon jetzt die Maske abgeworfen und suchen sofort auf dem Wege der Empörung gleich zu erreichen, was ihnen sonst noch jahrelange Anstrengung gekostet hätte, sie aber sicherer zum Ziele führte, wenn sie ein Schattenbild von Kaiser geschaffen hätten. Dies kann nicht der Gang sein, den die treuen Pommern gehen wollen, und es kommt nur darauf an, ihnen dies alles klar zu machen, statt nachzusprechen, was die Wühler erzählen. In wenigen Tagen wird der König sprechen, und die, welche hören, sehen und verstehen wollen, werden ihn preisen für den Gang, den er geht. Die niederliegenden materiellen Interessen werden aufblühen, wenn Ordnung und Gesetz hergestellt sind; das Ministerium, was Vertrauen und nicht Mißtrauen verdient, arbeitet unablässig an den Vorlagen dazu. Daher nur Mut gefaßt zum König, und Preußens Geschick wird sich erfüllen, d. h. es muß an die Spitze Deutschlands kommen, aber auf eine Art, die Dauer und Heil verspricht, und beides erreicht man nur durch Kraft und Konsequenz; und indem man die Rechte anderer berücksichtigt und betont, erhält man sich sein eigenes Recht.

Ihr Prinz von Preußen.

103] Artikel in der Wehr-Zeitung
über Kadettenanstalten, Nr. 81, 27. Mai 1849.

Als wir in Nummer 72 der Wehr-Zeitung[1]) unter der Aufschrift: 1849. 27. 5.

„Einige Bemerkungen zu dem mit Nummer 51 unterzeichneten Aufsatze der Wehr-Zeitung, in betreff der Kadettenanstalten",

einige Worte veröffentlichten, welche sich lediglich nur auf eine Widerlegung faktischer Unrichtigkeiten erstreckten, hielten wir die Sache für abgetan. In der 77. Nummer desselben Blattes läßt sich jedoch Nummer 3 sehr hart gegen unsere Bemerkungen aus und finden wir uns dadurch veranlaßt, auch noch über diesen Artikel einige Worte, hoffentlich die letzten, zu veröffentlichen, um so mehr, als es hier das Interesse aller derjenigen Offiziere berührt, welche nicht das Kadettenkorps besucht haben und von deren wissenschaftlicher Ausbildung Nummer 3 nicht viel zu halten scheint.

Es wird hier zuerst gesagt:

„Wenn es den Kadetten gelänge, mit 17 Jahren die Epauletten zu erstreben, nachdem sie sich die ganze Zeit über

---

Zu 103) [1]) Für die zuerst deutsche, später preußische Wehr-Zeitung, die vom Juli 1848 der ehemalige Schauspieler, spätere Hofrat Louis Schneider zur Verteidigung des preußischen Heeres und seiner Einrichtungen gegen die damals üblichen Angriffe, ohne als Redakteur zu zeichnen, herausgab, hat der Prinz unter der Chiffre 68 mehrfach Artikel geschrieben. Einige von ihnen geben wir hier wieder. Der erste, oben abgedruckte, bezieht sich auf einen Artikel in Nr. 67, in dem von „3" eine Besprechung der Schrift des Generalleutnants v. Selasinsky über die Leistungen des Kadettenkorps in der National-Zeitung einer näheren Kritik unterzogen und u. a. behauptet worden war, daß der aus dem Kadettenkorps hervorgegangene Offizier keine oder, wie „3" meinte, nur berechtigte Vorzüge vor dem aus dem Gymnasium hervorgegangenen genieße. Dem war der Prinz in Nr. 72 entgegengetreten und hatte an der Hand der alljährlich erscheinenden Schulprogramme nachgewiesen, daß der Gymnasialabiturient durchschnittlich erst in einem höheren Lebensalter Offizier werde als der Kadett. Damit aber hatte er sich in Nr. 77 eine grobe Zurechtweisung von „3" zugezogen. Nr. 3 hätte sogar eine solche Auffassung nach den anerkannt tüchtigen Aufsätzen über diese Frage in der Wehr-Zeitung nicht mehr vermutet und erklärte die Gleichstellung der Kadetten mit den Gymnasiasten für eine barbarische Anforderung. Darauf antwortet der Prinz mit dem vorstehenden Artikel.

1849. durch musterhafte Führung und tüchtige Fortschritte ausgezeichnet, so sei dies kein unverdienter Vorzug, sondern ihr mühsam erworbenes Recht."

Nun fragen wir aber, ob dem Gymnasiasten überhaupt auch nur solch ein Recht zuteil werden kann, selbst wenn er alle herrlichen Eigenschaften in sich vereinigt, wir fragen, ob ein Gymnasiast, der sich dem Offizierstande widmen will, sich mit dem 17. Lebensjahre schon der Epauletten erfreuen könne? Mit nichten. In diesem Alter kann er frühestens in das Militär eintreten, wenn er auch lange schon körperlich und geistig dazu befähigt wäre. Daß nun aber ein Kadett in diesem Alter solch ein Recht zu erlangen vermag, das ist die Bevorzugung, von der wir in unserem Aufsatze gesprochen und welche wir sobald als möglich beseitigt sehen möchten. Auch der Gymnasiast muß seine Zeit gehörig anwenden, sein Benehmen stets musterhaft führen, wenn er Offizier werden will, und darf nicht, wie Nummer 3 so leichtweg behauptet:

„mehrere Jahre in einer Klasse verbleiben, wobei niemand danach frage, was er getrieben, solange der Herr Papa noch die nötigen Gelder zahlt."

Wie wollte er unter solchen Umständen den neunjährigen Kursus auf dem Gymnasio durchmachen und noch mit dem gehörigen Alter zum Militärstande übertreten, denn Aspiranten, die über gewisse Jahre hinaus sind, werden, wie der Verfasser wohl selbst wissen wird, eo ipso nicht angenommen.

Sehr gewundert haben wir uns noch über die logische Schlußfolgerung, die Nummer 3 zieht! Deshalb, weil der Kadett im 17. Jahre das erreichte, was ein Gymnasiast bei gleich gutem Fleiße und gleich tadelloser Führung nach meiner früheren Auseinandersetzung einige Jahre später erst zu erlangen vermag, deshalb müsse das Kadettenkorps wirklich mehr leisten, als jedes Gymnasium, und — setzt der Verfasser auch ohne weiteres Bedenken hinzu — woran auch kein Vorurteilsfreier gezweifelt hat!

Wenn dem wirklich so ist, dann dürfen wir sowohl, wie viele unserer Kameraden allerdings uns nicht zu den Vorurteilsfreien zählen, denn wir gehen von dem Prinzip aus, daß Unterrichts=

anstalten, welche für einen bestimmten Zweck geschaffen, in jeder 1849.
Beziehung nur eine einzige Richtung verfolgen, immer nur einseitig sein können, ohne dabei ihren Erfolgen für ihren speziellen Zweck zu nahe zu treten.

Das Gymnasium ist die Bildungsschule für alle Lebensfächer und kann wohl jeder tüchtige Gymnasiast Offizier werden, aber nicht jeder tüchtige Kadett jedes andere Fach ergreifen.

„Soll nun," fährt der Verfasser fort, „der Kadett mit dem Gymnasiasten auch gleich behandelt werden? — dann wäre jahrelanger Fleiß und Sitte eine barbarische Anforderung und das Kadettenleben in Wahrheit nur bejammernswert zu nennen."

In der Tat, ein schönes Kompliment für alle diejenigen Offiziere, die ihre Studien auf dem Gymnasio gemacht haben! Denn wenn der Verfasser den Gymnasiasten nicht mehr dem Kadetten gleichstellen will, so wird er auch gewiß den aus dem Gymnasiasten hervorgegangenen Offizier dem Kadettenoffizier unterordnen wollen. Wenn der Herr Verfasser bei Gymnasiasten eo ipso weder Fleiß noch sittliches Betragen voraussetzt, dann mag er ganz recht haben, aber gegen diese Annahme möchten denn doch wohl so manche aufs energischste protestieren!

Zum Schluß sagt der Verfasser:

> „Nach den bisher anerkannt gediegenen Aufsätzen, welche die Wehr-Zeitung über die Kadettenfrage uns bisher gebracht hat, hätten wir eine solche Auffassung kaum noch vermutet."

Aus diesem geht offenbar hervor, daß Nummer 3 unseren Aufsatz nicht verstanden hat. Denn in diesem beabsichtigten wir nur, anerkannte Unrichtigkeiten zu widerlegen, und wenn jenem Aufsatze als solchem auch jedwede Gediegenheit mangeln sollte, so beruhen doch unsere Angaben darin auf Wahrheit, und weiter verlangen wir nichts von einer einfachen Widerlegung.

Übrigens können wir nicht umhin, auch hier wiederum den Wunsch auszusprechen, daß bei einer etwa stattfindenden Reorganisation der Kadettenanstalten gerade dieser Punkt der Bevorzugung ins Auge gefaßt werden möge, damit kein Kamerad in Zukunft vor dem anderen etwas voraus habe, und damit der

1849. Verfasser jenes Inserates auch erfahre, daß in der allerneuesten Zeit auch schon der Anfang gemacht ist, die Prärogativen der Kadetten allmählich verschwinden zu lassen, können wir ihm hier mitteilen, daß die zur Artillerie und dem Ingenieurkorps übergehenden Kadettenoffiziere nicht mehr, wie früher, ½ Jahr, sondern 1½ Jahre bei dem resp. Truppenteile Dienste tun müssen, ehe sie behufs ihrer theoretischen Ausbildung in die vereinigte Artillerie- und Ingenieurschule kommen können!

104] An den Major L. v. Orlich.[1])

Babelsberg, 19. Juni 1849.

1849. 19. 6. Beim Aufräumen meiner Papiere (denn ich gehe noch heute zur Übernahme des Kommandos nach dem Rhein ab)[2]) finde ich Ihre verschiedenen Briefe im Repositorium: à répondre, — d. h. reserviert zu eigenhändiger Antwort. Aber dies Antworten kam in Vergessenheit. Daher jetzt tausend Dank für Ihre damaligen interessanten Mitteilungen. Das große Drama, welches Sie glaubten durch Annahme der Kaiserkrone beendigt zu sehen, ist jetzt so weit, daß das Schwert entscheiden muß.[2]) Jenes Annehmen würde das Schwert hinausgeschoben haben, bis man nicht mehr Herr des Griffs desselben gewesen wäre, d. h. bis die Republik so weit Fuß gefaßt hätte, daß der Schattenkaiser ihr hätte weichen müssen; denn so war seine Stellung durch Intrigue usw. gemacht worden. Alles war berechnet, nur nicht der Königliche Refus; es war viel kühner auszuschlagen als anzunehmen. Annehmen kann man nur Dinge, von denen man die Überzeugung hat, daß sie durchführbar sind; ohne diese Überzeugung handeln zu wollen, wäre Verrat an sich selbst. — Adieu. Zur Zeit muß Preußen doch seiner geschichtlichen Aufgabe nachkommen; das: Wie — steht bei Gott! à la F[rankfurt] a. M. sollte und konnte es nicht gehen.

Die Anlage kennen Sie vielleicht schon;[3]) sie enthält neben

Zu 104) [1]) Bedeutender Schriftsteller und Reisender. — [2]) Am 8. Juni war der Prinz zum Kommandierenden der Operationsarmee gegen die Aufständischen in Baden und in der Pfalz ernannt worden. — [3]) Wahrscheinlich die Schrift des Prinzen über die deutsche Wehrverfassung (vgl. Nr. 97).

der Hauptaufgabe des Zwecks eigentlich nur ein Bekenntnis über viele militärische Gegenstände. Indulgenze! Viel Liebes Ihrer Frau Gemahlin. Ihr Prinz von Preußen. 1849.

105] An General O. v. Natzmer.

28. Juni 1849.

Sie sind zu gütig, mir so teilnehmend geschrieben zu haben wegen des ominösen Schusses.[1]) Ich danke Gott, daß er mich vor Meuchelmord bewahrt hat, wenngleich man mit dergleichen Gefahren an Leben und Gesundheit in unserer Lage hier ziemlich vertraut wird, wie Sie es aus Erfahrung kennen! Unsere Operationen sind bisher alle, ihren Anlagen nach, vollkommen geglückt, nur noch nicht die Niederwerfung des Feindes. Diese Banden entschlüpfen wie die Aale, so entkam uns Mieroslawski[2]) wie ein Kirschkern zwischen zwei Fingern, wo Hirschfeld gegen das linke und Gröben gegen das rechte Neckarufer drückten, während Peucker[3]) nicht schnell genug von Zwingenberg aus vorschlug. 1849. 28. 6.

Ich habe drei Gefechten bisher bei Kirchheim-Bolanden[4]) in der Pfalz Bayern, bei Upstadt und Durlach beigewohnt, wo sich die Truppen, namentlich die jungen Linientruppen, vorzüglich schlugen. Wir erwarten nun übermorgen einen Hauptschlag bei Rastatt zu tun. Die badenschen treulosen Truppen halte ich fest und schlagen [sie] sich gut. Die Freischärler haben ausgezeichnete Schützen und die Artillerie ist meist schweren Kalibers, daher recht unangenehm; — aus all diesen Gründen ist der Kampf nicht so ganz leicht, wie man glaubt.

Wie eigentümlich hier meine ganze Lage ist, können Sie sich

Zu 105) [1]) Auf dem Wege nach Baden, zwischen Mainz und Kreuznach, bei Ingelheim war ein Attentat auf den Prinzen versucht worden. Man hatte aber versehentlich auf den Adjutanten v. Boyen statt auf den Prinzen geschossen. Der Postillon, der diesen fuhr, wurde verwundet und erhielt vom Prinzen später eine Pension. — [2]) Mieroslawski, der polnische Anführer der Aufständischen. — [3]) General v. Hirschfeld kommandierte das I., Graf v. Gröben das II. und v. Peucker das Neckar-Korps. — [4]) Gefecht bei Kirchheim-Bolanden am 13., bei Upstadt am 23., bei Durlach am 25. Juni.

1849. denken, aus dem tiefsten Frieden (ich war seit 24 Stunden auf dem Babelsberg etabliert) in Zeit von 48 Stunden auf den Kriegsschauplatz versetzt zu sein, ist gewiß ein seltenes Ereignis. Möge das Glück, was dem Soldaten mehr als irgend einer andern Kreatur nötig ist, uns nicht ausgehn. Mit dem Bajonette wird überhaupt die Sache noch weit leichter zu machen sein, als das, was nachher hier und allenthalben nötig sein wird.[5] Tausend Liebes Ihrer Gemahlin.

Ihr treuer Prinz von Preußen.

106] An den Großherzog Leopold von Baden.

Freiburg, 11. Juli 1849.

1849. 11. 7. Eurer Königlichen Hoheit kann ich Glück wünschen, daß das Großherzogtum von den Massen der Insurgenten befreit ist, indem das Korps des Generalleutnants v. Peucker heute noch Radolfzell erreichen wird und wahrscheinlich ohne Widerstand besetzt hat. Eine Kolonne preußischer Truppen, welche sich über Lörrach den Rhein aufwärts bewegt, dürfte morgen in Waldshut einer Kolonne des Peuckerschen Korps die Hand reichen, so daß mit der Zentralstellung des Hirschfeldschen Korps bei Freiburg und mit der des Peuckerschen Korps bei Donaueschingen das ganze Oberland und der Seekreis umspannt ist und durch mobile Kolonnen durchzogen wird. Überall flüchten die kleinen Abteilungen der Insurgenten bei Annäherung der Truppen. Nur Rastatt wird noch länger unsere Kräfte in Anspruch nehmen, woselbst sich die Garnison aufs äußerste verteidigen zu wollen scheint, was zu traurigen Momenten und Szenen noch führen dürfte! Wenn also der erste Akt der Pazifikation Badens im allgemeinen erreicht ist, so tritt nun ein zweiter, viel schwierigerer ein. Es ist dies die Wiederherstellung der Ordnung und des Gesetzes im ganzen Lande und die Garantie von deren Dauer. Die wiedergekehrte Regierung Eurer Königlichen Hoheit ist tätig in dieser Beziehung, um ihre schwere Aufgabe zu lösen. Was

[5]) Das gerichtliche Verfahren gegen Hochverräter.

dagegen die Garantie einer gesicherten Zukunft betrifft, so kann 1849.
diese nur durch eine kräftige bewaffnete Macht geschafft werden. Das Badensche Korps existiert nicht mehr, eine längere Okkupation des Großherzogtums durch andere Truppen wird daher unumgänglich nötig sein, unter deren Schutz Ihre Truppen reorganisiert werden können. Diese Reorganisation ist das Wichtigste, was in Aussicht steht; von derselben hängt die ganze Zukunft Badens ab.

Eure Königliche Hoheit haben das Schmerzlichste erlebt, was einem Monarchen begegnen kann, die Eidvergessenheit der eigenen Truppen! Diese in der neueren deutschen Geschichte ungekannte Treulosigkeit muß auf eine eklatante Weise behandelt werden; es verlangt dies nicht nur die Ehre der Treugebliebenen, die Ehre Badens, sondern es verlangt dies die Ehre aller deutschen Armeen. In unserer wühlerischen Zeit muß es den Wühlern wie den Truppen gezeigt werden, daß die Treulosigkeit und Eidvergessenheit ein ernstes, strenges Gericht trifft. Dies Beispiel Ihrem Lande und ganz Deutschland zu geben, sind Eure Königliche Hoheit auf das entschiedenste berufen. Meiner Ansicht nach müßten Sie damit sofort beginnen,

1. die badische Armee als aufgelöst öffentlich zu erklären, in Verfolg des verübten Verrats,
2. ist durch ein neues Konskriptionsgesetz zu bestimmen, wer von der aufgelösten Armee künftig bei Reorganisation der Truppen von den aufgelösten Mannschaften wieder zum Kriegsdienst berufen werden wird, was sich durch Bestimmung der Altersklassen, welche zum Eintritt bezeichnet werden, ganz von selbst ergibt. Dagegen würden
3. alle diejenigen, welche als Militärs sich an dem hochverräterischen Unternehmen beteiligt und kein Recht auf die in der Proklamation vom 2. Juni d. Js. verheißene Amnestie haben, kriegsrechtlich zu behandeln sein.
4. Für minder Gravierte, die man aber doch nicht der Reinerhaltung der neu zu organisierenden Truppen wegen in diese einreihen darf, könnten Strafabteilungen errichtet werden, um sie mit Militär-Strafarbeiten zu belegen.

1849. 5. Alle Offiziere und Militärbeamte, welche ihrem Eid treu geblieben sind und kein zweideutiges Benehmen bewiesen haben, wozu eine Militärkommission zu bestellen wäre, vor der jeder Offizier behufs seiner Ehrenreinigung sich zu stellen hätte, würden mit Wartegeld zur Disposition gestellt, um nach dem sich ergebenden Bedürfnisse in der neu zu organisierenden Armee verwendet zu werden.

6. Die Mannschaft, welche an der revolutionären Bewegung keinen Teil genommen hat, wird im Auflösungsdekret der Armee ausgenommen und zur Bildung der Kaders verwendet.

7. Die Uniformierung, Benennung und Bezeichnung der zu reorganisierenden Truppen müßte eine von der früheren gänzlich verschiedene sein.

Wenn dies im allgemeinen einige Gesichtspunkte sind, welche sich mir aus der Anschauung der Verhältnisse aufgedrängt haben, so kommt außerdem zur Sprache, wann, wie und wo die Reorganisation der Armee vorgenommen werden soll.

Auf das Wann? antworte ich, daß hierbei keine Übereilung stattfinden darf, da man sich erst nach sehr reiflicher Überlegung über das Wie? entscheiden darf. Das Wie? ist natürlich das Allerbedeutungsvollste.

Wenn Preußen immer schon sein Militärsystem als ein in der Theorie und Friedenspraxis sich bewährt habendes empfehlen konnte und durfte, so ist es dazu noch viel mehr jetzt berechtigt, wo seine Armee die moralische und materielle Feuerprobe auf eine eklatante Weise bestanden hat. Ich täusche mich gewiß nicht, wenn ich glaube, daß in den 33 Friedensjahren aller Augen auf die preußische Armee gerichtet waren, als diejenige, von welcher erwartet wurde, daß sie im Fall eines äußeren Krieges der Kern sein würde, um den sich die weniger fest organisierten Truppenkörper Deutschlands scharen würden. Und diese Ansicht hat sich auch nun bewahrheitet. Was ist es aber, was dies Vertrauen auf Preußens Heer begründet? Es war die Überzeugung, daß in demselben sich noch ein wahrhafter militärischer Geist erhalten habe. Und woher kam dies? Daher, daß in unserem Heere eine Dienstzeit bestand, welche es noch möglich macht, daß

der militärische Kitt, welcher Vorgesetzte und Untergebene ver- 1849.
binden muß, nämlich das gegenseitige Vertrauen, erzeugt, d. h. erzogen werden kann. Hierin liegt das Geheimnis aller Militärorganisation, womit im engsten Zusammenhang die Präsenzstärke der Truppe steht. Dies Geheimnis kannten unsere Gegner sehr wohl, und daher rongierten alle konstitutionellen Kammern seit 30 Jahren unaufhörlich an dem Militärbudget, wodurch es gelang, Dienstzeit und Präsenzstand so zu reduzieren, daß jener militärische Geist nach und nach verschwinden mußte, dessen unausbleibliche Folgen wir nun leider und nicht allein in Ihrer Armee gesehen haben.

Somit glaube ich also, daß Preußens Armeeverfassung die Basis der Reorganisation Eurer Königlichen Hoheit Armee abgeben muß. Aber auch wir haben Erfahrungen in der letzten Zeit gemacht, die nicht unbeachtet gelassen werden dürfen und die meines Erachtens auch bei uns selbst zu einzelnen Reformen führen müssen. Daher wird es eine umfassende Aufgabe sein, unser Militärsystem mit jenen Reformen zur Einführung zu bringen.

Es sind drei Hauptpunkte, die ich nur im allgemeinen bezeichne, von denen die Zuverlässigkeit einer Truppe künftig abhängig ist:

1. dreijährige ununterbrochene Dienstzeit bei der Fahne für alle Waffengattungen,
2. Präsenzstand von mindestens 500 Mann per Bataillon und Kavallerie-Regiment,
3. eine innigere Verbindung der Landwehr mit der Linie d. h. so, daß die Landwehr mehr als die Beurlaubten der Linie erscheinen, in deren Reihen sie zu Friedensübungen und also auch im Kriege eintreten.

Noch zu berücksichtigen dürfte die Örtlichkeit sein, wo diese Reorganisation vor sich gehen soll. Ich möchte raten, sie außerhalb des Großherzogtums eintreten zu lassen, vielleicht in den Festungen Luxemburg, Mainz, Köln, Minden, Wesel, um auf diese Art die Mannschaft den einheimischen Wühlern zu entziehen, und um sie unter dem Vorbilde fest disziplinierter Truppen sich

1849. organisieren und ausbilden zu lassen. Ich bin überzeugt, daß wenn Eure Königliche Hoheit es wünschen, der König sehr erbötig sein würde, durch seine Offiziere mit Rat und Tat dem Reorganisationswerke beizutreten.

Sie werden es mir verzeihen, wenn ich so unumwunden meine Ansichten[1]) aussprach. Wenn ich es wiederholte, was ich mündlich zu versichern das Vergnügen hatte, daß mir nichts Ehrenvolleres und Erfreulicheres aufgetragen werden konnte, als Gesetz und Ordnung in Ihrem Staate zurückzuführen und Sie selbst demselben zurückzugeben, so darf ich es jetzt nun, wo meine Aufgabe fast vollendet ist, ebenso offen aussprechen, daß ich eine weitere Verpflichtung habe, nämlich die, darauf ein Augenmerk zu richten, daß die Opfer, welche Preußen durch die mir untergebene Armee gebracht, nun auch zu einem dauernden Zustande in Baden führe[n], der der Anstrengungen würdig ist, die wir nicht scheuten!

Es sind die Gefühle der treuesten Anhänglichkeit, mit welchen ich verbleibe Eurer Königlichen Hoheit treu ergebener Vetter

Prinz von Preußen.

107] An den König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen. Auszug.

Freiburg i. B. [?], Anfang August 1849.

1849. Aug. ... Gewiß ist, daß man in Wien triumphieren wird, sobald ich meine Stelle niederlege, die ihnen ein Dorn im Auge ist — mir scheint, daß das arme Bayern bestimmt ist, für Österreich[1]) die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Welche unausgesetzte Aufmerksamkeit dazu gehört, die hiesigen Ideen korrekt zu erhalten, geht daraus hervor, daß der hiesige Premier kürzlich an Herrn v. Arnim sagte, man müsse es in reifliche Überlegung

---

Zu 106) [1]) Nach diesen Vorschlägen erfolgte mit einigen Ausnahmen die Auflösung der badischen Armee und wurde auch die Wiederherstellung dieser Armee in preußischen Provinzen eingeleitet, wodurch einige, aber nicht erhebliche Weiterungen zwischen Preußen und Baden entstanden.

Zu 107) [1]) Österreich und Bayern suchten den Erfolgen Preußens politisch die Spitze abzubrechen, wollten u. a. auch in den badischen Seekreis einrücken.

nehmen, ob Baden den dänischen Waffenstillstand anerkennen könne!! — — Wie soll ich Dir für Deine unendliche Gnade und Brüderlichkeit danken für die Auszeichnung. . . . Noch habe ich zu danken für die gnädige Order an mich, wie für die an die Armee. Ich habe beide nur mit Tränen lesen können, Gott lohne Dir die Freude, die Du mir gemacht hast, wie wir alle ihm danken, der uns bis hierher half und weiter helfen wird. — Ich endige diese lange Epistel, doch muß ich hinzufügen, daß heut das Urteil an Dortü[2]) vollstreckt worden ist, früh um 4 Uhr. Er ist allem und jedem Zuspruch des Geistlichen, unseres sehr guten Divisionspredigers Heintz, unzugänglich geblieben, erklärend, daß es für ihn keinen Gott und keine Zukunft gäbe. Wenn man das hört, kann man sich freilich nicht wundern, wenn man die Menschen auf solchen Wegen sieht. Nachdem ich endlich renfort von Auditeuren erhalten habe, nehmen die Untersuchungen einen raschen Fortgang. 1849.

Dein treuer dankbarer Bruder Wilhelm.

108] An den preußischen Gesandten in London v. Bunsen.

Frankfurt a. M., 11. September 1849.

Herrn Meyers[1]) Rückkehr nach England gibt mir Gelegenheit, 1849.
Ihnen dankend für Ihr Schreiben vom 26. Juli zu antworten. 11. 9.
Ganz so schlimm, als Sie damals die deutschen Verhältnisse kommen sahen, sind sie doch noch nicht geworden. Im Gegenteil, die offene Art und Weise, wie unser Verhalten gegen Deutschland und Österreich in unseren Kammern dargelegt worden ist, hat uns viel Stimmen gewonnen, und es kommt jetzt nur darauf an, rasch mit der Konvokation des Reichstags[2]) vorzugehen. Dies, wie Sie es wünschten, schon im August zu tun, war wohl nicht ganz möglich, weil noch zu viel Einzelstaaten mit ihrem Beitritt

[2]) Einer der bekanntesten Revolutionäre.

Zu 108) [1]) Dichter, später Legationsrat. — [2]) Der Verwaltungsrat der zum Dreikönigsbündnis gehörenden Staaten beriet eben damals die Ausschreibung von Wahlen zu einem Parlament.

1849. im Rückstande waren; jetzt aber, wo die Hauptmasse beisammen ist, muß keinen Moment mehr gezögert werden, abstraction faite von Bayern und Württemberg![3]) Um aber zum Ziele zu gelangen, muß Waffenstillstand zwischen Preußen und Österreich sein, damit deren Bruch nicht das Triumphgeschrei der Revolution werde. Darum muß das intentionierte neue Zentrum[4]) rasch geschaffen werden, wobei Preußen in allem pari mit Österreich gehen muß. Unter diesem Waffenstillstand müssen wir unser engeres Bündnis[5]) zustande bringen, während Österreich es bekämpfen wird; indessen der Waffenstillstand gibt doch die Garantie, daß, mit Geschick operiert, wir eher zustande kommen und an Sympathien und Kraft gewinnen, ehe Österreich sich zum förmlichen Bruch entschließt. Agieren wir so, dann gewinnen wir das Spiel, und Österreich kann an einen Bruch nicht mehr denken.

Da haben Sie meinen Rahmen, in welchem ich die Arbeit sich vollenden sehen möchte; wie viele falsche Farben dies Gemälde noch zu ertragen haben wird, ist nicht zu ermessen. Aber man muß den Mut nicht verlieren, doch nichts überstürzen, die Zeit ist die beste Lehrerin!

Mit rechter Bangigkeit sehen wir der Nachricht über die Königin-Witwe[6]) entgegen, ihr Scheiden würde mir unendlich nahe gehen, da ich ihre mütterliche Teilnahme im vorigen Jahre nie vergessen kann!

Lady Dufferin habe ich die überraschende Freude gehabt, in Baden zu begegnen. Sie wurde gerade eben an dem Tage abgerufen, durch die Nachricht einer schweren Krankheit ihrer Mutter; seitdem weiß ich nichts mehr von ihr.

Ich bin 14 Tage hier gewesen,[7]) weil meine Anwesenheit zur Zeit der Rückkehr des Erzherzogs Johann sehr nötig mir schien. Seine Intriguen und die seines noblen Ministeriums tragen so

---

[3]) Hielten sich zu Österreich. — [4]) Eine provisorische Zentralgewalt, wie sie in Veranlassung der Rücktrittswünsche des Erbherzogs Johann von seinem Amt als Reichsverweser geplant wurde. Am 30. September kam mit Österreich, das, durch die inneren Kämpfe geschwächt, im Augenblick weniger zum Kampf um die Vormacht in Deutschland bereit war, das sog. Interim zustande. — [5]) D. h. der sich um Preußen sammelnden Staaten. — [6]) Von England. — [7]) Bei der Rückkehr von Baden.

sehr die Farbe des Zornes über eigene Schwäche, daß sie nicht 1849.
gerade gefährlich sind; doch muß man fortwährend die Augen auf dem Tisch haben. Ich habe hier sehr angenehme Stunden im Cowleyschen Hause zugebracht. Er versteht die deutsche Frage sehr gut. Sollten Sie die alten Herzöge v. Wellington und Westmoreland sehen, so grüßen Sie dieselben bestens von mir. Tausend Liebes Ihrer Familie.

Ihr Prinz von Preußen.

109] An den General v. Doering.

Karlsruhe, 8. Oktober 1849.

Heute hielt ich eine Revision meiner Korrespondenz und 1849.
siehe da! ich finde Ihren Brief vom 27. Juli als — unbeant- 8. 10.
wortet! Was werden Sie von mir denken! Tausend Dank für alles, was Sie mir Freundliches und Teilnehmendes sagen, über unsere Taten hier in Baden. Wie hätte ich gewünscht, daß Sie mit Ihrer Brigade hätten teilnehmen können, und daß ich dadurch die Freude gehabt, mein Regiment im Feuer zu sehen, um zu seinem Ruhm von 1813—15 und 1848 noch den von 1849 hinzufügen zu können. Wer weiß, was uns noch bevorsteht! Vielleicht sehe ich das Regiment, wenn ich von Berlin hierher zurückkehre, doch kann ich noch nichts Genaues darüber bestimmen.

Unsere jungen Truppen im Gefecht zu sehen, war eine wahre Freude! Möge es uns nur hier und überall gelingen, sie vor der Verführung zu bewahren, die jetzt doppelt und dreifach ihre Netze ausspannt, weil sie sah, daß noch aller Halt der Staaten in den Armeen liegt. Also die Augen auf den Tisch. Stets Ihr Prinz von Preußen.

110] Antwort an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses.[1])

Berlin, 13. Oktober 1849.

Unsere Institutionen haben sich bewährt, vor allem auf 1849.
militärischem Felde. Das Heer ist ein Organismus, an dem ohne 13. 10.

Zu 110) [1]) Auf die Begrüßung nach der Rückkehr aus dem Feldzuge in Baden.

1849. Schaden für das Ganze kein Teil zerstört werden kann, und bei dem jede Änderung Wirkungen hervorzubringen vermag, die niemand berechnen kann.

Möge die Kammer bedenken, daß noch kaum ein Jahr verflossen ist, wo sich das preußische Vaterland fast an demselben Abgrunde befunden, in welchen das Land, das ich soeben pazifiziert habe, wirklich gestürzt ist. Preußen hat hauptsächlich sein treffliches Heer vor ähnlichem Unglück bewahrt und dadurch aufs neue den größten Anspruch an unsere unverkürzte Dankbarkeit erworben. Darum empfehle ich die Armee der steten und besonderen Sorgfalt der Kammern.

Machen wir uns keine Illusionen, meine Herren! Die Gefahr des Vaterlandes ist noch nicht völlig überwunden. Es gilt noch ein festes Zusammenhalten der wackeren ehrenwerten Bürger mit unserem treuerprobten unvergleichlichen Heere. Der Dank, welchen Sie mir heute aussprechen, gebührt nicht mir, er gebührt unserem tapferen unerschütterlichen Heere. Ich habe nur das hohe Glück zu preisen, welches mich an die Spitze eines solchen Heeres gestellt hat. Sorge das preußische Volk dafür, daß der ruhmwürdige, glänzend bewährte Geist in unserem Heer aufrecht erhalten werde, und daß allen verderblichen Einflüssen, welche zur Entsittlichung desselben etwa versucht werden sollten, gleich ohne Verzug mit sicherem Erfolge begegnet werde, das ist nicht allein von Bedeutung für Preußen und Deutschland, sondern auch für Europa.

111] An den preußischen Gesandten in London v. Bunsen.

Berlin, 5. Dezember 1849.

1849. 5. 12. Wie sehr habe ich mich gefreut, Ihren Sohn bei mir zu sehen und Ihren Brief durch ihn zu empfangen. Er überbringt Ihnen diese Zeilen und wird seine Wahrnehmungen von hier mitteilen.

Das letzte Votum der zweiten Kammer in der deutschen Frage ist sehr encourageant für das Ministerium,[1]) indem es ihm

Zu 111) [1]) In der Sitzung vom 3. Dezember hatte die zweite Kammer der Regierung ihr Vertrauen zur Weiterführung der Unionspolitik und des

70 Stimmen brachte, die größtenteils Abfälle des portefeuille- 1849.
lüsternen Zentrums sind; dies ist sehr bezeichnend; Beckeraths Antrag[2]) gleicht einem schlecht verkappten Mißtrauensvotum; daß er und seine Partei damit durchfiel, gibt dem Ministerium neue Kraft, da jene Partei, die der Zentren, die einzige gefahrbringende für das Ministerium ist. Zuweilen beweisen die Kammern viel Takt und Konservatismus; zuweilen freilich stark das Gegenteil. Die Portefeuillejäger können auf keinen Anhang rechnen, wenn sie unverschämt vorgehen; diese Leute, die Paulskirchner[3]) und die inkapablen Individuen der drei ersten Ministerien, sind durch ihren eigenen Schaden nicht klug geworden!

Österreichs Sprache[4]) ist allerdings sehr erst und unangenehm, dennoch sehe ich darin nur die letzten Schreckschüsse, um uns vom Reichstag abzuhalten. Sieht es erst, daß wir uns nicht fürchten, so wird es andere Saiten aufziehen. Das ist meine Hoffnung. Ein Krieg wäre das Traurigste, was wir zwischen uns und Österreich erleben könnten. Doch werden wir ihm nicht entgehen, wenn wir ungerecht angegriffen werden. Sachsen scheint der Zankapfel werden zu sollen. 60 000 Österreicher stehen in Böhmen zu Gebote,[5]) vermutlich, weil unsere Hilfe im April[6]) schon vergessen ist! Da wir also nicht zur Hilfe angerufen werden dürften, wenn es in Dresden wieder mißglückt, so steht eine österreichische Armee 15 Meilen von Berlin, bereit, die zwei Hälften Preußens zu trennen. Es soll ein Widerspiel für Baden[7]) sein. Was werden wir tun können? Protestieren wir oder handeln wir gemeinschaftlich ohne Aufforderung, so heißt das, Baden auch durch Österreich okkupiert zu sehen. Die Sache kann ernst in ihren Folgen werden. Ich ersuche Sie gütigst, die Einlage besorgen

---

von ihr zur Einigung Deutschlands durch den engeren Bund betretenen Weges auf Grund des Vertrages vom 20. Mai ausdrücklich ausgesprochen. — [2]) Insofern, als Beckerath der Regierung die Absicht unterlegte, nach erweiterter Anerkennung der alten Bundesverfassung zu streben. In der Kammer wehrte er sich gegen diese Auffassung. — [3]) Die Abgeordneten zum Frankfurter Parlament, das in der Paulskirche tagte. — [4]) Gegen den preußischen Sonderbund nach Austritt von Hannover und Sachsen. — [5]) Viel verbreitetes Gerücht. Die Sachsen leugneten es. — [6]) Unterdrückung des Aufstandes in Dresden durch preußische Truppen. — [7]) Unterdrückung des Aufstandes in Baden.

1849. zu wollen. Der unadressierte kleine Brief ist für die Delmars-Pflegetochter, verheiratete Cavendish; da ich ihre Adresse nicht weiß, so bitte ich Sie, dieselbe auf das Couvert schreiben zuwollen, da ich nicht weiß, ob sie Lady oder Mistreß ist.

Ihrer Familie sage ich tausend Herzliches. Mit Bangigkeit sehen wir den Nachrichten von der Königin-Witwe entgegen!

Ihr Prinz von Preußen.

112] Denkschrift des Prinzen von Preußen über die Revision der preußischen Verfassung vom 5. Dezember 1848.

11. Dezember 1849.

1849. 11. 12. In einem Augenblicke Berlin verlassend, wo die wichtigsten Fragen zur Entscheidung kommen werden, von denen die ganze Zukunft Preußens abhängt, fühle ich mich in meinem Gewissen gedrängt, vermöge meiner Stellung im Staat, folgende Betrachtungen niederzuschreiben.[1])

Preußen hat sich von seinem tiefen Falle im Jahre 1848 auf eine bewunderungswürdige Weise schnell erhoben. Der Entschiedenheit des Königs im Prinzip, bei der Wahl des Ministeriums Brandenburg, der Energie, Besonnenheit und Umsicht der Männer, welche dies Ministerium bilden, ist zunächst dieses glückliche Ergebnis zu verdanken; demnächst aber dem gesunden Sinne der Masse des Volkes, der aus demselben hervorgegangenen ehrenhaften und siegreichen Armee und den Anstrengungen der konservativen Partei seit dem Sommer und Herbst 1848. Woher rührt aber der noch gesunde Sinn des Volkes, durch welchen es gelungen ist, Preußen wiederum zu erheben? Daher, daß wir bisher keine Institutionen besaßen, die das Zerwürfnis und das Mißtrauen zwischen Thron und Volk öffentlich nährten. Bei unseren deutschen Nachbarländern ist ein solches

Zu 112) [1]) Geschrieben für das Staatsministerium zur Beachtung bei dem neuen Entwurf zur preußischen Verfassung kurz vor der Abreise des Prinzen zum Antritt seiner neuen Stellung als Militärgouverneur der Rheinprovinz und Westfalens.

Feststehen und Erheben wie in Preußen nicht bemerkbar geworden; sie sind vermöge ihrer Institutionen seit 20 bis 30 Jahren nach und nach so weit unterwühlt worden, daß der Boden völlig wankend geworden ist. Seit den verhängnisvollen Ereignissen des Jahres 1848 ist Preußen nunmehr auch in die Notwendigkeit gekommen, Institutionen sich zu geben, die 100 Prozent gefährlicher sind, als die waren, welche unsere Nachbarn seit jener langen Reihe von Jahren besaßen. Wenn jene eines so langen Zeitraums bedurften, um unterminiert zu werden, wie lange wird es nunmehr noch in Preußen dauern, mit so viel gefährlicheren Einrichtungen, um völlig aufgelockert zu werden? Das Land vor dieser Auflockerung zu bewahren, das ist die Aufgabe der Staatsweisheit bei dem Inslebenführen der nun einmal nötig gewordenen Regierungsformen. Hierhin gehört also vor allem die Verfassung selbst und die Gesetzgebung. 1849.

A. Die Verfassung, so wie sie am 5. Dezember 1848 erlassen wurde, hat keinem von denen, die sie unterschrieben, zugesagt als etwas Haltbares; sie, sowie alle Wohldenkenden hofften auf eine wesentliche Verbesserung in konservativem Sinne durch die Revision in den Kammern. Daher rührten die Anstrengungen der Konservativen, auf die Wahlen zu wirken; diese Anstrengungen krönte der Erfolg, sowie das Verspielen der Demokraten durch Nichtwahl. Ebenso ist in manchen Punkten dann auch die Hoffnung in Erfüllung gegangen, die Verfassung verbessert zu sehen. Aber sie enthält immer noch so viel hauptdemokratische Bestimmungen, daß es nunmehr, wo es zum Abschluß kommen soll, eine unabweisliche Gewissenssache ist, nicht nur die unvereinbarten Paragraphen zwischen beiden Kammern im konservativen Sinne zu entscheiden, sondern auch noch anderweite Änderungen vorzunehmen. In diesem Sinne ist mir vom Chef der Bank, Hansemann, eine umgearbeitete Verfassung[2]) vorgelegt

[2]) Zu der in der Verfassung vom 5. Dezember 1848 vorbehaltenen Revision war ein auf Grund des Dreiklassen-Wahlsystems neu gewählter Landtag zum 7. August einberufen. Da die Linke unter Protest gegen dieses Wahlsystem sich der Wahl enthielt, so bestand der Landtag nur aus konservativen und gemäßigt-liberalen Männern. Die Folge war eine schnelle, glückliche Verständigung zwischen beiden

1849. worden, welche die höchste Aufmerksamkeit verdient. Weit entfernt, die Auffassung der §§ 105 und 108 zu teilen, mit welcher man einen Handel zu treiben gedenkt, um dagegen anderes zu zedieren, so enthält die Umarbeitung doch sehr viel Konservatives. Da diese Arbeit unstreitig dem Staatsministerium schon vorliegt, so füge ich in der Anlage meine Bemerkungen[3]) bei, zu welchen ich mich veranlaßt gesehen habe. Die Punkte, auf welche ich mein Hauptaugenmerk richte, welche einer anderen Bestimmung bedürfen, bei endlicher Feststellung der Verfassung, sind folgende:

a) Die Zivilehe ist nicht als Bedingung zur priesterlichen Einsegnung hinzustellen. Die Bestimmung, wie sie jetzt lautet, muß zum Wanken aller Moralität führen; diese ist schon so untergraben, daß sie nicht noch verfassungsmäßig genährt werden darf, was aber geschieht, wenn die Ehe des religiösen Kleides beraubt wird.

b) Dem Versammlungs- und Vereinsrechte müssen im Prinzipe entschiedene Beschränkungen in der Verfassung entgegengesetzt werden. Selbst nach den letztergangenen Bestimmungen ist die Auflösung des Staates in wenig Jahren unvermeidlich. Ja, die Macht, auf der allein die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der Ordnung und Gesetzlichkeit noch beruht, die Armee, muß in wenig Jahren zugrunde gehen mit jenen Bestimmungen. Wenn auch der Soldat bei der Fahne nach Möglichkeit von Versammlungen abgehalten wird, so ist doch den Beurlaubten der Linie und Landwehr, der heranwachsenden Jugend, die als Ersatz in die Armee tritt, der Besuch der politisch vergiftenden Versammlungen nicht zu untersagen möglich. Ist dies Gift aber erst jahrelang genährt, werden dann die Erscheinungen, die wir jetzt schon bei der Landwehr, namentlich nach wenig Monaten der Vergiftung der politischen Atmosphäre erlebten, ihr Bewenden haben? Werden nicht unausbleiblich die Folgen, welche in an-

Kammern, so daß schon am 17. und 18. Dezember die Schlußberatungen stattfanden. Somit ist die Denkschrift des Prinzen nur wenige Tage vorher geschrieben. Leider ist der Entwurf Hansemanns, soweit wir wissen, noch nicht bekannt geworden, so daß wir weder Einzelheiten in der Denkschrift des Prinzen erklären noch beurteilen können, welchen Einfluß beide auf das Zustandekommen der heute bestehenden Verfassung vom 31. Januar 1851 gewonnen haben.

deren Ländern mehr oder minder eintraten, auch in Preußens 1849.
Heer sich zeigen? So ist also die Gefahr nach allen Seiten augenscheinlich!

c) Die Bestimmungen über Lehen und Fideikommisse dürfen nur so gefaßt werden, wie ich es ad § 38 in der Anlage bezeichnet habe. Die Beschränkung bei künftigen Stiftungen der Art ist nach dem englischen Grundsatz entnommen; nur die Erlaubnis, nicht die gesetzliche Forderung zur Umwandlung in freies Eigentum ist auszusprechen; dies ist nicht nur notwendig, um die Bildung einer vernünftigen Ersten Kammer möglich zu machen, sondern auch deshalb, um den Paragraphen wahr zu machen, daß das Eigentum gewährleistet ist.

d) Die Bildung einer wahrhaft konservativen Ersten Kammer ist die Lebensfrage der ganzen Zukunft, sowie dies Wahlgesetz für die Zweite Kammer es gleichfalls ist. Die Erste Kammer muß im Prinzipe dem englischen Oberhause nachgebildet werden. Glaubt man dies Prinzip nur durchführen zu können, wenn man einige demokratische Beimischung gestattet, so möge es in möglichst geringem Maße geschehen. Das Wahlgesetz für die Zweite Kammer muß so modifiziert werden, daß man die möglichste Wahrscheinlichkeit hat, auch bei Beteiligung der Demokratie an den Wahlen eine konservative Majorität zu erlangen. Jetzt ist das Hazardspiel zu groß!

e) Wenn zwar eine große Beschränkung der Selbständigkeit der Richter nicht tunlich ist, so scheint es doch unumgänglich nötig, die Bestimmung zu modifizieren, daß vorläufige Amtssuspension und unfreiwillige Versetzung nur durch richterlichen Beschluß erfolgen könne. Eine Ausführung dieser Notwendigkeit erscheint überflüssig, da die Erfahrung der letzten Monate hinreichende Motive an die Hand gibt!

f) Die Streitfrage beider Kammern über die Steuerverweigerung muß im Sinne des Urtextes der Verfassung erledigt werden (§§ 98, 108). Die Ansicht der Zweiten Kammer verlegt das Veto des Königs in die Kammern; dies ist auch die Absicht der Demokraten. Durch die Steuerverweigerung im Prinzipe ist die Krone völlig in den Händen der Kammern. Im dem mon-

1849. archisch-konstitutionellen Staate muß aber das Veto beim König sein, sonst ist er nur Präsident einer Korporation. Bei dieser Frage ist kein Transigieren mit der Bewegungspartei erlaubt!

B. Die Gesetzgebung, wie sie sofort nach den Märzereignissen angebahnt wurde, trug in einem Grade das Gepräge der Übereilung, der Konzessionen, die vielleicht der unglückliche Augenblick mit sich führte, an sich, daß niemand es für möglich hielt, daß dergleichen Prinzipien zur Ausführung kommen würden. Jedermann hoffte auf den Umschwung der Verhältnisse zum Guten, um von der unheilvollen gesetzgeberischen Bahn abzulenken. Dieser Umschwung trat im November 1848 ein. Das eintretende Ministerium rettete das Vaterland! Trotz der unhaltbaren Verfassung unterstützte man es, um, wie vorhin gesagt, eine bessere zu erhalten, und zugleich hoffte man, durch gute Kammern das Ministerium zu stärken und zu vermögen, die Initiative in einer konservativen Gesetzgebung zu ergreifen. Diese guten Kammern (proportion gardée) sind erlangt, — aber die Gesetzgebung ist im Gleise der Märztage verblieben, und die Forderungen der konservativen, nicht extremen Partei, denen sich das Ministerium nur anzuschließen brauchte, wenn es die Initiative nicht ergreifen wollte, — werden zurückgewiesen! Die Gesetze über die Ablösungen, in welchen sogar die regreßmäßig feststehenden Stipulationen nicht respektiert werden; die Ablösung der Forstservitute, die, wenn sie durch Vernichtung eines großen Teils der Waldungen reguliert werden, als Holz- usw. Diebstahl fortbestehen werden; die Kommunalordnung, die droht, durch völlige Auflösung aller bestehenden Verhältnisse eine Zukunft zu bereiten, wie sie Baden hauptsächlich durch seine Kommunalordnung erlebte, das projektiert gewesene Grundsteuergesetz ohne Entschädigungen — alle diese Gesetze erwecken eine unbegrenzte Rechtsunsicherheit bei der untersten Klasse der Einwohner, weil sie durch die nun gesetzlich ihrer Gutsherrschaft abgesprochenen Rechte in dem Glauben bestätigt werden, daß alles Bisherige zu Unrecht bestand und das Fortbestehende ebenfalls zu Unrecht besteht. So wird das Gefühl für Recht, Besitz, Abhängigkeit und Gehorsam von irgend einer Autorität im Volke immer schwächer

und der Demokratie der Eingang erleichtert! Und die Klasse der Besitzenden, denen durch jene Gesetzgebung auf das härteste zu nahe getreten wird? Es ist im großen Durchschnitt die Klasse, welche nach der ersten Betäubung der Märzereignisse, die nie genug anzuerkennende Tätigkeit, Hingebung, Aufopferung bewies, um das Vaterland durch Wort und Tat retten zu helfen und das jetzige Ministerium in allem unterstützte, um es zu erhalten und zu stützen. Und was für ein Lohn wird dieser höheren, besitzenden Klasse für solche Handlungen? Sie wird fast an den Bettelstab gebracht. Sie verlangt ja keineswegs, daß alles beim alten bleibt, sie ist ja zu Opfern bereit, — aber sie verlangt mit Recht Billigkeit von der Gesetzgebung und nicht Parteinahme für die untere Klasse. — Hier ist ein Einlenken durchaus notwendig. 1849.

Also: sowohl bei der letzten Feststellung der Verfassung, als bei der der einzelnen Gesetze muß das Staatsministerium sich nochmals die ernste Frage vorlegen, ob mit der Emanierung in der jetzigen Gestalt die Zukunft Preußens gesichert, möglich, oder nicht vielmehr auf immer gefährdet ist. Das Staatsministerium muß dabei bedenken, daß der König die Verfassung beschwören soll. Gegen sein Gewissen kann niemand ein Ding beschwören. Das bedenke man, wenn man dem Könige gegenüber eine Vereinbarung mit ihm im Auge hat. Schon einmal hat der König am 5. Dezember 1848 dem Staatsministerium nachgegeben und die Verfassung unterschrieben und publizieren lassen gegen seine bessere Überzeugung; aber es war kein definitives Werk, es war ein Versuch, im Moment der höchsten Krisis, mit der Hoffnung auf Besserung. Diese Besserung ist teilweise erfolgt, sie ist noch nicht erschöpfend. Jetzt soll der König das Werk durch den Eid erhärten. Da ist kein Zurücktritt mehr möglich! — Dies vergegenwärtige sich ein jeder! — Besser ein Aufschub des Königs Beeidigung als ein übereiltes Werk.[3]) Die Feststellung des Erfurter Verfassungswerkes kann leicht zu einem solchen Aufschub benutzt werden.

[3]) D. h. besser sei es, die Beeidigung des Königs auf die Verfassung aufzuschieben, als diese übereilt fertigzustellen.

1849. Wir gehen unbedingt neuen Krisen entgegen. Alles deutet darauf hin. Im März 1848 ahnte man nicht die nahe Gefahr; man war nicht auf dieselbe vorbereitet und man war außer aller Fühlung mit den Fäden der revolutionären Partei gekommen. Ich habe unendlich oft darauf hingewiesen und habe den Beinamen des Revolutionsriechers deshalb erhalten. Jetzt liegt die Erfahrung hinter uns und die noch größere Gefahr offen und gekannt vor uns. Wiederum mache ich darauf aufmerksam, damit man nicht überrascht werde. Wenn man auch hoffen darf, durch größere Streitkräfte in ausharrendem Kampfe Herr einer Bewegung zu werden, so vergesse man nicht, daß unsere Gegner dies wissen, aber auch ihrerseits gelernt haben und von Rache gestachelt werden, das ganz zu erreichen, was sie beim ersten Male nur teilweise erreichten — und doch, was und wieviel erreichten sie schon!! — Möge man die Fäden in der Hand haben, die zum Überwachen der republikanischen Pläne nötig sind. Was ich während meines Hierseins bemerkte und erfuhr, beweist mir, daß man nicht im Besitze der Fäden zu sein scheint. Denn Waldecks Triumphzug usw. durfte nicht stattfinden, und wenn auch alle Konstabler bei der Volkszählung beschäftigt waren. Es mangelt an Umsicht bei einem vorher bekannten und gekannten Akt. Es erinnert dies zu sehr an die Sorglosigkeit der Tage vom 13. bis 18. März 1848. Dies erfüllt mich mit Bangigkeit für Berlin — wie vielmehr sind Rückschlüsse auf die Provinzen erlaubt! Wenn keine strengere Überwachung der Arbeitervereine stattfindet, die über ganz Deutschland verbreitet sind, so gehen wir den Erlebnissen von 1848 entgegen. Man gedenke dereinst dieser Zeilen.

113] An König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen.

Karlsruhe, 7. Januar 1850.

1850. 7. 1. Nachdem die Vorbereitungen zur Reorganisation der Großherzoglich badischen Armee[1]) so weit vorgeschritten sind, daß diese

Zu 113) [1]) Vgl. Nr. 106.

selbst binnen wenigen Wochen wird beginnen können, gestatte ich mir, Eurer Majestät Aufmerksamkeit auf die Aufnahme der neuen badischen Truppen in Allerhöchstderen Landen ehrfurchtsvoll hinzulenken. 1850.

Nach meiner unvorgreiflichen Meinung erscheint zur Erlangung einer innigen und festen Verbindung beider Armeen eine kameradschaftliche Verbindung der Offiziere vor allem notwendig, da deren Beispiel am besten auf das Verhalten der Soldaten einwirkt, deren gegenseitiges gutes Einvernehmen ebenfalls nicht entbehrt werden kann. Daß sich ein inniges, wahres kameradschaftliches Verhältnis zwischen beiden nur nach und nach gestalten, und daß es nur dann dauernd sein kann, wenn es auf persönlicher gegenseitiger Achtung beruht, darüber kann wohl kein Zweifel obwalten und ebensowenig darüber, daß es unmöglich ist, solche Verhältnisse durch Befehle von oben herab herbeizuführen. Wohl aber kann fördernd von den Vorgesetzten hierauf eingewirkt werden, und daß dieses geschehe, das ist es, weshalb ich mich hiermit an Eure Majestät ehrfurchtsvoll wende.

Zunächst dürfte es darauf ankommen, den preußischen Offizieren darzutun, daß das badische Offizierkorps durch ehrengerichtliche Untersuchungen und Erkennungen, wobei das Gericht zur Hälfte aus preußischen Offizieren zusammengesetzt ist, von allen denjenigen seiner Mitglieder gereinigt wird, deren Ehre durch die traurigen Vorgänge der badischen Revolution befleckt erscheint. Alle in den Dienst der badischen Armee künftig wieder aufgenommenen Offiziere werden daher mit unbefleckter Ehre dastehen und der Kameradschaft und Achtung Eurer Majestät Offizierkorps vollkommen würdig sein. Der Wiederaufnahme der Unteroffiziere wird ebenfalls eine strenge Untersuchung ihres Benehmens während der Revolution vorangehen, so daß auch in dieser Charge nur solche den neuen Truppen einverleibt werden sollen, welche durch die Revolution nicht wesentlich graviert erscheinen. Nur bei den Gemeinen wird eine Sonderung in solchem Maße nicht möglich sein, da nur wenige sich ganz von der Teilnahme am Abfall der Armee zurückgehalten haben. Indes wird auch hier der Grundsatz aufgestellt werden, daß nur solche Leute

1850. zur Wiedereinstellung gelangen, denen kein anderes Verbrechen zur Last gelegt werden kann, als daß sie der Masse gefolgt sind, ohne einen eigenen Willen zu offenbaren.

Wenn diese Verhältnisse zunächst den Offizieren und von diesen dann den Unteroffizieren und Mannschaften auseinandergesetzt werden, so läßt sich erwarten, daß die neuen badischen Truppen überall bei Euer Majestät Armee eine kameradschaftliche Aufnahme finden werden, wodurch nicht nur die beabsichtigte Verbindung beider Armeen, sondern auch die so notwendige moralische Wiedererhebung der badischen Truppen erzielt werden dürfte, deren Geist nach den stattgehabten unglücklichen Vorgängen zunächst nur ein gedrückter sein kann.

Schließlich gestatte ich mir noch die alleruntertänigste Bemerkung, daß ein dienstlicher und kameradschaftlicher Empfang der badischen Truppen seitens der Truppen Eurer Majestät bei ihrem ersten Eintreffen in Allerhöchstderen Landen sowohl in den Marschquartieren als in ihren künftigen Garnisonorten von doppelter Wirkung in obigen Beziehungen sein dürfte, daher ich mir erlaube, hierauf besonders hinzudeuten.

Der Militärgouverneur und Oberbefehlshaber

Prinz von Preußen.

114] An den Minister des Innern Freiherrn O. v. Manteuffel.

Karlsruhe, 13. Januar 1850.

1850. 13. 1. Mir ist ein wahrer Stein vom Herzen, seitdem ich die Verbesserungsvorlage zur Verfassung[1]) gelesen habe. Gott segne es an Ihnen allen, daß Sie auch diesen Mut und diesen Entschluß hatten! Dies wird und muß Ihrem Wirken die Krone aufsetzen. Alles kommt nun nur darauf an, daß Sie mit Ihren Kollegen mit Wärme und Entschlossenheit diese Vorlage verteidigen und

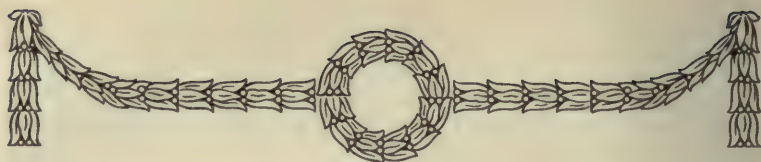
Zu 114) [1]) Des preußischen Staates vom 5. Dezember 1848, deren sofortige Revision in ihr selbst (Art. 112) bestimmt war. Die einzelnen Phasen, die die Revision der Verfassung Preußens im Staatsministerium durchmachte, sind noch nicht recht klar zu übersehen.

durchsetzen, was freilich einen harten Kampf geben wird. Aber 1850.
es muß sein. Aber lassen Sie doch der Kölner Zeitung entgegentreten, die ausstreut, daß es mit diesen Veränderungen weder dem König, noch Ihnen allen ernst sei; so etwas kommt aus der echt demokratischen Schule, die wohl sieht, daß die Verfassung jetzt eine Wahrheit werden könnte, — und das ist ja alles, was sie fürchtet.

Zeigen Sie diese Zeilen Ihren Herren Kollegen, da mein Dank und meine Anerkenntnis Ihnen allen gilt! Glücklich würde ich sein, wenn meine Denkschrift vom 11. Dezember 1849[2]) nicht ganz ohne Einfluß auf Ihrer aller Entschließung gewesen ist. Aber lesen Sie alle nochmals das nach, was ich dort über die Eidesleistung des Königs gesagt habe. An Graf Brandenburg schrieb ich in demselben Sinne; vielleicht teilt er Ihnen allen mein Schreiben mit. Nun nochmals Dank und Glück auf dem Kampfplatz! Ihr Prinz von Preußen.

[2]) Vgl. Nr. 112 (S. 220).





2. In dem Verfassungsstaat König Friedrich Wilhelms IV.

1850—1857.

Die ersten Jahre unter der neuen Regierungsform, die der Prinz (Nr. 115, 116, 118 und 122) mit großer Freude und in der Erwartung (S. 260) begrüßte, daß das konstitutionelle Element dem monarchischen untergeordnet bleibe, sowie während des ersten Versuchs einer wenigstens teilweisen Einigung Deutschlands unter Preußen gehören nicht zu den glücklichen unserer Geschichte. Die Versuche, die Union zu erhalten, führten zu vollständiger Enttäuschung. Österreich hatte naturgemäß das Interesse, die preußische Macht nicht aufkommen zu lassen, und Rußland, dessen Kaiser immer mehr glaubte, eine bevormundende Sprache gegen den nicht mehr absolut regierenden königlichen Schwager in Berlin führen zu dürfen, hatte ein Interesse daran, die Zersplitterung und Ohnmacht Deutschlands aufrecht zu erhalten. Beide verlangten die Aufhebung der Union, für die der Prinz um so lebhafter eintrat, als Preußen mit der Kaiserwahl ein Anrecht darauf erhalten habe, in der Regelung Deutschlands die Initiative zu ergreifen (vgl. Nr. 117 u. 122). Österreich und Rußland verlangten überdies auch in den weiteren Fragen, die die deutsche Welt damals in Atem hielten, in der kurhessischen und schleswig-holsteinischen, von Preußen Nachgiebigkeit. Im Herbst 1850 setzte der Prinz dem Zaren persönlich die Sachlage auseinander, aber in Berlin, wo man zweifellos die militärische Kraft Österreichs und Rußlands ebenso überschätzte wie die eigene unterschätzte, fügte man sich, obwohl die öffentliche Stimme beinahe einmütig den Krieg forderte. Niemandem aber schlug das preußische Gewissen lauter als dem Prinzen von Preußen über die demütigende Behandlung des Ministerpräsidenten Grafen v. Brandenburg in Warschau durch den Zaren, über die Schmach,

die in dem Beschluß des Staatsministeriums vom 1. und 2. November 1850, den Frieden zu erhalten, lag (vgl. Nr. 124—128), und endlich über die Erniedrigung, die Preußen in Olmütz durch Österreich widerfuhr. Die Berichte der Augen- und Ohrenzeugen über die leidenschaftlich erregte Debatte in der Staatsministerialsitzung unterrichten darüber ausführlicher als die verhältnismäßig wenigen Worte, die wir vom Prinzen selbst besitzen (vgl. Nr. 124—128). Er hatte, wie seine Gemahlin sagte, „ritterlich für sein Vaterland gekämpft". Die Geschichtschreibung urteilt unbefangener als die Zeitgenossen auch über diese Tage; um so bemerkenswerter aber ist, daß der Prinz seine starke Erregung überraschend schnell bekämpfte und mit staatsmännischer Ruhe über Ereignisse urteilte, die ihn derartig erregt haben (vgl. Nr. 128). Da aber ein so „vehementer Systemwechsel" ihn nicht befriedigen konnte, beschloß er zunächst, von der Politik sich fernzuhalten (vgl. Nr. 128 und 142).

Die Folge dieser Friedenspolitik war aber auch die volle Niederlage der preußischen Versuche, die deutsche Einheit zu schaffen. Die Rückkehr zu den alten Zuständen, die Wiederbelebung des alten Bundestages war schließlich unabweislich, und damit war das entschiedene Übergewicht Österreichs neu begründet. Wir wissen, mit welchem Feuereifer Bismarck als Bundestagsgesandter in Frankfurt dagegen gekämpft hat, und man kann nur bedauern, daß aus dieser Zeit nur einzelne Briefe des Prinzen an Bismarck bekannt geworden sind. Denn alle Briefe, die der Prinz sonst geschrieben hat, bekunden in der Grundauffassung in dieser Frage volle Übereinstimmung mit Bismarck. Mit Entschlossenheit stellt er sich wieder auf den Boden der Tatsachen und nur allzu wohl sieht er, daß Österreich Preußen zunächst demütigen, dann vernichten will. Es wolle, so schreibt er, die Macht Preußens auf den Standpunkt zurückbringen, den es vor den Zeiten König Friedrichs des Großen (vgl. Nr. 117 u. 163) eingenommen hat, ja es wolle es dahin bringen, daß Preußen wie in den Zeiten König Friedrichs I. die Schlachten Österreichs als sein Vasall schlage (vgl. Nr. 172). Demgegenüber und bei der augenblicklichen Unmöglichkeit, die Macht Deutschlands zu einigen, bleibe nun für Preußen nichts übrig als wenigstens die volle Parität mit Österreich, die volle Gleichberechtigung im Bunde mit allen Mitteln zu erstreben und auf allen Gebieten durchzusetzen (vgl. Nr. 122 u. 137). Denn das ist nach wie vor des Prinzen eigenste Überzeugung: „Leben wird Deutschland unter Preußens Leitung, sterben unter Österreichs, unter beider Leitung nur ‚fortkiemen' (vgl. S. 272). Daher bleibt es von der Vor-

sehung Preußen nun einmal vorgezeichnet, daß es Deutschlands Lenker und Leiter werde" (vgl. Nr. 122, 164 u. 166).

Getreu dieser Überzeugung von der Bestimmung Preußens, Deutschland zu einigen, und geleitet zugleich von seiner politischen Erkenntnis, daß nur das Erreichbare in der Politik anzustreben (vgl. S. 259) sei, ergreift er bereitwillig jedes Mittel, das dahin führen kann. Dazu gehörte in erster Linie, daß Preußens militärische Macht in tadelloser Bereitschaft und Zuverlässigkeit gehalten wurde, dazu gehörte aber auch, daß Preußen, soweit es die Bundeskriegsverfassung zuließ, für die militärischen Kräfte der Bundesglieder Sorge trug. So wenig wie der Prinz das Wort des preußischen Kriegsministers in der oben (S. 230) erwähnten Staatsministerialsitzung über den Mangel an Kriegsbereitschaft der preußischen Armee billigen konnte, so kannte doch kein anderer genauer als er selbst die wirklich vorhandenen Schäden in der Landwehr wie im stehenden Heere. Noch in der Erinnerung empfand er freilich mit gehobenem Stolz die freudige Begeisterung, mit der die doch noch im November 1850 erfolgte Mobilmachung vom preußischen Volk aufgenommen war, sie gab ihm ein sicheres Siegesbewußtsein (vgl. Nr. 130 u. 138), aber gerade sie hatte auch die Mängel der Kriegsverfassung gezeigt. Abgesehen von ungezählten Inspizierungen, die der Prinz — im März 1854 (vgl. Nr. 195) zum Generaloberst enannt — abhielt, strebte er daher nach wie vor nach der Durchführung der dreijährigen Dienstzeit (vgl. Nr. 150, 151) und sann zugleich auf Beschaffung der nötigen finanziellen Mittel wie auf Erleichterung der durch den weiteren Ausbau der Eisenbahnen ermöglichten Verkehrs-Verbindungen (vgl. Nr. 168). Mit der ganzen Treue seines Gemüts ergriff er naturgemäß auch die Gelegenheit, die sich jetzt bot, für die alten Soldaten und Invaliden aus den Befreiungskriegen (vgl. Nr. 165) würdiger zu sorgen, als dadurch daß man ihnen den Leierkasten umhängte, wobei ihm übrigens, wie sich versteht, auch der bedürftige Invalide aus dem Heere Napoleons der Unterstützung völlig würdig war (vgl. Nr. 161).

Für die Erneuerung des Bundesheeres fehlte unter den gegebenen Verhältnissen für Preußen die Möglichkeit. Der Prinz glaubte daher wenigstens die Wiederbelebung der schon früher in Angriff genommenen Militärkonventionen mit denjenigen einzelnen Staaten (vgl. Nr. 146) fördern zu sollen, die die preußischen Einrichtungen auf ihre Kontingente übertragen wollten. Er kümmerte sich außerdem um die Bundesfestungen, um Mainz, Rastatt, Rendsburg, deren Besatzungen aus Österreichern, Preußen und den Truppen des Bundesstaats, in dem die Festung gelegen, zusammengesetzt waren (vgl. Nr. 131 u. S. 273), ebenso um die

Besatzungen von Frankfurt und Hamburg. Denn mit Kummer sah er, wie überall die „Blauröcke“ von den „Weißröcken“ verdrängt werden sollten (vgl. S. 267).

Zu diesen Mitteln, die, so gut oder so schlecht es ging, die fehlende Einheit ergänzen sollten, gehörte aber noch ein anderes, das Preußen schon seit Jahrzehnten mit Erfolg ergriffen hatte, der deutsche Zollverein (vgl. S. 250).

Es ist für die Anschauung des Prinzen von der deutschen Einheit sowohl wie für den Umfang der ihn beschäftigenden Gegenstände bezeichnend, daß er, wie wir ihn schon im Jahre 1847 mit dem Wesen der Differentialzölle und der Handelspolitik vertraut fanden, auch jetzt, als der Zollverein zum Januar 1854 gekündigt werden mußte und Österreich alles daran setzte, in den Verein aufgenommen zu werden oder doch die Mittelstaaten zu einer Zollvereinigung mit ihm zu veranlassen, auf das lebhafteste sich mit der Erneuerung des Zollvereins beschäftigte. Mit voller Deutlichkeit erkannte er das einigende Moment in ihm und ebenso das Übergewicht, das der Verein der preußischen Macht vor der österreichischen in Deutschland geben mußte.

Der Prinz hat in diesem und den folgenden Jahren, da eine staatliche Einigung Deutschlands, die Schaffung eines „Bundesstaats“ statt eines „Staatenbundes“ (vgl. S. 269 u. 276), ausgeschlossen war, mehrfach von „moralischen Eroberungen“ gesprochen, die Preußen in Deutschland machen müsse, und es scheint dies so gedeutet zu werden, als ob ihm die „Blut- und Eisen-Politik“ ferngelegen habe. Wir sahen schon (S. 203), daß es nicht der Fall war. Jetzt, nach der Demütigung von Olmütz, stellt er die moralischen Mittel (vgl. S. 270) in Gegensatz zur Eroberung, d. h. zur Annexion, sieht also in den moralischen die friedlichen politischen Mittel, und zu ihnen rechnete er gerade auch die wirtschaftliche Einigung. Als jüngerer Prinz mag er die Phasen, mit denen der große preußische und deutsche Wirtschaftspolitiker Motz den Zollverein schuf, im einzelnen nicht verfolgt haben. Das aber wußte er längst, daß der Zollverein zuerst eine wirkliche politische Einigung angebahnt hatte. Gleich dem genialen Motz hatte aber auch er erkannt, daß für Preußen gegen widerstrebende Staaten kein wirksameres Mittel vorhanden sei, als geduldiges Abwarten, da das wirtschaftliche Bedürfnis ihrer Untertanen ohne Zweifel die politische Abneigung auch solcher Staaten überwinden mußte — und zweitens, daß jede wirtschaftliche Einheit zwischen Deutschland und Österreich nicht nur die preußische Gleichberechtigung mit Österreich stören mußte, sondern zugleich wirtschaftlich ein

Ding der Unmöglichkeit sei. Denn die Interessen der Millionen nichtdeutscher österreichischer Untertanen in Italien, Galizien, Ungarn und Böhmen waren und blieben von denen der Deutschen in Bayern, Württemberg, Thüringen, den Rheinlanden und den alten Provinzen Preußens vollständig getrennt und ließen sich nicht vereinigen (vgl. Nr. 148). Aus wirtschaftlichen wie aus politischen Gründen verlangte er daher mit vollem Recht zunächst die Ordnung der Verhältnisse im Zollvereinsgebiet ohne jede Beteiligung Österreichs, und erst nachdem sie erfolgt, sei der Abschluß eines Handelsvertrages mit Österreich ins Auge zu fassen (vgl. Nr. 156 u. 158). Ebenso beschäftigten ihn lebhaft die Handelsverhältnisse mit Rußland und verhandelte er darüber sowohl mit dem preußischen Ministerpräsidenten wie mit dem russischen Staatskanzler (vgl. Nr. 159 u. 166). Wir glauben, daß auf diese in den hier vorliegenden Briefen (vgl. Nr. 156) gekennzeichnete Wirtschaftspolitik des Prinzen ein größeres Gewicht zu legen ist, als bisher wohl geschehen ist.

Die inneren Fragen der preußischen Regierung, so die Kammerverhandlungen über Grundsteuer und Gemeindeordnung (vgl. Nr. 144) und die, mehrere Jahre zur Beratung stehende und vom Prinzen in einer Denkschrift ausführlich erörterte, Bildung des Herrenhauses (vgl. Nr. 152) beschäftigten ihn lebhaft. Den Vorsitz dagegen im Staatsrat, der ihm angeboten wurde, lehnte er (vgl. Nr. 145) mit richtigem politischen Takt ab, da die Wiederbelebung dieser Behörde als ein Gegengewicht gegen die Verfassung, die der Prinz auch jetzt wieder von Herzen lobt, gedacht war und somit ihn leicht in einen Gegensatz mit der Kammer bringen konnte, den er als Prinz des Königlichen Hauses und Thronerbe vermeiden mußte.

Von der äußeren Politik war es in diesen Jahren zunächst der Staatsstreich, durch den der bisherige Präsident Louis Napoleon sich am 2. Dezember 1852 zum Kaiser der Franzosen machte, der die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zog. Weit entfernt von dem blinden Haß, mit dem die Kamarilla ihn als die „Inkarnation der Revolution" haßte, beklagt der Prinz in zutreffender Einsicht von der Wahrheit politischer Tatsachen sehr die auf Rußlands Betreiben verzögerte Anerkennung durch Preußen, und ohne Sympathien wie ohne Antipathien den neuen Kaiser beurteilend, verlangte er, daß man auch ihm Gerechtigkeit widerfahren lasse (vgl. Nr. 167).

Das große Ereignis aber, das Europa in diesem Jahrzehnt — fast kann man sagen — den Charakter gab, war der Krimkrieg, über den fast in jedem Brief des Prinzen in den

Jahren von 1853 bis 1856 eingehend gehandelt wird (vgl. Nr. 177 ff.). Die Ursachen und der Verlauf des Krieges werden aus den Anmerkungen zu den einzelnen Briefen genügend erhellen. Hier können wir nur in ganz kurzen Zügen, und nur insoweit der Prinz in Betracht kommt, darauf eingehen.

Der Zar Nikolaus nahm die alte russische Orientpolitik, trotzdem er weder bei England noch bei Frankreich Billigung für seine Pläne gefunden hatte, wieder auf und verlangte, um die Donau-Fürstentümer in seine Abhängigkeit und Gewalt zu bekommen, das Protektorat über die Christen in der Moldau und Wallachei. Jede Ausdehnung der russischen Herrschaft widersprach aber den Handelsinteressen Englands im Süden Europas; während für Frankreich jede Möglichkeit, aus der bisherigen Isolierung durch Anschluß an England herauszukommen und womöglich Rußland zu schaden, willkommen sein mußte, und Österreich, das, wenn es russische Neigungen zeigte, einen Einfall der Franzosen in seine italienischen Länder erwarten mußte, durfte vollends nicht zugeben, daß die Donau-Mündungen in russische Hände kamen. So hatte der Zar durch sein schroffes und unbegründetes Verhalten gegen die Türken das ganze Europa wider sich aufgebracht. Preußen allein hatte kein unmittelbares Interesse an der Frage, aber gerade den Berliner Hof hatte er durch die erwähnte unleidliche Bevormundung Jahre hindurch schwer verletzt. Doch der König und der ganze Anhang der Kamarilla glaubten, obwohl sie dies Verhalten oft nicht ohne Bitterkeit empfanden, es den verehrten Schwager in Petersburg nicht entgelten lassen zu sollen. Nicht um politische Tatsachen, sondern um politische Theorien und religiöse Gefühle kümmerte man sich in Berlin und hielt es daher für ausgeschlossen, an der Seite des aus der Revolution geborenen Napoleon wider Nikolaus, den Hort aller Konservativen, und nun gar, wie der Ausdruck lautete, „wider Christus und für Mohammed“ zu streiten.

Eine Zeitlang schien der Friede erhalten werden zu können. Dahin ging daher zunächst vor allem das Streben des Prinzen. Er hielt die Übernahme des von Rußland erstrebten Protektoriums durch sämtliche Großmächte unbedingt für das beste Auskunftsmittel (vgl. Nr. 177). Ausgehend von der doppelten Anschauung, daß der russische Übermut, der alle Staaten zwingen wolle, „nach seiner Pfeife zu tanzen“ (vgl. Nr. 210 u. 218), eine „politische Lektion“ (vgl. Nr. 217) verdiene, daß aber anderseits Rußland mit Ehren aus diesem Handel hervorgehen solle, hat er an dieser Politik während des ganzen Krieges fest-

gehalten. Dem vereinten Europa könne und solle Rußland sein Unrecht eingestehen, ohne Schaden an seiner Ehre zu leiden, und der Gesamtforderung der Großstaaten könne und solle es sich beugen, ohne Einbuße seines Ansehens zu besorgen.

Hatte er aber schon durch sein bereitwilliges Eingehen in die Umgestaltung der Staatsverfassung und durch seine freudige Unterstützung der deutschen Einheitsbestrebungen den Unwillen der „Kreuzpartei“, wie er sie abgekürzt nennt, wachgerufen, so erntete er durch sein Urteil über die russische Orientpolitik vollends ihren ganzen Zorn. Als die englische Flotte — deren Manöver er im August mit um so größerem Interesse beobachtet hatte, als auch ein preußisches Kriegsschiff, die „Gefion“, sich dabei zeigte (vgl. Nr. 179, 181 u. 183) — mit der französischen Flotte, in Übereinstimmung mit einem im September 1853 zwischen beiden Staaten und der Türkei geschlossenen Vertrage, nach dem Bosporus segelte und trotz des russischen Seesieges bei Sinope (30. November) in das Schwarze Meer einfuhr, erkannte er zwar natürlich, daß der Zar jetzt nicht auf Friedensverhandlungen eingehen werde (vgl. Nr. 186). Er war aber voll befriedigt, daß Preußen die von Rußland verlangte Zusicherung der Neutralität nicht gab (vgl. Nr. 187). Allerdings fürchtete er, daß Preußen sich nun einseitig an Österreich ketten werde. Aber er blieb doch, als dies nicht geschah, mit der offiziellen Politik ganz einverstanden, und hielt auch, so lange der Krieg auf Rußland und die Pforte beschränkt blieb, es für richtig, sich den Westmächten gegenüber nicht zu binden, sondern freie Hand zu behalten (vgl. Nr. 191). Sollte aber ein europäischer Krieg ausbrechen, so müsse auch Preußen Partei ergreifen, und diese neige dann freilich nach Westen hin.

Solche Ketzerei — der sich freilich mit dem Prinzen fast das ganze Land schuldig machte — durfte die russenfreundliche Partei nicht dulden. Nach und nach wußte sie geschickt und systematisch alle Staatsmänner, denen der Prinz vertraute, aus dem Rat des Königs zu entfernen, und immer aufs neue hatte der Prinz schwere Klage zu erheben über Intriguen und Kabalen, Verleumdungen und Angriffe, denen er sich ausgesetzt sah (vgl. Nr. 188ff. u. 194). Als man aber unseren Gesandten in London, Bunsen, der dort — man sieht immer noch nicht recht klar, ob wirklich offiziell oder nur als Privatmann — jedenfalls sehr unvorsichtig, und unklug unklare Pläne über eine Aufteilung russischer Länder vorgetragen hatte, nach mannigfachen Überlegungen abberief, da war der Prinz entrüstet, zumal es hinter seinem Rücken geschehen war. Man möge ihn desavouieren, meinte er, oder

„mopsen", ihn abberufen aber heiße ins russische Lager umsatteln (vgl. Nr. 193).

Mit voller Deutlichkeit war offenbar der Prinz noch nicht über Bunsens Verhalten unterrichtet, und so spricht er sich, abgesehen von dem persönlichen Interesse, das er für Bunsens Zukunft nahm, auch über die Frage der Abberufung aus. Die davon gefürchteten Folgen traten zunächst nicht ein, vielmehr schloß Preußen wirklich am 20. April 1854 mit Österreich einen Vertrag, der dem Kaiserstaate Preußens militärische Unterstützung zusagte, wenn er im Einverständnis mit dem Berliner Hofe zu den Waffen greife. Damit war der Prinz natürlich vollkommen zufrieden (vgl. Nr. 196).

Diese Zustimmung des Prinzen zur Berliner Politik hörte indessen schon auf, als, um den Vertrag in Petersburg schmackhaft zu machen, ein besänftigendes Schreiben dorthin geschickt wurde, das vermutlich die Anschauungen des Berliner Hofes über diesen Vertrag zum Ausdruck brachte (vgl. Nr. 198). Während nämlich der Prinz in ihm den Anfang des Weges sah, der zur Vereinigung der vier Großmächte gegen Rußland führen sollte, erblickte der König und seine Umgebung in ihm vielmehr die Fessel, die Österreich vom Kriege abhalten sollte. Preußen müsse Österreich, so meinte der Prinz, sobald es sich zum Handeln genötigt sähe, die linke Flanke decken und beide müßten Hand in Hand die Stellung der Sekundanten einnehmen, die nach dem Duell Frieden gebieten und den Sieger, falls es Rußland sei, hindern, die Pforte zu expatriieren, ihm aber, falls es die Westmächte seien, verbieten, Eroberungen vorzunehmen (vgl. Nr. 196).

Das aber war nun ganz und gar nicht die Meinung der Russenfreunde, und als nun der Kriegsminister v. Bonin, der wie Bunsen dem Prinzen nahestand, in einer Kommissionssitzung der Kammer die Forderung von Geldmitteln für den aus dem April-Vertrage sich ergebenden möglichen Kriegsfall mit dem Hinweise auf eine gegen Rußland feindliche Stellung begründete, da erfreute er sich zwar der lauten Zustimmung des ganzen Landes, die Russenfreunde am Hofe aber, in Sorge darüber, was Kaiser Nikolaus dazu sagen werde, waren heftig ergrimmt und nötigten den König, Bonin zu entlassen. Niemand konnte darin etwas anderes erblicken, als die entschiedene Hinneigung der preußischen Politik zu Rußland und als die Absicht, sie durch diesen auffallenden und öffentlichen Akt klar zu bezeugen. So sah es auch der Prinz als einen vollen Systemwechsel an, und gereizt überdies und mit vollem Recht durch die bisher schon erfolgten Entlassungen von Staatsmännern seiner Richtung erblickte er darin zugleich eine

persönlich gegen ihn gerichtete Intrigue, Laune und Parteizweck (vgl. Nr. 199 u. 201 ff.).

Tief gekränkt zog er sich nach einem sehr ernsten Briefwechsel mit dem Bruder (vgl. Nr. 202) nach Koblenz zurück, um seine Abweichung von der Berliner Politik deutlich zu kennzeichnen, die uns nur allzuviel Mißtrauen und den Vorwurf der „Duplizität, Lockerung unserer Verpflichtungen und Inkonsequenz“ (vgl. Nr. 211) eintrage. Persönlich einigten sich die Brüder bald, politisch aber hielt sich der Prinz monatelang ganz zurück. Im Herbst war er hoffnungsvoller gestimmt, da der König energischer gegen Rußland auftrat (vgl. Nr. 204 u. 205), und verlangte nunmehr ganz folgerichtig, daß Preußen und Deutschland dem Vertrage beitrete, durch den Österreich sich im Dezember 1854 zur allgemeinen Überraschung mit den Westmächten verbunden hatte (vgl. Nr. 208). Der Tod des Kaisers Nikolaus, mit dem er trotz des politischen Gegensatzes in nächster Freundschaft verbunden blieb, mußte zwar den Abschluß des Friedens verzögern, da der Nachfolger trotz aller guten Eigenschaften Bedingungen nicht zugestehen konnte, die Nikolaus hätte bewilligen können (vgl. Nr. 212 ff.), allein die Friedensverhandlungen kamen in Gang. Doch sie sowie den endlichen Friedensschluß konnte der Prinz nur mit mehr Besorgnis als Befriedigung begleiten (vgl. Nr. 222), denn alle seine Vorhersagungen sah er eingetreten, und vornehmlich dahin war es gekommen, daß Preußen mit allen Staaten „blank“ (vgl. Nr. 216) stand, völlig isoliert war. —

Bismarck hat bekanntlich eine andere Politik während des Krimkrieges befolgt und hat in Berlin angelegentlich aus preußischer Interessenpolitik die Neutralität empfohlen, die Friedrich Wilhelm IV. aus Gefühlspolitik innehielt. Wir können hier auf sie nicht eingehen. Er hat sich ihrer, die nicht von unserem Gegensatz zu Rußland, sondern von dem zu Österreich ausging, bekanntlich stets gerühmt, als der Grundlage, die das russische Wohlwollen für uns während der Kriege 1866 und 1870/71 hervorgerufen hat. Niemand wird es bestreiten. Wohl aber darf man anderseits hervorheben, daß Rußland, wenn die Politik des Prinzen befolgt wäre, im Herbst 1853 und wieder nach dem April-Vertrage von 1854 zu einem billigeren Frieden hätte gelangen können, als dem von 1856. Sicher ist auch, daß die preußische Lage nach dem Kriege zu allen Staaten, zumal zu England, sehr gespannt war. Napoleon kam allerdings aus Feindschaft gegen Österreich Preußen einen Schritt entgegen. Gerade er aber erschien in Berlin ganz und gar nicht bündnisfähig, und sehr bald verletzte man ihn wieder wie absichtlich (vgl. Nr. 239). Sicher

ist auch, daß zwischen dem Krimkrieg und den deutschen Einigungskriegen die für Rußland so günstige Haltung Preußens zur Zeit des polnischen Aufstandes lag, und sicher ist endlich, daß die spätere russische doch übrigens weniger wohlwollende als zurückhaltende Politik, soweit sie wirklich nicht von dem Interesse Rußlands diktiert sein sollte, ganz vornehmlich in der persönlichen Freundschaft Kaiser Alexanders zum Kaiser Wilhelm ihren Grund hatte. Denn Kaiser Wilhelm, der als Prinz von Preußen im Krimkriege nicht die von Bismarck energisch befürwortete Neutralität empfohlen, hatte doch weder die Freundschaft seines Petersburger Schwagers noch gar seines Neffen Alexander verloren, während beide mit der Haltung Friedrich Wilhelms IV. höchst unzufrieden waren und die russische Regierung nach dem Frieden sich keineswegs dankbar und preußenfreundlich zeigte, sondern eben die in Berlin für undenkbar gehaltene Politik eines Bundes mit Frankreich eifrig erstrebte.

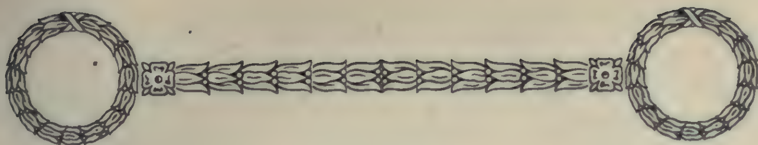
In einem solchen aber mußte, da er sich nur gegen Österreich richten konnte, auch der preußische Gegensatz zu Österreich wieder zur Geltung kommen, und dann, so meinte der Prinz kühn und politisch, könnten die Traditionen König Friedrichs des Großen wieder lebendig werden. —

Die Regierung König Friedrich Wilhelms IV. sollte, so sehr seine aufrichtige und fromme Seele den Frieden wünschte, nicht zu Ende gehen, ohne ihn noch einmal auf das ernstlichste vor den Krieg zu stellen. Ein „Putsch“, den die noch zahlreichen Royalisten in Neuchâtel, das 1848 sich von Preußen losgerissen und der Schweiz angeschlossen hatte, zugunsten der Rückkehr an das Königliche Haus in Szene gesetzt hatten, war vereitelt worden, und die Teilnehmer sollten als Landesverräter vor Gericht gestellt werden. Das konnte der König, der den Putsch zwar nicht gebilligt, wohl aber von ihm gewußt hatte, nimmermehr zugeben, während er anderseits zum Verzicht auf das Land selbst bereit war. Es war natürlich keine Machtfrage, wohl aber eine solche der Ehre, des Rechts und schließlich auch der Frage, ob das monarchische Prinzip dem demokratischen weichen müsse. Die auswärtigen Staaten, namentlich England und Österreich, aber auch Rußland waren, obwohl sie das Recht des Königs 1852 voll anerkannt hatten, in Übereinstimmung mit ihrem Verhalten auf dem Pariser Friedenskongreß von 1856, keineswegs geneigt, sich für diesen Sturm im Glase Wasser zu interessieren, taten dem König vielmehr alles Herzeleid an. Louis Napoleon allein war bereit, dem Verlangen des Königs zu entsprechen, und tat es energisch, als die Schweiz die Freilassung der Gefangenen ab-

lehnte. So wurden im Dezember 1856 von Berlin aus alle Vorbereitungen zur Aufstellung von 160000 Mann und zu ihrem Durchmarsch nach der Schweiz getroffen (vgl. Nr. 228 f.), der Oberbefehl aber nicht dem mißliebigen Prinzen von Preußen, sondern dem General v. der Gröben (vgl. Nr. 229) anvertraut. Erst im Mai des folgenden Jahres kam unter Vermittlung namentlich Napoleons die endgültige Lösung der Frage zustande, und der Prinz gestand es offen ein, welchen Dank Preußen dem Kaiser dafür schulde. —

Bald nach der silbernen Hochzeit des prinzlichen Ehepaares (vgl. Nr. 203) hatten sich dessen Kinder, Prinzessin Luise mit dem jetzigen Großherzog von Baden (vgl. Nr. 215) und Prinz Friedrich Wilhelm mit Viktoria Prinzeß Royal von Großbritannien und Irland verlobt (vgl. Nr. 226). Der Prinz selbst feierte am 1. Januar 1857 sein 50jähriges Militärjubiläum (vgl. Nr. 229). Wie tief bewegt und dankbar trotz aller Verfolgungen, die ihn getroffen hatten, er war, und wie sehr er an dem königlichen Bruder hing, das zeigt die herzbewegende Aufzeichnung vom April 1857 (vgl. Nr. 236). Schon aber hatte die Krankheit des Bruders sich (etwa seit Mai 1856) in besorgniserregender Weise kundgegeben, im Herbst 1857 war sie zum Ausbruch gekommen. Am 23. Oktober übernahm der Prinz zunächst die Stellvertretung des Königs. Seine Regierung begann.





115] An den Minister des Innern Freiherrn O. v. Manteuffel.

Karlsruhe, 29. Januar 1850.

Meinen Glückwunsch zu dem erfochtenen schweren Siege![1]) 1850.
Ehre dem König, der in seinem Wissen fühlte, was not tat; Ehre 29. 1.
dem Ministerium, das nach manchem Kampfe die Ansicht des Königs zur seinigen machte und für dieselbe stehen oder fallen wollte; Ehre aber auch der Kammer, die in ihrer Majorität über sich selbst siegte, da der Patriotismus stärker war als verletzte Eitelkeit und getäuschte Hoffnung. Diese letzte Ansicht gibt mir Vertrauen für unsere Zukunft, indem der Beweis gegeben ist, daß in so kritischen Momenten der gesunde, patriotische, ehrenhafte Sinn die Oberhand erhält.

Ihre ruhige, feste, würdevolle Sprache am 26. ist in meinen Augen eine der Hauptwaffen zum Siege gewesen! Möge nun nur die Erste Kammer nicht konfus sich benehmen, dann sind wir durch. Doch bin ich begierig, wie in den abvotierten Paragraphen entschieden werden wird!

In welcher Spannung wir hier lebten, können Sie sich denken! Grüßen Sie Ihre Kollegen und sprechen Sie ihnen meine Anerkennung für ihr patriotisches, energisches Benehmen aus! In vier Wochen werden sich die günstigen Folgen in Deutschland über unsere nun gesicherten Verhältnisse zeigen, wenn erst die Presse ihre Galle gehörig ausgeschüttet haben wird. Die Vor-

---

Zu 115) [1]) Annahme des Verfassungs-Entwurfs vom 26. Januar.

1850. sehung hat Preußen nicht im Stiche gelassen; aber oft dürfen wir sie so doch nicht versuchen!

Ihr Prinz von Preußen.

116] An den Prinzen Adalbert von Preußen.

Frankfurt a. M., 14. Februar 1850.

1850. 14. 2. Auf Deine Anfrage, wann ich etwa nach Berlin zu kommen gedenke, kann ich leider noch gar keine Bestimmung treffen. Da ich vorläufig keine besondere Veranlassung habe, die Residenz zu besuchen, meine Anwesenheit in diesem Teile Deutschlands[1]) aber fortwährend notwendig ist, so habe ich gar keinen Plan zu einer Reise nach Berlin in Aussicht. Ich würde zum 22. März kommen, wenn nicht die unglücklichen Märztage mich abhielten, vielleicht auch Auguste dann schon nach dem Rhein kommen möchte.

Wenn auf diese Art also keine bestimmte Aussicht vorhanden ist, daß wir uns bald sehen, Du aber einen neuen Anstoß in Deiner Wunschangelegenheit[2]) wünschen solltest, so bin ich bereit, dies auch schriftlich zu tun.

Daß unsere Krisis so überraschend glücklich sich löste,[3]) ist nicht genug zu preisen. Ehre dem König, der gewissenhaft das Wohl des Landes im Auge hatte. Ehre dem Ministerium, das heldenmütig für den König kämpfte; Ehre den Kammern, die in ihren Majoritäten Egoismus, Eigenwillen, Eitelkeit, getäuschte Erwartungen zum Opfer brachten, wo es das Recht des Thrones und des Landes galt! Dies kann uns Zuversicht für Preußens Zukunft geben, daß der Patriotismus, solange wir eine Majoritätsregierung haben werden, in so entscheidenden Momenten dem Thron zur Seite stehen wird. Aber doch, welch schwache Aussicht auf Ersatz des Verlorenen, d. h. der augenblicklichen tatkräftigen Regierung! Nun, Gott wird uns nicht verlassen.

Dein treuer Vetter Wilhelm.

Zu 116) [1]) Als Militärgouverneur. — [2]) Betrifft die geplante Vermählung des Prinzen Adalbert. — [3]) Die Annahme der preußischen Verfassung, die der König am 6. Februar beschwor.

117] An den preußischen Gesandten in London v. Bunsen.

Schloß Babelsberg, 17. Februar 1850.

Unmöglich kann ich Perponcher[1]) abreisen lassen, ohne Ihnen 1850. 17. 2.
noch diese Worte des Dankes für alle Ihre Güte während meines Aufenthaltes in London zu sagen. Es war eine ebenso schöne und angenehme als höchst merkwürdige Zeit; es sind 14 Tage, die in Englands Geschichte einen wichtigen Platz einnehmen, und die mir durch Ihre genaue Kenntnis der Verhältnisse ungemein lehrreich gewesen sind.

Hier habe ich, was den König und Radowitz betrifft, die deutsche Frage in der allervortrefflichsten Lage gefunden; der König war niemals fester in seinen Plänen und Ansichten; er will und wird die Sache der Union nicht aufgeben, solange man ihn nicht verläßt; wird durch Abfall vieler Staaten der Bund zum Minimum, so kann das große Verfassungsprojekt dann nicht mehr Platz greifen und muß man sich mit der Stipulation des 26. Mai begnügen und den 28. Mai[2]) vorerst ruhen lassen. Der Moment, dies auszusprechen, kann nach des Königs Befehl erst eintreten, wenn die drei provisorischen Monate abgelaufen sind. Das Ministerium ist aber nun mit einem Male umgeschlagen und will diesen Ausspruch tun, wenn jetzt ausweichende oder abfallende Erklärungen einzelner Regierungen auf die letzte Anfrage eingehen werden!!! Es ist zum Verzweifeln! Ich hoffe immer noch, daß Brandenburg sich eines anderen besinnen wird. Schleinitz ist am meisten für des Königs Ansicht. Manteuffel geht aber so weit, eine Kabinettsfrage daraus zu machen, und seine Kollegen schwanken wie Rohr. Meiner Ansicht nach geht die Ansicht des Ministeriums aus der Ermüdung hervor, die ihnen das Hin- und Herziehen der Angelegenheit überhaupt erzeugt. Österreich hätte also seinen Zweck vollkommen erreicht, aus Ermüdung die

Zu 117) [1]) Damals ohne feste Anstellung im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten beschäftigt. Einer der eifrigsten Anhänger des Prinzen und der Wochenblatt-Partei. — [2]) Einladung an die deutschen Staaten zum Beitritt zu dem am 26. Mai 1849 geschlossenen Dreikönigsbündnis, das, zunächst auf ein

1850. Nachgiebigkeit zu erlangen. Das Ministerium sagt, da wir doch zum Fallenlassen des Verfassungsentwurfs und zur Beibehaltung des 26. Mai kommen müssen, so ist es besser, dies sogleich auszusprechen. Wir, d. h. der König und Radowitz und ich, sagen: erstlich ist dies Müssen noch gar nicht erwiesen (sans modifications), und zweitens wäre dieser sofortige Ausspruch eine Treulosigkeit gegen die unierten Staaten, vor allem aber die unterwürfigste Konzession gegen Österreich, die es seit einem Jahre anstrebt, und eine Degradation Preußens im Auge der Welt, wie sie noch nie dagewesen ist. Der Ausspruch der Großherzogin Stephanie[3]) wird alsdann wahr, wenn sie sagt: l'Autriche veut avilir et faire démolir la Prusse. — Der König käme, wenn eine Kabinettsfrage daraus entstände, in große Verlegenheit. Er muß ganz rechts oder sehr links greifen, und beides ist unmöglich, so daß eine Modifikation oder sogar Beibehaltung des Ministeriums nötig werden könnte, und damit Änderung der deutschen Politik, was ich vor allem suchen werde, zu verhindern. Wie wichtig übrigens die Beibehaltung des Ministeriums Brandenburg für die innere Gesetzgebung ist, begreifen Sie, da nur diesem die Konzession auf dem konservativen Boden von den Kammern zu erlangen möglich ist. Das Dilemma ist groß!!

Daß diese Mitteilungen nur für Sie sind, versteht sich, und auch dem Prinzen Albert[4]) dürfte wohl nur eine leise Andeutung zu machen sein . . . Manteuffel gefällt mir in der ganzen Sache am wenigsten, denn er läßt durch alle Zeitungen die Artikel unwiderrufen gehen, daß er für die sofortige Einsetzung des Definitivums gestimmt habe, während er es gerade ist, der dagegen war und, wie gezeigt, noch viel weiter in seinen Konzessionen vorgeht!! Wir bereiten uns militärisch vor für den Fall, daß Österreich ein einseitiges Interim in Frankfurt a. M. einsetzt und die nicht Beitretenden etwa durch Exekutionen zum Beitritt zwingen will. Gott verhüte dann einen Zusammenstoß, der den Krieg bringen müßte! Ihr Prinz von Preußen.

Jahr geschlossen, am 26. Mai ablief. — [3]) Von Baden. — [4]) Prinzgemahl von England.

Wie schmerzlich hat mich der Tod des Herzogs v. Cambridge ergriffen! 1850.

Ihrer ganzen Familie tausend Herzliches!

118] An den preußischen Gesandten in London v. Bunsen.

Coblenz, 7. März 1850.

Auf drei Ihrer Briefe habe ich zu antworten. Im ersten 1850.
zeigten Sie mir freundlichst die Verlobung Ihrer Tochter an, 7. 3.
zu der ich meine herzlichsten Glückwünsche anzunehmen bitte. Es scheint, daß das schöne Gut bei Bristol — seitdem ich dem Römer[1]) das Engelsköpfchen zudachte, das aber sein Bruder heimführte — für Ihre Familie eine Schatzgrube im wahren Sinne des Wortes geworden ist, das heißt moralisch genommen. Im zweiten Briefe sprechen Sie Ihre und der Königlichen Familie Teilnahme an einer Feuersbrunst[2]) aus, bei der mich die gütige Vorsehung wiederum vor größerem Schaden gnädig bewahrte. Ich kann nur tief dankbar sein für so viele Beweise Ihrer Teilnahme.

Ihr Räsonnement über die Athener Episode scheint mir sehr richtig. Dazu kommt, daß man sich über den Eindruck solchen Benehmens auf Griechenland völlig verrechnet hatte. Die rasche Annahme der bons offices durch Frankreich scheint zu beweisen, daß man sich schnell aus dem mauvais pas zu ziehen wünscht. Wellingtons Äußerung über Deutschland ist treffend. Heute erhielt ich die erste bestimmte Andeutung des Vier- oder nur Dreikönigs-Projekts.[3]) Es wird sehr schwer sein, damit eine Verständigung zustande zu bringen, doch man muß die Sache ruhig, besonnen und ohne vorgefaßte Meinung ansehen und prüfen. Der Ausgang der gewaltigen Krise in Berlin vom 7. Januar

Zu 118) [1]) Es ist wohl einer der Söhne Georg oder Ernst v. Bunsen gemeint. — [2]) In Babelsberg. (?) — [3]) Es ist das Gegenbündnis gegen den preußischen Bundesstaat. Es fällt auf, daß der Prinz so spät davon erfährt, schon am 27. Februar war der Verfassungsentwurf zwischen den vier Königen in München unter dem Beifall Österreichs vereinbart.

1850. bis 6. Februar ist ein schöner Beweis der Festigkeit des Königs, des Mutes des Ministeriums. Der Patriotismus der Kammern, die im Moment großer Gefahr ihren Eigenwillen, Eigensinn und Eigenliebe zum Opfer brachten — das kann einige Zuversicht für die Zukunft Preußens geben.[4])

Ihren Kaufantrag Ihres Hauses in London[5]) habe ich warm beim Könige unterstützt; wenn nur Geld vorhanden ist! Anbei sende ich Ihnen einen Brief für Lady Dufferin, der hoffentlich rascher in ihre Hände kommen wird, als der letzte, der ihr, wie sie mir schreibt, vier Wochen lang durch Irland und England nachgereist ist. Meine sehr verspätete Antwort an Prinz Albert hat sich mit Ihrer Mahnung glücklich gekreuzt.

Ihr Prinz von Preußen.

119] An den General v. Radowitz.

Coblenz, 30. März 1850.

1850. 30. 3. Empfangen Sie meinen besten Dank für Ihre freundlichen, aber auch bedeutungsvollen Wünsche zum 22., die mir doppelt wert sind, nachdem wir in der neuesten Zeit, und namentlich im mir nun abgelaufenen Lebensjahr, in noch nähere Berührung kamen als früher. Aber auch Ihnen habe ich einen Glückwunsch abzustatten, den zu Ihrem vortrefflichen Vortrage am 26.[1]) im Parlamente. Wer hören und sehen will, dem kann kein Schleier vor den Augen mehr die Wahrheit verdecken! Ihre Rede ist so würdig, einfach, wahr und gediegen, daß sie meinem Gefühl nach bei Freund und Feind gleich tiefen Eindruck machen muß. Ich habe alles in derselben wieder aufgefunden, was wir so oft zusammen besprochen haben.

---

[4]) Annahme der Verfassung und Eidesleistung des Königs sowie die Deutsche Frage bestimmten namentlich die Kamarilla zu Erwägungen über Änderungen im Ministerium. — [5]) Für die preußische Gesandtschaft.

Zu 119) [1]) Im Erfurter Parlament hielt Radowitz bei der Eröffnung eine Rede, die als meisterhaft auch von den Gegnern gerühmt wurde und neue Hoffnungen auf Einigung Deutschlands erweckte. Das Datum des 26. ist wohl Druckfehler für den 20., den Eröffnungstag.

120] An König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen.[1])

[März 1850.]

Das Großherzoglich badische Ministerium des Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten hat sich in einem Schreiben vom 10. d. Mts., welches ich untertänigst im Original hier beilege, mit der Bitte an mich gewandt, mich dafür zu verwenden, daß die neuformierten badischen Truppen schon unmittelbar nach ihrem Eintreffen in preußischen Garnisonen badischerseits bei den Geldleistungen an Preußen in Anrechnung kommen dürfen, während das Königliche Staatsministerium dies erst nach einem Zeitraum von mindestens sechs Monaten von ihrem Eintreffen ab gestatten will. 1850. März.

Die anliegende Vorstellung des genannten Ministeriums setzt die Gründe näher auseinander, welche dasselbe zu jenem Antrage nötigen, und denen ich nach meiner innigsten Überzeugung überall beitreten muß, daher ich denn auch denselben Eurer Majestät Gnade ehrfurchtsvoll empfehle, und zwar um so mehr, als durch die Gewährung desselben nicht nur das badische, sondern auch das eigene Interesse gefördert werden würde.

Sehr richtig wird in der Anlage besonders hervorgehoben, daß es sich hier nicht allein um den Kostenpunkt handelt, sondern daß die Ehre der badischen Truppen hier wesentlich mit in Frage kommt. Denn mit welchen Gefühlen sollen diese Truppen im Auslande auftreten, wenn man sie öffentlich für unfähig erklärt, zum Dienst verwendet zu werden? Es wäre ein Schandfleck, den man der neuen Truppe auflegt, und den sie darum nicht verdient, weil alle verbrecherischen Elemente aus der jüngst verflossenen traurigen Zeit von ihr ferngehalten sind und sie selbst durch neue Zusammenstellung von Offizieren und Mannschaften neu gebildet worden ist. Der gute Wille, der voraussichtlich bei allen diesen neuen Truppen von jedem einzelnen mitgebracht wird, um durch ein treues Benehmen und gute Disziplin den Treubruch der früheren badischen Armee vergessen zu machen, würde von vornherein erstickt werden, wenn man ihnen diesen guten Willen nicht

Zu 120) [1]) Vgl. Nr. 113.

1850. zutraute und dies öffentlich durch den Ausspruch ihrer Unverwendbarkeit erklärte. Wenn unter solchen Umständen die Großherzogliche Regierung Anstand nimmt, ihre Truppen aus dem Lande zu schicken, um ihre Armee dann lieber in der Heimat in Ehren zu reorganisieren, so liegt dies im Nationalgefühl, dem man die Ehrenhaftigkeit nicht versagen kann. Ich würde es aber im preußischen Interesse unendlich bedauern, da einerseits die Neubildung der badischen Armee im preußischen Lande gewiß rascher und besser vonstatten gehen würde, und anderseits eine innigere Verbindung derselben mit der preußischen, wie sie bereits angebahnt ist, schwerlich zustande kommen dürfte.

Alle diese Verhältnisse in nähere Erwägung zu ziehen und danach Allergnädigst zu entscheiden, das ist die Bitte, die ich Euer Majestät hiermit alleruntertänigst vorzutragen wage.

Der Militärgouverneur und Oberbefehlshaber

Prinz von Preußen.

121] An General O. v. Natzmer.

Coblenz, 9. April 1850.

1850. 9. 4. Unter den vielen Wünschen, die ich zum 22. März erhielt, haben Sie gewußt, mir eine besondere Freude zu machen. Sie sprechen sich so freundlich über das aus, was ich zu leisten so glücklich war, nach dem Befehle des Königs. Sie erinnern mich an Memel, Frankreich und spätere Tage. Aber Sie verschweigen eines; das ist der Teil, den gerade Sie an meiner militärischen Ausbildung gehabt haben. Die Art und Weise, wie Sie auf mich eingewirkt haben in dieser Beziehung, kann Ihnen nicht entgangen sein, denn sie war ja oft direkt als Lehrer, dann aber indirekt, weil ich von frühester Jugend an sah, wie der selige König auf Sie hielt, und wie er Sie vorzugsweise brauchte, Ihnen vertraute, so daß ich stets auf Sie als ein Beispiel zur Befolgung blickte. So konnte es nicht fehlen, daß mich besonderes Vertrauen zu Ihnen hinzog, und daß ich mich auch des Ihrigen zu erfreuen habe.

Darum sage ich Ihnen doppelt und dreifach Dank, daß Sie

mir Gelegenheit gegeben haben, Ihnen hier nicht nur meinen 1850.
Dank für ihren letzten lieben Brief und seine Wünsche auszusprechen, sondern für alles, was Sie mir in meinem Leben gewesen sind. Alle diejenigen, welche sich bewußt sind, mir auf meiner kriegerischen Laufbahn lehrreich beigestanden zu haben, müssen daher meine, unter Gottes Beistand errungenen siegreichen Ereignisse des vorigen Jahres mitgefeiert haben als ihr eigenes Werk, da sie den Zögling zum erstenmal im Ernst bestehen sahen! Tausend Schönes Ihrer Gemahlin. Mit treuester Dankbarkeit

Ihr treuer Freund Prinz von Preußen.

122] Denkschrift des Prinzen von Preußen über die deutsche Frage.

Berlin, 19. Mai 1850.

Preußens Geschichte[1]) gibt Zeugnis, daß seine Regenten zu 1850.
allen Zeiten die Zeit richtig verstanden, in welcher sie regierten, 19. 5.
[und] die Bedürfnisse derselben mit den Mitteln der Zeit zu regeln wußten. Preußen sollte in diesem Sinne seit der jetzigen Regierung auf eine Bahn von Institutionen geleitet werden, die zeitgemäß war: die bei ruhiger Entwickelung die Auswüchse der Zeit zu vermeiden imstande gewesen wäre.

Die Katastrophe von 1848 hat mit einem Schlage diese ruhige Entwickelung gestört; man ist durch Konzessionen weit über das mögliche Ziel, was eine Regierung möglich macht, hinausgeschossen.

Die Aufgabe ist nun also, auf gesetzlichem Wege die Aus-

Zu 122) [1]) Die unmittelbare Veranlassung zu dieser aus der politischen Lage sich ergebenden Denkschrift ist nicht bekannt. Sie tritt dafür ein, gegenüber den Feindseligkeiten Österreichs festzuhalten an der Union, und gehört sowohl nach der historischen wie politischen Seite hin zu dem Reifsten, was unter den damals obwaltenden Verhältnissen über die Begründung einer deutschen Einheit gesagt worden ist. Der Prinz wurde bald darauf nach Warschau gesandt, um die preußische Politik, besonders die Union, gegen den Zaren und gegen den dort ebenfalls anwesenden österreichischen Minister Schwarzenberg zu verteidigen, mußte aber beladen mit dem Unwillen des die Einheit Deutschlands fürchtenden Zaren zurückkehren und die Mahnung zum Frieden mit Österreich überbringen.

1850. wüchse dieses Überschießens nach und nach zu beseitigen. Das Berliner[2]) und Erfurter[3]) Parlament hat hierzu, für die gegebenen Umstände, nach Möglichkeit die Hand geboten, Preußen darauf in Zeit von 1½ Jahren in eine Lage bereits versetzt, die die Erwartungen billiger Hoffnungen übertrifft. Auf dieser Bahn muß die Regierung unablässig ihre Kräfte entwickeln, damit dieselbe eine einige und starke wieder werde, das Königtum das Haupt und die Stütze des Staates bleibe. Wenn die Regierung mit weiser Mäßigung Schritt an Schritt, dies Ziel im Auge habend, vorschreitet, so wird es nach und nach gelingen, aus der Verfassung die noch zu demokratischen Elemente zu entfernen. Nur muß dabei der Zeit ein gutes Teil überlassen werden; denn so wie dieselbe seit 1½ Jahren die Unvernunft und den momentanen Schwindel der Gemüter bereits umgestaltet hat, ebenso darf erwartet werden, daß die Erfahrung ferner einwirken wird.

Preußens geschichtliche Entwickelung deutet darauf hin, daß es berufen ist, einst an die Spitze Deutschlands zu treten. Die Wiener Kongreßbestimmungen hinsichtlich der Länderverteilung zeigen bezüglich auf Preußen deutlich, daß man auf alle Weise diese Entwickelung hindern wollte. Die abnorme Einteilung Preußens in zwei getrennte Hälften hatte wohl keinen andern Grund als den, dasselbe nicht einig und daher nicht mächtig werden zu lassen. Trotz dieser Länderzerstückelung ist jene Absicht vereitelt worden. Preußen hat sich intellektuell gehoben, durch seine Institutionen dem vernünftigen Fortschritt gehuldigt, durch seine Wehrverfassung eine ungewöhnliche Kraftentwickelung ermöglicht. Daher waren auch die Augen von ganz Deutschland auf dasselbe gerichtet; es wurde gefürchtet, weil es beneidet wurde. Der Zollverband bahnte zuerst eine wirkliche politische Einigung Deutschlands an. Bei jeder Gefahr von außen richteten sich die Blicke von ganz Deutschland auf Preußen als die rettende Macht (1830—1840). Als 1848 die Revolution in Frankreich ausbrach, anfing, in Deutschland Anklang zu finden, wendeten sich die Südstaaten desselben durch eine Mission an Preußen, um

[2]) Vom Herbst 1849, das die Verfassung zustande brachte. — [3]) Vom Frühjahr 1850, das die Verfassung der Union zustande brachte.

es an die Spitze des gesamten Deutschland zu stellen. Aus Pietät 1850. gegen Österreich fanden frühere Insinuationen dieser Art keinen Anklang. Als aber die Nachricht der Wiener Revolution in Berlin eintraf (16. März), war kein Augenblick zu verlieren. Das Manifest am 18. März morgens kündigte die Intention des Königs an. Die Katastrophe des 19. März vereitelte alles! — Trotz Preußens Ohnmacht bis zum November 1848 war dennoch das Gefühl verschleiert vorhanden, daß Preußen allein Rettung aus den Gefahren leisten werde; mit dem 11. November[4]) wurde dies Gefühl klarer. Trotz allen Mangels an Sympathie für Preußen, trotz aller Machinationen in Frankfurt a. M., wuchs das Gefühl der Notwendigkeit, sich auf Preußen zu stützen. Es erfolgte die ominöse Kaiserwahl als klarer Beweis dieser Notwendigkeit, jedoch basiert auf einem Boden, der unhaltbar war.

Aus diesem Umstande wies Preußen diese Wahl zurück, und demungeachtet erklärten 28 Regierungen, bei derselben und der ominösen Verfassung beharren zu wollen. Mit jener Kaiserwahl war Preußen ein Anrecht auf das Haupt Deutschlands zugefallen, d. h. in der Regelung der Zukunft Deutschlands die Initiative zu ergreifen. Bei der Zurückweisung derselben war Preußen verpflichtet, seine Gründe hierzu öffentlich darzulegen. Aber bei der ganzen Lage, in welcher sich Deutschland nunmehr befand, war Preußen gleichzeitig verpflichtet, Vorschläge zu machen, was es an die Stelle des ihm Gebotenen zu setzen gedenke, um das gesamte Vaterland aus der eminenten Krisis zu ziehen, in welcher es sich durch jene Zurückweisung befand. Im Vertrage des 26. Mai[5]) bot es nunmehr allen Staaten, die sich freiwillig demselben anschließen wollten, die Hand, um sie vor Anarchie zu schützen und einen geregelten Zustand herbeizuführen, gestützt auf die Verheißungen aller deutschen Staaten, die im Frühjahr 1848 gemacht waren, sowie auf die preußische Zirkularnote[6]) vom 23. Januar 1849. Der in dieser Note vorgesehene Fall, daß Österreich wohl die

[4]) Besiegung der Revolution durch Wrangels Einrücken in Berlin am 10. ist wohl gemeint. — [5]) Vertrag zwischen Preußen, Hannover, Sachsen, das Dreikönigsbündnis, woran sich die Union von 28 Staaten schloß. — [6]) Suchte Verständigung zwischen den Einzelregierungen und dem Parlament herbeizuführen.

1850. Rechte beanspruchen werde, die eine neue Gestaltung Deutschlands ihm zuweise, ohne die Pflichten übernehmen zu wollen, war durch die österreichische Verfassung vom 4. März 1849 eingetreten, sowie durch die frühere Erklärung von Kremsier.[7]) Es konnte daher dem nunmehr zu einer Gesamtmonarchie erklärten Österreich nur eine Stellung neben Deutschland angewiesen werden, welche es aber mit demselben in eine enge Alliance oder Union bringen sollte. Daß durch eine solche Stellung eine Parität zwischen Preußen und Österreich zur Notwendigkeit wurde, ist einleuchtend; sie war bereits dadurch bedingt, daß Preußen seit Eintritt aller seiner Länder in den Deutschen Bund ein Übergewicht an Einwohnern gegen Österreich in demselben erlangte (16 Millionen gegen 11 Millionen). Diese Parität hatte Österreich auch öffentlich anerkannt durch Einsetzung des Interims zu Frankfurt a. M. vom 30. September bis 1. Mai. — Nachdem 24 Staaten dem Vertrage vom 26. Mai 1849 beigetreten und zwei von ihnen später wieder teilweise oder ganz ausgetreten waren,[8]) verharrte Österreich in fortgesetzter Opposition gegen die Union. Nichtsdestoweniger schritt dieselbe konsequent in ihrem Vorhaben fort, bis zu dem nunmehr beendeten Fürstenkongreß. Die vom Erfurter Parlament verbesserte Verfassung enthält indessen noch so viele demokratische Elemente, daß bei endlicher Feststellung derselben von den Regierungen noch wesentliche Verbesserungen verlangt werden. Auf dem betretenen Wege aber muß Preußen mit den unierten Fürsten vorwärts schreiten, wenn es nicht diese im Stiche lassen will, sich der größten Inkonsequenz schuldig machen und mit Recht alles und jedes Vertrauen vor der Welt verscherzen will. Es sei denn, das Nichtglaubliche träte ein, daß in Frankfurt a. M. von seiten Österreichs Propositionen gemacht würden, die ein viel Besseres enthielten als die Union, und die geeignet wären, das gestellte Problem einer größeren Einigung aller deutschen Staaten besser zu lösen, als es die preußische Einladung vom 26. Mai 1849 vermag.

[7]) Von den in Kremsier aufgestellten Programmpunkten ist hier wohl an die Gleichberechtigung der österreichischen Volksstämme gedacht. — [8]) Hannover und Sachsen.

Österreichs Opposition gegen die Union entspringt aus der Ansicht, daß es durch dieselbe aus Deutschland gestoßen werde, und daß dieselbe gegen § 11 der Bundesakte laufe. Nachdem die vier Königreiche der Union gleich Österreich nicht beigetreten sind, wird doch niemand behaupten wollen, daß die Union allein Deutschland sei und die genannten Staaten aus demselben gestoßen seien. Der Deutsche Bund besteht unbestritten fort für jene Staaten mit den Unionsstaaten; dies widerlegt schlagend die österreichische Ansicht, daß die deutschen Länder des Kaiserstaates aus dem Bunde gestoßen seien. Ebenso unhaltbar ist die Auslegung des quäst. § 11; da dieser gestattet, Bündnisse im Bunde zu schließen, die nicht gegen die Sicherheit desselben laufen, in der Union aber gerade die größere Sicherheit der Staaten im Bunde bezweckt ist, so ist dem Sinn und Wortlaute des § 11 nach die Union vollkommen rechtlich und bundesgemäß geschlossen. 1850.

Da bisher als Kontraprojekt der Union nur das Münchener vom 27. Februar 1850 bekannt geworden, dasselbe aber durch die öffentliche Meinung bereits gerichtet ist, so kann Preußen nur auf Durchführung der Union beharren, trotz aller Drohungen, da Österreich die Kluft nur zu gut kennt, die zwischen dem gedrohten und auszuführenden Landfriedensbruch und Bruderkrieg besteht. Die Entscheidung über diesen Bruderkrieg liegt jetzt in Frankfurt a. M., Österreich hat einen Gesandtenkongreß dahin entboten, basiert auf die Bestimmungen über den Bundestag. Daß diese allseitig als erloschen angesehen worden, seit Einsetzung des Reichsverwesers und des Interims, bedarf keiner Ausführung. Dem Protest, den Preußen in dieser Beziehung veröffentlicht hat, haben sich die Unionsfürsten angeschlossen, als sie übereinkamen, Frankfurt a. M. dennoch zu beschicken, um keinen Versuch unbeschritten zu lassen, der zur Ausgleichung mit Österreich und dem übrigen Deutschland führen könne. Die Unionsfürsten erscheinen in Frankfurt solidarisch gegeneinander gebunden. Vermag Österreich in Frankfurt a. M. nichts Besseres vorzulegen als die Union, so schreitet diese zu ihrer definitiven Konstituierung, regelt ihre Stellung zu den nicht beigetretenen deutschen Staaten, durch Revision der Bundesakte von 1815. Tritt Österreich diesem

1850. Vorhaben dann doch mit Krieg entgegen, so wird die Welt entscheiden, wer im Recht und wer im Unrecht ist. Gegen die Vorwürfe, die uns Österreich in bezug auf quäst. § 11 macht, wird ihm die Frage vorgehalten werden, ob es durch seine Verfassung vom 4. März die Bundesakte nicht auf das entschiedenste verletzt habe, indem es 11 Millionen Deutsche aus Deutschland entfernte; ob es durch eine Kriegserklärung gegen deutsche Lande nicht die erste Basis, auf welcher der Bund beruht, daß nämlich die deutschen Staaten sich untereinander nicht bekriegen dürfen, auf das empfindlichste verletzt; daß eine gleiche Verletzung des Bundes stattfände, wenn es verlangt, 22 Millionen Slawen usw. in Deutschland aufzunehmen? Will Österreich diese Bundesverletzungen mit gewaffneter Hand durchzuführen suchen, so wird es den gebührenden Widerstand finden. Das Glück der Waffen wird entscheiden.

Von entscheidendem Einfluß auf Österreichs Kriegsgelüste wird die Haltung von Rußland, Frankreich und England sein. Es kommt daher jetzt vor allem darauf an, daß diese drei Mächte von Preußens Recht in bezug auf § 11 und von Österreichs eben dargestelltem Unrecht sich überzeugen, damit sie letzteres vom Kriege abhalten, oder um, wenn dies nicht gelingen sollte, diese drei Mächte von jeder aktiven und passiven Teilnahme an dem Kriege abzuhalten.

Sollte der Krieg zwischen Österreich und Preußen unvermeidlich sein und günstigenfalls beide Großmächte keine anderen Alliierten finden, als die mit ihrem Interesse verbundenen deutschen Staaten, so ist die kritische Lage Preußens gegenüber seinen an numerischem Gehalt überwiegenden Gegnern nicht zu verkennen. Denn wenn auch die in Berlin versammelten Unionsfürsten auf die erste vom Könige an sie gerichtete Frage, ob sie auch unter den kriegerischen Chancen am Bündnis halten wollten, mit bestimmtem Ja geantwortet haben, so ist doch die materielle Kraft, die sie Preußen zuführen, nur gering. Dieser kritischen Lage ist nur der Stern Preußens gegenüberzustellen, seine tüchtige Armee und sein Recht, während die öffentliche Meinung bald zuungunsten Österreichs entscheiden wird. Vor allem aber be-

denke Österreich, wie seine Lage wird, wenn es in diesem Kampfe 1850.
unterliegt! Prinz von Preußen.

123] An den Minister der auswärtigen Angelegenheiten General v. Radowitz.

Baden-Baden, 29. September 1850.

Empfangen Sie meinen verbindlichsten Dank für Ihren 1850. 29. 9.
Brief vom 26., der mir Ihre Ernennung zum Minister des Auswärtigen mitteilt. Alles, was sich vor dieser Ernennung zugetragen und was sie herbeiführte, weiß ich durch die gütigen Mitteilungen des Herrn v. Sydow. Alles, was Sie selbst gegen sich anführen, begreife und verstehe ich vollkommen. Ebenso aber fühle auch ich die Notwendigkeit und Richtigkeit Ihrer Ernennung, da es bei dem gemischten Sinne des Ministeriums Ihnen allein in Ihrer jetzigen Stellung möglich sein wird, durch energische Maßregeln dasselbe mit sich fortzureißen und, so Gott will! durch glückliche Erfolge Vertrauen zu Ihnen und zu sich selbst zu geben.[1])

Da Sie das Ministerium Brandenburg-Manteuffel für das politische Lebensbedingnis Preußens erklären, wofür ich es bis jetzt auch halte, so verstehe ich, was Sie im Sinne haben, wenn Ihnen das Fortreißen desselben mit Ihren Maßregeln nicht glücken sollte. Aber eine Frage ist dann zu stellen: Was dann?? wenn Sie abtreten müßten! —?— Ich beantworte diese Frage nicht, weil ich für jetzt beherzt und kräftig der nächsten Zukunft unter Ihrer Einwirkung entgegensehe.

Ihre Ansicht und Schilderung der preußisch-deutschen Lage, die sich in der hessischen Frage[2]) in diesem Moment verkörpert

---

Zu 123) [1]) Namentlich als Präsident des Erfurter Parlaments hatte General v. Radowitz, der Schöpfer des Dreikönigsbündnisses, Ansichten angenommen, die den Bedürfnissen der Zeit, der Einigung Deutschlands und der konstitutionellen Regierungsform weit näher standen, als die der anderen Minister. Seine Ernennung bedeutete daher den Willen des Königs zur Fortsetzung der Unionspolitik, die Manteuffel mißbilligte. — [2]) Die Verfassungsverletzung durch den Kurfürsten und seinen Minister Hassenpflug, die zum Widerstand der Zivilbehörden und zum Austritt fast sämtlicher Offiziere aus der hessischen Armee

1850. hat, unterschreibe ich von A bis Z. Der Teil Deutschlands, den Preußen vertritt, will nicht einseitig und allein Deutschlands Geschicke regulieren; eben deshalb kann und will Preußen aber auch der anderen Hälfte nicht diese einseitige Handlung überlassen; der Pseudo-Bundestag[3]) würde aber einseitig zum Ziel kommen und uns mit unseren Unierten nach sich schleppen, wenn wir ihn in Hessen gewähren ließen. Wir müssen ein Pfand haben, das uns berechtigt, mitzusprechen, und darum ist der Entschluß, so stark und so schnell als möglich Hessen von unserer Seite zu okkupieren, der allein richtige, wenn unsere Adversärs zur Intervention schreiten wollen. Ich erkenne mit dem Könige und Ihnen die volle Wichtigkeit und Folgenschwere dieses Schrittes. Aber wir sind so weit, daß nur un fait accompli irgend eine Entscheidung herbeiführen kann. Und stehen wir erst mit 30 000 Mann in Hessen, so wird man uns nicht so leicht Gesetze vorschreiben. Erst handeln und dann räsonieren, heißt es jetzt; das Entgegengesetzte haben wir nun 1½ Jahre vergeblich angewendet. . . .

Die Prinzeß nimmt den wärmsten Anteil an allem, was Sie betrifft und dankt sehr für Ihr Andenken.

Ihr Prinz von Preußen.

124] An den Minister der auswärtigen Angelegenheiten General v. Radowitz.

Sanssouci, 31. Oktober 1850.

1850. 31. 10. Der König befahl, daß ich Brandenburgs Vortrag[1]) beiwohnen sollte. Seine Eröffnungen, nude genommen, können nicht

geführt hatte, sollte nach dem Willen des Kurfürsten und des von Preußen noch nicht anerkannten Bundestages durch Bundesexekution und Einrücken bayerischer Truppen aufrecht erhalten werden. Dadurch wurde aber nicht nur die preußische Union matt gesetzt, sondern zugleich die militärische Verbindung zwischen dem Osten und Westen, für die Preußen zwei Etappenstraßen hatte, durchschnitten. — [3]) Zum 1. September hatte Österreich den alten Bundestag wieder zusammenberufen.

Zu 124) [1]) Über die Ergebnisse, die Graf Brandenburg auf der Konferenz in Warschau erzielt hatte und die, indem sie aufs neue Rußlands Forderung betonten, — Preußen solle nach Österreichs Verlangen die Union aufgeben, in der schleswigschen und in der hessischen Frage sich fügen —, die kriegerische Stimmung in Berlin

gefallen. Es kommt aber darauf an, diese Nacktheit an-, d. h. einzukleiden. Der erste Punkt scheint der schwierigste und ist doch immer der Hauptpunkt; man könnte ihn offen lassen. Der dritte Punkt ist zwar refüsiert, weil Österreich ihn nicht glaubt durchsetzen zu können, doch ist sogar der Kaiser Nikolaus für diesen Punkt und will ihn unterstützen. 1850.

Die anderen Punkte sind angenommen, jedoch mit der Bedingung der offiziellen Aufgabe der Verfassung.[2]) Das ist unmöglich. Aber es fragt sich, ob nicht eine Einkleidung zu finden wäre, in welcher die Sache möglich würde, da wir sie im Faktum als unausführbar anerkennen. Eine andere Verfassung muß aufgestellt werden, denn darauf kommt es ja gerade den kleinen Staaten an, durch dieselbe und durch das Parlament Kraft und Halt wiederzuerlangen. Wollte man also den anderen Staaten der Union diese österreichische Idee darstellen, so müßte man zugleich vorlegen, auf welchen Hauptprinzipien eine neue Verfassung beruhen müsse und solle. Wäre darin Verständigung erzielt, so könnte man vor der Welt hintreten und sagen: Die alte geht nicht, auf diesen Basen soll eine neue gebildet werden. Aber die Kammern und das Parlament? Das ist das Schlimmste.

Die Mobilmachung kam heute nicht zur Sprache. Sollten österreichische Truppen fortwährend im Anmarsch aus Italien und Ungarn bleiben, so müssen wir entweder anfragen, was das soll und nach ungenügender Antwort mobil machen, oder es sogleich tun, wenngleich der bayerische Einmarsch in Hessen aufgeschoben scheint.[3])

Verzeihen Sie diese flüchtigen Zeilen; ich schreibe sie, damit Sie nicht persönlich die Partie aufgeben, ehe nicht reiflich erwogen ist, was mit unserer Ehre verträglich ist.

Ihr Prinz von Preußen.

gegen Rußland und Österreich erhöhten. Diese Mitteilungen gehen etwas weiter, als die dem Staatsministerium am folgenden Tage gemachten. — [2]) Österreich hatte die Beratung einer neuen Verfassung auf freien Konferenzen der Regierungen zugestanden oder vielmehr verlangt. — [3]) Der ungesetzlich bestehende Bundestag hatte Exekution in Hessen zugunsten des verfassungsbrüchigen Kurfürsten beschlossen, und die Bayern rückten wirklich am 1. November ein.

125] An General v. Radowitz.

Schloß Babelsberg, 4. November 1850.

1850. 4. 11. Unendlich wert ist es mir, daß Sie mir Ihr Votum sendeten, sowie Ihr Ausspruch der Teilnahme an L[adenberg]; ich war vernichtet. Gott wird es Ihnen lohnen, was Sie zur Ehre Preußens wollten! Sieht Brandenburgs Zustand nicht wie ein Gericht der Nemesis aus![1]) Doch keine Bitterkeit und kein Hohn beschleiche mich!

Ihr treu ergebener Prinz von Preußen.

126] An Herzog Ernst II. von Sachsen-Koburg und Gotha.

Berlin, 22. November 1850.

1850. 22. 11. Erlassen Sie mir, Ihnen eine Schilderung von den Gefühlen zu machen, die mich in letzter Zeit erschüttert haben. Der König ist schmählich von seinem Ministerium im Stiche gelassen worden, so daß er sich genötigt sah, von seinem konstitutionellen Rechte Gebrauch zu machen, sein verantwortliches Ministerium gewähren zu lassen, — sich von demselben ganz zurückzuziehen. Noch nicht volle vier Tage reichten hin, diese Herren von ihrem Betreten falscher Wege zu überzeugen,[1]) aber zu spät. Die Konzessionen des Grafen Brandenburg — Friede seiner Asche — waren gemacht! Eine Folge derselben ist die Anfrage bei den Unionsregierungen, ob sie die Unionsverfassung vom 26. Mai 1849 aufgeben wollen. Es versteht sich, daß nur das Aufgeben

Zu 125) [1]) Graf Brandenburg erkrankte am 3. November und starb am 6. Zwischen diesem Brief und dem vorhergehenden liegen die Sitzungen des Staatsministeriums, die die Frage über Krieg und Frieden entscheiden sollten. Gegen den König, den Prinzen, gegen die Minister Radowitz und Ladenberg hatten Graf Brandenburg und Manteuffel die Aufrechterhaltung des Friedens durchgesetzt. Mehrere Berichte schildern die Verzweiflung, in die der Prinz — wie das ganze Land — durch diese Entscheidung und namentlich durch die Erklärung des Kriegsministers v. Stockhausen über die Unfähigkeit der Armee zur Kriegführung versetzt wurde. Radowitz und Ladenberg nahmen ihre Entlassung. Vgl. S. 261 Anm. 2.

Zu 126) [1]) Trotz aller Konzessionen an Österreich und Rußland mußte nun

dieser Verfassung gemeint ist, während das Prinzip dieser Verfassung festzuhalten ist in einer anderen, die erst nach Ausspruch des Fürstenrates, nach Feststellung der Verfassung des weiteren Bundes aufgestellt werden kann.[2]) 1850.

Wenn sonach das Faktum dieser Umfrage sehr unangenehm berührt, so ist doch in der Sache nichts vergeben, da der Unierung die parlamentarische Form gesichert ist. Gerade aus diesem Grunde vermute ich aber, daß Österreich, wenn es diese neue Konzession erreicht hat, zu neuen Forderungen schreiten wird, um jene illusorisch zu machen. Meiner Überzeugung nach sollte unsere Geduld längst erschöpft sein.

Ihre Ansicht und die, welche Ihr Herr Bruder Ihnen schreibt, sind gewiß sehr richtig, obgleich man doch immer nur das Erreichbare anstreben muß und sich nicht an Ideale festklammern darf. In kurzem sind wir gerüstet, dann können wir auch eine festere Sprache annehmen. Die Thronrede[3]) hat einen vortrefflichen Eindruck auf die Kammern gemacht. Jetzt müssen deren Beschlüsse erwartet werden, sie werden patriotisch — hoffe ich — sein, nur dürfen sie in der ersten Zeit nicht zu provozierend gegen Österreich werden, damit [ihm] keine Veranlassung gegeben wird, unsere Grenzen zu überschreiten, bevor wir nicht ganz gerüstet sind.

127] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 11. Dezember 1850.

Auf Ihre Erwiderung von gestern nur diese wenigen Worte. 1850.
Ich habe durchaus nicht übersehen, daß in der hessischen und 11. 12.
holsteinischen Frage Graf Brandenburg am 2. November Konzessionen gemacht hat; von diesen mußte ich aber gerade für Hessen annehmen, daß sie in Olmütz möglichst modifiziert werden

doch am 5. November mobil gemacht werden. — [2]) Wichtig war diese Feststellung, weil man schon in der Anfrage vielfach die Aufgabe der Union selbst sah. — [3]) Vom 21. November mit energischem kriegerischem Inhalt.

1850. sollten;[1]) es geschah dies durch die Stipulation, gemeinsam im Kurstaat pazifizieren zu wollen. Wo liegt denn nun aber die Konsequenz, daß aus diesem Grunde die eine Macht die andere umlaufen muß? Diese Logik bekämpfe ich, weil ich sie nicht wünschen kann. In Holstein gebe Gott, daß wir nicht einzuschreiten brauchen, [sonst] müßten wir Hamburg en réserve besetzen.

Ihrem Räsonnement über die hessischen Wirren an und für sich folge ich durchaus. Auch hat Preußen sich bisher nirgends für den einen oder anderen Teil ausgesprochen; noch weniger habe ich dies in meinem Memoire verlangt. Auch ich halte die neue Mode des passiven Widerstandes für sehr gefährlich; für ebenso gefährlich für das monarchische Prinzip indessen halte ich das korrupte Benehmen Hassenpflugs[2]) und seines Monarchen. Preußens Gerechtigkeitstrieb verlangt, daß es in dieser Frage also nach beiden Seiten Front macht und jedem die Wahrheit sagt: dem korrupten Beamtenstand und dem korrupten Premierminister!

Wenn ich die Bezeichnung: „natürlich" wählte für Österreichs Verlangen an Sie, die Verfassung umzustoßen, so geschah es, weil Fürst Schwarzenberg und Kaiser Nikolaus und Meyendorff[3]) mir diese Ansicht in einem Atem so oft ausgesprochen, als ich es hören wollte. Darum glaubte ich es für natürlich halten zu müssen, daß Ihnen Ähnliches begegnet sei. Ganz einverstanden bin ich mit Ihnen, daß alle in der Verfassung selbst liegenden Mittel aufgeboten werden müssen, damit das konstitutionelle Prinzip nicht das monarchische besiege und daher alle Übergriffe der Kammern scharf und ernst zurückgewiesen werden müssen.

Zu 127) [1]) Am 2. Dezember war die Olmützer Punktation ratifiziert worden. Preußen bewilligte die Wiederbelebung des alten Bundestages unter Verzicht auf jede Volksvertretung im Bunde und damit den Wiedereintritt von ganz Österreich in den Deutschen Bund. Die hessische und schleswig-holsteinische Frage war gemeinsamer Beratung vorbehalten, die Bundesreform sollte auf freien Konferenzen in Dresden beraten werden, vorher aber sollte Preußen seine Rüstungen einseitig rückgängig machen. — [2]) Schon im Februar hatte der Prinz dies Ministerium als eine Kalamität bezeichnet und dem König darüber verzweifelt geschrieben. — [3]) In Warschau.

Daß auch ich kein Popularitätsjäger bin, habe ich Zeit meines Lebens bewiesen, es gibt aber eine öffentliche Meinung, vor der ich den Hut abziehe, das ist die, welche sich bei der Mobilmachung der Armee gezeigt hat. Dieser darf nicht ins Gesicht geschlagen werden! 1850.

Ein Punkt ist es, in welchem ich ganz von Ihnen abweiche, nämlich der, daß Sie den Kammern gar nicht mitteilen wollen, welches unsere Linie sein wird, auf welcher wir in die Konferenz treten. Dies ist doch sonst so parlamentarisch wie irgend etwas; es geschieht stets in England, — aber man verbittet sich alles Mitsprechen während der Unterhandlungen, — das ist ebenfalls parlamentarisch. Prinz von Preußen.

128] An den preußischen Gesandten in London v. Bunsen.

Berlin, 23. Dezember 1850.

Die Einlage, um deren gütige Besorgung ich Sie ersuche, 1850. 23. 12.
gibt mir Veranlassung, Ihnen einige Zeilen zuzusenden. Eigentlich habe ich auf mehrere Ihrer Briefe zu antworten; sie trafen mich indessen zu einer Zeit, in welcher wir in solcher Krise lagen, daß eine Meinungsäußerung fast unmöglich war, wenn man nicht in geregelter Korrespondenz sich befindet. Jetzt sehen wir anders in die Zukunft als sonst — ob besser, das muß die Zeit lehren. Der Mann, mit dessen System der König und ich seit dem 26. März 1849 gingen, ist bei Ihnen gewesen.[1]) Er wird Ihnen die Schilderung des 2. November gemacht haben. Der 6. November gab uns allen neues Leben — obgleich er ein edles Leben endete, das an gebrochenem Herzen[2]) starb! Eine so edle Natur, wie die des Grafen Brandenburg, mußte der so frechen Inkonsequenz erliegen! Friede seiner Asche!

Zu 128) [1]) General v. Radowitz. — [2]) Wenn neuerdings diese damals ganz allgemein angenommene Todesart des Grafen als unmöglich hingestellt ist, weil Brandenburgs Politik in diesen stürmischen Tagen die siegreiche geblieben ist, so werden die dagegen sprechenden Gründe durch das Zeugnis des Prinzen verstärkt, weil dieser die Politik des Grafen genau kannte und trotzdem diese Behauptung aufstellt.

1850. Der 29. November zu Olmütz und der 1. Dezember zu Potsdam entschied den Wechsel des Systems Preußens in der deutschen Frage! Da es meinem Charakter zuwider ist, einem Schaukelsystem Beifall zu klatschen, so habe ich mich ganz zurückgezogen von allen Verhandlungen.[3]) Daß ich deshalb nicht mit dem Könige und dem Gouvernement gebrochen habe, wird Ihnen einleuchten. Ein solcher Bruch muß Unheil über das Vaterland bringen und darf nur im alleräußersten Falle eintreten. Ich habe, meinem Charakter getreu, unparteiisch die Stipulationen von Olmütz erwogen. Sie haben uns Dinge gewährt, die wir seit der Errichtung des Pseudo-Bundestags unausgesetzt verlangt hatten, freie Konferenzen und Mitsprechen in allen deutschen Angelegenheiten, — welches uns durch jene Kreation verweigert war, um Proselyten bei der Union zu machen, Preußen zuletzt zu isolieren oder zum Eintritt in den Pseudo-Bundestag zu zwingen oder es durch Isolierung, durch Krieg vielleicht — zu demolieren. — Dagegen haben wir die Konzession in Hessen gemacht und das Massaker in Holstein in mögliche Aussicht gestellt. Beides sind moralische Schläge ins Gesicht der Armee, die mit bewunderungswürdiger Begeisterung unter die Waffen trat. Dies trat allen Patrioten sofort klar vor die Augen, in der ersten Aufregung übersah man die gute Seite von Olmütz. Wie natürlich! Jetzt hat sich die Stimmung sehr beruhigt, man wägt unparteiisch ab und trauert nur über die Inkonsequenz in Hessen![4])

Ob uns Dresden etwas Reelles bringen wird, weiß der Himmel! Zurückweisen durfte man die Konferenzen nicht, da wir sie seit dem Mai selbst verlangten. Man scheint ziemlich entschieden von unserer Seite auftreten zu wollen, indessen wie oft hat dieser Schein betrogen. Man sollte jetzt den weiteren

[3]) Auch seinem Adjutanten Boyen gegenüber, der ihn am 3. November zur Abreise nach Coblenz aufgefordert hatte, hob er hervor, daß er seine Übereinstimmung mit dem Könige zeigen müsse und daher ihn nicht verlassen dürfe. — [4]) Diese außerordentlich ruhige, von großer Elastizität des Geistes zeugende Auffassung der vom Prinzen selbst bei ihrem Eintritt so bitter empfundenen Verhältnisse ist sehr bemerkenswert; sie ist beinahe schon die des Geschichtsforschers.

Bund möglichst lax konstituieren, für den engeren die Stärke reservieren und dessen Konstituierung auf dem Prinzipe des 26. Mai später erst vornehmen. Dieser Kanevas ist sehr weitschichtig; geschickte Hände können aber ein schönes Gebild darin einzeichnen! 1851.

Empfehlen Sie mich Ihrer ganzen Familie auf das herzlichste. Sollten Sie die Königin und den Prinzen sehen, so legen Sie mich zu Füßen. Bleibt Frieden, so hoffe ich zur Exhibition zu erscheinen. Ihr Prinz von Preußen.

129] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Potsdam, 7. Januar 1851.

Nach Empfang Ihres gestrigen Schreibens[1]) mit seiner Anlage ging ich gerade zu meiner maurerischen Vereinigung und hatte daher sogleich Gelegenheit, Information über [die] Königsberger Mitteilungen einzuziehen. Die beiden genannten Logen gehören verschiedenen Systemen an. Die oberen beiden haben durchaus keine Kenntnis von den angeführten Unregelmäßigkeiten. Ich habe sie aber sofort zur Recherche und Bericht veranlaßt, ohne bis jetzt die Quelle zu nennen, aus der meine Kenntnis geschöpft ist. Ich behalte mir vor, Ihnen den Ausfall der Erkundigung mitzuteilen. Vorläufig bringe ich hierbei zur Sprache, wie ich nächstens durch ein Promemoria Ihre Aufmerksamkeit auf den Übelstand leiten werde, der daraus entspringen würde, wenn aus dem neuen Versammlungsrecht gefolgert wird, daß die Konzession des Freimaurerordens als geheime Gesellschaft erloschen sei, so daß sich neumodische Logen etablieren könnten, die die bisherigen oberen nicht anerkennen. Dies würde sehr gefährlich sein, und daher ist es sehr wichtig, daß jene Konzession als noch zu Recht bestehend erklärt oder stillschweigend anerkannt wird. 1851. 7. 1.

Zu 129) [1]) Die nähere Veranlassung zu diesem Brief ist unbekannt.

1851. Ich danke Ihnen, daß Sie die „Deutsche Reform"[2]) angewiesen haben. Da ich den Artikel der „Konstitutionellen", den die „Reform" widerlegte, nicht kenne, so senden Sie ihn mir wohl zur Einsicht. Der Koburger Artikel muß sehr erbaulich sein! Er scheint vielleicht seinem Herzog zurufen zu wollen, wie einst Napoleon dem Prinzen Emil von Darmstadt bei Leipzig: Avancez, Roi de Prusse![3]) Dies endigte bekanntlich mit der Gefangenschaft des Prinzen! Avis au lecteur!

Sie schreiben, bei einer möglichen Beamtenrevolution müsse man sich im voraus der höheren Stände vergewissern. Dazu würde vor allem eine erhebliche Modifikation der Kommunalordnung gehören. Würden darauf die Kammern in ihrer jetzigen Stimmung eingehen? Gewiß nicht. Sie haben leider noch nichts getan von dem, was ich vorschlug, um die Kammern bei ihrem Zusammentritt zu beschwichtigen! Prinz von Preußen.

130] An den Kriegsminister v. Stockhausen.

[15.] Januar 1851.

1851. 15. 1. Preußens Ehre,[1]) ein erhebender Klang, in eines jeden wahren Patrioten für sein Vaterland schlagendem Herzen. Wer setzte nicht sein Herzblut dafür ein, wer von denen, die die Schlachten der ruhmvollen Kriege der Jahre 1813 bis 1815 mitgeschlagen, hat dies nicht getan! — Wer verstand Preußens Ehre wohl höher anzuschlagen, wer war im edelsten Sinne sein wahrer

[2]) Am 5. Januar hatte der Prinz darum ersucht. Zeitungsartikel — die hier genannten liegen uns nicht vor — hatten es als Absicht des Prinzen ausgegeben, dem in Berlin anwesenden österreichischen Minister Fürsten Schwarzenberg nicht zu begegnen. — [3]) Bekanntes Wort Napoleons, das seine Gedanken über Preußen im Falle des Sieges enthält.

Zu 130) [1]) Der nächste Anlaß zu diesem Schreiben ist nicht klar. Es mag wohl ein unbekannter auswärtiger (Zeitungs-?) Angriff vorliegen, gegen den der Prinz diese Verteidigung der preußischen Politik schreibt. Stockhausen, der wegen der Schwäche der Armee den Frieden verlangt hatte, wird sie nicht hervorgerufen haben, er sollte sie wohl weitergeben. Der Prinz war über den unseligen Frieden Mitte Januar noch empört, als er bei der Demobilisierung das Kommando abgeben sollte. Vielleicht bezieht sich der ganze Brief nur auf die Neuchâteller Angelegenheit, wegen deren die Möglichkeit des Krieges ebenfalls erörtert wurde.

Träger, sein Palladium, als unser in Gott ruhender, unvergeß- 1851.
licher Heldenkönig Friedrich Wilhelm III.? — Wer hat Preußens Ehre und Größe je höher gestellt als er, wer hat Preußen zu der Höhe erhoben als Großmacht in Europa, als eben dieser ritterliche königliche Held? — Strenge Rechtlichkeit, redliche Treue, ungeheuchelte Gottesfurcht, Mut und Ausdauer in Glück und Unglück bis an das Ende seiner segensreichen Laufbahn ließen sein Volk zu ihm emporsehen als zu seinem Ehrenbanner. Sein Tod drückte dem Heldenleben das Siegel auf, denn als Held starb der, der als Held gelebt und gewirkt hatte. — Sind seine letzten Worte, ist sein Testament, welches dem ganzen Lande bekannt gemacht wurde, denn in so kurzer Zeit schon verklungen, sind seine väterlichen Ermahnungen, auf dem Sterbebette geschrieben, denn für nichts gewesen? —

Alle diejenigen, welche jetzt wirken und handeln, hat der verewigte Herr und König aufwachsen, hat sie als reife Männer gesehen. Seinem Sinn vertrauen können diese also, denn sie haben ihn gekannt, erkannt und sein redlichstes Streben gewürdigt während seines Lebens! — Weshalb soll denn also jetzt Preußens Ehre wo anders zu suchen sein, als wo er sie suchte, als wo er sie verwirklichte? — Mit der Muttermilch hat ein jeder Preuße die Ehre seines Vaterlandes eingesogen, nicht von fremden in dasselbe verpflanzten Elementen also kann er sich vorsagen lassen, worin seine Ehre bestehe — und doch ist es leider so. Diese Saat des Bösen hat die Begriffe, die Ansichten verwirrt, diese Saat, die Ehre des preußischen Namens vorhaltend und doch für verderbliche Zwecke ausgestreut, hat die edelsten Gefühle heraufbeschworen, wohl wissend, daß, wenn der Preuße denkt und glaubt, seine Ehre sei angegriffen, er alles hingibt, um sie zu wahren. Daher die Begeisterung, die sich kundgegeben, daher alle die Opfer, die angeboten werden.[2]) —

Würde nun wohl der in Gott ruhende Heldenkönig die preußische Ehre schon für angegriffen halten? Gewiß nicht. Er hat es gezeigt, worin er sie suchte, nämlich in der gerechten

[2]) Bei der vorangegangenen Mobilmachung.

1851. Würdigung der Begebenheiten, der Ereignisse und des Geistes, der diese hervorrief. — Wer seit dem schandvollen Jahre 1848 nicht mit Blindheit geschlagen war oder [auch wer] nicht sehen wollte und nicht sehen will, der erkennt es klar, wohin man will. Mit dürren Worten sei es gesagt, das Bestehende oder vielmehr bis dahin Bestandene soll umgestürzt werden. — Das ist Revolution. — Um diesen Zweck zu erreichen, sind den Parteien, die dies bezwecken, alle Mittel gleich. Was sie bis jetzt schon gewonnen, ist mit blutigen Farben in die Blätter der Geschichte eingezeichnet. Allein das Werk der Hölle ist noch nicht vollendet, daher soll jetzt die letzte Hand an das Werk gelegt werden. Die sich in dem allgemeinen Schiffbruche der Jahre 1848 und 1849 noch erhaltenen Kronen sollen zertrümmert werden, und deshalb sollen die eigenen Bruderstämme im deutschen Lande gegeneinander gehetzt werden, und dies gerade von denjenigen Parteien, welche die deutsche Einheit stets im Munde führten und sie als ihr Banner aufpflanzten. Sie wissen sehr wohl, daß ihnen mächtige Elemente entgegenstehen, und diese sind die trefflichen Heere Preußens und Österreichs. Beide allein erhielten die Krone ihrer Herrscher, beide bewährten sich gleich in Treue und Hingebung. Daher müssen diese von den Parteien des Umsturzes nicht mehr zu fürchten sein. Sie beschlossen deshalb, in ihrem Rate dies auszuführen, und dazu war ihnen ein Krieg derselben untereinander das geeignetste Mittel. — Rieben sich diese Heere gegeneinander auf, fielen diese Stützen der Throne, so stand ihnen den Weg zu den Kronen offen und diese stürzten herab, um nie wieder emporzukommen. Prinz von Preußen.

131] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 28. Januar 1851.

1851. Eurer Exzellenz danke ich für die mir unter dem 26. d. Mts.
28. 1. gemachten Mitteilungen über den Kommandowechsel in Frankfurt a. M.[1]) Meine Vorhersagung bestätigt sich vollkommen, daß

Zu 131) [1]) Die Besetzung der Bundesfestungen erfolgte gemeinsam durch Preußen und Österreich und den betreffenden Bundesstaat, in dem die Festung lag.

man zu wenig Gewicht auf diese Angelegenheit von Haus aus 1851.
gelegt hat. Jetzt indessen, wo eine Verständigung mit Österreich stattgefunden hat, scheint mir allerdings der Augenblick gekommen zu sein, diesen Kommandowechsel sehr ernst in Anregung zu bringen. Der Ansicht des Oberpräsidenten Böttticher, daß der Nutzen der ferneren Besetzung Frankfurts a. M. durch preußische Truppen nach der Räumung Badens zweifelhaft sei, muß ich auf das entschiedenste entgegentreten. Ich habe, um die Besetzung Frankfurts a. M. durchzusetzen, die mir aus politischen höheren Rücksichten unter allen Umständen für eins der wichtigsten Verhältnisse erscheint, als Motiv im August 1849 angeführt, daß ich einer strategischen Verbindung zwischen Baden und der Rheinprovinz bedürfe; daß jemals diese Motivierung als der Hauptgrund der Besetzung jener Stadt angeführt werden würde, habe ich freilich nie ahnen können, und beweist diese Auffassung von keiner hellen Auffassung der preußischen Politik in Deutschland.

Wenn Eure Exzellenz meinen, es sei sehr die Frage, ob Frankfurt a. M. überhaupt Bundes-Zentralort bleiben und daher einer Garnison bedürfen werde, so scheint dieselbe so weit aussehend, daß ich von meinem Standpunkte aus es erneut anregen muß, den Kommandowechsel jetzt, wo ein Jahr abgelaufen ist, seitdem Österreich das Kommando führt, eintreten zu lassen. Daß Österreich diesen Posten nicht aufgeben wird, ist sehr klar vorherzusehen, da es dadurch in Verbindung mit Mainz und Rastatt eine Truppenzahl stets in der Nähe der preußischen Grenzen behält, die ihm von großem Nutzen werden muß. Dies hinzugerechnet zu der Besetzung Rendsburgs und Hamburgs, welche Orte Österreich gewiß so bald nicht aufgeben wird, wenn es dies jetzt auch noch so bestimmt versichert, läßt überall da weiße Röcke erscheinen, wo bisher blaue erschienen. In diesen Worten liegt die österreichische Politik. Dieser darf aber Preußen keinen Vorschub leisten und muß mindestens überall da mit auftreten und

Frankfurt war als Sitz des Bundestags ebenso durch Preußen und Österreich besetzt. Die Frage des Oberkommandos in Frankfurt schien endlich im Februar 1854 zu einer Verständigung geführt zu haben, wurde aber auch später noch verhandelt.

1851. mit garnisonieren, wo es bisher allein festen Fuß gefaßt hatte. Aus diesem Grunde müssen Rastatt, Frankfurt a. M., Rendsburg und Hamburg preußische Garnisonen erhalten, solange eine österreichische sich daselbst befindet. Das ist mein politisches Glaubensbekenntnis. Prinz von Preußen.

132] An die Versammlung der Freiwilligen aus den Kriegsjahren 1813 bis 1815 am 3. Februar 1851 in Berlin.

Berlin, 3. Februar 1851.

1851. 3. 2. Durch ein Fest in der Königlichen Familie werde ich verhindert, heute in der zum Zusammentritt der Freiwilligen aus den Kriegsjahren von 1813 bis 1815 bestimmten Stunde, meinem Versprechen gemäß, unter Ihnen zu erscheinen. Was ich gern mündlich ausgesprochen hätte, sehe ich mich daher genötigt, schriftlich zu tun. Es kann dies nichts anderes sein, als die freudige Anerkennung des Bestrebens, welches sich in Ihrer Vereinigung kundgibt, den Aufruf zu den Waffen, der heute vor 38 Jahren von unserm in Gott ruhenden glorreichen König und Kriegsherrn erscholl, — in lebendigem und bleibendem Andenken zu erhalten. Dieser Aufruf gab Zeugnis, wie König und Volk in einer Gesinnung zusammenstanden.

Dies schöne Beispiel hat durch die jährliche Wiederkehr der Feier desselben seine gewünschten Früchte getragen, denn, als vor wenigen Monaten der König sein Volk unter die Waffen rufen mußte, stand das Heer an Zahl und Gesinnung dem des Befreiungskrieges nicht nach.

So möge denn auch die heutige Feier von neuem zur Belebung und Erhaltung der echt preußischen Gesinnung wirken, damit sie sich bei jeder neuen Veranlassung zur Schilderhebung wiederum bewähre, — dann wird unser Heer, nach wie vor, Preußens Wahrzeichen bleiben!

Hierzu mitgewirkt zu haben, wird der schönste Lohn Ihrer segensreichen Bestrebungen sein. Prinz von Preußen.

133] Denkschrift über die politische Lage Preußens.[1])

Berlin, 20. Februar 1851.

Mit der Olmützer Punktation ist der Weg aufgegeben, 1851. 20. 2.
welchen Preußen seit dem Manifest vom 18. März 1848 betreten zu wollen erklärt hatte, nämlich an die Stelle eines deutschen Staatenbundes einen Bundesstaat zu setzen. Der Grund zu diesem Systemwechsel lag wahrscheinlich in der Annahme, daß jener Weg nicht anders mehr zu verfolgen sei, als durch einen Krieg mit Österreich. Man wollte sich den möglichen nachteiligen Chancen eines solchen Krieges nicht aussetzen. Somit zog man also vor, den Plan des 18. März aufzugeben und zum modifizierten Staatenbunde zurückzukehren. In Dresden wird jetzt beraten, worin die etwaigen Modifikationen bestehen sollen. Dem Nichteingeweihten tritt dabei ein Hauptgesichtspunkt entgegen, den er sich klar zu machen sucht, nämlich der: Was denn eigentlich das Hemmnis war, welches seit dreiunddreißig Jahren dem Deutschen Bunde zu keinem Leben verhalf und ihn daher weder einen moralischen Führer darstellen ließ noch äußeres Ansehen verschaffte. Die Antwort scheint hauptsächlich darin zu finden zu sein: Österreich hat großes Interesse, daß Deutschland keine moralische Einheit werde, weil dasselbe dadurch zu einem Gewicht in Europa gelangt, welches Gewicht Österreich selbst gefährlich zu werden drohen könnte. Daher wird Österreich stets bemüht sein, alle und jede wahre Einigung Deutschlands zu hintertreiben. Diesen Weg hat es während des dreiunddreißigjährigen Bestehens des Bundes beschritten und ist zum Ziel

Zu 133) [1]) Hervorgerufen durch den Unwillen des Prinzen über die stete Nachgiebigkeit Preußens auf den Dresdener Konferenzen, auch durch die nicht verhinderten Gewalttätigkeiten des Kurfürsten in Hessen und andere Vorkommnisse, erläutert diese Denkschrift nicht nur historisch und politisch den Gegensatz zwischen Preußen und Österreich und beider Verhältnis zu Deutschland, sondern bezeichnet auch in gesunder Realpolitik und in besonders glücklichen Redewendungen die damals für die deutsche Politik Preußens allein noch möglichen Bedingungen: Wirkliche Parität mit Österreich und daher Alternierung im Bundesvorsitz, aber kein blindes Zusammengehen oder gar Unterwerfung. Denn Deutschlands Lenker und Leiter muß Preußen doch werden. Nunmehr, da Preußens Führung zunächst abgelehnt war, wurde die Gleichberechtigung mit Österreich das politische Pro-

1851. gelangt. Die Ereignisse des Jahres 1848 haben bewiesen, daß viele Stimmen in Deutschland vorhanden sind, welche dieser Auffassung der österreichisch-deutschen Politik sehr entschieden abhold sind und eine Veränderung in dem Sinne wünschen, die Österreich nicht will. Preußen hat gerade den entgegengesetzten Weg in der deutschen Politik zu verfolgen. Ihm muß alles daran gelegen sein, daß Deutschland eine moralische Einheit werde, weil dies Deutschlands Aufgabe ist, indem es nur durch eine solche Einigung Kraft, Macht, Würde und somit Ansehen und Gewicht in der europäischen Politik erhalten kann. Indem Preußen diesen Weg für Deutschland vorzeichnet, wird es sich die Sympathien desselben erwerben und dadurch allerdings für sich die beste Eroberung machen, nämlich die moralische Eroberung Deutschlands. Eine physische Eroberung, d. h. Ländervergrößerung durch Mediatisierung, wäre dagegen das Verderblichste, was Preußen tun könnte.[2])

Wenn somit gezeigt ist, daß Preußen und Österreich ganz entgegengesetzte Prinzipien in Deutschland zu verfolgen haben, so ist auch der Beweis geliefert, daß ein wehrhaftes, mächtiges und achtunggebietendes Deutschland nicht zustande kommen kann. Wenn daher viele Stimmen sich erhoben, welche am Schluß des Jahres 1850 den in nahe Aussicht getretenen Krieg freudig begrüßten, so geschah es aus dem Gefühl, daß der Augenblick gekommen schiene, wo, wenn Preußen siegreich aus diesem Kampfe hervorging, sein in Deutschland zu verfechtendes Prinzip zur Geltung und Ausführung gekommen wäre, und Deutschland eine angesehene Großmacht in Europa geworden wäre — unter Preußens Einfluß und Leitung. Der Friede wurde erhalten, und somit scheiterte zum dritten[3]) Male seit einem Jahrhundert

gramm des Prinzen in der deutschen Frage. — [2]) Der Gegensatz, in den hier mehrfach „moralische Einheit", moralische Eroberung zur physischen Eroberung, zur Mediatisierung, gebracht wird, und die Bezeichnung der Union als moralisch einiges Deutschland unter Preußens Führung zeigt, daß der Prinz die Anerkennung der preußischen Führung in gütlicher, freiwilliger Form aber doch eben gewiß die politische Einheit und Leitung meint. — [3]) Das erstemal auf dem Wiener Kongreß nach den Befreiungskriegen, das zweitemal wohl 1848, als der König erklärte, Preußen ginge in Deutschland auf, das drittemal mit dem

Preußens Absicht, Deutschland als einig darzustellen. Man 1851.
möchte aus diesen immer wiederholten und doch mißlungenen Versuchen den Schluß ziehen: daß Preußen sich seiner Aufgabe, Deutschland durch seinen Einfluß zu einigen und dadurch die demselben notwendige europäische Stellung zu verschaffen, völlig und zu jeder Zeit bewußt ist, die Mittel und Wege, welche zu diesem Ziele führen, aber nicht richtig wählte und daher scheiterte. Am nächsten diesem Ziele schien man durch die Unionspolitik des 26. Mai 1849[4]) gekommen zu sein, weil das Gefühl der Machtlosigkeit und Lebensunfähigkeit den meisten deutschen Staaten klar geworden war, und sie zu ihrer Selbsterhaltung das Bedürfnis einsahen, sich einer großen Macht anzuschließen, selbst mit Opferung einiger Souveränitätsrechte. Diese Opferung, um gegen dieselbe mächtigen Schutz einzutauschen, ist das einzige Wahre, was aus den Irrungen und Verwirrungen des Jahres 1848 sich herausgefühlt hat. Je mehr diese Wahrheit vergessen wird, je mehr schwindet auch die Möglichkeit, Deutschland zu einigen. Daß sie vergessen wird, und den machtlosen Fürsten vorgespiegelt wird, sie seien wieder mächtig und lebensfähig geworden, weil momentan durch Waffengewalt die Anarchie bezwungen ist, dafür hat Österreich gesorgt; man hat ihm und nicht Preußen geglaubt, was die andere Ansicht zur Geltung zu bringen suchte; möge die Wahrheit nicht zu früh tagen! Der durchgehende rote Faden in Deutschlands Geschick zeigt sich also hier ganz deutlich, nämlich die eingangs erwähnte Divergenz der Richtungen Preußens und Österreichs. Während Preußen obige Wahrheit aussprach und danach seine Vorschläge einrichtete, verdunkelte Österreich jene Wahrheit und fand Anklang, weil eine ungeänderte Existenzfristung den Souveränitätsgelüsten der Regenten Deutschlands erwünscht war. Daß es nur eine Fristung sei, sahen die kleinen und kleinsten Staaten am leichtesten ein; hierin erblickten sie das einzige Mittel, um den Größeren nicht nachzustehen! Wenn nun Preußen trotz der Redlichkeit seiner Auffassung und Handlungen doch nicht reüssiert, so muß man sich überzeugen,

definitiven Scheitern der Union in den Olmützer Verabredungen. — [4]) 26. März ist nur Druckfehler für 26. Mai.

1851. daß der Augenblick zur Lösung seiner ihm gestellten Aufgaben in Deutschland noch nicht gekommen ist. Am klarsten möchte man die Hand der Vorsehung in dem vereitelten Kriege am Schluß des Jahres 1850 erkennen. Wo so ungeheure Anstrengungen gemacht waren von beiden Seiten und der Krieg und Frieden von Stunden abhing und dieser doch erhalten ward, da muß man eine höhere Lenkung erkennen!

Wenn also die Aufgabe, welche Preußen gestellt ist, für jetzt als verfrüht angesehen werden muß, so bleibt nichts übrig, als Deutschland eine Neugestaltung zu geben, die der alten sehr ähnlich sehen wird. Denn solange das Prinzip, welches dieser Neugestaltung zugrunde gelegt wird, kein anderes als das eines Staatenbundes ist, können alle Modifikationen, die beliebt werden, Deutschland niemals zu Ansehen und Macht erheben. Man wird vielleicht auf einige Zeit die Wunden, die zur Sterblichkeit des Ganzen führen, verkitten, aber nicht heilen. Und von einer neuen Krisis wird es abhängen, ob Deutschland leben oder sterben soll. Leben wird es unter Preußens Leitung, sterben unter Österreichs; unter beider Leitung wird es wie bisher fortkiemen, und das wird das Resultat von Dresden sein.

Es heißt, daß die Dresdener Konferenz einen permanenten deutschen Kongreß aller sechsunddreißig Stimmen ins Leben ruft, dem eine elfköpfige Exekution vorgesetzt werden soll. Dies scheint ziemlich gleichgültig, wenn, wie gezeigt, das Prinzip nicht in Deutschland geändert wird. Das einzige, was jetzt Preußen nur noch übrig bleibt zu tun, ist, überall die Parität mit Österreich anzustreben und fest durchzuführen. Dies muß beginnen mit der Stellung am Bundestag, wo die Frage eines alternierenden Vorsitzes unbedingt erlangt werden muß. Vor allem muß aber bei allen öffentlichen Handlungen, Stipulationen, prinzipiellen Maßnahmen und Maßregeln usw. Preußen immer de front mit Österreich gehen und sich nirgends unterordnen oder zurücksetzen lassen. Daß dies bisher nicht überall geschehen ist, macht sehr böses Blut, weil nach der Olmützer Versöhnung weitere Unterwerfung unter Österreich völlig gegen den preußischen Sinn läuft. In dieser Hinsicht hat es einen sehr unangenehmen Ein-

druck gemacht, die Behandlung zu sehen, welcher der General- 1851.
leutnant v. Peucker durch den Feldmarschall-Leutnant Graf Leiningen in Kassel ausgesetzt war; dann die Nichtbesetzung Hamburgs durch Preußen, welches man Österreich allein überläßt; die Schließung einer Militärkonvention zwischen Österreich und Kurhessen, wodurch ein permanenter Militärkeil von Österreich zwischen Preußen eingetrieben wird, und mit den kurhessischen Truppen ein Verfahren eintreten soll, gegen welches sich Österreich auf das entschiedenste aussprach, als Preußen die Badenser Truppen nach Preußen verlegte, wobei der himmelweite Unterschied im Benehmen und Handeln der hessischen und badischen Truppen hier nicht aufgeführt zu werden braucht!

Ferner hat die Verteilung von Repräsentanten der einzelnen Staaten in die Kommissionen zu Dresden ebensowohl als die Stimmenverteilung der Exekution der 11 Stimmen sehr unangenehm in Preußen berührt. In beiden Fällen sind die Staaten, welche mit Preußen gehalten haben, geflissentlich nachteiligst behandelt worden. Preußens Anhänger wurden von der ersten und zweiten Kommission in Dresden anfänglich mit alleiniger Ausnahme von Bernburg, gänzlich ausgeschlossen und endlich nur Weimar zugelassen. Bei der Elfstimmen-Verteilung behielten die vier Königreiche ihre Stimmen unverändert, während die Unionsfürsten von neun auf drei Stimmen reduziert wurden. Somit wurden also die Anhänger Österreichs bevorteilt und die Preußens zurückgesetzt; dies hat man tief bei uns empfunden, denn eine Parität, die Preußen für sich beansprucht, mußte es auch für seine Verbündeten zu erlangen wissen.

Ferner ist, durch die Verhältnisse herbeigeführt, Rastatt von Preußen aufgegeben worden. Seitdem hat Baden erklärt, sein Besatzungsrecht gänzlich dem Bunde zu überlassen; es ist daher Preußens Politik gemäß, das Mitbesatzungsrecht in Rastatt zu verlangen, ebensogut wie Österreich dies in betreff Rendsburgs verlangen wird, wenn dies Bundesfestung würde. Aber auch ohne diese letztere Annahme muß Preußen auf eine Garnison neben der österreichischen in Rastatt dringen, damit es einen Verbindungsposten zwischen seinem Lande und den Hohenzollern-Fürsten-

1851. tümern habe, der in Verbindung mit den Besatzungstruppen in Frankfurt a. M. immer ein disponibles Detachement bildet, wenn in Hohenzollern mehr Kräfte als das eine dort zu stationierende Bataillon erforderlich würden. Ein Regiment von vier Bataillonen, das Bataillon à 800 Mann, gibt gerade die Stärke, die zur Besatzung dieser drei Punkte erforderlich ist; zwei Bataillone in Frankfurt a. M., ein Bataillon in Rastatt und ein Bataillon in Hohenzollern. Dies Regiment wäre alle drei Jahre abzulösen. Gegen dies Mitbesatzungsrecht von Rastatt erklärt sich aber dem Vernehmen nach das Staatsministerium, weil es Geld kostet. Wo höhere politische Zwecke zu verfolgen und zu erreichen sind, da darf der Kostenpunkt nicht in Betracht kommen, und zu der Forderung, einen festen Punkt in Süddeutschland zu haben und sich zu erhalten, werden die Kammern unbedingt die Summe bewilligen. Es braucht wohl nicht hervorgehoben zu werden, wie nachteilig Preußens Stellung in Deutschland geworden ist, seitdem es Baden aufgab. Daß dies Land unter den obwaltenden strategischen Verhältnissen Ende 1850 nicht von Preußen besetzt bleiben konnte, leuchtet jedermann ein; die Aufgabe von Rastatt dagegen war ein politischer und strategischer Fehler! In der Nichtforderung des Besatzungsrechts von Rastatt sieht die öffentliche Meinung eine Schwäche und Nachgiebigkeit gegen Österreich, also ein Aufgeben der Parität.

In welchem Maße die Behandlung der hessischen Frage, Preußens Unterordnung und Nichtgleichstellung zu Österreich verletzt hat, braucht nicht ausgeführt zu werden. Jetzt, wo von einer Zwangsanleihe von vier Millionen im Kurstaat die Rede ist, welche durch bayerische Truppen zusammengetrieben werden soll, hofft man einen energischen Einspruch von Preußen zu erleben, damit es nicht Komplice werde, dies ausgesogene Land nun noch zur Verzweiflung zu bringen. Preußen kann und darf nicht zugeben, daß in Kassel nur Rachsucht und Willkür herrsche.

Ein Gewährenlassen dieser Zwangsanleihe, als ein Ausbruch der österreichischen Politik, muß Preußen als gänzlich gelähmt vis à vis Österreichs Willen darstellen; die Paritätsstellung verlangt nicht ein blindes Hand-in-Hand-Gehen, sondern ein ener-

gisches Auftreten gegen unbillige und ungerechte Maßregeln. 1851.
Die Besorgnis und Bekümmernis ist deshalb so bedeutend, selbst in den konservativsten Kreisen, weil man ein solches blindes Hand-in-Hand-Gehen fürchtet und in vielen Fällen bereits erlebt hat, und daher die Besorgnis immer lauter wird, daß das preußische Gouvernement die Parität nur in der Unterordnung unter Österreich erblickt, was man so bezeichnet: Preußen sei seit Olmütz von Österreich in das Gängelband genommen. Dies widerstrebt dem preußischen Gefühl, und wenn niemand für jetzt verlangen kann, das System wieder aufzunehmen, was in Olmütz aufgegeben ward, so will man in Preußen doch keine blinde Abhängigkeit von Österreich, sondern eine preußische Selbständigkeit. Solange diese vermißt wird, solange wird auch die gedrückte Stimmung währen, die sich der Gemüter bemächtigt hat und welche dem patriotischen Aufschwunge des 9. November[5]) rasch gefolgt ist. Preußen gehe Hand in Hand mit Österreich, aber bewahre dabei seine Selbständigkeit, die sich nicht durch jede Drohung, welche Österreich belieben wird bei jeder Gelegenheit auszustoßen, wenn es etwas von Preußen erlangen will, einschüchtern und zur Nachgiebigkeit zwingen läßt. Nur wenn Preußen diesen Weg geht, wird es mit der Zeit eine Stellung des Vertrauens wiedergewinnen, welche es jetzt in Deutschland eingebüßt hat, und so doch dem Ziele entgegengehen, welches ihm von der Vorsehung vorgezeichnet ist, nämlich Deutschlands Lenker und Führer zu werden.

134] An den preußischen Gesandten in London v. Bunsen.

Coblenz, 16. März 1851.

Indem ich Sie ersuche, die Anlagen gütigst besorgen zu 1851.
wollen, danke ich Ihnen bestens für Ihre zwei letzten Briefe. 16. 3.
Die Einladung der Königin und des Prinzen, offiziell zur Ausstellungseröffnung[1]) uns einzufinden, war nicht abzuschlagen und

[5]) Die bei der am 5. November befohlenen Mobilmachung hervortrat.

Zu 134) [1]) Zur großen Weltausstellung in London hatten Königin Viktoria von England und der Prinzgemahl eingeladen (vgl. Nr. 139, 140 u. 143).

1851. habe ich, mit Erlaubnis des Königs, die Zusage in der Anlage durch den Prinzen der Königin mitgeteilt. Freilich ist dadurch mein Lieblingsplan, bei Ihnen inkognito zu wohnen, vereitelt und tröste ich mich damit, daß wir Ihnen und den Ihrigen nun nicht beschwerlich fallen werden. Ich werde meine beiden Kinder mitbringen und Ihnen später eine Liste unseres Gefolges zukommen lassen.

Die Ministerkrisis[2]) ist eigentümlich geschlichtet. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben, scheint mir das hier verwendbare Sprichwort zu sein. Der Stoß im vorigen Juni war zu heftig, als daß das Ministerium sich bleibend von demselben erholen kann. Wenn es jetzt nicht fiel, so scheint daran Stanleys extreme Richtung schuld zu sein; findet er jetzt, nach dem Mißglücken, den Weg zu den Peeliten — den er gewiß längst im Kopfe hat — so ist ein Fusionsministerium möglich und England dann auf lange einer Katastrophe überhoben.

Von Dresden[3]) schweige ich! Alles, was dort geschieht, hat nur insofern Interesse noch für mich, als Preußen nicht ganz miserabel daraus hervorgeht. Eine Verkleisterung der deutschen Verhältnisse kann nur das Resultat sein, wenn man nicht die Prinzipien der Verbindung ändert, das heißt Bundesstaat statt Staatenbund. Es wäre notwendig, eine neue Schrift nach der „Von Warschau nach Olmütz“ erscheinen zu lassen, die vielleicht zu betiteln wäre „Von Warschau über Olmütz nach Dresden“!?! Ehe ich abreise, Ende April, wäre es vielleicht gut, wenn Sie mir einen kleinen Abriß der englischen Verhältnisse senden könnten, aber freilich durch sichere Hand.

Also auf Wiedersehen. Ihr Prinz von Preußen.

135] An den Baumeister Fritze.[1])

Coblenz, 23. März 1851.

1851. 23. 3. Wenngleich drei Jahre vergangen sind, so kommt doch Dankbarkeit nie zu spät. Als einen Beweis derselben empfangen

---

[2]) In England. — [3]) D. h. den Konferenzen der deutschen Staaten in Dresden.

Zu 135) [1]) Hatte auf der Reise des Prinzen nach England im März 1848 Gelegenheit, den Prinzen vor dem Erkanntwerden zu schützen.

Sie anliegend ein Andenken an den 23. März 1848, an welchem Tage in der Nacht zum 24. Sie mir Beweise Ihrer Anhänglichkeit, Teilnahme und wahren Patriotismus gaben, die ich nie vergessen kann! Ihrer Fürsorge verdanke ich es, daß an jenem verhängnisvollen Tage nicht noch Schlimmeres mir begegnete. Dafür Ihnen stets meine Dankbarkeit zu vergegenwärtigen, bitte ich die beigehende Medaille freundlich anzunehmen, damit auch spätere Glieder Ihrer Familie erfahren, was eines derselben für mich getan. Ihr Prinz von Preußen. 1851.

136] An den Prinzen Adalbert von Preußen.

Coblenz, 24. März 1851.

Herzlichen Dank für Deine und Deines Vaters freundliche Wünsche zum 22. Leider sehe ich, daß Dein Vater[1]) noch immer leidend ist, und zwar am Asthma. Lege mich ihm ja zu Füßen. Daß Du meiner gütigst gedenkst bei Deiner festgestellten Häuslichkeit, freut mich gewiß sehr, weil ich weiß, daß ich dadurch zu Deiner Gewissensruhe beitrug! 1851. 24. 3.

Am politischen Himmel sieht es gerade so aus, wie wir, die wir Warschau und Olmütz nicht lobten, vorhersahen. Wenn Du Dich erinnerst, was ich zu Euch sprach, als der König in Potsdam seinen Vortrag an uns beendigt hatte, so werdet Ihr einsehen, daß der König zu „couleur de rose“ sah — und ich zu schwarz?? Ich weiß noch nicht, was in den letzten Tagen in Berlin entschieden worden ist; ich bin fest überzeugt, daß die Opposition, die wir endlich in Dresden[2]) machten, wieder gegen Scheinkonzessionen aufgegeben worden ist, die uns Schwarzenberg hinwirft, und die wir aufnehmen, um, „coûte que coûte“, zu Ende zu kommen. Das heißt in der elften Stunde das Gewehr strecken!! Solche neue Schwäche kann der Regierung teuer zu stehen kommen, denn die Masse will zwar gern Frieden und Ruhe — aber ehrenvoll!

Schwäche verträgt auf die Dauer keine Nation!

Wie immer Dein treuer Vetter Wilhelm.

Zu 136) [1]) Prinz Wilhelm, Bruder König Friedrich Wilhelms III. — [2]) In den Konferenzen mit Österreich und den anderen deutschen Staaten.

137] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Coblenz, 25. März 1851.

1851. 25. 3. Empfangen Sie meinen besten Dank für Ihre mir zu meinem Geburtstage dargebrachten Wünsche. Ich bin überzeugt, daß Sie dieselben mit den Gesinnungen mir widmeten, die Sie sonst stets mir bewiesen, sowie ich auch Ihrer Versicherung glaube, daß Sie nach Ihrem besten Wissen und Gewissen das Staatsruder lenken. In den Mitteln zu dieser Lenkung freilich sind unsere Ansichten verschieden. Die Zeit muß lehren, was das Richtige ist!

Aus allen Verhandlungen, die ich durch Ihre Mitteilung kenne, sehe ich noch immer keine Möglichkeit ein, wie Preußen die Gleichberechtigung [mit Österreich] erhalten soll? Ihre Kommunikationen an mich schließen mit einer Punktation vom 23. Februar. Seitdem schreibt mir der König von einem Projekt, das ich in Ihren Papieren nicht gefunden habe, „nämlich 17 Kurien mit 70 Stimmen, darüber Preußen und Österreich als Exekutive, und wird dies nicht angenommen, dann unbedingte Rückkehr zum Bundestage,[1]) um durch dessen Preußen günstigeres Stimmenverhältnis das Weitere dereinst zu regulieren — dann aber auch kein Eintritt der gesamt-österreichischen Monarchie in den Bund". Dies Projekt scheint mir sehr richtig und tausendmal besser als das Neuner- und Elferprojekt. Da Sie mir am 20. von demselben aber nichts schreiben, sondern nur sagen, die letzten österreichischen Antworten enthielten eine Annäherung, aber über die Exekutive könne man sich noch nicht einigen, so muß das wohl auf obiges Projekt hindeuten, und hoffentlich ist nunmehr alles Hin- und Herzerren aufgegeben und der alte Bundestag angenommen. Daß dies unter den obwaltenden Umständen das Beste wäre, beweist schon des Fürsten Schwarzenberg Renitenz dagegen.

Was nun die Frage nach den Gründen betrifft, welche ich in meinem letzten Schreiben an Sie richtete, — die Preußen

---

Zu 137) [1]) Nach dem Scheitern der Union und der Dresdener Konferenzen blieb in der Tat nur die Rückkehr zu dem losen Gefüge des alten Bundestags

habe, um den Eintritt Gesamt-Österreichs in den Deutschen Bund 1851.
zu wünschen, nachdem die Union aufgegeben ist — so sind Sie mir die Antwort schuldig geblieben. Sie schreiben nur, der König sei ganz damit einverstanden, wenn Preußen die Parität im Vorsitz erlange, und in Warschau[2]) seien Verabredungen getroffen, die Sie als Erbschaft antraten. Was letzteres betrifft, so war unserer Proposition durch Brandenburg in Warschau wegen des Gesamteintritts Österreichs eine kleine Kondition hinzugefügt: das Recht zur Union. Nachdem dies verklausuliert d. h. gänzlich abgeschlagen beantwortet war, konnte meines Erachtens nach von diesem Gesamteintritt bei uns gar nicht mehr die Rede sein. Der Warschauer Proposition lag immer der Gedanke zugrunde, daß Österreich und ein moralisch einiges Deutschland unter Preußens Führung (Union) sich nebeneinander in Union stellen würden. So wie jetzt Österreich seinen Gesamteintritt versteht, heißt es etwas ganz anderes: Es will mit 37 Millionen[3]) an die Spitze Deutschlands treten, den Ehrenvorsitz, d. h. in wenig Jahren den alleinigen effektiven Vorsitz am Bundestag haben und dann Preußen und alle deutschen Staaten nach seiner Pfeife tanzen lassen und deren Militärkräfte bundesmäßig dahin aufbieten, wo seine Administration Aufstände, Revolutionen usw. erzeugt. Das ist Österreichs Wille und Absicht, — und daß das bei uns nicht eingesehen wird, das ist es, was ich zum Vorwurf mache.

Was nun noch des Königs Einverständnis mit dem Gesamteintritt betrifft, so liegt dem stets die uns oft von ihm auseinandergesetzte Idee des Imperiums zugrunde, eine Idee, die Sie und alle Ihre früheren Kollegen verwarfen. Diese Idee gelangt aber zur Ausführung faktisch nach dem, was ich soeben niederschrieb und auseinandersetzte. Sollten Sie denn dies nicht ebensogut durchschauen als ich, daß der König durch diesen Antrag zu seiner Lieblingsidee du moyen âge[4]) zu gelangen

übrig. — [2]) Durch Graf Brandenburg (vgl. S. 256 Anm. 1). — [3]) Obwohl es nur 11 Millionen deutscher Untertanen hatte. — [4]) Sowohl die ständischen Pläne des Königs, wie seine Anschauung von der Notwendigkeit der Unterordnung Preußens „als Reichserzfeldherr" unter den deutschen, d. h. österreichischen Kaiser wurzelten in den Vorstellungen, die er sich zum Teil nach den staats-

1851. gedenkt? Ihr Gedanke, daß nach dem Gesamteintritt Österreich so viel mit seinem Innern zu tun haben werde, daß dadurch Preußen allein mächtig in Deutschland sein werde, kommt mir vor wie Graf Arnims Idee am 19. März, die ganze Stadt Berlin aufzugeben bis auf das Schloß usw., um nachmittags nötigenfalls die Stadt nochmals zu erobern. Das nennt man den Vogel fliegen lassen, den man fest hatte.

[Prinz von Preußen.]

138] An General O. v. Natzmer.

Coblenz, 4. April 1851.

1851. 4. 4. Tausend herzlichen Dank für Ihre lieben, treuen Wünsche zum 22. März. Wie Sie hätte auch ich es nicht geglaubt, im November v. Js. so bald wieder im tiefsten Friedensverhältnis, wenn auch nicht im tiefsten Friedensgefühl, in Coblenz zu residieren. Jawohl! Es war im November ein zweites 1813[1]) und vielleicht noch erhebender, weil nicht ein siebenjähriger fremdherrschaftlicher Druck diese Erhebung hervorgerufen hatte, es war ein allgemeines Gefühl, daß der Moment gekommen sei, wo Preußen sich die ihm durch die Geschichte angewiesene Stellung erobern sollte! — Es sollte noch nicht sein. Aber so bald sehe ich jetzt dazu keine Aussicht; es muß wohl noch verfrüht gewesen sein, und ich glaube, wir sehen die gehoffte Stellung für Preußen nicht mehr! Ich bin gewiß für den Frieden und für ein Hand-in-Hand-Gehen mit Österreich; doch beides muß mit Ehre geschehen, und wir dürfen uns nicht, wie es geschieht, an das Gängel-

---

rechtlichen Theorien Hallers über die Herrlichkeit der mittelalterlichen deutschen Kaiserzeit gebildet hatte.

Zu 138) [1]) So sehr das Bewußtsein der mangelnden eigenen militärischen Vorbereitungen, dem der Kriegsminister im November 1850 Ausdruck gegeben hatte, gerechtfertigt gewesen sein mag, so sehr überschätzte man damals, wie hier bemerkt sein mag, die weit geringere österreichische und russische Kriegsfertigkeit, und gewiß hatte der Prinz vollkommen recht, wenn er das volle Vertrauen in die Kriegsfertigkeit der Armee setzte, die der Kriegsminister ihr absprach. Die freudige Begeisterung, mit der der Befehl zur Mobilmachung (5. November) von der ganzen Bevölkerung entgegengenommen wurde, bewies es zu des Prinzen lebhafter Genugtuung (S. 285).

band nehmen lassen. Unser jetziges momentan festeres Auftreten 1851.
wird sich gewiß auch wieder in Wohlgefallen auflösen.

Das Kommando, das mir des Königs Vertrauen im November zuwies,[2]) war recht gemacht, um zu glauben, daß man die Welt stürmen könnte. Ich sah mit großem Vertrauen den Ereignissen entgegen, und das um so mehr, weil ich die Gegner nicht gering schätzte, gewiegten Feldherren entgegenging. Denn in dem Geist, der unsere Armee belebte, lag das Gefühl der Nachhaltigkeit. Viele Mängel sind durch die Mobilmachung zur Sprache gekommen, die großenteils von mir seit lange erkannt worden. Möge man jetzt die Augen öffnen und bessern! Ihrer Frau Gemahlin mich bestens empfehlend

Ihr Prinz von Preußen.

139] An den preußischen Gesandten in London v. Bunsen.

Coblenz, 10. April 1851.

Das Allerunerwartetste, was mir begegnen konnte, ist mir 1851. 10. 4.
heute vom König zugekommen! Auf sein Befragen hat sich das Staatsministerium gegen meine und der Meinigen Reise nach London erklärt:[1])

1. weil bei dem Zusammenfluß aller Revolutionärs der Welt unser Leben gefährdet sei; 2. weil wahrscheinlich in den nächsten vier Wochen eine rote Revolution in Frankreich ausbrechen und sich über Deutschland verbreiten werde, und 3. weil bei der Lage des jetzigen englischen Ministeriums mein Erscheinen daselbst eine für die Interessen Preußens unerwünschte Deutung erhalten könne!

Ich habe erwidert, daß ich alle drei Punkte nicht als triftige Gründe gegen meine Reise ansehen könne.

---

[2]) über die mobil gemachten Truppen.

Zu 139) [1]) Der Widerstand der Minister, die durch die im obigen Briefe genannten Vorwände die Reise zu verhindern suchten, um den Prinzen nicht Einflüssen auszusetzen, die ihren Anschauungen entgegengesetzt waren, führte zu einem gereizten Briefwechsel zwischen dem Prinzen und Manteuffel, der wirklich erklärte, für die Kontinuität der Thronfolge zu fürchten.

1851. ad 1 so stände unser aller Leben in Gottes Hand, und es würde dasselbe an dem von ihm bestimmten Tage zugrunde gehen, es möge in England, Coblenz, Berlin oder wo sonst sein! ad 2 so sehe ich trotz aller Anzeigen und Meldungen durchaus keinen vernünftigen Grund, warum gerade in diesen Wochen ein roter Aufstand ausbrechen soll. Wenn gewiß auch nicht zu leugnen sei, daß die Revolutionärs emsiger als je arbeiten und alles für einen günstigen Moment zur Schilderhebung vorbereiten, so sehe ich einen solchen Moment nirgends sich darstellen. Wenn man so besorgt sei, so könne man überhaupt sich gar nicht mehr vom Stuhle bewegen, ohne Gefahr zu laufen, ihn zu verlieren. ad 3 so wäre mir der Sinn dieser Annahme etwas dunkel geblieben; jedenfalls glaubte ich, daß nie in meinem Leben ein Moment gefunden werden könne, wo mein Erscheinen in England weniger einer politischen Deutung unterworfen sein könne, als gerade diesmal.

Ich habe dem König geschrieben, daß ich Sie von allem benachrichtigt habe und ihn ersucht, keinen entscheidenden Beschluß zu fassen, noch weniger dem Prinzen Albert abzuschreiben, bis er nicht von Ihnen einen Bericht über die Sachlage erhalten habe. Zur schleunigsten Einreichung dieses Berichts fordere ich Sie also hiermit auf, sowie um Kommunizierung einer Abschrift desselben an mich. Sollten Sie alle diese Bedenken des Königs und Staatsministeriums teilen, — dann freilich bleibt nichts übrig, als die Reise aufzugeben. Ich vermag indessen alle diese Gründe nicht der Königin und dem Prinzen anzuführen, weil ich sie nicht teile.

Außerdem habe ich den König aufmerksam gemacht, wie unglaublich es heiße die Queen Viktoria mankieren, ihr im letzten Moment die Sache abzuschreiben, zu der man seit zwei Monaten Gelegenheit gehabt habe, sich zu besinnen. Ich hätte ihr mein Kommen, mit des Königs Erlaubnis zugesagt nach dreimonatiger Einladung; jetzt sogar den Tag meines Eintreffens angezeigt; und nach dem allen soll ich absagen?? Auch ist es ein Affront für Königin, Prinzen und Ministerium, daß man deren Gast nicht sein will, weil sie die Einladung zu etwas ergehen ließen,

wo sie nicht bedacht hätten, auf die Sicherheit ihrer Gäste zu denken! Alle müssen ja über eine solche Taktlosigkeit empört sein. Anders wäre es, wenn der Hof selbst alle diese Besorgnisse teilt und nur uns nicht selbst die Freude verderben will, uns abzuschreiben. 1851.

Enfin, ich sehe in allerkürzester Frist Ihrer Antwort entgegen, die Sie also gleichzeitig nach Berlin wollen gehen lassen. In welchem Maße mir die Sache unangenehm ist, vermag ich Ihnen nicht zu schildern! Ihr letzter Brief hat mich ungemein interessiert; Graf Pückler[2]) hat Ihnen die Liste des Gefolges gesendet. Wir wollen den 28. eintreffen!?

Ihr Prinz von Preußen.

140] An den preußischen Gesandten in London v. Bunsen.

Coblenz, 16. April 1851 ½7 Uhr abends.

Soeben telegraphiert mir der König den Befehl, Sie per Telegraph zu benachrichtigen, daß, falls die Königin Viktoria nichts gegen unser Kommen nach London einwendet, wir unsere Reise nicht aufgeben würden.[1]) 1851. 16. 4.

Dies muß wohl die Folge Ihrer Berichte sein, für deren Abschriften ich Ihnen meinen besten Dank sage. Es ist nicht möglich, die Fragen besser und energischer zu erörtern, als Sie es getan haben. Ich sage Ihnen meinen herzlichen Dank. Möge nur der unglückselige Brief des Königs an Prinz Albert nicht neue Konfusion erzeugen! Die Tournüre des Königs: „Die Queen möge entscheiden, ob wir im Gottvertrauen oder Gottversuchung die Reise unternehmen sollten —“ ist derart, daß die Queen eigentlich abschreiben müßte, wenn sie nicht antwortet, daß ihr von den geahnten Gefahren nichts bekannt sei. Hätte der König meine Bitte erfüllt, die ich heute per Telegraph sandte, nicht zu schreiben, ehe er nicht meinen und Ihren Brief habe, so

[2]) Der Hofmarschall des Prinzen.

Zu 140) [1]) Am 25. April antwortete der Prinz dem Ministerpräsidenten auf seine Rechtfertigungsschrift, daß er die Reise im Gottvertrauen unternehme, da Gottes Wille ihn überall erreichen könne.

1851. wäre alles besser abgelaufen. Aber die Hast scheint sehr groß gewesen zu sein, mir die Reise zu verderben! Warum? Darüber tauschen wir hoffentlich mündlich unsere Ideen aus.

Ihr Prinz von Preußen.

141] An Unbekannt.

Coblenz, 19. April 1851.

1851. 19. 4. Wie richtig sagen Sie, daß unsere Kammern das Kriegsbudget nur wie in England in full beraten dürften, und daß die Armee niemals glauben muß, daß ihr von der Kammer Gutes erwiesen werde, ihr muß alles allein vom Kriegsherrn kommen.

Übrigens muß man mit der Besonnenheit der Kammern zufrieden sein. Sie sind freilich in eine Lage gedrängt, in welcher sie nichts anders handeln konnten, weil alle Geldfragen, die sie gern aus politischen Gründen verweigert hätten, zum Nachteil des Volkes gereicht hätten, und mit dem wollen es ja sogar die Roten halten, freilich nur, um, wenn sie zur Macht kommen, es ausziehen zu können usw.

142] An den Major L. v. Orlich.

Düsseldorf, 23. April 1851. — London, 22. Mai 1851.

1851. 23. 4. 22. 5. Sie haben mir eine rechte Freude gemacht durch Ihren Brief vom 27. Februar, der zugleich Ihre treuen Wünsche zum 22. März enthielt; empfangen Sie dafür meinen besten Dank. Dieser Tag verging mir unter sehr verschiedenartigen Eindrücken und Empfindungen. Der vehemente Systemwechsel, den unsere Politik genommen hat,[1]) kann mich nicht zufriedenstellen, da alle die üblen Folgen, die mit einer Lage auf schiefer Ebene vorherzusehen waren, auch eingetreten sind. Um nicht ganz uns fortreißen zu lassen, ist nichts übrig geblieben, als zum alten Bundestag zurückzukehren, und man hofft durch ihn die Neu-

---

Zu 142) [1]) Infolge der Anfang November 1850 nicht erfolgten Kriegserklärung und des Vertrages von Olmütz vom 3. Dezember 1850, der die volle Unterwerfung Preußens unter Rußlands und Österreichs Willen bedeutete. —

herstellung zu vollführen! Ich vermute vielmehr, daß, wenn 1851.
F[rankfurt] a. M. erst wieder instruiert ist, man sich für länger mit dem Alten begnügen wird. Dies wäre nicht gut, weil dies Alte wirklich zu sehr der Verbesserung benötigt ist!

London, 22. Mai 1851.

Es scheint, daß dieser Brief nicht zu Ende kommen soll. Hier, wo wir uns in der verhängnisvollen Zeit von 1848 zusammenfanden, soll er aber nun doch sein Ende finden. Es ist die Exhibition hier ein industrielles Weltereignis, das bisher sehr gut abläuft, hoffentlich die erwarteten Folgen für die Handelswelt bringen wird und nichts politisch Nachteiliges in seinem Gefolge! Den Eindruck des Gebäudes und namentlich der Eröffnungsfeier, ist keine Feder imstande wiederzugeben. Englands Industrie wird vielleicht nur von französischen Bronzen überflügelt; sonst bleibt sie überall Siegerin.

Ihre Schilderungen der italienisch-römischen Zustände hat mich ungemein interessiert! Sie sind nicht natürlich, da sie nur auf Bajonetten zu beruhen scheinen. Bajonette sind nur gut gegen die Bündnisse der Zeit, aber nicht gegen die Wahrheit, die in der Zeit liegt. Diesen Unterschied richtig zu fassen, ist alleinige Staatsweisheit. Wie schwer sie zu fassen ist, beweisen die Weltgeschichte und die der neusten Zeit. Sie werden mit Interesse unserer Generalprobe der Mobilmachung gefolgt sein; sie hat, wie [alle] dergleichen Proben, viele Mängel aufgedeckt, die man bessern muß. Leider also blieb es nur bei einer Probe! Die Stimmung im Volk war erhebend! Zwei Faktoren trugen dazu bei: 1. hoffte die Masse durch einen tüchtigen siegreichen Krieg aus der dreijährigen Unsicherheit aller Zustände befreit zu werden; 2. hofften die gebildeten Klassen den Moment gekommen, wo Preußen seine weltgeschichtliche Stellung in Deutschland erringen würde! — Es sollte nicht sein, und die Zeit muß dazu also noch nicht gekommen sein!

Ich gehe am 27. zurück, und zwar nach Berlin, wo ich am 31. bei der Enthüllung des Standbilds Friedrichs des Großen

1851. das Ehrenkommando über die Truppen führen soll.[2]) Ich werde also auf 3 Stunden die Garde kommandieren, die ich 10 Jahre befehligt und diesen Winter hoffte gegen den Feind zu führen, was die schönste Genugtuung für mich gewesen wäre, ach, jene 10 Jahre! Überhaupt die Armee, die das Vertrauen des Königs mir anvertraut hatte, das Garde-, II., III. und IV. Armeekorps,[3]) war wohl derart, daß man auf einen Sieg hoffen durfte!

Empfehlen Sie mich Ihrer Frau angelegentlichst, ein Gruß, der ihr aus der Heimat doppelt lieb sein wird.

Ihr Prinz von Preußen.

143] An den preußischen Gesandten in London v. Bunsen.

Cöln, 26. April 1851.

1851. 26. 4. Am 21. erhielt ich per Telegraph und gestern durch ein Schreiben des Königs die bestimmte erneute Zusage zur Reise nach London, wo wir also, mit Gottes Hilfe, am 29. früh eintreffen wollen. Ihr Beistand in dieser unglaublichen Episode ist von uns nicht genug anzuerkennen, und sagen wir Ihnen unseren besten Dank schon im voraus. Soeben erhielt ich wieder einen Brief vom König mit der Einlage vom Minister v. Westphalen.[1]) Er remonstriert nochmals gegen die Reise. Der König ist aber fest geblieben. Er befiehlt mir eben, Ihnen zu sagen, daß Sie die verschiedenen Polizeibeamten, welche unsere Behörden nach London senden, mit allem Vertrauen aufnehmen und ihnen bei der englischen Polizei alle die Unterstützung erwirken, die sie selbst angewiesen sind zu leisten. Ich glaube, daß Sie dies auch ohne königlichen Spezialbefehl getan haben würden, da Vorsicht nie überflüssig ist und ja auch schon voriges Jahr für

---

[2]) Dieser Tag war zur Enthüllungsfeier gewählt, weil Friedrich der Große am 31. Mai 1740 den Thron bestiegen hatte. Über die vom Prinzen getroffenen Anordnungen zur Enthüllungsfeier hat er an Louis Schneider einen besonderen Brief für die Wehrzeitung geschrieben. — [3]) Diese vier Korps waren unter dem Befehl des Prinzen am 6. November mobil gemacht worden.

Zu **143)** [1]) Minister des Innern.

mich verlangt ward. Also, so Gott will, auf baldiges Wieder- 1851.
sehn! Ihr Prinz von Preußen.

144] An den preußischen Gesandten in London v. Bunsen.

Berlin, 26. Juni 1851.

Schon ein Monat ist verflossen, daß wir London verließen, 1851. 26. 6.
und noch dankte ich Ihnen nicht für alle Freundlichkeit, die Sie uns erwiesen und für die interessanten Gespräche, welche wir führten. So geschehe es denn hiermit. Es war eine unvergeßliche Zeit, in so vieler Beziehung!! Ich höre, daß sich jetzt die Fremden in unerhörter Zahl mehren. Dies wird wohl die Zeit sein, in welcher man Gefahr für mein armes Leben besorgte, und da ich sie nicht mehr erlebte, diese Zeit, so scheint man einen Irrtum hier anzunehmen, denn noch hat mir kein Mensch von den Entraven der Reise eine Silbe gesagt!

Meine kurze Apparition in Dirschau[1]) war ohne alles politisches Interesse, indem ich mich nicht auszusprechen hatte, da, wo der König und sein Premier gesprochen hatten. Ich bin sehr froh, daß nichts stipuliert worden ist. Der Kaiser berührte nur einmal die österreichische Gesamt-Eintrittsfrage in Deutschland und resümierte sich dahin: „Das Recht könne man Österreich nicht absprechen, seinen Gesamteintritt zu beantragen, dies stände jedem frei; die Zustimmung stände bei den deutschen Staaten und sei nicht abhängig von der Einwilligung der zu Wien gezeichnet habenden Mächte, weil es eine innere Frage sei. (?) Den Nutzen dieser Forderung sähe der Kaiser nicht ein, der wäre nur vorhanden, wenn eine Repräsentation am Bunde stattfinde, damit alsdann Österreich durch seine ganze Ländermasse eine gehörige und würdige Anzahl von Repräsentanten habe." Ich begnügte mich, zu erwidern, daß man doch dem Gefühl Deutschlands Rechnung tragen müsse, welches eine

---

Zu **144)** [1]) Bei der Ankunft des Kaisers von Rußland. Der Umgebung des Königs gegenüber gestattete sich der Kaiser Nikolaus wieder über den Prinzen zu klagen.

1851. moralische Einheit darzustellen wünsche, welche in Europa und in der Welt eine Macht repräsentiere, daß dieser Wunsch durch Österreichs Eintritt aber unmöglich werde, indem es dann wohl einen mitteleuropäischen aber keinen deutschen Bund mehr gebe, und ob diese Art Bund Rußland lieb sein werde, müßte ich der Einsicht des Kaisers überlassen. Dieser erwiderte kurz, da er abgerufen wurde: Vous envisagez la question d'un point de vue politique plus élevé, et Vous n'avez pas tort en ce que Vous dites. — Dies war mir bezeichnend genug.

Ich habe einen sehr aimablen Brief der Königin und des Prinzen Albert erhalten, die mich sehr erfreuten, was Sie wohl bei Gelegenheit anbringen. Der Prinz envisagiert die bei uns angeregte Ständische Frage aus einem falschen Gesichtspunkte. Diese Stände sind ad hoc zu einer bestimmten Operation einberufen, aber nicht qua ihres alten Rechtes und nicht zur Ausübung ihrer mit der Verfassung erloschenen Gerechtsame.[2]) Insofern ist also nicht gegen die Verfassung verstoßen. Wenn man auch in der Form hätte geschickter sein können, so ist die Sache in meinen Augen eine sehr erwünschte; denn da nach Beschluß der Kammern die Kommunalordnung revidiert werden soll, und dies nur erquicklich geschehen kann, wenn es provinzialweise geschieht, so ist wohl zu dieser Revision keine Behörde mehr geschickt, als der Provinzial- und Kreistag. Alles kommt nur darauf an, daß die Sache geschickt geleitet wird; alsdann kann mit der in der Kommunalordnung angeordneten Kreis- und Provinzialrepräsentation, eine sehr glückliche Verbindung mit den alten Ständischen — jetzt Interessen-Elementen vorgenommen werden. Die Kreuzzeitung ist wieder unleidlich in dieser Frage, indem sie triumphiert und die Verfassung als beseitigt betrachtet. Das Sprichwort: Gott behüte uns vor unseren Freunden usw., ist hier recht anwendbar! Indem ich Sie ersuche, mich Ihrer ganzen Familie herzlichst zu empfehlen und die Einlage zu besorgen bitte, verbleibe ich Ihr Prinz von Preußen.

---

[2]) Wie allerdings auf der einen Seite gefürchtet, auf der anderen Seite von den Provinzialständen gehofft wurde.

145] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Frankfurt a. M., 11. Juli 1851.

Es ist mir das Allerhöchste Anerbieten gemacht worden, das 1851.
Präsidium des zu reaktivierenden oder neu zu organisierenden 11. 7.
Staatsrats zu übernehmen.[1]) Ich verkenne nicht einen Augenblick die Wichtigkeit dieses Anerbietens und das Vertrauen, welches für mich in demselben liegt. Außerdem halte ich die Reaktivierung des Staatsrats für unerläßlich und vollkommen mit der Verfassung vereinbar, wenn ihm der Charakter der höchsten im Staate bestehenden begutachtenden Behörde genommen wird und er lediglich als vorbereitende Behörde für die den Kammern vorzulegende Gesetzgebung instituiert bleibt. Was die Übernahme des Präsidiums dieser so wichtigen Behörde betrifft, so muß ich dabei verschiedene Rücksichten in Betracht ziehen, und zwar zunächst meine Fähigkeit zu diesem Amte. Ich muß mir dieselbe durchaus absprechen.

Ich bin mir wohl bewußt, in meiner früheren Stellung als Mitglied des Staatsministerii, des Staatsrats und selbst als Vorsitzender der Ständischen Kommission mich insoweit mit den Geschäften bekannt gemacht zu haben, daß ich ein selbständiges Urteil abgeben und somit auch in die Debatten eingreifen konnte. Die Gesetzgebung aber in dem Maße und Umfange zu studieren, um die Diskussionen über neue Gesetze zu leiten in einer so großen Versammlung, wie es der Staatsrat ist, dazu fühle ich bei mir durchaus die Fähigkeit nicht. Das Beispiel des Herzogs Karl von Mecklenburg, der eine sehr selten anzutreffende Geschäftsorientierung, ein angeborenes Talent zum Präsidieren und über-

Zu 145) [1]) Das Nähere über den Plan, den Staatsrat wieder einzurichten, namentlich ihm den Charakter der begutachtenden Behörde zu nehmen und in ihm ein Gegengewicht gegen die Kammern zu gewinnen, ist nicht bekannt genug. Sicher ist, daß, wenn der Prinz auf der einen Seite eine umfassende staatsmännische Tätigkeit erhalten hätte, eben sie ihn anderseits in schlimme Konflikte sowohl mit der Regierung wie mit dem König, als auch mit den Kammern gebracht hätte, die nicht wie bei einem Minister kurzer Hand durch Rücktritt zu lösen gewesen wären.

1851. haupt ein savoir faire in den verschiedenartigsten Verhältnissen besaß, paßt gar nicht auf mich, und selbst dem Herzog Karl hat es seine Gesundheit gekostet, wie er selbst oft äußerte, weil die gewissenhafte Orientierung in dem ihm unbekannten Geschäfte ihn so absorbierte, daß er ganze Nächte schlaflos zubrachte.

Eine andere Rücksicht, die ich in Anschlag bringen muß, ist meine Stellung im Staate. Mit derselben finde ich es nicht passend und nicht vereinbar, das Präsidium über eine Staatsbehörde zu übernehmen, die dem Könige Gesetze vorlegt, die öfters durch Majoritätsbeschlüsse, ganz gegen die Ansichten ihres Präsidenten, der präsumtiver Thronerbe ist, ausfallen können. Als Mitglied einer begutachtenden Behörde ist meine Stellung weit weniger kompromittierend. Noch viel beachtenswerter ist meine Stellung als Präsident des Staatsrats gegenüber den Kammern. Es streitet mit meinem Gefühl und mit meiner Ansicht, daß der Thronerbe den Kammern als ein Geschäftsmann gegenüber und als solcher überhaupt in Verbindung tritt, namentlich aber als Vertreter von Gesetzen, die vielleicht gegen seine Überzeugung laufen oder die von den Kammern verurteilt werden. In solche Konflikte darf man den Thronerben nicht bringen. Seine Stellung als Mitglied der Ersten Kammer wird ihn oft genug in schiefe Lage bringen. Doch ist er hier aber nur wie im Staatsrat Mitglied der Versammlung und deshalb die Stellung weniger den Konflikten ausgesetzt.

Aus allen diesen Gründen, die mich bestimmen müssen, der Stelle als Präsident des Staatsrats überhoben zu werden, tritt noch der Grund hinzu, daß ich sie nicht mit meiner militärischen Stellung am Rhein verbinden könnte und in Berlin mir keine dergleichen anzubieten ist. Es ist mir aber unmöglich, ohne militärische Anstellung zu existieren. Dazu kommt, daß meine Einwirkung auf meinen militärischen Wirkungskreis eben erst beginnt, einflußreich und einwirkend zu werden, nachdem man anfängt zu wissen, wie ich den Dienst gehandhabt wissen will. Außerdem aber ist das Kommando über jene zwei Armeekorps, bis nach ausgemachten Konflikten im kommenden Jahre in Frankreich, durchaus nötig und höchst wichtig, so daß ich glauben darf, in

meiner Stellung am Rhein gerade in der nächsten Zeit Nutzen 1851.
stiften zu können. Graf Alvensleben wäre der rechte Mann zum Staatsratspräsidenten. [Prinz von Preußen.]

146] An den Hofrat L. Schneider.

Baden, 9. September 1851.

Diese [Militär-Konventionen] dürfen von Preußen unter 1851.
keinerlei Bedingung aufgegeben werden. Die alte Korpsforma- 9. 9.
tion des Deutschen Bundes ist als wiederhergestellt zu betrachten. Wenn nun feststeht, daß alle Kontingente eines deutschen Armeekorps möglichst gleiche Organisation, Formation und Reglements haben sollen, so steht doch nicht fest, daß diese Gegenstände von dem größten Kontingente den kleineren aufgezwungen werden sollen. Die genannten kleineren haben nun diese Gegenstände von Preußen angenommen, weil sie sich bei einer Großmacht bewährten. Preußen muß sie also maintenieren, wenn ihnen zugemutet wird, die preußischen Institutionen wieder aufzugeben, um sie mit den minder guten des größten Kontingentes zu vertauschen. Hier muß Preußen ein ernstes Wort sprechen und seine militärischen Institutionen hervorheben und jenem größten Kontingente zur Annahme nicht nur sehr bestimmt vorschlagen, sondern diese verlangen. Nur so kann man die kleinen Staaten maintenieren in ihrer Beibehaltung der preußischen Institutionen, nicht aber wenn man den größten Kontingentsstaaten gegenüber die eigenen Institutionen stiefmütterlich vertritt.

Die Kontingente mit preußischen Institutionen gehören nach wie vor zum betreffenden deutschen Armeekorps und üben mit demselben, wenn es im Frieden zusammengezogen wird. Ebenso stoßen sie im Kriege zu demselben, wenn nicht hin und wieder Abkommandierungen nötig werden.

(NB. Dies muß auf geschickte Art einst gemacht, darf aber nicht gedruckt oder geschrieben, wohl aber besprochen werden.)

Dank für Ihren Brief! P. v. P.

1851. NB. Das Militärbudget muß künftig, wie in England, en bloc eingebracht werden, um von den Kammern en bloc angenommen zu werden. Eine Diskussion en détail ist Unsinn, weil kein Mensch in den Kammern etwas vom Militär versteht.

147] Verbesserungen in der Landwehr.[1])

[Herbst 1851.]

1851. Herbst. Alle öffentlichen Besprechungen dieses Gegenstandes müssen auf das sorgfältigste vermeiden, glauben zu machen, als habe sich das Landwehrinstitut bei der Mobilmachung als unhaltbar bewiesen, welche Ansicht bereits durch einige unvorsichtige Zeitungsartikel Platz greift. Dieser Ansicht muß sehr bestimmt entgegengetreten werden. Verbesserungen ergeben sich bei jedem Institute von Zeit zu Zeit, also bei dem vorliegenden auch.

Meine Ansicht.

Eine totale Reform erscheint nicht notwendig, und wenn sie selbst nötig wäre, so wäre der jetzige Moment nicht der zeitgemäßeste, weil von einem Augenblick zum andern ein Aufgebot der Armee möglich ist, also eine totale Reorganisation uns unschlagfertig finden würde. Dagegen ist notwendig, den einzureihenden Offizieren an Quantität und Qualität zu Hilfe zu kommen. In der Quantität sind fast die Hälfte nicht abkömmlich.

Zu 147) [1]) Anweisung an Louis Schneider zur Behandlung der angeregten Reformen der Landwehr in der Presse. Wie nach der Mobilmachung von 1831 hat der Prinz sich auch nach der von 1850 eifrig der Verbesserungen des Heeres und besonders der Landwehr angenommen, die sich ihm als notwendig herausgestellt hatten. Sie lagen in derselben Richtung, und ihre Haltung stieß auf dieselben finanziellen Bedenken wie früher. Darüber trat der Kriegsminister v. Stockhausen vom Amt, aber auch der lebhafter auf die Pläne des Prinzen eingehende neue Kriegsminister v. Bonin setzte nur die 2½jährige Dienstzeit durch, und der Prinz wies ausdrücklich darauf hin, daß er ihr schon 1834, lediglich weil er die allein richtige Dienstzeit von drei Jahren nicht habe erreichen können, zugestimmt habe. Auch jetzt sprach sich der Prinz, wie er am 10. Januar 1852 aus Coblenz an L. Schneider schrieb, sehr bestimmt gegen den König über die Notwendigkeit der dreijährigen Dienstzeit aus. Man stehe an der Schwelle, alles Nötige haben zu können, und verlange es nicht, um 500000 Taler zu sparen. Das sei nicht zu dulden.

Im VIII. Armeekorps wurden gar keine Reklamationen angenommen. Nach drei Wochen aber stockte die Administration, der Eisenbahndienst, die Zollbewachung und der Forstschutz usw. usw., und es mußten aus unabweisbarem Bedürfnis nach und nach 80 Landwehroffiziere entlassen werden. Diese standen also als eine Täuschung in der Liste. Sie mögen fortlaufend als Landwehroffiziere geführt werden, aber hinter der Linie, d. h. als Unabkömmliche, auf die nur im äußersten Notfalle zurückgegriffen wird. Die Qualität kann nicht vorhanden sein (denn sonst brauchte man keine Linienoffiziere bei der Landwehr). Der Wille und Geist ist größtenteils vortrefflich, le savoir aber gering. (Dieser Punkt muß öffentlich sehr schonend besprochen werden.) Abhilfe kann nur in Vermehrung der Linien-Offizierkorps gefunden werden, und zwar 12 Sekondleutnants per Infanterie- und 4 Sekondleutnants per Kavallerie-Regiment mehr. Dagegen müssen 6 Kapitäns und 6 Premierleutnants per Infanterie- und 2 Rittmeister und 2 Premierleutnants per Kavallerie-Regiment mehr zum Etat gebracht werden, damit das Avancement nicht in ein Mißverhältnis zur Anzahl der Subalternoffiziere gerät. Diese neu kreierten Stellen sind zur Besetzung der Landwehr-Kompagnieführerstellen bestimmt, wenn sich notorisch keine Landwehroffiziere für dieselben finden. 1851.

Der einjährig-freiwillige Dienst darf künftig nicht mehr als die unbedingte Schule zum Landwehroffizier bezeichnet werden. Nur notorische Qualifikation kann und darf dazu führen, nicht aber Treibhauserziehung.

Es müssen kleine Kompagnien in der Stärke von 120 bis 150 Mann per Bataillon formiert werden. Es sind dies vollständige Linientruppen, werden von Linienoffizieren und Unteroffizieren befehligt und wie die Linie rekrutiert. Bei der Übung und Mobilmachung treten sie vollständig in ihre Bataillone ein. Im Frieden stoßen sie zu Bataillonen von drei Kompagnien zusammen. Die Stammoffiziere zählen außerhalb der korrespondierenden Linien- und Landwehr-Regimenter, rangieren aber mit dem korrespondierenden Linien-Regiment. Oder — (hier kann die Ansicht folgen, daß diese Stämme in den Landwehr-Stammquartieren

1851. garnisonieren und jahraus, jahrein, die Landwehroffiziere und Mannschaften exerzieren sollen. Schwierig ist dies in der Zeit, wo sich die Stämme mit ihren eigenen Rekruten zu quälen haben??).

Die Landwehrkavallerie muß jedem Kavallerie-Regiment mit 2 Eskadrons annektiert werden, hauptsächlich aus den Landwehrmannschaften der jüngsten Altersklassen entnommen. Der Regimentskommandeur führt die Kontrolle über sie schon im Frieden. Sie tragen die Regimentsuniform, nur mit dem Landwehradler an der Kopfbedeckung. Sie üben alljährlich beim Regiment in einer zu bestimmenden Zahl. Die überschießende Landwehr-Kavalleriemannschaft wird in Landwehr-Eskadrons und -Regimenter formiert (ohne Lanzen) in der Stärke, wie dies die Qualität der Pferde provinzenweise erlaubt. (Stämme für die Landwehrkavallerie erscheinen nicht anwendbar, indem die Kosten unerschwinglich sind, da diese Stämme, um Nutzen zu schaffen, eine gehörige Stärke haben müßten.)

In beiden Regimentern werden im Kriege, ganz nach Befinden des Brigadekommandeurs, die Linien- und Landwehroffiziere durcheinander geworfen.

Schon im Frieden befehligt der Brigadekommandeur die gleichnamigen Linien- und Landwehr-Regimenter. Ein Jahr um das andere führt in der Exerzierzeit der eine Brigadekommandeur die zwei Linien-Regimenter als Linien-Brigade, während der andere die Aushebung besorgt.

148] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Coblenz, 12. Dezember 1851.

1851. 12. 12. Mit besonderer Satisfaktion habe ich die Entschließung Preußens vernommen, daß es Wien bei der Zollkonferenz nicht beschicken wird. Dies ist der richtige Weg, um uns nicht auch noch aus unserer letzten Position in Deutschland drängen zu lassen.[1]) Ich

Zu 148) [1]) Gerade um Preußen aus Deutschland noch mehr zu verdrängen, verlangte Österreich, dem Zollverein beizutreten, was allen Interessen der

habe mich in Karlsruhe gegen den Großherzog und seine Brüder, gegen Minister v. Dalwigk in Darmstadt, in Frankfurt a. M. gegen viele Personen, gegen den Herzog von Nassau sehr entschieden und bestimmt über unsere Stellung zu den Zollverbündeten ausgesprochen und immer die Unterschiede hervorgehoben, die zwischen unser aller Wunsch, in einen vernünftigen Handelsvertrag mit Österreich zu treten, liegen und in einer Zollunion, die für jetzt noch ein Unding sei. Die Antworten lauteten, daß man unbedingt die Zollunion nach wie vor wolle, daß man aber doch auch hören müsse, was man in Wien wolle. Ich erwiderte dann immer, sie würden dort hören, daß Preußen durch die jetzige erweiterte Zollunion die Mediatisierung der übrigen deutschen Staaten wolle, was Österreich bereits vor 18 Jahren ihnen gesagt habe; was seit jener Zeit nicht eintrat, werde auch jetzt nicht eintreten, indessen stünde es bei jedem, uns zu verlassen, wenn man bessere Bedingungen bei Österreich erhielte — Preußen werde nicht zu kurz kommen, da unsere Einnahmen notorisch steigen würden — wie aber das gesamte Deutschland die Sache vertragen würde, das wäre freilich eine ganz andere Frage. Ich fürchte, ich fürchte, Hannover wird eine Vermittelungsstellung einnehmen, Vermittelungsanträge machen, die unbedingt zu Preußens Nachteil politisch führen würden!! Unbedingtes Festhalten am Zollverband oder Zurückziehen auf uns selbst ist allein unserer würdig, [das allein] wird zum Ziel führen;[2]) der Mittelweg ist hier unser Ruin! Prinz von Preußen. 1851.

149] An den Hauptmann v. Doering.[1])

Coblenz, 17. Dezember 1851.

Empfangen Sie meine herzlichsten Glückwünsche zur Entscheidung Ihrer Zukunft, die sich, so Gott will, zu einer freudigen und ungetrübten gestalten möge. 1851. 17. 12.

deutschen Staaten gerade entgegengesetzt war. — [2]) Dasselbe Mittel, das auch die Gründer des Zollvereins in richtiger Voraussicht und mit Erfolg angewandt hatten.

Zu 149) [1]) Hauptmann im Alexander-Regiment, bei der Mobilmachung 1850 dem Stabe des Prinzen von Preußen zugeteilt.

1851. Daß Sie meiner in dem für Sie so wichtigen Augenblick gedachten, beweist mir auf eine sehr liebe Art, daß Sie gern einer Zeit gedenken, wo wir hofften der — eisernen Braut entgegenzugehen. Wenn Ihre jetzige Braut[2]) und auch Sie wohl momentan nichts von Krieg hören mögen, so würde derselbe Sie doch hoffentlich wieder in meine Nähe führen. Doch will ich diesen egoistischen Wunsch vorläufig noch aufgeben, um so mehr, da der Präsident in Paris[3]) uns vorläufig noch keinen Anlaß zum Ziehen des Schwertes gibt. Im Gegenteil, er hat uns alle vorläufig vor den Greueln der Anarchie bewahrt. Auf wie lange? Das ist eine andere nicht zu beantwortende Frage.

Wenn ich in Berlin bin, besuchen Sie mich, was Sie noch zuletzt schnöde unterließen. Ihr Prinz von Preußen.

150] An Hofrat Louis Schneider.

Coblenz, 6. Januar 1852.

1852. 6. 1. Die Adler-Zeitung sagte in Nr. 148 vom 18. Dezember beim Schlusse des Artikels über das Armeebudget:

„Die dreijährige Dienstzeit könne nur wieder eingeführt werden, wenn man die halbe, ja $^{2}/_{3}$ der Staatsrevenuen auf die Armee verwenden wolle;"

und die Wehr-Zeitung sagt in Nr. 350 vom 24. Dezember:

„Der dreijährigen Dienstzeit trete das Militärbudget nicht als ein Gespenst, sondern als eine traurige Wirklichkeit entgegen, was die nun folgenden Gehaltskompetenzen nachweisen sollen. Diese Kompetenzen schließen dann mit der Bemerkung, daß jenes Gespenst 600 000 Taler kosten würde."

Wahrlich ein Gespenst, vor dem ein preußisches Budget mit 94 Millionen zu erschrecken hat!!!!!

Letzterer Artikel trägt das Gepräge, aus dem Kriegsministerium gekommen zu sein.

Beide Artikel zusammengenommen, haben die Aktion, zu verblenden und das Vertrauen in der Armee gänzlich sinken zu lassen.

---

[2]) Gräfin Dohna. — [3]) Napoleon (III.).

Da sie aber verblendet haben, so hoffe ich, werden Sie einen Artikel schreiben, der jene beiden in ihr wahres Licht stellt, nämlich, daß sie ein Abtrumpfen der Wiederherstellung der dreijährigen Dienstzeit sein sollen, denn 1852.

die Hälfte des Staatsbudgets wären 47 Millionen, $^2/_3$ derselben sind 62 Millionen.

Jeder Kriegsschüler kann aber nachrechnen, daß die Etatserhöhung bei allen Waffen durch die dreijährige Dienstzeit noch nicht eine Million macht, also: 1 + 27 Millionen = 28 Millionen. Und behaupten zu wollen, daß Preußen nicht 600 000 Taler aufbringen könne, und diese Summe ein Gespenst zu nennen, beweist doch auch augenscheinlich mauvaise volonté in dieser Lebensfrage der Armee. Also schreiben Sie etwas der Art.

P. v. P.

151] An den Generalmajor v. Wangenheim.

Coblenz, 14. Januar 1852.

Aus Ihrer Antwort vom 12. ersehe ich die Gründe über 1852.
die verspätete, respektive verfrühte Vorlage der militärischen 14. 1.
Reformen. Ganz verstehe ich indessen die letzte Hast nicht, da man noch keinen Kriegsminister hatte und doch der König die Kabinettsorder schon unterzeichnete, die nun glücklicherweise reponiert ist.

Daß ich 1834 für $2^1/_2$jährige Dienstzeit votiert habe, weiß ich sehr wohl, weil ich die dreijährige nicht durchsetzen konnte und zwei Jahr nicht wollte. Meine Gründe haben sich seit 18 Jahren vollkommen bestätigt. Ich hatte damals selbst verschiedene Vorschläge gemacht, aber zugleich vor ihnen gewarnt als Palliative, die nichts taugten.

Wenn Sie alle meine Einwendungen mit Rücksichten des Kostenpunktes vis-à-vis des einmal aufgestellten Budgets widerlegen, so ist das eben der Hauptvorwurf, den ich Stockhausen mache, daß er nicht den Kammern gesagt hat, pro 1852 fordere ich nur so und so viel als Palliative, pro 1853 komme ich mit viel mehr.

1852. Nun, das kann der neue Kriegsminister um so eher, und der Finanzminister hat neun Monate Zeit, Rat und Geld zu schaffen.

Den 16. abends treffe ich auf Befehl des Königs in Berlin ein. Prinz von Preußen.

152] Denkschrift über die Bildung der ersten Kammer.

Berlin, im März 1852.

1852. März. Die Bevorzugung, welche der preußische Gesamtadel in Anspruch nimmt, in der ersten Kammer[1]) durch selbstgewählte Mitglieder repräsentiert zu werden, kann nur durch das Selbstgefühl erklärt werden, welches demselben vermöge seiner geschichtlichen Stellung zum Monarchen, sowie vermöge seiner Bedeutung bei Entwickelung der vaterländischen Geschichte innewohnt. Niemand erkennt diese historische Bedeutung mehr an, als wir. Ein Redner in der zweiten Kammer sagte einst: „Es ist nicht notwendig, daß der Adel eines Staates dessen Geschichte hauptsächlich mit entwickeln hilft; in Preußen ist dies aber der Fall gewesen, indem derselbe seit fast zwei Jahrhunderten in der Armee in allen Staatsämtern und in der Administration alle Hauptstellen bekleidet hat und dadurch das Beispiel der Aufopferung und Pflichttreue allen andern Klassen der Bevölkerung gab.“ Eine solche Erscheinung, die nur in der innigen Anhänglichkeit an den Monarchen ihre Wurzel findet, darf und wird kein König von Preußen vergessen. Wo die Könige Opfer vom Adel zu verlangen genötigt waren, sind dieselben stets willig gebracht worden, weil

Zu 152) [1]) Die endgültige Bildung des Herrenhauses währte Jahre hindurch. Die Verfassung vom 31. Januar 1850 (§ 65) hatte bestimmt, daß es aus 120 vom Könige ernannten und aus 120 vom Volk gewählten Mitgliedern bestehen sollte. Die ganze Wunderlichkeit dieser Zusammensetzung zeigte sich auch darin, daß es mithin zur Hälfte unauflöslich, zur andern Hälfte auflösbar sein mußte. Schließlich wurde, da man sich nicht einigen konnte, dem König die Bestimmung überlassen, der dann durch Verordnung vom 12. Oktober 1854 die Frage wesentlich nach dem hier vom Prinzen gewandt und schlüssig verteidigten, damals viel erörterten Heffter-Koggeschen Antrag entschied. Einige Korrekturen schlug Boyen dem Prinzen vor, und dieser ließ von der Denkschrift zwanzig lithographische Exemplare zur Verteilung herstellen.

jene Gesinnungswurzel sich noch nie verleugnete. Die Anerkennung 1852.
der Könige ist daher auch nie ausgeblieben und die Dankbarkeit für alle vom Adel dem Vaterlande und dem Throne geleisteten Dienste wird in keinem Hohenzollernherzen jemals erlöschen.

Im vorliegenden Falle fragt es sich nun, ob dem Adel ein neues Opfer angesonnen wird, das zu bringen derselbe auf eine so eklatante Art, wie es das Votum vom 5. März zeigte, nicht gewillt ist? Es muß geleugnet werden, daß von einem Opfer hier die Rede ist. Opfer können nur da gebracht werden, wo man im Besitze eines Gutes oder eines Rechtes sich befindet, welches man teilweise oder ganz aufzugeben aufgefordert wird. In Preußen bestand bisher das Bedürfnis nicht, eine Zentralversammlung für Gesetzgebung im konstitutionellen Sinne zu besitzen. Seitdem durch die Verfassungen seit 1848 und 1850 diese Institution geschaffen worden ist, ist als Konsequenz die Notwendigkeit eingetreten, das Zweikammersystem zu adoptieren. Diesem System liegt das Prinzip zugrunde, daß in der zweiten Kammer das Bewegungsprinzip der Zeit sich darstellt, weshalb dieselbe aus ausgedehnten Volkswahlen hervorgeht. Um dieser nur zu leicht überflutenden Bewegung ein Gegengewicht zu setzen, konstituiert man eine erste Kammer, welche das Prinzip des vernünftigen Erhaltens repräsentiert. Jetzt fragt es sich, welch ein Recht hat der preußische Adel auf bevorzugte Mitgliedschaft in diesen Kammern?

In der zweiten Kammer kann, da dieselbe aus allgemeinen Wahlen hervorgeht, von einem dergleichen Rechte gar nicht die Rede sein. Es kann also nur bei Konstituierung der ersten Kammer, die nach § 65 der Verfassung teilweise aus Ernennungen des Königs hervorgehen sollte, zur Sprache kommen, ob der Gesamtadel des preußischen Staates ein Recht zu solchen Ernennungen beanspruchen kann? Wir müssen dieses Recht verneinen und es nur auf den mit größeren Güterkomplexen grundangesessenen Teil desselben beschränken. Dies folgt von selbst aus dem angegebenen Kennzeichen einer ersten Kammer, nämlich daß sie das (vernünftige) Erhaltungsprinzip darstellen soll. Da sie durch dies Prinzip der Krone nahegestellt ist, indem diese von

1852. demselben Grundsatz geleitet werden muß, so fallen beider Interessen gewöhnlich zusammen. Nun bedarf es wohl keiner Ausführung, daß dies konservative Element sich vorzugsweise im großen, und zwar befestigten Grundbesitz darstellen wird; es liegt dies in der Natur der Sache, und England gibt uns das geschichtliche Beispiel dieses Grundsatzes. Wenn zwar nicht behauptet werden soll, daß Preußen eine so reiche Aristokratie besitzt und besitzen wird als England, so kommt es hier nur darauf an, die Prinzipien und die daraus sich ergebenden Elemente ins Auge zu fassen, welche in England die Aristokratie und aus ihr das Oberhaus geschaffen haben. Ist das Prinzip erst richtig aufgestellt, so finden sich auch die Elemente, die teils schon vorhanden sind, teils nach und nach geschaffen werden müssen. Finden wir nun im preußischen Adel als Gesamtheit die Elemente, welche zur Konstituierung eines Oberhauses befähigen und berechtigen? Gewiß nicht. Ein Grundbesitz, wie der unseres Adels es durch die Gesetzgebung geworden ist, nämlich ein Handelsartikel kann dem hier aufgestellten Begriff nach nicht den Konservatismus repräsentieren. Wir sind weit entfernt zu behaupten, daß die ehemaligen und jetzigen Besitzer solcher ver- und erhandelter Besitzungen deshalb der Bewegungspartei in die Hände gefallen sind. Wo es sich aber um Grundsätze und Grundlagen handelt, kann man nicht die Persönlichkeit vorwiegen lassen.

Wenn somit der große und befestigte Grundbesitz es ist, der zur Berufung in eine Erste Kammer sich qualifiziert, so ist recht eigentlich die Stellung des übrigen, minder begüterten und minder befestigten grundbesitzenden Adels ihm in der Zweiten Kammer angewiesen, in welcher er durch seine Individualität und seinen Einfluß zur Wahl gelangen muß, und wo er durch seinen ihm immer innewohnenden Patriotismus dem Vaterlande die wesentlichsten Dienste im konservativen Sinne leisten wird. In dieser Stellung des Adels in den verschiedenen legislativen Korporationen sieht derselbe eine Trennung und eine Zerreißung in sich, also die Einheit, die den preußischen Adel bisher bezeichnete, vernichtet. Dieser Ansicht können wir durchaus nicht beitreten. In unsern Augen tritt nicht die mindeste Verschiedenheit zwischen

den adligen Geschlechtern dadurch ein, daß ein Teil in dieser, der andere in jener Kammer sitzt und Gesetze berät. Der Unterschied, welcher heute schon zwischen den reicheren, durch großen Grundbesitz hervortretenden Familien und den minder begüterten in gesellschaftlicher Beziehung besteht, wird fortbestehen. Aber gerade so, wie bisher begüterter und unbegüterter Adel eine und dieselbe Kaste (im guten Sinne des Wortes) bildet, deren Mitglieder nur durch Lebensverhältnisse und Lebensbeziehungen gesondert sind, gerade so wird die Stellung des Adels untereinander dieselbe bleiben, wenn er auch in die verschiedenen legislativen Korporationen berufen werden wird. Dieser minder begüterte Adel in Preußen nimmt freilich nach und nach immer mehr die Stellung der englischen Gentry an. Wenn sich die Mitglieder dieser Fraktion aber durch Glücksverhältnisse zum großen Grundbesitz verhelfen, wenn derselbe befestigt wird und die Persönlichkeiten sich dazu eignen, so können und werden dieselben einst ihre Stellung in der Ersten Kammer einnehmen. Eben dasselbe nehmen wir aber auch für den Bürgerlichen in Anspruch. Wer die Bedingungen, die durch Verordnungen festzusetzen sind, um in die Erste Kammer berufen zu werden, erfüllt, hat einen Anspruch auf diese Berufung. 1852.

Wenn wir im Vorstehenden unsere Überzeugung dahin ausgesprochen haben, daß 1. dem preußischen Adel in der vorliegenden Frage kein Opfer angesonnen wird, 2. daß eine Trennung desselben in sich nicht eintritt durch Berufung und Wahl in zwei politisch legislative Versammlungen, so vermögen wir auch den Widerstand, der sich in der rechten Seite der Ersten Kammer am 5. März d. Js. gezeigt hat, nicht zu erklären. Dieser Widerstand, der so weit geht, lieber die Bestimmungen des § 65 der Verfassung beibehalten zu sehen, als den sogenannten Heffter-Koppeschen Antrag anzunehmen, ist um so auffallender, als durch den § 65 dem Zufall der Wahl das anheimfällt, was durch genannten Antrag vertrauensvoll in die Hände des Königs gelegt wird. Jener Paragraph mußte unter den noch sehr unklaren und bewegten Verhältnissen der Jahre 1849 und 50 als ein Sieg betrachtet werden. Aber keinem geschichtlich-konservativ Ge-

1852. sinnten konnte der Fehler desselben entgehen, zwei gegeneinander stehende Prinzipien, Königliche Ernennungen und Volkswahlen, in einer Ersten Kammer zu vermischen. Die Beengung, welche dieser Volkswahl durch lit. d des § 65 auferlegt wird, beweist, daß man auf einem Umwege den Fehler, den eine solche Wahl für ein Oberhaus enthält, gutzumachen hoffte und beabsichtigte. Aber man kommt auf solchem Wege nicht zum Ziel, solange man nicht das falsche Prinzip aufgibt. Dies geschieht durch den Heffter-Koppeschen Antrag. Wie konnte also die konservative Rechte der Ersten Kammer gegen diesen Antrag stimmen, der mit der, dieser Seite der Kammer eigentümlichen, geschichtlichen Auffassung konstitutioneller Verhältnisse in Einklang steht?

Nach der ersten Lesung des in Rede stehenden Antrages soll die Erste Kammer künftig bestehen aus: 1. geborenen Mitgliedern, a) die Prinzen des Königlichen Hauses, b) die Häupter der Hohenzollernschen Fürstenhäuser, c) die Häupter der ehemaligen reichsständischen Geschlechter; 2. Mitgliedern, denen die Erblichkeit verliehen wird (künftig also auch geborene Mitglieder); 3. Mitgliedern, welche der König auf Lebenszeit aus dem größeren Grundbesitz, den größeren Städten und Universitäten beruft; 4. sonstigen Mitgliedern, welche der König auf Lebenszeit ernennt.

Eine auf dieser Grundlage basierte Erste Kammer verspricht bei richtig getroffener Königlicher Auswahl zu den Ernennungen allen Ansprüchen zu genügen, die an solche Institutionen gemacht werden müssen. Aber unserer Ansicht nach ist auch gerade dem preußischen Adel diejenige Aussicht auf Berücksichtigung durch diese Bestimmungen verheißen, die ihm gebührt. Die mit Erblichkeit beliehenen Mitglieder können fast nur ausschließlich unter den reichsten, grundbesitzenden adligen Familien gefunden werden, da deren Grundbesitz zugleich ein befestigter sein muß. Derjenige Grundbesitz, welcher dem eben bezeichneten an Größe zunächst steht, aber noch nicht gesetzlich befestigt ist, muß derjenige sein, welcher zunächst unter den ad 3 begriffenen Mitgliedern zu verstehen ist. Auch hier wird wiederum der Adel den ersten Anspruch auf Berücksichtigung haben, und wenn die Bestimmung

ad 4 unstreitig am umfassendsten allen Ständen die Ernennung 1852.
für ausgezeichnete Dienste in jeglichem Wirkungskreise in Aussicht stellt, so wird der preußische Adel, so lange die Hohenzollern in Preußen regieren, auch in dieser Sphäre seine Stelle sich selbst zu schaffen wissen und auf Anerkennung zu rechnen haben.

Wir schließen diese Betrachtungen mit dem Wunsche, daß sie die Überzeugung gewähren mögen, daß wir einem hochachtbaren Stande Preußens alle Berücksichtigung zuerkennen, die demselben wegen seiner Verdienste um das Vaterland und sein Regentenhaus gebührt, die wir aber nicht in Ansprüchen begründet finden, welche mit den jetzt bei uns eingeführten Institutionen unvereinbar sind.

153] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Coblenz, 5. April 1852.

Da ich nun bald vier Wochen Berlin verlassen habe, so muß 1852. 5. 4.
ich Ihnen doch bemerken, daß ich noch keinen einzigen Depeschenextrakt erhalten habe. Ich ersuche Sie daher, dem auswärtigen Departement gütigst die Anweisung zu erteilen, daß mir wenigstens wöchentlich einmal diese Extrakte zugehen, und zwar, wie ich Ihnen dies beim Abschiede mündlich sagte, die Gegenstände namentlich der Gesandten bei den Großmächten, welche eine weitere Portée haben, — in etwas ausführlicherer Art, als dies in der letzten Zeit geschah. Die Extrakte, welche Herr v. Chambrier im Jahre 1850 lieferte, entsprachen ganz meinen Wünschen; ich erhielt sie fast zweimal wöchentlich. . . .

Graf Hatzfeldt bittet um Entscheidung über Erstattung von 200 Louisdor, was Sie zu arrangieren versprachen.

Prinz von Preußen.

154] An General O. v. Natzmer.

Coblenz, 8. April 1852.

Tausend herzlichen Dank, bester Natzmer, für Ihre treuen 1852. 8. 4.
Wünsche zum 22. März, die Sie sogar vom Krankenlager mir

1852. senden. Es ist gar zu traurig, daß Sie gar nicht wieder aufkommen, denn ich hoffte immer, Sie doch einmal in Berlin wiederzusehen in den verhängnisvollen Zeiten.

Seit dem 2. Dezember[1]) sieht die Welt wieder ganz anders aus! Napoleon, bientôt der Zweite, ist rasch der pro 1852 drohenden europäischen Krisis Herr geworden; dadurch ist er für Frankreich und Europa ein momentaner Retter geworden. Wie wird aber seine Zukunft sein? Er baut auf Franzosen und Volkssouveränität — also auf Sand! Aber sein Reich kann doch von einiger Dauer sein. Den Krieg braucht er noch nicht zu seiner Selbsterhaltung; auch weiß er, daß er jetzt noch die nordeuropäische Koalition gegen sich hat. Er wird aber mit Aussicht auf einen einst nötigen Krieg dahin diplomatisieren, daß die Großmächte voneinander isoliert werden und in Deutschland die Uneinigkeit genährt wird, damit er, wenn er den Rhein überschreitet, Neutrale, wenn nicht Alliierte, findet. Dieses ist die alte französisch-deutsche Leier! —

Schwarzenbergs Tod[2]) wird gewiß in süddeutschen Kabinetten eine Art stupeur erregen; er würde zuletzt mit dem Kopfe durch die Wand gerannt sein, um Preußen zu ruinieren. Keiner seiner Nachfolger wird so rasend handeln wie er; also unsere Antipoden jenseits des Mains verlieren einen starken Rückhalt, inklusive Kurhessen. Wir wollen uns aber doch vorsehen, daß ein anderer derber österreichischer Premier uns nicht ebenso verderblich werde. Vielleicht hat die Flotte den Schwarzenberg getötet, da er einsehen muß, daß seine Antipathie gegen Preußen es nun doch dahin gebracht hat, daß gerade Preußen das Fundament der deutschen Flotte[3]) abgegeben wird, an das sich die übrigen nolens volens dereinst anschließen müssen, also daß gerade das eintritt, was er verhindern wollte. Wir können sehr zufrieden mit diesem Ausfall der Frage sein. Wenn wir nur auf dem Berliner Zoll-

Zu 154) [1]) Staatsstreich Napoleons. — [2]) Fürst Schwarzenberg, österreichischer Premierminister, einer der heftigsten Gegner Preußens. † 3. April. — [3]) Durch Aufkauf von Schiffen, die 1849 als deutsche Flotte gegen Dänemark zusammengebracht waren und jetzt schimpflich versteigert wurden, war der Anfang zu einer preußischen Flotte gemacht worden.

kongreß Sieger bleiben[4]) — dann haben wir ein enormes Terrain 1852.
gewonnen! — Ihrer Gemahlin mich angelegentlichst empfehlend
Ihr treuer Freund Prinz von Preußen.

155] An den Adjutanten Major v. Boyen.

9. April 1852.

Schwarzenbergs[1]) Tod ist ein Evenement. Gott gebe, daß 1852. 9. 4.
wir nicht aus dem Regen unter die Traufe kommen, wenigstens warne ich sehr vor zu großer Herzensergießung, die aus Wien kommen könnte und von anderswo, beweisen wollend, daß, da der Mann tot sei, nun alles anders wäre. Bien fol qui s'y fie!

156] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Coblenz, 13. April 1852.

Der erste Gedanke, welcher mich durchzuckte, als ich den 1852. 13. 4.
Tod Schwarzenbergs[1]) erfuhr, war, daß seine offene und energische Opposition gegen Preußen vielleicht weniger persönlich gewesen sei, als es die sein könne, welche nun ein Nachfolger desselben unter milderen Formen auszuüben suchen werde.[2]) In derselben Stunde schrieb ich diese meine Ansicht dem König; vielleicht sprach er Ihnen von derselben. Seitdem haben viele Personen dieselbe Auffassung geteilt. Daher drängt es mich, auch Ihnen meinerseits diese sehr ernste Angelegenheit vorzuhalten. Es sollte mich nicht wundern, wenn frühere intime Freunde Schwarzenbergs jetzt sich bemühen werden, ihn uns als den Hemmschuh einer Verständigung mit uns darzustellen, um gerade nunmehr unter der Maske besserer Formen um so eher zum Ziele zu

---

[4]) Zum 1. April einberufen. Durch die Gründung des Zollvereins hatte Preußen trotz vieler Streitigkeiten lange vor der politischen die wirtschaftliche Einigung Deutschlands in erfolgreiche Bahnen gelenkt.

Zu 155) [1]) Vgl. S. 304. Der Prinz hatte nur zu recht. Die Namen und Personen in Wien mochten wechseln, das System Österreichs d'abord avilir la Prusse et alors la démolir änderte sich nicht. Vgl. S. 244.

Zu 156) [1]) Vgl. Nr. 154 u. 155. — [2]) Diese Voraussage traf bei dem Nach-

1852. gelangen, d. h. uns wieder auf die Bahn der Konzessionen zu drängen. Der erste Angriffspunkt in diesem neuen Gewerbe wird die Zollkonferenz[3]) sein; Nachgiebigkeit, Auswege, Mittelwege usw. werden vielfach vorgeschlagen werden, da der Hemmschuh Schwarzenberg nicht mehr existiere. Ich weiß, daß dieses die Ansichten sind, welche in Darmstadt prädominiert haben, und daß man zwar nicht auf Sie rechnet, wohl aber auf Einflüsse, die den König zum Nachgeben auf dem Zollgebiet und auf vielen anderen Punkten bewegen würden!! Sie werden mich lästig finden, daß ich immer auf dies Thema zurückkomme, aber ich kann nicht oft genug wiederholen, wie der Erfolg jedesmal zu unseren Gunsten ausschlägt, wenn wir energisch und konsequent bleiben. Die Flottenfrage hat dies eklatant von neuem bewiesen. Die Frage sollte Preußen Nachteil bringen — und sie schlägt ganz zu unserem Vorteil aus, denn Deutschland kann nun nur von Preußen noch etwas auf diesem Gebiet erwarten, um dessen Flotte sich dereinst eine deutsche noch sammeln kann. — Also auf dem Zollkongreß nur eisern fest und konsequent geblieben, und unsere Aktien steigen 100 Prozent. Der Überbringer dieser Zeilen hat mir ganz klaren Wein eingeschenkt über Napoleons Absichten; Vollbracht[4]) ist ganz für den österreichischen Plan gewonnen, und seine Unionserfahrung scheint hauptsächlich den Gedanken reifen zu lassen, daß der König nachgeben werde. Da sogar die Kreuzzeitungspartei auf dem Zollterrain korrekt

folger Grafen Buol-Schauenstein völlig ein. — [3]) Es sollte auf dieser Zollkonferenz sich um die Erneuerung des zum 1. Januar 1854 gekündigten Zollvereins handeln, eine Erneuerung, die, ganz abgesehen von der eigenwilligen Haltung Hannovers und der nach Schutzzöllen strebenden süddeutschen Staaten, deshalb so schwierig war, weil, wie erwähnt, Österreich den Einfluß, den Preußen durch den Zollverein in Deutschland gewonnen hatte, brechen und daher in ihn aufgenommen sein wollte. Das war aber nicht nur für Preußen eine große politische Gefahr, sondern bei den ganz verschiedenen Interessen der deutschen Staaten mit denen Österreichs und seiner slavischen und italienischen Untertanen ein wirtschaftliches Unding. Preußen erklärte gleich bei Beginn der Verhandlungen, daß zunächst die inneren Verhältnisse des Zollvereins erörtert werden müßten und demnächst nur ein Handelsvertrag mit Österreich in Frage komme. — [4]) Die nassauische Regierung, an deren Spitze Graf Vollbracht stand, pflegte auch in der Zollvereinsfrage ganz auf österreichischer Seite zu

ist, so dürfte es nicht schwer sein, den König festzuhalten auf dem rechten Wege! Vom ersten Auftreten hängt unendlich viel ab; der 16. möge Sie energisch finden! 1852.

Also nochmals, trauen Sie den einschmeichelnden österreichischen Kunstgriffen noch weniger als den brüsken, wenn dazu auch noch mehr savoir faire und Zähigkeit gehört. Die sehr interessanten Depeschen aus Petersburg und Wien haben mich nun einigermaßen wieder orientiert. Danach erschien Niebuhrs[5]) absprechende Mitteilung über englische Neutralitätsideen wegen Belgien bei einem französischen Anfall völlig aus der Luft gegriffen, da Lord Derby[6]) ja gerade sehr entschieden gegen Brunnow[7]) das Gegenteil aussprach. Ich werde den 8. Mai in Berlin eintreffen. Bis dahin rechne ich noch auf Mitteilungen, die ich vielleicht auch mit wenig Worten über die ersten Eindrücke des Zollkongresses erhalten kann. „Erst den Zollverband hergestellt, und dann mit Österreich über Handelsvertrag verhandelt" — das ist unsere Losung; wer uns verlassen will, mag gehen — sie kommen doch wieder.

Ihr Prinz von Preußen.

157] An den Flügeladjutanten Grafen v. Münster.[1])

[vor dem 24. April 1852.]

Daß eine gute und prinzipienmäßige erste Kammer den Konstitutionalismus befestige, leugne ich, weil, solange diese Farce überhaupt dauert, man sie möglichst gut haben muß, und wenn 1852. April.

stimmen. — [5]) Kabinettsrat des Königs. — [6]) Lord Derby bildete nach dem Sturz des Whigministeriums Russel das neue Ministerium. — [7]) Russischer Gesandter in London.

Zu 157) [1]) Dieser Brief ist veranlaßt durch den Streit um die Bildung des Herrenhauses. Vgl. Nr. 152. Wir unterlassen nicht, ihn abzudrucken, bemerken aber, daß er uns nur in den Gerlachschen Denkwürdigkeiten überliefert ist, ohne daß Gerlach sagt, ob er ihn beim Schreiben seiner Denkwürdigkeiten im Original oder in Abschrift vor sich gehabt hat, oder ob er, wie es scheint, nur nach dem Gedächtnis niederschreibt, was er gelegentlich gehört hat. Jedenfalls bestehen begründete Zweifel an der Zuverlässigkeit der Überlieferung des Wortlauts.

1852. sie so, wie sie ist, aufhört, wir doch niemals um eine Zentralversammlung herumkommen werden, die aber hoffentlich nur auf dem Prinzip des Vereinigten Landtages stehen wird, nicht aber dessen Form haben. Auch wird eine solche Zentralversammlung niemals ohne Oberhaus sein können, selbst wenn das Unterhaus aus den Provinzialständen hervorgeht, durch Wahl teils des Königs, teils ihrer selbst. Hierzu paßt alsdann eine jetzt richtige prinzipienmäßig konstituierte erste Kammer unter allen Umständen, weil es nur ein Prinzip für eine aristokratische erste Kammer, Oberhaus, Herrenkurie usw. gibt. Voilà mein Glaubensbekenntnis.

158] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Saarlouis, 22. April 1852.

1852. 22. 4. Im Augenblick der Abreise von Coblenz empfing ich Ihr Schreiben und seine Beilage. Diese hat mich außerordentlich über unser Verhalten auf der Zollkonferenz beruhigt, sowie auch Ihre Eröffnungsrede, die ich heute in der Zeitung las.[1]) Der König schrieb mir in einem gestern erhaltenen Briefe, Sie hätten ihm gesagt, ich habe Ihnen meine Unzufriedenheit und meine Furcht über unser Verhalten zu diesem Kongreß ausgesprochen. Ich erinnere mich nicht, Ihnen von Unzufriedenheit geschrieben zu haben, wohl aber von Befürchtungen. Diese sind sehr lebhaft bei mir gewesen, weil ich hier in der Nähe die Anstrengungen sehe, die gegen die Zollunion gemacht werden, wenn Österreich nicht aufgenommen wird. Indessen Ihr Brief, das Protokoll und des Königs Brief beruhigen mich vollkommen, da ich nicht einsehe, wie man von diesem Wege ablassen könnte nunmehr, ohne die furchtbarste Inkonsequenz. Daß es an Schreckschüssen nicht fehlen wird, ist sehr gewiß; es kommt aber eben darauf an, daß man dergleichen auch für Schreckschüsse erkennt; dann sind

Zu 158) [1]) Manteuffel sprach die Hoffnung auf Fortsetzung des Zollvereins in der durch den Anschluß des Steuervereins, d. h. dem Vertrage mit

sie nicht gefährlich, sondern werden ihre Ohnmacht erweisen, 1852.
während wir siegreich bestehen werden. Preußen muß seine Gegner auf das Terrain werfen, worauf sie uns werfen wollen, d. h. den Worten keine konsequente Tat folgen lassen.

Die vielen Konzessionen, welche Preußen seit 1849 macht, haben den Gegnern Mut gemacht, daß wir den Mund voll nehmen und zuletzt doch klein beigeben. Dies wird auch jetzt versucht werden. Unser Feststehen ist in unserer Position sehr leicht, weil wir die Sympathien der Völker für uns haben, deren materieller Wohlstand im Verbande mit uns sich so sichtbar hob. Ich bin daher sehr guten Mutes, wenn wir nur konsequent und entschieden bleiben. Ich bin ganz mit Ihnen einverstanden, daß des Königs Plan, jetzt gleich mit der Auflösung zu drohen, nicht gut gewesen wäre, man muß seinen Trumpf sich aufbewahren. Ebenso erfreut bin ich, daß Sie von einem konzilianten Entgegenkommen nach Wien[2]) abgeraten haben. Ich fühle, woher der Wind bläst!! Die mir zuletzt mitgeteilte Depesche Arnims[3]) nach seiner ersten Unterredung mit Graf Buol ist ganz mit solchen beschwichtigenden Ansichten erfüllt, wie ich sie sofort voraussah; traurig, daß Arnim sich scheint beschwatzen zu lassen. Er ist nicht für die Stelle gemacht!

Über die Gefahren der Rheinbunds-Velleitäten und über die des Katholizismus sehe ich Ihren mündlichen Unterredungen entgegen. Einige Gefahr scheint mir von Rußland zu drohen, welches die Zoll- und Flottenfrage usw. als Nebensachen betrachtet, über die wir uns mit Österreich nicht brouillieren möchten![4]) Da muß Nesselrode[5]) belehrt werden.

[Prinz von Preußen.]

Hannover vom September 1851 erweiterten Gestalt aus. — [2]) Am 8. Mai richtete Manteuffel aber doch noch ein entgegenkommendes Schreiben nach Wien. — [3]) Graf Arnim-Heinrichsdorf, preußischer Gesandter in Wien. Bismarck urteilt bekanntlich über ihn noch schärfer als der Prinz. — [4]) Das russische Interesse war, jede Art von Einigung und damit Erstarkung Deutschlands zu hindern. Deshalb unterstützte es Österreich auch in der Zollpolitik. — [5]) Der russische Staatskanzler.

159] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 18. Mai 1852.

1852. 18. 5. Nesselrode[1]) fordert das Gegenteil von dem, was Sie bei Eröffnung der Zollkonferenz vor der ganzen Welt offiziell erklärt haben. Eine solche Forderung kann nur gestellt sein, weil man weiß, daß wir in der elften Stunde nachgeben werden. Wer spielt diese heillosen Intriguen hier und in Wien???

Wenn wir diese unsere letzte Position auch noch aufgeben, dann haben wir alles Ansehen verloren und werden mit Recht verachtet. Ich habe dem Könige dasselbe geschrieben. Er und Sie haben nun zu wählen, ob wir noch Selbständigkeit behalten sollen oder alles zu opfern, selbst die Ehre, bereit sind.

Ihr Prinz von Preußen.

160] An den preußischen Bundestagsgesandten v. Bismarck.

Carlsruhe, 24. Juli 1852.

1852. 24. 7. Mit großem Interesse habe ich Ihre Depesche und Ihre gestrigen Mitteilungen gelesen.[1]) Was mir aus allem hervorzugehen scheint, ist, daß Ihre Auffassung, in Wien die Zollunion mit Österreich für eine offene Frage zu erklären — eigentlich der Stein des Anstoßes ist. Wir haben immer erklärt, daß von einer solchen Union nicht die Rede sein könne, während die Offenhaltung doch die Möglichkeit zuläßt. Hierauf beziehe ich die Anweisung Manteuffels an Sie, in diesem Sinne nicht weiter

Zu 159) [1]) Der Brief bezieht sich auf die auch von Rußland gewollte Verständigung über Österreichs Eintritt in den Zollverein. Nesselrode war mit dem Kaiser Nikolaus über Wien in Berlin angelangt.

Zu 160) [1]) Bismarck war zur Vertretung des erkrankten preußischen Gesandten Grafen v. Arnim nach Wien gesandt worden und hatte dem Kaiser vorgestellt, daß Preußen unmittelbar nach dem erneuerten Anerkenntnis des Zollvereins bereit sei, mit Österreich einen Handelsvertrag abzuschließen. Es war aber gegen ihn, wie es scheint infolge von Indiskretionen, selbst in Zeitungen der Vorwurf der Überschreitung seiner Instruktionen erhoben, und dagegen hatte sich Bismarck auch dem Prinzen gegenüber verteidigt.

sich zu äußern. Ob nach dieser Auffassung Manteuffel darauf 1852.
eingehen wird, semioffiziell zu erklären, Sie hätten Ihre Instruktion nicht überschritten, kann ich nicht vorhersagen. Die mir in Ihrem gestrigen Schreiben mitgeteilten Stellen Ihrer Instruktion sind auf breiter Basis, doch würde ich sie in der Ausführung enger und nicht weiter ausgelegt haben, wie Sie es doch wohl in der Offenhaltung taten. Übrigens muß ich sehr wünschen, daß, gleichwie Manteuffel es Ihnen auch schon schrieb, die Mitteilung des p. Klenze[2]) an uns geheim gehalten werde, da sie nur vertraulicher Natur war, und ich wenigstens nicht auf indiskrete Art ihn mißbrauchen darf und will. Übrigens scheint es mir sehr notwendig für das Ganze, daß Sie in diesem Moment nicht Ihre Persönlichkeitsangelegenheit in den Vordergrund stellen, wo wir im Begriff sind zu siegen, indem durch die Wiener Episode leicht Unmut erzeugt werden könnte und somit dem Sieger Schaden zugefügt. Jetzt muß alles Hand in Hand mit dem Gouvernement gehen, weil es in dieser Frage konsequent und energisch ist. Mißverständnisse müssen für den Moment in den Hintergrund treten, wenn man nicht etwa, wie in der Pairsfrage, dem Gouvernement expreß Ungelegenheiten bereiten und damit den fast errungenen Sieg verloren gehen lassen will.

Ihr Prinz von Preußen.

161] An den Divisionspfarrer Kremer in Trier.

Berlin, 4. September 1852.

Es gereicht mir zur besonderen Freude, Ihnen die Mitteilung 1852.
zu machen, daß ich das Kuratorium der Allgemeinen Landes- 4. 9.
stiftung usw.[1]) als Nationaldank in Berlin ermächtigt habe, auf Ihre mahnenden Worte der Liebe, welche Sie in der Festversammlung am 3. August um eine Unterstützung für den 77 Jahre

[2]) Hannoverscher Zolldirektor.

Zu 161) [1]) Der Prinz war Protektor der Allgemeinen Landes-Vereinsstiftung, die seit Jahren für die Unterstützung der Invaliden Mittel aus Privatkreisen flüssig machte.

1852. alten Veteranen-Sapeur der ehemaligen Kaiserlichen Napoleoni-Armee, namens Vincenz Brech, mit einem so gesegneten Erfolge gesprochen haben, ebenfalls eine Unterstützung für denselben in Ihre Hände niederzulegen, um dadurch die Einheit in der Liebe und Fürsorge für unsere vaterländischen Veteranen zu bekunden. Das gedachte Kuratorium wird dieserhalb mit Ihnen in nähere Verbindung treten. Prinz von Preußen.

162] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

8. September 1852.[1])

1852. 8. 9. Radowitz' Ernennung macht in Petersburg und Wien böses Blut;[2]) sie hätte bis nach Abschluß der Zollfrage ausgesetzt werden müssen. Doch Radowitz' eigene Äußerungen gegen mich, daß er verdiene nach der Charitee geschickt zu werden, wenn er auf die Politik von 1850 zurückführen wolle, geben volle Garantie für seine Ansicht, das heißt in meinen Augen jedoch nicht, daß man deshalb die Aufgabe, die Friedrich II. Preußen gestellt hat, selbständig in Deutschland und Europa zu stehen und seinerzeit an die Spitze Deutschlands zu kommen, — vergißt oder hintenansetzt. Die bisherigen Versuche dieser Art waren verfrüht, aber niemals falsch im Prinzipe.

In dieser Art habe ich den Großfürsten-Thronfolger gesprochen. Generalleutnant v. Liven muß heute aus Petersburg hier ankommen, wahrscheinlich in der preußisch-österreichischen Zoll- und Radowitz-Angelegenheit. Obiges muß Ihre Antwort sein. Prinz von Preußen.

163] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 8. September 1852.

1852. 8. 9. Soeben sehe ich in der Zeitung Ihre heutige Abreise auf das Land, und ich kann daher meinen Wunsch, Sie heute zu

Zu 162) [1]) Das Datum scheint nicht gesichert (vgl. Nr. 164). — [2]) Die Rückberufung von Radowitz (im August) machte, obwohl er die gänzlich un-

sprechen, nicht ausführen. Ich sage Ihnen daher schriftlich meine 1852.
volle Zustimmung zu unserer Zollerklärung vom 30. August.[1]) Wir sind nun aber auch an die äußerste Grenze gelangt, und der Hinblick auf den 1. Oktober gebietet uns nun noch größere Entschiedenheit und meines Erachtens kein Eingehen auf irgend welches Hinausschieben der Entscheidung, das gewiß nochmals versucht werden wird.

Die Kreuzzeitung wird gewaltig schroff gegen Österreich; es ist dies aber eine schwache Repressalie einer freien Zeitung gegen die Ausfälle auf Preußen in den subventionierten kaiserlichen Zeitungen. Ich fürchte, Österreich gibt seinen (Schwarzenbergschen) Plan, Preußen vor das Jahr 1740 zurückzudrängen, nicht auf, der Kaiser, als Zögling Schwarzenbergs, gibt diese ihm beigebrachte Lehre nicht auf, und wenn der Anlauf in Verbindung von Donau und Seine auch stattfinden sollte! Wir müssen also mit Behauptung unserer Würde und Ehre, wie es in der Zollfrage geschehen ist, Österreich keine Veranlassung zum Bruche geben, um uns die öffentliche Stimme zu gewinnen, damit wir Rußlands und Englands sicher bleiben.

Ihr Prinz von Preußen.

164] An General v. Radowitz.

Schloß Babelsberg, 11. September 1852.

Ich freue mich aufrichtig, daß Ihre Kräfte der Armee 1852. 11. 9.
wiedergegeben werden sollen.[1]) Sie werden den praktischen Gesichtspunkt der Bildung des Offizierstandes vorwalten lassen, wobei man die hervorragenden Talente erkennt, mit denen allein

---

politische Stellung an der Spitze des Militär-Bildungswesens erhielt, großes Aufsehen. Man fürchtete seinen persönlichen Einfluß auf den König auch in dieser Stellung.

Zu 163) [1]) Die Erklärung bekundete Preußens Einverständnis mit einer Reihe von Einzelheiten über den mit Österreich abzuschließenden Handelsvertrag. Preußen hatte sich bereit erklärt, für die Verhandlungen mit Österreich den österreichischen Entwurf zu einem Handelsvertrag zugrunde zu legen.

Zu 164) [1]) Vgl. Nr. 162.

1852. man weiterschreiten kann; alle kann man nicht zu Gelehrten machen und braucht es auch nicht.

Was Sie über den Eindruck sagten, den Ihre Reaktivierung in politischen Kreisen machen werde, ist nun bereits in Erfüllung gegangen! Es ist zu traurig, daß man mit vorgefaßten Meinungen die Dinge der Personen wegen ansieht, ich habe überall wiederholt, was Sie mir so oft seit zwei Jahren sagten, wie niemand weniger als Sie daran dächte, die Politik Preußens vom Jahre 1849 und 1850 wieder aufnehmen zu wollen. Diese sei beiseite gelegt und unmöglich in der Art wieder aufzunehmen. Daß man deshalb jedoch Preußens Aufgabe in Deutschland, wie sie seit Friedrichs des Großen Zeit sich kundgegeben, nicht vergißt, versteht sich dabei von selbst, aber auch diese Auffassung verlangt nicht eine sofortige Schilderhebung gegen Österreich. Die großen Ereignisse entwickeln sich langsam; 1850 glaubte ich mit Ihnen, der Moment sei gekommen, wo Preußen durch das Schwert sich seine Stellung in Deutschland erobern werde. Es sollte nicht sein — es war verfrüht!

Ihre Reaktivierung koinzidiert mit einem sehr schmerzlichen Moment in der preußisch-deutschen Geschichte — ich meine die Auflösung des alten Zollvereins, wenigstens sehe ich dies Ereignis am 15. unabweislich. Indessen ist dies schmerzliche Ereignis besser, als eine Nachgiebigkeit wie in Olmütz; die ganze öffentliche Meinung ist für uns, und das wird seine Früchte dereinst tragen. Es wird gewiß versucht werden, Ihnen Preußens Renitenz in dieser Frage aufzubürden, obgleich in derselben das Ministerium vom ersten Augenblick an korrekt geblieben ist. Nun, die Zukunft wird der Welt zeigen, daß, wie Sie es mir ausdrücken, Sie nicht gesonnen sind, Steine in den Weg des Gouvernements zu legen.

Bald sehen wir uns hier; vielleicht noch vorher in Weimar, wo ich wahrscheinlich am 27. mit der Prinzeß eintreffen werde. Ihrer Frau[2]) bitte ich tausend Liebes von mir zu sagen.

Ihr Prinz von Preußen.

---

[2]) Geb. Gräfin Voß.

165] Artikel in der
Preußischen Wehr-Zeitung Nr. 39, 11. November 1852.
Der Dank der Nation.

Man hat uns in neuester Zeit von achtungswertester Seite her gefragt, weshalb wir nicht ebenso häufig und ebenso ausgedehnt als andere streng konservative Blätter die Ankündigungen,[1]) Aufforderungen und Veranlassungen der so segensreich wirkenden Stiftung der „Nationaldank" bringen? — 1852. 11. 11.

Wir hätten allerdings nicht geglaubt, daß wir dazu noch einer Erklärung bedürften, weil die Motive zu deutlich auf der Hand liegen, als daß wir fürchten konnten, mißverstanden zu werden. Doch scheint es der Fall gewesen zu sein, es geht uns sogar von einem allgemein hochverehrten Veteranen, dem wir Ehrfurcht und Liebe in gleichem Maße bewahren, die Mahnung zu, nicht lau zu werden, nicht zu ermatten in dem schönen Werke, das auch wir vom ersten Augenblicke an gefördert, soweit unsere Stimme reichte — und soweit man ihr guten Willen und ehrliche Absicht zugesteht. —

Aber wir werden auch durch andere Vorgänge — durch andere Stimmen veranlaßt, über den Obolus des Belisar, über das Prinzip, das ihn geben und das ihn nehmen soll, ein für allemal unsere Ansicht zu sagen, denn wie bei allen guten und noch mehr bei gutgemeinten Dingen, fängt die Begeisterung hier und da an, das Ziel zu überschießen, und es werden Forderungen, ja Berechnungen laut, die eigentlich nie Forderungen werden dürfen und denen zu Berechnungen leider jede Basis, darum aber auch jede Möglichkeit fehlt.

Zuerst unsere Erklärung — hätten wir doch kaum geglaubt, daß sie je wie eine Rechtfertigung klingen könnte. — Was in

Zu 165) [1]) Hervorgerufen wohl durch eine Notiz in Nr. 429 der Wehr-Zeitung mit der Überschrift „Date obolum", in welcher mit dem Ausdruck der Hoffnung auf ein Staatsgesetz zur Unterstützung aller aus den Befreiungskriegen noch lebenden Krieger der Antrag v. Hüllessem an die preußischen Provinzialstände mitgeteilt wird, durch einen Steuerzuschlag die Mittel zu einer dauernden Unterstützung der notorisch bedürftigen Invaliden vom Feldwebel abwärts zu beschließen.

1852. dieser Richtung für die Armee geschieht, darf nie durch die Armee geschehen, ebensowenig als etwas, was die Armee in ihrem eigensten Wesen betrifft — ihre Schlagfertigkeit, die Beförderung, die Organisation, der Befehl je von außen her auf sie einwirken darf. Wir gehören der Armee, wir dienen ihr, wir wollen ihr leibeigen sein, aber eben weil wir ihr gehören, können wir nicht außerhalb der Armee für sie bitten. Danken können wir, wenn ihr mittelbar oder unmittelbar Gutes geschieht, und nie haben wir die Dankespflicht versäumt, aber bitten, sammeln, anregen, auffordern — das können wir nicht, und wer nicht mit uns fühlt, daß wir das nicht können, dem müssen wir freilich sagen, daß wir es nicht wollen.

Wir können auch nicht innerhalb der Armee für sie bitten und sammeln, oder wir hätten es kürzer, wenn wir Sparkassen, Versicherungsanstalten, Pensionskassen in Entreprise nähmen. Wir haben seit unserem Bestehen alles vermieden, was wie Sammlungen zu irgend einem Zwecke aussieht; weder Denkmäler, Ehrengeschenke, Unterstützungen, oder mag es Namen haben, wie es wolle, und es hat wahrlich an den allerverschiedensten Namen und Gründen nicht gefehlt, um uns zu solchen Sammlungen innerhalb des Kreises der Kameraden zu veranlassen.

Sollen wir auch dafür die Gründe sagen? —

Wahrlich, diese Gründe schänden nicht, im Gegenteil, sie sind der Stolz der Armee, sie sind auch unser Stolz, und wir möchten ihn um keinen Preis der Welt aufgeben. Dagegen kann auch der Stolzeste danken, wenn die Gesamtheit, der er angehört, etwas Gutes empfängt; was er kaum annehmen könnte, wenn es ihm persönlich geboten würde. — Darum werden wir nie müde werden, zu danken, wenn etwas für die Armee geschieht, weil wir trotz augenblicklicher konstitutioneller Gewohnheit an dem Wahlspruche für die Armee festhalten, der für das Volk freilich nicht mehr gelten soll:

Tout pour l'Armée, — rien par l'Armée! —

Soweit unsere Antwort. Nun unser Bedenken.

Wir sprachen davon, daß bei den höchst anerkennenswerten und segensreich wirkenden Bestrebungen, welche in neuester Zeit

für die Versorgung gedienter Soldaten gemacht worden sind 1852.
und hoffentlich weiter gemacht werden, — auch schon das Ziel überschossen wird. Das kann begreiflich nie bei einem Einzelfall geschehen, — denn ein solcher steht notwendig außerhalb der Besprechung, — aber es kann bei der Feststellung des Prinzips geschehen, und da scheint es uns in der Tat an der Zeit zu sein, daß wir uns klar machen, was man denn eigentlich will, — damit man sich anderseits klar mache, was man kann.

Das neueste Beispiel der ostpreußischen Stände zeigt uns deutlich, daß man geneigt ist, dem Staate als solchem eine neue und unerschwingliche Pflicht aufzubürden, daß der Staat als solcher für etwas verantwortlich gemacht werden soll, was er nicht zu verantworten, ja nicht einmal zu übernehmen vermag. — Herr v. Hüllessem trägt bei den versammelten Provinzialständen auf eine Verstärkung der Mittel an, welche die Provinz zum Unterhalt alter Krieger aufbringt, und die Stände meinen — natürlich in einige ungemein wohllautende Redensarten gehüllt: das sei Sache des Staates, der würde schon dafür sorgen! —

Die Verpflichtung des Staates für andere als während des Militärdienstes und durch den Militärdienst Erwerbsunfähige zu sorgen, hat aber mit dem Augenblicke aufgehört und aufhören müssen, wo die in Europa kürzeste Dienstzeit und die allgemeine Verpflichtung jedes Untertanen zum Dienen gesetzlich eingeführt wurde. Für Invaliden, im Kriege Verkrüppelte usw. muß er sorgen und würde er es gern noch weit reichlicher tun, wenn ihm die Mittel dazu gegeben werden. Für länger Dienende tut der Preußische Staat schon mehr als irgend ein Staat der Welt, indem er ihnen Zivil-Versorgungsansprüche gegeben. Kämen ihm auch hierin die städtischen Behörden, die Korporationen, Anstalten, Unternehmungen und Betriebsamkeiten zu Hilfe, statt sich störrisch gegen langgediente Soldaten abzuschließen, — es gibt, wie wir hören, eine Eisenbahngesellschaft, welche grundsätzlich keinen gedienten Unteroffizier, sondern nur gänzlich militärfreie Individuen anstellt, — so würde der Staat auch in dieser Beziehung noch mehr leisten können. Daß er aber für

1852. jeden sorgen soll, nur, weil er gedient hat, das kann nie als ein Prinzip proklamiert werden, nicht allein weil dessen Ausführung eine unmögliche ist, sondern, weil das Prinzip in sich kein richtiges sein würde.

Werfen wir einen Blick auf die Ansprüche, welche seit einigen Jahren von den 1815 entlassenen Soldaten des stehenden Heeres und der Landwehr an das Invalidendepartement gemacht werden. Damals wurde jeder einzeln gefragt, ob er Ursache habe oder zu haben glaube, Ansprüche an den Staat zu machen? Fast durchgängig war die Antwort: Nein! — Jeder einzelne war sich bewußt, bei allgemeiner Not und allgemeiner Erregung auch nur seine allgemeine Pflicht getan zu haben. Man ging nach Hause, weil ja die Franzosen nun aus dem Lande herausgeworfen worden waren, wie das Landwehr-Bataillon „Lebus" nach dem Gefecht bei Hagelsberg im Begriff war, vom Schlachtfelde weg nach Hause zu gehen, weil ja „die Franzosen nun tot wären!" Niemand dachte an Belohnung, — er hatte ja die Denkmünze. Niemand dachte an Versorgung, er hatte ja seine gesunden Arme, und Arbeit gab es überall, denn an rüstigen und verständigen Armen hatte es ja eben während des Krieges im Lande gefehlt. — Wirkliche Invalidität wurde versorgt, soweit der Staat Mittel dazu hatte. — Wer keine Arbeit und keinen Unterhalt hoffen konnte, blieb Soldat. Man hörte damals weder von Ansprüchen, noch von dem Rechte auf Versorgung, weil jedermann seine Pflicht getan.

Im Laufe der Jahre wurde das anders. Alter und Erwerbsunfähigkeit traten bei Tausenden ein, die den Feldzug mitgemacht hatten, wie sie bei Millionen eintreten, die keinen Feldzug mitgemacht haben. Der Gedanke, da Hilfe zu suchen, wo jedermann die Hilfe leicht und am nächsten glaubt, lag sehr nahe, denn je weiter die Zeit uns von den Befreiungskämpfen entfernt, je poetischer gestaltet sie die Vaterlandsliebe des Volkes, je ehrwürdiger und berechtigter erscheint ihr jeder, der — „auch damals mit in Paris gewesen ist!" Dreht nun ja einer derselben einen Leierkasten und verdient damit, nebenbei bemerkt, mehr als je ein preußisches Invalidengehalt betragen hat, so wird Zeter

geschrien über des Staates Undank! — Es ist ganz vergebens, gegen solche Poesie die Prosa der enormen Summen zu stellen, die der Staat seit 1815 unter den verschiedensten Formen für Invalidenunterhalt ausgegeben. Es ist ganz vergebens, gegen das Gefühl, einen hilflosen Greis mit der Denkmünze betteln zu sehen, eine finanzielle Berechnung in das Gefecht zu führen. Es ist aber ebenso vergebens, von denen, die da Zeter schreien und die ein so tiefes Mitgefühl für den Leierkastenmann haben, mehr als die Gabe der augenblicklichen Erregung, etwa gar eine dauernde Abgabe zu verlangen, und wenn jenes Prinzip in seiner Allgemeinheit zur Geltung kommen sollte, müßte eine solche Abgabe eine sehr dauernde, eine sehr hohe, ja, — es preßt uns das Herz, daß es so ist, aber es ist so, — eine unerschwingliche sein. 1852.

Wer nicht verkrüppelt, verwundet, erwerbsunfähig durch den Krieg geworden ist, sondern wer eben nur gedient hat, wie seit 1815 bis jetzt Millionen gedient haben, wer später eintretender Erwerbsunfähigkeit durch Krankheit und Alter unterliegt, kann in den Kreis des Anspruches und der Berechtigung für die Armee nicht mit hineingezogen werden. Es ist gut und würdig, wenn im Gefühl der Ehrfurcht vor einer großen Zeit unseres Vaterlandes, im Gefühle des Nationalstolzes auf Friedrich den Großen ein Greis beschenkt wird, der im letzten Lebensjahre des „Einzigen" in die preußische Armee eintrat, aber eine Regel und eine Vorschrift für später, ein Prinzip vermögen wir daraus nicht herzuleiten. Es ist gut und würdig, wenn die Provinzen, die Kreise, die Städte für diejenigen bereitwilliger und mehr tun, welche mit Ehren die Denkmünze einer unvergeßlich eisernen und doch so großen Zeit tragen. Es ist im höchsten Grade ruhm- und preiswürdig, wenn Vereine zusammentreten, wie der „Nationaldank", wie die „Harkortsche Stiftung", wie alle jene Bestrebungen, die bis jetzt im stillen gewirkt und nun erst an das Licht der Öffentlichkeit treten; aber wenn diese Vereine in ihrem ersten Entstehen, wo alles noch umsonst verwaltet, hilft und fördert, schon einsehen, daß eine wirkliche und allgemeine Hilfe auf die Dauer nicht möglich

1852. ist, so sollte man um so vorsichtiger sein, die Verantwortlichkeit dafür dem Staate zuzuschieben, der nicht bitten, sammeln, kollektieren, Gelegenheiten benutzen und mit Eifer jede Erregung des Augenblicks ausbeuten, sondern der nur fordern und verwalten kann, nicht nach dem Gefühl, der nachbarlichen Teilnahme oder der Empfehlung des Freundes, sondern nach Papieren, Rubriken, und wenn es in das vorhandene Schema paßt. —

Man wolle nicht zu viel und man wird das Rechte wollen. Man wolle aber auch das Rechte nicht auf falschem Wege und nicht von dem, der es nicht gewähren kann.

Vom Staate fordere man auskömmlichen Unterhalt der Invaliden und der durch den Militärdienst erwerbsunfähig Gewordenen.

Dem Staate helfe man durch Bewilligung der Mittel, durch die er das vermag, womöglich ausgedehnter und vollständiger als bisher vermag.

Dem Staate danke man, daß er länger dienende Soldaten durch vorzugsweise Berücksichtigung bei Zivilanstellungen belohnt.

Dem Staate ahme man nach, das auch in Verhältnissen zu tun, wo der Befehl nicht hineinreicht und der gute Wille entgegenkommen muß.

Die Kommune, der Kreis, die Provinz, der Verein, die Stiftung mögen bei der Armenpflege vorzugsweise oder reichlicher die berücksichtigen, welche ihre Pflicht gegen das Vaterland untadelhaft erfüllten.

Nur so vermögen wir das Prinzip anzuerkennen. Nur so vermögen wir dessen Konsequenzen zu übersehen, denn wir gestehen aufrichtig, daß wir vor den Konsequenzen eines Prinzipes, welches die ganze Verantwortlichkeit dafür dem Staate aufbürden will -- erschrecken und ganz außerstande sind, die — nicht jetzt, nicht gleich, aber späterhin gewiß und dann vielleicht unter gefährlichen Verhältnissen zersetzende Kraft eines solchen Gedankens zu übersehen. Nur zu leicht wird er zu einem Glaubensartikel, zu einer Überzeugung bei den Massen und wirkt dann um so mächtiger, weil er mit den allgemeinsten und edelsten Gefühlen des Menschen Hand in Hand geht und an diese appelliert.

Das klingt freilich so kalt, so teilnahmslos, dem Mangel, der Not, dem körperlichen Leiden gegenüber. Aber es ist doch wahrlich nicht kälter als Zahlen und nicht teilnahmloser als eine Liste oder eine statistische Berechnung es sein muß. Wer mit dem Gefühl rechnet und mit dem Mitleid addieren oder multiplizieren will, der steht nicht auf staatlichem, also positivem Boden, und wenn er es dessenungeachtet versucht, so überzeuge er sich selbst, zu welchem Fazit seine Rechnung führt. Handelte es sich dabei nur um eine persönliche Enttäuschung, so wäre nichts verloren; es handelt sich aber um die Feststellung eines Grundsatzes, und da darf der Soldat aus dem Kreise seiner Beobachtungen und seiner Erfahrungen mitsprechen. 1852.

Resumieren wir also.

Der Staat bedarf keines Gesetzes, um die wirklichen Kriegsinvaliden zu versorgen, aber er bedarf größerer Mittel, um dies ausreichender tun zu können.

Diese Mittel müssen aber auch deswegen größer sein, weil er bisher außerstande war, für die durch den Militärdienst erwerbsunfähig Gewordenen das Genügende zu tun. Hierzu bedarf es vielleicht eines Gesetzes, — aber auch die Bewilligung größerer Mittel reicht schon aus, denn der Staat hat erwiesen den besten Willen dafür und bedarf der Aneiferung dazu durch ein Gesetz nicht. Eine genaue Präzisierung der Umstände, unter denen eine durch den Militärdienst erlittene Beschädigung an der Gesundheit erwerbsunfähig macht, wäre allerdings zu wünschen.

Dagegen bedarf es allerdings eines Gesetzes für die Gemeinde, von ihrer beschränktesten bis zu ihrer weitesten Ausdehnung (die Provinz), — für den Unterhalt der alten Kämpfer aus den glorreichen Zeiten der letzten Kriege. Hier ist es, wo die Wohltätigkeit der Vereine und Privaten in ihrer vollständigsten Berechtigung und segensreichsten Wirksamkeit sich zeigen kann.

Überall regt und bewegt es sich, um in dieser Richtung irgend einen festen Haltepunkt zu gewinnen. Konzentriert sich diese Bewegung und erlahmt sie nicht zu früh an den allerdings bedeutenden Schwierigkeiten, glaubt sie vor allen Dingen nicht

1852. nach halb durchlaufenem Wege, die ganze Last der Verantwortlichkeit auf die Schultern des Staates zu wälzen, so kann ein gedeihliches Ende nicht fehlen.

166] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Coblenz, 14. Dezember 1852.

1852. 14. 12. Aus meiner gestrigen telegraphischen Antwort haben Sie ersehen, daß, da ich keinen Befehl zur Reise nach Berlin erhielt, ich dieselbe auch nicht unternehmen werde, vor allem, weil mich nichts zu dem bevorstehenden Rendezvous hinzieht.[1]) Ich sehe in dieser Visite in diesem Augenblick so viel versteckte Zwecke auf einmal, daß mir ordentlich schaudert, wenn ich bedenken könnte, daß Preußen sich — verführen ließe. Der Kaiser von Österreich als passionierter Soldat muß wünschen, unsere Armee kennen zu lernen; es ist ihm sous main im Herbst bereits gesagt worden, daß er, vermöge unserer Organisation, jetzt nur Kaders sehen könne. Und er kommt dennoch. Warum? Weil eine Komödie zu spielen ist, die für Preußen zur Tragödie werden kann. Eine Annäherung zwischen beiden Großmächten ist in dem Moment angebahnt worden, wo durch Preußens Festigkeit die öffentliche Meinung und das Vertrauen sich ihm wieder zuwendet. Dieser Erscheinung mußte entgegengearbeitet werden; daher die Insinuationen Österreichs, um die nordischen Staaten von dem Abschluß der neuen Zollkonvention abzuhalten; es gelang nicht. Jetzt wird die öffentliche Stimme immer lauter und kräftiger für Preußen und gegen Österreich; diese Erscheinung muß durch letzteres sofort zertrümmert werden, teils zuvörderst durch Schein und dann durch eine Realität. Durch Schein, indem der Kaiser von Österreich in diesem Moment Berlin besuchen muß, um glauben zu machen, eine Verständigung auf Kosten der mit uns

Zu 166) [1]) Der Kaiser von Österreich kam am 15. Dezember in Berlin an. Einige Enttäuschung bei den süddeutschen Staaten, Mahnungen des Kaisers von Rußland und Napoleons gefahrdrohende Absichten auf den Kaiserthron bewogen den Wiener Hof damals zu größerer Nachgiebigkeit gegen Preußen.

verbundenen Zollstaaten sei zustande gekommen; durch Realität, 1852.
indem man in Wien mit Bestimmtheit hofft, daß diese persönliche Erscheinung über alle Schwierigkeiten triumphieren werde. Dann ist das österreichische Verlangen und sein Plan dennoch erfüllt, indem Preußen inkonsequent wird, sich nachgiebig Österreich unterwirft, — und die sich uns zuwendende Richtung Deutschlands, ja Europas, das endlich wieder anfing, Vertrauen zu unserer Festigkeit, Selbständigkeit und Macht zu gewinnen, — muß vor unserer erneuten Zuneigung, Unselbständigkeit und Schaukelsystem zurückschaudern, — und unser ganzes, kaum wieder aufblühendes Ansehen ist auf unberechenbare Zeit verloren. Und das in einem Moment, wo äußere Verhältnisse immer drohender werden trotz: „L'Empire c'est la paix!"[2]) Aber auch auf dieses Verhältnis ist die Reise berechnet. Noch ist Napoleon nicht anerkannt oder es ist soeben geschehen. Bisher kokettierte Österreich mit Frankreich; muß nicht die Visite in diesem Moment die Welt glauben machen sollen, daß man weniger mit Frankreich und mehr mit Preußen hält? Wer wird aber der Betrogene sein? Wir werden es sein, denn unbedingt geht heute eine Wiener Depesche nach Paris, in der eine Exküse über den Besuch in Berlin gemacht wird. Erreicht aber der Kaiser Franz Joseph seinen Zweck in Berlin, d. h. uns unter die Füße zu bringen, dann lacht Napoleon III. uns aus, und beide Kaiser reichen sich fester denn je die Hände, denn Österreich braucht Frankreich noch, wohl wissend, daß Italien in Napoleons Händen die Zwickmühle ist, die durch Versetzung der Steine Österreich erhält oder zertrümmert.[3])

Ich beschwöre Sie also, seien Sie fest und konsequent. Alles wird angewendet werden, gewiß auch von Budberg,[4]) um uns zum Nachgeben zu bringen, anführend, daß nach einem solchen eklatanten Beweis der Verständigung, wie diese Visite sei, wir gar nicht zögern dürften, uns pliant zu zeigen, wenn wir nicht alle Stimmen gegen uns haben wollten usw. Solche Redensarten werden Sie, wird der König, dem ich ganz im Sinne dieses

[2]) Napoleons oft verkündetes Programm. — [3]) Wie sich im Laufe der Jahre bestätigte. Vgl. 1859. — [4]) Russischer Gesandter in Berlin.

1852. Briefes schrieb, unaufhörlich jetzt hören müssen. Jetzt wird es sich zeigen, ob wir im Beisein der Verführung Charakter haben, oder ob wir nur Courage in der Entfernung haben. Derselbe Mut, den Sie und wir alle gehabt haben, dem Kaiser Nikolaus in diesem Sommer mit Entschiedenheit auf seine Forderungen in Zoll- und Konstitutionssachen entgegenzutreten — derselbe Mut muß auch jetzt triumphieren, und er wird triumphieren, wenn wir nur wollen. Der Applaus, den die Stelle Ihrer Kammereröffnungsrede über die Handelsfrage[5]) fand, möge immer Ihnen in diesen Tagen vorschweben. Daß gleich nach diesen Applausmanifestationen der öffentlichen Meinung gegen Österreich dessen Kaiser dennoch nach Berlin kommt, ist ein Zeichen, wie wenig man sich aus der Kammerstimmung macht! Die katholische Partei wird um das Wiener Meteor schwänzeln, um einige Fixsterne auf der Brust zu suchen. Ich mache Sie zugleich aufmerksam, daß bei der Ordensverteilung gewiß auf den eben angelangten Grafen Thun[6]) angespielt werden wird. Ich glaube, daß er entschieden keine Dekoration von uns erhalten kann, erstens, weil er soeben erst anlangte, und zweitens, weil er in Frankfurt a. M. sich wenigstens um Preußen nicht verdient gemacht hat. Budbergs Dekorierung war schon sehr viel in diesem Sommer!

Für einen großen Vorteil würde ich es halten, wenn der König und Sie so wenig als möglich politische Diskussionen mit dem jungen Kaiser hätten, sich nur in Allgemeinheiten halten könnten und namentlich in der Zollfrage die öffentliche Stimme stets vorhalten könnten. Vor allem nur keine neuen, einseitigen Verabredungen oder gar Verbindungsverpflichtungen für die Zukunft, bei denen England nicht gehört und zugezogen wird. Wenngleich ich Englands Verfahren der raschen, einseitigen und herzlichen Anerkennung Napoleons sehr tadele,[7]) so wird seine

[5]) Bereitwilligkeit zum Abschluß eines Handelsvertrages mit Österreich, nicht aber zur Aufnahme in den Zollverein. — [6]) Österreichischer (Präsidial-) Gesandter beim Bundestage in Frankfurt. — [7]) England erkannte den Kaiser zuerst an, Preußen folgte mit Rußland und Österreich erst am 5. und 6. Januar 1853. Besondere Schwierigkeiten rief der Gebrauch der unter gekrönten Häuptern üblichen Anrede Monsieur mon frère hervor.

Sprache sich ändern, wenn es im Frühjahr gerüstet sein wird. 1852.
Dann gibt es doch den Ausschlag, wo es sich hinwendet, und da muß Preußen alles anwenden, daß England immer zu uns hält; daher um Gottes willen nicht Einseitiges mit Österreich verhandelt und abgeschlossen! Besprechungen über Eventualitäten werden freilich nicht zu vermeiden sein, aber Ihnen möge immer vorschweben, daß Österreich bei dieser Gelegenheit uns auch politisch und militärisch wird aushorchen wollen, und daß alles, was es hört, nach Paris mitgeteilt werden wird.

Sie sehen, ich bin von dieser Visite sehr unangenehm präokkupiert. Aber wenn wir nur wollen, werden wir triumphierend aus dieser Episode hervorgehen, und die, die anderen eine Grube graben, werden selbst in dieselbe fallen. Aber Gleichmäßigkeit in der Haltung der Personen des Gouvernements ist sehr nötig; sehr höflich, aber sehr fest und würdevoll im Gefühl seines eigenen Rechts. Ihr Prinz von Preußen.

167] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Coblenz, 15. Dezember 1852.

Die Zusammenhaltung der Petersburger Depesche vom 1852.
16. November (Nr. 75) und der Pariser vom 30. November 15. 12.
(Nr. 130)[1]) veranlaßt mich zu der Annahme, bei der noch immer ausbleibenden Anerkennung des Kaisers Napoleon III., daß die drei[2]) nordischen Mächte bei dieser Anerkennung noch Schwierigkeiten machen, die gar leicht uns sehr ernste Verwickelungen bringen dürften.[3]) Wenn, wie Rochow[4]) versichert, der Kaiser Nikolaus sogar Sympathien für Napoleon hatte, so geht das freilich viel weiter, als zu wünschen ist, da man wohl nur Gerechtigkeit ihm widerfahren lassen kann; daß aber Rochow triumphiert, daß es gelungen sei, diese Sympathien in das Gegenteil zu verkehren,

Zu 167) [1]) Nummern der dem Prinzen vom Auswärtigen Amt vorgelegten auswärtigen Gesandtschaftsberichte. — [2]) Wenn nicht ein Versehen vorliegt, sind wohl Rußland, Preußen und Österreich gemeint. — [3]) Vgl. Nr. 166. — [4]) Preußischer Gesandter in Petersburg.

1852. und Nesselrode sogar geäußert hat, daß jetzt sein Herr in das andere Extrem leicht zu weit gehen könne, — so ist dies eine sehr schlimme Aussicht für Preußen, denn unsere Grenzlage wird stets Animositäten des Nordens am Rhein allein anfänglich auszufechten haben. Daher sehe ich mit Besorgnis der Anerkennungsart des neuen französischen Kaisers seitens unserer Regierung entgegen, wenn wir ins russische Schlepptau genommen würden. Die so merkwürdigen Unterredungen Hatzfeldts[5]) mit Napoleon und Drouyn de l'Huys[6]) beweisen, wie eifersüchtig die Parvenüs sind auf Précédés bei der Anerkennung. Und daß Napoleon Ernst machen würde mit dem, was er sagt, ist keinem Zweifel unterworfen. Warum also durch die Form einen Bruch herbeiführen, dessen Kriegsfolgen sehr unpopulär sein würden?

Jetzt (3 Uhr) sind Sie wohl alle in Erwartung des jungen[7]) Monarchen! Die Großherzogin Stephanie[8]) wußte schon mehrere Tage vor Ihrer Abreise von Mannheim, daß ein österreichischer Kurier in Paris diese Reise exküsiere! Sollte Österreich also in Berlin in der Anerkennungsfrage auch Schwierigkeiten machen, so ist dies nur zum Schein, sous main hat man in Paris schon Beruhigungstropfen gegeben! Ihr Prinz von Preußen.

168] Promemoria über die preußische Wehrkraft.

Coblenz, 27. Dezember 1852.

1852. 27. 12. Bei den in Aussicht stehenden politischen Gefahren, denen Europa über kurz oder lang durch das neue Französische Kaiserreich ausgesetzt sein dürfte, sind es für Preußen zwei Hauptgesichtspunkte, die scharf ins Auge zu fassen sind, nämlich:

1. die vermehrte Wehrkraft seines Heeres,
2. die Vermehrung seiner erleichterten Kommunikationsmittel durch Eisenbahnen.

a) Des Kriegsministers ebenso einsichtsvolle als tief begründete Forderungen über Vermehrung der Armee sind an

---

[5]) Preußischer Gesandter in Paris. — [6]) Französischer Minister des Auswärtigen. — [7]) Des Kaisers Franz Joseph von Österreich. — [8]) Großherzogin von Baden, verwandt mit Napoleon.

der Erklärung des Finanzministers gescheitert, daß er keine Mittel 1852.
habe, diesen Forderungen genügen zu können. Das ist um so beklagenswerter, als seit einem vollen Jahre diese Forderungen zur Kenntnis des Finanzministers gekommen waren, also angenommen werden mußte, daß er Anstalten treffen würde, um denselben genügen zu können. Es ist also der Moment eingetreten, wo diese so nötigen Rüstungen unterbleiben sollen, aus Mangel an Geld. Die Sache an sich ist aber viel zu wichtig, als daß man sich ohne weiteres darein fügen darf. Jedermann erkennt an, daß das Schwert in nächster Zukunft über die Geschicke Europas entscheiden wird, und Preußen sollte sein Schwert — ungeschliffen lassen?

Das ist unmöglich.

Die Forderungen des Kriegsministers zerfallen in laufende und einmalige Ausgaben. Erstere betragen 736 900 Taler, von denen pro 1852 nur 599 495 Taler gebraucht werden. Die einmaligen Ausgaben betragen 1 550 000 Taler und pro 1853 nur 645 420 Taler. Diese geringen Summen sind erforderlich, um u. a. durch Formation von nur 9 Bataillonen deren 52 im Kriege mehr aufzustellen. Also nicht einmal 736 000 Taler vermag der Finanzminister zur Disposition mehr zu stellen. Er will sie nicht zum Etat bringen, um das Defizit pro 1853 nicht um diese Summe höher erscheinen zu lassen. Dieser Grund erscheint unhaltbar im Vergleich zu dem Nutzen, der erreicht werden muß. Der Finanzminister muß daher veranlaßt werden, jene 736 000 Taler in folle, und pro 1853 nur sogar 599 495 Taler zum Etat zu bringen. Dahingegen muß er veranlaßt werden, die 1 550 000 Taler einmaliger Ausgaben durch eine Anleihe zu beschaffen, deren Verzinsung noch nicht 70 000 Taler betragen, eine Summe, die wahrlich die Steuerkraft Preußens nicht erschöpfen wird.

b) Der Handelsminister hat die Prinzipienfrage aufgeworfen, die zur Entscheidung gebracht werden muß, ob die noch zur Ergänzung des preußischen Eisenbahnnetzes nötigen Eisenbahnbauten, welche notorisch sobald nicht durch Privatunternehmungen zu beschaffen sind, auf Staatskosten erbaut werden sollen? Diese Frage kann nur bejaht werden. Eine Anleihe zu diesem Zweck ist also unerläßlich. Je eher diese negoziiert wird,

1852. um so günstiger wird sie zu kontrahieren sein. Ihre Verzinsung ist aus dem disponiblen Eisenbahnfonds zu leisten, wie dies trotz des Widerspruchs des Finanzministers völlig ausführbar ist. Bleibt der Friede erhalten, so wird das Eisenbahnnetz nach und nach vollendet. Bricht während dem Bau Krieg aus, so sind die noch disponiblen Summen der Eisenbahnanleihe sofort der Kriegskasse zu überweisen, unter Vorbehalt der einstigen Vergütigung an den Handelsminister. Durch dies Arrangement ist bei ausbrechendem Kriege nicht nur eine große Summe disponibel, sondern man braucht dann auch nicht sofort unter den ungünstigsten Bedingungen eine Anleihe erst abzuschließen.

Die Projekte a und b gehen also Hand in Hand und sind von so eminenter Wichtigkeit, daß ich sie hiermit zur Kenntnis Seiner Majestät des Königs und des hohen Staatsministeriums zu bringen mich auf das heiligste verpflichtet fühle, wobei ich auch noch gleich darauf aufmerksam mache, daß der Finanzminister sich pro 1854 auf eine halbe Million mehr zum Etat zu bringen gefaßt machen muß, um die dreijährige Dienstzeit bei der Infanterie herzustellen. Prinz von Preußen.

169] An den Major L. v. Orlich.

Coblenz, 29. Dezember 1852.

1852. 29. 12. Empfangen Sie wiederum meinen herzlichsten Dank für Ihren überaus interessanten letzten Brief über französische und englische Zustände. Ob das Empire[1]) mit oder ohne Enthusiasmus gemacht ist, ist ziemlich gleichgültig; ich begreife es vollkommen, daß seit dem 2. Dezember 1851 die Franzosen lieber einen Kaiser mit großen Erinnerungen haben wollen, als einen Präsidenten, der von wenigen Personen improvisiert wurde. Daß Napoleon mit dem Kaisertitel kulminiert hat, nehme ich an; doch wird er sich noch eine Zeitlang halten, weil vorerst er die Nation noch — amüsieren kann, wie Fould[2]) sehr bezeichnend gesagt hat: Au mois d'avril nous aurons le mariage, au mois de juillet le couronnement et au mois de mars le baptême. Die

Zu 169) [1]) Frankreichs. — [2]) Französischer Finanzminister.

Franzosen wollen abwechselnd les grandes émotions und 1852.
l'amusement. Wenn die Langeweile (!) eintritt, dann muß eins von diesen Ereignissen die Oberhand gewinnen. Vorderhand wird Napoleon wohl Frieden halten, denn mit demselben fliegen ihm auch die gebratenen Tauben noch in den Mund. Die Kaiserliche Visite[3]) in Berlin wird ihm außerdem das koalisierte Europa gewiesen haben, und gegen dieses kann er nur losbrechen, wenn ihm das Messer an der Kehle sitzt. Daß ich trotz dieser Visite den weißen Röcken[4]) nicht über den Weg traue — versteht sich von selbst. Freiwillig wäre ich nicht nach Berlin gegangen.

Jetzt, wo es anzunehmen ist, daß wir als Triumphatoren aus diesem Ereignis hervorgehen werden, indem wir fest und konsequent in der Zollfrage[5]) geblieben sind, freue ich mich desselben. Wenn man nur konsequent bleibt, auch nach meinem Abgang.

Seit Ihrem Brief vom 22. d. Mts. ist nun das Ministerium[6]) in England gebildet. Eine Fusion von Whigs und Peeliten, kann das von Dauer sein? Sie selbst schreiben mir, daß sie auf eine solche Koalition auf die Dauer nicht rechnen, und belegen es aus der Geschichte. Mir sagte Peel 1850, als ich ihm hoffend es aussprach, er werde doch noch einst ans Ruder wieder kommen: „Um mein System durchzusetzen, dazu habe ich die körperlichen Kräfte nicht mehr, denn das wäre eine Riesenaufgabe." Und jetzt sollte, wo der Geist des Schöpfers dieses Systems fehlt, es lebenskräftig werden? Ich glaube es nicht. Für den Kontinent ist eine Kombination Russel-Palmerston[7]) nicht empfehlend, was um so schmerzlicher ist, als der Kontinent mehr denn je England die Hand reichen müßte. Schon die Herzlichkeit der Malmesburyschen Empireanerkennung[8]) hat verschnupft; die

[3]) Besuch des Kaisers Franz Joseph von Österreich in Berlin, zu dem der König den Bruder im letzten Augenblick noch nach Berlin gerufen hatte. — [4]) Den Österreichern. — [5]) Namentlich auch gegen die schroff übertriebenen Forderungen Hannovers. — [6]) Das „Ministerium aller Talente" unter dem konservativ-liberalen Aberdeen, zurzeit Unterstaatssekretär für die Kolonien. — [7]) Russel, zurzeit Unterstaatssekretär des Äußern, Palmerston des Innern. — [8]) Napoleons als Kaiser durch Lord Malmesbury, Februar bis Dezember 1852 Staatssekretär des Auswärtigen.

1852. Koalition tut es noch mehr. Aberdeen allein kann das alles nur wieder durch seine Persönlichkeit ausgleichen.

So wie im englischen Parlament die katholische Fraktion der Regierung nur Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten bereitet, so tut sie es auch in unserer Kammer. Diese Partei ist nicht schwach, und da sie politisch unberechenbar ist, so ist bei uns der Zustand der Kammer ein völlig unberechenbarer. Ein trauriges, aber wahres Bild!! Es zeigt sich immer mehr, daß diese Verfassung für Preußen nicht geht; wir können wohl eine parlamentarische Gesetzgebung haben, aber keine parlamentarische Regierung haben! Die Prinzeß und ich sagen Ihnen und Ihrer Frau unsere besten Wünsche zum Jahreswechsel, und ich bitte um fortgesetzte Korrespondenz, wenn Unterzeichneter auch oft säumig im Antworten ist. Ihr Prinz von Preußen.

170] An den Bundestagsgesandten v. Bismarck.

Coblenz, 29. Januar 1853.

1853. 29. 1. Nur zwei Worte durch eine sichere Gelegenheit, um Ihnen meine Gratulation — weniger zu zwei Dekorationen — als zu einem Prokesch[1]) abzustatten!! Meine Indignation können Sie sich denken und freue ich mich der ernsten Sprache, die Manteuffel gesprochen hat, die Graf Arnim[2]) aber unverantwortlich abgeschwächt hat! Der Mann sollte in österreichische Dienste gehen. —

Sie werden einen schweren und sehr unangenehmen Stand bekommen, um so mehr, da man Sie fort haben will von Frankfurt a. M., als nicht österreichisch genug. Ich erwarte, daß Sie ebenso fest gegen P[rokesch] sein werden, als Sie es gegen Th[un][3]) waren, und daß Sie sich nicht werden fortschnellen lassen.

Aber was soll man zu dieser Wiener Perfidie sagen, so unmittelbar nach des Kaisers Visite? Es ist völlig österreichisch kontra Preußen! Ich möchte wohl wissen, was man in Wien

Zu 170) [1]) Der neue Präsidialgesandte am Bundestage. — [2]) Preußischer Gesandter in Wien. S. S. 309[3]. — [3]) Bisheriger Präsidialgesandter. S. S. 324[6].

sagte, wenn man jetzt Bernstorff an Ihre Stelle setzte?? Man 1853.
würde es eine Insulte nennen.

Die Montijosche Mariage[4]) gewährt mir eine angenehme Beruhigung, weil kein europäisches Fürstengeschlecht sich mit dem — Parvenu — zu verbinden braucht. Wie Napoleon diese Episode — politisch und körperlich — bekommen wird, bin ich begierig zu sehen. Nur nicht einschlafen unsererseits, — aber nicht zu unsinnig schreiben, wie die Kreuzzeitung, die ist komplett wahnsinnig! Ihr Prinz von Preußen.

171] An den preußischen Bundestagsgesandten v. Bismarck.

Coblenz, 19. Februar 1853.

Ihr Brief vom 2. d. Mts. hat mich ungemein interessiert, 1853.
sowohl wegen des ersten Auftretens[1]) des Östlichen Prokesch als 19. 2.
wegen Ihres Räsonnements über Preußens Stellung zu seinen östlichen Nachbarn und vis à vis Frankreichs. Ich teile ganz vollkommen Ihre aufgestellten Ansichten und freue mich, daß Ihre Wirksamkeit in Frankfurt a. M. gesichert ist. Die Rede des Feldmarschall-Leutnants Prokesch bei seinem Eintritt in die Bundesversammlung war sehr frappant. Wozu eine solche geschichtliche Deduktion, von Karl dem Großen an, in einem Kollegium, das seit einigen 30 Jahren besteht? Wohl nur deshalb, um zu zeigen, daß eine neue Ära für Deutschland eingetreten ist, die zwar die Vielheit in der Einheit erhalten will, aber — mit

[4]) Napoleons Heirat mit Eugenie Gräfin v. Montijo.

Zu 171) [1]) Wie der neuernannte Präsidialgesandte Freiherr v. Prokesch-Osten — „östliche Prokesch“ ist entweder eine scherzhafte Umdrehung des Namens durch den Prinzen oder beruht auf einem Lesefehler der Abkürzung österr. = österreichischen — am 3. Februar sich einführte, berichtet Bismarck an Manteuffel am 4. Februar. Danach wird der Prinz sich in der ersten Zeile dieses Briefes verschrieben haben, und Bismarcks Brief an den Prinzen wird nicht vom 2., sondern vom 4. datiert sein. Gegen Prokeschs Versuche, die österreichischen Präsidialbefugnisse durch Beobachtung äußerer gesellschaftlicher Formen zu erhöhen, war Bismarck sogleich erfolgreich aufgetreten. Die Bemerkung über die Sicherung von Bismarcks Stellung in Frankfurt bezieht sich auf die Widerlegung des Gerüchtes, daß er nach Petersburg versetzt sei.

1853. Österreich als deutschem Kaiser an der Spitze! Voilà le fin mot de la chose! Doch bis zum Erreichen dieses Zieles werden wir doch auch wohl noch ein Wort sprechen müssen!

Manteuffel schreibt mir soeben, daß Leiningens Mission in Konstantinopel[2]) wahrscheinlich mißlingen wird. Dann wird die Sache sehr ernst, bei dem Anhäufen von Truppen an den Grenzen. Dazu die Zustände in Italien von Mailand bis zum Faro![3]) und alles steht in Flammen!

Wie abscheulich ist das Attentat auf den jungen Kaiser.[4]) Ich ließ ihm noch gestern abend per Telegraph meine ganze Teilnahme ausdrücken und erhielt heute um 1 Uhr schon die Antwort durch Graf Arnim. Unsere Stellung bei dem allen ist, wie Sie richtig sagen: abwarten! aber Augen auf und gerüstet sein! Ihrer Frau Gemahlin mich bestens empfehlend

Ihr Prinz von Preußen.

172] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Coblenz, 9. März 1853.

1853. 9. 3. Die Orientalische Frage ist gleichfalls rasch beendigt.[1]) Hätte sie nicht dies friedliche Ende genommen, so bangte mir vor der

---

[2]) In einem zwischen der Türkei und Montenegro ausgebrochenen Konflikt sah Österreich mit Recht eine Bedrohung und hatte den Feldmarschall-Leutnant v. Leiningen nach Konstantinopel zur Beilegung der schon ausgebrochenen Feindseligkeiten gesandt. — [3]) Kap Faro an der Nordküste von Sizilien. — [4]) Von Österreich. Ein beruhigendes Telegramm, das der Prinz über den Zustand des Kaisers aus Wien erhielt, sandte er der Coblenzer Zeitung zur Veröffentlichung. Die Notiz, die „Die Post" darüber am 9. März 1890 brachte, erweckt mit Unrecht den Anschein, als ob der Prinz dies Telegramm in Wien selbst aufgegeben hätte.

Zu 172) [1]) Der Brief ist offenbar nicht vollständig erhalten. Die rasche Beendigung der orientalischen Frage bezieht sich auf den Nr. 171, Anmerkung 2, erwähnten türkisch-montenegrinischen Konflikt und der Tadel auf das schroffe, wenn auch erfolgreiche Auftreten des österreichischen Spezialgesandten Leiningen in Konstantinopel. Der Tadel wegen der italienischen Politik Österreichs bezieht sich auf dessen überaus schroffes Auftreten gegen die national und liberal gesinnten italienischen Untertanen in der Lombardei. Mit voller Sicherheit sieht der Prinz hier eine Konstellation voraus, wie sie 1859 wirklich eintrat.

Rolle, welche zu spielen Preußen anheimgestellt wäre. Sie selbst schrieben mir, daß Sie Österreich sehr tadelten, so unbedacht in dieser Sache vorgegangen zu sein. Ich glaube, Preußen hat das vollkommenste Recht, von Österreich Rechenschaft über seine Politik im Orient und in Italien zu verlangen, indem dieselbe zu allgemeinen europäischen Konflikten führen muß, in die Preußen unwiderbringlich hineingezogen wird, und daher darf Preußen es nicht gleichgültig oder stumm mit ansehen, was Österreich in jenen Ländern für einen Weg geht. Wenngleich ich zu dem Unsinn lache, den die „Kreuzzeitung" ab und zu auftischt, daß Preußen am Po den Rhein verteidigen müsse — (indem jedes Kind einsieht, daß, wenn der Rhein bedroht ist, Preußen seine Armee nicht von diesem fortziehen und nach dem gleichfalls bedrängten Po senden wird, und es daher umgekehrt heißen könnte, daß wir den Po am Rhein verteidigen) — so könnte es doch Österreich wohl in den Sinn kommen, Preußens Hilfe am Po in Anspruch zu nehmen, wenn der Rhein nicht bedroht ist, d. h. wenn Frankreich neutral oder gar alliiert mit Österreich in einer italienischen Frage wäre. Zu einem solchen Verlangen könnte Österreich gegen Preußen sich wohl veranlaßt fühlen, um der Welt zu zeigen, daß wir tun müssen, was es will. Kurz, es will die Zeit wieder darstellen, wo Preußen als Österreichs Vasall vor Turin focht.[2]) Dergleichen Dinge sind mir in letzter Zeit viel durch den Kopf gegangen, wenn ich an die Möglichkeit dachte, daß aus den Mailänder Evénements[3]) etwas Ernstes sich entsponnen hätte und unsere Hilfe in Anspruch genommen worden wäre. Darum halte ich es also für Preußens Pflicht, ein wachsames, warnendes, abratendes Auge auf die österreichische Politik zu haben, was sich bis zum entschiedenen Widerspruch steigern kann. Daß Österreich uns braucht, bewies zunächst der Besuch in Berlin; es muß Rückenfreiheit haben, um ungestört südlich schalten und walten zu können. Preußens gutes Vernehmen mit Österreich besteht aber nicht darin, daß es sein 1853.

[2]) Im Spanischen Erbfolgekrieg verteidigten preußische Truppen die Österreicher, ebenso wie in den Niederlanden so auch in Italien, und erwarben sich in der Schlacht bei Turin (1705) besonderen Ruhm. — [3]) Aufstand der nationalen

1853. Ja=Herr wird, sondern im Gegenteil darin, daß es Österreich seine Selbständigkeit darin fühlen läßt, daß es dasselbe von einer leichtsinnigen Behandlung der südlichen Länder abhält und so zu seinem und Europas Wohl beitragen kann. Ich glaube, wir müssen diese Ansicht jetzt, wo Österreich durch die Presse der Welt zeigen will, daß wir durch den Handelsvertrag ganz in seine Abhängigkeit geraten seien (was Gott sei Dank gar nicht der Fall ist, wenn wir fortfahren, geschickt und schlau zu manövrieren), sehr entschieden zu unserm Panier nehmen und bei jeder Gelegenheit zeigen, daß wir eine eigene selbständige preußische Politik haben.

Mir scheint, nach den Zeitungen zu urteilen, haben wir eine solche Selbständigkeit in der Flüchtlings=Vorstellungsnote[4]) nach England bewiesen, indem wir uns derselben nicht angeschlossen haben oder wenigstens eine andere Sprache führen als Österreich. Ich habe darüber vor acht Tagen schon dem König geschrieben und ihn inständigst gebeten, in dieser Angelegenheit sehr précaut zu Werke zu gehen und uns nicht ins österreichische Schlepptau nehmen zu lassen. Schon einmal haben wir uns aus solcher von Wien uns angelegten Schlinge gezogen, als Lord Derby ans Ruder kam, und das Alleinlassen Österreichs mit seinen abgeschmackten Paßvorschriften hat uns ein gutes Ansehen gegeben. Darum müssen wir jetzt ebenso verfahren. Daß wir England aufmerksam machen, alles, was es an gesetzlichen Mitteln besitzt, anzuwenden, damit sein Asylrecht nicht zur Revolutionierung des Kontinents mißbraucht werde, versteht sich von selbst. Aber um Gottes willen, lassen wir uns nicht verleiten zu Repressalien, wenn Englands Gesetze uns nicht ausreichend erscheinen. Daß dergleichen Repressalien zu nichts führen, als sich lächerlich zu machen und durch unnütze Vexationen jeden Engländer für einen Revolutionär zu erklären, um zuletzt doch seinen Zweck nicht zu erreichen, das beweist jene österreichische Paßgeschichte und die dennoch in Mailand ausgebrochene Mazzinische Emeute. Man

und liberalen Anhänger Mazzinis. — [4]) Infolge des Attentats auf den Kaiser von Österreich waren Verhandlungen mit England im Gange über das Asylrecht, und sollten die Paßvorschriften verschärft werden. Vgl. Nr. 173 [1].

fabelt sogar von Prohibitivzöllen des Kontinents gegen England 1853.
als Repressalie! Das wäre le comble du nonsens. Wenn also Österreich sich zu solchen Lächerlichkeiten verleiten lassen sollte, so müssen wir unsere Dignität darin zeigen, daß wir bei aller Freundlichkeit für dasselbe uns nicht zu solchen Maßregeln durch dasselbe verleiten lassen. So verstehe ich eine würdige preußische Politik; erstens ein festes, entschiedenes Überwachen der österreichischen leichtsinnigen Politik im Süden, zweitens ein Alleingehen in der vorliegenden Flüchtlingsfrage, wenn wir das Nötige getan haben, und Nichteingehen in österreichische Absurditäten.

Sie würden mich sehr verbinden, wenn Sie mir Ihre Ansichten über die hier von mir ausgesprochenen wollten mitteilen lassen, sowie welche Stellung Preußen wirklich eingenommen hat in dieser Frage. Ihr Prinz von Preußen.

173] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Coblenz, 5. April 1853.

Ihre eigenhändigen Mitteilungen und die Übersendungen 1853. 5. 4.
unseres Verhaltens in der Flüchtlings- und sardinischen Sequesterfrage[1]) haben mich ungemein erfreut, da ich sah, daß ich ganz die Ansichten aufgestellt, die Sie zu der unseres Gouvernements machten. Die Ergänzungen, welche mir Bismarck-Schönhausen hier machte über die Darmstädter Prokesch-Flüchtlingsangelegenheit, ist von neuem bezeichnend für die Verazität dieses unnützen weißröckigen Schwadroneurs! Solange der Mann in Frankfurt a. M. ist, ist an keinen Frieden zwischen Preußen und Österreich zu denken. Bismarck-Schönhausen hofft, daß er es so toll treiben wird, daß er sich bald selbst den Hals bricht. So sehr ich Ihre Antwort nach Wien in der Flüchtlingsfrage lobe, so könnten Sie doch zuweilen die Pillen etwas weniger ver-

---

Zu 173) [1]) Die Darmstädter Regierung hatte beim Bunde beantragt, von England die Auslieferung der das Asylrecht mißbrauchenden Hochverräter zu verlangen. Bismarck hatte aus taktischen Gründen dagegen gestimmt. Die groben Manöver des österreichischen Präsidialgesandten in Frankfurt, vor allem auch sein Mangel an Wahrhaftigkeit, sind durch Bismarck oft gerügt.

1853. zuckern, wenn man sieht, wie man uns von Wien aus indirekt begegnet.

Ich kann nicht leugnen, daß die neuesten Erlebnisse in Österreich doch außerordentlich bezeichnend für den ganzen Zustand dieses Staates sind. Die Behandlung Italiens[2]) als einer eroberten Provinz, deren Sympathien man in dreißig Jahren nicht erlangen konnte, und die man in diesem Augenblick durch nichts gewinnen kann — wohin soll und muß das führen? Eine stets bewaffnete Okkupation eines Teiles des eigenen Landes ist völlig widernatürlich und auf die Länge unhaltbar; das muß und wird mit einem désastre enden. Dazu in Ungarn, wie es scheint, politisch unterhaltene Räuberbanden; Komorn auf dem Punkte, zum zweitenmal in die Hände der Rebellen zu fallen — gibt das alles zusammengenommen nicht den Eindruck eines Kolosses auf tönernen Füßen!? Und wer will und vermag sich an einen solchen Koloß zu lehnen oder gar Stärke bei ihm zu suchen! Seine Schwäche zeigt sich am deutlichsten im Suchen um Gunst bei minder Mächtigen, aber Gesunderen. Dies der Anlaß zur Berliner Visite im Dezember v. Js.! Daß wir aber gesunder geworden sind, das beweist, daß wir bei den unnützen Forderungen Wiens in der Flüchtlingsfrage, in der Sequesterfrage, in der orientalischen uns selbständig hingestellt haben. Unser Ansehen und unsere Macht steigt wieder, und um uns dies womöglich zu entreißen, sollen wir in Österreichs Fehlgriffe verwickelt werden, um uns mit ihm zu blamieren, wobei es dennoch hofft, sich zu retten und uns zu Falle zu bringen. Jetzt büßt Österreich seine Unterlassungssünden während eines dreiunddreißigjährigen Friedens; in dieser Zeit tat es nichts zur zeitgemäßen Gestaltung seines Reiches; wie oft hat es Preußen abgehalten und abgeraten von seinem „Vorwärts!“ Und nun, wo es sieht, daß wir nach der 1848er Katastrophe durch jenes „Vorwärts“, durch eigene Kraft gesunden, sollen wir für seine Sünden aufkommen! In diesen wenigen Zeilen liegt der Kontrast zwischen Preußens und Österreichs Stärke. So aufgefaßt, zeigt sich unsere Stellung

---

[2]) Die Härte Österreichs in Italien trug (vgl. Nr. 172[1]) wesentlich zur Stärkung des italienischen Einheitsgedankens und dessen Durchführung im Kriege bei.

von selbst. Wir wollen und können sehr gut mit Österreich gehen, 1853.
wenn es die Bekämpfung gemeinschaftlicher Feinde gilt, aber in seine Fehler dürfen wir uns niemals verstricken lassen, nachdem wir das Gefühl erlangt haben, daß man uns braucht, und dies Gefühl gibt uns unsere Selbständigkeit zurück.

Eine Frage, die in den Zeitungen angeregt ist, von der ich aber bis heute noch gar nichts erfuhr, ist das Verlangen Österreichs,[3]) daß wir uns an einem deutschen Kordon gegen die Schweiz beteiligen sollen; das ist wieder eine sehr skabröse Geschichte! Wäre es nicht möglich, dieselbe zu benutzen, um Neufchâtel frei zu bekommen?[4]) Wenn die Schweiz uns hier Zugeständnisse machte, könnte man den deutschen Kordon vielleicht inhibieren und die Sache Österreich in Tessin und Graubünden überlassen. Ich darf wohl um Mitteilung bitten.

Die Erklärung, welche Sie mir über meine Bedenken hinsichtlich der Einladung der Darmstädter Koalisierten[5]) gaben, mit Hinweisung auf § 26 des Handelsvertrages, verstehe ich zwar, aber wenn wir hier in der Nähe sehen und wissen, wie diese Koalisierten kaput waren unmittelbar vor dieser Einladung, so muß ich nach wie vor bedauern, daß wir sie nicht kommen ließen! Enfin, es ist vorüber und nur durch die Folgen zu redressieren. Wäre es denn nicht möglich, nach und nach dahin zu wirken, daß Beust[6]) oder Wittgenstein[7]) oder Dalwigk[8]) springen?!

Ihr Prinz von Preußen.

174] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Coblenz, 5.[1]) April 1853.

Der Schluß Ihres Schreibens hat mich unangenehm über- 1853. 5. 4.
rascht, da Sie von Ihrem Austritt als einer nahen Möglichkeit

[3]) Wohl im Zusammenhang mit dem Attentat in Wien und der gewünschten Auslieferung der nach England geflüchteten politischen Verbrecher. S. S. 339. — [4]) Das durch Personalunion mit Preußen verbündete Fürstentum Neuchâtel hatte sich in den Wirren des Jahres 1848 an die Schweizer Eidgenossenschaft als Kanton angeschlossen. — [5]) In der Zollvereinssache. — [6]) Kgl. Sächsischer Minister. — [7]) Nassauischer Minister. — [8]) Großherzogl. Hessischer Minister.

Zu 174) [1]) Das Datum ist unsicher. Vgl. Nr. 175.

1853. sprechen. Ich kann mir, obgleich Sie die Gründe nicht anführen, dieselben doch denken. Die Disharmonien im Schoße des Staatsministeriums sind zu offenkundig und haben sich bei der Grundsteuerfrage so klar herausgestellt, daß jede Verständigung nur eine momentane sein kann. Sie sind in der äußeren Politik, wie ich jetzt mehrere Male anerkennen konnte, auf völlig richtigem Wege; ebenso sind Sie es für die inneren Verhältnisse, denn Sie haben erkannt, was von den Auswüchsen des Jahres 1848 auszuscheiden ist, und was sich als Wahrheit aus jener Katastrophe herausstellt, und darum wollen Sie in der inneren Gesetzgebung nicht in die Extreme willigen, welche die kleine aber mächtige Partei, die nichts gelernt und nichts vergessen hat, anstrebt.

Hierin liegt also ein Glaubensbekenntnis, wenn es sich um gründliche Beilegung des Schismas handelt, welches im Zentrum des Gouvernements obwaltet, und was demselben Achtung und Vertrauen rauben muß. Sie müssen sich von Westphalen und Raumer[2]) frei machen; man sagt, Schleinitz[3]) in Breslau würde vermöge Charakter und Fähigkeit ein sehr guter Minister des Innern sein. Da Ladenberg[4]) nicht wieder eintreten will, so weiß ich niemand für den Kultus, da Bethmann-Hollweg[5]) doch nicht ganz persona grata zu sein scheint. Ich muß Sie daher auffordern, fest gegen jene Ultra-Reaktionäre aufzutreten und sehr entschieden der kleinen Partei entgegenzutreten, denn nur dann wird der König endlich einwilligen, Leute zu entfernen, die ihn um Liebe und Vertrauen beim Volke bringen. Ich habe in diesem Sinne selbst dem König und also sehr offen geschrieben und bin sehr begierig, was ich erfahren werde. Hinckeldeys[6]) Stellung ist mir nicht ganz genehm, weil sie nach Ängstlichkeit aussieht, und das ist nicht gut. Prinz von Preußen.

---

[2]) Kultusminister. — [3]) Oberpräsident von Schlesien. — [4]) Früherer Kultusminister, hatte mit Radowitz zusammen den Abschied erbeten (vgl. S. 258). — [5]) Kultusminister im Ministerium der neuen Ära, stand dem Prinzen sehr nahe, wurde aber zeitweise und bis zu einem gewissen Grade auch von Friedrich Wilhelm IV. geschätzt. — [6]) Berliner Polizeipräsident. Auf dessen Anstellung und das dabei innegehaltene Verhalten Westphalens und der Kreuz-Zeitung

175] An den Bundestagsgesandten v. Bismarck.

Coblenz, 5. April 1853.

Mit meinem besten Dank sende ich Ihnen die Anlagen zurück, die mich ungemein interessiert haben. Traurig, daß, wie aus Ihrem exzellenten Briefe hervorgeht, die Österreicher immer darauf rechnen, daß der König, durch gewissen Einfluß, pliabler als sein Ministerium gegen Wien sein werde, eine Ansicht, die unser Ansehen und unseren Einfluß töten muß — wenn ihr Wahrheit gegeben würde! In dieser Beziehung inquietiert mich die Zeitungsnachricht, daß General Schmerling[1]) nach Berlin ginge. Das kann nur geschehen, um gegen Waldersee[1]) zu intriguieren, oder in der Oberkommando-Frage Änderungen zu unseren Ungunsten eintreten zu lassen. 1853. 5. 4.

Es wäre doch hohe Zeit, daß endlich die Farce des Schreckensteinschen Kommandos aufhörte und wir die Stelle Schmerlings auf einige Jahre besetzten. Dieser wird aber in Berlin gewiß gerade das Gegenteil verlangen.

Der im Werk sein sollende Kordon deutscher Staaten gegen die Schweiz inquietiert mich etwas. Pure ist die Sache nicht zu deklinieren, wir müßten aber Neuenburgs Angelegenheit dabei im Auge haben, der Schweiz zum Nachgeben in der Flüchtlingsfrage raten, Neuenburg zurückverlangen[2]) und dann nos bons offices durchblicken lassen, den Kordon zu verhindern?? — Ich bin neugierig zu hören, was Ihnen Gerlach auf Ihren Brief antworten wird!

Ihrer Gemahlin mich empfehlend

Ihr Prinz von Preußen.

---

bezog sich Manteuffels Absicht, zurückzutreten. Der König wußte ebenso wie Westphalen selbst, daß Manteuffel Westphalens Rücktritt wünschte. Er behandelte Manteuffels Rücktrittsgedanken aber nach seiner Art sehr leicht, hatte auch Gerlach schon am 1. April von dem Schreiben des Prinzen in Kenntnis gesetzt.

Zu 175) [1]) Der österreichische und der preußische Militärbevollmächtigte am Bundestage. Es war Streit über die Höhe der Befestigungskosten der Bundesfestungen Ulm und Rastatt. — [2]) Vgl. Nr. 173.

176] An Unbekannt.

Coblenz, 12. April 1853.

1853. 12. 4. ... Noch immer will die politische Welt nicht von unserer Armee Gebrauch machen; aber wir müssen das Schwert immer scharf erhalten, denn die Zeit, wo es schneiden muß, wird doch kommen, und möchte ich es wohl gegen äußere und nicht gegen innere Feinde gekehrt sehen.[1]) ...

177] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 3. Juni 1853.

1853. 3. 6. Der König sprach mir gestern von der orientalischen Frage, und freute ich mich zu hören, daß man sich schon nach London gewendet hat in dem Sinn, in dem Sie mir sprachen. Eine Vermittelung, durch welche die fünf Großmächte das Protektorium über die Christen im Orient übernehmen,[1]) ist unbedingt das Beste, zuletzt wird Rußland dies annehmen als die mindeste Kompromittierung. Wenn wir darüber mit England einig sind, werden die anderen schon sich fügen. Nur muß nicht Frankreich mit England, sondern Preußen mit England Vorschläge machen.

Können Sie mir die Instruktionen mitteilen, die Bunsen erhalten hat, von denen mir der König sprach? Ich bin Sonntag abend wieder hier (von Schwerin), gehe Dienstag abend ganz fort. Ich wünschte dem König in London dienen zu können, wo ich am 27. Juni eintreffe. Vielleicht kann bis dahin Bunsen

Zu 176) [1]) Der Wortlaut ist nicht ganz sicher.

Zu 177) [1]) Der Zar nahm das Protektorat über die Moldau, Wallachei und Serbien für sich in Anspruch und damit nicht nur das Recht zu willkürlichen Eingriffen in die Türkei, sondern er besetzte auch, als die Türkei sein Ultimatum ablehnte, diese Länder. Er beraubte dadurch die Türkei, verletzte zugleich die wichtigsten Interessen Österreichs in den Donaumündungen und rief Frankreich und England, die unmöglich die geplante russische Machtentwicklung ertragen konnten, gegen sich in die Waffen. Der Ausbruch des Krieges war unvermeidlich geworden, und der Zar, der seinen Willen in ganz Europa für Gesetz hielt, sah sich bald aus der bisher eingenommenen leitenden Stellung verdrängt. Der Prinz hielt dem Sinne nach an der hier ausgesprochenen Politik während des ganzen Krimkrieges fest.

vorgearbeitet haben, und ich könnte den Drucker darauf geben, 1853.
wenn dann noch Zeit ist. Ich hoffe Sie noch zu sprechen.

Ihr Prinz von Preußen.

178] Ansprache in der Solinger Loge.

16. Juni 1853.

... Die Freimaurerei ist ein auf Religiosität gegründetes, 1853. 16. 6.
mithin ein christliches Institut. Sie wird geübt mit Rechtschaffenheit, Ruhe und Besonnenheit in einem engeren Kreise und dann hinausgetragen in das Haus und in das Leben. Sie hat die Aufgabe, das dem Orden geschichtlich Überkommene treu zu bewahren und den Nachkommen zu überliefern, auch sich streng an die alten ehrwürdigen Regeln zu halten. ...

179] An den Hofrat L. Schneider.

Ostende, 8. August 1853.

Wenn Sie noch keine Schilderung des Ponton-Manövers 1853. 8. 8.
beim Chobham-Lager in England gegeben haben, so empfehle ich Ihnen das „Journal des Débats" vom 12. Juli, welches eine sehr anziehende und genaue Erzählung gibt. Das dabei vergessene Militärische war: daß die Stelle in Virginia Water, wo zwei Brücken geschlagen wurden, 318 Fuß breit war, 30 Zylinder-Pontons gebraucht wurden und die Arbeit 50 Minuten dauerte. Die Arbeit geschah mit musterhafter Ordnung, Ruhe und Stille. An beiden Ufern war dieselbe bereits durch Abgraben vorbereitet, was also nicht mit in die Übung fiel. Auch waren $^2/_3$ der Pontons am Lande hingelegt und nur $^1/_3$ wurden mit den Haquets herangefahren und abgeladen. Das Abladen und Verbinden zweier Pontons mit Überbrückung dauerte 15 Minuten, in welcher Zeit ungefähr sechs andere, am Lande liegende, überbrückt wurden. Eigentümlich (ob praktisch?) war die Arbeit dadurch, daß die Pontons nicht vorne, an die fertig gewordenen vorgefahren wurden, sondern die schon fertigen vom Lande abgestoßen und die neu zusammengesetzten hinten angeschoben wurden. Zwei bilden

1853. daher immer ein Ganzes und stoßen zuerst ab, dann folgen zwei andere und nun gehen die vier weiter im Wasser vor, wo sie von Mannschaften mit Rudern und Bootshaken festgehalten werden. (Bei reißendem Wasser ist das schwierig, auf diesem See war es leicht.)

Gleichzeitig wurden bis zu 10 Mann auf kleinen Prahmen übergesetzt, welche aus drei Zylinder-Pontons von Guttapercha mit Überbrückung gebildet werden. Die drei Zylinder hängen zusammen ○○○, sind vielleicht 10 Fuß lang, 1½ Fuß im Durchmesser.

Garden und Schotten herrliche Leute. Militärische Haltung, Ruhe und Richtung. Kavallerie und Artillerie vorzügliche Pferde. Linien-Infanterie sticht sehr ab.

Prinz von Preußen.

Dank für Ihren Brief.

180] Gespräch zwischen dem Prinzen und O. v. Bismarck.

Ostende, August 1853.

1853. August. Eines Tages sprach [der Prinz] mit einer gewissen Animosität über den General v. Gerlach, der aus Mangel an Übereinstimmung und, wie es schien, verstimmt aus der Adjutantenstellung geschieden war. Der Prinz bezeichnete ihn als einen Pietisten.

Ich: „Was denken Eure Königliche Hoheit sich unter Pietisten?“

Er: „Einen Menschen, der in der Religion heuchelt, um Karriere zu machen.“

Ich: „Das liegt Gerlach fern, was kann der werden? Im heutigen Sprachgebrauch versteht man unter einem Pietisten etwas anderes, nämlich einen Menschen, der orthodox an die christliche Offenbarung glaubt und aus seinem Glauben kein Geheimnis macht; und deren gibt es viele, die mit dem Staate gar nichts zu tun haben und an Karriere nicht denken.“

Er: „Was verstehen Sie unter orthodox?“

Ich: „Beispielsweise jemanden, der ernstlich daran glaubt, 1853.
daß Jesus Gottes Sohn nur für uns gestorben ist, als ein Opfer, zur Vergebung unserer Sünden. Ich kann es im Augenblick nicht präziser fassen, aber es ist das Wesentliche der Glaubensverschiedenheit."

Er (hoch errötend): „Wer ist denn so von Gott verlassen, daß er das nicht glaubte?"

Ich: „Wenn diese Äußerung öffentlich bekannt würde, so würden Eure Königliche Hoheit selbst zu den Pietisten gezählt werden."

Im weiteren Verlaufe der Unterhaltung kamen wir auf die damals schwebende Frage der Kreis- und Gemeindeordnung. Bei der Gelegenheit sagte der Prinz ungefähr:

„Er sei kein Feind des Adels, könne aber nicht zugeben, daß der Bauer von dem Edelmann mißhandelt werde."

Ich erwiderte: „Wie sollte der Edelmann das anfangen? Wenn ich die Schönhauser Bauern mißhandeln wollte, so fehlte mir jedes Mittel dazu, und der Versuch würde mit meiner Mißhandlung entweder durch die Bauern oder durch das Gesetz endigen."

Darauf Er: „Das mag bei Ihnen in Schönhausen so sein; aber das ist eine Ausnahme, und ich kann nicht zugeben, daß der kleine Mann auf dem Lande geschunden wird."[1])

Zu 180) [1]) Bismarck reichte nach diesem Gespräch dem Prinzen eine kurze Darstellung der Genesis der ländlichen Zustände und des rechtlichen Verhältnisses zwischen Gutsherrn und Bauern in Preußen ein. Er hat darauf, wie er schreibt, eine ironische Antwort des Prinzen dahin erwartet, daß er diese Verhältnisse seit 30 Jahren kenne. Der Prinz habe ihm aber lebhaft für die interessante Darstellung ihm neuer Daten gedankt. Es mag gern sein, daß in der Bismarckschen Darstellung für den Prinzen neue Daten waren, und selbstverständlich hat er Bismarck dafür gedankt; ironisch zu schreiben, wäre dem Prinzen, wie der hier vorliegende ganze Briefwechsel zeigt, nicht möglich gewesen. Mit der Gemeindeordnung und der Grundsteuer war aber der Prinz, wie nicht nur einige hier mitgeteilte Schreiben zeigen, sondern wie Bismarcks Freund Gerlach im Februar 1851 ausdrücklich bezeugt, sehr gut vertraut, und selbst Gerlach gesteht mit Bezug auf die bestehenden Agrarverhältnisse im März 1850 zu, daß etwas faul im Staate Dänemark sei. Der Ausdruck „Pietisten" braucht aber Bismarck in dem Sinne, wie ihn die orthodoxe Partei faßte, in der vulgären Sprache dagegen wurde und wird er in dem vom Prinzen an-

181] An den Prinzen Adalbert von Preußen.

16. August 1853.

1853. 16. 8. Wie leid tat es mir, Dich gestern zu verfehlen, um Dir einige gewünschte Renseignements zu geben, wie mir Steinäcker[1]) sagte, und um Dir einiges von der herrlichen Flottenrevue zu erzählen. Nun wirst Du schon alles en détail erfahren haben. Wie schade, daß Du nicht eintreffen konntest! Ich kann Dir nicht sagen, wie ergriffen ich war, namentlich das erstemal, als ich bei unserem Schiff vorbeifuhr, unsere Kriegsflagge, unsere Uniform und Pickelhaube, unsere Trommel an Bord eines Kriegsschiffes sah und hörte, und zwar inmitten einer englischen Flotte! Die Visite der Königin[2]) an Bord der „Gefion" war zu freundlich und gnädig. Ich habe mich sehr über die Schiffe gefreut und die Soldaten in exzellenter Haltung gefunden.

Vielen Dank für Deine Antwort auf die Anekdote des Prinzen L. W.,[3]) die ich ganz gerechtfertigt finde und ihn sonach beschieden habe, ohne Dich zu nennen. Nun adieu!

Dein treuer Vetter Wilhelm.

182] An den General v. Reiche.

21. August 1853.

1853. 21. 8. Nach vierzig Jahren wird am 23. der Sieg von Großbeeren auf eine hoffentlich würdige Art gefeiert werden, wozu ich den Anstoß gab, damit die Residenz zuerst nicht vergesse, daß sie gerettet, dann, durch wen sie gerettet wurde, nämlich durch das tapfere Heer.

Wie könnte ich aber des Mannes vergessen, dem im Rate Bülows damals das Hauptverdienst gebührt, diese Schlacht zu schlagen? Sie, bester General, sind es, der diese Ehre in Anspruch nehmen muß, und daher wünsche ich Ihnen nun nach

---

geführten Sinne ganz durchgängig gebraucht (vgl. E. Berner, Der Regierungsanfang des Prinzregenten).

Zu 181) [1]) Vgl. Nr. 179. Adjutant des Prinzen. — [2]) Von England. — [3]) Unbekannt.

vierzig Jahren Glück, daß Ihr Name mit der Dankfeier verbunden sein wird. Die schönste Anerkennung für Ihre damaligen Kriegsleistungen zollt Ihnen Ihr eigenes Bewußtsein. Aber nur zu gern spreche ich Ihnen, als Ihr Zögling,[1]) diese Anerkennung hiermit auch noch aus, damit Sie sehen, daß ein noch so langer Zeitraum in mir die Erinnerung an diejenigen nicht erlöschen macht, die in jener denkwürdigen Zeit dem Könige, dem Heere und dem Vaterlande die glorreichsten Dienste leisteten. Möge die Erinnerung an so schöne Tage stets Ihr Alter verschönern und beleben! 1853.

Ihr treu ergebener Zögling Prinz von Preußen.

183] Artikel in der
Preußischen Wehr-Zeitung Nr. 524, 25. August 1853.

Die Flottenrevue bei Spithead.

Nur die Dampfflotte lag bei Spithead,[1]) während die Segelflotte wegen konträren Windes schon früh auf die Reede hinausgehen mußte, um die Manöver nicht aufzuhalten. Die Königin, Prinz Albert und der Prinz von Preußen Königliche Hoheiten, schifften sich um 10¼ Uhr bei Osborne-House an Bord der königlichen Yacht „Victoria and Albert“ ein. Dieses Schiff ist das eleganteste der ganzen englischen Marine und mit dem ausgesuchtesten Geschmack bis in das kleinste Detail ausgerüstet. Es wird von dem Lord A. Fitz-Clarence, Kommodore, geführt, welcher 1814 bereits als Midshipman auf der Flotte diente, die vor den alliierten Monarchen manövrierte. Als die königliche 1853. 25. 8.

Zu 182) [1]) General v. Reiche hat als Offizier beim Kadettenkorps dem Prinzen Unterricht erteilt und rühmt in seinen inzwischen erschienenen Denkwürdigkeiten sehr den Fleiß und die schnelle Auffassungsgabe des Prinzen, auch sein Talent zum Zeichnen. Nr. 179 u. 181.

Zu 183) [1]) Vgl. S. 341 u. 344. — Wir geben hier von diesem Artikel, der im übrigen das Verzeichnis der Schiffe und den Admiralitätsbefehl enthält, nur den Schluß, soweit er nach L. Schneiders Notizen „Aus dem Leben Kaiser Wilhelms“ I, 149 vom Prinzen selbst herzurühren scheint.

1853. Yacht in Sicht kam, salutierte die ganze Dampfflotte, die Schiffe im Hafen und die Festung mit dem fortrollenden Donner aus mehr als 2000 schweren Geschützen. Ein Schauspiel, das sich in dieser Großartigkeit eben nur in England findet.

Die königliche Yacht näherte sich zuerst dem Admiralschiff „Duke of Wellington", jetzt das größte Schiff der englischen Marine von 131 Kanonen und ebenfalls mit Schraubenkraft versehen. So wie die königliche Flagge an seinem Maste emporschoß, erfolgte das zweite Salut mit nicht weniger betäubendem Lärm, in den sich auch das Hurrageschrei der Schiffsbesatzungen und der Tausende von Zuschauern auf den überall umherkreuzenden Dampfern und Segelschiffen mischte. Als der Befehl zum Beginn des Manövers gegeben wurde, verschwanden diese zahllosen Zuschauerschiffe vor der Front und folgten den Bewegungen der Eskader in gehöriger Entfernung auf beiden Flügeln.

Es wurde nun in zwei Kolonnen mehrere Seemeilen avanciert, und als die Segel- (feindliche) Flotte in Sicht kam, in Linie aufgefahren.

Bei der Kanonade mußte jedes Schiff in 5 Minuten 6 Lagen geben, ohne dabei zu wenden. Dies war der großartigste Moment der ganzen Revue.

Bei der nun beginnenden Verfolgung des retirierenden Feindes zeigte sich die unzweifelhafte Überlegenheit der Schraubendampfer über die Segelschiffe in so entscheidender Klarheit, daß das Ergebnis als das wichtigste Resultat des Tages für Marineverhältnisse überhaupt angesehen werden muß. In wenigen Minuten waren die Segler von den Dampfern überholt, und nun wurde das Signal zum Kehrtmachen der ganzen Dampfflotte gegeben, welchem Signal auch sämtliche Zuschauerschiffe wie auf einen Zauberschlag folgten, so daß das gleichzeitige Umkehren einiger hundert Schiffe, vom größten bis zum kleinsten, und deren Zurücksegeln nach Portsmouth ein wahrhaft überraschendes Schauspiel war.

Obgleich die Segelflotte mit allen Segeln und vollem Winde

fuhr, so schien es doch gegen die Bewegung der Dampfer, als läge sie vor Anker. 1853.

Als das rascheste unter sämtlichen Schiffen zeigte sich der „Agamemnon“, der neu auf Schrauben gebaut ist und bis 13 Knoten laufen kann. Das nächstrasche ist der „Duke of Wellington“, welcher, ehe er fertig war, auf Schrauben verändert wurde. Er macht 11 bis 12 Knoten, während die auf Schrauben veränderten früher schon im Dienst gewesenen Segelschiffe 7 bis 11 Knoten laufen.

Die Versammlung sämtlicher Kanonen- und bewaffneten Großboote der Flotte zum Angriff auf die beiden Avisodampfer „Conflict“ und „Magicienne“ dauerte gegen eine Stunde. Man konnte deutlich erkennen, daß der Angriff durch diese Boote im Ernstfalle notwendig den glänzendsten Erfolg gehabt haben müßte, da die eine Kanone jedes Bootes das angegriffene Schiff dicht über dem Wasserspiegel treffen mußte, während die Kanonen der großen Schiffe gar nicht imstande sind, die kleinen Objekte der Boote zu treffen, ja wegen des dichten Pulverdampfes nicht einmal zu sehen.

In dem oben mitgeteilten Flottenberichte sind übrigens auch die beiden preußischen Kriegsschiffe „Gefion“ und „Amazone“ als im Hafen liegend angeführt. Seine Königliche Hoheit der Prinz von Preußen fuhr auf der „Fairy“ auf der Fahrt nach Osborne vorüber und wurde mit dem königlichen Salut von beiden und der ganzen englischen Flotte begrüßt. Die preußische Pickelhaube und der preußische Trommelschlag der Besatzung waren also bei dieser Revue gegenwärtig.

Am 12. bestieg Ihre Majestät die Königin die preußische Fregatte „Gefion“, welche zu diesem Zweck vor Osborne anlegen mußte. Seine Königliche Hoheit der Prinz von Preußen empfing Ihre Majestät an Bord und bestieg später auch noch die „Amazone“.

Nach dem Urteile englischer Seeoffiziere sahen die preußischen Soldaten exzellent aus, und die Disziplin derselben, sowie die Ordnung auf den Schiffen fand die vollständigste Anerkennung.

184] Artikel in der Preußischen Wehr-Zeitung Nr. 551, 27. November 1853.

„Ohne Tritt oder mit Tritt — nur gut."

1853. 27. 11. So meinte ein Kreis militärischer Freunde, als die beiden Artikel in Nummer 533 und 545 der „Wehr-Zeitung" über diesen Gegenstand vorgelesen und besprochen worden waren. Mit Tritt hatte die meiste Zustimmung — ohne Tritt — cum grano salis aber auch seine Verteidiger. Je mehr die Frage sich in das innerste Wesen des Soldatentums vertiefte, je bereitwilliger mußte endlich zugestanden werden, daß in der Tat ein auffallender Unterschied zwischen dem mit so vieler Sorgfalt, so unsäglicher Anstrengung gehandhabten Exerzierplatze und dem Manöverfelde bestehe, und daß es ganz begreiflich sei, wenn fremde Offiziere diesen Unterschied bemerkten und sich darüber wunderten, da sonst von uns Preußen die stramme Detailausbildung der Mannschaften sowohl, wie die Festigkeit der Kompagnie- und Bataillonsschule gerühmt wird. Was Friedrich der Große von den Truppen seines königlichen Vaters — des unbestrittenen Gründers der preußischen Armee — gesagt, daß die Bewegungen des Räderwerks einer Uhr nicht regelmäßiger sein konnten, als die eines preußischen Bataillons — das lebt traditionell noch im Bewußtsein und in der Arbeit des jüngsten wie des ältesten preußischen Offiziers fort und der „gewichtige preußische Massentritt" hat selbst Dichter begeistert und ihn als ein charakteristisches Zeichen gerade der preußischen Armee hervorheben lassen. Es ist mit der Gewohnheit aber ein eigenes Ding. Vielen der jüngeren Kameraden war es noch gar nicht aufgefallen, daß beim Parademarsch wirklich der feste Gleichtritt, Fühlung und Vordermannnehmen nur für die Strecke zwischen den markierenden Points gilt, und daß, soll der Parademarsch wiederholt werden, das Wiedereinnehmen der Stellung größtenteils ohne Tritt geschieht. Vielen war es vollkommen wie durch das Reglement vorgeschrieben erschienen, „Bataillon ohne Tritt! Marsch!" zu kommandieren, und nicht „Bataillon marsch!" um später das „ohne Tritt" hinzufügen. Einmal ins Auge gefaßt

und zur Sprache gebracht, fand sich aber keine Meinungsäußerung 1853.
mehr, daß ohne Tritt besser sei als mit Tritt, und sogar Versuche, die in den nächsten Tagen bei Felddienstübungen mit gemischten Waffen gemacht wurden, ergaben, daß nicht alle Gewohnheiten die Berechtigung der Zweckmäßigkeit haben. Soweit hat also nach dem Ergebnis unseres kameradschaftlichen Plauderns Freund 1 recht — aber auch 380, der sich als nichtpreußischer Kamerad erkennen läßt, fügt Feldzugserfahrungen dem Friedensvorschlage hinzu, so daß die Frage für das Manöverfeld fast erledigt scheint und die Anregung des Gegenstandes keine vergebene gewesen sein wird.

Dessenungeachtet nehme ich das Thema noch einmal auf und berufe mich auf Meinung und Zeugnis eines fürstlichen Feldherrn, dem die preußische Armee gewohnt ist, das unbedingteste Zutrauen zu schenken. Ohne dem notwendigen Halt im Innern des Bataillons etwas vergeben zu wollen, lautet dieses Zeugnis und diese Meinung doch so, daß ein strammes Zusammennehmen im Sinne des Exerzierplatzes auf dem Schlachtfelde nur dann erst eintreten müsse, wenn die Schützen zum Gefecht vorgenommen werden, oder mit einem Wort, wenn der Soldat ins wirksame Feuer kommt. Daß dieses stramme Zusammennehmen hier noch viel wichtiger und unerläßlicher ist, als auf dem Exerzierplatze, darüber herrscht unter kriegserfahrenen Offizieren wohl nur eine Stimme. Es ist noch mehr eine moralische, als eine Gefechtsnotwendigkeit, und wenn ich den darin ausgesprochenen Gedanken recht erkenne, so heißt es: Der Marsch und selbst die taktische Bewegung außerhalb des feindlichen Feuers kann bequem und die Kräfte möglichst schonend für den letzteren Zweck sein. Dadurch wird beides räumlicher, kraftersparender, das festere Anziehen des Zügels aber zugleich ein Impuls, die moralische Stimmung der Masse zu erhöhen, ich möchte sagen, für das eiserne Würfelspiel vorzubereiten. Über den Grundsatz selbst wird demnach kaum eine Meinungsverschiedenheit herrschen. Das „In der Hand behalten“ der Truppen ist gleichbedeutend mit dem „festen Anfassen“ derselben, weil eins aus dem andern unzweifelhaft hervorgeht. Wohl aber kann eine Meinungsverschiedenheit

1853. über den genauen Zeitpunkt eintreten, wo dieses Verwandeln des Schlachtfeldes in den Exerzierplatz beginnen soll. Nicht allein, weil es schwer ist, überhaupt und unter den tausend verschiedenen Gefechtsverhältnissen einen Moment, ich möchte sagen reglementarisch machen zu wollen, sondern weil alles und abermals alles von der Persönlichkeit der Befehlenden, weiterhin auch oft von derjenigen der Untergebenen abhängt. — Richtig ist im allgemeinen der Grundsatz, daß nur das Gewohnte und immer wieder Geübte leicht und darum zur zweiten Natur wird. Ebenso richtig ist aber auch der Erfahrungssatz, daß eine immer gleichmäßig angestrengte Kraft keiner Steigerung fähig und dem Versagen im Augenblicke des eigentlichen Gebrauchs ausgesetzt ist, während ein Zusammenraffen der bis dahin geschonten Kraft diese oft auf einen unerwarteten Grad steigert.

Was aber folgt nun aus alledem? Auf dem Exerzierplatze darf ohne Tritt und sogenanntes kommode Gehen nie eintreten. Auf dem Manöverfelde cum grano salis, und so, daß es nicht als die überhaupt geltende Form, sondern nur als ein dem Terrain und der gehabten oder zu erwartenden Anstrengung zugestandenes Nachgeben erscheint. Auf dem Schlachtfelde: Alles, was die Kraft irgend schonen kann vor dem Eintreten in das Feuergefecht, mit dem ersten Schuß aber den Beweis für die Mannschaften, daß der Offizier gar keinen Unterschied zwischen dem Exerzierplatze und dem Kampfplatze kennt.

Der Gegenstand ist recht eigentlich einer von denen, die auf dem Papiere nicht wohl erledigt werden können, aber anregen kann die Besprechung zur Selbstprüfung und zum praktischen Herausfühlen des Richtigen. Und darauf kommt es doch wohl nur an. Wir kennen uns doch in den Spalten unserer Zeitung genau genug, um nicht etwa darin ihr Ziel zu erblicken, daß der eine ganz recht, der andere bedingungsweise recht und einer wohl auch einmal unrecht hat. Mich wenigstens regt die Besprechung jedesmal zum Nachdenken an und ich bin eben dadurch schon zu der Überzeugung gekommen, daß viele Wege nach Rom führen.

Das eine ist aber nötig — nach diesem figürlichen Rom muß wirklich auch jeder wollen, und wenn man auch verschiedene

Wege einschlägt, so müssen sie wenigstens sämtlich nach der Him- 1853.
melsgegend gehen, wo Rom liegt, sonst gibt es nicht allein Umwege, sondern Abwege.

185] An Frau v. Radowitz.

Coblenz, 30. Dezember 1853.

Ich habe einen Freund verloren,[1]) den ich in den schwersten 1853. 30. 12.
Zeiten, die das Vaterland trafen, erst vollkommen gefunden und als solchen erfunden habe! Dafür werde ich Gott ewig dankbar sein, daß Er mich ein Herz erkennen ließ, das von seinen unbemessenen Geistesgaben nicht überragt wurde! Solche Erfahrungen bezeichnen Lebensabschnitte! Gott sei mit Ihnen!

Ihr Prinz von Preußen.

186] An den Prinzen Adalbert von Preußen.

5. Januar 1854.

Herzlichsten Dank, bester Adalbert, für Deine treuen Wünsche 1854. 5. 1.
beim Jahreswechsel, die Augusta und ich Dir mit gleicher Herzlichkeit zurückgeben. Ich freue mich aufrichtig Deiner häuslichen Zufriedenheit, und kann mich insofern nur zufriedengestellt fühlen, wenn ich zu der Erlangung derselben beitrug.[1])

Die politischen Konjunkturen sind gewiß sehr trübe, denn ich glaube, daß, wenn auch der Kaiser nach seinen Land- und Seesiegen[2]) (deren ich mich für seinen und seiner Armee und Flotte Ruhm nur freuen kann) geschmeidig geworden sein sollte, er nach dem Vorgehen der kombinierten Flotte im Schwarzen Meer[3]) auf keine Friedensunterhandlungen eingehen wird. Dieses Vorgehen ist eine wahre Kalamität und völlig unkorrekt, denn ein Seesieg ist nichts anderes, als ein Landsieg in politischer Be-

---

Zu 185) [1]) Radowitz starb am 25. Dezember 1853.

Zu 186) [1]) D. h. zur morganatischen Vermählung des Prinzen mit der zur Frau v. Barnim ernannten Fanny Elßler. — [2]) Die Russen waren in die Donaufürstentümer bis an die Donau einmarschiert. Am 30. November überfiel die russische Flotte die türkische bei Sinope und vernichtete sie. — [3]) Durchfahrt der englischen und französischen Flotte durch die Dardanellen.

1854. deutung, und da letzterer keine Demonstration von England und Frankreich nach sich zog, so dürfte dies auch nicht der Sinope-sieg tun! Einen Einfall[4]) in Italien erwarte ich nur, wenn Österreich sich für Rußland erklären sollte, weil alsdann die Diversion in Italien die von Österreich an Rußland zugesandte Hilfe paralysieren würde. Welche Rolle wir spielen werden, müssen wir abwarten und erwarten, welche Front unser Kriegsherr uns anweisen wird. Jeder einzelne hat dann nur für die Ehre der Waffen zu sorgen! Dein treuer Vetter Wilhelm.

187] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 29. Januar 1854.

1854. 29. 1. Graf Pourtalès[1]) hat mir mit Ihrer Genehmigung alles mitgeteilt, was sich in und nach der Budbergschen Audienz[2]) zugetragen hat. Unter den gekannten Umständen ist eine Nichtunterzeichnung doch schon etwas. Aber die sofort eingetretene Attacke, nur mit Österreich allein die Neutralität abzuschließen, beweist, wie alles ja sogar die Nichtunterzeichnung, von der Partei vorhergesehen war und der Plan der Kampagne festgestellt ist! Wenn Ihr gestriges Schreiben an den König nichts fruchtet, dann ist der Moment eingetreten, den ich Ihnen vorhersagte, wo Ihre Stelle zum Preis gesetzt werden muß. Es ist kein anderes Ministerium jetzt zu finden, daher muß der König Ihnen nachgeben, wenn Sie den Preis setzen. Es ist die letzte Rettung, um Preußen nicht völlig zu ruinieren durch unerhörte Inkonsequenz!

---

4) Frankreichs in das österreichische Italien.

Zu 187) 1) Graf Pourtalès war damals, obwohl nicht angestellt, vielfach im Auswärtigen Amt mit der orientalischen Frage beschäftigt. — 2) Budberg, der russische Gesandte in Berlin, forderte eine vertragsmäßige Sicherheit für Preußens Neutralität oder vielmehr die bewaffnete Neutralität, die der König abschlug, weil er sich England gegenüber verpflichtet hielt. Der König schrieb aber gleich darauf an den Kaiser von Österreich, dem dasselbe Verlangen vorgelegt war, und lehnte dann auch sowohl die von Österreich wie auch die von England und Frankreich geforderte Konvention ab.

Sie müssen darauf bestehen, die eigenhändige Antwort an den Kaiser von Rußland zu sehen, sonst kann man ja gar nicht wissen, wohin sie führt. Auch hier müssen Sie fest sein, wenn sich etwas im Briefe findet, was nicht geht. Die Krisis ist da! 1854.

Ihr Prinz von Preußen.

188] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 8. Februar 1854.

Soeben erst erfahre ich die erfolgte Ernennung des Herrn v. Werther[1]) zum Unterstaatssekretär. Nach dem, was ich Ihnen über diese Ernennung mündlich sagte, können Sie sich denken, daß ich mich über dieselbe nicht freuen kann. Er mag ein braver, guter Mann für Gesandtschaftsposten zweiten Ranges sein, aber zum Unterstaatssekretär und noch dazu in diesem Moment paßt er wahrhaftig nicht. Kaum haben Sie sich aus den Kreuzzeitungsklauen von Lecoq[2]) befreit, als Sie in dieselben Klauen durch Werther geraten! Welch eine reiche Auswahl hatten Sie gerade in diesem Momente hier unter Pourtalès, Usedom, Goltz,[3]) lauter Männern von überlegenen Fähigkeiten, tüchtiger, gerader, konsequenter, offener Gesinnung, von denen Pourtalès dem König und Ihnen die eklatantesten Beweise seiner Fähigkeiten in diesem kritischen Momente gegeben hatte. — Wenn ich also die Fähigkeiten des p. Werther sehr gering anschlage, so schlage ich seine Tendenzen viel höher an; er ist ein matter, schwankender Mann, der also ganz weiches Wachs in den Gerlach-Nikolaus-[3]) Händen sein wird, so daß zehn gegen eins zu wetten ist, daß mit dieser Ernennung in der Umgebung des Königs der Triumph des — Systemwechsels — gefeiert wird. 1854. 8. 2.

Zu 188) [1]) Frhr. v. Werther, bisher Gesandter in Kopenhagen, später in Petersburg. — [2]) Bisher Unterstaatssekretär. Die Stelle blieb mehrere Jahre unbesetzt. — [3]) Graf Pourtalès und Frhr. v. Usedom (dieser damals Gesandter in Rom), dem politischen Kreise des Prinzen angehörend, wurden auch von Friedrich Wilhelm IV. mehrfach verwendet, obwohl sie wie Graf Robert v. der Goltz sehr bestimmte Gegner der, wie der Prinz hier sagt, „Gerlach-Nikolaus-Partei“ waren.

1854. Sollte dies eintreten, dann wissen Sie, was Sie mir in die Hand versprochen: Ihre Stellung aufzugeben. Auch ich weiß, was ich alsdann zu tun habe. Daß die preußische Politik eine wetterwendische wieder werden soll, werde ich nie zugeben, eher tue ich einen eklatanten Schritt, um der Welt zu beweisen, daß ich mit solcher Inkonsequenz nichts zu tun haben will und werde.

Ist es denn nicht möglich, daß die Werther-Ernennung noch rückgängig gemacht werde? Es ist ja keine bessere Gelegenheit zu finden, um Leute, wie die genannten, in diese richtige Stellung zu bringen. Die vortreffliche Haltung, die Preußen in den letzten Monaten angenommen hat und bis heute konsequent durchführt, hat ihm Vertrauen und Achtung wiedergewonnen. Kräfte, wie die der Genannten, zu denen noch Prinz Löwenstein[4]) kommt, der mir seinen Wunsch zum Wiedereintritt in die diplomatische Laufbahn ausgesprochen, und den ich Ihnen nicht warm und dringend genug empfehlen kann, da er eine höchst ausgezeichnete Individualität ist, die ich 1848 in London völlig und durch und durch schätzen lernte — solche Kräfte also bieten alle ihre Tätigkeit von neuem an, sind auch angenommen — und nun riskieren Sie, daß durch Werthers Ernennung eine Umkehr eintritt, die im In- und Auslande uns schaden muß.

Prinz von Preußen.

189] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 12. Februar 1854.

1854. 12. 2. Von verschiedenen Seiten höre ich, daß die Ernennung des v. Werther, als ich Ihnen meine Bemerkung gegen dieselbe schrieb, noch nicht vollzogen war, und ich würde mich freuen, wenn meine ausgesprochene Ansicht mit zur mindestens ajournierten Ausführung des Planes beigetragen hätte.

Wenngleich ich keine Antwort von Ihnen erhielt, so muß ich doch sogleich jetzt meine Ansicht Ihnen aussprechen. Ohne Unterstaatssekretär können Sie in einem so wichtigen Moment nicht bleiben. Die zwei fähigsten Männer zu dem Posten sind

[4]) War 1848 Legationsrat in London.

hier Pourtalès und Usedom.[1]) Ersterer leiht Ihnen seine Talente 1854.
bereits auf die erfolgreichste Art, aber wenn er die quästionierte Stelle nicht erhalten soll wegen bevorstehender Spezialmission, so muß er doch eine fixierte Position im Auswärtigen Ministerium erhalten, wenn nicht Rekriminationen erfolgen sollen, so daß er unter dem zu wählenden, wenn auch nur für jetzt ad hoc zu wählenden Unterstaatssekretär ferner arbeiten kann. Zu dieser ad hoc-Stellung eignet sich nun gerade aus diesem Grunde der andere Genannte, Usedom. Da durch die Art der Anstellung sein Posten in Rom ihm von selbst reserviert bleibt, und er, wie er mir selbst versichert hat, die Exzellenz nur beansprucht, wenn er jene Anstellung zur Zufriedenheit ausgefüllt haben wird, als ein Anerkenntnis für Leistungen, so sind die Bedenken, welche Sie gegen seine Wahl früher hatten, gänzlich gehoben. Dann schlägt man nicht zwei, sondern drei Fliegen mit einer Klappe. Werther bleibt (leider) en perspective, Pourtalès bekommt eine fixierte Stellung, Usedom führt die Geschäfte seiner Position mit Exzellenz en perspective und reserviertem Rom. Ein besseres Arrangement zum Wohle des Königs, des Staats und Ihrer läßt sich nicht denken. Aber Eile ist nötig, damit eine gewisse Partei nicht siegt mit Pernice.[2]) [Prinz von Preußen.]

190] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 14. Februar 1854, 7 Uhr nachmittags.

Also noch kein Unterstaatssekretär? Da Sie mir mündlich 1854.
sagten, es sei durchaus nötig, die Stelle gerade jetzt zu besetzen, 14. 2.
so konnte ich dem nur völlig beistimmen. Es komme nur auf die Person an. Der nun wochenlange Aufschub, von dem Sie schreiben, kommt mir daher sehr überraschend und erscheint nicht konsequent; ich muß und kann Ihnen daher nur meine Proposition von vorvorgestern wiederholen. Unsicherheit und Halbheit in solchen Momenten kann und muß Preußen Nachteil bringen!!

Zu 189) [1]) Graf A. Pourtalès blieb zunächst noch dem Auswärtigen Amt beigegeben, während Usedom in Spezialmission nach London geschickt wurde. — [2]) Professor der Jurisprudenz, der Gerlachschen Partei angehörig und von dieser schon früher für eine politische Stellung in Aussicht genommen.

191] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 14. Februar 1854.

1854. 14. 2. Mit meinem besten Dank für die schleunige Erfüllung meines Wunsches, die vorliegende Piece zu lesen, sende ich sie Ihnen zurück. Von Prinz Albert habe ich seit dem Brief, den Sie kennen, keinen erhalten und jenen noch nicht beantwortet. Es scheint, daß ein neues projet de note entre les 4[1]) hier eintrifft, nach Bunsens Privatschreiben, worauf ich einzelne Worte beziehen muß. Mir scheint Preußens Position noch immer dieselbe zu bleiben, d. h. sich nach keiner Seite die Hände durch Veto, Konvention, Traité usw. zu binden, bis nicht ein europäischer Krieg uns nötigt, Partei zu ergreifen, die dann freilich nach Westen neigt.

Mit Austausch der Fürstentümer gegen die Lombardei, also Abtretung Savoyens an Frankreich, scheint vorderhand die Rechnung ohne den Wirt gemacht![2]) Und Preußen? Interessant sind Rochows und Bunsens[3]) Verfahren oder Tendenzen zu vergleichen! Jeder zerrt nach seinem Hof hin, keiner aber stellt sich auf die preußische Kabinettsbasis, d. h. Exspektation.

Ihr Prinz von Preußen.

192] Schreiben, betreffend die allgemeine Landesstiftung als Nationaldank zur Unterstützung der Vaterländischen Veteranen und invaliden Krieger.[1])

22. Februar 1854.

1854. 22. 2. Der Dank meines in Gott ruhenden Herrn Vaters Majestät und Kriegsherrn an sein siegreiches Heer d. d. Paris, 3. Juni 1814 weist ausdrücklich darauf hin, daß „mit Dank und Liebe

---

Zu 191) [1]) Die beiden Westmächte England und Frankreich nebst Preußen und Österreich. — [2]) Der Plan ging wohl von Frankreich aus. Österreich sollte für die Lombardei die Donaufürstentümer erhalten. — [3]) Der preußischen Gesandten in Petersburg und London.

Zu 192) [1]) Vgl. S. 311 ff.

das Vaterland" seine würdigen und tapferen Kämpfer „mit Gott, für König und Vaterland" empfangen werde. Dieser Dank und diese Liebe des Vaterlandes hat sich in einzelnen Fällen auch vielfach bewährt; es fehlte bisher jedoch an einem geeeigneten Mittelpunkte zur allgemeinen nationalen Fürsorge für die Erleichterung des sorgenvollen Lebensabends der noch lebenden hilfsbedürftigen vaterländischen Veteranen, deren es noch viele Tausende gibt; ja es gibt zurück bis in die Zeit unseres Königlichen Helden Friedrichs des Großen Majestät noch einzelne dergleichen Krieger. Dieser Mittelpunkt ist nunmehr in der seit dem 15. Oktober 1851 ins Leben getretenen „Allgemeinen Landesstiftung als Nationaldank" gefunden worden. Der Gedanke zur Begründung dieser Stiftung ist vom Kuratorium derselben in verdienstlicher Weise bis auf den jetzigen segensvollen Standpunkt zur Tat gebracht worden, und es haben hierdurch die obigen königlichen Verheißungen zum Wohl der Armee und deren invaliden Krieger, wie zur Ehre des Vaterlandes ihre volle Erfüllung erhalten. Nachdem ich dieses erkannt und die hocherfreulichen Sympathien für die Erfüllung der patriotischen Zwecke der Stiftung genau beobachtet, auch die segensreichen Erfolge mit freudigem Herzen dankbar anerkannt habe, galt es mir als Pflicht, das von mir unterm 19. November v. Js. genehmigte Grundgesetz für die Stiftung, in Gemeinschaft mit dem Herrn Minister des Innern, Sr. Majestät dem Könige, unserm allergnädigsten Herrn zur Genehmigung und Bestätigung vorzulegen. Allerhöchstdieselben haben dieses Grundgesetz unterm 18. Januar d. Js., dem Krönungsgedächtnistage des Königshauses Hohenzollern in Gnaden zu bestätigen und dabei der gedachten Stiftung zugleich Korporationsrechte, soweit diese zum Erwerb von Kapitalien und Grundstücken erforderlich sind, zu erteilen geruht. Somit ist dieser aus Wohltätigkeitssinn entsprungenen Stiftung die schönste Weihe und der höchste Schutz zuteil geworden, indem sie nunmehr unter die Obhut unseres Königs und Kriegsherrn gestellt ist. 1854.

Zuerst erkenne ich die bisherigen reichen Segnungen dieser Stiftung zur Erleichterung des sorgenvollen Lebensabends so vieler

1854. hilfsbedürftiger invalider Krieger im Lande mit tiefgefühltem Danke hierdurch an. Nur durch das harmonische und einheitliche Zusammenwirken aller von mir bestätigten Organe der Stiftung und deren Mitglieder mit dem Kuratorium derselben im rechten Verständnisse dieser Stiftung, wie durch die allgemeine Teilnahme der Gutgesinnten aller Volksklassen im Lande konnte dies erreicht und erfüllt werden; darum spreche ich allen Organen der Stiftung für ihre verdienstliche Gesamtmitwirkung dabei hierdurch zugleich meine vollste Anerkenntnis aus. Damit der reiche Segen der Stiftung aber auch ferner wirksam bleiben möge, empfehle ich das Fortbestehen dieser harmonischen und organischen Mitwirkung in der gesamten Stiftungsverwaltung, welches besonders durch gemeinsame Konferenzen der Stiftungsmitglieder in den Regierungs- und Kreis-Kommissariatsbezirken erreicht werden wird, die ich daher zu diesem Zweck um so mehr empfehle, als mir die Erinnerungen an die segensreichen Folgen der Generalkonferenz zu Düsseldorf im vorigen Jahre als maßgebend hierfür erscheinen. In Beziehung auf die Ausführung des Grundgesetzes empfehle ich hierdurch ferner allen Organen der Stiftung, ihre Anträge und Vorschläge darüber unter vorsichtiger Beachtung aller Verhältnisse offen und mit Vertrauen dem Kuratorium derselben mitzuteilen. Es ist mein ausdrücklicher Wille, daß die Organe der Stiftung nach der ihnen im Grundgesetz verliehenen Selbständigkeit ihre Verwaltung führen und dem Kuratorium hiernächst das zu den Hauptzusammenstellungen der Resultate der gesamten Stiftungsverwaltung notwendige Material zur rechten Zeit mitteilen sollen, worüber dasselbe die weiter nötigen Anweisungen geben wird.

Es wird mir ein wohltuendes Gefühl sein, die Verdienste um das Gedeihen dieser Stiftung und die Fürsorge für die hilfsbedürftigen invaliden Krieger dankbar anzuerkennen und auch Sr. Majestät dem Könige zur allergnädigsten Berücksichtigung zu empfehlen. Mögen mir hierzu, wie bisher so auch fernerhin, viele Veranlassungen gegeben werden, da dieser Stiftung meine ganz besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge stets zugewendet bleiben wird, und ich in derselben den schönsten Aus-

druck der preußischen Nationaldankbarkeit für die rühmliche Hingebung und Treue der preußischen Armee an den König und das Vaterland erkenne. Es werden vielleicht früher, als wir es glauben, Zeiten eintreten, wo das Heer auf den Ruf seines Königs und Kriegsherrn zu den Waffen greifen muß. Dann wird die Absicht der Allgemeinen Landesstiftung klar in das Bewußtsein eines jeden Vaterlandsfreundes treten, und der Soldat freudig in den Kampf gehen, wissend, daß König und Volk seiner auch in den spätesten Tagen eingedenk sein wird. 1854.

193] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 6. März 1854.

In diesem Momente sagt man mir, daß Bunsen abberufen[1]) 1854.
sei! Ich bitte Sie, welch ein Eklat! Nachdem er angesehen 6. 3.
in London steht, jetzt momentan den Durchgänger macht, möge man ihn desavouieren und mopsen, aber nur nicht abberufen! Dann muß ja Europa unsere Umsattlung ins russische Lager sehen. Da sei Gott vor! Und dagegen habe ich Ihren Handschlag. Hohenzollerns Sendung ist der Person nach gut. Was soll er aber in Paris?[2])

Dagegen sagten mir im vorigen Sommer Königin Viktoria und Prinz Albert, so interessant die Bekanntschaft Nostitz' für sie gewesen sei, so wäre er ihnen doch viel zu alt für diesen

Zu 193) [1]) Bunsen hatte sich aber, was der Prinz nach Bismarcks Zeugnis nicht wußte, dadurch unmöglich gemacht, daß er — wieder nach Bismarck — alle Länder bis zur Krim von Rußland zu Österreichs Gunsten abtrennen, ein selbständiges Polen herstellen und die Ernestiner auf den sächsischen Königsthron bringen wollte. Gegen Unterstützung dieses Programms werde England — so habe Bunsen gemeint — den Übergang der Elbherzogtümer an Preußen gestatten. Bunsen leugnet aber, daß er ein Abkommen getroffen oder auch nur Verhandlungen über solche Pläne geführt habe, und beklagt sich, daß seine geheimen Depeschen vom Kabinett des Königs in die Hände des russischen Gesandten gelangt seien. Auch werden die Erklärungen Bunsens z. B. von Gerlach anders berichtet. Völlig klar liegen die Verhältnisse trotz mehrfacher Veröffentlichungen noch nicht. — [2]) Der König sandte wegen der Bunsenschen Erklärung zur Beruhigung seines Gewissens den Fürsten von Hohenzollern nach Paris, den Grafen Gröben nach London.

1854. Posten erschienen. Und der Mann soll in diesem Moment Preußen in England repräsentieren! Das ist nicht möglich, und müssen Sie alles dagegen anwenden!

Ihr Prinz von Preußen.

194] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 8. März 1854.

1854. 8. 3. Ich wende mich nun aber zu einer anderen Seite[1]) dieser Angelegenheit, und das ist das Personelle und die Intrigue, welche in einem grandiosen Stil gegen mich gespielt worden ist. Sie fing an mit der Freimaurergeschichte vor sechs Wochen und hat nun kulminiert. Man wußte sehr wohl, daß ich Sie auf der Bahn unterstützte, die Sie namentlich in der orientalischen Frage seit vier Monaten eingeschlagen hatten. Sie hatten sich, ohne mein Zutun, Werkzeuge zu dieser Bahn herangezogen, die seit Jahren mein Vertrauen besitzen. Wem ich einmal mein Vertrauen geschenkt habe, dem entziehe ich es nicht, er müßte sich dessen etwa unwert gezeigt haben. Diese Werkzeuge gehörten ebensowenig wie Sie und ich zur Kamarilla. Dieser sind aber alle, die nicht zu ihrer Fahne schwören, ein Dorn im Auge. Da sie mich vor sechs Wochen nicht hatten von Berlin fortbringen können, so mußte der Plan feiner angelegt werden. Die Leute meiner Grundsätze, die Sie nach und nach herangezogen hatten, und mit deren Hilfe Sie beim Könige die einzig nationale Politik mit Glück verfolgten, die Preußens Ehre, Würde und seinen Interessen entspricht — die mußten beseitigt werden. Es ist geschehen! Soeben sagt mir Fürst Hohenzollern, daß Usedom und Pourtalès entfernt werden sollen, wie ihm Herr v. Gerlach gesagt hat. Als mir vorgestern der Fürst sagte, er habe den König gefragt, mit wem er hier offen sprechen könne, und er

Zu 194) [1]) Der Brief ist also unvollständig. Manteuffel erwog in diesen Tagen seinen Rücktritt, von der Kamarilla betrieben ihn einzelne; Gerlach aber und vor allem der König wollten ihn nicht.

erwartete, meinen Namen nennen zu hören, sagte der König: 1854.
„Mit meinem Bruder Karl, der ist von allem unterrichtet," da war es mir klar, wohin es kommen sollte, und wohin es gekommen ist! Eine ähnliche Andeutung hatte mir auch schon der Herzog von Koburg gemacht.

Somit ist denn diese kolossale Intrigue vollkommen reüssiert. Ich, der Thronerbe mit Antezedenzien, die das Licht der Welt nicht zu scheuen brauchen, werde das Spiel einer Clique, die sich nicht scheut, meine Person zu mißbrauchen, und meinen Bruder zu ihrem Werkzeuge macht, dessen Antezedenzien den meinigen wenigstens nicht gleichen. Und zu dieser ganzen Intrigue haben Sie nicht den Schlüssel gefunden? Sie sind mit in dieselbe gezogen worden und haben sie nicht entdeckt? Ja, Sie bieten jetzt die Hand, um sie zu Ende zu führen, indem Sie die Männer entfernen, die ich Ihnen stets als die einzigen würdigen, passenden, ehrenwerten Mitarbeiter bezeichnet hatte, die Sie bis vor wenig Tagen mit Ihrem vollsten Vertrauen behandelten, die der König ebenfalls bis dahin mit Lob und Gnade überhäufte. Was haben denn diese Leute verbrochen, daß sie so behandelt werden müssen? Sie haben eine Meinung geäußert wie andere, und wenn dies nicht die des Königs war, nun, so ist das schon oft dagewesen. Das Verborgene liegt aber darin, daß mein Einfluß gebrochen werden sollte. Und darum müssen jene büßen, die meine Farben tragen, damit diese Farben auch bei Ihnen verdunkelt werden. Und ist dies alles erst fertig, dann wird der Erfolg des russischen Goldes, was bis in die Vorkammer des Königs rollt, klar dastehen und Preußen ins russische Lager verkauft sein, gegen öffentliche Meinung und gegen Preußens Interessen. Dahin hat es die Kamarilla gebracht.

Ich darf und werde dies nicht ruhig mit ansehen. Ich verlange als eine öffentliche Satisfaktion jener Clique gegenüber, daß Graf Pourtalès nicht beseitigt werde und v. Usedom nicht eher nach Bonn gewiesen werde, als bis zu Ostern, wo mein Sohn wieder nach Bonn kommt. Ich halte mich für zu gut, als daß ich, ein Opfer jener Menschen, falle, die dem König die

1854. Wahrheit verdunkeln, um ihre nichtsnutzigen Pläne durchzuführen. Kann man die Frechheit kühner und weiter treiben, als diese Leute sie jetzt gegen mich, den Thronerben, geschleudert haben??

Weder Pourtalès noch Usedom wissen durch mich, was ihnen bevorsteht; vielleicht wissen sie es noch gar nicht. Keiner von beiden hat mir ein Wort über diese mir dennoch klar gewordene Intrigue gegen mich gesagt, so daß sie also an diesen Zeilen nicht schuld sind. Ich erwarte eine baldige Erklärung von Ihnen, ob Sie die von mir verlangte Satisfaktion einleiten werden; Eile aber ist sehr notwendig, denn die Kamarilla ist sehr tätig und schläft nicht. Ihr Prinz von Preußen.

195] Ansprache an die Generalität.

27. März 1854.

1854. 27. 3. Die Glückwünsche,[1]) welche Euer Exzellenz[2]) mir im Namen des hier versammelten Offizierkorps aussprechen, nehme ich ebenso freudig als dankbar an, denn sie gelten einem Beweise der Gnade und des Vertrauens des Königs, der mich ebenso überrascht als beglückt hat; denn nach dem Herkommen in unserer Armee mußte ich annehmen, daß mir eine höhere Stelle in derselben nicht mehr zuteil werden konnte. Die mir widerfahrene hohe Auszeichnung ist daher allein dem allerhöchsten Wohlwollen des Königs für mich zuzuschreiben, was ich auch auf das tiefste anerkenne. Wenn Euer Exzellenz bemerken, daß meine Stellung nur einer Waffe vorzugsweise angehört, so wird Ihr Wunsch, daß ich auch den anderen Waffen mich nach wie vor zuwenden möge, gewiß in Erfüllung gehen, und diese Waffen werden mir daher gestatten, die Augen nicht zuzumachen, wenn wir zusammenkommen. Wenn zunächst meine neue Stellung nur die des Friedens sein kann, so wird sie doch stets nur als zum Kriege arbeitend gedacht werden können. Erfreulich ist es mir daher, von Ew. Exzellenz es aussprechen zu hören, daß die

Zu 195) [1]) Zur Ernennung zum Generalobersten der Infanterie. — [2]) General v. Wrangel.

Armee mit erneutem Vertrauen ihre Blicke auf mich richtet. 1854.
Wenn es mir gelang, einen Teil derselben zum Kriege zu führen, so bin ich nur Ihrem Beispiele gefolgt, welches Sie mir früher gegeben hatten. Wir stehen von neuem an einem sehr ernsten Augenblicke, wie Eure Exzellenz bemerken, wo die Armee des Rufes des Königs gewärtig sein muß. Er, unser König und Kriegsherr wird uns Soldaten die Front anweisen, in der wir zu fechten haben werden. Wir haben dann nur dafür zu sorgen, daß der Ruhm und die Ehre der Armee erhalten, gewahrt und vermehrt werden. Das ist die alleinige Aufgabe für den Soldaten. Es ist mir eine große Freude, jetzt wiederum mit so vielen Truppenteilen in nähere Verbindung zu treten, die lange Zeit unter meinen Befehlen standen. Möge das alte Vertrauen, welches zwischen uns bestand, sich erneuern, um gemeinschaftlich unsere Aufgabe lösen zu können. Leider habe ich nur einige derselben gegen den Feind geführt, doch, wie schon bemerkt, die Zeit kann kommen, wo mir auch dieses Glück noch zuteil werden könnte.

196] An General O. v. Natzmer.

Berlin, 12. April 1854.

Vielen herzlichen Dank für Ihre treuen Wünsche zum bald 1854.
veralteten 22. März. Recht oft darf er nicht mehr wiederkehren, 12. 4.
wenn man noch etwas in der Welt im Freien — leisten soll; in der Stube rät man schon so viel und so lange, daß man sich ordentlich scheut, wenn man an das Handeln im Freien denkt; d. h. nicht ich, aber andere!

Diese unglückselige orientalische Frage, in die uns der herrliche Kaiser so de gaieté de coeur[1]) hineingeritten hat, ist noch gar nicht abzusehen! Ich sehne mich nach dem Moment, wo Preußen und Österreich in dieser Frage Hand in Hand mit Deutschland die Stellung einnehmen werden, die die Sekundanten beim Duell einnehmen, d. h. Frieden nach beiden Seiten zu gebieten, wenn

Zu 196) [1]) Die Vorlage druckt unverständlich dégaté de coeur.

1854. dem Ehrenpunkt ein Genügen geschehen ist, wer dann nicht hören will, muß fühlen. Siegt Rußland in diesem Duell, so muß man ihm Frieden gebieten, damit es die Pforte nicht expatriiert. Siegen die andern, so muß man diesen gebieten, nicht an Eroberungen (corriger la carte de l'Europe) zu denken, denn es könnte ein sieben- bis dreißigjähriger Krieg werden; denn in der Defension liegt die wahre Kraft Rußlands auch ohne den Winter von 1812.

Ich denke, in diesen Tagen wird mit Feldmarschall-Leutnant v. Heß abgeschlossen werden.[2]) Österreich wird wohl durch seine geographische Lage früher am Kriegsschauplatz zum Handeln genötigt werden als wir, und wir werden ihm dann die linke Flanke zu sichern haben. Aufstellen werden wir hoffentlich keine Truppen vor der Zeit, da dies viel Geld kostet, das Land bedrückt und unsere Organisation ja eine Konzentration von großen Streitkräften in vier Wochen bis 36 Tagen[3]) möglich macht. Indem ich Ihrer Frau Gemahlin für ihre freundliche Antwort meinen Dank zu Füßen lege

Ihr treu ergebener Prinz von Preußen.

197] An den Regierungsbezirks-Kommissarius zu Breslau.[1])

Berlin, 13. April 1854.

1854. 13. 4. Das Kuratorium der Allgemeinen Landesstiftung usw. als Nationaldank hat mich von dem Inhalt Ihres Berichtes an dasselbe vom 30. d. Js. in Kenntnis gesetzt, wonach Ihnen die zweite Brüdergesellschaft der dortigen jüdischen Gemeinde am 22. März, als an meinem Geburtstage, ein Geschenk von 100 Talern mit

[2]) Dieser Vertrag wurde auf Grund eines am 9. April zwischen den vier Mächten abgeschlossenen Protokolls von Preußen und Österreich am 20. April vollzogen und verpflichtete jede der beiden Mächte zur Hilfe, wenn eine von ihnen im Einverständnis mit der anderen zur Wahrung der deutschen Interessen das Schwert ziehen werde, auch anerkannte Preußen, daß dieser Fall vorliege, wenn Rußland die Donaufürstentümer nicht freiwillig räume. — [3]) Diese Frist war auch im Vertrage für die Aufstellung von 100000 Mann an der preußischen Ostgrenze vorgesehen.

Zu 197) [1]) Vgl. Nr. 192.

der Bestimmung übergeben hat, „daß die Zinsen von diesem Schenkungskapitale alljährlich am 30. Januar an invalide Krieger im dortigen Regierungsdepartement verteilt werden sollen". Indem ich diese patriotische Schenkung wie die Erfüllung der vorstehenden Bedingung für dieselbe hierdurch bestätige, und dabei den Herrn Landrabbiner Tiktin zugleich zum Ehrenmitgliede der Allgemeinen Landesstiftung als Nationaldank und des Regierungskommissariats in Breslau ernenne, auch das für ihn darüber von mir vollzogene Patent zur Aushändigung an denselben hiermit beischließe, ersuche ich Sie, der zweiten Brüdergesellschaft der dortigen jüdischen Gemeinde für die oben gedachte Schenkung meine beifällige Anerkennung auszudrücken, dem Landrabbiner Herrn Tiktin aber wollen Sie in meinem Auftrage empfehlen, daß er ähnliche Beteiligungen an der Stiftung auch in anderen jüdischen Gemeinden seines Landrabbinats veranlassen möge. 1854.

Prinz von Preußen.

198] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 28. April 1854.

Der Großherzog von Strelitz[1]) war gestern bei mir, um mir 1854.
ein Memoire zur Durchsicht zu geben, welches seine Bedenken 28. 4.
gegen das Schutz- und Trutzbündnis enthielten, und um mir zu sagen, daß er bei seiner morgenden Abreise eine deklaratorische Note mitnehmen werde, in welcher die preußische Auffassung des Vertrages ausgedrückt sein werde, die wahrscheinlich die im (französischen) Memoire aufgestellten Bedenken beseitigen würde! Ich traute meinen Ohren nicht, daß wir acht Tage nach der Unterzeichnung und noch nicht einmal erfolgten Ratifizierung des Vertrages uns bereits zu einer abschwächenden Deklaration

---

Zu 198) [1]) Der Großherzog Georg war entschieden russenfreundlich. Die Note, mit der er die Anzeige des Vertrages vom 20. April überbrachte, ist nicht bekannt. Ein Brief des Königs an den Kaiser, den der Großherzog mitnahm, spricht allerdings die Hoffnung aus, es werde dem König gelingen, Österreich von den äußersten Schritten abzuhalten, da ja Nikolaus weder an eine Einverleibung der Fürstentümer in Rußland noch an einen Marsch auf Konstantinopel denke.

1854. desselben gegen Rußland hergeben würden! Ich ersuche Sie, mich doch diese Deklarationsnote einsehen zu lassen, ehe sie genehmigt ist, denn ich gestehe Ihnen, daß ein solcher Schritt ja das alte, endlich verlassene Schaukelsystem wiederherstellen würde, und zwar in einer für mich unerhörten Art! Kaum haben wir etwas namhaftes Gutes zustande gebracht, so müssen wir es schon wieder abschwächen, weil Budberg und Konsorten es übelnehmen. Denn das fragliche Memoire ist natürlich von Budberg. Ich habe es dem Herzog kommentiert zurückgegeben.

Ich hätte gehofft, Sie nach der Bunsenschen Angelegenheit zu sprechen. Es ist die erste Ungerechtigkeit, die der König verübt, was ich ihm schon im voraus sagte. Auch dabei ist der russische Einfluß stärker gewesen als Rechts- und Billigkeitsgefühl. Die Geschichte wird einst richten! Was hat Bunsen für Pension oder Rentengeld erhalten? Ihr Prinz von Preußen.

199] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

[Berlin,] 5. Mai 1854.

1854. 5. 5. Ihre Antwort von heute abend tut mir ungemein leid! Eine solche Passivität seitens des Premierministers bei einem Wechsel eines seiner Minister[1]) ist diametralement im Widerspruch mit meiner Ansicht. Nach Ihrer Auffassung kann ja über Nacht ein Minister nach dem andern Ihnen genommen werden. Daß der König das Recht hat, seine Minister zu wechseln, weiß ich sehr wohl. Wenn aber Intriguen und Parteizwecke den König nötigen, zu solchen Mitteln, wie wir sie seit einigen Tagen er-

---

Zu 199) [1]) Die Entlassung des Kriegsministers v. Bonin, der eine Rede in einer Kommission der Kammer gehalten hatte, die nicht russenfreundlich war, indessen nur die aus dem Aprilvertrage sich ergebenden Geldforderungen erörterte, eben deshalb aber den russischen Sympathien der Kamarilla nicht gefiel, machte noch größeres Aufsehen als die Bunsens. Der König entschloß sich zu ihr erst auf das Drängen der Kamarilla. Der Prinz schrieb dem Könige darauf einen scharfen Brief, worauf der König ihn zwar nicht, wie man verlangte, vor ein Kriegsgericht stellte, wohl aber ihn nach Baden-Baden beurlaubte. Diese Briefe selbst sind nicht bekannt (vgl. Nr. 201, S. 368 ff.).

leben, zu greifen, dann ist es nicht an der Zeit, sich mit Anerkenntnis der Intriguen zu begnügen. Wo sie so offenkundig zutage liegt wie heute, da darf man seine Augen nicht verschließen, sondern man muß die Augen des Königs öffnen, damit auch er die Intriguen sieht. Einmal muß es doch tagen. Drei Jahre habe ich geschwiegen, heute habe ich gesprochen, wo die Intrigue mich trifft. 1854.

Wenn Sie sagen, der König erkläre, Bonins Entlassung involviere keinen Systemwechsel, so ist die Entlassung Unsinn und erst recht klare Intrigue! Denn was ist dann für ein Grund zu dieser Entlassung noch übrig? Gar keiner als — Laune und Parteizweck! Daß die Intrigue mich trifft, ist doch sonnenklar. Alle Personen, die mit mir vertraut sind, sind in wenig Wochen beseitigt, verabschiedet, fortgeschickt; weil man mir nicht direkt zu Leibe konnte, so mußten jene büßen. Das lasse ich mir nicht gefallen. Ich habe dem König bereits angezeigt, daß ich Berlin verlasse, und Ihr gütiger Rat, in dieser kritischen Zeit hier zu bleiben, kann nichts helfen, denn meine Einwirkung ist nur gleich Null, man will und soll mich nicht hören, und da komme ich gern den Leuten entgegen, die nur auf Umwegen mich zu paralysieren suchen. Ich habe vier Monate hier ausgehalten, und jetzt empfange ich den Lohn, einen Freund entsetzt zu sehen, den ich empfohlen hatte, ohne daß man mir auch nur ein Wort sagte! Das geht über die Geduld!

Prinz von Preußen.

200] An einen Lehrer.

Berlin, 10. Mai 1854.

Mit Bedauern lese ich die Schilderung, welche Sie mir von den Ansichten machen, welche in Westfalen Eingang gefunden haben. Da Sie von dem Vertrauen sprechen, welches man in mich setzt, so erwidere ich dasselbe, indem ich es Ihnen ausspreche, daß der König das allein Richtige getroffen hat, indem er die Verfassung aus Frankfurt a. M., wie sie aus der zweiten Lesung 1854. 10. 5.

1854. hervorging, nicht annahm,[1]) indem die auf dieselbe basierte Zentralgewalt eine unhaltbare ist. Auf solcher Basis konnte unser König nicht für das Heil und das Wohl Deutschlands, das ihm so sehr am Herzen liegt, einstehen. Dennoch wird Preußens Bestimmung, an der Spitze Deutschlands zu stehen, sich erfüllen, aber nur dann, wenn die Preußen ihrem Könige, seinem Hause und den Räten der Krone das Vertrauen, was sie verdienen, schenken und nicht Mißtrauen säen.

201] An den Herzog
Ernst II. von Sachsen-Koburg und Gotha.

Baden, 19. Mai 1854.

1854. 19. 5. Deine freundlichen Zeilen vom 16. d. Mts. sind mir ein recht teurer Beweis Deiner teilnehmenden Freundschaft gewesen. Nicht minder waren es die früheren interessanten Mitteilungen, von denen die einen von hier kamen — (von deren Kenntnis ich jedoch hier nichts verlauten ließ). Der Überbringer jener Piecen, S[ammer],[1]) wird Dir geschrieben haben, daß ich im Begriff war, Dir zu antworten — da trat die Katastrophe ein, die mich hierher führte,[2]) so daß ich noch keine Muße fand, Dir zu schreiben.

Wenn ich durch mein momentanes Entferntsein von Berlin weder den König zwingen wollte, Bonin zu behalten, noch meine politischen Ansichten befolgen zu sollen — da Er Herr ist, nach gehörtem Gutachten Seine Befehle zu erteilen und die Wege anzugeben, die Er gehen will, — so konnte Er doch von mir nicht verlangen, daß ich meine vor der Welt offen daliegenden politischen Überzeugungen aufgeben solle, um Ihm behilflich zu sein, auf einen anderen Weg überzugehen. Um also mit mir selbst und vor der Welt nicht inkonsequent zu werden, hielt ich es für ratsam, dem Könige durch meine Entfernung bei zu fassenden

Zu 200) [1]) Ablehnung der Kaiserwürde durch König Friedrich Wilhelm IV. Veranlassung und Adressat ist uns unbekannt. Auch ist vielleicht das Datum unsicher.

Zu 201) [1]) Der Ratgeber des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein-Augustenburg, der zugleich bei dem Herzog von Koburg-Gotha sehr viel galt. — [2]) Die Schwenkung zu Rußland und die Entlassung des Kriegsministers v. Bonin. Vgl. Nr. 199, S. 366 f.

Beschlüssen nicht ferner im Wege zu stehen und der Welt zu zeigen, daß ich als erster Untertan auch der erste sein werde, der den Befehlen des Königs gehorsam sein wird, aber nicht imstande bin, ihm bei einer politischen Schwenkung zu helfen, die gegen meine Überzeugung läuft. 1854.

Ein dauerndes Schisma darf zwischen dem König und mir nicht stattfinden, daher gehe ich mit meiner Familie zu meiner silbernen Hochzeit am 11. Juni nach Berlin, wodurch der Familienfrieden hoffentlich hergestellt ist. Indessen ich bleibe nur 5 bis 6 Tage dort und werde von nun an den politischen Verhandlungen keinen Teil mehr nehmen, es sei denn, daß die Schwenkung nach Osten nicht reüssiert. Die Welt hat bereits erkannt, was meine momentane Entfernung zu sagen hat; sie wird durch mein ferneres Benehmen sehen, daß ich mit dem König Frieden halten muß, mich [aber] nicht mit seiner intentionierten Politik identifizieren kann, wenn ich ihm auch gehorchen muß.

Unter welchem Lichte ich Alvenslebens Mission nach Wien[3]) betrachte, brauche ich Dir nicht zu sagen. Billigte ich sie, so wäre ich in Berlin und nicht in Baden! Wie Preußen vor der Welt bestehen soll mit solchen politischen Schwankungen, vermag ich noch nicht abzusehen. Das Bündnis vom 20. April war mein Ziel, auf welches ich fest hinsteuerte und zu dessen Gelingen ich auf Befehl hilfreiche Hand leistete. Und jetzt sollte ich dieselbe hilfreiche Hand leihen, um es zu zerstören? Dies kann niemand von mir verlangen.

Der Beitritt ganz Deutschlands zu diesem Bündnis ist das einzige, was den Frieden rascher und unter anderen Umständen zurückzuführen imstande ist — vielleicht selbst ohne Blutvergießen seitens der Deutschen. Zögert aber Deutschland aus Kriegsangst, dem Bündnis beizutreten, dann ist das Schisma in Deutschland auf lange hin wieder ausgesät, und [es] wird die Beute des Auslandes von Osten und Westen werden! Hier finde ich die Disposition vortrefflich. Aber wie wird eine Einigung in Bamberg möglich werden, wenn Alvenslebens Mission nach dieser Stadt

[3]) Mit Vorschlägen zu Österreichs und Rußlands Gunsten.

1854. hinwirkt! So wird Preußen der Störenfried in Deutschland werden, statt dessen Hort und Leiter zu sein.

Der Erlaß des Kaisers von Österreich bei Gelegenheit der enormen Rekrutierung ist außerordentlich bezeichnend und schön; so kann man sprechen, wenn man konsequent handelt!! Bei Deinen Verhandlungen in Wien[4]) beachte ja eins, nämlich, daß man auf Basis der Wiener Konferenz strikte stehen bleibt und der Chimäre de la rectification de la carte de l'Europe nicht nachjagt, sondern die Westmächte darin zügelt. Ich schreibe Deinem Bruder heute schon zum zweiten Male. Meine Frau dankt bestens für Dein Andenken und empfiehlt sich Dir, sie ist sehr betrübt. Dein treuer Freund Wilhelm.

202] An Oberst v. Roon.

Baden, 27. Mai 1854.

1854. 27. 5. Herzlichen Dank für Ihre ebenso interessante als würdige Schrift,[1]) durch deren Übersendung Sie mir einen Genuß bereitet haben. Schade, daß manches reagiert worden ist! Was wird aber jetzt nicht alles reagiert! An mir wird ja auch genagt! Ich hoffe, am 7. und 11. Juni[2]) meine persönliche Stellung zum Könige wieder völlig herzustellen, denn die darf und kann nicht alteriert werden. Aber meine politische Position werde ich vor mir und der Welt in aller Konsequenz aufrecht erhalten, und von nun an daher völlig fremd diesen Dingen bleiben, was ich durch meine Abreise beweisen wollte.

Wenn man, wie ich, auf Befehl des Königs, ihm geholfen hat auf einer bestimmten politischen Bahn, kann er nicht von mir verlangen, ihm nun auf einer anderen Bahn zu helfen. Daß aber diese andere entgegengesetzte Bahn gegangen werden soll, geht aus Bonins Entlassung hervor, der der Mitträger dieser

[4]) Der Herzog schildert sie in seinen Denkwürdigkeiten ausführlich.

Zu 202) [1]) Über den verstorbenen General v. Griesheim, der allgemein, insbesondere auch vom Prinzen, außerordentlich hochgeschätzt wurde. Der Prinz hatte sogar der Wehrzeitung Notizen über Griesheims bei großer Kälte stattgefundenes Begräbnis zugeschickt. — [2]) Todestag König Friedrich Wilhelms III. und silberne Hochzeit des Prinzen.

frühern Bahn war, welche Entlassung aber aus keinem anderen 1854.
Grunde erfolgt ist, als um seinen Widerspruch bei einer politischen Schwenkung nicht zu erleben. Erfolgt diese Schwenkung nicht, so werden meine Feinde mir wenigstens dies dann nicht anrechnen können, weil sie wissen, daß ich untätig war!

Da ich kein Beamter bin, der seine Entlassung nimmt, wenn die Anordnungen seines Königs ihm nicht gefallen, sondern unter Leid und Freud mit dem König ausharren muß, so werde ich als sein erster Untertan auch sein erster Gehorsamender sein; aber behilflich, eine Inkonsequenz zu begehen, kann ich nicht sein!

Ihr Prinz von Preußen.

P. S. Diese Ansichten brauchen Sie nicht gerade geheim zu halten.

203] Danksagung nach der silbernen Hochzeit.

Schloß Babelsberg, 12. Juni 1854.

Es sind uns von allen Seiten des Landes und aus allen 1854.
Ständen bei der Feier des 11. Juni teure und herzliche Beweise 12. 6.
zugekommen, die für unser ganzes Leben unser wertvollster Besitz bleiben werden. Wenn wir auch schon unsern Dank allen denen ausgedrückt haben und ausdrücken werden, deren Gaben uns so hoch erfreuten, so ist es doch ein Bedürfnis für uns, heute schon im ganzen das Gefühl kundzugeben, das uns zu Gott dankend erhebt.

Wir bitten ihn um seinen ferneren Segen für unser Haus und für das teure Vaterland. Prinz von Preußen.

Prinzeß von Preußen.

204] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 25. Oktober 1854.

Der König hat mir gestern seinen Brief an unsere Schwester, 1854.
die Kaiserin, gezeigt. Ein letzter Schritt, wie er sagt, nach dessen 25. 10.
Mißglücken er nur noch die Interessen seines Staates und Volkes zu Rate ziehen wolle. Dies wird die Kreuzzeitungspartei aber

1854. nie erlauben! In jenem Briefe kommt eine Stelle vor, nach welcher es dem König nunmehr völlig erwiesen vorliegt, daß Rom und Wien durch jesuitische Machinationen getrieben werden, gegen Rußland zu gehen.[1]) Ich ersuche Sie nur, Rosenberg[2]) zu autorisieren, mir hierüber einiges Licht zu geben, sowie ihn ferner zu autorisieren, mich au fait zu erhalten. Er sagte mir neulich, daß ihm diese Mitteilungen an mich schwierig würden, weil er keine Anstellung habe und Sie fast nie sähe; das wußte ich nicht, weil ich glaubte, daß ein so fähiger Mann definitiv beschäftigt sei, was Sie doch ja vermitteln sollten.

Des Königs Disposition von gestern war politisch so antirussisch, wie ich es lange nicht hörte; von Herzenssympathie spreche ich natürlich nicht, weil ich darin ja ganz und noch stärker wie der König russisch bin. Diese wichtige Meinung des Königs gestern, wird sie auch anhalten?

Er las mir die telegraphische Depesche, die eben aus Wien kam, vor, nach welcher Esterhazy heute hier ankommt. Ich hoffe bald zu erfahren durch Rosenberg, was er bringt. Daß der König auf Deutschland für sich auch nicht mehr rechnet, sagte er mir gestern selbst! Ich habe dies Rosenberg vorher gesagt, und viele andere mit mir. Österreich muß bei einem Angriff auf die Fürstentümer von uns und Deutschland unterstützt werden, sonst ist unser politischer Glaube auf lange gebrochen!

Ihr Prinz von Preußen.

P. S. Nochmals nicht Schede, sondern Delius als Vizepräsidenten nach Coblenz.[3]) Dieser hat Ihr Versprechen.

205] An den Prinzen Adalbert von Preußen.

Coblenz, 29. Oktober 1854.

1854. 29. 10. Wie leid tut es mir, heute[1]) nicht in Berlin zu sein, um Dir mündlich meine herzlichen Wünsche für Dein Wohl, hier

Zu 204) [1]) Diese Beziehungen sind nicht klar. Von einem Einfluß des Papstes auf Österreich sprach in diesen Tagen der König auch zu seinem Generaladjutanten. — [2]) Später preußischer Gesandter in Darmstadt. — [3]) Schede wurde ernannt.

Zu 205) [1]) Geburtstag des Prinzen Adalbert.

zeitlich, dort ewiglich, auszusprechen! Nimm diese Wünsche also hiermit freundlich schriftlich auf! 1854.

Ich bin heute nicht nach Mainz,[2]) weil man es für passender hielt, es zu machen, wie Dein Vater, und von Vize- zu Vize- die Übernahme des Gouvernements zu vollziehen; ich werde aber in einigen Tagen hingehen, wenn Thümen hier gewesen sein wird.

Bei meiner Abreise hat mir der König ein sehr antirussisches Exposé seiner jetzigen und nächsten Politik gemacht, wörtlich sagend: Wenn Nikolaus nochmals meine Friedensaufforderungen zurückweist, so kann ich nur noch das Wohl meines Landes allein vor Augen haben und wieder näher mit Österreich gehen. — Wie lange diese Disposition dauern wird — weiß ich nicht!!

Nicht ohne Besorgnis sehe ich nach der Krim! Jeder Tag der Verzögerung der Belagerung ist den Russen günstig, durch Heranziehung von Verstärkungen. Ein Angriff auf die Position der Alliierten im Rücken der Belagerung,[3]) kombiniert mit einem determinierten Ausfall, kann die Alliierten in eine desperate Lage bringen. Eingekeilt auf 4 Quadratmeilen, eine Festung vor, 60 000 Mann hinter sich, von zwei Seiten Meer als ihre Basis, im November im Schwarzen Meer, — das ist viel riskiert!

Adieu! Empfiehl mich Deiner Frau! Auf Wiedersehen in drei Wochen! Dein treuer Vetter Wilhelm.

Nimm die Kleinigkeit von uns freundlich auf!

206] An den Bundestagsgesandten v. Bismarck.

1854 Herbst.

Hannover und Hessen, sehe ich, waren also fest entschlossen, Österreich in jedem Falle zu unterstützen, wenn wir nicht nachgegeben, wem? Den Bambergern![1]) 1854. Herbst.

Somit scheint meine Ansicht, daß Deutschland uns und nicht wir Deutschland jetzt leiten, begründet zu bleiben. Wenigstens ist

[2]) Mainz war Bundesfestung und hatte zu gleicher Zeit österreichische und preußische Besatzung. Der Prinz war Gouverneur. — [3]) Belagerung von Sebastopol.

Zu 206) [1]) In Bamberg versammelten sich die Gesandten der Kleinstaaten in der Absicht, für die Neutralität Deutschlands einzutreten.

1854. unsere Konzession, die 4 Punkte[2]) so warm jetzt zu verteidigen, nachdem wir sie vor drei Wochen selbst kritisierten und wohl nicht zum Frommen Deutschlands darstellten, nicht in der Konsequenz begründet, wenngleich ich diese Inkonsequenz nur loben kann!

Warum sah denn Preußen nicht vor Monaten ein, daß wir Österreich nicht im Stiche lassen durften, und müssen uns nun durch Bambergereien dies sagen und zeigen lassen!!!

Ihr Prinz von Preußen.

207] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 26. November 1854.

1854. 26. 11. Bei Remission der Anlagen bemerke ich zu der Denkschrift von Bernstorff[1]) über die polnische Restauration, daß genau das eintritt, was ich dem Könige im vorigen Winter schriftlich vorlegte und Ihnen unzählige Male sagte: Sobald Preußen und Österreich sich von den Westmächten trennen wollen, so läßt Napoleon die revolutionären Elemente (nunmehr Nationalitäten getauft!) in Italien, Ungarn, Polen und Deutschland los,[2]) damit wir mit diesen zu kämpfen haben und unsere Waffen nicht direkt an Rußland leihen können. Hätten wir im März die Sprache geführt, die wir im November führten, so wären wir jetzt längst auf einem Friedenskongreß versammelt. Nun ist es zu spät, fürchte ich!

Englands Rolle in Neapel ist nicht fein, wenngleich es in der Sache recht hat, wie Bernstorff schreibt, daß nämlich eine Ministermodifikation nötig sei.

Ob Österreich im Frühjahr den Krieg wünscht, wie Hatzfeldt[3]) schreibt, wird wohl ganz von der Disposition der Westmächte, nach Anhörung der russischen Adoption der vier Punkte[4]) abhängen. Neigt man sich zum Frieden, so will Österreich gewiß nicht losschlagen; andernfalls wird Österreich konsequent bleiben und alles

---

[2]) Die im August von den vier Mächten Rußland vorgelegten Forderungen.

Zu [1]) Bunsens Nachfolger in London. — [2]) Vermutlich auf Grund von Mitteilungen des Prinzgemahls von England gesagt, dem Napoleon seine Absicht, Polen von den Russen und Italien von den Österreichern zu befreien, offen eingestanden hatte. — [3]) Preußischer Gesandter in Paris. — [4]) Vgl. Nr. 206 [2]).

anwenden, damit in dieser orientalischen Frage Rußland nicht 1854.
Recht behalte. Das ist auch unsere Aufgabe. Vergesse Preußen niemals über eine germanisierte Frage die europäische Frage. Darf Rußland triumphieren in derselben? Wäre dies der Fall, wer in Europa hätte dann noch einen Willen gegen dasselbe? Darin liegt die Quintessenz unserer Aufgabe!

Ihr Prinz von Preußen.

208] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Coblenz, 7. Dezember 1854.

Aus Ihrem Schweigen in Berlin gegen mich, über eine 1854.
bevorstehende Allianz Österreichs mit den Westmächten, muß ich 7. 12.
annehmen, daß Sie von diesem Ereignis gar nicht unterrichtet waren und daher von demselben nicht weniger überrascht gewesen sein müssen als ich.[1]) Diese Art von Überraschung beweist wiederum einmal, wie unglaublich schlecht Graf Arnim[2]) seine Stellung in Wien ausfüllt. Ein einigermaßen rühriger Gesandter würde doch Wind von einem solchen Ereignis erhalten haben, Sie alsdann haben orientieren können, dadurch die Rücksichtslosigkeit Österreichs nicht so flagrant geworden sein. Indessen zu solchen Rekriminationen ist jetzt nicht Zeit, sondern man muß dem Ereignis ins Auge sehen, das gefahrdrohend, aber auch günstig für Preußen werden kann, je nachdem wir es benutzen. Österreich kann beim Abschluß dieser Allianz so unmittelbar nach Zeichnung des Zusatzartikels nur im Schilde haben, Rußland den vollen Ernst zu zeigen, den es nach sich ziehen muß, wenn sein Eingehen auf die vier Punkte nicht Ernst, sondern nur Vorspiegelung zum Zeitgewinn sein soll. Aus diesem Gesichtspunkte betrachtet, ist trotz der Formlosigkeit des Procédés, der Vertrag vom 2. Dezember ein den Friedensbestrebungen günstiges Moment, also auch für Preußen annehmbar und dessen Beitritt zu demselben nötig, aber es fragt sich, unter welcher Form ist dieser Beitritt

Zu 208) [1]) Die Überraschung über dieses Bündnis Österreichs mit den Westmächten vom 2. Dezember war allgemein, zumal Rußland eben die Annahme der vier Punkte erklärt hatte. — [2]) Preußischer Gesandter in Wien.

1854. zu raten? Nach den Zeitungsmitteilungen zu urteilen, steht ein Ultimatum ultimatissimum seitens der neuen Tripel-Allianz in Petersburg bevor. Preußen muß nach offizieller Mitteilung des Traktats auf Kenntnis des Wortlauts des Ultimatums dringen, um dann auch seinerseits zu erklären: „Daß es dieser letzten Sommation beitrete und, falls sie in der bestimmten Frist nicht unbedingt von Rußland angenommen wird, Preußen der Allianz vom 2. Dezember beitritt.“ Diese Erklärung muß nach Westen und Osten kategorisch gegeben werden. Geschieht dies, so ist ein aufrichtiges Eingehen Rußlands auf die Friedensunterhandlungen möglich, an welche Aufrichtigkeit Österreich und die Westmächte noch nicht zu glauben scheinen. (Ich selbst kenne den Wortlaut der russischen Annahme noch nicht.) Dieses unser bedingtes Hinzutreten zur Allianz hat den Vorteil, daß wir unsere Würde wahren vis-à-vis der gegen uns beobachteten Formlosigkeit, indem wir nicht augenblicklich à la remorque genommen werden, was den andern eine gute Lehre sein soll, wobei ich leider eingestehen muß, daß Preußens Hesitieren seit $^3/_4$ Jahr jene Mächte zu dem einseitigen Schritte bewegen mußte! Erreicht Preußen durch diesen Gang den Frieden, so tritt das ein, was ich von Preußens Gang nach dem 20. April erwartete, ein Jahr später. Durch unsern Beitritt zur Allianz ergreifen wir das einzige Mittel, wie ich Ihnen dies so oft aussprach, die etwa weiter gehen wollenden Westmächte zu mäßigen, und hindern sie, Österreich mit sich fortzureißen. Auch Rußland muß dies anerkennen und dürfte sich um so eher zur Nachgiebigkeit bequemen, weil es mit unserem kategorischen Auftreten doch auch zugleich unseren Hemmschuh für die zu weit gehenden Mächte erblickt.

Es scheint mir, daß das hier eingeschlagene Verfahren auch ganz konsequent mit den Absichten des Königs sein würde, die er mir aussprach für den Fall, wenn er eine Ligue sich bilden sähe, die Preußens Ruin beabsichtige. Daß es auf diesen Ruin hinauslaufen muß, wenn wir uns der Allianz entziehen, ist ganz klar, und folglich ist des Königs gefaßter Plan, für diesen Fall durch Eintritt in die Koalition deren etwaigen destruktiven Plänen zu dejournieren, der völlig richtige, und der Zeitpunkt zur Aus-

führung gekommen. Somit habe ich das Günstige besprochen, 1854.
was für Preußen aus dem unerwarteten Ereignis folgen kann. Ich muß mich nun noch zu dem uns Gefahrdrohenden desselben wenden.

In meinen Unterredungen mit dem Feldmarschall Grafen Dohna und dem Kriegsminister habe ich bei beiden stets die Überzeugung angetroffen, daß es Preußen gelingen werde, Österreich völlig zu seiner Auffassung der Verhältnisse zu bewegen, die mindestens eine Neutralität beabsichtigten, oder wohl gar eine Verbindung mit Rußland in Aussicht stellten. Ich habe mich vergeblich bemüht, vor dieser Illusion zu warnen, und zuletzt nur hören müssen, daß Preußen auch seine Isolierung ohne Österreich nicht zu scheuen brauche, für welchen Fall bereits die strategischen Rücksichtnahmen besprochen seien, die auf eine Verteilung der 300 000 Mann starken preußischen Armee auf drei Kriegstheatern, an der Ostsee mit zwei Armeekorps, in Schlesien mit drei und am Rhein mit fünf Armeekorps zielten.

Die Illusion des Herüberziehens Österreichs zu uns dürfte nach dem 2. Dezember d. Js. gänzlich geschwunden sein, wie ich dies vorhersah. Es tritt also die erwähnte Isolierung für Preußen ein, wenn es keine entschiedene Partei jetzt ergreift, und da sehe ich nicht so unbekümmert in die Zukunft wie genannte beiden Generale. Eine Aufstellung unserer Armee auf drei Kriegstheatern, ohne andere Alliierte als Rußland, ist eine Chimäre; solche coups de désespoir kann man nur wagen, wenn die Ehre und Existenz des Staates auf dem Spiele steht; so war es 1850, wo indessen England nicht einmal unser Feind gewesen sein würde. Diese Güter stehen aber jetzt nicht auf dem Spiele, um eingesetzt zu werden, und würden sie gratuitement eingesetzt, so würde das moralische Bewußtsein der Nation dies nicht stützen. Die Gefahr für Preußen, in einem Kampfe mit ganz Europa zu unterliegen, ist augenscheinlich. Eine Neutralität Preußens inmitten der sich bekriegenden Staaten halte ich für unausführbar, und wenn die Tripel-Allianz sie nicht dulden will, so tritt jener gefährliche Kampf sofort für Preußen ein. Somit würde Preußen gezwungen werden können, für das von ihm anerkannte Unrecht Rußlands zu

1854. kämpfen. Daß es noch schlimmer wäre, freiwillig für dies Unrecht in den Kampf zu treten, braucht keiner Auseinandersetzung.

Dies sind also die Gefahren, die uns drohen, wenn wir nicht rasch Nutzen aus der Tripel-Allianz zu ziehen wissen. Mein dieserhalb gemachter Vorschlag ist unserer würdig, da wir Selbständigkeit mit Konsequenz und politisch richtigem Taktgefühl verbinden, und die Möglichkeit, zum Frieden zu gelangen, vorliegt. Preußens Isolierung ist der Krieg, wie viel mehr seine Schwenkung zu Rußland, und würde diese mit den Antezedenzien Ihres Ministeriums überhaupt möglich sein? Beherzigen Sie diese Zeilen. Ihr Prinz von Preußen.

209] Aus einem Gespräch mit dem Bundestagsgesandten v. Bismarck.[1])

Januar 1855.

1855. Jan. „Sie sehen sich hier zwei streitenden Systemen gegenüber, von denen das eine durch Manteuffel, das andere, russenfreundliche, durch Gerlach[2]) und den Grafen Münster[3]) in Petersburg vertreten ist. Sie kommen frisch hierher,[4]) sind von dem Könige gewissermaßen als Schiedsmann berufen. Ihre Meinung wird daher den Ausschlag geben, und ich beschwöre Sie, sprechen Sie sich so aus, wie es nicht nur die europäische Situation, sondern auch ein richtiges Freundesinteresse für Rußland erfordert. Rußland ruft ganz Europa gegen sich auf und wird schließlich unterliegen. Alle diese prächtigen Truppen," — es war dies nach den für die Russen nachteiligen Schlachten vor Sebastopol — „alle unsere Freunde, die dort geblieben sind," — er nannte mehrere —

Zu 209) [1]) Diese Unterredung mag während der Krisis des Januar, da sowohl der Prinz wie Bismarck in Berlin waren, stattgefunden haben. Bismarck hat auf die Worte des Prinzen mit dem Hinweise darauf geantwortet, daß Preußen keinen eigenen Grund zum Kriege gegen Rußland und kein Interesse an der orientalischen Frage habe. Ein siegreicher Krieg aber belade uns mit dem dauernden Revanchegelüst Rußlands und nötige uns zur Lösung der polnischen Frage. Anderseits ist zu erinnern, daß auch Bismarck, wie Gerlach im Dezember 1854 notiert, „dabei bleibt, Österreich durch selbständige Annäherung an die Westmächte schrecken zu wollen". — [2]) Generaladjutant des Königs. — [3]) Gesandter in Petersburg. — [4]) Von Frankfurt a. M. durch den König nach Berlin berufen.

„würden noch leben, wenn wir richtig eingegriffen und Rußland zum Frieden gezwungen hätten.“ Es würde damit enden, daß Rußland, unser alter Freund und Bundesgenosse, vernichtet oder in gefährlicher Weise geschädigt würde. Unsere, von der Vorsehung gegebene Aufgabe sei es, den Frieden diktatorisch herbeizuführen und unseren Freund auch gegen seinen Willen zu retten. 1855.

210] An den Herzog
Ernst II. von Sachsen-Kobu'rg und Gotha.

Berlin, 26. Januar 1855.

Bester Freund! Du wirst ungeduldig geworden sein, daß ich Dir auf Deine diskrete Mitteilung noch nicht antwortete. Aber die Verwirrung der Verhältnisse ist hier so groß, daß ich noch jetzt gestehen muß, nach achttägigem Hiersein keinen klaren Begriff zu haben, was man bei uns will! Ich kann Dir also auch nur meine Anschauung mitteilen, wie ich die Lage ansehe, ohne deshalb bestimmt angeben zu können, wohin wir gehen. 1855. 26. 1.

Deine Auseinandersetzung über Deine Stellung von 1850 und heute finde ich in wenig Worten treffend, meinen Ansichten völlig entsprechend und daher begreife ich das Dilemma, in welchem Deine Gefühle und Deine Entschlüsse stehen, vollkommen. Bei uns besteht ein ähnliches Dilemma zwischen Gefühlen und Beschlüssen, doch sind sie anderer Natur; hier ist es die persönliche Stellung zum Kaiser Nikola, die mit einer einfach vorgezeichneten Politik Preußens im Widerspruch steht, da man vergißt, daß es eine russische Politik gibt, die nicht persönlich ist. Der König ist viel zu klar, um dies nicht einzusehen, aber er kann nicht Herr seines Gefühles werden. Dies wird von den G[erlach], N[iebuhr], B[ismarck] benutzt, die nur eine Richtung in Rußland schätzen: die konservative — nicht einsehend, daß der Fortschritt im vernünftigen Sinne sich auch dorthin Bahn bricht. Der König ist bis heute entschlossen, sich nicht auf Rußlands Seite zu stellen, aber er kann aus jenem Gefühle nicht zu dem Grade ernster Sprache gegen seinen Schwager gelangen, der eine noch ernstere Tat folgen müßte; daher unsere unsichere, unstete, oft erhitzte

1855. und dann klein beigebende Sprache und Handlung. Unsere — leidigen — Spezial-Privatmissionen nach London und Paris[1]) beweisen, daß der König mit den Westmächten nicht brechen will, aber die Natur ihrer Forderungen trägt auch immer obiges Dilemma an sich, indem unsere Gegenleistung gegen dieselben gleich Null ist, solange Personen Einfluß haben, die seit fast einem Jahre zwischen die besten Entschließungen den hemmenden Knüppel zu werfen wußten.

Daß mit dieser preußischen Politik die große Weltfrage in ihrem Fortschritt zwar hingehalten, aber nicht aufgehalten wird, sich ihrem vorgezeichneten Ziele zu nähern, scheint mir erwiesen. Und da die Macht der Verhältnisse stärker sein wird, als die Gefühlspolitik und die Intriguen, so ziehe ich aus allem Gesagten das Resultat, daß, wenn bis zum Frühjahre nicht Friede wird, Preußen in die Bewegung vom Westen nach Osten aktiv hineingezogen sein wird. Freilich muß ich dabei die Voraussetzung hinstellen, daß Österreich und die Westmächte in der Deklaration der vier Punkte nicht so weit gehen, Unehrenvolles von Rußland zu verlangen, wie es die Schleifung Sewastopols und die Reduzierung der russischen Flotte sein würde, bevor man es hat, denn dergleichen Forderungen müssen nicht nur hier, sondern überhaupt in der öffentlichen Meinung Anstoß erregen, der Position der Fordernden schaden.

Die vier Punkte,[2]) wie man sie sich pure auslegen muß, enthalten die Zurückweisung Rußlands mit seinen Menzikoffschen Prätensionen, sowie Garantie gegen Wiederkehr derselben (so bald wenigstens nicht), wobei eine Hafenstation der Westmächte, etwa in Sinope, nicht ausgeschlossen wäre. Österreich hat doppelte Veranlassung, Rußland nicht noch mehr zu reizen, als es dies am 2. Dezember[3]) getan hat, obgleich wir uns auf kein zu hohes

Zu 210) [1]) Vgl. S. 359 Anm. 2. Des Grafen v. Wedel nach Paris und v. Usedoms nach London durch den König infolge des geforderten Beitritts Preußens zur Tripel-Allianz vom 2. Dezember. Ihre Instruktionen waren nicht in Übereinstimmung mit den offiziellen der ständigen Gesandten und führten daher zu sehr unangenehmen Verwicklungen. — [2]) Welche die Westmächte und Österreich den Russen als Friedensbedingungen vorgelegt hatten. — [3]) Abschluß der Allianz zwischen den Westmächten und Österreich.

Pferd setzen dürfen, denn, unter vier Augen, wir haben nur empfangen, was wir uns selbst seit $^3/_4$ Jahren bereitet haben!! Aus dieser Zusammenstellung ziehe ich den Schluß, daß Preußen bei nicht erreichtem Frieden im Laufe des Jahres aktiv gegen Osten wird vorgehen müssen. Hiernach möchte ich mir Deine Position zu der österreichischen Note vom 14. d. Mts.[4]) folgendermaßen konstruieren, im Zusammenhang mit dem österreichischen Mobilmachungsantrag in Frankfurt a. M. Wenngleich ich diesen letzteren Antrag als verfrüht bezeichnen muß, so verstehe ich anderseits die Sicherheit sehr wohl, die Österreich sich durch denselben für seine eventuelle Stellung verschaffen will. Ich nenne diesen Antrag verfrüht, weil er in dem Moment gestellt wird, in welchem Friedenspräliminarien im Werke sind. Aus diesem Grunde würde es mich nicht wundern, wenn er nicht die Majorität in Frankfurt a. M. erhielte. Wäre dies der Fall, so scheint mir, ist die Antwort auf die Note vom 14. auch dilatorisch zu geben, indem die Gründe, welche in Frankfurt a. M. maßgebend sein werden, es auch für die jener Antwort sein müßten. Denn die Aufforderung, sich unbedingt Österreich anzuschließen sowie die Kontingente unter des Kaisers unmittelbare Befehle zu stellen, fände in einer ausweichenden Antwort ihre Begründung dahin, daß der Zeitpunkt zu einer so entscheidenden Maßregel noch nicht gekommen scheine. Sollte dagegen am Bundestage die Mobilmachung die Majorität erhalten, dann ist die Note vom 14. an sich erledigt, und weil dann die Wahl eines Bundesfeldherrn erfolgen soll, so fällt auch die Unterstellung der Kontingente unter den Kaiser fort. 1855.

Daß bei der dilatorischen Antwort Österreich eine Andeutung gegeben würde, daß, falls sich die Friedensunterhandlungen zerschlagen sollten, Österreich darauf zählen könne, in den dann von ihm zu verfolgenden großen europäischen und speziell deutschen Interessen nicht im Stiche gelassen zu werden, scheint mir aus der ganzen bereits vertragsmäßigen Stellung Deutsch-

[4]) Antrag Österreichs auf Mobilisierung des Bundes und Wahl eines Bundesfeldherrn. Der Bund lehnte ihn am 8. Februar, da ein russischer Angriff nicht zu befürchten sei, ab.

1855. lands zur orientalischen Frage gerechtfertigt. Denn man darf meines Erachtens nie aus den Augen verlieren, daß Rußland nicht in die günstige Lage versetzt wird, Sieger in diesem Drama zu werden, also seine Prätensionen gegen die Pforte durchzusetzen. Dies ist aber möglich, wenn die europäische Koalition durch Rußland gesprengt wird, weil es alsdann hoffen kann, mit den Resten derselben fertig zu werden. Siegt es aber in dieser Frage, dann ist seine moralische und materielle Suprematie in Europa unvermeidlich, ein Holstein und Olmütz sind dann nur schwache Vorläufer derselben gewesen. Ob der Kaiser Nikola und sein nächster Nachfolger daran Eroberungsideen knüpfen würden, will ich sogar in Abrede stellen, aber das Tanzen nach Rußlands Pfeife wird unvermeidlich, weil das Orchester eine Million Bajonette darstellt; dies ist der Gesichtspunkt, der mich also annehmen läßt, daß auch Preußen am letzten Ende sich in der Aktion befinden muß und wird! Wüßte Rußland dies bestimmt und kategorisch — wir hätten in acht Tagen Frieden! Wie Preußen auf einem anderen Wege ehrenvoll aus seinem Dilemma herauskommen will, vermag ich nicht abzusehen. Mein Einfluß hier ist gebrochen, und noch sehe ich nicht ab, wie er wieder aufleben soll; indessen behalte ich den Augenblick zu dessen Wiederaufleben fest im Auge! Mit treuer Anhänglichkeit

Dein ergebener Freund Wilhelm.

211] An den Landrat v. Berg d. Ä.[1])

[Februar 1855.]

1855. Febr. Ich beginne damit, zu sagen, daß ich mit der offiziellen Politik, welche der König in der orientalischen Frage befolgt, ganz einverstanden bin, nicht aber mit der, welche er hinter seinem Rücken zuläßt. Der König hat seit fast zwei Jahren sich mit Österreich und den Westmächten durch die Wiener Protokolle vor ganz Europa zu seiner Rußland Unrecht gebenden Politik bekannt und dazu sich feierlichst durch das Aprilbündnis nochmals ausgesprochen. Dieses Verfahren hatte den Zweck, den

Zu 211) [1]) Adressat war dem Prinzen seit langer Zeit bekannt. Frau v. Berg, die intime Freundin der Königin Luise, war wohl seine Mutter (?).

Kaiser von Rußland und das zivilisierte Europa sich gegenüberzustellen, vor dessen einmütiger Machtentwickelung er sich in voller Ehre zurückziehen sollte, erkennend, daß eine Macht nicht dem gesamten Europa entgegentreten könne. Nachdem diese offiziellen Tatsachen Preußens der Welt vorlagen, trat die Rußland freundliche Partei auf, um diese Tatsachen in der Ausführung abzuschwächen und allmählich sich ganz von ihnen zu trennen. Dieser Inkonsequenz haben wir die Verhältnisse zu danken, in denen wir uns heut befinden, aus denen hervorgeht, daß ganz Europa, mit dem wir bis zum 20. April im besten und stipulierten Einvernehmen standen, heut in seiner Gesamtheit den Stein auf uns wirft, uns Duplizität, Lockerung unserer Verpflichtungen und Inkonsequenz vorwerfend. Diese Folgen vorhersehend, entfernte ich mich im März vorigen Jahres von hier, um an den Inkonsequenzen nicht teilzunehmen, die man dem Könige raten würde. Getreu meinem Grundsatz, als erster Untertan zu gehorchen, werde ich zu leben und zu sterben wissen, wohin mich des Königs Befehl stellt; aber ihm auf einem Wege zu helfen, der diametral dem entgegengesetzt ist, [auf] dem ich ihm seinem Befehle gemäß geholfen hatte [zu gehen], das geht über mein Gewissen. — Ebenso habe ich mich mündlich in Olmütz und neuerlich schriftlich mit dem Kaiser von Rußland ausgesprochen, daß, wenn unsere politischen Auffassungen auch verschieden sind, unsere vierzigjährige Freundschaft darunter nicht einen Augenblick gelitten hat. Im Gegenteil, aus dieser Freundschaft habe ich ihm geraten. Man mußte den Krieg zeigen, um den Frieden zu erhalten; wir haben den Frieden gezeigt und werden den Krieg erhalten.

1855.

212] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 6. März 1855.

Wenn die Verhandlungen[1]) wirklich auch nur ajourniert wären, so frage ich Sie, was sollen die beiden Kabinette von 1855. 6. 3.

Zu 212) [1]) Die Verhandlungen sollten einen gemeinsamen Druck der Westmächte, Österreichs und Preußens, auf Rußland zum Friedensschluß ausüben. Der König hielt sich jetzt nach dem Tode des Kaisers Nikolaus (2. März,

1855. Preußen denken, das durch seine beständigen Schwankungen schon kein Vertrauen mehr besitzt — und nun erleben müssen, daß die freiwillig von Preußen entamierten Unterhandlungen abgebrochen werden, weil der große sterbende Monarch dem König sagen ließ: „Denke an Papas Worte!"[2]) Hat der selige König durch sein Testament sagen wollen: Halte es immer mit Österreich, auch wenn es im Unrecht ist, — oder: Halte es immer mit Rußland, wenn es auch im Unrecht ist?? Gewiß nicht. Er hat sagen wollen, haltet alle drei zusammen, d. h. wenn einer von euch im Unrecht ist, so müßt ihr ihn zu euch herüberziehen.

Wer ist nun im Unrecht? Darauf antworten die Wiener Protokolle und der 20. April und 26. November und die jetzigen Negoziationen. Und dennoch ajournieren wir diese?

Werden uns die Mächte in die Konferenzen einlassen, bloß durch Annahme des Protokolls vom 18. Dezember (wie Wedell mir vorgestern sagte) — da sie uns nun nicht fest haben, also in uns in Wien nur den Advokaten Rußlands sehen werden, ohne bei Zerschlagen der Verhandlungen unserer sicher zu sein?? Wir hätten nur dem jungen Kaiser das Friedenswerk erleichtert, wenn wir jetzt abgeschlossen hätten! Ich erwarte Sie also um 2 Uhr.

Prinz von Preußen.

213] An den Herzog
Ernst II. von Sachsen-Koburg und Gotha.

Berlin, 16. März 1855.

1855. 16. 3. Empfange meinen aufrichtigen Dank für Deine liebevolle Teilnahme bei dem Verluste,[1]) den Europa in dem großen Manne

vgl. Nr. 213) schon aus Zartgefühl verpflichtet, sie zu „ajournieren", wie der damals übliche diplomatische Ausdruck für „Hinausschieben" lautet, und es lag ihm vor allem daran, selbst als Großmacht zu den Friedensverhandlungen von den Kabinetten in Paris, London und Wien, die es nicht wollten, zugezogen zu werden. — [2]) König Friedrich Wilhelm III. hatte, wie erwähnt, ein formell gültiges Testament nicht hinterlassen, doch wurden seine Bestimmungen als solche anerkannt. Namentlich hat die Mahnung zur Festhaltung an der Heiligen Allianz fortgewirkt auf die auswärtige Politik Preußens. Kaiserin Charlotte von Rußland soll von ihrem sterbenden Gemahl die Worte gehört haben: „Dites à Fritz de rester toujours le même et ne pas oublier les paroles de Papa."

Zu 213) [1]) Kaiser Nikolaus von Rußland † 2. März 1855.

gemacht hat, der im hohen Norden regierte, der aber natürlich 1855.
ein doppelt großer, ja unersetzlicher ist für mich, da ich den Verstorbenen meinen teuern und treuen Freund nennen durfte! Noch vor wenig Wochen haben wir uns schriftlich ausgesprochen über unsere unwandelbare persönliche Freundschaft bei auseinandergehender Auffassung der politischen Verhältnisse. Das ist eine unbeschreibliche Beruhigung für mich.

Bei der Ankunft S[ammers][2]) war ich im Begriff Dir zu antworten, was, wie ich telegraphisch Dir sagte, in den ersten Tagen nach dem gewaltigen Schlage unmöglich war, in der von Dir gestellten Art. Seitdem weißt Du nun, daß hier die Sympathienpolitik gesiegt hat, indem man die Traktatsverhandlungen ajourniert hat, sans préjudice sie wieder aufzunehmen und zu Ende zu führen. Dagegen hat man das Protokoll vom 28. Dezember angenommen, wodurch man auch ohne Traktat in die Konferenzen[3]) einzutreten gedenkt. Ob die Westmächte diesen Eintritt ohne Traktat genehmigen, muß sich in diesen Tagen entscheiden; ich zweifle daran, da sie zwar in uns in Wien stets einen Advokaten Rußlands gesehen haben würden, der indessen durch einen bindenden Traktat weniger gefährlich und unsicher gewesen wäre; il faut donc attendre. Ohne Eintritt des gewaltigen Ereignisses in Petersburg, glaube ich, wäre der Traktat zwischen Preußen und den Westmächten jetzt zustande gekommen, sehr gegen die Bestrebungen der Kreuzpartei.

Die Richtung des jungen Kaisers ist seit zwei Jahren, als der des verstorbenen Vaters entgegen, bekannt, wenngleich er sich pflichtgemäß seinem Herrn unterwarf. Seitdem ist das Drama des Orients in ein Stadium getreten, das Alexander II. nicht gestattet, d'emblée seiner früheren Überzeugung freien Lauf zu lassen, wenn er sie auch innerlich nicht aufgegeben haben mag. Kaiser Nikola konnte 90 Prozent mehr nachgiebig sich zeigen als sein Nachfolger dies sofort kann. Bei der Richtung, die man bei letzterem kennt, war es notwendig, um die politisch und kirchlich orthodoxe Partei nicht von vornherein gegen sich einzunehmen

[2]) Vertrauter Ratgeber des Herzogs. — [3]) Friedensverhandlungen in Wien.

1855. oder auch nur Verdacht aufkommen zu lassen, daß er dem Nationalgefühl nicht Rechnung tragen werde — war es notwendig, sage ich, sofort deren Sympathien sich zu gewinnen, und aus diesem Gesichtspunkte betrachte ich die Heraufbeschwörung des Andenkens Peters I., Katharinas, Nikolas, die sonst in Betracht des übrigen Europa nicht klug ist. Indessen, so wie ich Alexander II. bisher kannte, wird er jene Traditionen natürlich nicht abschwören, aber er wird sie nicht durch unzeitige Mittel in Ausführung zu bringen suchen, wenn auch vorkommendenfalls nicht vorübergehen lassen. Ich habe eine instinktmäßige Hoffnung, daß es ihm möglich sein wird, Frieden zu schließen; wenn man ihm nichts Ehrenrühriges bietet, so tut er es gewiß, — und die Westmächte sind durch ihre Anstrengungen doch auch mürbe, ebenso wie die Kriegsexaltation der öffentlichen Meinung in England doch auch wohl im Abkühlen begriffen ist. Schlagen jedoch diese Friedenshoffnungen fehl, dann kommt die große Frage was nun? Für Österreich und die Westmächte ist die Beantwortung einfach: Krieg! Wie aber steht sie betreffs Preußens und Deutschlands? Dies ist unberechenbar bei der hiesigen Individualität. Man wird hier auf der Goldwage abwägen, wer an dem Scheitern der Friedensverhandlungen Schuld hat und wird alles aufbieten, um das Unrecht dabei auf den Westen zu schieben, um dann mindestens neutral zu bleiben. Sollte dies Unrecht eklatant auf Rußlands Seite sein, dann wäre es allein möglich, daß Preußen seine jetzigen ajournierten Verhandlungen wieder aufnähme, wenn dann nur nicht: „zu spät!“ — und unter Bedingungen, die wohl nicht erfreulicher Natur sein dürften. Daß dieser Gang nicht der meinige ist, weißt Du, aber ich vermag vermöge meiner seit dem Mai festgehaltenen politischen Stellung hier nur sehr momentan auf die Verhältnisse einzuwirken, und dies auch nur ohne Erfolg, wie die letzten Tage bewiesen. Hielt ich mich nicht gänzlich abseits, solange ich nicht gefragt werde, so wäre ich in diesem Moment in derselben Lage wie im Mai v. Js. und von neuem ebenso kompromittiert wie damals.

Das Schlimmste bei Preußens Handlungen ist, daß gänzlich

der europäische Standpunkt in der Weltkrisis aus den Augen 1855.
verloren wird; deshalb will es bald Großmacht, bald nur deutsche Macht sein. Als erstere muß es stets das Endziel des Dramas vor Augen haben, das heißt: Rußland darf sein Unrecht von 1853 nicht durchsetzen. Durch unsere Unentschlossenheit, Schwankungen und zuletzt non-action werden wir es dahin bringen, daß Rußland in die Lage kommt, siegreich aus der Katastrophe hervorzugehen, und dann wird Rußland uns allen den Frieden diktieren, dann muß Europa nur noch nach seiner Pfeife tanzen, und dazu bedarf es gar keiner Ländereroberung, sondern nur der moralischen Präponderanz, die es aus einem solchen Siege ziehen muß, eine Million Bajonette hinter sich, die man von 1848 kennt zum Zuchtmeister für den, der nicht tanzen will.

Dies Ziel abzuwenden hat Preußen nicht den Mut, darum sucht es Rechtfertigungsgründe für diesen Mutmangel und findet sie in Deutschlands Friedenswunsch; darum stellt es sich nur als deutsche Macht dar, sozusagen sich genötigt zeigend, um nicht mit Deutschland zu brechen, auch Frieden à tout prix erstreben zu müssen. Ich fasse Preußens Aufgabe umgekehrt auf: Um Rußland nicht zum Siege kommen zu lassen, um demselben nicht jene Präponderanz erringen zu helfen, muß es sich mit dem Westen verständigen und mit Österreich Deutschland führen in der Richtung, die die allein richtige ist. Wenn nun der Moment eintreten sollte, wo die Wiener Konferenzen sich zerschlagen und Österreich an Deutschland dann den zeitgemäßeren Ruf als im Januar zur Kooperation ergehen läßt — wie und was wird Deutschland antworten? Selbst wenn dann Preußen noch hesitieren sollte, so glaube ich, wird Deutschland zu Österreichs Aufforderung zustimmen, ja zustimmen müssen, wenn es seinerseits nicht auch den europäischen Standpunkt verleugnet und nur den der Deutschen vor Augen hat. Ob Preußen in diesem Falle à la remorque von Deutschland zuletzt doch auch mitginge oder sich völlig mit Mecklenburg isoliert, vermag ich nicht anzugeben.

Daß Frankreich [den Krieg mit uns] nicht wünscht,[4]) also

---

[4]) Text offenbar verderbt, die Wiederherstellung unsicher.

1855. auch nicht vorzeitig sich mit uns brouillieren wird, bin ich wie Du überzeugt; daß es sich aber präpariert, ist ganz natürlich. Es mag nur in Metz jetzt schon und bei Paris Truppen zusammenziehen. Des Kaisers Reiseidee nach der Krim nenne ich seinen Stern herausfordern. Die Dinge dort stehen doch so, daß er leicht Augenzeuge einer Niederlage sein könnte, und wie würde die alsdann sein! Nimm vorlieb mit dem Gesagten, aber mehr läßt sich nach hiesigen Verhältnissen nicht vorhersagen. In treuer Freundschaft Dein ergebener Wilhelm.

214] An den Major L. v. Orlich.

Berlin, 26. März 1855.

1855. 26. 3. Für Ihre lieben Glückwünsche zum 22. sage ich Ihnen meinen aufrichtigsten Dank, da mir alle dergleichen Beweise unter den jetzigen Verhältnissen doppelt wert sind.

Ihre Auffassung über Rußlands nächste Zukunft nach überstandenem orientalischen Drama ist so vollkommen meine eigene Anschauung, daß ich ordentlich frappiert darüber bin. Ich habe die Hoffnung, daß der jetzige Monarch dieses unermeßlichen Reichs von der richtigsten Ansicht in dieser Beziehung durchdrungen ist. Im Jahre 1846 war ich in Petersburg, also zu einer Zeit, wo des Königs Pläne wegen des Vereinigten Landtages bereits Gestaltung erhielten, natürlich ohne noch zu wissen, wie er die Dinge, am wenigsten daß er sie so, wie geschah, gestalten werde. Ich sprach mit dem damaligen Thronfolger Alexander von den Dingen nicht ohne Besorgnis, was uns geschehe — doch von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß eine Umgestaltung der gouvernementalen Verhältnisse in der politischen Atmosphäre liege, der man sich nicht entziehen könne. Indessen müsse man die Leitung des Staatsschiffs mit der eines Stromes vergleichen, dessen Lauf man vor Überschreitungen sichern müsse und ihm daher durch Regulierung seiner Ufer einen geregelten Lauf, der sicher zum Ziele führe, zu geben sich bemühen müsse, wogegen ein unbegrenzter Lauf sowohl, wie eine Abdämmung, die den Lauf hemmte und daher zur Rückstau und Bewässerung

führe, sorgfältig zu vermeiden sei.[1]) Als ich dies Bild ihm, dem Großfürsten, ausgesprochen hatte, ergriff er meine Hand, sagte: Voilà, mon cher oncle, absolument l'idée que j'ai moi-même sur la manière, dont il faut . . . . d'un gouvernement![2]) Er führte dies weiter aus, wobei er nicht verhehlte, daß sein verehrter Vater mit Gewalt den Strom abdämmen wolle, was eine Unmöglichkeit sei! Dies gibt mir also die Hoffnung, daß Alexander II. ein sehr weiser Regent sein kann. Sein unvergeßlicher Vater war es wahrlich auch, aber in obigem Punkt verstand er die Zeit nicht! Ruhe und Friede seiner Asche! Ihre geschilderte Stimmung in Österreich gegen uns kenne ich genau, ebenso die der Deutschen, denn in Berlin lebt man in Illusionen!! 1855.

Ich hoffe, wir sehen uns in einigen Tagen noch in Berlin! Ihrer Frau mich empfehlend und meiner Frau Empfehlungen ausrichtend Ihr Prinz von Preußen.

215] An den Prinzen Adalbert von Preußen.

27. März 1855.

Tausend Dank, lieber Adalbert, für Deine freundlichen Wünsche zum alten 22., sowie auch Deiner Frau, die sich denselben gütig anschloß. Wir haben den Tag ganz en famille zugebracht wegen der Karwoche. 1855. 27. 3.

Ich hoffe mit Dir, daß der zu erwartende Friede[1]) kein ephemerer sein möge; indes glaube ich doch, daß der neue Tuileriensprößling[2]) den Weg auch kaum kennen lernen wird, den seine Vorgänger gegangen sind, auf welche Napoleon sehr klug selbst anspielt, und dadurch allen Gedanken derart bei andern die Spitze abbrach! Das Kokettieren der Russen und Franzosen in Paris und allenthalben nimmt so überhand, daß man die

---

Zu 214) [1]) Die Vorlage hat versehentlich „habe". — [2]) Die im Original unleserlich gebliebene Stelle ergänzt der Herausgeber: dont il faut arrêter le plan d'un gouvernement. Vielleicht würde man vermuten können: dont il faut diriger les affaires d'un gouvernement.

Zu 215) [1]) Zu Paris erst am 30. März 1856 abgeschlossen. — [2]) Sohn Napoleons III.

1855. Zukunft, die sich entwickelt, erkennen kann. Das ist ein gar ernster Punkt für die, welche zwischen liegen, damit sie nicht das Schicksal des Kirschkerns zwischen zwei Fingern haben!!

Die Meinigen empfehlen sich bestens, der Bräutigam[3]) ist auch hier, also die Braut sehr zufrieden und glücklich.

Dein treuer Vetter Wilhelm.

216] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Coblenz, 1. April 1855.

1855. 1. 4. Empfangen Sie meinen aufrichtigen Dank für Ihre gütigen Wünsche, die Sie mir bei Gelegenheit meines Geburtstages ausgesprochen haben. Nicht minder wie Sie, sehe ich in Preußens Zukunft sehr schwarz. Wie ich sie besser gestaltet zu sehen gewünscht habe, wissen Sie seit Jahr und Tag; leider gehen alle meine Vorhersagungen, wie ich sie im Januar und März vorigen Jahres dem König schrieb, eine nach der anderen in Erfüllung, und das ist ein trauriger Trost! Ich höre, daß Wedell und Usedom[1]) zurückkehren, Beweis, daß nunmehr alles abgebrochen ist. Daß ich zwar diese ewigen Spezialmissionen nicht liebe, wissen Sie, da sie aber einmal en train waren, so ist ihre non-réussite sehr demütigend für uns und das daraus folgende Ausschließen aus den Wiener Konferenzen einer Großmacht völlig unwürdig, die „Kreuzzeitung" mag darüber noch so viel jubeln. Wir stehen nun blank mit allen Großmächten, da Rußland uns die Acheminements zum Traktat und zur Protokollzeichnung nicht vergessen wird. Und wenn nicht Friede wird, den ich sehnlichst wünsche, was wird dann aus Preußen werden? Ich weiß es nicht! Ihr Prinz von Preußen.

---

[3]) Großherzog, damals Prinzregent von Baden, verlobt mit der Prinzessin Luise, Tochter des Prinzen.

Zu 216) [1]) Die nach Paris und London geschickten Spezialgesandten, wie früher der Fürst von Hohenzollern und v. der Gröben. Vgl. Nr. 210, S. 380 [1].

217] An den Herzog
Ernst II. von Sachsen-Koburg und Gotha.

Berlin, 28. April 1855.

Für Deinen heute durch v. Treskow[1]) erhaltenen Brief sage ich Dir meinen besten Dank. So sehr ich Dir Deine Reise nach London beneide, so sehr begreife ich, daß du diesmal nicht über Berlin reist! 1855. 28. 4.

Die Friedensaussichten, welche Du aus einem Briefe Buols entnimmst, streiten mit den heutigen hiesigen Nachrichten, die das Resultat der Konferenz von vorgestern als resultatlos[2]) darstellen, von welcher Konferenz Graf Buol in seinem Briefe an Dich wahrscheinlich mehr hoffte. Ob Österreich bereits fest entschlossen ist, bei Aufhebung der Konferenzen nun auch zur Aktion zu schreiten, ist noch durchaus nicht zu ermitteln. Du sagst, Rußland solle durch geringe Konzessionen . . . . jetzt gewinnen. Worin diese Konzessionen bestehen sollen, vermag ich nicht abzusehen, da die Hauptforderung, die Reduktion der Flotte, doch nicht zu den geringen gerechnet werden kann, um so weniger, als nichts bisher Rußland zu einem solchen Opfer zwingt. Ich muß aber nach wie vor diese Forderung als unbillig vor einem entscheidenden Siege ansehen, wie ich dies Dir und Deinem Bruder öfters schrieb. Dagegen sind die russischen Konterpropositionen so elastisch, daß auch auf sie nicht einzugehen ist, aber bei einiger bonne volonté wäre man doch wohl halbwegs sich entgegengekommen, denn daß jeder vorschlägt, um durch Negoziationen manches nachzulassen, ist ein alter Satz.

Für mich kommt alles darauf an, daß der zu schließende Friede Rußland eine politische Lektion gebe, die dasselbe fürs erste von Wiederholungen abhält. Das finde ich erreicht in den drei angenommenen Punkten. Der vierte (dritte) als Hauptpunkt konnte meines Erachtens durch Gewinnung von festen Punkten seitens der Alliierten im Schwarzen Meere erreicht werden. Diese

Zu 217) [1]) Adjutant des Herzogs. — [2]) Der österreichische Premierminister Graf Buol hatte die von den Westmächten geforderte Herabsetzung der Zahl der russischen Schiffe im Schwarzen Meer (4 Linienschiffe) in den Bestand von 1853 modifiziert, Napoleon hatte diese Modifikation aber verworfen.

1855. Nasenquetschen für Rußland bei Öffnung der Detroits wären eine gewaltige Belästigung für dasselbe gewesen und die Kosten für die Alliierten kommen bei dem zu erzielenden Resultate nicht in Anschlag. Werden die Kosten, wenn auch nur einmalig (aber vielleicht auf Jahre noch) nicht immens sein, wenn der Krieg fortgesetzt wird, um durch denselben nicht mehr als billiges zu erlangen??? Daß ich indessen einen Frieden nicht will, der Rußlands Unrecht zuletzt siegen läßt, weißt Du hinreichend, und darum bleibe ich dabei, daß wir andern es immer im Auge behalten müssen, daß Rußland nicht, auch nur indirekt, die Möglichkeit gegeben werde, in diesem Kampfe zu siegen, weil alsdann sich das Blatt wendet und Rußland uns den Frieden diktiert! Dies wird aber geschehen, wenn die Alliierten nicht durch eine Diversion Österreichs in Bessarabien degagiert werden. Österreich wird diese Diversion aber nicht machen können, wenn Preußen nicht seine linke Flanke gegen Paskiewitsch sichert. Beide deutsche Großmächte werden sich aber zur Aktion nicht entschließen, wenn die Westmächte ihre Forderungen so hoch spannen wie die Flottenreduktion. So paralysiert eins das andere und ich sehe kein Ende ab!

Das dreizehntägige Bombardement wird zu nichts führen vor Sebastopol. Auf solche Distanzen schießt man keine praktikablen Breschen. Der Schrecken des Bombardements ist gleich Null, wenn keine Einwohner vorhanden sind; die Munition muß nochmals, wie auch am 17. Oktober, erschöpft sein, und somit ist man nicht weiter wie damals. Das ist eine traurige Vermutung!! Wer weiß, was geschieht in den vier Wochen Deiner Abwesenheit. Dein treuer Freund Wilhelm.

218] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 5. Juli 1855.

1855. 5. 7. ... Immer mehr und mehr schmerzt es mich, daß eine so große Seele,[1]) wie die heimgegangene, die letzten zwei Jahre ihres

Zu 218) [1]) Des Kaisers Nikolaus von Rußland.

Daseins nicht in der Höhe und Reinheit politischer Größe sich bewährt hat, die ihm sonst so eigentümlich war! . . . Meine 40jährige Freundschaft zum Kaiser hat stets darin bestanden, daß wir uns gegenseitig die Wahrheit sagten, auch wenn sie uns nicht gefiel. Das tat ich 1850 in Warschau wie 1853 in Olmütz. Meine politische Auffassung seiner orientalischen Verhandlungen ist heute noch ebenso entschieden streng und tadelnd wie zu Olmütz. Vor einer kompakten europäischen Koalition hätte der Kaiser sich mit Ehren zurückziehen können; Preußen hat diese Kompaktheit zertrümmert, darum wollte und konnte er sich nicht zurückziehen, weil ihm dadurch die Möglichkeit ward, siegreich aus seinem Unrecht hervorzugehen, und so wird es auch geschehen unter seinem Nachfolger. Dann tanzt Preußen und Deutschland nur nach Rußlands Pfeife, wie zu Jütland und Olmütz. . 1855.

Ihr Prinz von Preußen.

219] Aus einer Ansprache in der Mainzer Loge.

12. Oktober 1855.

Jedes System hat seine eigenen Vorzüge. Es ist für die geistige Anregung selbst gut, daß deren mehrere bestehen; nur dürfen sie sich von dem wahren maurerischen Geiste nicht entfernen. Es ist nicht gut, an dem Alten und Hergebrachten zu rütteln, namentlich muß man sich hüten, allzu rasche Veränderungen vorzunehmen. Das wirklich Veraltete wird die Zeit selbst beseitigen. Leichter ist es einzureißen als aufzubauen. . . . Für Wahrheiten des Verstandes können Gründe und Beweise helfen, während sittliche und religiöse Wahrheiten sich unmittelbar durch ihre Wirkung auf unser Herz und unser Leben bezeugen. Geschichtliche Wahrheiten aber können nur durch geschichtliche Forschungen sichergestellt werden. Darum sind solche Studien in unserer Zeit eine ernste Pflicht gegen den Orden, der wir uns nicht entziehen können, in der beruhigenden Überzeugung, daß, welches auch die Resultate sein mögen, diese schließlich nur fördersam wirken können. Bestätigen sie die Überlieferung, so werden für die Wirkungen die hemmenden Zweifel schwinden; 1855. 12. 10.

1855. zeigen sie manches als unhaltbar, so wird die Liebe zur Wahrheit uns den Mannesmut geben, das Unhaltbare zu opfern; aber wir werden dann das Sichere mit um so größerer Hingebung zur Geltung bringen.

220] Ansprache an den König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen.

15. Oktober 1855.

1855. 15. 10. Vor Eurer Königlichen Majestät stehen die Vertreter Allerhöchst Ihrer Armee[1]) in einer ungewöhnlichen Art, um einen ungewöhnlichen Akt zu vollziehen. Nur eine unbegrenzte Verehrung zu Euer Majestät, als unserem Könige und Kriegsherrn, und die so oft empfundene nachsichtsvolle Gnade Eurer Majestät hat uns den Mut gegeben, so zu erscheinen. Die Armee begeht heute den Tag, an welchem vor einem halben Jahrhundert Euer Majestät in ihre Reihen traten und ihr Waffengefährte wurden; ein Zeitabschnitt, voll der mächtigsten Erinnerungen! Noch war kein Jahr verflossen, als Euer Majestät Zeuge sein sollten der schwersten Verhängnisse, welche über die Armee und das Vaterland hereinbrachen. Aber Euer Majestät waren dann auch Zeuge, wie unser Königlicher Vater mit fester und sicherer Hand, das Alte und Unhaltbare beseitigend, eine neue Heeresverfassung schuf, gegründet auf Vaterlandsliebe und Ehre. Und als der König, dem Euer Majestät in dem schwersten Augenblicke unseres Lebens den Namen des „Heldenkönigs"[2]) beilegten, nun sein Volk in die Waffen rief, da waren Euer Majestät nicht nur Zeuge, sondern heldenmütiger Mitkämpfer der Taten, die auf ewige Zeiten in den Annalen der preußischen Armee verzeichnet stehen. Ein in den Augenblicken der Not geschaffenes Element[3]) trat nach hergestelltem Frieden dem stehenden Heere dauernd und festgegliedert zur Seite. In dieser Armee stiegen Euer Majestät von Stufe zu Stufe, bis die Vorsehung Allerhöchstdieselben

Zu 220) [1]) Bei der Feier des 50 jährigen Militärjubiläums König Friedrich Wilhelms IV. — [2]) Beim Tode König Friedrich Wilhelms III. gebrauchte König Friedrich Wilhelm IV. dieses Wort. — [3]) Die Landwehr.

zu unserem Könige und Kriegsherrn bestellt. Mit rastloser 1855.
Tätigkeit und Liebe haben seitdem Euer Majestät das überkommene Kleinod Preußens gepflegt und seine Entwickelung gefördert. Und als eine Zeit[4]) anbrach, die man gern aus dem Geschichtsbuche Preußens löschen möchte, da stand das Heer in unwandelbarer Treue zu Eurer Majestät, und als viele von uns berufen wurden, Teile desselben gegen den Feind zu führen, da haben die jungen, in Eurer Majestät Schule erzogenen Krieger sich ihrer Vorfahren würdig gezeigt, und der Enthusiasmus, mit welchem das Volk Eurer Majestät Ruf zu den Waffen folgte, ist Bürge, daß die alte Treue zu dem angestammten Könige unangetastet geblieben ist, daß es großer Taten fähig ist. Dies sind die beredtesten Beweise des Dankes eines Volkes unter Waffen für die nie erkaltende Fürsorge seines Königlichen Kriegsherrn. Einen schöneren Tag als den heutigen aber konnte die Armee nicht wählen, um aufs neue diesen Dank an den Stufen des Thrones niederzulegen, wo sie sich Glück wünscht, daß ihr die Vorsehung den ersten ihrer Waffengefährten ein halbes Jahrhundert als leuchtendes Beispiel kriegerischer Tugend voranstellte. Als Zeichen dieses unbegrenzten Dankes wagt es die Armee, zu den Füßen Eurer Majestät die Waffe zu legen, die in der königlichen Hand ihres Kriegsherrn sie zu immer neuem Ruhm und Ehre führen wird. Mit dem Rufe, mit welchem wir alle jeden Augenblick bereit sind, unser Blut und unser Leben für Eure Majestät zu opfern, lege ich diese Waffe im Namen der Armee Eurer Majestät zu Füßen. Es lebe der König!

221] An den Major L. v. Orlich.

Coblenz, 6. Januar 1856.

Mit dem allergrößten Rechte müssen Sie böse auf mich 1856. 6. 1.
sein, da ich Ihnen auf vier Ihrer interessantesten Briefe noch

---

[4]) Der Prinz denkt an die Revolution, die Bekämpfung des Aufstandes in Baden und an die Mobilmachung von 1850.

1856. keine Zeile erwiderte; da das Eingestehen eines Unrechts halber Verzeihung gleichkommt, so hoffe ich letztere von Ihnen zu erfahren!

Ihr letzter Brief mit den geschichtlichen Reminiszenzen, wie Sie dieselben jetzt auf dem klassischen Boden[1]) sich Ihnen entgegentreten sehen, — dann die Anbetung der modernen Götzenbilder — das alles hat mich ungemein angesprochen, und große Wahrheiten habe ich Ihren Mitteilungen entnommen. Die Lebensskizze Pius' IX. und sein Mariakultus[2]) waren für mich ganz neu und erklären mir vieles.

Von hier aus ist nicht viel Erfreuliches zu berichten. Durch Wahlumtriebe[3]) ist ein Zersetzungs- und Entsittlichungselement mehr in unsere Zustände gekommen, was meist seine sehr bösen Folgen tragen wird, und ist das Gouvernement dabei royalistischer als der König gewesen. Das Wort Umtriebe beweist Ihnen, daß bei den Wahlen die Regierungsorgane weit über die Grenzen der besonnenen und nötigen Einmischung bei denselben hinausgegangen sind und einen Terrorismus geübt haben, der viel Schlimmeres im Gefolge haben muß, als eine Kammer, die etwas mehr Zentrums- und selbst Linke-Mitglieder gehabt hätte; so untergräbt man sich wissentlich den Boden unter den Füßen, glaubend, ihn zu befestigen! Oh! die Verblendeten! —

Auf dem politischen Terrain glaube ich an keinen Frieden.[4]) Keine der streitenden Parteien ist erschöpft, und Rußland trotz seiner Revers nicht niedergeworfen, um sich Forderungen zu unterwerfen, die sehr weit gehen; ich fürchte, die Alliierten spannen den Bogen, bis er platzt! Und was dann? Nur eine Drohung mit Krieg seitens Mitteleuropas kann heute noch den Frieden herbeiführen; fehlt dieser aber der Ernst und die Nachhaltigkeit (wie 1854 im Mai), dann entbrennt der Rest Europas in Krieg, in welchem wir vermutlich zusehen wollen, und gestattet man

Zu 221) [1]) Roms. — [2]) Das Dogma von der unbefleckten Empfängnis der Jungfrau Maria war 1854 erlassen. — [3]) Die zur Wahl der sogenannten Landratskammern führten. — [4]) Die Friedensverhandlungen schwebten schon seit Jahresfrist, aber erst im Februar wurde der Kongreß in Paris eröffnet.

uns dies, dann sind wir eklipsiert mit unserem Willen, gegen 1856.
unseren Willen; das klingt paradox, ist aber doch wahr!

Für Sie und Ihre Frau stehe hier unser herzlichster Wunsch beim Jahreswechsel; möge es uns zusammenführen, wo nicht, so rechne ich auf Briefe. Ihr Prinz von Preußen.

222] An General O. v. Natzmer.

Coblenz, 2. April 1856.

Wie freue ich mich, in diesem Jahre von Ihrer eigenen Hand 1856. 2. 4.
die Zeilen wieder geschrieben zu sehen, die mir Ihre Wünsche zum 22. März bringen sollen; dies ist ein guter Beweis Ihres dauernden Besserseins. Empfangen Sie daher zu diesem Fortschritt meinen Glückwunsch, sowie meinen Dank für treues Andenken und für alles, was Sie mir Gutes und Liebes sagen und wünschen.

Der Friede ist gemacht![1]) und mit ihm diese unangenehme Episode vollendet, die uns der herrliche Kaiser so kurz vor seinem schönen Ende hätte ersparen sollen! Wie stände er da in der Weltgeschichte, wenn er dieses Drama nicht heraufbeschworen hätte! Oder wenn er wenigstens nach dem Aprilvertrage einer europäischen, kompakten Koalition sich unterworfen hätte und im März 1854 über den Pruth zurückging! Daß er dies nicht tat, daran ist Preußen schuld, als dies die Überzeugung ihm gab, es werde diese Koalition nicht zur Ausführung kommen lassen. Warum sollte er bei solcher Überzeugung nachgeben? Mußte er nicht vielmehr hoffen, uns auf seine Seite zu ziehen und zu siegen? Darum setzte er zwei Jahre lang diesen Kampf fort — aber wir kamen nicht.

Warum wir nun gerade uns so sehr brüsten, diesen Frieden erlangt zu haben und jetzt durch Privat-Tedeum und telegraphische Verleihung des Schwarzen Adlers[2]) unsere Freude so sehr laut werden lassen, verstehe ich nicht. Wäre meine Politik vom

---

Zu 222 [1]) Friede zu Paris, 30. März 1856, zu dessen Abschluß Preußen noch im letzten Moment (18. März) (Nr. 223) zugelassen wurde, der Rußland zu Landabtretungen, Aufgabe des Christenschutzes in der Türkei nötigte und seine Flotte im Schwarzen Meer beschränkte. — [2]) An Napoleon.

1856. 20. April 1854 fest verfolgt worden, so kam Rußland viel besser fort, indem es nur eine moralische Lektion bekam, während es jetzt eine viel ernstere moralische und materielle dazu erhält, und der Nimbus seiner Macht sehr gesunken ist, wenn auch mit allen kriegerischen Ehren. Jetzt werden neue Konstellationen eintreten und Preußen muß gerüstet sein, damit es nicht wie ein Kirschstein zwischen zwei Fingern geschnellt wird! Dazu gehört immer Kraft, Einheit und gesunder Zustand! Ist dies alles bei uns jetzt zu finden?? Ihrer Gemahlin mich recht angelegentlich empfehlend

Ihr treu ergebener Prinz von Preußen.

223] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Coblenz, 7. April 1856.

1856. 7. 4. Für Ihr Schreiben und seine Anlage sage ich Ihnen meinen besten Dank und freue mich, aus derselben zu sehen, daß unsere Stellung, quoique moutarde après diner eingeladen, doch noch gut genug abgelaufen ist.[1])

Wenn man es nicht besser haben wollte, so muß man schon sehr zufrieden mit dem Erlangten sein. Ich, der ich Rußland vor dem Kriege bewahrt sehen wollte, damit es sein Ansehen nicht einbüße, wohl aber vor der kompakten europäischen Koalition sich beugen sollte, worin es seine Lektion empfangen mußte, — ich kann mich natürlich über so ernste Friedensbedingungen für Rußland nicht freuen. Nach meinem Wunsche, den ich seit drei Jahren festgehalten habe, sollte Rußland weder Land, noch Meer, noch Flotte, noch Armee, noch Ansehen einbüßen, aber seinen Fehler, die Besetzung der Fürstentümer, durch sofortige Evakuation derselben (im März 1854) wieder gut machen, dann kam es nicht zum Kriege mit den Westmächten, oder diese hatten es mit uns zu tun. Alles, was dann von Rußland zu verlangen war, bestand in dem Christen- und Fürstentums-Protektorat à 5. Nun, es hat anders kommen sollen, Rußland ist

Zu 223) [1]) Es war in der Tat ein Erfolg Manteuffels, daß er trotz der vorausgegangenen Schwankungen und trotz des unglaublich verwickelten diplo-

auf einige Zeit gedemütigt, und damit müssen die doch zufrieden 1856.
sein, die diesen Frieden verlangt haben. Somit habe ich zum letzten Male meine Ansicht ausgesprochen. Ich glaube, die Russen wären heute ganz zufrieden, wenn mein Plan damals zur Ausführung kam!

Sie schreiben, ich würde in einigen Tagen ein Schreiben von Ihnen in der Sägertschen[2]) Angelegenheit erhalten. Da ich von einer solchen aber gar nichts weiß, so vermute ich, daß Sie statt Seiffert[3]) Sägert geschrieben haben? Hoffend, daß Sie die noch schwebenden Verhandlungen auch noch zufriedenstellend lösen mögen. Ihr Prinz von Preußen.

224] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Coblenz, 15. April 1856.

Euer Exzellenz haben mittels Schreiben d. d. Paris, den 1856. 15. 4.
2. April (präzise $1^3/_4$), die Gefälligkeit gehabt, mich zu benachrichtigen, daß ein gewisser Sägert,[1]) Generalinspektor der Taubstummen, durch gerichtliche Verhandlung für unschuldig befunden worden ist, im Jahre 1848 im Wollankschen Weinberg eine Schmährede gegen das königliche Haus gehalten zu haben, und daß die Verbreitung dieses Gerüchts eine Verleumdung sei. Da ich mich in diesem Augenblick selbst in dem Falle befinde, einer Verleumdung preisgegeben zu sein, deren gerichtliche Verfolgung ich beantragt habe, so kenne ich den Wert, von falschen Beschuldigungen befreit zu sein. Der Sägertsche Fall ist mir gleichfalls seinerzeit zu Ohren gekommen, und ich habe ihn ignoriert, weil er mich und meine Familie speziell tangierte, und ich sehr

matischen Getriebes die Einladung zum Friedenskongreß durchsetzte. — [2]) Direktor einer Taubstummenanstalt in Berlin, mit dem der Königs damals im Geheimen politische Dinge zu besprechen pflegte, und der wegen Beleidigung des Prinzen und des Königlichen Hauses angeklagt war, aber freigesprochen wurde. — [3]) Beamter in der Oberrechenkammer, der in einen Diebstahl von Briefen politischer Persönlichkeiten verwickelt war, die der französischen Gesandtschaft verkauft worden waren.

Zu 224) [1]) Vgl. oben Anm. 2.

1856. viel zu tun gehabt haben würde, wenn ich alle in jener Zeit des tollen Jahres gegen mich geschleuderten Äußerungen hätte verfolgen wollen, da ich dann ja auch Unterlassungssünden, wie unter anderem die Weglassung meines Namens aus dem Kirchengebete, hätte verfolgen müssen.

Da nun aber der in Rede stehende Fall[2]) zu einer anderweitigen gerichtlichen Untersuchung Veranlassung geworden ist, so muß es mir natürlich von höchster Wichtigkeit sein, den wahren Verlauf desselben kennen zu lernen, und ersuche ich Euer Exzellenz daher, es veranlassen zu wollen, daß mir die über diesen Fall verhandelten Akten in ihrer ganzen Vollständigkeit originaliter vorgelegt werden.

Da Euer Exzellenz sich mit solcher Wärme für die Genugtuung des Sägert bei des Königs Majestät verwandten, so gibt mir dies den Maßstab, wie Sie es sich zur Pflicht machen werden, ein Ähnliches für mich, den Thronerben zu tun, sobald die mich betreffende Angelegenheit zu Ihrer Kenntnis gekommen sein wird.

225] An den Major L. v. Orlich.

[Coblenz], 29. April 1856.

1856. 29. 4. Sie haben mir durch Darbringung Ihrer treuen und freundlichen Wünsche zu meinem Geburtstage, wie immer eine wahre Freude gemacht, für die ich Ihnen, allerdings etwas verspätet, meinen aufrichtigsten Dank hiermit ausspreche. Der Tag selbst verstrich heiter in meiner Familie, äußerlich sehr still, als Karsonnabend, innerlich jedoch bei vielerlei Betrachtungen sehr ernst. Denn es waren ja wenige Tage erst vergangen seit den trüben

[2]) Es handelt sich um politische Verdächtigungen des Prinzen und seiner Umgebung, die nicht ganz aufgeklärt sind. Sie stehen in Verbindung mit dem Diebstahl von Briefschaften des Generals v. Gerlach und des Kabinettsrats Niebuhr und sind durch gehässige Verleumdungen eines Journalisten Lindenberg hervorgerufen, von dem man annahm, daß er im Auftrage anderer handelte. Genugtuung über diese und ähnliche Verleumdungen hat der Prinz nicht mehr erhalten. Wie erhaben er über solche Anklagen und Verleumdungen dachte, zeigt, daß er diesem Lindenberg das ihm auf hohe Empfehlung vom König in Aussicht gestellte kleine Amt, ohne die Miene zu wechseln, durch seine Unterschrift unter das von dem inzwischen erkrankten König nicht mehr vollzogene Patent gab.

Eindrücken, welche die Residenz getroffen hatten[1]) und die sehr 1856.
zum Nachdenken führen sollten, wie die Zukunft nach der selbstgeschaffenen Gegenwart sein wird, in welcher Erscheinungen zutage treten, die man hätte vermeiden können! — Wir haben nun Frieden, und das ist ein großer Segen für die Welt! Der Feind hat Land, Meer, Flotte, Menschen, Geld, Wohlstand und Ansehen verloren — nur nicht seiner Menschen Tapferkeit, wohl aber deren Geschick in der Kriegsführung. Dies alles sind Güter, die gewisse Leute[2]) ihm auf indirektem Wege erhalten wollten, den Feind dadurch im Widerstand bestärkten — um ihm nicht zu helfen! Die Weisheit dieser Leute ist nun zu schanden geworden, und lassen sie nun den Freund[3]) im Stich und treiben ihn zu diesem Frieden! Gewöhnlichen Augen will dies unkonsequent erscheinen! Der junge russische Monarch wird viel zum Wohle seines Landes zu tun finden. Ich halte ihn für den rechten Mann, in diesem Moment Rußland zu regieren. Ein edler Charakter, aufgeklärt über die Bedürfnisse der Zeit, kann er nur das Rechte im großen ganzen vollbringen wollen — das Gelingen steht bei Gott!

Ihre Mitteilungen über Pius' IX. Lebensneigung und Antonellis Geschichte,[4]) sowie die seiner Vorfahren, haben mich wie alles, was Sie in Narration zu bringen wissen, ungemein interessiert, sowie das Treiben in Roma superba. Da scheint freilich weder gesellig, noch politisch viel Erfreuliches sich zu gestalten. Auf den Pariser Konferenzen ist Italien, wie man sagt, einigermaßen beleuchtet worden, aber es ist nichts beschlossen worden, was auch wohl schwer sein mag! Aber normal kann ein Zustand nicht sein, der vom Po bis Neapel gärt und nur durch fremde Bajonette gehalten werden kann! Weise, wenn auch langsame,

---

Zu 225) [1]) Des Polizeipräsidenten v. Hinckeldey Tod (10. März) im Duell mit Herrn v. Rochow hatte alle Parteien stark erregt und Volksdemonstrationen hervorgerufen. — [2]) Die russenfreundliche Hofpartei unter Gerlach. — [3]) Die Vorlage hat wohl irrig auch hier „Feind". Vielleicht ist sogar durchgehend „Freund" im Sinne der Kamarilla zu lesen. — [4]) Kardinal Antonelli leitete den Kirchenstaat in ebenso reaktionären Formen, wie Österreich im Norden Italiens jede Reform und den nationalen Gedanken unterdrückte.

1856. gründliche Reformen tun also not und darauf sollten die großen Mächte dringen allen Ernstes!

Frankreich hat einen Sohn[5]) — ira-t-il le chemin de ses prédécesseurs? Das weiß nur Gott! Vorläufig wünsche ich dem Vater eine lange Regierung noch, denn er versteht sein Land zu regieren, wie lange niemand vor ihm — und nach ihm? Die Meinigen grüßen Sie und Ihre Frau bestens. Sie werden sich zusammen über die Heirat meines Sohnes freuen,[6]) da sind Herzen und Politik zusammengefallen!

Ihr Prinz von Preußen.

226] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

6. Mai 1856.

1856. 6. 5. In einem gestern erhaltenen Briefe des Grafen Bernstorff[1]) gratuliert er mir zu der Verbindung meines Sohnes, sagt aber dabei, daß er dies wohl tun dürfe, da die Königlich englische Familie kein Geheimnis darum mehr mache, wenngleich ihm nicht das geringste darüber aus Berlin zugegangen sei. Da ich annehmen muß, daß der König Sie in Kenntnis der Lage der Sache gesetzt hat, so glaube ich, daß es nötig, ja unabweislich ist, dem preußischen Gesandten in London Mitteilung vom Stande dieser Sache zu machen. Sollten Sie noch Aufklärung darüber wünschen, so bin ich bereit, dieselbe Ihnen zu geben.

227] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Coblenz, 15. Dezember 1856.

1856. 15. 12. Solange mein Sohn in England war,[1]) hatte ich kurrente Mitteilungen über den Stand der Neuchâteler Frage[2]) und ver-

[5]) Napoleons Sohn, geb. 16. März 1856. — [6]) Die schon im September 1855 erfolgte Verlobung des späteren Kaisers Friedrich mit der Prinzeß Royal von Großbritannien und Irland wurde wegen der großen Jugend der Braut erst später veröffentlicht.

Zu 226) [1]) Preußischer Gesandter in London.

Zu 227) [1]) Zur Verlobung mit der Prinzessin Viktoria. Vgl. Nr. 225 u. 226. — [2]) Anfang Dezember hatten die Beratungen über die Mobilmachungen

mißte daher die aus der Heimat weniger. Mit der Abreise meines Sohnes von dort ist bei mir ein Mangel an Nachrichten eingetreten, und da damit zugleich jene Frage in ein entscheidendes Stadium treten zu wollen schien, so wandte ich mich an Herrn Harry v. Arnim,[3]) ihm meine Verwunderung ausdrückend, daß er fünf Wochen lang Ihrer Weisung, mir zu berichten, nicht nachgekommen sei. Er antwortete mir jedoch, daß Sie ihm die mir in Genthin versprochene Weisung, zu berichten an mich, nicht gegeben haben. Da dies nun das zweitemal ist, daß Sie diesen meinen Wunsch nicht ausführen, so muß ich eine Absicht darin finden. 1856.

Wenn Sie glauben sollten, daß ich meine in der orientalischen Frage seit dem 5. März 1854 völlig negative Stellung in der Politik auch jetzt in einer Frage,[4]) die die Armee zu den Waffen rufen kann, fortsetzen könnte, so irren Sie sich sehr darin!! Ich ersuche Sie also daher, dem v. Arnim sofort die Autorisation zu erteilen, mir möglichst zweimal die Woche zu berichten, und das um so mehr, als mir Börsennachrichten und andere zukommen, die von kriegerischen Vorbereitungen sprechen, und auch hier schon, wenn auch nur dem General v. Hirschfeld,[5]) Weisungen zugingen, die das nämliche andeuten, und so muß ich also verlangen, schleunigst au courant der Vorgänge, wie sie momentan sich gestalten, gesetzt zu werden.

228] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Coblenz, 18. Dezember 1856.

Der König hat mir einen außerordentlich empfindlichen Brief[1]) infolge Ihrer Mitteilungen an ihn — meines letzten Schreibens an Sie — geschrieben. Nicht wissend, weshalb Sie es für nötig erachtet, mein Schreiben dem Könige vorzulegen, so begreife ich 1856. 18. 12.

---

wegen Neuchâtel begonnen. — [3]) Der spätere Gesandte in Paris, bekannt durch den von Bismarck gegen ihn angestrengten Prozeß. — [4]) Die Neuchâteler. — [5]) Aus dem Feldzuge in Baden bekannt.

Zu 228) [1]) Den Brief Nr. 227 hatte Manteuffel übel genommen, in erregtem Ton erwidert und sich über ihn beim König beklagt.

1856. doch gar nicht, was der König in meinen Zeilen so Verletzendes gefunden hat? Ich bin mir nicht im geringsten bewußt, auch nur ein verletzendes Wort für Sie gebraucht zu haben. Ich muß daher um Aufklärung hierüber in Ihrer noch zu erwartenden Antwort Sie ersuchen, und was Sie überhaupt beschlossen haben, da der König mir schreibt, es sei unbegreiflich von mir, zu erwarten, daß man durch v. Arnim Geheimnisse mitteilen lassen werde.

Inwieweit v. Arnim instandgesetzt sein wird, mir Geheimnisse mitzuteilen, steht ja ganz bei Ihnen, so daß ich diese Wendung des königlichen Schreibens auch nicht ganz verstehen kann. Ich habe dem Könige den ganz einfachen Hergang wegen Arnim als Eintretenden für Rosenberg[2]) erzählt, welches Eintreten aber bisher unterblieben sei, weshalb ich Sie um Aufklärung gebeten hätte.

Auch spricht der König davon, daß ich seine und Ihre schwierige Lage in den jetzigen Konflikten erkennen möge. Da ich aber so glücklich bin, in diesen (Neuchâteler) Konflikten des Königs Politik vom ersten Moment an nur billigen zu können, sowie vor allem den letzten entscheidenden Schritt (obgleich ich tief erschüttert bin, daß man den Grafen Gröben[3]) mir vorzieht), so verstehe ich jene Andeutung des Königs auch nicht.

229] An einen Diplomaten in München.

Coblenz, 21. Dezember 1856.

1856. 21. 12. Für die Teilnahme bei dem Feste[1]) — meiner Invaliditätserklärung[2]) — am 1. Januar sage ich Ihnen meinen besten Dank. Freilich kann ich diese Feier noch etwas ruhiger hinsichtlich der Invalidität ansehen, als mancher andere, da ich mit 9 Jahren 9 Monaten schon anfing eminente Dienste zu leisten — aber 60 Jahre bleiben immer 60 Jahre. Und das scheint man auch

---

[2]) Der früher die offizielle Information dem Prinzen zugehen ließ, nunmehr Gesandter in Darmstadt. — [3]) Als Kommandierender der gegen die Schweiz mobil zu machenden 160000 Mann. Vgl. S. 406.

Zu 229) [1]) 50jähriges Dienstjubiläum. — [2]) Durch mehrfaches Unterstreichen auch äußerlich als scherzhafte Bemerkung gekennzeichnet.

in Berlin zu finden, denn sonst würde man mich wohl statt 1856.
Gröben nach der Schweiz senden — ah! Pardon, der ist ja noch älter als ich! Man muß sich in vieles in der Welt finden, — oder auch nicht!

230] Antwort an König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen.[1])

1. Januar 1857.

Du hast mir heute Morgen schon so viele Beweise von Liebe 1857. 1. 1.
und Gnade gegeben, daß mich die Ehre, die Du mir jetzt zuteil werden läßt, fast überwältigt, denn von meinem Könige und Kriegsherrn im Namen der Armee ein Zeichen der Anerkennung zu empfangen, ist ein Glück, wie ich es weder erwartet, noch je zu hoffen gewagt. Wenn es wirklich nicht nur Deine große Gnade, sondern eine Anerkennung für meine Leistungen in Deinem Dienste sein soll, so kann ich nur sagen, daß mein Wille stets gewissenhaft und treu war. Daß ich aber Deine Zufriedenheit erreicht, danke ich großenteils den hier anwesenden Vertretern der Armee, mit deren größter Zahl ich in dienstlichem Verhältnis gestanden, weil sie mir Vertrauen entgegengetragen und weil es mir gelang, dies Vertrauen mir auch zu bewahren. Mögen sie mit mir in den Ruf einstimmen, der in diesem Augenblicke unsere gemeinsamen Gefühle der Liebe und des Dankes für Dich ausspricht: Es lebe der König!

231] An General O. v. Natzmer.

Berlin, 7. Januar 1857.

Unter den vielen Wünschen, die mir am 1. Januar[1]) zu- 1857. 7. 1.
gegangen sind, rechne ich die Ihrigen mit zu denen, die mich am meisten erfreut haben, denn Sie sind von früh an Zeuge meines redlichen Willens gewesen, den Königen und der Armee Dienste

Zu 230) [1]) Gelegentlich der Ansprache des Königs beim 50jährigen Dienstjubiläum des Prinzen.

Zu 231) [1]) Zum fünfzigjährigen Militär-Jubiläum.

1857. leisten zu wollen. Und wenn mir dieses hin und wieder gelungen sein sollte, so wissen Sie wiederum, welchen großen und hervorragenden Anteil Sie daran haben, durch die mir stets von Ihnen gewordene Belehrung und das mir immer vorleuchtende Beispiel, was Sie mir gaben.

Schon einmal habe ich Ihnen dies mit aufrichtigem Herzen ausgesprochen, als Sie mir zum Badenschen Feldzuge Glück wünschten, und nur zu gerne wiederhole ich es heute mit meinem Dank für alles, was Sie mir in dieser und so vieler anderer Beziehung gewesen sind und für die freundliche Teilnahme bei diesem für mich so beglückenden Feste.

Ich bin weit über Erwartung, Gebühr und Verdienst geehrt worden. Ich nehme demütig hin, was man mir darbrachte, wenn es das Bekenntnis eines redlichen Willens ist, den ich in all mein Wirken gelegt habe; — das Vollbringen kommt aber doch nur von dort oben! Daß die Teilnahme so weit über den Kreis der Armee hinausreichen würde, darauf war ich gar nicht gefaßt, und bin daher ebenso überrascht als beglückt gewesen. Wenn König Ernst August von Hannover noch lebte, so würde ich jetzt ein so scheeles Gesicht von ihm erhalten,[2]) wie Sie, als Sie Husar wurden; denn zwei inkarnierte Infanteristen als Husaren zu begrüßen, würde ihm sehr schwer geworden sein! Gedenken Sie in dieser Zeit des gefeierten Jubilars zugleich teilnehmend des — zu Hause gelassenen Feldherrn!! wegen Gerlach. — Ihrer Gemahlin mich auf das angelegentlichste empfehlend und wünschend Matzdorf am Tage zu sehen

Ihr treu ergebener Prinz von Preußen.

232] An den Generalmajor v. Doering.

Berlin, 31. Januar 1857.

1857. 31. 1. Empfangen Sie meinen herzlichen Dank für Ihre mir bei Gelegenheit meines Jubiläums ausgesprochene Teilnahme, die mir, wie alle mir zuteil gewordenen Beweise des Andenkens, sehr

[2]) Der Prinz war zum Chef des 7. Husaren-Regiments ernannt, Natzmer war Chef des 12. Husaren-Regiments. Vgl. Nr. 233.

wert war. Sie sind lange Zeuge meines redlichen und gewissenhaften Wirkens gewesen, und dafür habe ich gern jede Anerkennung hingenommen; was dagegen die wirklichen Leistungen betrifft, so hat man die wohl über Verdienst am 1. Januar ehren wollen! Wie ich es aussprach in dem auserwählten Kreise, so ist es, wenn ich hin und wieder etwas leistete, dem gegenseitigen Vertrauen zuzuschreiben, das meine Untergebenen und mich stets vereinigt hat, und zu denen, die dies teilten, haben auch Sie so lange gehört! Nehmen Sie einen herzlichen Dank von Ihrem sehr ergebenen Prinz von Preußen. 1857.

233] An den Major v. Wostrowsky, Kommandeur des 7. Husaren-Regiments.

Bonn, 13. März 1857.

Nachdem des Königs Majestät am 1. Januar d. Js., an dem Tage meines 50 jährigen militärischen Dienstjubiläums, die Gnade gehabt haben, mich zum Chef Ihres unterhabenden 7. Husaren-Regiments zu ernennen, ist mir heute die Freude geworden, dasselbe zum ersten Male in dieser meiner neuen Stellung zu demselben wiederzusehen. 1857. 13. 3.

Die große Auszeichnung, welche ich meinem Könige und Kriegsherrn verdanke, mich an die Spitze Ihres Regiments gestellt zu haben, konnte ich Allerhöchstdemselben nur mit dem Ausdruck der untertänigsten und tiefsten Dankbarkeit erwidern.

Den heutigen Tag benutze ich aber, um dem 7. Husaren-Regiment es auszusprechen, wie sehr ich die Ehre zu schätzen weiß, demselben anzugehören, da dasselbe bisher in allen Lagen, in denen es sich befand, die Zufriedenheit des Königs sich zu erwerben wußte.

Die Zeit, seit welcher ich den Vorzug habe, mit dem Regiment in näherer Dienstverbindung zu stehen, hat mich gelehrt, dasselbe zu achten und zu schätzen und gibt mir die Überzeugung, daß, wenn dereinst die Zeit kommen sollte, auf welche der Soldat sich unablässig im Frieden vorbereitet, mein 7. Husaren-Regiment den Erwartungen zu entsprechen wissen wird, die unser

1857. Allergnädigster Kriegsherr und das Vaterland in dasselbe setzen. Möge es mir alsdann vergönnt sein, auch Augenzeuge der Taten zu sein, welche jeder Preuße mit dem Wahlspruch: Mit Gott für König und Vaterland! mit Opferung seines Blutes und Lebens zu vollbringen gern bereit ist!

Prinz von Preußen,
General-Oberst der Infanterie, Chef des 7. Husaren-Regiments.

234] An General O. v. Natzmer.

Coblenz, 21. März 1857.

1857. 21. 3. Noch im 59. Jahre beantworte ich Ihre so freundlichen und herzlichen Zeilen mit den treuen Wünschen zu dem morgenden Tag, so daß ich also avant la lettre Ihnen meinen herzlichen Dank schon ausspreche. Wenngleich ich Ihre Wünsche gerne annehme, daß es mir wie Radetzky[1]) gehen möge, so glaube ich doch nicht, daß mir das Los beschieden sein wird, denn der Krieg für Preußen scheint abgeschafft zu sein, und ein 42jähriger Frieden macht die Waffen zu demselben stumpf!

Der Trieb in der Armee ist gewiß noch außerordentlich groß, aber der Geist erlahmt doch, da nirgend eine Erfrischung möglich ist, wie sie nur der Krieg gibt. Jetzt scheint man im großen pensionieren zu wollen. Wer wird aber den Ersatz bilden, wird er jünger und besser sein? Ich fürchte, man wird manches gute Element verkennen und nicht ersetzen.

Wir werden in einen combat de générosité geraten, wenn ich von Ihnen als meinem Lehrer, und Sie dann wieder von mir als einem Vorbild!!? sprechen. Gesetztenfalls letzteres wäre wirklich jemals dagewesen, wäre es dann etwas anderes als die Fortpflanzung der Lehren und Prinzipien, die ich von Ihnen gehört und gesehen hatte? Also basta mit diesem Kapitel, ich bleibe bei meiner Auffassung stehen und weiß, wem ich so viel zu verdanken habe und dafür wird meine Dankbarkeit mit mir ins Grab gehen!

Zu 234) [1]) Österreichischer Feldmarschall, pflückte erst in späten Lebensjahren die kriegerischen Lorbeeren, die ihn berühmt machten.

Ich ersuche Sie schließlich, mich Ihrer Frau Gemahlin aufs angelegentlichste zu empfehlen und bleibe stets 1857.

Ihr treuer Freund Prinz von Preußen.

235] An den Oberstleutnant Quednow.[1])

Coblenz, 31. März 1857.

Mit der innigsten Teilnahme und der tiefsten Trauer habe ich aus Ihrer Anzeige das Hinscheiden des vortrefflichen, ritterlichen Generals v. Hüser entnommen! Möge der Allmächtige Ihrer Gemahlin und Ihnen die Kraft zur Tragung eines so harten Schlages gewähren. Sie haben den Trost, dies edle Vorbild bis in das vorgerückteste Alter besessen zu haben, und Sie werden den Trost empfinden, den eine allgemeine gerechte Teilnahme gewährt! So ist wieder einer der nur noch leicht gesäeten Helden aus der großen Zeit dahin! 1857. 31. 3.

Daß der Hingeschiedene mir stets ein teilnehmender Kamerad war, von Ihnen von neuem bestätigt zu hören, ist mir eine große Genugtuung gewesen. Er war uns allen, also vor allen Ihnen, ein ehrenhaftes Vorbild in allen Beziehungen.

Ihr Prinz von Preußen.

236] Letztwillige Aufzeichnung.

Coblenz, 10. April 1857.

Im Glauben ist die Hoffnung!
Befiehl dem Herrn deine Wege und hoffe auf ihn,
Er wird es wohl machen!
Herr, dein Wille geschehe im Himmel wie auf Erden!

Wenn diese Schrift in die Hände der Meinigen fällt, gehöre ich zu den Abgeschiedenen! 1857. 10. 4.

Möchte es mir vergönnt sein in meinen letzten Lebensstunden, meinen Geist den Händen meines Gottes zu empfehlen!

Zu 235) [1]) Adressat ist nur als Schwiegersohn des Generals v. Hüser bezeichnet, der, wie es scheint, der damalige Oberstleutnant Quednow war. Mit dem General v. Hüser war der Prinz namentlich in Mainz näher bekannt geworden.

1857. Möchte es mir vergönnt sein, von meinen Teuren, mich Überlebenden Abschied nehmen zu können!

Sollte ein jäher Tod mich ereilen, so möge mein ganzes Leben eine Vorbereitung für das Jenseits gewesen sein!

Möge Gott mir ein barmherziger Richter sein!

Ein vielbewegtes Leben liegt hinter mir!

Nach Gottes unerforschlicher Fügung haben Leid und Freude in stetem Wechsel mich begleitet. Die schweren Verhängnisse, die ich in meiner Kindheit über das Vaterland einbrechen sah, der so frühe Verlust der unvergeßlichen, teuren geliebten Mutter erfüllte von früh an mein Herz mit Ernst. Die Teilnahme an der Erhebung des Vaterlandes war der erste Lichtpunkt für mein Leben.

Wie kann ich es meinem heißgeliebten König und Vater genugsam danken, daß er mich teilnehmen ließ an der Ehre und dem Ruhm des Heeres! Seiner Führung, Liebe, seiner Gnade danke ich ja alles, was er mir bis zu seinem Tode vertrauensvoll erwies! Die treueste Pflichterfüllung war meine Aufgabe in liebender Dankbarkeit, sie war mein Glück!

Dem Könige, meinem Bruder, der mir zugleich vertrauensvoller Freund ist, kann ich nie hinreichend für diese Stellung zu ihm dankbar sein! Wir haben schöne, aber auch schwere Zeiten zusammen durchlebt, die uns aber nur immer enger verbunden haben, vor allem die jüngsten Jahre, wo Verrat und Irrungen das teure Vaterland dem Abgrund nahe brachten. Seiner Gnade und seinem Vertrauen danke ich es, daß ich in Deutschland auf seinen Befehl Ordnung und Zucht herstellen konnte, nachdem er im eigenen Lande dies Beispiel gegeben hatte.

Alle, die mit mir durch Freundschaft und Wohlwollen in Verbindung traten — und ihre Zahl ist nach Gottes Weisheit nicht gering gewesen — finden hier meinen heißen Dank und zugleich den letzten Dank für ihre Liebe, mit der sie mir begegneten. Viele sind mir in das Jenseits vorangegangen — wie wird unser Wiedersehen sein?

Allmächtiger! Du kennst meine Dankbarkeit für alles, was mir hienieden Teures und Schmerzliches begegnete! In Deine Hände befehle ich meinen Geist!! Amen! Wilhelm. 1857.

237] An den Major L. v. Orlich.

Coblenz, 15. April 1857.

Ihre Wünsche zum 22. März, für die ich mit einiger Beschränkung — denn Moses' 80 Jahre munden mir nicht — Ihnen sehr dankbar, wie immer für alles, bin, was Sie mir Teilnehmendes sagen — sind mir richtig zugegangen. Die Zahl 60 ist eine unabweisbare Notwendigkeit zum Verschlucken gewesen, einige Jahre werde ich es vielleicht noch mitmachen können, aber das Gute liegt doch wohl dahinter bereits, obgleich uns auch das Üble nicht fehlte! So wird's wohl fortgehen! 1857. 15. 4.

Aber welchen interessanten Brief haben Sie wiederum geschrieben! Ihre Wanderungen durch Rom haben uns so lebendig in das dortige eigentümliche Treiben versetzt, daß wir wohl wünschten, von Ihnen geleitet, dergleichen Wanderungen vornehmen zu können. Jetzt haben Sie gewiß meinen Bruder[1]) und vielleicht auch die Kaiserin[2]) in Rom gesehen, die seit gestern dort sein kann. Möge sie besseres Wetter zur Überfahrt gehabt haben, als wir seit 4 Tagen hatten; denn nach dem herrlichsten Frühling ist es so stürmisch, regnerisch und kalt geworden (nur 5 Grad Wärme), daß man ganz erstarrt; mit heute scheint der Zauber des Bösen gebrochen und die Sonne scheint hell; aber die Blüten der Obstbäume haben stark vom Sturm gelitten.

Was Sie mir vom erloschenen (?) Rednertalent Mannings und Newmans[3]) schreiben, ist sehr merkwürdig, sowie alles, was Sie aus dieser Richtung erzählten. Unser Cölner Kardinal wird sich nach den enormen Fetierungen zu Rom gar nicht mehr bei uns gefallen können, wenn nicht der Riß in der Börse gebessert werden müßte.

Zu 237) [1]) Prinzen Karl von Preußen. — [2]) Alexandra (Charlotte) von Rußland. — [3]) Englische Kardinäle.

1857. Recht eigentümlich muß Ihr Wiedersehen mit dem jungen indischen Fürsten gewesen sein, dessen Hof und Verwandte Sie einst in aller Pracht noch sahen. Sic transit gloria mundi! —

Dies Wort läßt sich auch wiederum auf die neuen Ausgrabungen anwenden, von denen Sie schreiben. Wie eigentümlich ist die Zeichnung, die Sie mir sandten.

In unseren inneren Verhältnissen hat seit meinem letzten Briefe sich nicht viel geändert. Das Herrenhaus wird nun den Ausschlag geben, ob wir neue Steuern erhalten oder nicht.[4]) Es ist ebenso leichtfertig, neue Steuern zu bewilligen, als sie zu verweigern, je nachdem das Bedürfnis sich darstellt. Da ich nun zu denen gehöre, die das Stocken der Staatsmaschine nicht wünschen, dieselbe aber nicht bloß pro 1858 bedeutende Bedürfnisse zu befriedigen hat, noch mehr aber in den nächsten Jahren sich bereits kundgegeben haben, so ist in meinen Augen die Steuerverweigerung dieses Mal ein Leichtsinn, weil ich noch nicht die Überzeugung aufnehmen konnte, daß andere Fonds oder Ersparnisse Aushilfe gewähren, und jedenfalls dies nur momentan und palliativ sein würde. Die Regierungsmaschine kann unmöglich das einzige sein sollen, was stehen bleibt oder wohlfeiler werden soll, während alles rund umher teurer wird; dabei ist die Wohlhabenheit im Volke im steten Steigen, die Prästationsfähigkeit ist es daher auch, so daß es also nur darauf ankommt, die richtigen Hebungsmittel anzusetzen. Daß man darin nicht glücklich war, beweist die Kammerdebatte. Eine eigentümliche Erscheinung bietet sich dar. Die Linke möchte das Ministerium ermüden, aber v. der Heydt[5]) und Bodelschwingh[6]) als rechtliche Männer schonen. Die Rechte will gerade diese beiden stürzen, weil sie noch nicht unbedingt nach der Pfeife der Kreuzzeitung tanzen. Im Ersparnissystem begegnen sich nun beide Seiten der Kammer, jede um ihre Gegner zu stürzen. Was wird der Refrain sein? Vermutlich siegt die Rechte, und dann hat die Linke ge-

[4]) Es handelte sich hauptsächlich noch um Annahme der Salzsteuer. Die Häusersteuer hatte das Abgeordnetenhaus abgelehnt. — [5]) Minister für Handel und Gewerbe. — [6]) Finanzminister.

holfen, ihre Günstlinge stürzen zu helfen! Das ist Parlamentarismus! 1857.

In England stehen die Dinge auch eigentümlich! Palmerston erhält eine imposante Majorität für die persönliche Politik in China, und das mit Recht; denn wenngleich das englische Heer in Hongkong wohl zu rasch und unbesonnen vorging, so konnte man ihn nicht im Stich lassen, und dieser Ansicht springt das Land durch seine Wahlen bei. Aber es geht aus diesen Wahlen zugleich ein ultraliberales Parlament hervor, was Palmerston[7]) nicht wünschte, da er sich speziell und energisch gegen Reformen aussprach. Was wird also sein Schicksal sein, wenn die chinesische Frage erledigt ist? Lord John R[ussel] wird ihn stürzen, — bon voyage — aber was wird Englands innere Politik werden, wenn die Demokratie noch stärker wird? Das ist zu bedenken, und die Antwort ist nicht erfreulich![8])

Nun leben Sie wohl; die Prinzeß und ich grüßen Ihre Frau bestens. Auf Wiedersehen hoffentlich.

Ihr Prinz von Preußen.

238] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Köln, 2. September 1857.

Die zweimalige Berufung unseres Kuriers aus London per Telegraph nach Aachen machte es mir bei seiner überraschenden Ankunft unmöglich, Ihnen durch denselben zu schreiben, da sein Verweilen nur Minuten in Ostende dauert, und mit der belgischen Post kann man nicht gut ausführlich sein. Daher kommt heute erst mein Dank für Ihr Schreiben mit seinen Anlagen über die Fürstentümerfrage.[1]) Ich muß unser eingeschlagenes Verfahren durchaus billigen, und die Tat hat bewiesen, daß wir 1857. 2. 9.

[7]) Im Februar 1858 wurde er trotz seiner Erfolge im Krimkrieg und China in der Tat gestürzt. — [8]) In der Vorlage steht — doch wohl irrig — „erstaunlich".

Zu 238) [1]) In einer Wahlangelegenheit in den Donau-Fürstentümern waren Rußland, Frankreich und Preußen mit der Pforte in starke Differenzen

1857. viel nobler nun dastehen, als wenn wir in vierundzwanzig Stunden, wie England und Österreich, unsere Farbe hätten ändern müssen. Daß auch wir bis zum Abbruch der diplomatischen Verbindungen vorgingen, war vielleicht etwas sehr scharf in einer Wahlfrage (um so mehr, weil wir mit unseren Wahlen 1855 auch nicht viel reiner dastehen als die Fürstentümer!).

Ihre anderweitigen Mitteilungen im Verfolg der Unterredungen mit Gortschakoff[2]) haben mich sehr interessiert, doch weichen sie in zwei Punkten bedeutend von dem allgemeinen Eindruck ab, den er in ganz Deutschland gemacht hat, erstens, daß er überall seine französische Vorliebe mit Absicht zur Schau getragen hat und dieserhalb laut die mankierte Entrevue der zwei Kaiser im Sommer bedauert hat und daher auch zweitens keineswegs ein Herbeiführen einer solchen Entrevue negierte.[3]) Beides scheint er gegen Sie anders dargestellt zu haben, nicht wissend, daß man in Berlin nicht so französisch ist wie er. Daß er an anderen Orten freier sich aussprach in dieser Hinsicht, ist begreiflich, weil er sonst in zu schneidende Opposition mit seiner Landsleute Passion gekommen sein würde! Daß er des Königs Anwesenheit bei solcher Entrevue wünscht, freut mich sehr, dagegen bin ich mit Ihrer Ansicht nicht einverstanden, daß diese Entrevue in Berlin große Schwierigkeiten gemacht haben würde.

Nachdem ein Napoleonide, und noch dazu der schlimmste, bei uns gewesen ist,[4]) wäre die Anwesenheit des Kaisers wohl ziemlich einfach gewesen. Aber falls der König nach Stuttgart geht, so muß ich es doppelt bedauern, daß die Zusammenkunft nicht in Berlin stattfand, denn es scheint mir für den König doch viel würdiger, daß der Kaiser Napoleon zu ihm das erstemal kommt, als daß er zu diesem hinreist. Ein solches Rendezvous würde für Preußens ganze Stellung sehr wichtig gewesen sein,

geraten. — [2]) Der russische Staatskanzler traf mit dem Kaiser Alexander auf der Hinreise in Berlin ein. — [3]) Die Zusammenkunft zwischen Kaiser Napoleon und dem Kaiser von Rußland fand im September zu Stuttgart statt, woselbst Kaiser Alexander offiziell seine Schwester Königin Olga besuchte. Alexander traf demnächst den Kaiser von Österreich in Weimar. — [4]) Anfang Mai 1857 hatte Prinz Napoleon, „Plon-Plon" genannt, in Berlin einen

da der König nicht nur sich, sondern Deutschland repräsentiert 1857. hätte, welches bei der Händereichung zweier solcher Kaiserreiche über dasselbe weg nicht gleichgültiger Zuschauer bleiben darf. Daß aber nun gerade in Süddeutschland und namentlich beim König von Württemberg diese Entrevue stattfindet, halte ich, und wenn es auch nur des äußeren Scheins wegen wäre, für ungemein unpassend und nachteilig. Die süddeutschen Velleitäten für Frankreichs Augen sind historisch, und wenn Gortschakoff tausendmal versichert, daß nichts gegen Deutschland gebraut wird, so frage ich ganz einfach, wozu die ganze Hast einer solchen Entrevue? Einen Grund muß sie doch haben, der früh oder spät zutage kommen wird.

In meinen Augen kann dies nur eine Koalition gegen Österreich sein, und darin liegt der Ruin Deutschlands, es mag halb, viertel oder ganz zu Österreich stehen.[5]) Daß Preußen in solcher Koalition den Ausschlag gibt durch das Legen seines Gewichts in die Wagschale ist klar. Aber darum müssen wir uns nicht frühzeitig die Hände binden, sondern alles anwenden, einen solchen Konflikt abzuwehren, und das geschieht durch vorläufiges Zusammenhalten Preußens, Englands und Österreichs. Ist dann der Konflikt dennoch nicht zu hindern, dann wird Preußen zuzusehen haben, wohin es schlägt, und könnten Friedrichs des Großen Traditionen auch wieder zur Geltung kommen. Es fragt sich freilich dabei, ob man die Konsequenzen dieser Traditionen de longue main jetzt schon sich vorbereiten soll oder le cas échéant abzuwarten ist. Ich bin für letzteres. — Voilà ma manière de voir. Mündlich bald mehr. Ist über des Königs Reise nach Stuttgart schon etwas bestimmt? Notwendig ist sie unbedingt, wie die Sachen einmal liegen, und man sich zu einer Einladung nach Berlin nicht hat verstehen wollen, als er durch Hatzfeldt auf den Busch klopfen ließ. Am 6. bin ich in Halle, am 11. in Berlin.

Ihr Prinz von Preußen.

---

viel besprochenen Besuch gemacht. — [5]) Vom Krimkrieg her hatte Rußland sowohl wie Frankreich die stärksten Antipathien gegen Österreich.

239] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 16. September 1857.

1857. 16. 9. Als ich soeben den König um Erlaubnis bat, während seines Darmstädter Rendezvous mich auch in Darmstadt einfinden zu dürfen, erwiderte er mir, daß er, dem Rate der Ärzte folgend, kein Rendezvous mit Napoleon haben werde, daß es aber sehr gut wäre, wenn ich ihm des Königs Bedauern, ihn nicht sehen zu können, mündlich ausspräche.[1]) Ich entgegnete, daß dies die Sache ganz verändere, indem ich nur als Besuchender in Darmstadt, bei der Nähe von Mainz[2]) gedacht hätte zu erscheinen.

Wenn ich einen Auftrag erhalten sollte, so müßte ich die Sache erst mit Ihnen überlegen, wozu er mich autorisierte. Meine Ansicht ist nun diese. Ich glaube allerdings, da des Königs Gesundheit ihn abhalten soll, nach Darmstadt zu gehen — während er sich in diesen Tagen den größten Fatiguen hier aussetzte — ein Auftrag für mich, dies dem Napoleon zu explizieren, sowie ihm des Königs Bedauern usw. auszusprechen, ganz à sa place wäre, und das um so mehr, als Preußen dem Kaiser Napoleon unbedingten Dank schuldet[3]) und es daher einer Politesse mindestens bedarf.

Ich ersuche Sie also, des Königs definitiven Befehl einzuholen und, falls die Sache zustande kommt, mir zu sagen, wann Napoleon nach Baden und Karlsruhe und nach Darmstadt kommt, da erstere Orte sich völlig ebensogut für mein Erscheinen eignen und fast noch besser als letzterer.

Ihr Prinz von Preußen.

Zu 239) [1]) Der Prinz begrüßte Napoleon demnächst am Rhein. — [2]) Der Prinz war General-Gouverneur von Mainz. — [3]) Für die Zuziehung zu der Pariser Friedenskonferenz.





Dritter Abschnitt.

Die Regentschaft.
1857—1861.

Die im letzten Briefe des vorigen Abschnitts Nr. 239 erwähnte Krankheit des Königs besserte sich nicht. Mehrfach wurde der Prinz mit der Stellvertretung des Königs beauftragt. Sie aber gestattete ihm nur, nach den Absichten und in dem Sinne des Königs zu regieren. Die Verfassung indessen verlangte bei andauernder Regierungsunfähigkeit die Einsetzung einer Regentschaft, d. h. die Leitung der Regierung nach dem Willen des Stellvertreters und unter Ausschluß späterer Verantwortlichkeit gegen den etwa wieder genesenen Monarchen. Es war natürlich, daß die Königin von einer solchen Änderung schädlichen Einfluß auf die Gesundheit ihres Gemahls fürchtete, es war auch begreiflich, daß die bisher maßgebenden Persönlichkeiten eine solche nicht wünschen konnten. Allein diese Wünsche durften, auch wenn sie auf die Dispositionsunfähigkeit des Königs und auf die Besorgnis gegründet waren, daß der Landtag sich einmischen könne, den Prinzen nicht hindern, die Vorschriften der Verfassung zu erfüllen. Man mußte sogar ernstlich fürchten, daß der Landtag die Regierung an die Aufrechterhaltung der Gesetze mahnen werde, falls sie nicht die Regelung der Angelegenheit in die Hand nehme. Den Prinzen selbst hielt sein Zartgefühl gegen den Bruder und die Schwägerin zurück, schon jetzt seinerseits die Regentschaft zu verlangen; er glaubte ein Jahr damit warten zu sollen (vgl. Nr. 249, 250 ff.). Einige der Minister aber und aus der Umgebung des Königs erhoben Widerspruch, und der Prinz war neuen, häßlichen Mißdeutungen ausgesetzt. Man wollte ihm die weitere Stellvertretung aufdrängen, oder

man wollte eine gemeinschaftliche oder nach Regierungsfächern geteilte Regierung des Prinzen mit dem kranken König oder gar mit der Königin einrichten, um nur der unbequemen Regentschaft zu entgehen. Man wollte sogar die Königin nur alle Unterschriften des Königs kontrollieren lassen und so unter dem Schein der Regierung des Königs eine solche der Königin einführen. Das verbat sich der Prinz ernstlich (vgl. S. 434, 437).

Manteuffels völlig sachliches und gesetzliches Verhalten ermöglichte es dem Prinzen, am 7. Oktober 1858 die Frage so zur Entscheidung zu bringen, wie die Verfassung verlangte. Schmerzlich ergriffen, wie er durch das Schicksal des Bruders war, hatte ihn die endliche Regelung tief gebeugt, und wie es jedem gewissenhaften Monarchen ergehen wird, bangte ihm vor der Verantwortlichkeit. Nur im Gebet fand er Stärkung, und das Bewußtsein, daß ihm die Vorsehung eine Pflicht auferlegt habe, gab ihm die Gewißheit, sie auch erfüllen zu können (vgl. Nr. 256—258).

Es versteht sich, daß bei dem Gegensatz, in dem des Prinzen auswärtige Politik, vornehmlich aber die innere, zu der bisherigen Richtung gestanden hatte, die Beibehaltung des Ministeriums Manteuffel eine Unmöglichkeit war. In voller Gnade erfolgte die Entlassung (vgl. Nr. 255, 263 ff.), und namentlich für Manteuffel selbst hat der Regent bis zuletzt Teilnahme bezeugt (vgl. Nr. 580). Am 7. November ernannte der Regent sein neues Ministerium, und mit lautestem Jubel wurde es vom Volk als das der neuen Ära, das nun endlich der Reaktionszeit ein Ende machen werde, begrüßt, von den bisherigen Machthabern aber mit ebensolchem Mißtrauen bekrittelt.

Der Regent hielt den neuen Ministern eine Ansprache, die, indem sie die Aufgaben des Staates nach ihren einzelnen Richtungen hin erörterte, nicht nur die Sachkenntnis des Regenten zeigte, sondern zugleich seine Auffassung vom monarchisch konstitutionellen Staate kundgab, in dem nicht nach dem Willen der wohl gar vom Landtag abhängigen Minister, sondern nach dem Willen des Königs regiert wird (vgl. Nr. 265).

Wenige Monate darauf standen Frankreich und Italien gegen Österreich in den Waffen. Mit großer Einmütigkeit verlangte man, zumal in Süddeutschland, daß Preußen dem Kaiserstaat zu Hilfe kommen solle, während umgekehrt die italienischen Einheitsbestrebungen sich vielseitiger Sympathien, namentlich im nördlichen Deutschland und in England, erfreuten. Der Regent hat mit ruhiger Bestimmtheit seine Stellung in dem lebhaft bewegten Getriebe eingenommen und festgehalten. Wenn Preußen

nach der allgemeinen Anschauung Napoleons Angriff auf Österreich nicht unterstützen konnte, so hatte es ebensowenig Veranlassung, Österreich zu helfen, das die Jahre vorher alles getan hatte, Preußen zu schädigen und zugleich seine italienischen Untertanen durch harte Bedrückungen, wie der Regent wohl erkannte, schwer verletzt hatte. Der Regent hätte die Kriegslast, die bisher auf den italienischen Ländern Österreichs ruhte, an den Rhein gezogen. Wohl aber erkannte er die Verpflichtung an, getreu dem Bundesvertrag die deutschen Länder Österreichs zu schützen, und machte daher, als diese bedroht schienen, sowohl selbst mobil, wie er die Mobilmachung der süddeutschen Armeekorps beantragte. Da enthob ihn Österreich selbst in verletzendster Weise der Möglichkeit, Hilfe zu leisten, indem es ihm zunächst den Oberbefehl über die deutschen Truppen nur nach den Bestimmungen des Bundeskriegsrechts, die jedes militärische Handeln unmöglich machten, zugestehen wollte, und indem es anderseits zu aller Überraschung plötzlich und unter Verzicht auf die Lombardei mit Frankreich Frieden schloß (vgl. Nr. 277 und 290).

Während Napoleon offen zugab, daß die Sorge vor einem Einfall Preußens in Frankreich ihn zum Frieden genötigt habe, erklärte Österreich — trotz der Tatsache, daß ihm sein Gesandter von der Mobilmachung und dem Marsche der preußischen Truppen von Berlin aus täglich Nachrichten gegeben hatte — Preußen für den Ausgang des Krieges verantwortlich. Aber auch die süddeutschen Fürsten verübelten dem Regenten, der über das österreichische wahrheitswidrige Verhalten entrüstet war, diese Politik, als nicht deutsch genug. Bismarck umgekehrt war mit ihr unzufrieden, weil sie nicht die Gelegenheit benutzt und das durch Frankreich und Italien schon besiegte Österreich nun vollends niedergeschlagen und damit Preußen an die Spitze Deutschlands gebracht hatte. Das war gewiß kühn und völlig preußisch gedacht. Aber diese Einigung Deutschlands wäre, wie anderseits nicht vergessen werden darf, aber nur selten anerkannt wird, „mit dem Brandmal ausländischer Hilfe behaftet" gewesen. Jedenfalls hatte der Regent durch seine folgerichtige, energische und streng rechtliche Politik sich im Auslande den Ruf der Zuverlässigkeit erworben, und im Vertrauen auf seine Person lag, wie namentlich das bisher entschieden preußenfeindliche England anerkannte und wie der Prinzgemahl von England es aussprach, „der Kern der Sicherheit Europas" (vgl. Nr. 270, 273, 277).

Insbesondere aber auch gerade als „Kern vornehmlich der Sicherheit Deutschlands" zeigte sich nun der Regent öffentlich den

gesamten deutschen Fürsten, als ihn Napoleon, den er eben hatte bekriegen wollen, dringend zu einer Zusammenkunft auffordern ließ. Mehrmals lehnte der Regent ab, weil überall die Ansicht verbreitet wäre, Napoleon wolle ihn zur Abtretung deutscher Länder veranlassen, und weil mehrere deutsche Fürsten von der Vorstellung nun einmal nicht lassen wollten, Preußen wolle sich auf ihre Kosten vergrößern (vgl. Nr. 269). Endlich ging er auf den Wunsch Napoleons unter der Bedingung ein, daß von einer Verletzung deutschen Gebiets überhaupt nicht die Rede sein dürfe, und teilte allen deutschen Fürsten mit, daß die Zusammenkunft in Baden-Baden stattfinden werde. Eine Ansprache, die der Regent hier an Napoleon halten wollte, hat er zwar dem Herzog Ernst von Gotha in die Feder diktiert, doch kennen wir sie nicht und wissen nur, daß der Regent als Grundlage der Zusammenkunft die Erhaltung des Friedens bezeichnete und über den tiefen Eindruck sprach, den Napoleons Annexion Savoyens in Deutschland gemacht hätte. Die Zusammenkunft gewann aber ihre Bedeutung recht eigentlich erst dadurch, daß mit den vier Königen fast sämtliche deutsche Fürsten hierher kamen, und daß der Regent in zwei Besprechungen, über die wir genau unterrichtet sind, sowohl über seine auswärtige Politik (vgl. Nr. 290) wie über sein Verhältnis zu Deutschland ihnen ausführliche Auskunft gab. Es sind zwei der wichtigsten Aktenstücke, namentlich das, das er selbst aufgezeichnet hat (vgl. Nr. 291). Daran schloß sich eine Zusammenkunft in Teplitz (Juli) mit dem Kaiser von Österreich, doch fehlt auch hierüber die Aufzeichnung, die der Regent sich am Abend des Gesprächs gemacht und die Franz Joseph mit Anmerkungen begleitet hat. Der Regent hatte seine Bereitwilligkeit zur Abwehr gemeinsamer Gefahr, namentlich von französischer Seite her, bekräftigt und von der Notwendigkeit liberaler Einrichtungen und kirchlicher Toleranz gesprochen, in denen er schon früher das Mittel zur inneren Kräftigung Österreichs gesehen hatte. Erst sie mache den Kaiserstaat wieder bündnisfähig.

Die Reform der Bundesverfassung hatte der Regent eben damals angeregt und vor allem die Umbildung der deutschen Heere nach preußischem Muster (vgl. Nr. 280) in mehreren Denkschriften als notwendig bezeichnet. Wenn es aber als auffallend getadelt worden ist, daß er, statt den einheitlichen Oberbefehl zu verlangen, hier die Zweiteilung des Oberbefehls (vgl. Nr. 281) nachgab, so tat er dies naturgemäß nicht nur unter dem Eindruck der soeben mit Österreich gemachten Erfahrungen, sondern vor allem in der Erwartung und also auch nur für den Fall, daß es sich nicht nur um sehr große Armeen, sondern auch um unvermeid-

lich voneinander weit entfernte Kriegstheater handle, bei der die Selbständigkeit zweier Oberbefehlshaber zu ertragen war, ohne die Einheitlichkeit, nach gemeinsam aufgestelltem Plan zu handeln, auszuschließen. In jenem Augenblick schwebten ihm offenbar militärische Vorgänge vor, die denen nicht gleich, aber doch sehr ähnlich sein mußten, die 1866 auch für Moltke bestimmend waren, auf eine Einwirkung auf die italienische Heerführung zu verzichten. Im übrigen aber hielt er die Einheit des Oberbefehl nicht nur für das beste, sondern eben damals ging die Summe seiner Entschlüsse gerade dahin, die Souveränität der deutschen Fürsten zu schonen, in militärischen Dingen aber eine Einheit hervorzubringen, welche eine große Wirksamkeit ermögliche (vgl. Nr. 281).

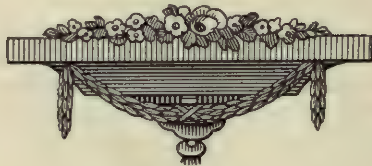
Dieses Wort, das uns ausdrücklich als die Summe seiner Entschlüsse bezeichnet wird, muß man auch im Auge behalten, wenn er das ganze Bundesverhältnis Deutschlands nach wie vor zwar für reformbedürftig hielt, aber unter den zurzeit obwaltenden Umständen eine kriegerische Eroberung, an die er 1849 gedacht, für ausgeschlossen oder doch für verfrüht ansieht.

Vor allem aber: so selbstverständlich er die preußischen Heereseinrichtungen für die gänzlich ungenügenden übrigen deutschen Heere zur Nachahmung empfahl, so sicher war es ihm, daß er bei den ihm unausbleiblich dünkenden Kriegen die seit so vielen Jahren erstrebte Reorganisation des preußischen Heeres nun endlich, da er freie Hand hatte, durchführen müsse. Der Regent hat sie bekanntlich stets als sein eigenstes Werk bezeichnet, und wenn eine kurze Zeitlang dies zugunsten Roons bestritten wurde, so ist es jetzt von der Geschichte mit vollem Erfolg anerkannt worden. Er hat die Reorganisation begründet und durchgeführt, und heute zweifelt niemand, daß er damit für die deutsche Einheit die erste Vorbedingung geschaffen, an die außer einigen ihm vertrauten Generalen damals niemand gedacht hat. Wir bemerken nur noch, daß statt jährlich 65000 Mann, wie es die von 10 auf 18 Millionen gestiegene Einwohnerzahl voraussetzte, damals nur 38000 Mann ausgehoben wurden, so daß von einer allgemeinen Dienstpflicht im Sinne des Gesetzes von 1814 überhaupt nicht mehr die Rede sein konnte und daß im Bedarfsfalle viele Tausende von Familienvätern statt der daheim bleibenden unverheirateten Jünglinge ins Feld ziehen mußten. Hier brauchen wir nur auf die früheren Bestrebungen des Regenten zu verweisen und dürfen uns begnügen, den wichtigen Vortrag abzudrucken, den er am 3. Dezember 1859 im Staatsministerium gehalten und in dem er in außerordentlich klarer und lichtvoller Weise, die von seiner überlegenen Sachkunde glänzendes Zeugnis gibt, sowohl historisch

wie theoretisch die Notwendigkeit der Reorganisation dargelegt hat (vgl. Nr. 278).

Am 5. Dezember 1859 war General v. Roon Kriegsminister geworden und hatte die Vertretung des Reorganisations-Planes des Regenten im Landtag übernommen. Hier herrschte alsbald arge Erbitterung, man verlangte nicht nur als Entschädigung die zweijährige Dienstzeit, sondern jammerte darüber, daß die Landwehr, wie man sich einbildete, zugunsten des stehenden Heeres herabgewürdigt werden sollte. Man machte sich von ihrer Leistungsfähigkeit ein ganz wunderliches Bild, während der Plan gerade dahin ging, sie durch die dreijährige Dienstzeit besser für den Krieg vorzubereiten, sie durch besser geschulte Offiziere führen zu lassen und vor allem ihre älteren Jahrgänge zu schonen. Indessen bewilligte der Landtag im Mai 1860 für die Errichtung der 49 neuen Regimenter 9½ Millionen Taler, und zwar tat er es, weil man ein sehr unglückliches Wort des Finanzministers dahin mißverstanden hatte, daß es sich nur um ein Provisorium handle, während sich doch jeder sagen mußte, daß die Errichtung dieser Regimenter und die Anstellung der Offiziere unmöglich auf nur ein Jahr erfolgen konnte. Im Laufe des Jahres wurden die neuen Regimenter errichtet, aber dies Mißverständnis sollte dem König Wilhelm noch die schwersten Kämpfe kosten. —

Inzwischen hatte die Krankheit des Königs stetig zugenommen, am 2. Januar 1861 hatte Friedrich Wilhelm IV. ausgelitten. Der Regent bestieg den Thron.





240] An den Herzog von Sachsen-Altenburg.

Sanssouci, 22. Oktober 1857.

Mein bester Vetter. 1857. 22. 10.

Empfange meinen herzlichen Dank für Deinen so teilnehmenden Brief vom 14. d. Mts. Jedes Zeichen solcher Freundschaft in so schweren Momenten, wie wir sie jetzt verlebten, sind doppelt wert und teuer. Gott sei Dank, es geht doch mit dem König langsam vorwärts, jedes Zeichen der Besserung und Gedächtnisfortschritts erfüllt uns mit Hoffnung völliger Herstellung! Nichtsdestoweniger stehen mir schwere Tage bevor, denn einer Übertragung der Geschäfte an mich ist nicht mehr auszuweichen, und das ist eine schwere Aufgabe wie jedes Interimistikum.

Empfiehl mich den Deinen auf das herzlichste und gedenke ferner in Freundschaft

Deines Vetters und Freundes Wilhelm.

241] An den Großherzog
Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin.

Sanssouci, 28. Oktober 1857.

Empfange meinen herzlichsten Dank für Deine teilnehmenden 1857. 28. 10.
Zeilen zu dem schweren Ereignis, welches uns heimsucht![1]) Wer hätte es jemals für möglich halten sollen! Deine Mutter[2]) ist für die Königin ein wahrer Trostengel gewesen und für uns alle ein Muster an Gelassenheit und Besonnenheit.

Die schwere Bürde,[3]) die mir überkommen ist, trage ich willig zum Besten des Königs und, so Gott will, nicht zum Nachteil des

Zu 241) [1]) Krankheit des Königs. — [2]) Großherzogin-Mutter Alexandrine von Mecklenburg, Schwester des Königs und des Prinzen. — [3]) Über-

1857. Landes! Je eher je lieber werde ich sie ablegen, da dies der schönste Beweis der Genesung des Königs sein würde. Ich wünsche mit Dir, daß während meines Interimistikums nichts vorfallen möge, was das gute Benehmen zwischen unseren Gouvernements stören könnte.

Indem ich Dich ersuche, mich dem gnädigen Andenken der Großherzogin[4]) zu empfehlen, verbleibe ich Dein Dich innig liebender Oheim Wilhelm.

242] An den Großherzoglich Hessischen Territorialkommissar und Regierungspräsidenten Schnitt zu Mainz.

Berlin, 21. November 1857.

1857. 21. 11. Das schreckliche Unglück,[1]) von welchem die Stadt Mainz, zu der ich als Gouverneur der Festung in so naher Beziehung stehe, betroffen worden ist, hat mich und meine Gemahlin auf das tiefste erschüttert. Es ist uns ein Bedürfnis, Herr Kommissar, Ihnen dies hierdurch besonders auszusprechen, indem wir Sie bitten, der Dolmetscher unseres innigsten Mitgefühls bei den Einwohnern der Stadt und namentlich bei allen den unglücklichen Familien zu sein, welche in dieser Katastrophe durch den Tod oder die Beschädigung teurer Angehörigen am schmerzlichsten heimgesucht sind. Wir bitten Gott, daß er ihnen in ihrer Trauer beistehen und ihnen seinen Trost spenden möge, der nur allein ihren Kummer zu lindern imstande ist. Um der ersten Not abzuhelfen, haben wir dem Generalleutnant v. Bonin, Vizegouverneur von Mainz, die Summe von 1000 Fl. zustellen lassen, mit dem Ersuchen, sich über deren Verteilung mit Ihnen zu benehmen. Ich ergreife diese Gelegenheit, um Ihnen die Versicherung meiner besonderen Hochachtung auszusprechen.

Prinz von Preußen.

---

nahme der Stellvertretung des Königs durch den Prinzen. — [4]) Auguste, geb. Prinzessin von Reuß († 1862).

Zu 242) [1]) Infolge einer Pulverexplosion.

243] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

14. Dezember 1857.

Anliegender Augsburger Zeitungsausschnitt spricht, wie gestern schon die „Independenz“, von einer Mitregentschaft,[1]) welche in Charlottenburg meditiert wird. Wenngleich ich annehme, daß dies eine Fabel ist, so wollte ich Sie nur avertieren, daß ich von einer solchen Stellung, wenn sie mir angeboten würde, niemals Gebrauch machen werde, indem eine Erleichterung des Königs in seinem Geschäfte sehr angängig ist [und] durch größere, den Ministern und Ihnen speziell zu übertragende Machtvollkommenheiten [richtiger] zu erreichen wäre, als durch die intentionierte Mitregentschaft. 1857. 14. 12.

Dies in aller Eile, falls die Königin etwa dergleichen morgen vorbringen sollte, und Sie also von meiner Auffassung unterrichtet sind. Prinz von Preußen.

244] Ansprache an die städtischen Behörden Berlins.

30. Januar 1858.

Die Vermählung[1]) meines Sohnes mit der Prinzeß Royal von Großbritannien wird, so Gott will, nicht nur zum Segen der neu verbundenen Ehegatten gereichen, sondern auch zu dem des preußischen Vaterlandes, wie nicht minder zur Fortdauer der so glücklich bestehenden Beziehungen zu Großbritannien. Der freudige Gruß, den mir heute Berlin entgegenbringt, die festlichen Vorbereitungen, welche überall in seinen Straßen sich zum Empfange des jungen Paares erheben, sind glückliche Vorbedeutungen zur Erfüllung der von den Behörden der Residenz ausgesprochenen Hoffnungen und Wünsche, da sie die Teilnahme 1858. 30. 1.

Zu 243) [1]) Übernommen wohl aus der Kreuzzeitung, die einen Artikel über den sonderbaren und im einzelnen nicht näher bekannten Gedanken gebracht hatte. Manteuffel und Gerlach nahmen sich nach diesem Brief vor, recht vorsichtig zu sein. (Vgl. Nr. 252.)

Zu 244) [1]) „Verlobung“ in der Vorlage ist offenbar ein Druckfehler. Am 25. Januar 1858 war die Hochzeit des Kaisers Friedrich.

1858. beweisen, welche die Haupt- und Residenzstadt an dem schönen und wichtigen Ereignis nimmt, und in deren Mitte die Hoffnungen des Vaterlandes künftig weilen werden.

245] An den Kaiser Franz Joseph von Österreich.

Berlin, 15. Februar 1858.

1858. 15. 2. Euer Kaiserliche Majestät haben die Gnade gehabt, durch Allerhöchst Dero Gesandten, den Baron Koller, mir die schmeichelhafteste Teilnahme bei Gelegenheit der Vermählung meines Sohnes mit Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzeß Royal von England in so gütiger Weise aussprechen zu lassen, daß ich mich beeile, Eurer Kaiserlichen Majestät meinen ebenso untertänigen als tiefgefühltesten Dank für diesen Beweis der Fortdauer Allerhöchstdero mich beglückenden Gesinnungen für meine Familie zu Füßen zu legen. Nicht minder darf ich diesen Dank aussprechen für die ungemein gnädige Aufnahme der Deputation, welche ich, gewiß im Sinne meines Königs und Herrn, namens der preußischen Armee zur Leichenfeier des Feldmarschalls Grafen Radetzky nach Wien sendete, um die tiefbegründete Teilnahme auszusprechen, die wir bei dem großen Verlust empfinden, den Euer Kaiserliche Majestät und Allerhöchstdero Armee durch das Hinscheiden dieses mit Lorbeeren gekrönten greisen Feldherrn erlitten haben.

Indem ich meines Königlichen Bruders erwähnte, kann ich nicht umhin, das schwere Verhängnis zu berühren, welches der Himmel über Preußen durch die schmerzliche Art der Erkrankung des Königs einbrechen ließ. Euer Kaiserliche Majestät haben zu wiederholten Malen Allerhöchst Ihre innige Teilnahme an diesem Ereignis auszusprechen geruht. Die gesamte Königliche Familie sieht sich dafür zum aufrichtigsten Dank verpflichtet, während ich insbesondere mich dazu um so mehr aufgefordert fühle, als es Allerhöchstdenen gefallen hat, mir in dem mir überkommenen schweren Amte besondere Beweise des gnädigsten Vertrauens zu geben. Euer Kaiserliche Majestät werden sich überzeugt halten wollen, wie es mein eifrigstes Be-

streben sein wird, während der hoffentlich nur kurzen Zeit, in 1858.
welcher ich den König, meinen Bruder, in der Leitung seiner Regierung noch zu vertreten haben werde, die freundschaftlichen Beziehungen, welche zwischen Eurer Kaiserlichen Majestät Regierung und der unsrigen bestehen, nicht nur zu erhalten, sondern zu befestigen.

In dieser Beziehung bin ich beglückt gewesen, eine Übereinstimmung bei Eurer Kaiserlichen Majestät Bundestagsgesandten in dem von der preußischen Regierung gestellten Antrag über die Benutzung des durch die unglückliche Pulverexplosion in Mainz freigelegten Terrains zur Verstärkung dieses Hauptbollwerks Deutschlands auf seinem westlichen Kriegstheater gefunden zu haben. Ein günstigerer Moment als der durch jenes traurige Ereignis herbeigeführte, um etwas Bedeutendes auf dem dominierendsten Punkte der Festung Mainz zur äußeren und inneren Verteidigungskraft derselben zu schaffen, dürfte sich nicht leicht wieder darbieten, um so mehr, als es sich nicht um eine Vervielfältigung der Werke dieses nur schon zu ausgedehnten Waffenplatzes handelt, sondern um den Kehlschluß eines vorhandenen Fortifikationssystems, nämlich der Bastionen Bonifaz, Martin und Alexander. Die nicht unbedeutenden Geldopfer, welche hierzu erforderlich sein würden, dürften von allen deutschen Regierungen bereitwilligst gebracht werden, wenn denselben das Unternehmen in seinem wahren Lichte, nämlich als ein nationales dargestellt wird, in welcher Darstellung ich hoffen darf, Eurer Kaiserlichen Majestät Regierung mit der diesseitigen wiederum in beglückender Übereinstimmung anzutreffen.

Ein zweiter Antrag, der hinsichtlich seines nationalen Charakters noch höher und wichtiger sich darstellt, welchen die preußische Regierung beim Bundestage einzubringen die Einleitung trifft, ist die Übertragung der Qualität einer Bundesfestung von Landau auf Germersheim. Eurer Kaiserlichen Majestät erleuchtetem strategischen Blicke brauche ich es nicht erst vorzuführen, wie viel wichtiger die Festung Germersheim als Rheinübergang für den Deutschen Bund ist, als die Festung Landau, welche weder einen Flußübergang noch sonst einen Sperrpunkt

1858. irgend einer Art darbietet. Mit wie wenig Kräften dieselbe in ihrer strategischen Wirkung zu paralysieren ist, hat die Erfahrung der Blockade derselben durch die Freischärler 1849 bewiesen. Durch Vergrößerung und Verstärkung Landaus diesem Waffenplatz eine größere Bedeutung zu geben, ließe sich bei seiner strategisch völlig unwichtigen Lage nicht rechtfertigen. Wie unter solchen Umständen Landau überhaupt zu einer Bundesfestung erklärt werden konnte, läßt sich nur damit beantworten, daß nach dem Frieden von 1815 auf der ausgedehnten deutschen Grenze von Mainz bis Basel außer Landau nicht ein einziger befestigter Punkt sich vorfand, und man daher demselben die Bundesfestungsqualität beilegte. Seitdem indessen Germersheim und Rastatt erbaut sind, ist die Nichtigkeit Landaus erst recht zutage getreten, so daß die Frage naheliegt, ob dasselbe überhaupt als Festung zu erhalten wünschenswert ist, eine Frage, der auch Preußen bei mancher seiner kleinen Festungen nahegetreten ist. So nah an der Grenze liegend, nur wenig Tagemärsche von den Hauptwaffenplätzen des Nachbarlandes entfernt, bei den beflügelten Transportmitteln, sowie den sich täglich überbietenden Erfindungen weittragender Wurfgeschosse sind kleine Festungen, welche in keinerlei Art eine strategisch wichtige Lage haben, nur gemacht, vom Feinde in wenig Tagen eingeäschert zu werden und in dessen Hände zu fallen. Germersheim dagegen bietet allein schon als Rheinübergang eine große Wichtigkeit dar und eignet sich als solcher ganz vorzugsweise zu einer Bundesfestung an Deutschlands Westgrenze, und je gerechtfertigter etwaige Verstärkungen dieses Platzes wären, je ungerechtfertigter wären sie bei Landau.

In engster Verbindung mit der Übertragung der Bundesfestungsqualität von Landau auf Germersheim steht die Besatzungsfrage derselben. Nach den bestehenden Bundesbestimmungen gehören zur Kriegsbesatzung von Landau auch die Kontingente der Hohenzollernschen Fürstentümer. Mit dem Übergange derselben an Preußen ist diese Besatzungspflicht ebenfalls auf uns übergegangen. Bei der Vertauschung Germersheims mit Landau würde diese Pflicht Preußens also gleichfalls auf erstere Festung übergehen. Da nun Eurer Kaiserlichen Majestät Regierung

mit der des Großherzogtums Baden den Antrag beim Bundes- 1858.
tage gestellt hat, die eventuelle Kriegsbesatzung Rastatts zur Hälfte schon im Frieden hineinzulegen, so würde ein gleiches Verlangen an die Königlich bayerische Regierung hinsichtlich des Friedens-Mitbesatzungsrechts Germersheims von preußischer Seite zu stellen gerechtfertigt sein. Bei den Verhandlungen der Bundes-Militärkommission hat man die Verstärkung der Rastatter Friedensgarnison durch Kaiserlich österreichische Truppen dadurch mit zu motivieren gesucht, daß die Kaiserliche Regierung in der numerischen Truppenstärke in den westlichen Bundesfestungen nicht hinter der der preußischen Armee zurückstehen dürfe. Wenngleich eine Verstärkung der Friedensbesatzung von Rastatt an sich nicht notwendig erscheint, indem bei den erhöhten Kommunikationsmitteln der Neuzeit die benötigte Kriegsbesatzung wohl immer rechtzeitig aus Eurer Kaiserlichen Majestät Staaten in Rastatt eintreffen würde, und es daher bei den gegenwärtig gültigen Bundesbestimmungen über die Rastatter Besatzungsverhältnisse verbleiben könnte, so darf im andern Falle doch auch Preußen sich den Ehrenpunkt nicht rauben lassen, in der Besatzungsstärke der Bundesfestungen im Kriege nicht hinter Ew. Kaiserlichen Majestät Armee zurückzustehen. Diese Gleichstellung würde erreicht, falls die künftige Bundesfestung Germersheim im Frieden und Kriege von preußischen Truppen mitbesetzt würde, wenn es nicht vorzuziehen wäre, Rastatt und Germersheim zu gleichen Teilen von den Truppen der Landesregierungen und Kaiserlich österreichischen und Königlich preußischen Truppen im Frieden und Kriege besetzt zu sehen.

Unendlich beglückt würde ich mich fühlen, wenn die beiden von mir aus wahrem deutschen Nationalinteresse angeregten Fragen von Mainz und Germersheim Eurer Kaiserlichen Majestät volle Zustimmung fernerhin erhielten, in welchem Falle die Beistimmung der Bundesstaaten nicht zu bezweifeln sein würde. Sollten diese indessen wider Erwarten namentlich aus finanziellen Rücksichten die Zustimmung zu den fraglichen beiden Anträgen verweigern, so wird Ew. Kaiserlichen Majestät Regierung sowohl wie die preußische das beruhigende Bewußtsein behalten,

zum wahren Wohle Deutschlands etwas Wichtiges angestrebt zu haben, und dann für uns nichts weiter übrig bleiben, als uns auf den Boden des bestehenden Bundesrechts zu stellen.

Mich Eurer Kaiserlichen Majestät fernerer Gnade alleruntertänigst empfehlend, verbleibe usw. Prinz von Preußen.

246] An den Herzog von Sachsen-Altenburg.

Berlin, 28. März 1858.

1858. 28. 3. Als ich Deinen lieben, teilnehmenden Brief vom 11. v. Mts. erhielt, war ich noch so im Trubel der Festlichkeiten, daß es mir, in Verbindung der sich durch meine Abwesenheit in England gehäuften Staatsgeschäfte, nicht möglich war, Dir sogleich zu antworten, und nun lag ich fast fünf Wochen, ohne schreiben zu können, so daß diese Zeilen Dir sehr verspätet zukommen. Aber nicht minder herzlich und aufrichtig soll Dir nun meine Danksagung durch dieses Papier zugehen dafür, daß Du ungemein freundlich unserer beiden schönen Familienereignisse gedachtest. Und es ist mehr wie ein Familienereignis gewesen, durch die ganz überraschende Teilnahme des Volkes nah und fern an dieser Verbindung, in der man gewiß mit Recht ein Stück Geschichte sieht, denn eine Vereinigung der zwei größten protestantischen Länder Europas muß einen Einfluß ausüben auf die Zukunft, ohne daß deshalb einer dem anderen nachbetet in allem, was bei jedem geschieht. Jene schönen Tage waren ein momentaner Lichtpunkt in dem schweren Verhängnis, welches auf Preußen lastet, und unter dem niemand mehr leidet als ich! Und noch zeigt sich keine wahre Genesung des Königs, obgleich sie ebenso plötzlich eintreten kann, als sich noch länger verzögern, aber die Hoffnung bleibt stets vorherrschend zu derselben. Wie jedes Interimistikum seine großen Übel hat, um wieviel mehr das einer Regierung! Indessen mit Gottvertrauen erreicht man vieles, und so möge es in meinem Fall auch sein!

Dein treuer Vetter und Freund Wilhelm.

Meine Frau dankt herzlich und sagt tausend Schönes.

247] Gespräch zwischen dem König und Th. v. Bernhardi.

1. Mai 1858.

— — — Der Prinz leitet das Gespräch auf unsere ein- 1858. 1. 5.
heimischen Zustände hinüber und spricht sich sehr entschieden gegen die reaktionäre Partei bei uns aus, besonders mit einer gewissen Bitterkeit über das Herrenhaus, das ihm ein wahrer Dorn im Auge zu sein scheint.

Er selbst sei zwar der Überzeugung gewesen, daß man von den „Überstürzungen" des Jahres 1848 zurückkommen müsse, aber er sei durchaus kein Reaktionär; — das beteuert er mit einer gewissen Wärme und kommt wiederholt darauf zurück. Daß man wieder über das Jahr 1806 hinaus und auf die früheren Zustände zurückkehren wolle, könne er nur auf das entschiedenste mißbilligen.

Da ich die Bemerkung dazwischen werfe: „Viele von den Herren möchten wohl eigentlich bis über die Zeiten des Großen Kurfürsten zurück!" — nimmt er das sehr lebhaft auf! — Ja! so sei es! — Das sage er auch immer den Herren, daß der Große Kurfürst genötigt gewesen sei, den ständischen Einfluß ganz zu beseitigen, „als sie ihm über den Kopf wachsen wollten."

248] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 12. Mai 1858.

Zu dem Konseil vom 14. d. Mts. wünschte ich außer den 1858. 12. 5.
von Ihnen zur Sprache gebrachten Gegenständen von einem jeden Herrn Minister eine Vorlage gemacht zu sehen, 1. welche Gegenstände dem allgemeinen Landtage von jedem Ressortminister vorgelegt worden sind und welche Lösung sie erhielten, mit Anführung der Hauptdebatten-Gegenstände; 2. welche Petitionen vom Landtage eingebracht wurden und welchen Ausgang diese nahmen, mit Anführung der Gründe, welche die Petitionen veranlaßten, gleichfalls nach den Ressorts vorgetragen. Sollte die Zeit zu kurz bis übermorgen sein, um sich vorzubereiten, so würde ich einen späteren Tag ansetzen. Es liegt mir nämlich

1858. daran, eine Übersicht zu gewinnen, was im Detail in den Kammern vorkam, und was die Hauptangriffe gewesen sind und die Ursachen zu denselben. [Prinz von Preußen.]

P. S. Ich habe die mir gelassenen hannoverschen Memoiren sorgfältig in der holsteinischen Frage studiert und finde sie außerordentlich korrekt und konzis.

249] An General v. Roon.

Berlin, 17. Mai 1858.

1858. 17. 5. Zwei Monate fast sind es her, daß ich Ihre freundliche Teilnahme zu meinem Geburtstage erhielt, aber meinen Dank eigenhändig auszusprechen, war ich bisher nicht imstande, und da ich dies bisher immer tat, so wollte ich auch dieses Mal nicht davon abweichen. Und somit erhalten Sie also erst heute diesen recht aufrichtigen Dank. Der Grund zu dieser Verspätung kann Ihnen nicht unbekannt sein. Sie selbst berühren meine beispiellose Situation,[1] mit welcher eine Masse von zeitraubenden Geschäften verbunden sind, die zu gewohnten Hantierungen kaum Zeit lassen. Sollte mein zweites halbes Jahr ohne sichere Aussicht auf Herstellung der naturgemäßen Regierungsgewalt verstreichen, dann werden diejenigen denken und handeln müssen, die dazu berufen scheinen —, ich kann darin die Initiative nicht ergreifen![2] Auf Wiedersehen bei Liegnitz, da Montenegro und Cagliari uns wohl nicht am Herbstmanöver stören werden . . .

Ihr Prinz von Preußen.

250] An General O. v. Natzmer.

Berlin, 17. Mai 1858.

1858. 17. 5. Fast zwei Monate bin ich im Besitz Ihrer lieben, glückwünschenden Zeilen zu meinem Geburtstage und jetzt erst bin ich imstande, Ihnen hiermit meinen herzlichsten Dank zu sagen, was aber nichtsdestoweniger recht aufrichtig geschieht. Denn

---

Zu 249) [1]) Die Stellvertretung des Königs. — [2]) D. h. die Minister. Das sagte der Prinz auch, wie Gerlach berichtet, mündlich an Manteuffel.

alle Wünsche, die mir an diesem 22. März zukamen, mußten 1858.
einen Beigeschmack von Ernst tragen. So war es auch mit Ihren Wünschen!

Jede Stellvertretung in jedem Verhältnis ist etwas Peinliches, wie viel mehr die eines Monarchen, und nun aus solchen Ursachen! Allem Andringen, dieser Peinlichkeit ein Ende[1]) machen zu sehen, setze ich die bestimmte Ansicht entgegen, daß vor Ablauf eines Jahres daran nicht gedacht werden darf. Ist dann keine nahe Aussicht auf die hergestellte Regierungsfähigkeit des Königs vorhanden, dann mögen die dazu Berufenen überlegen und handeln — ich kann die Initiative nicht übernehmen! —

Ihre Teilnahme bei meinem 100. Akzident[2]) veranlaßt mich, zu erwähnen, daß ich noch immer nicht, ohne zu lahmen, gehen kann und namentlich die Treppe noch wie ein Kind hinaufsteigen muß und daher ordentliche Bewegung mir nicht machen kann, wogegen das Reiten recht gut geht, wenn ich erst im Sattel bin, — aber das geschieht mit — einer Treppe! die natürlich bei dem Exerzieren in gehörig versteckten Büschen angelegt wird!!

Mich Ihrer Gemahlin auf das angelegentlichste empfehlend

Ihr treuer Freund Prinz von Preußen.

251] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Baden-Baden, 18. Juli 1858.

Für Ihr Schreiben sage ich Ihnen meinen besten Dank. Die 1858. 18. 7.
Kur bekommt mir gut, die Witterung ist schön und durch Gewittergüsse erfrischt, so daß nur einzelne Tage unerträglich heiß sind.

Herr v. Bismarck konferierte gestern und heute mit mir in der dänischen Frage.[1]) Meine erste Instruktion hat sehr verschnupft,

---

Zu 250) [1]) Durch Einrichtung der Regentschaft. — [2]) Es ist bekanntlich stets bemerkt worden, daß der Prinz sehr viel kleine und größere Unfälle im Leben gehabt hat.

Zu 251) [1]) Die Dänen hatten am 15. Juli sich bereit erklärt, die Frage der dänischen Gesamtverfassung, die die Herzogtümer entrechtete, ruhen zu

1858. da es klar ist, daß Österreich, Bayern und Sachsen die dänische Antwort redigieren halfen. Da man in Kopenhagen die Fassung des Ruhenlassens in etwas modifizierte, so können wir vielleicht auf Bismarcks Ansicht eingehen, nicht den Holsteinischen Ausschuß,[2]) sondern die Exekutionskommission mit den weiteren Verhandlungen zu beauftragen, indem man erklärt, daß die Fassung des Ruhenlassens als eine Außerkraftsetzung angesehen würde, — dies alles jedoch erst, nachdem Bismarck seine erste Instruktion aufrecht zu erhalten versucht haben wird. Ich gehe nur ungern auf diese Auffassung ein, weil es Schwäche ist; — doch kann ich Bismarcks Argumentation, daß man uns allein die Exekution nach des Bundestags sehr limitierten Instruktionen aufbürden werde, nicht für unrichtig halten. Beschluß werde ich heute erst fassen, ich sende diese Zeilen aber dennoch schon ab.

252] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Baden-Baden, 18. Juli 1858.

1858. 18. 7. Ich mache Sie auf einen Artikel des „Frankfurter Journals" aufmerksam, in seiner Nummer 179 vom 11. Juli, aus Berlin vom 9. datiert und mit zwei †† bezeichnet, so das Zeichen eines Filials Ihres Preß-Zentralbureaus sein soll in Frankfurt a. M. Der Artikel bespricht von neuem die Frage der Mitregentschaft. Sie waren im Winter ganz mit mir einverstanden, daß von derselben niemals die Rede sein könne und daß, wenn der König so weit hergestellt sein würde, die Regierung zu übernehmen, eine Erleichterung dadurch zu bewirken sei, daß die Ministerien größere Befugnisse auf Zeit erhielten. Es hat mich natürlich wundern müssen, wenn es gegründet ist, daß jenes †† obige Bedeutung hat, eine solche Ansicht von der Seite her angeregt zu sehen, ohne zugleich dieselbe sofort zu verwerfen. Denn jetzt muß man glauben,

lassen. Österreich und die deutschen Königreiche gingen darauf ein, der Prinz verlangte aber die Drohung mit bewaffneter Bundesexekution, die auch am 29. Juli zum Bundesbeschluß erhoben wurde. — [2]) In dem uns vorliegenden Druck steht offenbar irrtümlich „Anschluß".

daß Sie und ich mit jener Regierungsform einverstanden sind, 1858.
da Ihr Organ dieselbe anregt. Ich muß also wünschen, daß Sie die Sache untersuchen und der Preßstelle aufgeben, keine Artikel zu schreiben, die gegen meine Instruktion anlaufen, außerdem müssen Sie aber auch jene Regierungsform sofort bekämpfen lassen. Herr v. Bismarck hat mir gestern einige Kommentare hierzu geliefert, indem ihm versichert worden sei, daß in den sogenannten maßgebenden Regionen (Sanssouci, Tegernsee) jene Mitregentschaft stark diskutiert werden soll, ja sogar von einer Machtstellung der Königin neben mir (d. h. über mir) die Rede sein soll![1])

Sie kennen meine Ansicht über die zum 23. Oktober herannahende Frage genau. Ist bis gegen diesen Termin eine Besserung des Königs nicht insoweit eingetreten, daß die Ärzte einen bestimmten Zeitpunkt bestimmt angeben können, bis zu welchem der König die Regierung wieder übernehmen kann, so ist der Wortlaut der Verfassung: „einer dauernden Behinderung" erfüllt, und es müssen Schritte geschehen, eine Regierungsform zu instituieren, die gesetzlich ist und den Kammern nicht die Initiative zu ergreifen überläßt, was nach $^5/_4$jähriger Dauer des Königs Gesundheitszustandes unbedingt sonst geschehen wird und keine haltbaren Gründe dann mehr dagegen anzuführen sind. Daß ich unter den obwaltenden Umständen an eine Abdikation des Königs nicht denke, begreifen Sie nur zu gut. Eine Mitregentschaft verwerfe ich durchaus, da ich einen solchen Zwitterzustand niemals annehmen werde, da er mich in die Lage setzen würde, entweder Erlasse gegen meine Überzeugung zu zeichnen oder durch Verweigerung meines Einverständnisses ein Schisma zwischen dem König, dem Gouvernement und mir eintreten zu sehen, was das Allerunglücklichste für das Land wäre, was nur eintreten könnte. Somit erscheint die Einsetzung einer Regentschaft das allein Mögliche, nur mit dem Unterschiede, daß nicht nach dem Wortlaute der Verfassung der nächste Agnat sie ergreift, sondern daß

Zu 252) 1) Das erzählt Bismarck selbst näher im ersten Bande der „Gedanken und Erinnerungen".

1858. sie vom Könige eingesetzt wird, da derselbe völlig zurechnungsfähig ist, ihm also eine veränderte Regierungsform nicht über den Kopf fortgenommen werden darf noch kann.

Beim Herannahen des 23. Oktober wird es also Ihre und des Staatsministeriums pflichtmäßige Aufgabe sein, alle diese Verhältnisse zu erwägen und die zu fassenden Ansichten mir vorzulegen, wie wir dies alles schon vor zwei Monaten besprochen. Daß der Weg, dem Könige die dann nötig werdende Vorlage zu machen, durch die Königin gehen wird, ist begreiflich. Ich habe in einer Unterredung mit derselben ihr diese Ansichten bereits aufgestellt, die sie aufzunehmen geneigt war, äußernd, daß unter zwei Jahren (vom 23. Oktober 1857 an gerechnet) eine Regierungsübernahme durch den König ihr unmöglich erscheine. Die Mitregentschaft berührte ich dabei jedoch nicht, weil ich sie von Haus aus perhorresziere.

Diese hier ausgesprochene Ansicht habe ich dem Feldmarschall Grafen Dohna,[2]) Minister v. Massow,[3]) den Ärzten und Illaire[4]) ausgesprochen, wie ich Ihnen dies auch schon, glaube ich, sagte. Daß die ganz neue Idee, die Königin in die Regierung zu melieren, unmöglich ist, versteht sich von selbst, ebensowenig wie die Zwitter-Mitregentschaft, dem König alle wichtigen Fragen vorzulegen und mir das kurrente Geschäft zu übertragen, was auch auftauchen soll. Ich verlange Klarheit in allen Verhältnissen, wobei ich unter dem König nur die Armeeverhältnisse übernehmen würde.

253] An das Kuratorium der Universität Jena.

Coblenz, 1. August 1858.

1858. 1. 8. Im Gedanken an die hervorragende Bedeutung, welche die Universität Jena als die treue Pflegerin deutschen Geistes und deutscher Wissenschaft sich seit ihrer Gründung stets erhalten hat, und in Erinnerung an den geistigen Verkehr, welcher besonders seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts zwischen ihr und den deutschen Hochschulen stattgefunden hat, fühlen wir

---

[2]) Oberstkämmerer. — [3]) Hausminister. — [4]) Chef des Zivilkabinetts.

uns veranlaßt, auch unsererseits an der Feier ihres 300jährigen 1858.
Bestehens unsere innige Teilnahme zu bezeugen und dieselbe mit unseren besten Wünschen für eine fortdauernd segensreiche Zukunft Jenas zu begleiten. Zugleich übersenden wir der Universität die Büsten ihrer drei bedeutendsten Vertreter,[1]) die durch ihre spätere Wirksamkeit in Preußen auch hier die Hauptförderer des wissenschaftlichen Lebens geworden sind.

Prinz von Preußen. — Prinzessin von Preußen,
Herzogin von Sachsen.

254] An den Ministerpräsidenten Freiherrn
O. v. Manteuffel.

Liegnitz, 15. September 1858.

Nur zwei Worte als Antwort auf Ihr Schreiben. Wenn die 1858. 15. 9.
Königin glaubt, daß ich nicht darauf eingehen würde, das Wort „Regent"[1]) fortzulassen, um dagegen nur die Bezeichnung [zu setzen] „die gesetz- und verfassungsmäßigen Anordnungen zu treffen", so irrt die Königin, indem ich ihr bereits nach Tegernsee eine solche Fassung gerade vorgeschlagen hatte. Aber dabei versteht es sich, daß der König wissen muß, was darunter verstanden wird, damit er nicht später aus dem Erlasse usw. ersieht, daß eine Regentschaft ohne sein Vorwissen eingetreten ist.

Die dänischen Kommentarien klingen wirklich leidlich; ich erwarte mit Ungeduld die Bismarckschen Berichte.

255] An den Ministerpräsidenten Freiherrn
O. v. Manteuffel.

6. Oktober 1858.

Es war meine Absicht, dem Minister v. Westphalen un- 1858. 6. 10.
mittelbar nach Eintritt der eventuellen Regentschaft wegen seiner

---

Zu 253) [1]) Fichte, Schelling und Hegel.

Zu 254) [1]) Die Königin hatte die Vorstellung, daß der König durch die Regentschaft auch in seinen persönlichen Verhältnissen unter Kuratel gestellt werde.

1858. völlig isolierten Stellung in dieser Frage im gesamten Staatsministerium seine Entlassung zu erteilen. Bei Nachlesung der Verfassung finde ich aber, daß vom Moment der Einsetzung der Regentschaft bis zum Zusammentritt des Landtags das Staatsministerium speziell für alle Regierungshandlungen verantwortlich gemacht wird, so daß also in diesem Zwischenraum eine Ministerentlassung nicht angänglich ist. Da ich nun morgen vielleicht die Regentschaftsfrage sich enthüllen sehen kann, in der Behandlung derselben aber unumgänglich völlige Übereinstimmung im Staatsministerium herrschen muß, so habe ich durch beifolgendes Schreiben[1]) dem Minister v. Westphalen seine Entlassung erteilt. Sie wollen ihm dasselbe unter Siegelung mit beifolgendem Petschaft sofort zusenden.

Nächstdem ersuche ich Sie, eine Order an den Westphalen ausfertigen zu lassen, in welcher ihm seine Entlassung mit der gesetzlichen Pension, Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Prädikat „Exzellenz" sowie Führung des Titels eines Staatsministers außer Diensten verliehen wird, auch der Vorbehalt auszusprechen ist, bei geeigneter Veranlassung von seiner Diensterfahrung fernere Anwendung zum Wohle des Landes zu machen — alles unter Anerkennung seiner treuen Dienste. Ein schwerer Schritt! aber ich kann nach gewissenhafter Prüfung nicht anders. Zugleich will ich Flottwell[2]) mit der interimistischen Verwaltung des Ministeriums des Innern beauftragen, was sofort auszufertigen ist und in die Order an W[estphalen] aufzunehmen ist. [Prinz von Preußen.]

Zu 255) [1]) In ihm bezeugt der Prinz, daß er die Entschiedenheit und Offenheit, mit der Westphalen in schriftlichen und mündlichen Diskussionen seine Ansichten gegen die Einsetzung einer Regentschaft ausgesprochen habe, zu schätzen und zu achten wisse. Da aber Einigkeit im Staatsministerium bei dieser hochwichtigen Frage herrschen müsse, da Westphalen ferner wegen der über die neuen Wahlen herrschenden Differenzen mündlich und schriftlich um seine Entlassung gebeten habe, so glaube er in Westphalens Sinne zu handeln, wenn er sie ihm in allen Gnaden und in der Hoffnung auf zukünftige Dienste erteile. — Die Entlassung erfolgte also nicht nach der Einsetzung der Regentschaft, sondern vorher. Doch wurde Manteuffel auf seinen Vortrag ermächtigt, den Brief noch zurückzuhalten, mußte ihn aber demnächst absenden. — [2]) Bisher Oberpräsident.

256] An die Prinzessin von Preußen.

[7. Oktober 1858.]

Der entscheidende Schritt[1]) ist also geschehen! Gott gebe seinen Segen zu dem ernsten Werke, das nun durch mich für das Vaterland beginnt. Du kannst denken, in welcher Aufregung ich bin, und wie ich nur im Gebet mich stärken und kräftigen konnte und mich Gottes Barmherzigkeit anheimgeben! Wenn somit vielen ein Stein vom Herzen fällt, so beginnt für mich nun erst die wahre Sorge und Qual, die mir schwerlich (bei der voraussichtlichen Unheilbarkeit des Königs) wieder entnommen werden wird. Ich schließe mit der Bitte, daß Du für mich und das Vaterland und das schmerzlich berührte Königspaar beten mögest. Dein Wilhelm. 1858. 7. 10.

257] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

7. Oktober 1858.

Hier ist das hochwichtige Papier und der rührende Brief der Königin!! Alles ist ruhig und erwünscht vonstatten gegangen. Gott sei gelobt, Er wolle weiter helfen! Den Wunsch der Königin, die Sache[1]) heute noch geheim zu halten, erfülle ich natürlich und ersuche Sie daher, außer den nötigen weiteren Vorbereitungen zu den morgen zu zeichnenden Piecen niemand davon zu sprechen, bis die Majestäten morgen um 10 Uhr Berlin wieder verlassen haben werden. Nach 10 Uhr werde ich Sie dann bei mir erwarten. Mit tiefer Bewegung 1858. 7. 10.

Ihr Prinz von Preußen.

N. S. Den Namen „Sanssouci" lassen Sie wohl vor dem Datum nachträglich einschreiben, da dies vergessen ist.

Zu 256) [1]) Bei Übernahme der Regentschaft, die der König am 7. Oktober unterzeichnet hatte.

Zu 257) [1]) Die Einsetzung der Regentschaft.

258] Antwort auf eine Adresse der Behörden der Stadt Berlin.

Oktober 1858.

1858. Okt. Je schwerer und ergreifender die Veranlassung zu dem zeitweisen Eintritt einer Regentschaft in unserem teuren Vaterlande ist, um so schwerer wird meinem Herzen die eingetretene Pflicht. Aber gerade weil mir eine Pflicht auferlegt ist, wird Gott sie mir tragen helfen, nach dessen unerforschlichem Ratschluß sie mir überkommen sollte. In diesem Gedanken begegnen sich unsere Gefühle, sowie unsere vereinten Gebete unablässig zum Himmel steigen, auf daß unser König und Herr, völlig genesen sein hohes Königliches Amt wieder antreten möge.

259] Ansprache an den Landtag vor der Eidesleistung auf die Verfassung.

Berlin, 26. Oktober 1858.

1858. 26. 10. Erlauchte, edle und liebe Herren von beiden Häusern des Landtags! Ich sehe in dieser ernsten Stunde vor mir die vereinigten Häuser des Landtags der Monarchie zu einer feierlichen Handlung versammelt. Bevor ich dazu schreite, ist es meinem Herzen Bedürfnis, Ihnen, meine Herren, meinen Dank auszusprechen für die patriotische Einmütigkeit, mit welcher Sie mir Ihre Mitwirkung zur Einrichtung der Regentschaft gewährt haben.

Sie haben dadurch einen erhebenden Beweis gegeben, was preußische Vaterlandsliebe in verhängnisvollen Augenblicken vermag. Sie haben durch Einstimmigkeit Ihres Beschlusses[1]) — davon bin ich überzeugt — das Herz unseres teuern Königs und Herrn in der Ferne erquickt. In mir aber haben Sie die schmerzlichen Gefühle, mit welchen ich die Regentschaft übernahm, wesentlich

Zu 259) [1]) Herrenhaus und Abgeordnetenhaus hatten in gemeinsamer Sitzung ohne Debatte die Notwendigkeit der Regentschaft anerkannt. Neuerdings wird das Verdienst, diese Einstimmigkeit herbeigeführt zu haben, in doch zu weitgehender Form für den damaligen Präsidenten des Herrenhauses, Fürsten v. Hohenlohe, in Anspruch genommen.

gemildert und die Zuversicht gestärkt, daß es mir gelingen werde, 1858.
während der Dauer meiner Regentschaft die Ehre und das Wohl des teuern Vaterlandes zu dessen Heil und Segen zu fördern. Das walte Gott!

Und nun, meine Herren, will ich die Versicherung, welche ich Ihnen bereits bei Eröffnung Ihrer Sitzungen erteilt habe, mit meinem Eide bekräftigen:

„Ich Wilhelm, Prinz von Preußen, schwöre hiermit als Regent vor Gott dem Allwissenden, daß ich die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich halten und in Übereinstimmung mit derselben und den Gesetzen regieren will. So wahr mir Gott helfe!"

260] An den Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin.

Berlin, 28. Oktober 1858.

Deine teilnehmenden Zeilen,[1]) bester Neffe, haben mir sehr 1858. 28. 10.
wolgetan, da jede Erquickung der Art mir in diesen so wichtigen und schweren Tagen eine Wohltat war. Empfange dafür meinen herzlichsten Dank. Die Art und Weise, wie das Land diese Krisis überstanden und aufgenommen hat, sowie die Haltung des Landtags, welche eine unübertreffliche war — haben Balsam in mein wundes Herz gegossen! Es waren schwere Tage, die ich seit dem 7. durchleben mußte, in welche nun noch der Abschied vom teuren König fiel.[2])

Gott, der so weit geholfen hat, wird mich hoffentlich nicht verlassen bei allem Schweren, was mir noch bevorsteht; nur so werde ich imstande sein, nach seinem Willen mein Amt zu verwalten.

Deiner Frau lege ich mich zu Füßen, indem ich die besten Wünsche für ihre Gesundheit ausspreche.

Dein treuer Oheim Wilhelm.

Zu 260) [1]) Bei Übernahme der Regentschaft. — [2]) Am 12. Oktober reiste das Königspaar nach Meran ab.

261] An den Generaladjutanten Generalleutnant A. v. Tümpling.

Berlin, 2. November 1858.

1858. 2. 11. Der Beweis der Teilnahme, welchen Sie mir durch Ihr freundliches Schreiben gegeben haben, bei Gelegenheit der Regentschaftsübernahme, hat mich wahrhaft erfreut, und empfangen Sie dafür meinen recht aufrichtigen Dank. Wäre nur die Veranlassung zu diesem nötig gewordenen Schritt nicht eine so unnennbar schmerzliche!

Hoffentlich sehen wir uns bald hier wieder, da Sie doch nicht zu spät die Winterquartiere beziehen werden. Wer weiß, ob ich in 14 Tagen, 4 Wochen noch populär bin, also eilen Sie.

Ihr ergebener Wilhelm, Prinzregent.

262] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 3. November 1858.

1858. 3. 11. Bei Empfang dieser Zeilen weiß ich, daß Sie deren Inhalt ahnen. Der Entschluß, den ich gefaßt habe, und den Ihnen die Einlage anzeigt, ist mir durch die Offenheit und Loyalität erleichtert worden, mit welcher Sie mir seit Einsetzung der Regentschaft zu verschiedenen Malen Ihre Demission angetragen haben. Indem ich sie nunmehr annehme, bin ich Ihrer Worte eingedenk gewesen, daß es vielleicht besser wäre, wenn ich mich mit neuen und frischeren Kräften umgäbe. Ich habe es getan! Für Ihre zehnjährige Innehabung der höchsten und wichtigsten Staatsämter folgt Ihnen der Dank Ihres jetzt so schwer heimgesuchten Königs und meine Anerkennung und mein Dank für Ihre Stellung zu mir im verflossenen Jahre. Die Erhebung in den Grafenstand, die Berufung auf Lebenszeit, nach Stiftung eines Majorats mit Erblichkeit in das Herrenhaus und die Rangstellung einer obersten Hofcharge werden die öffentlichen Zeichen der königlichen Gnade[1]) sein, die Ihnen die offizielle Order nach

Zu 262) [1]) Manteuffel glaubte jedes solcher Zeichen ablehnen zu sollen. Im Herrenhaus hat er später mehrfach, auch in der Opposition, stets aber in voller Loyalität, gesprochen.

fester Konstituierung des neuen Ministeriums verkündigen wird. 1858.
Mit Dank und Anerkennung Ihr sehr ergebener

Wilhelm, Prinzregent.

263] An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 3. November 1858.

Seit Übernahme der Regentschaft habe ich mir die Frage 1858.
vorlegen müssen, ob bei dem ferneren Gange, den die Regierung 3. 11.
zu nehmen haben wird, das Staatsministerium in seiner jetzigen Zusammensetzung sich mit jenem Gange in Übereinstimmung befinden würde.[1]) Ich erkenne im vollsten Maße an, wie vor allem Sie selbst, als Mitglied des damaligen Ministeriums Brandenburg den Thron und das Vaterland von einem schweren Verhängnis erlöst und in Verbindung mit den jetzigen Ministern seit einer Reihe von Jahren unserem jetzt so schwer betroffenen König und Herrn nach bestem Wissen durch Rat und Tat gedient haben.

Ich habe aber auch, als neben der Regierung stehend, mich leider oft nicht in Übereinstimmung mit den Regierungsmaßregeln befunden, und ist Ihnen dies nicht unbekannt geblieben, ebensowenig wie den übrigen Staatsministern, da ich stets mit Offenheit und Überzeugung mich darüber ausgesprochen habe, wenn sich die Gelegenheit dazu bot. Meine abweichenden Ansichten sind teils prinzipieller, teils formeller Natur, so daß ich die nötige Übereinstimmung mit meinen Ansichten und eine Einmütigkeit des Handelns mit mir bei dem ferner zu beobachtenden Gange der Regierung vom jetzigen Staatsministerium nicht voraussehen kann. Unter diesen Umständen habe ich daher beschlossen, ein neues Staatsministerium zu bilden und an Se. Hoheit den Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen die Bitte gerichtet, sich

Zu 263) [1]) Es liegen mehrfache Zeugnisse darüber vor, wie schwer dem Prinzen der Entschluß geworden ist, die von ihm als notwendig erkannte Änderung des bisherigen Regierungssystems durch Entlassung des Ministeriums seines königlichen Bruders einzuleiten.

1858. mit der Bildung desselben befassen zu wollen und an die Spitze desselben zu treten, welchem Verlangen derselbe mit verwandtschaftlicher Liebe und Hingebung sich unterziehen will.

Indem Sie diesen Beschluß dem Staatsministerium bekannt machen und Sie sich mit dem Fürsten von Hohenzollern in Verbindung setzen wollen, bestimme ich, daß Sie und sämtliche Minister ihre Stellen so lange bekleiden, bis ich Ihnen die Übergabe an die Nachfolger bekannt machen werde, bis wohin dieser Beschluß geheim zu halten ist.

Nicht ohne tiefe Bewegung habe ich diese Zeilen niedergeschrieben, da ich mich von Männern trenne, die das Vertrauen meines Königlichen Bruders eine Zeitlang besaßen! Aber bei dem Blick in die Zukunft konnte ich der Vergangenheit nicht überall Rechnung tragen. Die verdiente Anerkennung und den Dank für wichtige geleistete Dienste, auf welche Sie und die übrigen Mitglieder des Staatsministeriums Anspruch haben, wird meinerseits in Gnaden nicht ausbleiben!

Wilhelm, Prinzregent.

264] An den Staatsminister a. D. Freiherrn O. v. Manteuffel.

7. November 1858.

1858. 7. 11. Nicht aufrichtig genug kann ich Ihnen für Ihre Schreiben vom 5. und 6. d. Mts. danken, da Sie meine Stellung zu Ihren leider eingetretenen Verhältnissen so aufnehmen, wie es mein Wunsch war, und wie ich dies von Ihnen erwarten durfte, und wodurch Sie sich einen neuen Anlaß zu meiner Achtung erworben haben.

Daß Sie nach den Ihnen von mir zugedachten, aber so entschieden zurückgewiesenen Gnadenbezeugungen auch noch balancierten, die Ihnen widerfahrene Ordensverleihung[1]) anzunehmen, tat mir leid; indessen da Sie sich entschlossen haben, sie doch anzunehmen, so erzeigen Sie mir persönlich damit eine Genugtuung, damit die Welt sieht, wie wir von einander scheiden!

Zu 264) [1]) Schwarzer Adler-Orden in Brillanten.

Wenngleich unsere letzten Worte gestern abend unseren Abschied 1858.
schon bezeichneten, so wünschte ich, daß wir unsere Trennung nicht durch neue Aufregung erschwerten; wollen Sie aber dennoch es tun, so bin ich kurz vor 5 Uhr zu Haus.

Indem ich Sie ersuche, mich Ihrer Frau Gemahlin angelegentlichst zu empfehlen, möge sie sich überzeugt halten, daß ich nie die angenehmen Stunden vergessen werde, welche ich in Ihrem Hause zubrachte.

Mit unveränderter Gesinnung Ihr stets ergebener

Wilhelm, Prinzregent.

265] Ansprache an das neuernannte Staatsministerium.[1])

8. November 1858.

Nachdem wir durch eine ernste Krisis gegangen sind, sehe 1858. 8. 11.
ich Sie, die mein Vertrauen zu den ersten Räten der Krone berufen hat, zum ersten Male um mich versammelt. Augenblicke der Art gehören zu den schwersten im Leben des Monarchen, und ich als Regent habe sie nur noch tiefer empfunden, weil ein unglückliches Verhängnis mich in meine Stellung berufen hat. Die Pietät gegen meinen schwer heimgesuchten König und Herrn ließ mich lange schwanken, wie manche Erlebnisse, die ich unter seiner Regierung wahrnahm, in eine bessere Bahn wieder einzuleiten seien, ohne meinen brüderlichen Gefühlen und der Liebe, Sorgfalt und Treue, mit welcher unser allergnädigster König seine Regierung führte, zu nahe zu treten.

Wenn ich mich jetzt entschließen konnte, einen Wechsel in den Räten der Krone eintreten zu lassen, so geschah es, weil ich

Zu 265) [1]) Daß diese Ansprache vom Prinzregenten selbst verfaßt und ohne Korrekturen in einem Guß niedergeschrieben ist, wird uns zum Überfluß — denn der Stil bezeugt es ohnehin — einwandfrei bezeugt. Wichtig ist sie vor allem deshalb, weil nicht die in ihren Anschauungen doch mannigfach verschiedenen Minister dem Herrscher einen Plan vorlegen, sondern der Herrscher ihnen die Richtschnur weist, nach der er regiert wissen will. Damit war der Unterschied zwischen der in England und Belgien üblichen konstitutionellen Regierungsform gegen das preußische konstitutionelle monarchische Prinzip, das auch bei der Gesetzgebung dem Willen und der persönlichen Betätigung des Königs vollen Raum läßt, scharf umrissen und für die Zukunft festgestellt.

1858. bei allen von mir Erwählten dieselbe Ansicht traf, welche die meinige ist: daß nämlich von einem Bruche mit der Vergangenheit nun und nimmermehr die Rede sein soll. Es soll nur die sorgliche und bessernde Hand angelegt werden, wo sich Willkürliches oder gegen die Bedürfnisse der Zeit Laufendes zeigt. Sie alle erkennen es an, daß das Wohl der Krone und des Landes unzertrennlich ist, daß die Wohlfahrt beider auf gesunden, kräftigen, konservativen Grundlagen beruht. Diese Bedürfnisse richtig zu erkennen, zu erwägen und ins Leben zu rufen, das ist das Geheimnis der Staatsweisheit, wobei von allen Extremen sich fernzuhalten ist.

Unsere Aufgabe wird in dieser Beziehung keine leichte sein, denn im öffentlichen Leben zeigt sich seit kurzem eine Bewegung, die, wenn sie teilweise erklärlich ist, doch anderseits bereits Spuren von absichtlich überspannten Ideen zeigt, denen durch unser ebenso besonnenes als gesetzliches und selbst energisches Handeln entgegengetreten werden muß. Versprochenes muß man treu halten, ohne sich der bessernden Hand dabei zu entschlagen, nicht Versprochenes muß man mutig verhindern. Vor allem warne ich vor der stereotypen Phrase, daß die Regierung sich fort und fort treiben lassen müsse, liberale Ideen zu entwickeln, weil sie sich sonst von selbst Bahn brächen. Gerade hierauf bezieht sich, was ich vorhin Staatsweisheit nannte. Wenn in allen Regierungshandlungen sich Wahrheit, Gesetzlichkeit und Konsequenz ausspricht, so ist ein Gouvernement stark, weil es ein reines Gewissen hat, und mit diesem hat man ein Recht, allem Bösen kräftig zu widerstehen.

In der Handhabung unserer inneren Verhältnisse, die zunächst vom Ministerium des Innern und der Landwirtschaft ressortieren, sind wir von einem Extrem zum andern seit 1848 geworfen worden. Von einer Kommunalordnung, die ganz unvorbereitet Selfgovernment einführen sollte, sind wir zu den alten Verhältnissen zurückgedrängt worden, ohne den Forderungen der Zeit Rechnung zu tragen, was sonst ein richtiges Mittehalten bewirkt haben würde. Hieran die bessernde Hand einst zu legen, wird erforderlich sein; aber vorerst müssen wir bestehen lassen,

was eben erst wieder hergestellt ist, um nicht neue Unsicherheit 1858.
und Unruhe zu erzeugen, die nur bedenklich sein würde.

Die Finanzen haben sich in acht Jahren von einem sehr unglücklichen Stande so gehoben, daß nicht nur das Budget gut balanciert, sondern Überschüsse sich ergeben. Aber noch kann bei weitem nicht allen Bedürfnissen entsprochen werden, die sich in allen Branchen und Administrationen kundgeben. Hätte man vor zwei Jahren in den Steuervorlagen richtiger operiert, so würden wir durch Bewilligung derselben jetzt auf viele Jahre hinaus drängenden Bedürfnissen haben gerecht werden können. Wie zu diesen Bedürfnissen die Mittel zu beschaffen sein werden, wird eine Hauptaufgabe der Zukunft sein. Die wahre Besteuerungsfähigkeit des Landes ist dabei vor allem ins Auge zu fassen.

Handel, Gewerbe und die damit eng verbundenen Kommunikationsmittel haben einen nie geahnten Aufschwung genommen, doch muß auch hier Maß und Ziel gehalten werden, damit nicht der Schwindelgeist uns Wunden schlage. Den Kommunikationswegen müssen nach wie vor bedeutende Mittel zu Gebote gestellt werden; aber sie dürfen nur mit Rücksicht auf alle Staatsbedürfnisse bemessen und dann müssen die Etats innegehalten werden.

Die Justiz hat sich in Preußen immer Achtung zu erhalten gewußt. Aber wir werden bemüht sein müssen, bei den veränderten Prinzipien der Rechtspflege das Gefühl der Wahrheit und der Billigkeit in alle Klassen der Bevölkerung eindringen zu lassen, damit Gerechtigkeit auch durch Geschworene wirklich gehandhabt werden kann.

Eine der schwierigsten und zugleich zartesten Fragen, die ins Auge gefaßt werden muß, ist die kirchliche, da auf diesem Gebiete in der letzten Zeit viel vergriffen worden ist. Zunächst muß zwischen beiden Konfessionen eine möglichste Parität obwalten. In beiden Kirchen muß aber mit allem Ernste den Bestrebungen entgegengetreten werden, die dahin abzielen werden, die Religion zum Deckmantel politischer Bestrebungen zu machen. In der evangelischen Kirche, wir können es nicht leugnen, ist

1858. eine Orthodoxie eingekehrt, die mit ihrer Grundanschauung nicht verträglich ist und die sofort in ihrem Gefolge Heuchler hat. Diese Orthodoxie ist dem segensreichen Wirken der evangelischen Union hinderlich in den Weg getreten, und wir sind nahe daran gewesen, sie zerfallen zu sehen. Die Aufrechthaltung derselben und ihre Weiterbeförderung ist mein fester Wille und Entschluß, mit aller billigen Berücksichtigung des konfessionellen Standpunktes, wie dies die dahin einschlagenden Dekrete vorschreiben. Um diese Aufgabe lösen zu können, müssen die Organe zu deren Durchführung sorgfältig gewählt und teilweise gewechselt werden. Alle Heuchelei, Scheinheiligkeit, kurzum alles Kirchenwesen als Mittel zu egoistischen Zwecken ist zu entlarven, wo es nur möglich ist. Die wahre Religiosität zeigt sich im ganzen Verhalten des Menschen; dies ist immer ins Auge zu fassen und von äußerem Gebahren und Schaustellungen zu unterscheiden. Nichtsdestoweniger hoffe ich, daß, je höher man im Staate steht, man auch das Beispiel des Kirchenbesuches geben wird. — Der katholischen Kirche sind ihre Rechte verfassungsmäßig festgestellt. Übergriffe über diese hinaus sind nicht zu dulden. — Das Unterrichtswesen muß in dem Bewußtsein geleitet werden, daß Preußen durch seine höheren Lehranstalten an der Spitze geistiger Intelligenz stehen soll, und durch seine Schulen die den verschiedenen Klassen der Bevölkerung nötige Bildung gewähren, ohne diese Klassen über ihre Sphären zu heben. Größere Mittel werden hierzu nötig werden.

Die Armee hat Preußens Größe geschaffen und dessen Wachstum erkämpft; ihre Vernachlässigung hat eine Katastrophe über sie und dadurch über den Staat gebracht, die glorreich verwischt worden ist durch die zeitgemäße Reorganisation des Heeres, welche die Siege des Befreiungskrieges bezeichneten. Eine vierzigjährige Erfahrung und zwei kurze Kriegsepisoden haben uns indes auch jetzt aufmerksam gemacht, daß manches, was sich nicht bewährt hat, zu Anordnungen Veranlassung geben wird. Dazu gehören ruhige politische Zustände und — Geld, und es wäre ein schwer sich bestrafender Fehler, wollte man mit einer wohlfeilen Heeresverfassung prangen, die deshalb im Momente der

Entscheidung den Erwartungen nicht entspräche. Preußens Heer 1858.
muß mächtig und angesehen sein, um, wenn es gilt, ein schwerwiegendes politisches Gewicht in die Wagschale legen zu können.

Und so kommen wir zu Preußens politischer Stellung nach außen. Preußen muß mit allen Großmächten im freundschaftlichsten Vernehmen stehen, ohne sich fremden Einflüssen hinzugeben und ohne sich die Hände frühzeitig durch Traktate zu binden. Mit allen übrigen Mächten ist das freundliche Verhältnis geboten. In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen, durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungselementen, wie der Zollverband es ist, der indes einer Reform wird unterworfen werden müssen. — Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist. Ein festes, konsequentes und, wenn es sein muß, energisches Verhalten in der Politik, gepaart mit Klugheit und Besonnenheit, muß Preußen das politische Ansehen und die Machtstellung verschaffen, die es durch seine materielle Macht allein nicht zu erreichen imstande ist.

Auf dieser Bahn mir zu folgen, um sie mit Ehren gehen zu können, dazu bedarf ich Ihres Beistandes, Ihres Rates, den Sie mir nicht versagen werden. Mögen wir uns immer verstehen zum Wohle des Vaterlandes und des Königtums von Gottes Gnaden.

266] An die Königin Elisabeth von Preußen.

Auszug.

[November 1858.]

Der Prinz sagt in dem Briefe:[1]) Es hätte ihm über alle 1858.
Begriffe leid getan, diesen Schritt tun zu müssen. Er wollte nicht Novbr.
in der Pietät gegen den König fehlen, obschon er nicht mit den Ansichten der Minister übereinstimmen könnte. Darum hätte er seine Freunde in das Ministerium hineinbringen müssen. Da

Zu 266) [1]) Der Brief ist nur in dieser indirekten Rede bekannt und teilt der Königin die Entlassung des bisherigen reaktionären und die Ernennung des

1858. aber diese nicht unter Manteuffel[2]) dienen wollten, wäre eine größere Veränderung nötig gewesen. In Simons[3]) und Heydt[4]) wollte er die Tradition des alten Ministeriums erhalten, diese hätten ihm aber versagt. Bodelschwingh,[5]) einen sonst edlen Mann, müsse er aufgeben, da er dem Herrenhause zuwider sei, aus demselben Grunde den zweiten Manteuffel.[6]) Manteuffel, und wie dieser ihm gesagt, auch Raumer[7]) hätten schon früher den Abschied haben wollen. Waldersee[8]) passe besser zum Divisionär oder kommandierenden General. Als Bodelschwinghs Nachfolger sei ihm Camphausen[9]) und Patow[10]) vorgeschlagen. Mit ersterem könne er nicht gehen, da er die Grundsteuer ohne Entschädigung aufheben wolle, wozu der Prinz sich nie verstehen würde. Patow sei ihm wegen 1848 sehr antipathisch, doch würde von ihm viel Gutes gesagt, und selbst General Manteuffel[11]) habe geäußert, Patow sei besser als sein Ruf. Hohenzollern[12]) habe aus Freundschaft und Verwandtschaft sich herbeigelassen, das Präsidium zu übernehmen usw.

267] Ansprache an die eine Adresse überreichende Deputation des Abgeordnetenhauses.

25. Januar 1859.

1859. 25. 1. Mit besonderer Freude und aufrichtigem Danke nehme ich diese Adresse[1]) entgegen. Nicht nur ihr Inhalt verpflichtet mich

neuen, des sogenannten Ministeriums der neuen Ära, mit. — [2]) Bisheriger Ministerpräsident Otto v. M. (Oberteufel genannt). — [3]) Justizminister. — [4]) Handels- und späterer Finanzminister. — [5]) 1862 wieder als Finanzminister berufen. — [6]) Karl v. M. (Ackerteufel genannt), Landwirtschaftsminister. — [7]) Kultusminister. — [8]) Kriegsminister. — [9]) O. v. Camphausen, Präsident der Seehandlung, Oktober 1869 Finanzminister. — [10]) 1849 Minister, zuletzt ohne amtliche Stellung. — [11]) Der spätere Feldmarschall Flügeladjutant (Flügelteufel genannt) Edwin v. Manteuffel. — [12]) Fürst Karl Anton, Präsident des neuen Ministeriums.

Zu 267) [1]) Als Antwort auf die Thronrede hatte das Abgeordnetenhaus eine Adresse überreicht, und auch in seiner Ansprache hatte sein späterer Präsident Simson, damals Professor in Königsberg, ausdrücklich hervorgehoben, daß das preußische Volk in der ungeschwächten Kraft der Krone eine teure Bürgschaft seines eigenen Gedeihens und seiner eigenen Geltung unter den Völkern der Erde erkenne.

hierzu, sondern auch die Einstimmigkeit, mit welcher gestern das 1859.
Haus der Abgeordneten dieselbe angenommen hat. Es ist das zweite Mal seit Einsetzung der Regentschaft, daß eine solche Einstimmigkeit mir entgegentritt. An jene Einstimmigkeit des allgemeinen Landtags der Monarchie, mit welcher er die vom Könige eingesetzte Regentschaft anerkannte, schließt sich ihr gestriger Akt würdig an; wie damals, so auch jetzt, wird dies in den Annalen des Repräsentativsystems seltene Ereignis weithin durch das Vaterland und durch Europa widerhallen und seinen Eindruck nicht verfehlen, weil es die Einmütigkeit der Regierung und der Vertreter des Landes darstellt. Mit Freude finde ich in Ihrer Adresse die Ansichten und Gefühle wieder, welche ich vom Throne herab zum Lande gesprochen habe. Halten wir fest an diesen Grundsätzen, dann wird in Erfüllung gehen, daß das Vaterland wie in der Vergangenheit so in der Gegenwart und in aller Zukunft kräftig und mächtig dasteht.

Ihnen persönlich, Professor Simson, bin ich verpflichtet meinen Dank auszusprechen für den von Ihnen verfaßten Inhalt der Adresse und für die Art und Weise, mit der Sie derselben gestern im Hause der Abgeordneten Eingang und Annahme zu verschaffen gewußt haben. Die Gesinnungen, die Sie ausgesprochen haben, sind die echt preußischen, diejenigen, die dem Vaterlande frommen. Empfangen Sie daher hiermit meinen aufrichtigen Dank.

Und nun, meine Herren, gehen Sie pflichtgetreu an Ihre Arbeiten, gedenken Sie stets dabei, daß ich nur an der Stelle Ihres Königs stehe, und wenn er mir auch auftrug, nur nach meiner gewissenhaften eigenen Überzeugung zu handeln, so dürfen wir doch nie vergessen, daß er nicht aufgehört hat unser König und Herr zu sein, daß er jeden Augenblick in sein hohes Amt zurückkehren kann. Daher muß unsere Aufgabe sein, daß dann sein Ausspruch lautet: Mein Bruder hat recht gehandelt. Daher wiederhole ich meinen anderweitig getanen Ausspruch: Wir wollen nur die bessernde Hand an des Königs Werke legen und weiter nichts.

268] Gespräch mit dem Gesandten v. Bismarck über die Minister der neuen Ära.

26. Januar 1859.

1859. 26. 1. Bismarck: „Euer Königliche Hoheit haben im ganzen Ministerium keine einzige staatsmännische Kapazität, nur Mittelmäßigkeiten, beschränkte Köpfe.“

Der Regent: „Halten Sie Bonin[1]) für einen beschränkten Kopf?“

Bismarck: „Das nicht; aber er kann nicht ein Schubfach in Ordnung halten, viel weniger ein Ministerium. Und Schleinitz[2]) ist ein Höfling, kein Staatsmann.“

Der Regent empfindlich: „Halten Sie mich etwa für eine Schlafmütze? Mein auswärtiger Minister und mein Kriegsminister werde ich selbst sein; das verstehe ich.“

269] Gespräch mit König Johann von Sachsen.

Januar 1859.[1])

1859. Jan. Der König Johann von Sachsen erwähnte, alle deutschen Fürsten fürchteten, daß Preußen sie verschlucken wolle. Der Prinz wies das energisch zurück mit der Erinnerung an die stets bewiesene Gesinnung seines Vaters und Bruders. Der König rief dagegen: „Aber alle Gassenjungen Berlins reden schon davon.“ „Ja,“ bemerkte der Prinz, „die Gassenjungen müssen es freilich besser wissen als ich.“ Er wiederholte seine Erklärung, sprach zugleich aber auch die Notwendigkeit aus, daß von anderer Seite nichts geschähe, was Preußens Existenz bedrohen würde. „Sieh her,“ sagte er, auf die Landkarte und dort auf Hannover deutend, „unter keinen Umständen darf ich zulassen, daß zwischen meinen Provinzen eine Macht entsteht, die möglicherweise feindlich gegen Preußen auftreten könnte.“

Zu 268) [1]) Der 1854 entlassene, vom Prinzregenten wieder ernannte Kriegsminister. — [2]) Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Zu 269) [1]) Das Datum ist nicht völlig sicher.

270] An den Prinz-Gemahl von England.[1])

Berlin, 2. Februar 1859.

Die allerneuste Zeit ist nur zu reich an Erscheinungen, welche die Frage aufzuwerfen nötigen: Was wird die nächste Zukunft für eine politische Konstellation zeigen, und wie werden England und Preußen in derselben stehen?[2]) 1859. 2. 2.

Das Bild, welches ich von Napoleons Verhalten hinsichtlich Italiens so oft aufstellte, und das ich mit einer Zwickmühle verglich, wo er den öffnenden oder schließenden Stein ziehet, bis der Hauptcoup zu vollführen ist, — zeigt sich täglich mehr und mehr als richtig. Die Nötigung zu jenem Hauptcoup sah ich immer in der Überzeugung (daß Napoleon zum Kriege greifen werde), daß er keinen andern Ausweg sieht, sich auf dem Throne zu erhalten. Im jetzigen Moment sehe ich diese Nötigung nicht vorliegen. Es muß also etwas anderes jetzt die treibende Kraft sein, und dies scheint man zusammenfassen zu können in dem Satz: la guerre ou le poignard, aber nicht die französischen, sondern die italienischen Dolche. Ist das aber wohl ein hinreichendes Motiv zu einem — Kriege?? Leider scheint der italienische Dolch eine fixe Idee bei Napoleon geworden zu sein. Dies veranlaßte ihn, Fühlhörner auszustrecken, wo er wohl auf Alliierte rechnen könne. Er scheint sie rasch eingezogen zu haben, als er nirgends Sympathien entdeckte für ein solches Unternehmen, zu dem die ruhigen, besonnenen, leidenschaftslosen Kabinette keine Veranlassung sahen. Daß namentlich in England selbst, für jetzt wenigstens, keine Sympathie für eine solche Art von Unterstützung der italienischen Verhältnisse angetroffen ward, scheint Napoleon am meisten frappiert zu haben. Dennoch glaube ich, muß man bei Napoleon immer das Wort anwenden: Il

---

Zu 270) [1]) Der Wortlaut der Briefe an den Prinz-Gemahl ist unsicher, weil sie deutsch geschrieben, in englischer Übersetzung erschienen und wieder in die deutsche Sprache zurückübersetzt sind. — [2]) Vor dem Ausbruch des Krieges geschrieben, den die Italiener (1859) gegen die österreichische Fremdherrschaft führten und für den Napoleon mit Italien ein Bündnis geschlossen hatte. Österreich forderte auch hierfür Preußens Bundeshilfe, obwohl zunächst nur fremde, nicht deutsche Besitzungen Österreichs in Frage kamen.

1859. recule bien pour le moment, mais il n'abandonne jamais. Und das ist es, was uns allen unser Verhalten diktieren muß. Also Wachsamkeit und Verständigung unter uns. —

Diese Verständigung muß in erster Linie darauf gerichtet sein, alles anzuwenden, die Veranlassung zum Kriege aus dem Wege zu räumen und also zum Frieden zu ermahnen. Hierzu veranlaßt uns noch außerdem die Bestimmung des letzten Pariser Vertrages.

271] An den Staatsminister a. D. Freiherrn O. v. Manteuffel.

22. März 1859.

1859. 22. 3. Empfangen Sie meinen aufrichtigsten Dank für Ihre treuen Wünsche zum heutigen Tage, die in diesem Jahre gar bedeutungsvoll sind.[1]) Denn wir wissen nicht, was die Vorsehung uns bescheidet! Krieg ist in der politischen Atmosphäre, und niemand weiß recht warum.[2]) Vielleicht erhält uns der große Kongreß der Minister[3]) den Frieden, weil er von Rußland vorgeschlagen ist.

Die guten Deutschen hätten uns in ihrem sonst so selten aufzuregenden Enthusiasmus fast den Krieg nach dem Rheine gezogen, bevor er da ausbrach, wohin er eigentlich gemünzt ist, und Frankreich hätte diesen Tausch des Kriegsschauplatzes nur zu gern angenommen. Wir sind in der glücklichen Lage, daß Napoleon genau weiß, was er von Deutschland zu erwarten hat, ohne daß sich die Kabinette auszusprechen brauchten, so daß er diesen nichts anhaben kann, sonst hätten wir längst eine Kriegserklärung statt des „Moniteur"-Artikels. Ihrer Gemahlin mich bestens empfehlend, Ihr treu ergebener

Wilhelm, Prinzregent.

Zu 271) [1]) Geburtstag im ersten Regierungsjahr. — [2]) Es sind die Vorstadien vor Ausbruch des Krieges Österreichs gegen Frankreich und Italien gemeint. — [3]) Zur Ordnung der italienischen Verhältnisse, die den Anlaß zum Kriege boten.

272] An den Generalleutnant v. Steinmetz.

Berlin, 26. März 1859.

Sie haben mir so herzliche Wünsche zum 22. März ausgesprochen, daß ich Ihnen selbst meinen Dank schreiben muß. Noch mehr aber haben Sie mich erfreut durch das, was Sie über unsere innere Situation mir sagen. 1859. 26. 3.

Sie haben sie richtig aufgefaßt, wie leider nicht jedermann! Sie leben in dem Orte,[1]) von dem seit 1808 die Regeneration des Vaterlandes ausging, und das Studium der Kämpfe, Entschlüsse und Ausführungen, die mein seliger Vater dort durchlebte, sind mir Vorbild seit lange gewesen. Nach solchen Ereignissen muß ein Stillstand eintreten. Er trat ein. Mit dem Regierungswechsel begann ein neuer Aufschwung, vielleicht zu phantastisch! 1848 drängte zum Halt, aber er ward zur Umkehr! Ich erfasse also unsere Lage so, daß es Zeit war, frisch[2]) wieder anzufachen; es ist gelungen und nun nur dafür zu sorgen, daß der frische Wind nicht Sturm heraufweht!

Dagegen ist in der äußeren Situation Sturm eingetreten, Österreich hat unnütz gerüstet, denn die unnützen Worte vom 1. Januar in Paris verlangten keine Truppensendung von Wien nach Italien. Daß diesen Aufstellung in Sardinien folgt, war mehr wie natürlich. Und so kam eins nach dem andern. Fünf Monate habe ich Frieden und Millionen erhalten. Jetzt tritt der § 46 der Bundesschlußakte ein; wann § 47 eintreten soll, ist meine weitere Aufgabe; gewiß nicht zu früh, um Krieg nicht von Italien nach dem Rhein absichtlich zu ziehen!

Ihr Wilhelm, Prinz von Preußen.

273] Gespräch mit dem Erzherzog Albrecht von Österreich.[1])

April 1859.

Der Prinzregent erwiderte dem Erzherzog, der nachdrückliche Unterstützung Österreichs begehrte, wenn Frankreich die 1859. April.

Zu 272) [1]) Königsberg i. Pr. — [2]) Vorlage hat wohl irrtümlich „Frische".
Zu 273) [1]) Nach eigenhändiger Aufzeichnung. Die Neutralität Belgiens, der Schweiz und Savoyens war durch Verträge geschützt. Den Kongreß (vgl.

1859. Verträge breche, deutsches Bundesgebiet verletze, die Neutralität Belgiens, der Schweiz, Savoyens bedrohe, werde Preußen mit voller Stärke auf den Kampfplatz treten; überall aber sei die Voraussetzung, daß Österreich jetzt kein Mittel zur Erhaltung des Friedens unversucht lasse, also vor allem aufhöre, dem Zusammentritt des Kongresses Hindernisse in den Weg zu legen.

274] An General O. v. Natzmer.

Berlin, 26. April 1859.

1859. 26. 4. Als ich am 21. März spät abends auf meinem Schreibtisch tabula rasa machte, fiel mir Ihre Handschrift auf dem Briefkuvert in die Augen. Ich vermutete, daß es Wünsche seien, die Sie mir zum 22. sendeten und da beschloß ich abzuwarten, bis es Mitternacht schlüge und dann Ihren Brief zu eröffnen, damit Sie der erste sein sollten, der mich begrüße. — Und so geschah es auch! Wenn auch recht verspätet, so doch nicht minder aufrichtig sage ich Ihnen nun meinen Dank für die lieben Wünsche, welche Sie mir aussprachen.

Seitdem sind vier Wochen vergangen, die inhaltschwerer wie sonst Jahre waren. Wir stehen am Wendepunkte vielleicht neuer Weltereignisse,[1]) wenn Österreich nicht noch in der zwölften Stunde den sehr ernsten Vorstellungen der vier Großmächte nachgibt und den Kongreß ohne Bedingungen annimmt. Die beabsichtigte Niederwerfung Sardiniens, das um 100 000 Mann

---

S. 454, Anm. 3) hatte Rußland beantragt, aber Österreich zeigte gar keine Neigung, ihn zu beschicken. Er kam auch nicht zustande.

Zu 274) [1]) Es handelt sich um den Ausbruch des österreichisch-italienisch-französischen Krieges. § 46 der Wiener Schlußakte von 1815 handelt von selbständigen Kriegen deutscher Bundesstaaten gegen das Ausland, § 47 von der Verpflichtung der deutschen Staaten, angegriffenes deutsches Bundesgebiet zu verteidigen. Die öffentliche Stimme Deutschlands, namentlich auch im Süden, wollte fast durchgängig mit Leidenschaft die Teilnahme Preußens an dem bevorstehenden Kriege gegen Frankreich. Bismarck, damals Gesandter in Paris, wollte die Gelegenheit benutzen, im Bunde mit Frankreich Österreich anzugreifen, der Regent aber, wie § 47 verlangte, die bewaffnete Neutralität so lange aufrecht erhalten, bis Österreichs deutsche Länder angegriffen werden würden.

schwächer ist als die österreichische Armee, würde sehr leicht sein, 1859.
wenn Frankreich nicht zur Hilfe käme. Daß dies aber kommen wird, hat es seit Monaten ausgesprochen, folglich will Österreich es zum allgemeinen Kriege bringen. Seit fünf Monaten habe ich den Frieden und somit Millionen erhalten; jetzt mußte ich rüsten, um Deutschland zu lenken; sonst zog dies den Krieg vom Po nach dem Rhein!! Momentan handeln wir nach § 46 der Wiener Schlußakte, wenn § 47 eintritt, behalte ich mir vor, anzuregen. Ihrer Gemahlin mich angelegentlichst empfehlend

Ihr Wilhelm Prinz von Preußen.

275] Gespräch mit Graf Eberhard Stolberg.

Mai 1859.

Graf Stolberg trug dem Regenten den Plan zur Gründung 1859. Mai.
einer konservativen Zeitung vor. Der Regent: „Ein wirklich konservatives Volksblatt könne ihm nur willkommen sein, nach dem übersendeten Programm aber und den Namen der Mitarbeiter müßte er glauben, daß die beabsichtigte Zeitschrift im Geiste der Kreuzzeitung gehalten sein werde?" — Graf Stolberg: „Allerdings!" — Der Regent: Das könne er nicht billigen! — Die Partei mache Opposition — das sei ihr nicht zu wehren — aber sie suche dabei stets ihn von der Regierung zu trennen, das könne er nicht zugeben. „Sie sprechen immer als sei mir das jetzige Ministerium oktroyiert worden" — von wem denn? — Er habe die gegenwärtigen Minister gewählt aus eigenem, freiem Entschluß, weil er diese Männer und ihre Grundsätze kenne, weil sie mit ihm selbst darin übereinstimmten, weil sie sein volles Vertrauen hätten. Die vorgelegten Gesetzentwürfe über Ausgleichung der Grundsteuer und Zivilehe seien wesentlich von ihm, dem Regenten, ausgegangen; „wenn ich Ihnen meine Tagebücher zeigen könnte, würden Sie sehen, daß ich schon vor fünf Jahren von der Notwendigkeit dieser Gesetze überzeugt war."

„Kurz, dies ist mein Ministerium und wird es bleiben, solange ich lebe und regiere!"

Zum Schluß der Erzählung aber bedauerte der Prinz doch wieder, daß er mit der ganzen Aristokratie zerfallen ist! —

276] An den General-Feldmarschall v. Wrangel.

8. Juni 1859.

1859. 8. 6. Die Kriegsfrage rückt immer näher, und da muß ich Ihnen eine Frage vorlegen. Wollen Sie ein Kommando übernehmen? Allen Kombinationen nach wird eine Zentralarmee am untern Main aus zwei bis drei Armeekorps unserer Armee aufgestellt werden. Wollen Sie deren Führung übernehmen? Es würde das Verbindungsglied zwischen meiner Hauptarmee und der des linken Flügels sein. Antworten Sie mir nur mit drei Zeilen morgen ganz früh, aber sprechen Sie mit niemand davon, da ich den Zeitpunkt noch nicht angeben kann, wann die Mobilmachung erfolgen wird, bis wohin alles geheim bleiben muß.

Wilhelm.

277] An den Herzog
Ernst II. von Sachsen-Koburg und Gotha.[1])

Baden, 27.—30. September 1859.

1859. 27.—30. 9. Schon fast seit zwei Monaten bin ich Dir meine Antwort schuldig, was höchst wunderbar und undankbar klingt. Aber es hat auch seine Entschuldigung und Bedeutung. Dein Brief war inhaltschwer, er betraf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Aus Preußens Verhalten in der jüngsten Vergangenheit folgerst Du mit Recht dessen jetzige Isoliertheit, und deshalb willst Du eine Handlung in der Gegenwart, die diese Isoliertheit zu einer Prädominenz für die Zukunft steigert. Eine solche Anschauung verdient die höchste Anerkennung und den aufrichtigsten Dank.

Was nun die Vergangenheit betrifft, so würde ich, wenn ich dieselbe noch einmal zu durchleben hätte, ganz genau ebenso, wie geschehen, durchleben und durchhandeln. Denn ich werde mich niemals davon überzeugen, daß ich weise, zum Besten Deutschlands, Preußens und Europas gehandelt hätte, wenn ich durch Kriegsdrohungen gegen Frankreich im März den Krieg auf

Zu 277) [1]) Darlegung der preußischen Politik während des Krieges von 1859.

Deutschland gezogen hätte, um Österreichs Politik in Italien 1859.
zu soutenieren!! Ich habe es vom Thron herab gesagt: Ich würde für das europäische Gleichgewicht, für Deutschlands Sicherheit und Preußens Ehre einstehen. Als am 20. April mir die Nachricht des abgegangenen Ultimatums zukam, habe ich in derselben Minute (Faktum, denn die Order lag seit dem Vormittage ununterzeichnet auf meinem Tische) die Kriegsbereitschaft unterzeichnet und Deutschland zur Nachfolge aufgefordert. Als der Ticino und Magenta verlassen war und Napoleon nicht Halt machte, obgleich der status quo ante durch Räumung Piemonts hergestellt war, also die Niederwerfung Österreichs bis zur Adria wahr werden konnte, somit also das Gleichgewicht Europas bedroht war, ebenso Deutschlands Grenze, — machte ich die Armee mobil — (Beschluß vom 6., Vollziehung am 14. Juni) und forderte Deutschland auf, die Armee am Rhein zu konzentrieren, zu welchem Behufe sich die preußische Armee am 2. Juli in Marsch setzte. Der Waffenstillstand machte hierin keinen Aufenthalt, bis am 13. Juli die Friedenspost[2]) uns erreichte. Nach dieser Tagebuchsaufzählung frage ich jeden Unparteiischen, wer kann Preußen einen Vorwurf machen, Deutschlands und Österreichs Interessen vernachlässigt zu haben? Liegt eine Vernachlässigung darin, daß ich Österreichs unüberlegte Handlung nicht durch Provozierung Frankreichs unterstützte und somit den Krieg nach dem Rhein zog? Liegt eine Vernachlässigung darin, daß 400 000 Mann vom 1. Juli ab in ganz Deutschland und Preußen im Marsch nach dem Rhein waren, um, wenn am 16. August der Waffenstillstand keinen Frieden, trotz der Vermittelung der Neutralen, brachte, in den Krieg einzutreten? Ist es Preußens Schuld, daß der übereilte Frieden geschlossen wurde, da man in Villafranca den Marsch jener Armee kannte? Trotz dem allen ist Preußen nun einmal der Sündenbock, auf den alles gewälzt wird. Daß aber die deutschen Kabinette den Haß gegen Preußen so weit treiben würden, daß sie gesonnen waren, die Veronaer Perfidie, d. h. die Kommandofrage über die

[2]) Von Villafranca.

1859. preußische deutsche Armee mir nach den Paragraphen des Militär-Bundes-Reglements[3]) zu übertragen, also im Moment eines sehr ernsten Krieges das Kommando in einer Art zu bestellen, daß niemals eine Einheit der Operationen möglich gewesen wäre — — dies, sage ich, geht über meinen Begriffshorizont! Denn es heißt auf gut deutsch: Lieber einen Krieg schlecht führen, als gut unter Preußens Führung! Wäre ich in dieser Kommandofrage majorisiert worden, so hätte ich wahr und wahrhaftig die preußische Armee demobilisiert und hätte den Deutschen überlassen, den Krieg zu führen, den sie so sehnlichst wünschten.

Ich trage die mir nach allen Richtungen gewordenen Schmähungen sehr ruhig, weil mein Gewissen mich völlig frei von allen Vorwürfen spricht, die man mir macht. Du wünschest nun, daß Preußen durch ein energisches Auftreten die Initiative in der sogenannten deutschen Bundes-Reformfrage (d. i. die Gegenwart) nehme, um das verlorene Terrain wieder zu gewinnen (d. i. die Zukunft), rätst mir dieserhalb eine Kommission zu ernennen, die eine dergleichen Reform auszuarbeiten hätte. Der Rat zeugt von Deinem Interesse und Deiner Vorliebe für uns, und deshalb habe ich ihn, wie gesagt, mit Dankbarkeit vernommen. Aber ich hätte wohl gewünscht, daß Du mir die Basis angegeben hättest, auf welcher Du Dir eine solche Reform denkst und für ausführbar hältst! Denn ich gestehe Dir offen, daß ich eine solche Basis nicht finden kann, namentlich eine solche, die Österreich annehmen könnte oder vielmehr annehmen würde. Aus meiner Antwort nach Stettin hast Du ersehen, wie ich die Frage auffasse, sie ignorieren, zurückdrängen, verdächtigen zu wollen, fällt mir nicht ein. Aber momentan sehe ich keine Möglichkeit etwas zu proponieren, was zum Ziele führte und was angenommen werden würde, weil es von Preußen kommt. Dagegen will ich mit praktischen Propositionen auftreten, z. B. Besserung der Wehrverfassung.[4]) Dann dem Rechtszustande in Deutschland das Wort reden, wie er in Preußen geübt wird, also

[3]) D. h. in Abhängigkeit vom Bunde und unter Aufsicht von Bundes-Kommissaren. — [4]) Vgl. Nr. 280, 281.

Kurhessen und Hannover zeigen, wo das Recht bei ihnen liegt. 1859.
Indessen nehme ich Dein Schlußanerbieten an, mir Deinen Rat zu leihen, wenn ich es wünsche, und somit bitte ich Dich also, mir Deine Pläne und Ansichten mitzuteilen, die Du Dir zur Bundesreform denkst.

Wie wenig Österreich gesonnen ist, irgend etwas in dieser Richtung zuzulassen, hast Du soeben persönlich erfahren, da es nicht einmal gestattet sein soll, seine Ansicht auszusprechen, geschweige denn zu handeln. Also welche Vorsicht, Umsicht und Weisheit ist nötig, wenn man schaffen will! Vielleicht interessiert es Dich, die Antwort zu kennen, welche ich nach Wien auf die Mitteilung der Dir gewordenen Lektion geben ließ: hoffe, daß Du zufrieden sein wirst, sie liegt bei. Nun adieu! Verzeihe diese verspätete Antwort und die flüchtige Schrift, aber selbst hier verfolgt mich die Mußelosigkeit.

Dein treuer Freund Wilhelm.

278] Vortrag über die Reorganisation der Armee, gehalten im Staatsministerium am 3. Dezember 1859.[1])

Es ist Ihnen bekannt, was der Kriegsminister v. Bonin 1859. 3. 12.
gegen mich getan hat. Sein Benehmen mußte mich um so schmerz-

Zu 278) [1]) Wir geben diesen ebensowohl die historische Entwicklung wie die theoretische Seite der Heeres-Reorganisation gleich lichtvoll und allgemein verständlich darstellenden Vortrag ohne weitere Erläuterungen wieder. Er wird vor allem auch die besonders durch v. Sybel gegen die Roonschen Veröffentlichungen erwiesene Berechtigung des Königs zeigen, mit der er die Reorganisation stets als sein eigenes Werk bezeichnet hat. Wir bemerken nur, daß, um am stehenden Heer zu sparen, jährlich 25000 kriegstüchtige junge Männer nicht eingestellt wurden, bei jeder Mobilmachung daher Tausende von Landwehrleuten eingezogen werden mußten, die ihren Familien und ihrem Gewerbe entzogen und deren Angehörige gesetzlich von der Gemeinde unterstützt oder erhalten werden mußten (1859 waren in einer Kompagnie von 250 Mann z. B. nicht weniger als 242 Familienväter). Ganz abgesehen davon, daß die Unterstützung der Familien der Eingezogenen des ersten Aufgebots der Landwehr, wenn jede Familie nur 3 Taler monatlich bekam, jährlich 3 Millionen Taler kostete, ging dadurch natürlich dem Nationalvermögen eine ganz unberechenbare Summe verloren, die im Kriegsfall durch Verwundung oder Tod noch in ebenso unberechenbarer Weise steigen mußte. Das beachteten die Gegner ebensowenig, wie daß durch Einziehung der freigelassenen Tausende von jungen unverheirateten Leuten dies Mißverhältnis auch finanziell weit

1859. licher berühren, als er weiß, daß gerade ich es war, welcher ihn zweimal auf diese Stelle hob.[2])

Als im Jhre 1852[1] das Abschiedsgesuch des Ministers v. Stockhausen einlief, war ich zufällig zugegen. Der König fragte: Wen nun wählen? und stimmte mir gleich bei, als ich den General v. Bonin nannte. Später trat dann der Minister aus, von Beweggründen geleitet, die meine volle Sympathie hatten. Im vorigen Jahre habe ich ihn wieder auf diese Stelle berufen, der seitdem in den wichtigsten militärischen Fragen Hand in Hand mit mir gegangen. So auch in dem vorliegenden Reorganisationsprojekt, wenige Differenzpunkte ausgenommen.

Der Minister kannte meine Ansichten seit dem Februar, sie mußten ihm im Juli bis zur Evidenz klar geworden sein, und bei seiner letzten Anwesenheit in Baden, wo ich darüber eine mehr als zweistündige Unterredung mit ihm hatte, durfte ihm nicht der geringste Zweifel bleiben, daß ich daran festhalten würde. Damals erhob er keine Schwierigkeiten, und es mußte mich daher nicht wenig überraschen, diese jetzt und in solchem Maße bei ihm zu finden, wie sie sein Schreiben enthält. Auf meine Aufforderung, seine Bedenken noch einmal zu prüfen, antwortete er mit dem Gesuch um Entlassung. Sie ist erfolgt, und man darf sich nicht verhehlen, daß die Reorganisationsfrage durch diesen Zwischenfall nicht gefördert wird, ja, daß die politische Färbung, welche der Minister seinem Austreten gegeben hat, ihre Lösung gefährden kann. Unter diesen Umständen erscheint es mir notwendig, daß ich selbst Ihnen deren Dringlichkeit vor Augen rücke.

Rein militärisch erzogen, habe ich den bei weitem größten Teil meiner Tätigkeit der Armee gewidmet, und von des Höchstseligen Königs Majestät von frühester Zeit her mit Organisationsfragen betraut, vermag ich es vielleicht, Ihnen die un-

billiger beseitigt werden konnte. Wie wohltätig die Reorganisation wirkte, zeigte gleich der dänische Krieg von 1864. Nach dem alten System hätten für die Mannschaften, die im Felde standen, 20000 Landwehrleute eingezogen werden müssen, während nach dem neuen System in Wirklichkeit nur 3000 einberufen wurden. — [2]) Bonin hatte sich geweigert, die Vorlage zu vertreten.

wandelbaren Grundsätze, auf welche es hier ankommt, besser zu entwickeln, als der Fürst,[3]) welcher, da er die Geschäfte erst übernommen hat, nicht so eingeweiht sein kann als ich. Dies schicke ich voraus, um Ihrem Erstaunen darüber zu begegnen, daß ich selbst heute den Vortrag übernehme. Inwieweit es mir gelingen wird, Sie zu belehren, muß der Erfolg zeigen. Zugleich geht auf diese Weise Ihr durch den Fürsten mir vorgetragener Wunsch in Erfüllung, den neuen Reorganisationsplan der Armee kennen zu lernen, um ihn zu dem Ihrigen machen und sich für dessen Ausführung solidarisch verpflichten zu können, bevor der Generalleutnant v. Roon, welchen ich zum Kriegsminister gewählt habe, dazu ernannt ist. Ich habe kein Bedenken getragen, darauf einzugehen, mit dem ausdrücklichen Bemerken jedoch, daß das Prärogativ der Krone, sich ihre Räte selbständig zu wählen, davon unberührt bleibt. 1859.

Als im Jahre 1814 der glorreiche Krieg endete, hatte Preußen durch die Opferwilligkeit des ganzen Volkes, durch die Großtaten seiner Armee nicht allein seine Selbständigkeit wieder errungen, es war auch eine Großmacht geworden und als solche von den übrigen Mächten anerkannt. Es kam darauf an, diese Stellung zu behaupten, und dem verhältnismäßig kleinen Lande ohne hinreichende Volkszahl und Finanzen konnte dies nur glücken, wenn es ihm gelang, eine Armeeverfassung ins Leben zu rufen, welche wohlfeil und doch stark war. Dieses Problem löste Boyen in damaliger Zeit auf grandiose Weise durch sein Landwehrsystem.

Während der großen Kriege hatte die Landwehr in den Tagen an der Katzbach und bei Kulm sich nicht bewährt. Bei Kulm wurden 16 000 Mann bis auf 4000 versprengt und mußten völlig reorganisiert werden. Rühmliches und Großes leistete sie dagegen bei Belzig, Groß-Beeren und Wartenburg. Man nimmt den Hut vor denen ab, die hier in solchem Maße ihre Schuldigkeit taten, denn es waren großenteils nur Bauern in Soldatenröcken, ohne Schule, ohne Disziplin, über diese unabweislichen Vor-

[3]) Minister-Präsident Fürst von Hohenzollern.

1859. bedingungen kriegerischer Erfolge hinweggetragen durch den ausgezeichneten Geist damaliger Zeit. Erwarten konnte man dies nicht, noch weniger durfte man für alle Zeiten darauf rechnen.

Boyen trug daher eine andere Idee in sein neues System. Er wollte, daß aus dem Dienste in der Linie eine Schule für die Landwehr werde und setzte als Minimum für die Dauer dieser Schule die dreijährige Dienstzeit fest. Der Übertritt aus der Linie in die Reserve, Landwehr ersten und zweiten Aufgebots wurde nach dem Lebensalter ganz so normiert wie heute, und die Linienkaders erhielten ungefähr ihre heutige Stärke von 686 Köpfen, um die Landwehr gehörig speisen zu können. Dabei versäumte man indessen den Anschluß an die Einteilung der Linie; die Landwehr wurde vollständig isoliert, unter besonderen Inspekteurs und in sehr verschiedener Stärke den Generalkommandos überwiesen. Diese Trennung konnte nicht ohne Nachteile für Kontrolle, Zucht und Übungen bleiben, und sehr bald fehlte es vielen Bataillonen an Mannschaften, allen an hinlänglicher Disziplin und Ausbildung. Es waren hauptsächlich diese Mängel, welche den hochseligen König im Jahre 1820 bewogen, einen Reorganisationsentwurf ausarbeiten zu lassen, nach welchem jener engere Anschluß der Landwehr an die Einteilung der Linie hergestellt, namentlich ein jeder Bataillonskader der Linie neben sich einen Landwehr-Bataillonskader erhalten und diesen mit Mannschaften speisen sollte.

Boyens Idee, die Landwehr nur aus Individuen zu komplettieren, die bei der Linie in dreijähriger Dienstzeit gehörig durchgebildet wären, würde hierdurch ihre praktische Ausführbarkeit erhalten haben, hätte man sie nicht durch zwei andere gleichzeitige Einrichtungen wieder untergraben. Man führte bedeutende Winterbeurlaubungen ein, und man verminderte die Stärke der Linienkaders auf 542 Köpfe. Die Winterbeurlaubungen verwandelten die noch auf dem Papier bestehende dreijährige Dienstzeit faktisch in eine 2½jährige und taten der Durchbildung der Linie dadurch den empfindlichsten Abbruch. Schlimmere Folgen aber hatte die Reduktion der Linienkaders, denn indem diese nunmehr nicht mehr stark genug blieben, um für die Kriegs-

augmentation eine hinlängliche Zahl an Mannschaften auszubilden, so nötigte diese Schwäche, seine Zuflucht zur Kreierung von Kriegsreserve-Rekruten und Landwehrrekruten zu nehmen, von welchen jene sechs Wochen, diese nur vier Wochen exerziert wurden. Es leuchtet ein, welcher Schaden dadurch in der Landwehr mit der Zeit angerichtet werden mußte. 1859.

Boyen nahm darüber seinen Abschied, und der König wollte mich mit der Ausführung beauftragen, obgleich ich erst 22 Jahre alt war. Ich schoß mir den Finger ab und lag viele Wochen krank danieder.[4]) Vielleicht konnte dies ein Glück genannt werden, da ich für das unbegrenzte Vertrauen des Königs noch zu jung war, zugleich enthielt aber die mir gewordene Aufgabe einen Sporn für mich, ihr nunmehr bis in das kleinste Detail nahezutreten, und dies verschaffte mir eine genaue Kenntnis der Sache.

Inzwischen ging die Reorganisation vor sich, ohne daß der König ein großes Vertrauen dazu gewonnen hätte. Eine Revue in Trier, zu welcher ich ihn mit dem Großfürsten, nachmaligen Kaiser Nikolaus, begleiten mußte, war nicht geeignet, dieses Vertrauen zu heben. Die Landwehr produzierte sich dort so schlecht, daß der König sich scheute, dem Großfürsten Ähnliches in Köln zu zeigen und mich dahin vorausschickte, um zuvor zu inspizieren. Nur den größten Anstrengungen gelang es, sie hier in einem leidlichen Zustande vorzuführen.

Als ich im Jahre 1824 das III. Armeekorps erhielt und mich dazu bei dem Könige meldete, knüpfte sich daran eine lange Unterredung über den Zustand der Landwehr, welche seine große Abneigung gegen dieses Institut und dessen Fortdauer dartat. Dies wiederholte sich, als der General Zieten in demselben Jahre den Vorschlag machte, bei dem großen Manöver des VI. Korps die Landwehr in Verbindung mit der Linie exerzieren und ma-

[4]) Am 16. Dezember 1819 hatte sich der Prinz auf der Treibjagd die rechte Hand durch einen Schuß stark verletzt. Namentlich der Zeigefinger hing nur noch an einem geringen Hautteil. Der Generalstabsarzt der Armee v. Graefe hat die medizinisch interessante Heilung der Wunde, die sich bis in den Juli 1820 hinzog, in einer bei G. Reimer 1827 in Berlin erschienenen Schrift beschrieben: „Merkwürdige Heilung einer wichtigen, mit Verlust zweier Gelenkköpfe verbundenen Schußwunde.“

1859. növrieren zu lassen. Der König wollte lange die Genehmigung dazu nicht erteilen. Die Landwehr schien ihm nicht reif dazu; er versprach sich keinen Nutzen davon und fürchtete unersprießliche Unordnungen. Endlich aber willigte der König ein und sagte mir: „Es mag geschehen; glückt es, so soll die Landwehr bestehen; glückt es nicht, so soll sie eingehen.“ Die Leistungen des Generals Zieten in Schlesien befriedigten, so auch die meinigen beim III. Armeekorps.

Der General Tauentzien[5]) hatte die Truppen dieses Korps nicht viel gesehen; ich übernahm sie in einem Zustande, daß mich ein Grauen überkam. Nur drei Landwehr=Bataillone konnten sich produzieren, die übrigen waren unbrauchbar. Ich meldete dem König nichts und suchte das Fehlende möglichst zu verbessern. Durch unausgesetzten Fleiß gelang es mir, ein Resultat zu erzielen, wie es niemand erwarten konnte. Der König sagte mir: „Jetzt geht es,“ und die Landwehr blieb bestehen, obschon ich nicht unterließ, meine Bedenken dagegen zu äußern. Von nun an wendete ich ihr die äußerste Sorgfalt zu: Ich fing damit an, die unbrauchbaren Bataillonskommandeurs aus ihren Kommandos, die als Invalidenposten angesehen wurden, zu entfernen und sie durch tüchtige Offiziere zu ersetzen. Die Übungen wurden nachhaltiger geregelt, die Kammern reichlicher versehen. Der höhnende Ruf: „Da geht der schmutzige Landwehrmann,“ welchen man damals in allen Straßen hörte, verschwand, und die Landwehr durfte Königs Palais wieder passieren, was man ihr um ihrer abgetragenen Röcke willen verboten hatte.

Die großen Revuen von 1827 und 1832 erwarben sich im größten Maße die Allerhöchste Zufriedenheit. Der König sprach sie mir und allen mir untergebenen Offizieren in so gnädigen Ausdrücken aus, daß mir nichts zu wünschen übrig blieb. Dennoch hielt ich es für meine Pflicht, die Gebrechen der Landwehr in einem Berichte zur Sprache zu bringen. Dieser Bericht liegt jetzt hier vor mir und kann Ihnen den Beweis geben, daß ich schon im Jahre 1827 die Organisation der Landwehr für nicht brauchbar ansah, und daß ich schon damals Vorschläge zu ihrer

[5]) Führte vor dem Prinzen das III. Armeekorps.

Verbesserung machte, die der Minister v. Bonin erst 25 Jahre später zum Teil ins Leben rufen konnte. Wenn ich alle Kräfte aufwandte, um dies Institut zu heben, so geschah dies nicht, weil ich ihm eine große Leistungsfähigkeit über den Exerzierplatz hinaus zutraute, sondern weil ich einsah, daß für Preußens Machtstellung dem übrigen Europa gegenüber uns nichts weiter übrig blieb. 1859.

Das Jahr 1830 brachte eine Organisationsveränderung, welche die unglücklichen Reserve- und Landwehrrekruten entbehrlich machte; man erhöhte nämlich die Etatsstärke der Linienkaders auf 678 Köpfe. Leider hatte diese Maßregel keinen Bestand; schon 1833 wurden die Linienkaders durch ökonomische Rücksichten wieder auf 522 Köpfe herabgedrückt, und um die Landwehr nun mit Mannschaften speisen zu können, führte man für die Linieninfanterie die zweijährige Dienstzeit ein. Dies war der empfindlichste Stoß, welchen die Armee erhielt. Ursprünglich sollte die Durchbildung der Linie in die Landwehr übergehen; sie blieb dort immer mit Rekruten durchsetzt. Jetzt erschütterte man sie auch in der Linie, und von da ab fehlte sie beiden. Das Problem, eine Armee hinzustellen, die wohlfeil und stark sei, blieb ungelöst. Sie war wohlfeil, auch zahlreich, aber es gebrach an innerer Kraft. Sie wurde finanziellen Rücksichten geopfert.

In diesem Zustande fand sie das Jahr 1848. Das erstemal seit ihrer Neuformation trat eine ernstere Prüfung an sie heran, nicht sowohl die Probe der Tapferkeit und des Wohlverhaltens auf dem Schlachtfelde, als vielmehr die der Ordnung, des Gehorsams, der Soldatentreue, Eigenschaften, die hauptsächlich einer nachhaltigen Zucht entspringen. Im November 1848 wurden zunächst 50 Landwehr-Bataillone versammelt. Sie kamen leidlich zusammen und setzten den Wühlereien momentan einen Damm entgegen. Allein schon im folgenden Frühjahr hatten diese ein bedeutendes Terrain gewonnen. Ich erinnere an Mühlhausen, Iserlohn, Prüm, Erfurt,[6]) anderer Namen nicht zu gedenken.

[6]) Wo Ungehörigkeiten bei dem Einziehen der Landwehr vorgekommen waren.

1859. Was in Schleswig vorfiel, wissen Sie. In Baden habe ich selbst dann erleben müssen, wie das Bataillon (. . . .[7])) zweimal, das Bataillon (. . . . .) einmal aus dem Feuer weglief; ein Bataillon des 26. Infanterie-Regiments stand hinter ihnen, um sie mit gefälltem Gewehr ins Gefecht zurückzutreiben. Diese Szenen wurden vertuscht und mögen es bleiben, aber hier muß von ihnen die Rede sein. Ähnliche Dinge waren auch wohl 1813 mit ungeübten Truppen vorgekommen, aber nach einer mehr als dreißigjährigen Schule mußten sie deren Methode verdammen und an ein ernstes Nachdenken über ihr Gebrechen mahnen.

Praktischen Offizieren lag es klar vor Augen, wiesen ja doch alle jene Auftritte in schlagendster Weise darauf hin. Warum hatten die sämtlichen Garde-Landwehr-Bataillone an ihrem Diensteide festgehalten? Weil die dreijährige Dienstzeit im Gardekorps ohne Unterbrechung bestehen blieb. Es hatten Linien-Infanterie-Regimenter geschwankt, das . . . . Infanterie-Regiment mußte [So!] aus ihren Garnisonen entfernt und in Bewegung erhalten werden, um sie zu strengerer Disziplin zurückzuführen. Dagegen war von sämtlichen Linien-Kavallerie-Regimentern nicht ein einziges auch nur einen Augenblick in seiner Treue wankend geworden! Warum? Weil auch sie die dreijährige Dienstzeit bewahrten.

Der General Grolman rühmte sich einst, er wolle einen Rekruten in einem Jahre ausexerzieren. Ich antwortete ihm, dies sei viel zu lange, drei Monate genügten dazu vollkommen; aber einen Soldaten auszubilden getraute ich mir kaum innerhalb dreier Jahre. Zwei Jahre hindurch würde er durch Dressur und Instruktion vollständig übermannt, erst im dritten Jahre lerne er sich fühlen, bekäme er Sinn für die Würde des Rocks, für den Ernst des Berufes und zöge der Standesgeist bei ihm ein, ohne welchen eine Armee nicht bestehen könne. Diese Antwort enthielt eigentlich schon dieselbe Lehre, wie sie nunmehr auch die traurigen Erfahrungen des Jahres 1849 offenbart hatten, aber es bedurfte dieser letzteren, um ihr, so einfach und alt sie war, bei vielen erst Eingang zu verschaffen. Einmal als richtig erkannt, ließ ihre Nutzanwendung nicht auf sich warten. 1852 kehrte man

[7]) Die Namen sind hier und im folgenden wohl absichtlich nicht genannt.

zur zweieinhalbjährigen, 1856 endlich wieder zur dreijährigen Dienstzeit zurück. Die Folgen davon säumten nicht, sich bei der letzten Mobilmachung zu zeigen, sie ging in der Totalität gut vonstatten. Einen günstigen Einfluß auf dieselbe übte wohl auch die veränderte Stimmung in der Landwehr. 1859.

Sie hatte ihre Leistungsohnmacht kennen gelernt, und der eiteln Selbstüberschätzung war eine gesunde Demut gefolgt, die beste Unterlage für Disziplin und Unterordnung. Aber aus den Erfahrungen jener Zeit hatte sich noch eine andere Erkenntnis Bahn gebrochen. Im Jahre 1850 lastete zum ersten Male seit Errichtung der neuen Landwehrverhältnisse eine allgemeine Mobilmachung auf dem Lande und vielen wurde erst durch die praktische Anschauung die Natur und die Tiefe der Wunden klar, welche sie allen Verkehrskreisen schlagen muß. Von den Opfern, welche sie verlangt, erschienen keine auf die Dauer so unerträglich als die Gestellung der älteren Altersklassen der Landwehr und die Lieferung der Landwehr-Kavalleriepferde seitens der Kreise.

Jene hatte noch außerdem das Gefühl der Gerechtigkeit gegen sich, denn indem sie zahlreichen Familien ihre Ernährer, dem Lande den eigentlichen Nährstand entführte, ließ sie bei der vermehrten Bevölkerung fast ebensoviel jüngere und entbehrlichere Leute zu Hause. Diese störte den Ackerbau und stellte für vieles Geld doch nur unbrauchbare Pferde; am Rhein konnten nicht die Hälfte, zwischen Elbe und Oder nicht drei Viertel, höchstens in Ostpreußen allein die ganze Quote derselben als kriegstüchtig gelten; undressiert waren sie natürlich alle. Viele Reklamationen wurden laut und fanden einen amtlichen Widerhall in der Armee, wo diese Übelstände mit ihren militärischen Beziehungen schon längst richtig gewürdigt und bereits in früheren Jahren von mir und dem General Röder einer gründlichen Prüfung unterworfen worden waren. Die Abhilfe konnte jedoch nur in einer totalen Umgestaltung der Landwehr gefunden werden, und wer hätte in jener Zeit die Hand an dieses Nationalinstitut legen mögen! Es hieß dies in ein Wespennest stechen.

Wie groß mußte nun seitdem nicht der Umschwung in den

1859. Ansichten gewesen sein, da jene Reklamationen jetzt selbst im Schoße der Kammern ihre Vertreter fanden! Es waren der Graf Merveldt und Herr v. Waldow, welche sie dort zur Sprache brachten, ohne auf erhebliche Opposition zu stoßen. Ich ließ beide Herren zu mir kommen. Sie erschienen in ängstlicher Spannung und in der sicheren Voraussetzung, die ungnädigsten Vorwürfe von mir zu hören und waren stumm vor Erstaunen, als ich ihnen für ihren Freimut dankte und ihnen versicherte, sie hätten mir aus der Seele gesprochen. Auf meine Frage, ob ihre Kritik auch an die Mittel zur Abhilfe gedacht habe, blieben sie die Antwort schuldig. Erst später erhielt ich von Graf Merveldt einen kurzen Reorganisationsentwurf. Ich erwähne diese Details, weil sie bezeichnend sind, wie allmählich ein Drängen nach Umformung der Landwehr sich nicht sowohl in der Armee, sondern auch in anderen Schichten der Bevölkerung gebildet hat. Es konnte durch die letzte Mobilmachung nur wachsen, ihre Übelstände wurden noch allgemeiner und drückender empfunden, und radikale Änderungen kamen nunmehr ernstlich zur Sprache.

Der König hatte bereits vor drei Jahren zufolge eines Vortrages des Generals Willisen den General Hann im Kriegsministerium beauftragt, einen Reorganisationsentwurf bearbeiten zu lassen. Die Arbeit war indessen liegen geblieben. Als ich dann später die Geschäfte übernommen hatte, trat Graf Waldersee mit diesem Entwurf hervor, welcher im allgemeinen von denselben Motiven ausging als der heutige. Zufällig kam bald darauf der General Roon nach Berlin, und ich gab ihm auf, mir über denselben Gegenstand seine Ansichten in einem Memoire vorzulegen. Den General v. Alvensleben[8]) beauftragte ich dann, mir über beide einen vergleichenden Vortrag zu halten, und als General v. Bonin bald darauf Kriegsminister wurde, übergab ich sie ihm, um auf Grund derselben, und zwar in kürzester Frist ein definitives Projekt im Ministerium feststellen zu lassen. Dies geschah im Januar d. Js., und obgleich ich von 14 Tagen zu 14 Tagen darum mahnen ließ, so kam es doch

[8]) General-Adjutant Gustav v. Alvensleben.

vor dem politischen Zerwürfnis im Frühjahr nicht zustande, 1859.
geriet vielmehr durch dasselbe ins Stocken.

Nach dem Frieden von Villafranca befahl ich mit der Demobilmachung zugleich die Maßregeln in der Armee, welche mit einigen Modifikationen noch jetzt bestehen. Sie hatten neben einer größeren Kriegsbereitschaft auch die Überführung zu dem Neuplan im Auge. Der letztere kam daher zur Sprache, als jene von mir mit dem Minister und den Referenten seines Ministeriums beraten wurden. Es handelte sich um die Ermittelung, wie weit man in den Neuplan überlenken könne und also um die Feststellung des letzteren wenigstens in den allgemeinsten Zügen. Der Minister war mit den Referenten nicht einig und zeigte sich schweigsam, widerwillig und hinhaltend wie im Winter.

Da die Verhältnisse ein langes Überlegen nicht gestatteten, vielmehr rasch gehandelt werden mußte, da ferner die Landwehr in der Mobilmachung sich gut gehalten hatte, und ich deshalb mit ihrer Reform nicht gleich hervortreten wollte, so ließ ich die Sache für den Augenblick fallen und bestimmte, daß die bereits angeordneten Kriegsbereitschafts-Maßregeln vorläufig auf ein Jahr Bestand haben sollten, damit bei vielleicht eintretendem Kriegsfalle im nächsten Frühjahr die Armee schneller unter den Waffen sein könne.

Dies geschah im Juli. Bald darauf reiste ich nach Ems und Ostende und kündigte dem General Roon bei der Durchfahrt in Düsseldorf an, er werde in kurzem von mir die Order erhalten nach Berlin zu gehen, um im Kriegsministerium eine Einigung über den Reorganisationsentwurf mit herbeizuführen und mir darüber Bericht zu machen. Diese Order war zu Anfang September eben ausgefertigt, als ich dort von dem Kriegsminister aus Berlin ein Memoire erhielt, in welchem er mir zu meinem nicht geringen Erstaunen mit einem Male die Reorganisation der Armee sehr dringend ans Herz legte und seine Ansichten darüber entwickelte. Da ich mit ihnen in der Hauptsache einverstanden war, so gab ich sogleich den Befehl an das Kriegsministerium, nunmehr unter Zuziehung des Generals v. Roon zur Feststellung des Projektes vorzugehen und demselben das

1859. Memoire des Kriegsministers zugrunde zu legen. Dem Befehle fügte ich noch verschiedene Punkte hinzu, die darin aufgenommen oder dabei in Betracht gezogen werden sollten. Das Resultat dieser Arbeit war ein einheitlicher Reorganisationsentwurf, welcher in seinen Grundzügen sowohl meinen Intentionen als auch zugleich den Ansichten des Kriegsministers entsprach, und welcher nur noch wenige Fragen offen ließ, die der General Roon Ende September zu meiner Kenntnis und Entscheidung nach Baden brachte. Ich gab sie ihm schriftlich mit nach Berlin zurück und besprach sie mit dem Kriegsminister, als er später nach Baden kam, in einer längeren Unterredung, so daß ihm über meine Willensmeinung und daß Ich daran festhalten würde, wie ich bereits oben bemerkt habe, nicht der geringste Zweifel bleiben konnte.

Nichtsdestoweniger habe ich nach meiner Rückkunft nach Berlin in der Mitte Oktober den ganzen Entwurf mit dem Minister im Beisein des betreffenden Referenten noch einmal einer Revision unterzogen. Einige Fragen, Dislokationsverhältnisse und Änderungen im Mobilmachungsplan betreffend, fanden hierbei ihre Erledigung. Die übrigen entschied ich nach meinem Dafürhalten und ließ die Entscheidung in den Entwurf setzen, und zwar in Gegenwart des Ministers, welcher dagegen weiter keine Schwierigkeiten erhob. Diesen dergestalt revidierten und vervollständigten Entwurf befahl ich nun einer aus Generalen gebildeten Kommission vorzulegen, um sie in den Stand zu setzen, über verschiedene Punkte desselben, welche Ich selbst bestimmte, ihre Meinung abzugeben, denn ich wollte in einer so wichtigen Sache nicht vorgehen, ehe ich die Armee in ihren ältesten und erfahrensten Offizieren zu Rate gezogen hätte.

Hierbei ereignete sich nunmehr der sehr eigentümliche Fall, daß der Referent des Kriegsministeriums der Kommission nicht den revidierten, sondern den nicht revidierten Entwurf unverändert vortrug, daß meine in denselben eingetragenen Entscheidungen nicht als solche, sondern nur beiläufig in der Kommission zur Sprache kamen, ja daß einige derselben zur Diskussion und Abstimmung gelangten, und daß der Referent einen be-

sonderen Standpunkt des Kriegsministeriums geltend machte, der von finanziellen Rücksichten und Bedenken geboten werde. Sie können sich mein Befremden denken, als ich dieses aus dem Protokoll ersah. Der Minister, welchen ich über diese Art, meine Befehle auszuführen, zur Rede stellte, wußte keine andere Entschuldigung als die, daß die Generale seinen Ansichten beigestimmt hätten und diese dadurch gerechtfertigt würden. 1859.

Hiernach blieb mir nichts weiter übrig, als nun selbst die Kommission unter meinem Vorsitze noch einmal zu versammeln, um sie über die betreffenden Punkte zu hören. Nachdem ich den Generalen bemerkt hatte, daß nicht die finanziellen, sondern nur die militärischen Seiten der Vorlagen ihrer Beurteilung angehörten, traten sie einstimmig meinen Bestimmungen bei. Nunmehr remonstrierte der Kriegsminister gegen dieselben, indem er mir schrieb, daß er nicht mit der Gewißheit eines glücklichen Erfolges an ihre Ausführung gehen könne.

Ich habe dann den ganzen Entwurf eine Woche lang noch einmal mit den Generalen v. Manteuffel und v. Alvensleben durchgearbeitet. Es handelte sich dabei hauptsächlich um die Fassung der Gesetzesstellen und verschiedener Detailbestimmungen. Eine wesentlichere Änderung, welche ich noch in denselben eintragen ließ, war die Belassung der 15 Garde-Infanteriekaders der Berliner und Potsdamer Garnison auf ihrer jetzigen Etatstärke von 686 Köpfen, während alle übrigen Infanteriekaders der Armee bis auf 538 Köpfe reduziert werden sollen. Da diese Änderung einen der Differenzpunkte bildet, so komme ich später noch darauf zurück.

So nun ging der Entwurf an den Kriegsminister zurück, indem ich ihm befahl, die Vorlagen für das Staatsministerium danach feststellen und die Kosten in ihrem jährlichen Betrage bis zur Vollendung der Reorganisation berechnen zu lassen. Diesen Befehl, welcher nur eine gewöhnliche Bureauarbeit forderte, glaubte der Minister nicht ausführen zu dürfen und reichte seine Entlassung ein.

Ich komme jetzt zu den Differenzpunkten, wobei ich die Reorganisation in ihren allgemeinsten Zügen erwähnen

1859. muß. Über ihre Notwendigkeit herrscht nur eine Stimme, denn niemand zweifelt mehr daran, daß die Landwehr in ihrer heutigen Gestalt den Anforderungen militärischer Disziplin nicht entspricht, daß die Gerechtigkeit bei der jetzigen Höhe der Bevölkerung es dringend fordert, die älteren Altersklassen der Landwehr zu schonen, daß diese älteren Leute auch nicht mehr die körperliche Gewandtheit besitzen, um der modernen viel beweglicheren Taktik zu genügen, daß endlich die Landwehrkavallerie nicht kriegstüchtig sei.

Diese Verhältnisse fordern zunächst die Verjüngung der Armee, und soll diese ihre Kriegsstärke beibehalten, auch eine größere Ersatzquote, welche die vermehrte Bevölkerung stellen kann, und welche zugleich der allgemeinen Dienstpflicht mehr entspricht als die jetzige. Darf nun aber die Armee aus Gründen, die ich oben entwickelt habe, auf die dreijährige Dienstzeit nicht verzichten, so kann diese vermehrte Rekrutenquote nur ausgebildet werden, wenn man die Linienkaders vermehrt. Dies soll nun bei der Infanterie in der Art geschehen, daß die Linienkaders der Garde und Linie sich an Zahl verdoppeln, die Reserve-Regimenter einen dritten Bataillonskader erhalten und die ganze Infanterie demnach 243 Kaders in 81 Regimentern zählen wird mit der Verpflichtung zu dreijähriger Dienstzeit im stehenden Heere, fünfjähriger Dienstzeit in der Reserve und elfjähriger Dienstzeit in der Landwehr, und mithin bei eintretender Mobilmachung nur die ersten acht Jahrgänge der mobilen Armee angehören, die Landwehr nach eintretendem Bedürfnis in die Festungen als Besatzung rückt.

Die Landwehrkavallerie dagegen soll eingehen, die Linienkavallerie aber inklusive Garde um 18 Regimenter vermehrt werden mit vierjähriger Dienstzeit im stehenden Heere, vierjähriger Dienstzeit in der Reserve und elfjähriger Verpflichtung in der Landwehr. Die Kavallerie würde also in Zukunft nur 56 Regimenter zählen und um 11 000 Pferde präter propter schwächer auftreten als früher.

Könnten die Kaders der Infanterie auf ihrer jetzigen Stärke von 686 Köpfen verbleiben, so würde dies einer tüchtigen Ausbildung, wie die Erfahrung gelehrt hat, am zuträglichsten sein.

Finanzielle Rücksichten aber gebieten deren Reduktion, welche in- 1859.
zwischen durch ein Minimum bedingt ist, unter welches sie nicht hinabgedrückt werden kann, ohne die ganze Haltung der Truppe und die Pflege des inneren Dienstes in Gefahr zu setzen.

Als Beweis dafür können die Truppen unserer deutschen Bundesgenossen dienen, deren Unvermögen neben ihrer unzureichenden Präsenzzeit hauptsächlich aus der geringen Größe ihrer Kaders entspringt, bei welcher der Soldat sich nie als Teil eines Ganzen fühlen lernt und daher immer nur der Bürger im Soldatenrock bleiben wird. Mangel an Disziplin ist die nächste Folge davon, wie wir ihn denn kürzlich in mehreren jener Kontingente erlebt haben, die kaum bei der Fahne versammelt, wieder nach Hause wollten, weil man sie unnützerweise gerufen habe, und denen man auch zum Teil in diesem Verlangen willfahren mußte. Aus diesen Gründen habe ich die Größe der Kaders, welche der Minister auf 502 Köpfe reduzieren wollte, auf 538 belassen. Einer Mehrausgabe wird dadurch vorgebeugt, daß die Reserve-Regimenter ihre Kaders nicht verdoppeln, sondern nur ein drittes Bataillon erhalten, und diese Differenz ist somit ausgeglichen.

Die zweite Differenz entstand über die Stärke der Kriegsbataillone. Ich will die bisherige von 1002 Köpfen beibehalten, der Minister dagegen beabsichtigte ihre Reduktion auf 802, nicht um an diesem Unterschiede von 200 Mann Ersparnisse zu machen, sondern um daraus teils Ersatz-, teils Reserve-Bataillone zu bilden und namentlich an den letzteren eine Besatzungstruppe für die Festungen zu gewinnen, an welcher es in dem jetzigen Mobilmachungsplane allerdings fehlt. So praktisch diese Idee im ersten Augenblick erscheinen könnte, so verliert sie doch ihre Haltbarkeit, wenn man erwägt, daß sie der mobilen Armee 50 000 Mann entziehen will. Rechnet man hierzu die 11 000 Mann Kavallerie, welche künftig ausfallen werden, so sollte also Preußen vor dem Feinde um 61 000 Mann, d. h. präter propter um zwei Armeekorps schwächer auftreten als im Jahre 1816, wo seine Bevölkerung 8 000 000 Einwohner weniger zählte denn jetzt.

Sie begreifen, daß ich einem solchen Vorschlage meine Zu-

1859. stimmung versagen mußte und ein anderes Auskunftsmittel an dessen Stelle treten ließ. Bis jetzt wurden die Festungen bei eintretender Mobilmachung durch die Landwehr (zweiten Aufgebots) besetzt. Dies soll nun auch fernerhin geschehen, zunächst durch die vier Jahrgänge vom 29. bis 32. Jahre, die dazu sukzessive versammelt würden, je nachdem der Gang der Kriegsereignisse das Bedürfnis herausstellt. Um nun aber diesen vier Altersklassen das Gefühl dieser Verpflichtung zu erhalten, so sollen sie in den vier Jahren einmal zu einer achttägigen Übung zusammengezogen werden. Der Minister wollte sich hierzu nicht entschließen, weil diese achttägige Übung der Landwehr das ihr zugedachte Geschenk vollständiger Übungsfreiheit verkürzen würde.

Ich glaube, daß das Gewicht von 50000 Mann Infanterie mehr vor dem Feinde diese Bedenklichkeit weit in die Luft schnellen muß.

Die dritte Differenz entspann sich über die Winterbeurlaubungen. Sie würden effektiv die zweieinhalbjährige Dienstzeit wieder einführen, den dritten Jahrgang nach Hause senden in dem Moment, wo gerade aus ihm und nur aus ihm allein die Unteroffiziere und Gefreiten erzogen und kreiert werden können. Jeder, der das Metier nur einigermaßen versteht, wird Ihnen sagen, und die sämtlichen Generale der Kommission haben es mir ausgesprochen, daß mit dieser Maßregel der innere Dienst der Kompagnien und damit der innere Halt der Armee zugrunde gehen müsse. Auch der Kriegsminister verwirft sie vom militärischen Standpunkt, er glaubt sie aus finanziellen Rücksichten empfehlen zu müssen.

Aber das alles haben wir bereits im Jahre 1820 auch gehabt, und Sie haben eben von mir gehört, was daraus geworden ist. Soll ich, der ich jene Experimente mit eigenen Augen gesehen, mit durchlebt und nie gut geheißen habe, nun selbst darauf zurückkommen? Im Gesetz nimmermehr. Besteht dies einmal, so wird es nicht wieder zurückgenommen. Als vorübergehende Maßregel dagegen in einzelnen Armeekorps, zur Schonung bei besonderen Kalamitäten behalte ich sie mir vor.

Der vierten Differenz habe ich bereits erwähnt, sie betrifft 1859.
die Belassung der 15 Infanteriekaders des Gardekorps der Berliner und Potsdamer Garnison auf ihrem jetzigen Etat von 686 Köpfen. Da sich diese Truppen aus der ganzen Monarchie rekrutieren, so würden sie, wenn man sie reduziert, ihre Reserven zu den jährlichen Übungen aus allen Provinzen heranziehen müssen. Der Wunsch, diesen weitläufigen und unbequemen Übungsmodus zu vereinfachen, hat mich zu der Ausnahmemaßregel bewogen, welche erlaubt, daß die Gardetruppen der hiesigen Garnisonen ihre Übungen ganz in früherer Weise für sich abhalten können, während sämtliche Gardereserven in ihren Provinzen von den dort zu errichtenden neuen Garde-Regimentern herangezogen werden sollen.

Von den Jägern, der Artillerie und den Pionieren spreche ich hier weiter nicht, da ihre Organisation im allgemeinen intakt bleibt. Sie vermehren ihre Friedenskaders insoweit, daß sie künftig bei Heranziehung der Kriegs-Augmentationsmannschaften das 28. Lebensjahr nicht mehr überschreiten.

Dies ist nun der Abriß des neuen Organisationsentwurfs, entwickelt durch alle Phasen seiner Entstehung aus der Unzulänglichkeit des Vorhandenen, von welcher die Überzeugung sich allmählich durch das ganze Land Bahn gebrochen hat. Wenn er dem letzteren bedeutende Opfer zumutet, so bringt er ihm anderseits große Erleichterungen zu, die in ihrer ganzen Größe kaum noch richtig gewürdigt werden. Überdies ist es die eiserne Notwendigkeit, welche gebietet, und ich hoffe, Sie in dem Vorgetragenen überzeugt zu haben, daß sich ihr finanziell nichts abdingen läßt, ohne in die Fehler zurückzufallen, welche eine vierzigjährige Erfahrung bloßgelegt hat.

In dem ganzen Entwurfe sind es also nur drei Punkte, über welche der Kriegsminister sich mit mir nicht einigen konnte:

1. die achttägige Übung der vier jüngsten Jahrgänge der künftigen Landwehr, zu welcher jeder Landwehrmann in den vier Jahren nur einmal herangezogen werden soll;
2. die Winterbeurlaubungen und

1859. 3. der erhöhte Etat der 15 Garde-Infanteriekaders der Berliner und Potsdamer Garnison à 686 Köpfe;

über den zweiten Punkt aber, den einzigen von einer wesentlichen finanziellen Bedeutung, war der Minister vom militärischen Standpunkte aus stets und sehr entschieden meiner Ansicht.

279] Notiz[1]) über die Thronbesteigung des Kaisers Nikolaus von Rußland.

[1859.]

1859. Alles falsch! Ich allein hatte durch besonderes Vertrauen des Kaisers Alexander Kenntnis erhalten von der Resignation des Großfürsten Konstantin zugunsten Nikolaus'. Diese Mitteilung geschah in Gatschina, Mitte Oktober 1823. Die Resignationsakte ist vom Mai (?) 1823 datiert, und die Unterhandlungen dazu fallen in die Zeit bald nach der Heirat des Großfürsten Konstantin mit der Fürstin Lowicz 1822. Kaiser Nikolaus und die Kaiserin Alexandra hatten nur oberflächliche, aber niemals offizielle Kenntnis des Aktenstücks erhalten, daher das Verfahren des Großfürsten Nikolaus beim Eintreffen der Todesnachricht des Kaisers Alexander sich erklärt. Ich habe bei meiner Rückkehr aus Petersburg dem Könige selbst sofort Mitteilung von der Eröffnung des Kaisers Alexander gemacht zu des Königs unglaublichem Erstaunen. Sonst hat niemand ein Wort darüber von mir gehört. Ich glaube auch nicht, daß der König dem Fürsten Wittgenstein etwas davon gesagt hat. Als die Todesnachricht vom Kaiser Alexander nach Berlin kam, eilte ich zum

Zu 279) [1]) Vgl. oben Nr. 30. Diese Notiz ist hervorgerufen durch eine schriftliche Bemerkung zu der Broschüre Projet d'une Charte constitutionelle d'Alexandre I[ier] empereur de Russie et les derniers jours de la vie de l'empereur Alexandre. Diese Bemerkung wiederholte die seit dem Tode Alexanders allgemein geglaubte Ansicht, daß ein edler Wettstreit zwischen den Brüdern Großfürst Konstantin und Großfürst Nikolaus über das Recht der Thronbesteigung stattgefunden habe, weil Nikolaus dem Bruder, als dem älteren, Konstantin aber dem jüngeren Bruder als dem durch Vertrag und Bestimmung Alexanders zur Thronfolge Berufenen huldigte. Übrigens hatte nach neuen Forschungen Kaiser Alexander dem Prinzen Wilhelm und durch ihn dem König Friedrich Wilhelm III. auch nur einen Teil der Wahrheit gesagt. Nikolaus wie Konstantin wußten sehr wohl Bescheid, wer von ihnen der wirkliche Thronfolger sei.

Könige. Er und ich allein wußten nun, was bevorstand und 1859
was sich auch sofort durch die verschiedenen Eidesleistungen in Warschau und Petersburg herausstellte. Durch Kaiser Alexander wußte ich gleichfalls, daß die Akte im Archive zu Petersburg und in der Kathedrale zu Moskau in duplo niedergelegt war. Was pag. 61 ad 1° gesagt wird, ist vollständig erlogen; ebenso ad 2°. Als ich nach dem Tode des Kaisers Alexander über Warschau nach Petersburg gesendet wurde und dem Großfürsten Konstantin mitteilte, daß ich und außer mir nur der König um seine Resignation gewußt hätten, wollte er es gar nicht glauben, bis ich ihm alle Details erzählt, die er dann ausführlich ergänzte.

Wilhelm.

280] Aus einer Denkschrift über die Reform der Bundes-Kriegsverfassung.[1]

Berlin, 21. Januar 1860.

Sämtliche Bundeskontingente, inklusive Preußens und 1860. 21. 1.
Österreichs Bundes-Armeekorps, repräsentieren höchstens eine Armee von 350 000 Mann, während das zu bekämpfende Heer, jedes für sich, 400 000 bis 500 000 Mann aufstellt. Es können mit solchen Gegnern also nur Kriege gedacht werden, bei denen die preußische und österreichische Armee in ihrer vollen Stärke mit auftreten werden. Hier tritt nun also die Frage uns entgegen, ob Preußen oder Österreich ihre Gesamtmacht, inklusive des Bundesheeres, unter einen Oberfeldherrn stellen wollen, den der Bund ernennt? Preußen wird dies niemals tun, davon muß sich Deutschland und Österreich fest überzeugen; — Österreich mag heute und bis zum eintretenden Fall noch so oft es aussprechen, daß es dies tun werde, so wird es ebensowenig wie Preußen es jemals dazu kommen lassen. Wo die preußische und die österreichische Armee auftritt, können sich die deutschen Kontingente nur diesen Heeres-

Zu 280) [1]) Von den Denkschriften des Regenten über diese Frage sind aus dieser Zeit bisher nur Bruchstücke veröffentlicht worden. Wir geben sie hier unter teilweiser Benutzung der Zwischenglieder, die der Herausgeber P. Bailleu eingeschaltet hat.

1860. massen anschließen, und da die so auftretenden Armeen eine Ausdehnung erreichen, die von einem Feldherrn nicht kommandiert werden kann, so zerfällt das Oberkommando von selbst in zwei große Hälften, die nach einem gemeinschaftlichen Operationsplan agieren.[2]) Das ist Einheit in der Teilung, nicht aber ist Einheit möglich, wenn ein Bundesfeldherr über 22 bis 24 einzelne Korps befehlen will!! . . . Nach diesen Andeutungen muß nun in Wien und Frankfurt a. M. deutlich gesprochen und gehandelt werden."

281] Aus einer Denkschrift über die Reform der Bundes-Kriegsverfassung.[1])

Berlin, im Februar 1860.

1860. Febr. „Diese zweite Denkschrift knüpft an die Vorgänge an, von denen die Bewegung für eine Reform der deutschen Kriegsverfassung überhaupt ausgegangen war, an den Kriegslärm des Jahres 1859 und die damalige Mobilisierung. Der Prinz erinnert daran, daß bei dem drohenden Bruche mit Frankreich in Süddeutschland die schleunigste Entsendung von zwei oder drei preußischen Armeekorps an den Oberrhein gefordert sei, und sieht darin ebenso sehr ein ‚Armutszeugnis für die deutschen militärischen Bundesinstitutionen', als ein ‚ehrenvolles und wahres Kompliment' für die Preußen, auf deren schnelleres Eintreffen man trotz der größeren Entfernung gerechnet habe. ‚Jenes Armutszeugnis', fährt er fort, ‚über die vernachlässigten militärischen Institutionen des deutschen Bundesheeres hat sich leider nur zu sehr zur Wahrheit bestätigt, als im Gefühl jenes Angstgeschreis und jener Furcht die deutschen Heereskontingente Hand an ihre herzustellende Schlagfertigkeit legten, und es sich nun zeigte, wie und wo alles fehlte und wie unbeholfen und langsam alle Einrichtungen zur Vorbereitung einer Mobilmachung in einem 45jährigen Frieden getroffen waren. . . . Aber in einem noch viel grelleren Lichte zeigte sich der Mangel an innerer Tüchtigkeit der aufgestellten Truppen. . . . Wie wenig aber mili-

[2]) Vgl. Nr. 289.

Zu 281) [1]) Vgl. die Anmerkung auf S. 479.

tärischer Geist und Zucht und Ordnung, also mit einem Worte 1860.
Disziplin in diesen verschiedenen Heeresabteilungen herrschte, beweist das Verlangen dieser zusammengewürfelten Soldaten, nach Haus entlassen zu werden, als nach wenigen Wochen ihres Zusammentritts der Krieg noch nicht ausgebrochen war. Weder im Innern dieser Abteilungen noch bei deren Kriegsherren waltete das Gefühl oder die Ansicht vor, daß es ein Glück sei, noch Muße zu haben, um sich einigermaßen für den Krieg vorzubereiten; denn — man gab den immer ungestümer werdenden Forderungen der waffentragenden Mannschaften nach — und entließ sie bis auf weiteres in die Heimat! — Dies war der Zustand des deutschen Bundesheeres, mit dem man träumte und verlangte, in einem Triumphzuge bis Paris marschieren zu sollen!! Eine größere Verblendung sah man fast nie!'"

„Der Prinz erkennt an, daß nach diesen Erfahrungen die Revision der Bundes-Kriegsverfassung allseitig als unabweisbar empfunden sei, vermißt aber in den bisher gestellten Anträgen ‚durchgreifende Vorschläge' und erklärt es deshalb für notwendig, daß Preußen seinerseits diese Aufgabe praktisch zu lösen suche und mit einem ‚Reorganisationsplan an den Bundestag gehe'."

„Vier Punkte sind es, die der Prinz dabei ins Auge faßt: die Organisation der Kontingente, die Beschleunigung der Mobilmachung, die Inspektionen und das Kommando des Heeres im ganzen wie der einzelnen Armeekorps.

Für die Organisation der Kontingente verlangt der Prinz, unter Hinweis auf die eben durchgeführte Reform in Preußen, wie schon 1849 ‚zur Erziehung des Soldaten', ‚die dreijährige Dienstzeit, und zwar eine ununterbrochene zur ersten Ausbildung bei der Fahne'. Preußen, das diese Reform eben bei sich durchführe, werde in diesem Punkte nicht mehr nachgeben. ‚Nur wenn auf dieser Grundlage die deutschen Kontingente organisiert werden, kann man sicher sein, eine disziplinierte Truppe sich zu erziehen, die nicht ihren Willen durchsetzt, sondern dem des Kriegsherrn in Gehorsam folgt.' Er fordert ferner für jedes Armeekorps gleiches Reglement, und zwar das preußische, das sich überall als das einfachste und praktischste bewährt habe, Gleichheit

1860. des Gewehrkalibers, der Verpflegungsordnung, der Gehaltssätze; ferner Verstärkung der Kontingente bis zur Höhe des in Preußen maßgebenden Prozentsatzes, d. h. etwa bis zu zwei Prozent der Bevölkerung. Der Prinz begründet diese Forderung, deren Durchführung eine ganz erhebliche Vermehrung der Streitkräfte zur Folge gehabt hätte, mit dem Hinweis auf die unerläßliche Verteidigung der Küsten, die bei einem Kriege mit Frankreich oder Rußland gegen etwaige Landungsversuche durch ansehnliche Besatzungen geschützt werden müßten.

Auch für die Mobilmachung empfiehlt der Prinz einfach die Annahme der preußischen Einrichtungen, also vollständige Vorbereitung der für die Kriegsstärke erforderlichen Kleidungsstücke, Armatur, Munition, Feldgerät usw., Bezeichnung der verfügbaren Pferde, Angabe der Konzentrationspunkte, Fertigstellung der Marschrouten, Kompletterhaltung der Feldequipagen, Wagen, Geschirre usw. ‚Alles muß so vorbereitet sein, daß am 14. Tage nach erfolgter Mobilmachungsorder die Truppen marschfertig sind.'"

Um die strenge Durchführung dieser Maßregeln nach allen Seiten hin zu sichern, verlangt der Prinz endlich eine Vermehrung und Verschärfung der Bundesinspektionen, die am besten in Verbindung mit der Einführung ständiger Kommandos für die gemischten Armeekorps (VIII., IX., X.) geregelt werden könnten. Die Kontingente dieser Korps sollen alljährlich teils in den Garnisonen, teils nach Zusammenziehung größerer Abteilungen inspiziert werden; für die Korps selbst, die vielleicht mit Ausnahme des ganz zersplitterten IX. Korps dabei in sich konzentriert werden müßten, überträgt er die Inspektion an Preußen und Österreich. Die Kontingente endlich der Reservedivision müßten an den Übungen der nächsten preußischen Korps oder Divisionen teilnehmen.

282] An den Prinz-Gemahl von England.

Berlin, 1. März 1860.

1860. 1. 3. Von Tag zu Tag verschob ich diese Antwort, da ich immer auf einen Abschluß in der politischen Krisis rechnete, der einen

Rückblick und einen Vorblick gestattet. Ein solcher Moment scheint 1860. mir jetzt gekommen zu sein, wo Preußens und Rußlands Antworten auf die englischen vier Punkte erfolgt sind, wo die englischen Minister energisch im Parlament sich gegen die savoyschen Inkorporationsgelüste ausgesprochen und Napoleon gesprochen hat.[1])

Daß Preußen und Rußland auf das Prinzip der Volkssouveränität nicht pure eingehen würden, war vorauszusehen. Napoleon hat also selbst auch diesen Punkt in seinen neuesten formulierten Vorschlägen fortgelassen, von einem erneuerten dergleichen Votum abgestanden; er steht ferner energisch ab von der Annexion Toskanas mit Sardinien, während er die zwei kleinen Herzogtümer annektieren lassen will. Somit ist also freilich ein starker Teil des Friedens von Villafranca umgestoßen; aber die Situation dieser zwei Herzogtümer ist derart, daß selbst wir, die wir uns stets auf der Basis der Legitimität halten müssen, bald ein fait accompli werden anerkennen müssen, wie einst in Belgien!

Den vorgeschlagenen Ausweg wegen der Romagna, eine Art Suzeränität, verwerfe ich nicht, indem es eben ein Ausweg ist, zu dem man den Papst bewegen müßte. Da nun Venetien intakt bleiben soll, so ist das Programm[2]) jusqu' à l'Adriatique glücklich nicht erfüllt; daher also auch die Annexion Savoyen-Nizzas in keiner Weise gerechtfertigt, was also auch Euer energisches Protestieren rechtfertigt. Auf Eure Aufforderung haben wir uns in ähnlicher, bestimmter Weise ausgesprochen, wenngleich nach der Napoleonischen Thronrede diese Frage den Großmächten vorgelegt werden soll, welche Vorlage doch eine ganz andere Basis der Beantwortung erwarten läßt, wenn England, Preußen, wahrscheinlich auch Rußland, Österreich gewiß, einverstanden sind. Dies erscheint mir nach den langen Schwankungen endlich ein

Zu 282) [1]) Bezieht sich auf Napoleons italienische Politik nach dem Frieden von Villafranca. Napoleon wollte, da weder Österreich noch der Papst die im Frieden zugesagten Reformen ausführten, jetzt Savoyen und Nizza annektieren. — [2]) Programm der italienischen Einheitsbewegung, das auszuführen ihnen Napoleon zugesagt hatte.

1860. Punkt zu sein, auf dem also die vier Mächte einverstanden sind, so daß hiermit, ohne eine Koalition oder gar Allianz zu bilden, doch eine moralische Einmütigkeit den französischen Annexionsgelüsten entgegentritt. Dies scheint mir von ganz ungemeiner Wichtigkeit in diesem Momente zu sein. Niemand ist dabei mehr als Preußen und Deutschland interessiert wegen des linken Rheinufers, welches ganz gleich dem Versant des Alpes als eine geographische Verteidigungslinie beansprucht werden dürfte. In dieser letzten Beziehung sind wir also mehr als alle anderen Großmächte interessiert und verpflichtet, gegen dergleichen Annexionspläne uns auszusprechen, damit eine Gutheißung derselben uns nicht dereinst als Antezedenzien vorgehalten wird, und auch Ihr anderen durch Eure jetzige Willfährigkeit uns nicht dereinst zur Herausgabe des linken Rheinufers nötigt.

Ein anderer Punkt, dem Preußen nicht zustimmen konnte, ist der der Anerkennung der Nonintervention als Prinzip. Du sagst in Deinem Briefe gewiß richtig, daß man niemand eine Regierungsform mit Waffengewalt aufzwingen soll. Aber ist es denn nicht ebenso richtig, nach Anrufung um Hilfe der legitimen Souveräne, sie vor Aufzwingung der Regierungsformen der Revolution zu schützen? Eine Ausnahme gibt es hierbei nur, nämlich die, wenn stipulierte Rechte einem Volke zur Seite stehen, wie dies in der schleswig-holsteinischen Frage der Fall ist. In Italien ist es ganz anders; dort stehen den Souveränen die stipulierten Rechte vertragsmäßig zur Seite, und das Volk verlangt nur nach zeitgemäßen Reformen, die leider die Souveräne nicht rechtzeitig zu gewähren verstanden. Aber ein stipuliertes Recht auf solche Reformen steht ihnen nicht zur Seite! Daß diese Souveräne nicht rechtzeitig zu handeln verstanden, wird wahrscheinlich ihre déchéance zur Folge haben! Möchte doch dies Beispiel manchem deutschen Souveräne die Augen öffnen; aber im Gegenteil, sie werden immer blinder!

Daß Napoleon Herr der Situation in der Handels- und Kirchenfrage bleiben würde, war von Anfang an auch meine Überzeugung. Nicht so überzeugt war ich von der Gewinnung der öffentlichen Meinung in England für den Handelsvertrag.

Das Votum des Parlaments beweist aber, daß derselbe gewiß 1860.
angenommen wird. Ganz einverstanden bin ich mit Dir, daß derselbe für Deutschland von Wichtigkeit werden kann, und daß der Zollverband endlich zu den von Preußen immer aber vergeblich angestrebten freien Handelsprinzipien sich bequemen wird.

Der Schein oder der Vorwand, welcher zum Kriege in Italien dienen soll, sind die Regierungsformen, welche die verschiedenen Gouvernements anwenden. Der wahre Grund ist aber Sardiniens Gelüste nach Vergrößerung. Und dazu soll irgend eine unbeteiligte Regierung die Hand bieten? Welches Völkerrecht lehrt, daß man einem andern Staate den Krieg machen darf, weil er anders regiert wird, als man es wünscht? Und wo liegt die Nötigung, die unbegründeten Vergrößerungsgelüste auf Kosten eines andern zu unterstützen? — Ein noch anderer Grund zum Kriege ist die Ansicht Napoleons, daß ein Napoleonide die Traktate von 1815 zerreißen müsse, wenn sich eine Gelegenheit dazu bietet. Diesem Satze ist ganz einfach der entgegenzusetzen, daß alle andern Staaten berufen sind, die Aufrechterhaltung dieser Traktate zu gewährleisten. Wenn Frankreich dies bestimmt weiß, so wird es sich zehnmal besinnen, ehe es zum Kriege schreitet. Nach einer andern, d. h. der österreichischen Seite muß dieselbe Sprache der Abmahnung irgend eines provozierenden Schrittes in Italien geschehen. Wer unnütz provoziert, wird so leicht keine Alliierten finden, das ist meine stehende Phrase mit den auswärtigen Diplomaten hier, denn das ist meine innigste Überzeugung.

Für Preußen entsteht nun die Frage, was hat es zu tun, wenn Frankreich Italien in einem Konflikt mit Österreich unterstützt? Die öffentliche Meinung in ganz Deutschland hat sich seit vier Wochen in einer Art gegen Frankreich ausgesprochen, daß man dem die Augen nicht verschließen darf. Soweit möchte also auch Preußens Aufgabe vorgezeichnet sein, denn die Gefahr der Revolutionskriege liegt nahe, daß, im Fall den französischen Waffen der Sieg verbliebe, diese dann bald gegen Deutschland und Preußen gerichtet werden würden, wenn diese neutral geblieben wären und Österreichs désastres ruhig mit angesehen hätten. Wie

1860. ist aber unsere Lage, wenn England für Frankreich in einem solchen Kriege, d. h. also für Italien, sich erklärt? Noch mehr, was sollen wir tun, wenn Rußland droht, einer solchen anglo-französischen Alliance beizutreten? Würde eine solche Alliance nicht Preußen und Deutschland zur Neutralität zwingen, die freilich eine bewaffnete sein würde? Aber gesetztenfalls, England und Rußland bleiben neutral, Österreich bleibt siegreich gegen eine franko-italienische Alliance, werden Deutschland, also auch Preußen, Zuschauer bleiben; wie stiegen Österreichs Aktien in der Welt und vor allem in Deutschland! Kann dies Preußen gleichgültig sein??

Wie ist aus diesem Dilemma herauszukommen? Diese Frage richte ich an Dich. Auf Deine Antwort bin ich im höchsten Grade gespannt, denn sie wird für uns entscheidend sein.

283] Gespräch mit dem Herzog von Koburg.

März 1860.

1860. März. Wenn der Entwurf[1]) von Ministern herrührte, wenn er ihn nur adoptiert hätte, und er werde im Hause der Abgeordneten verworfen —: dann müßte er natürlich die Minister entlassen. Der Entwurf sei aber sein, des Regenten, eigenstes Werk, und von den Ministern nur adoptiert worden — unmöglich könne er daher die Minister entlassen, wenn der Entwurf falle; er selbst müsse dann zurücktreten.

284] Gespräch mit Th. v. Bernhardi.

15. März 1860.

1860. 15. 3. „Ich habe Ihnen noch nicht mein Kompliment machen können wegen der Broschüre,[1]) mit der Sie uns beschenkt haben; sie ist vortrefflich; ich kann Ihnen nur sagen, daß wir, der Kriegsminister und ich, sie unterschreiben. — Sie hat aber doch nicht gefruchtet; die Herren scheinen [später] alle konfus geworden zu sein!"

Zu 283) [1]) Zur Militärreorganisation.

Zu 284) [1]) In der Bernhardi die Notwendigkeit der Militärreorganisation lichtvoll begründet hatte.

Der Regent kommt in den Saal, wo ich bin, apostrophiert Vincke,[2]) verweist auf mich, stellt mich einer ganzen Reihe von Herren gleichsam vor — und sagt: „Da! an die Nichtmilitärs müssen wir uns wenden in militärischen Fragen! — das ist ein auxiliaire!“ Die Herren in der Militärkommission seien alle konfus geworden — die verabschiedeten Militärs seien die schlimmsten — auch Vincke sei von dem allgemeinen Schwindel angesteckt gewesen. Der alte Brandt[3]) sei der einzige Vernünftige — „nun, ich werde noch in dies Wespennest fahren!“ 1860.

285| An den Major L. v. Orlich.

11. April 1860.

Ihre sämtlichen sechs Briefe habe ich richtig erhalten und sage ich Ihnen meinen besten Dank für alles so überaus Interessante, was Sie mir mitteilten, sowie für die guten Wünsche zum Geb[urts]tag. Vornehmlich dieser Brief hat mich ungemein interessiert, da er einen Abriß der europäischen Lage, vis à vis von Frankreich, gab, den ich ungemein richtig und beherzigenswert finde. Die Schilderung von Frankreich und England halte ich für klassisch. Unsere Lage bezeichnen Sie ebenfalls vollkommen richtig;[1]) sie ist schwierig, aber voller Zukunft. Daß die militärische Frage aus dem finanziellen Gesichtspunkt allein auf Schwierigkeiten stößt, nehme ich nicht an. Die Demokratie sieht in demselben die Möglichkeit verdorben, undisziplinierte Landwehren 1860. 11. 4.

[2]) Der Abgeordnete Freiherr Vincke-Olbendorf. — [3]) General.

Zu 285) [1]) Am 12. Januar 1860 war zum erstenmal der Gesetzentwurf über die Heeresreorganisation vorgelegt. Er stieß sehr bald, wie der König gleich anfänglich richtig erkannte, nicht sowohl nur auf finanzielle Bedenken, als vielmehr auf allgemeine Furcht vor neuer Reaktion. Man fürchtete einerseits eine neue Stärkung des Junkertums in einem, nach angeblicher Beseitigung oder Herabsetzung der Landwehr fest in sich geschlossenen Heere und anderseits erneute Verdrängung des bürgerlichen Elements aus dem Heere und der gesamten Staatsverwaltung. Die Kommission des Abgeordnetenhauses verwarf den Entwurf, und es wurden demnächst, da die Regierung sich auf den Standpunkt stellte, daß nach dem Gesetz von 1814 der König die Zahl der auszuhebenden Truppen frei bestimmen könnte, die Kosten für die Vermehrung bewilligt, wobei das Abgeordnetenhaus den Minister v. Patow dahin mißverstanden hatte, daß es sich nur um eine provisorische

1860. zu ihren Zwecken verwenden zu können, wie ihr dies 1849 zum Teil gelungen war. Dies ist der Hebel, der angesetzt wird, versteckt hinter der Geldfrage. Warum genoß denn Patow, als unbedingt unsere erste Finanzkapazität, so volles Vertrauen bisher, und soll es verlieren, weil er die völlige Möglichkeit nachgewiesen hat, daß das Land die Forderung vollkommen tragen kann, indem es während drei Jahren nicht einen Groschen mehr zahlen soll als heute, und nach jenem Termin durch Staatsschulden-Zinsenersparnis, Grundsteuer[2]) und steigende Überschüsse die Deckung gesichert ist? Da muß also etwas anderes dahinter stecken, und das habe ich eben genannt. Aber wie dumm ist diese Demokratie, zu glauben, daß auf so lange beurlaubte Mannschaften, wie nach dem neuen Projekt festgestellt wird, die Einwirkung der Umsturzpartei nicht auch möglich sei. Darauf ist das Projekt wahrlich nicht gebaut. Es ist gebaut auf Verjüngung der Mannschaften, Erleichterung der älteren vier Jahrgänge der Landwehrmannschaften und auf Einstellung der Beurlaubten in festen, leider immer noch schwachen Cadres (500 auf 1600 Mann). Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß wir an das gewünschte Ziel kommen. Aber die Haltung des Herrenhauses[3]) ist weit schlimmer als alles andere, und das ist der Unsegen! — Nun noch tausend Liebes Ihrer Gemahlin; auf Wiedersehen also im Sommer.

Ihr Prinz von Preußen.

286] Aus einem Gespräch mit Th. v. Bernhardi.

12. April 1860.

1860. 12. 4. Das[1]) sei bereits 1842 im Rat des Königs vorgeschlagen worden; aber gerade er selbst sei damals auf das entschiedenste dagegen aufgetreten; er habe geltend gemacht, was denn daraus werden soll, wenn alle Leute im ganzen Lande einexerziert seien ohne Disziplin — (Worte, die er mit besonderem Nachdruck spricht) — damit erziehe man Barrikadenhelden! — Glücklicher-

---

Bewilligung für ein Jahr handle. — [2]) „Handsteuer" in der Vorlage ist nur Druckfehler. — [3]) Beim Gesetzentwurf über die Grundsteuer.

Zu 286) [1]) Das Exerzieren der Knaben in den Schulen.

weise sei der Plan damals beseitigt worden, sonst wäre die Sache 1848 wohl noch schlimmer geworden als sie ohnehin schon war. 1860.

Gegen das Turnen in der Schule habe er nichts, meint der Prinzregent; das sei etwas anderes. Und doch! zweimal habe man es angefangen und man habe es wieder aufgeben müssen, weil sich jedesmal „politische Tendenzen“ hineinmischten.

287] Aus einem Gespräch mit dem Abgeordneten v. Saucken-Tarputschen.

15. April 1860.

Nach Tisch aber sprach der Regent sehr freundschaftlich mit ihm[1]) über die Militärvorlagen und deren Notwendigkeit — und äußerte: „Wenn Napoleon klug wäre, würde er mich jetzt angreifen,“ denn jetzt gerade sei Preußen am wenigsten gerüstet. — Da Saucken zu einem entschlossenen Handeln in der auswärtigen Politik aufforderte, meinte der Prinz, die Sache sei schwierig, weil Preußen nicht wohl ganz allein den Kampf auf sich nehmen könne, auf Verbündete aber wenig zu rechnen sei. Auf „die beiden Kaiserhöfe“ sei nicht zu zählen, der eine (Rußland natürlich) wolle nicht — der andere (Österreich) könne nicht. England sei schwankend und der Deutsche Bund ganz unzuverlässig. 1860. 15. 4.

Die Situation sei um so schlimmer „da ich die erste Schlacht ganz gewiß verliere“ — da fiel der Graf Lehndorff[2]) ein: „Und dann ist es vorbei mit der Begeisterung der Landwehr!“ —

Saucken maß den Mann mit einem Blick der Geringschätzung und äußerte dann gegen den Regenten: Se. Königliche Hoheit würden gewiß zugeben, daß es unnötig sei, auf dergleichen zu antworten — und da von den Gefahren der Zeit die Rede war, von den schmerzlichen Erlebnissen, die uns vielleicht — ja wahrscheinlich bevorständen — sprach er die Überzeugung aus, daß der Kampf doch enden werde wie er müsse, damit daß

Zu 287) [1]) Dem liberalen Abgeordneten v. Saucken-Tarputschen, der vorher gegen den Zweifel des Regenten an dem Patriotismus der gegen die Militärreorganisation kämpfenden Abgeordneten Verwahrung eingelegt hatte. — [2]) Flügeladjutant.

1860. die natürlichen Grenzen Deutschlands hergestellt würden — das heißt, daß alles Land bis an die Vogesen wieder zu Deutschland komme. — Der Regent meint, das sei sehr wünschenswert, liege aber in sehr weiter Ferne.

288| Auf dem Bahnhof St. Johann-Saarbrücken.[1]

25. Mai 1860.

1860. 25. 5. Preußen wird nie zugeben, daß auch nur ein Fußbreit deutschen Landes verloren gehe.

289| Gespräch mit L. v. Ranke.

13. Juni 1860.

1860. 13. 6. Der Prinzregent hatte sich das Memoire vorlesen lassen und wünschte zu hören, ob ich nicht etwas hinzuzufügen hätte. Ich befand mich eine halbe Stunde in der Region historisch-politischer Anschauungen einem Manne gegenüber, welcher versteht und vermag.

Einer meiner Sätze: Es gebe drei Stadien in revolutionärer Bewegung: 1. die Fürsten werden gestürzt, wenn sie keine Armee haben oder sie vernachlässigen; 2. darauf die Wildheit revolutionärer Wirren; 3. dann ein Usurpator, der die Waffen zu führen weiß. — Der Fürst glaubte, daß er [der Satz] sehr wahr und konsequent gebildet sei.

Die Summe seiner Entschlüsse war: 1. jede, auch die leiseste Kontestation mit Frankreich zu vermeiden, aber um kein Haarbreit nachzugeben in politischen Fragen; 2. die deutschen Fürsten in ihrer Souveränität zu schonen, aber in militärischen Dingen eine Einheit hervorzubringen, welche eine große gemeinschaftliche Wirksamkeit ermögliche.

Einen vollkommenen Begriff hatte er davon, daß die militärische Macht die Souveränität in sich schließe.

Zu 288) [1]) Dieses bei der Einweihung der Rhein-Nahe-Bahn gesprochene Wort wurde damals, da Napoleons Gelüste auf deutsche Länder die Welt beunruhigten, mit außerordentlicher Begeisterung aufgenommen.

Unsere Lage beruht eben darauf, daß die Militärgewalt 1860.
des Fürsten und eine liberale Tendenz der Regierung kombiniert werden sollen.

290] Ansprache an die deutschen Fürsten auf dem Fürstentag in Baden-Baden.

[18. Juni 1860.]

Es ist meinem Herzen ein Bedürfnis, Eueren Majestäten[1]) 1860. 18. 6.
meinen lebhaftesten Dank auszusprechen, daß Sie sich so bereitwillig geneigt gezeigt haben, bei der Zusammenkunft mit dem Kaiser Napoleon hier mit mir anwesend sein zu wollen. Euere Majestäten haben dadurch der Absicht, in welcher ich meinerseits dieser Zusammenkunft zugestimmt hatte, das Gewicht der Übereinstimmung gegeben. Nicht minder bin ich verpflichtet, den anwesenden Majestäten, Königlichen Hoheiten und Hoheiten, welche zu gleichem Zweck herbeigeeilt sind, meinen aufrichtigen Dank für die Unterstützung auszusprechen, die mir dadurch in meiner Begegnung mit dem Kaiser Napoleon zuteil geworden ist. Es ist der Beweis gegeben worden, wie einig Deutschlands Fürsten sind, wenn dem gemeinsamen Vaterlande Gefahr drohen sollte.

Der Kaiser Napoleon hatte als Grund seines Wunsches einer Zusammenkunft mit mir die Absicht ausgesprochen, seinen Willen, den Frieden zu erhalten, dadurch vor Europa zu beweisen und die Aufregung der Gemüter in Deutschland zu beschwichtigen, die, wie es wohl bekannt ist, von der Besorgnis erfüllt sind, daß die Annexionspolitik auch auf Teile Deutschlands ausgedehnt

---

Zu 290) [1]) Von Bayern und Württemberg, zu denen die von Sachsen und Hannover sich zugesellt hatten. Auf Napoleons Wunsch fand zwischen dem Regenten und Napoleon eine Zusammenkunft in Baden-Baden statt, nachdem der Regent die Bedingung gestellt, daß von einer Abtretung irgend welchen deutschen Gebietsteils überhaupt nicht die Rede sein werde, und nachdem er die mißtrauischen deutschen Fürsten eingeladen hatte, an dieser Zusammenkunft teilzunehmen. Die Aufzeichnung des Prinzen über seine vorangegangene Unterredung mit Napoleon, von der Sybel, Begründung des Deutschen Reichs, II. 361, spricht, ist uns im Wortlaut nicht bekannt.

1860. werden könnte. Wir sind nunmehr Zeuge gewesen von den wiederholten und uns allen übereinstimmend vorgetragenen friedlichen Versicherungen des Kaisers und aus der freimütigen offenen Antwort, welche dem Kaiser zuteil geworden ist, wird derselbe die Überzeugung geschöpft haben, daß wir gern bereit sind, seinen Friedensversicherungen Glauben zu schenken. Die Bedingungen, unter welchen ich auf diese Zusammenkunft allein eingehen konnte, habe ich dem Kaiser nicht verschweigen lassen, sie bestanden in der Voraussetzung, die Integrität Deutschlands in keiner Weise in Frage gestellt zu sehen. Indem der Kaiser auf Grundlage dieser Vorbedingungen erschienen ist, hat dieser Grundsatz eine Anerkennung erfahren, welche nicht verfehlen wird, nach allen Seiten hin Eindruck zu machen. Ich hoffe auch, damit wieder ein Zeugnis abgelegt zu haben, daß Preußens auswärtige Politik das Gesamtinteresse Deutschlands wohl im Auge hat. Ob Deutschland in näherer oder fernerer Zeit Gefahren drohen, ich spreche heute, als am Jahrestage eines denkwürdigen Sieges, in diesem erlauchten Kreise es gern noch einmal aus, was ich in meiner letzten Thronrede öffentlich erklärt habe, daß ich es nicht bloß als die Aufgabe der deutschen, sondern als die erste Aufgabe der europäischen Politik Preußens erachte, den Territorialbestand sowohl des Gesamtvaterlandes als der einzelnen Landesherren zu schützen. An dieser Aufgabe werde ich mich durch nichts beirren lassen, auch durch den Umstand nicht, daß die Entwickelung der inneren Politik, die ich für Preußen als unerläßlich erkannt habe, sowie meine Auffassung mehrerer Fragen der inneren deutschen Politik von den Auffassungen einiger meiner hohen Bundesgenossen abweichen möge. Die Erfüllung jener nationalen Aufgabe, die Sorge für die Integrität und Erhaltung Deutschlands, wird bei mir immer obenan stehen. Über die Loyalität meiner Bemühungen, die Kräfte des deutschen Volkes zu gedeihlicher Wirksamkeit zusammenzufassen, kann kein Zweifel bestehen. Sie haben niemals die Absicht, das völkerrechtliche Band, welches die deutschen Staaten umfaßt, zu erschüttern. Wiederholt habe ich erklärt, daß eine Reform des Bundes nur unter gewissenhafter Wahrung der Interessen aller

erstrebt werde, und die letzten Akte meiner Regierung werden 1860.
keinen Zweifel gelassen haben, daß ich den gegenwärtigen Augenblick für eine Reform dieser Art nicht für geeignet erachtet habe. Dagegen sind die Punkte bezeichnet worden, an welchen ich festhalten muß.

Wenn ich auf dem von mir betretenen Wege meiner inneren wie meiner deutschen Politik beharren muß, so habe ich doch keinen Grund, die Hoffnung aufzugeben, daß ich mich auf demselben mehr und mehr mit allen deutschen Regierungen begegnen werde. Auch auf eine Verständigung nach einer anderen Richtung hin hoffe ich: Auf die Verständigung zwischen Preußen und Österreich. Ich erachte dieselbe von der höchsten Wichtigkeit, und wenn in neuester Zeit eine Annäherung stattgefunden hat, so werde ich nicht verfehlen, den respektiven Kabinetten Mitteilung von den Fortschritten auf dieser Bahn zu machen. So möge denn unsere Vereinigung hier in Baden nicht nur den Beweis der Einigkeit gegen das Ausland gegeben haben, sondern auch das Gefühl derselben innerhalb des gemeinsamen Vaterlandes beleben und nichts dem Eindruck dieser Tage entgegentreten. Ich kann diese Ansprache nicht schließen, ohne dem Großherzog von Baden, der sich der Mühe herzlicher Gastfreundschaft so hingebend unterzogen hat, meinen Dank auszusprechen, welchem sich Euere Majestäten, Königlichen Hoheiten und Hoheiten gewiß gern anschließen.

291] Gespräch mit König Max von Bayern.[1])

Baden-Baden, 19. Juni 1860.

Im Auftrag der übrigen deutschen Fürsten erschien der 1860.
König von Bayern beim Prinzregenten, um ihm über die gestrige 19. 6.
Rede des Königs von Württemberg einige Erläuterungen hinzuzufügen. Mit Bezug auf die von Preußen beantragte Militärreform am Bunde schlug er an Stelle der vom Prinzregenten

---

Zu 291) [1]) Nach eigenhändiger Aufzeichnung. Nach der Abreise der übrigen Fürsten führte König Max dieses Gespräch mit dem Regenten herbei. Es zeigt die unglaublichsten Mißverständnisse der preußischen Politik.

1860. beantragten Zweiteilung eine Dreiteilung des Bundesheeres vor, wobei Preußen den nördlichen, Österreich den südlichen Flügel und die Mittel- und Kleinstaaten den Heerbann der Mitte bilden sollten; zugunsten dieses Vorschlages ersuchte er den Prinzen, seinen Antrag zurückzuziehen. Der Prinz antwortete, von einem Fallenlassen seines Planes könne keine Rede sein; der neu aufgestellte Plan sei ein Vorschlag wie der seinige auch, und der Beratung am Bundestag müsse, falls er an diesen käme, vorbehalten bleiben, für welchen man sich schließlich entscheiden wolle. Daß er aber der Dreiteilung den Vorzug geben solle vor der Zweiteilung, das könne man von ihm nicht verlangen. Die Einheit sei natürlich das Beste. Da aber bei der Größe der Armee und der unvermeidlichen Entfernung des Kriegstheaters die Zweiteilung sich ganz von selbst ergebe, so habe er diese vorgeschlagen, um so mehr, als bei den drei Malen, wo die Aufstellung der gesamten preußischen Armee und einer österreichischen weit über die bundesmäßigen Leistungen hinausgegangen war, von den Vorschriften der Bundeskriegsverfassung niemals die Rede gewesen, dieselbe vielmehr, als auf einen solchen Fall nicht anwendbar, stillschweigend beiseite gelassen worden sei. Die Aufstellung einer Bundesarmee aber, die getrennt von der österreichischen und preußischen aufmarschieren sollte, würde die Schaffung einer militärischen Anarchie bedeuten. Da nach den Paragraphen der Bundesverfassung bei dem Bundesfeldherrn jeder Souverän seinen Stellvertreter haben solle, so wäre an den Fingern abzuzählen, daß der Bundesfeldherr unendlich viel Remonstrationen und Einwirkungen ausgesetzt, daß seine Tätigkeit derart gelähmt sein werde, daß die Flügelarmeen riskierten, im entscheidenden Augenblick von der Zentrumsarmee im Stich gelassen zu werden. Ebenso schwierig aber wäre ein Oberkommando über diese drei Armeen, was eine Vervielfältigung von Behörden in sich schließe, die zu den entschiedensten Verzögerungen und Verschleppungen führen müßte, das Schlimmste und Gefährlichste, was im Kriege vorkäme. . . .

Als der König Max II. von Bayern die Forderung der vier Könige vom Tage vorher um Verfolgung und Ausrottung des

Nationalvereins[2]) mit Nachdruck wiederholte, antwortete der Prinzregent: Von Umsturzplänen, die dieser Verein im Auge habe, sei ihm nichts bekannt; wenn der Verein solche ausspreche, so brauche man ihm bloß den Bescheid entgegenzuhalten, den er durch den Minister Grafen Schwerin nach Stettin erteilt habe.[3]) Außerdem 1860.

---

[2]) Der Nationalverein, der die Verbreitung der nationalen Ideen und die Entwicklung der deutschen Einheit bezweckte, hatte vielfach bei den einzelnen Regierungen Mißtrauen erweckt und war allerlei Verfolgungen ausgesetzt. Am Tage vorher hatte der König von Württemberg der allgemeinen Abneigung Ausdruck gegeben. Der Herzog Ernst von Koburg legte dagegen Wert darauf, als der besondere Beschützer des Vereins zu gelten. — [3]) Wir geben diese ihrem Wortlaut nach in Zeitungen (Spenersche Zeitung vom 14. September 1859) vergrabene Antwort auf die Bitte der Stettiner Bürgerschaft vom 8. August um Schaffung einer Zentralgewalt in Deutschland hier wieder, weil der Minister Graf Schwerin sie rundweg ablehnen wollte, der Regent aber diese Ablehnung „einigermaßen in positivem Sinne modifizierte" und sich auf sie als seinen Erlaß nicht nur hier, sondern auch sonst mehrfach ausdrücklich bezieht.

An den Stadtschulrat Herrn Alberti
und die übrigen Unterzeichner der Adresse zu Stettin.

Berlin, 12. September 1859.

Se. Königl. Hoheit der Regent, Prinz von Preußen, haben auf den Antrag des Staatsministeriums geruht, die Allerhöchstdemselben von Ihnen überreichte Adresse mir zugehen zu lassen, um Sie darauf mit einer Bescheidung zu versehen.

Indem ich demgemäß auf Allerhöchsten Befehl es Ihnen auszusprechen habe, daß Sr. Königl. Hoheit die sich in der Adresse ausdrückende Gesinnung der Treue und des Vertrauens zu Ihm, sowie der Liebe und Hingebung für das preußische und für das deutsche Vaterland erfreulich gewesen, füge ich in betreff der Gesichtspunkte, welche die preußische Regierung den Bestrebungen auf eine Reform der deutschen Bundesverfassung gegenüber festhalten zu müssen glaubt, folgendes hinzu:

Die durch die letzten Ereignisse und Erfahrungen in weiten Kreisen bei aller Verschiedenheit der Ansichten lebendig gewordene Überzeugung, daß die Unabhängigkeit und Macht Deutschlands nach außen und die Entwicklung seiner geistigen und materiellen Kräfte im Innern ein festes und energisches Zusammenfassen dieser Kräfte und eine Umgestaltung der Bundesverfassung in diesem Sinne voraussetze, erkennt auch die preußische Regierung in ihrer vollen Berechtigung an. Aber sie darf sich weder durch die Kundgebungen, welche dieses nationale Bewußtsein hervorruft, noch durch ihre eigene Überzeugung von dem, was an sich als das Heilsamste erscheinen möchte, bestimmen lassen, von dem Wege abzuweichen, welchen ihr die gewissenhafte Achtung vor fremdem Recht und die Rücksicht auf das zur Zeit Mögliche und Erreichbare vorzeichnen. Dieselbe Achtung vor Recht und Gesetz, welche unsere inneren

1860. seien die Grundsätze seiner deutschen Politik in seinen Thronreden niedergelegt, so daß niemand an seiner Loyalität zweifeln könne. Wenn unter kräftigem Einschreiten verstanden werde, den Verein polizeilich zu verfolgen oder Personen zu verfolgen, die sich ihm anschlössen, so würde er dem niemals Folge geben, weil das den Verein erst zu etwas stemple, während er keine Bedeutung habe, wenn man ihn so lange gewähren lasse, bis er auf Taten ertappt werde, die gesetzwidrig die bestehenden Einrichtungen umwürfen. In welchem Falle er der erste sein würde, der ihn sprengen ließe. Die Verfolgungen, welche in Sachsen, Hannover usw. stattfänden, hätten die allgemeine Mißbilligung erfahren, da der Kern des Vereins etwas Nationales enthalte, und dem könne man nicht ungestraft ins Gesicht schlagen.

Damit erklärte sich der König von Bayern ganz einverstanden. Er selber habe diese Verfolgungen mißbilligt und in seinem eigenen Lande dergleichen nicht eintreten lassen. Und was er sich selber nicht gestattet hatte, das mutete auch er dem Regenten von Preußen zu. Wie sonderbar!

An dieses Gespräch knüpfte der Prinz eine Ausführung über die Grundsätze, nach denen er bei Antritt der Regentschaft zu handeln beschlossen hatte. Da er eine Verfassung vorgefunden habe, so sei seine Pflicht gewesen, nach derselben zu verfahren und nicht sie durch gezwungene Auslegungen zu verfälschen. Er hätte lange genug neben der Regierung gestanden, um sich von dem

---

Zustände kennzeichnet, muß auch unsere Beziehungen zu Deutschland und unseren deutschen Bundesgenossen regeln.

Durch die Förderung der gemeinsamen deutschen Interessen auf Gebieten, auf welchen sich praktische Erfolge hoffen lassen, durch die Stärkung der Wehrkraft des Vaterlandes, durch Befestigung gesicherter Rechtszustände auf dem ganzen Bundesgebiete, wird sie Deutschland im gegenwärtigem Augenblicke mehr zu nützen glauben, als durch verfrühte Anträge auf Änderungen der Bundesverfassung.

Entschlossen, diesen Zwecken unausgesetzt ihre Bemühungen zu widmen, glaubt sie dann aber auch bei allen, welchen, wie ihr, eine heilsame Entwicklung der deutschen Dinge am Herzen liegt, für sich selbst das Vertrauen in Anspruch nehmen zu dürfen, daß sie zu rechter Zeit die Wege zu finden wissen werde, auf denen die Interessen Deutschlands und Preußens sich mit den Geboten der Pflicht und Gewissenhaftigkeit vereinen.

Der Minister des Innern, Graf v. Schwerin.

Schaden zu überzeugen, den das System des letzten Ministeriums verursacht habe. Ob Verfassungen zum Heil des Volkes überhaupt gereichten, wolle er nicht untersuchen. Da, wo sie aber beständen, sei auch die Anschauung, die ihnen zugrunde liege, die Regierungsmaßregeln an die Öffentlichkeit zu ziehen und das Volk gesetzlich zur Teilnahme an der Gesetzgebung heranzuziehen, ins Volksbewußtsein eingedrungen. Diesem entgegenzutreten, sei sehr gefährlich, weil es ein Mißtrauen seitens des Monarchen gegen das Volk kundgebe. Nur in Einschränkungen der Verfassung die Sicherheit der Throne zu suchen, erscheine ihm gerade jenes Mißtrauensgefühles wegen falsch, und vielmehr in einer weisen Wechselwirkung des Nachlassens und Anziehens der Zügel der Gewalt liege für ihn die Sicherheit der Regierung. In diesem Sinne habe er zu handeln beschlossen und darum eine freiere Bewegung in konstitutionellem Sinne gestattet, wobei er sich wohl vorsehen würde, daß ihm die Zügel nicht entglitten. Der König von Bayern sagte dagegen, wenn er — der Prinz — dabei nur nicht eine traurige und schwer wieder gut zu machende Erfahrung mache, wie das schon mancher anderen liberalisierenden Regierung widerfahren sei. Darauf erwiderte der Prinz: Diese Frage habe er sich auch schon oft vorgelegt und nur in der oben dargelegten Auffassung Beruhigung gefunden. Er vergleiche das Regieren mit der Regulierung des Flußbettes eines Stromes. Um diesem ein regelrechtes Bette zu geben, müsse man die Ufer korrigieren und festigen, wo sie verheerend durchbrochen werden können, sie aber nicht zu enge und nicht zu weit ziehen, am allerwenigsten einen Damm quer in den Strom bauen, denn dann staue er rückwärts und verwüste in allen Richtungen. In England habe man diese Uferbauten unstreitig zu weit vom Strom entfernt angelegt, in Kurhessen und Hannover dagegen zu enge. Er hoffe, Preußen werde die Mittelstraße zu gehen imstande sein.

Österreich müsse aufhören, Preußen als einen Emporkömmling zu betrachten und es ehrlich als ebenbürtige Großmacht anerkennen. Auf die Frage des Königs von Bayern, ob er denn glaube, daß Österreich das nicht tue, antwortete er: Allerdings

1860. müsse er das verneinen. Österreich betrachte Preußen fortwährend als eine Macht, die es versuchen müsse, bei erster Gelegenheit auf den Standpunkt der Zeit vor dem Siebenjährigen Kriege zurückzudrücken, und sehe das als die Aufgabe der österreichischen Politik an. Daraus erkläre sich die fortgesetzte Opposition, die Preußen in allem finde, was ihm nur im geringsten eine Hebung in der öffentlichen Meinung geben könnte. Die ganze geographische Gebietseinteilung, welche Preußen auf dem Wiener Kongreß erhalten, konnte und sollte nur darauf berechnet sein, dasselbe zu keiner Stärke und einheitlichen Macht sich entwickeln zu lassen, wie es nach seinem Aufschwung 1813 bis 1814 erwarten durfte. Da Preußen trotz seiner nachteiligen Gebietsgestaltung dennoch von Jahr zu Jahr geistig und physisch sich entwickelte, so mußten von Österreich Mittel gesucht werden, den preußischen Staat anderweitig zu schwächen. Dieses Mittel wurde die Verdächtigung, daß Preußen keinen anderen Gedanken habe, als seine getrennten Ländergruppen durch Einverleibung der dieselben trennenden Nachbarn zu einem abgerundeten Ganzen zu gestalten. Jeder Blick, den Österreich diese Nachbarn auf die Karte tun lasse, müsse diese überzeugen, daß Preußen hierzu Lust habe; der Drang demnach, sich vor dergleichen zu schützen, liege nahe genug und ebenso der Schluß, daß der Schutz im österreichischen Lager zu finden sei, welches keine Vergrößerungspolitik derart treibe, wohl aber zur Aufrechterhaltung jedes Länderbesitzes berufen sei, den Preußen zu rauben beabsichtige. Darin habe Österreich sehr gelehrige Schüler bei Deutschlands Fürsten gefunden und somit sei die Lösung des Rätsels offenbar, warum alle mit Mißtrauen auf Preußen blickten, als den Erzverschlinger deutscher Lande. Eine fünfundvierzigjährige Erfahrung des Gegenteils habe dieses Mißtrauen nicht ausrotten können und augenblicklich sei es tiefer gewurzelt als je. Ob seine letzte Thronrede und sein gegenwärtiges Auftreten in Baden endlich diesem Mißtrauen ein Ende machen werde, müsse er abwarten. Aber daß er sich verletzt fühle, daß dergleichen auch von ihm geglaubt werde, könne ihm niemand verdenken. Wenn also Österreich es aufgebe, Preußen bei jeder Gelegenheit schaden zu

wollen, und die deutschen Fürsten selbst auffordere, Vertrauen 1860.
zu Preußen zu fassen, dann würde eine Ausgleichung sofort möglich sein, sonst aber nicht.

Der König von Bayern erwiderte, daß er diese Auffassung bisher nicht gekannt und auch selbst nicht gehabt habe. Er fragte, ob das die bestimmte Ansicht des Prinzen sei, was dieser bejahte. Der König sagte dann weiter, wie er gar nicht leugnen könnte, daß die Angst vor Vergrößerungsgelüsten Preußens in sehr vielen Köpfen stecke. Er habe sie aber nie geteilt. Nur die vorjährige Politik Preußens in der italienischen Frage habe Preußen allerdings Schaden getan, da man hätte glauben müssen, Preußen hätte Österreich absichtlich ins Unglück geraten lassen. Der Prinz fragte, ob man denn vergessen habe, daß die preußische Armee im vollen Marsche nach dem Rhein gewesen, als der Waffenstillstand und Vorfriede von Villafranca geschlossen ward? Nachdem er die militärischen Maßregeln vom 20. und 29. April, vom 14. Juni und 1. Juli aufgezählt, fragte der Prinz den König: wann seine Armee denn marschfertig gewesen sei? Die Antwort lautete: Gerade als seine — des Prinzen — Aufforderung zum Vormarsch gekommen sei, also in den ersten Tagen des Juli. Wörtlich dasselbe, erwiderte der Prinz, habe ihm der Prinz Friedrich von Württemberg im Wildbad gesagt, und so müsse er den König fragen, wie man das Geschrei vom April an, daß man ohne Aufenthalt nach Paris marschieren müsse, habe gewähren lassen können, während doch die Armeen, außer der preußischen, wenn er es gewollt hätte, gar nicht bereit gewesen wären, den Krieg zu beginnen, so daß, wenn er die preußische Armee im April mobil gemacht hätte, dieselbe entweder allein hätte nach Paris marschieren müssen, oder untätig bis zum Juli aufgestellt geblieben wäre? Daß er aber die preußische Armee nicht vorzeitig habe mobil machen lassen, hatte in der Auffassung gelegen, die der Graf Hatzfeld[4]) nach Berlin brachte, daß nämlich Napoleon nur darauf warte, die kriegerische Absicht in Deutschland zu sehen, um sofort den Krieg mit aller Macht

[4]) Preußischer Botschafter in Paris.

1860. nach Deutschland, statt nach Italien zu tragen. Seine Politik sei deshalb dahin gegangen, die französische Armee sich in Italien erst so festfahren zu lassen, daß im Moment, wo Deutschland den Krieg an Frankreich erklärte, die deutsche Armee nur eine geringe Streitkraft in Frankreich und so ein leichteres Spiel daselbst vorgefunden haben würde. Er müsse deshalb den König fragen, ob nicht im Juli, wo man zum strategischen Aufmarsch der Armee geschritten sei, genau der Augenblick eingetreten war, den er bezeichnet, wenn nicht der Friede von Villafranca geschlossen worden wäre?

Das mußte der König vollständig zugeben, indem er sagte, eine Auffassung, wie die des Grafen Hatzfeld, sei ihm ganz unbekannt gewesen. Er fragte dann, ob der Prinz den eigentlichen Grund zu diesem übereilten Frieden sich denken könne? Der Prinz antwortete: Für ihn sei dieser Grund in der vorhin entwickelten Absicht über Österreichs Gesinnung gegen Preußen zu suchen. Preußen habe im Begriff gestanden, den Krieg an der Spitze seiner und der Bundesarmee nach Frankreich zu tragen, wo die Aussichten für Deutschland günstig gestanden hätten. Hätten die Deutschen gesiegt, so würde Preußens Ansehen in Deutschland und in der Welt sehr hoch gestanden haben. Dies zu verhindern, sei Österreichs Aufgabe und Wille gewesen, und für diesen Zweck sei ihm das Opfer der Lombardei nicht zu groß erschienen. Der König von Bayern fragte darauf, ob der Prinz das wirklich glaube? Er habe von einem Brief gehört, den Napoleon dem Kaiser Franz Joseph gezeigt, und der die Absichten des Prinzregenten enthüllt habe, niemals für Österreich den Degen zu ziehen.

Der Prinz antwortete: Das habe er auch gehört, aber abgesehen davon, daß das eine Erfindung Napoleons sei, müsse er doch fragen, was er vom Kaiser Franz Joseph denken solle, daß er seinem Feinde so etwas glaubte, während sein in Berlin anwesender Feldmarschall Fürst Windischgrätz stündlich telegraphierte, wie die preußische Armee in vollem Marsche nach dem Rhein begriffen sei? Napoleon habe das sehr wohl gewußt und ganz richtig in seinem Friedensmanifest die Aussicht auf einen

Krieg am Rhein als Grund zum Frieden angegeben,[5]) während 1860.
Kaiser Franz Joseph sein Verfahren ganz falsch motiviert habe. Der König von Bayern tat sehr überrascht von dieser Ansicht über die Ursache des Friedens von Villafranca. Er wünschte eine Wiederaufzählung der preußischen Rüstungen des vorigen Jahres, und der Prinz von Preußen versprach, eine solche ihm zuzustellen. Der König fragte dann noch, ob der Prinz nicht glaube, daß ein Zusammentreffen seinerseits mit dem Kaiser von Österreich nach den jetzigen Zusammenkünften in Baden erwünscht und erfolgreich sein könnte?[6]) Der Prinz erwiderte, er sei dazu sehr erbötig, wenn der Kaiser Franz Joseph ihm dazu die Veranlassung bieten wolle, er selbst könne den ersten Schritt dazu nicht tun, nachdem dieser das Friedensmanifest von Laxenburg[7]) in einer so verletzenden Form erlassen und auch nicht den geringsten Schritt weder amtlich, noch vertraulich getan habe, um diesen Eindruck bei ihm zu verwischen. Bei dieser Gelegenheit wiederholte der Prinz die bereits aufgeführten kriegerischen Maßregeln Preußens und Deutschlands vom April bis Juli, um das Verletzende des Manifestes deutlich zu machen. Der König äußerte, er habe nicht gewußt, daß der Prinz jenes Manifest so verletzend gefunden hatte, sehe aber ein, daß der erste Schritt allerdings von Österreich zu geschehen habe. Der Prinz fügte hinzu, daß, wenn es zu einer Zusammenkunft käme, er vorher erklären müsse, daß er, seinem Grundsatze getreu, auf vorzeitige Bündnisse und Länderverbürgungen nicht eingehen könne, daß sich aber Besprechungen wohl denken ließen, um bestimmte Kriegsmöglichkeiten zu beraten, bei denen Preußen und Österreich gewiß nur vereint auftreten könnten in Verbindung mit Deutschland.

---

[5]) Vom Juli 1859. — [6]) Im Juli 1860 kam die Zusammenkunft in Teplitz zustande. — [7]) Das Friedensmanifest vom 15. Juli 1859 behauptete, Österreich hätte den kommenden Ereignissen vereinzelt entgegensehen müssen, da sich seine ältesten und natürlichen Bundesgenossen hartnäckig der Erkenntnis von der Bedeutung des Tages verschlossen hätten. Gegen diese Unterstellung beschwerte sich Preußen energisch.

292] An den Herzog Ernst II. von Sachsen-Koburg und Gotha.

Gastein, 17. Juli 1860.

1860. 17. 7. Tausend Dank für Deine Mitteilung vom 22. v. Mts. wegen der Badener Attacke auf den Nationalverein.[1]) Ich habe mich gleich nach Deiner Abreise und noch zu verschiedenen Malen gegen die Könige dahin ausgesprochen, daß ich meinen Standpunkt in der Angelegenheit in meinem Erlaß von Stettin vor der Welt kundgetan hätte, und daß ich dabei stehen bleibe. Solange nur durch Besprechungen und gemäßigte Preßerzeugnisse der Verein sich in den bisherigen Schranken hielte, hätte ich keine Veranlassung, gegen ihn einzuschreiten. Daß ich der Tendenz indessen nicht folgen könne, mit Hintansetzung der Interessen und Rechte der deutschen Fürsten, die Einheit anzustreben, die der Verein bezweckt, hätte ich vom Throne und in der Fürstenversammlung zu Baden ausgesprochen. Wenn also der Verein durch Wort und Tat zu Handlungen sich verleiten ließe, die Taten bezweckten, welche gegen meine Auffassung stritten, so würde ich mich allerdings berufen fühlen, gegen denselben einzuschreiten. Bis dahin lägen polizeiliche Verfolgungen des Vereins und dessen Anhänger außer meiner Auffassung. So habe ich mich auch gegen den König von Sachsen ausgeschrieben, der mir seine voluminöse Antwort an Dich mitteilte. Wenn Herrn v. Arnims Aufforderung zu einer Art Vorparlament Folgen gehabt hätte, so würde ich dem bestimmt entgegengeschritten sein, weil dies die Repetition des schmählichen Anfangs von 1848 gewesen wäre und wir keine Repetition der Volksbeglückung von unten herauf brauchen können. Ainsi, avis au lecteur!

Dein treuer Freund Wilhelm.

293] Antwort an den Rektor Professor Dr. Boeckh beim 50jährigen Jubiläum der Universität Berlin.

1860. Oktbr. Seine Königliche Hoheit sprach[1]) seine Überzeugung aus, daß alle ebenso wie er selbst schmerzlich bedauern würden, daß

Zu 292) [1]) Vgl. Anmerkung 2 auf S. 495.

Zu 293) [1]) Leider nur in indirekter Form aufbewahrt, während die anderen Reden, Gedichte usw. dem Wortlaut nach überliefert sind.

der an dem Feste nicht teilnehmen könne, dem es so große Freude 1860.
bereitet haben würde. Mit dem, was der Rektor in seiner Rede so wahr und schön über die Vaterlandsliebe der Universität gesagt habe, sei er vollkommen einverstanden, ebenso mit dem, was er über die Verbindung der Wissenschaft und der Religion gesprochen. Beides seien doch die Grundpfeiler der menschlichen Gesellschaft. Gerade jetzt sei es an der Zeit, daß die Universitäten ihren Beruf festhielten, für die Befestigung deutscher Gesittung, deutscher Treue und deutschen Rechtes zu wirken; denn wir leben in einer Zeit, in der eine Stärkung des Rechtsgefühls besonders not tue. Er sei des gewiß, daß die Universitäten dazu beitragen würden, die Treue des deutschen Volkes an seine angestammten Fürsten zu erhalten. Er hoffe, daß der Fall nicht eintreten würde; sollte es aber notwendig werden, so sei er überzeugt, daß die akademische Jugend ebenso freudig zu den Waffen greifen werde, wie einst in den Freiheitskriegen; aber er wisse auch, daß hinter den Waffen des Krieges, die des Geistes stehen müßten. Die Universitäten mögen in dem bisherigen Geiste fortfahren, seines Schutzes und seiner Förderung könnten sie sich fest versichert halten.

294] An Frau v. Bunsen.

Berlin, 3. Dezember 1860.

Nur wenige Menschen sind berufen und verpflichtet, eine so 1860.
innige Teilnahme an dem Verlust[1]) zu äußern, der Sie und die 3. 12.
Ihrigen getroffen hat, als ich! Denn das jahrelange innige Vertrauen, welches mich mit Ihrem verstorbenen Gatten in Verbindung gesetzt hatte, und das von beiden Seiten mit gleicher Innigkeit und Ausdauer gehalten ward, ist ein Gewinn für mein Leben gewesen, und dieser geht über sein Grab hinaus. Die Menschheit verliert in Bunsen eines seiner edelsten Herzen, der tieffühlendsten Charaktere; der König, mit ihm ich und das Vaterland, einen glühenden Patrioten; die Wissenschaft einen

Zu 294) [1]) Bunsen starb am 28. November 1860.

1860. der seltensten Geister, die geschaffen wurden. Wer also trauert nicht um ihn?!

Vor allem aber sind Sie es und die Ihrigen, die diesen seltenen Mann nie genug betrauern können, obgleich seine Auflösung nach so viel Leiden eine Erlösung war! Dennoch bleibt Ihr Schmerz nur zu gerecht, — eben darum wird auch der ihn lindern, von dem so Schweres über uns verhängt wird, weil Er es sendet! Möge das Ihr Fall sein!

Mit dem aufrichtigsten Dank für Ihren Brief vom 28. v. Mts. und mit dem Versprechen, die mir verheißenen Papiere gewissenhaft zu besorgen, verbleibe ich Ihr und der Ihrigen allen treu ergebener Wilhelm, Regent von Preußen.



E. S. Mittler & Sohn, Berlin SW., Kochstr. 68—71.

